BLÄTTER DER STAATSPARTEI

ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI

1. Jahrgang * Berlin, 5. Januar 1931 * Nummer 1

UNIVERSITÄTS-BIBLIOTHEK HALLE (SAALE)

Neujahr 1931

Zu Neujahr 1814 schrieb Wilhelm an Karoline von Humboldt: „Die Dinge sind alle erst begonnen, nur das Werk der Zerstörung ist vollendet... Das Aufbauen ist unendlich schwieriger... und macht mich oft besorgt und unruhig... Die Sache, um die es gilt, ist mir so wichtig, daß ich in jedem Augenblick ihr mit Freuden die größesten Opfer brächte..."

Wir gehen unter gleichartigen Verhältnissen in das Jahr 1931. Das Werk der Zerstörung, das mit den Erschütterungen des Krieges begann, im Zusammenbruch, in Versailles und den Jahren nachher seine Fortsetzung fand, ist — wir hoffen es — vollendet. Auch uns macht die Schwierigkeit des Aufbaues „besorgt und unruhig", so besorgt, daß es vielen schwer fällt, an die Emporentwicklung zu einer helleren Zukunft zu glauben.

Auch uns, der seelisch, geistig und sozial ärger als irgendwann seit 300 Jahren zerspaltenen Nation von 1931, ist die Frage Humboldts von 1813 gestellt: „Wie soll man wieder aus Deutschland ein Ganzes schaffen?"

Seien wir uns klar darüber, daß der Weg dahin nur über die Erarbeitung und Eroberung des deutschen Staates führt. Das ist „die Sache, um die es gilt". Der deutsche Staat — nicht als rationalistische Zweckeinrichtung oder als Versicherungsinstitut zur möglichst mühelosen Erfüllung von Interessentenwünschen betrachtet. Uns ist der deutsche Staat die Verkörperung der Idee des Reichs, der einzigen überzeitlichen, unvergänglichen, bindenden Macht im Schicksalswandel der deutschen Nation, jener geheimsten Sehnsucht aller derer, die Deutschland liebten und ihm lebten.

Der Staat als Form ist zu verteidigen. Der Staat als Lebensinhalt und Lebensgesetz der Nation, als gemeinsamer Glaube und gemeinsamer Wille ihrer durch Bekenntnis getrennten, durch soziale Leidenschaften entzweiten Glieder ist zu erkämpfen. Wir beginnen mit dem neuen Jahr einen neuen Abschnitt dieses Kampfes, in dem jeder von uns sagen möge, daß er „mir so wichtig ist, daß ich in jedem Augenblick mit Freuden die größesten Opfer brächte".

Der Ernst der Zeit ist uns voll bewußt. Wir glauben an lichtere Tage. Aber wir wollen uns ehrliche Rechenschaft darüber abgeben, daß der Weg zu ihnen noch durch dunkle Strecken führen wird. „Was wir bringen, ist Liebe und Treue und Pflichterfüllung gegenüber der deutschen Republik und, wenn es sein muß, auch Tapferkeit in schweren Tagen, die noch vor uns liegen werden" (Höpker Aschoff). Wenn wir ein Volk sind — nicht im Sinn mechanischer Aneinanderreihung von einzelnen, sondern organischer Verbundenheit einer Gemeinschaft von lebenden, künftigen und vergangenen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0003

Geschlechtern —, müssen wir den Mut zum Ertragen haben. Wir sind ein junges Volk mit dem Drang nach Werden und Reifen. Wir haben nicht um unsrer selbst willen den Weg zu gehen, der uns bestimmt ist, sondern als ein Teil des ewigen Weltgeschehens im Dienst einer größeren, sinngebenden Macht.

Zum 18. Januar 1931

Von Friedrich Meinecke.

Das deutsche Volk muß am 18. Januar 1931 einen seiner großen nationalen Erinnerungstage begehen im Augenblicke einer größten inneren Zerrissenheit und Verwirrung. Das gehört leider zum Charakter deutscher Geschichte überhaupt, einer Geschichte mehr der Disharmonien als der Harmonien. Wie unserer künstlerischen Betätigung der eingeborene Sinn für die feste, klare, ruhige Form weithin versagt ist, so scheint auch in unserem politischen Leben das Vermögen zu fehlen, Lösungen der großen staatlichen Probleme von so formender und zwingender Kraft, so zusammenschmelzender Synthese zu finden, daß sie auf Jahrhunderte vorhalten und die Stromgewalten des nationalen Lebens regulieren. Unreguliert, wie nur irgend ein Stromgewässer der Urzeit, floß das gesamtdeutsche Leben in der Form oder Unform des heiligen römischen Reiches seit der Höhe des Mittelalters dahin, mit toten Armen und stinkenden Sümpfen in Ueberfülle. Als dann im Gewirre der deutschen Kleinstaaterei endlich eine staatsbildende Kraft großen Stils erwachte und der Wunderbau der friderizianischen Monarchie sich erhob, brach er 20 Jahre nach dem Tode seines Begründers zusammen, und es stellte sich heraus, daß er an Konstruktionsfehlern litt, die der Erbauer vielleicht zwangsläufig hatte begehen müssen, die nun aber auch verhängnisvoll sich auswirkten. Der alten verfaulten Reichsverfassung, die um dieselbe Zeit eines kläglichen und ruhmlosen Todes gestorben war, folgte 1815 der modernere Typus der deutschen Bundesverfassung, kein wirklicher Gesamtstaat, den man nicht schaffen konnte, sondern ein Staatenbund von 48 souveränen Staaten, von Oesterreich und Preußen bis zu Lichtenstein herab, mit einem ängstlich herabgedrückten Mindestmaß von gesamtdeutschen Verpflichtungen für jeden. Energisch konnte dieser träge Bund mit einem Male nur da werden, wo es galt, die nationalen und liberalen Wünsche der jetzt lebendiger gewordenen Nation niederzuhalten. Immerhin, eine positive Idee war in ihm vorhanden, die man heute eher anzuerkennen bereit ist als in der Zeit, da man unter seinen Mängeln litt. Er war gedacht als Friedensbund, als europäische Friedensgarantie, und man muß den vielverschrienen Jahrzehnten des deutschen Bundestages das eine lassen, daß das geistige und wirtschaftliche Leben der Nation, zwar niemals recht gefördert, aber auch niemals wesentlich gehindert von ihm, gedeihlich in ihm aufblühte.

Ueber ein halbes Jahrhundert Lebensdauer aber hat es auch der Deutsche Bund nicht bringen können. Der Stolz der mündig gewordenen Nation ertrug es nicht, daß ihre Gesamtvertretung zur subalternen Zentralpolizeistelle der Regierungen wurde. Aber vermochte sie aus eigener Kraft schon etwas Besseres zu schaffen? Wie tragisch war es, daß ihr im Jahre 1848 so elementar hervorbrechendes Macht-, Einheits- und Freiheitsbedürfnis scheitern mußte an der ganzen konservativen Welt und Interessenverflechtung Deutschlands und Europas. Denn die organisierte Macht war noch auf seiten der Regierungen, und breite Schichten der Bevölkerung waren ihnen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0004

noch gehorsam und ruheliebend ergeben. Der altmonarchische Gedanke war, trotz aller Sünden der Dynastien, noch zu lebendig in ihnen, um revolutionäre Mittel zur Einheit gutheißen zu können. Es ist beklagenswert und folgenschwer genug gewesen, daß das gewaltige Kapital von nationalem Idealismus, das die Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 an den Aufbau eines neuen und besseren Deutschlands setzte, nutzlos vertan wurde. Aber es konnte nicht anders sein, es war ehernes Schicksal.

Der Weg von unten her, von der Idee der Volkssouveränität her zum Nationalstaate zu gelangen, war also damals verrammelt. Nur ein Weg von oben her, von den alten Monarchien her, nur eine konservative Revolution blieb fortan, solange nicht die sozialen Schichtungen und Mentalitäten von Grund aus gewandelt waren, übrig. Was für Hemmungen innerer und äußerer Art auch auf diesem Wege lagen, sollte der merkwürdige Versuch von Radowitz, dem Freunde Friedrich Wilhelms IV., in den Jahren 1849/50 zeigen, einen kleindeutschen konstitutionellen Bundesstaat unter preußischer Führung durch einsichtige Verständigung unter den deutschen Fürsten aufzurichten. Auch dieser in der Niederlage von Olmütz endende Versuch scheiterte an den Realitäten der Macht, in diesem Falle an dem vereinigten Widerstande Oesterreichs, der deutschen Mittelstaaten und Rußlands, wobei auch schon Frankreich und Napoleon mit dem Blicke auf das linke Rheinufer im Hintergrunde lauerten. Denn das deutsche Verfassungs- und Einheitsproblem war zugleich immer auch ein europäisches Machtproblem. Zu der inneren Schwierigkeit, die altmonarchische Autorität und Tradition in Einklang zu bringen mit den nationalen, liberalen und demokratischen Geistern der neuen Zeit, trat, sie noch überragend, die außenpolitische Schwierigkeit, die Nachbarmächte Rußland und Frankreich abzuhalten von mißtrauischen, eifersüchtigen oder begehrlichen Eingriffen in die deutsche Selbstbestimmung. Denn die Aufrichtung eines starken deutschen Nationalstaates veränderte, und mochte sie in noch so friedlicher Gesinnung erfolgen, von Grund aus die bestehenden europäischen Machtverhältnisse. Schon der erste unvermeidliche Schritt zu ihm, die Hinausdrängung Oesterreichs aus Deutschland, war nicht nur mit einem schmerzlichen, beinahe unersetzlichen Verlust an deutschen Volks- und Kulturwerten verknüpft, sondern führte sogleich zur Notwendigkeit eines deutschen Bruderkrieges, die das Risiko eines allgemeinen europäischen Existenzkampfes in sich schloß.

Alle diese vergeblichen Anläufe und unermeßlichen Schwierigkeiten, die vor Bismarcks Auftreten sich gezeigt hatten, muß man tief durchdenken und sich veranschaulichen, um die Größe seines Werkes ganz zu verstehen, um mit reifer Einsicht und voller Seele den Moment nachzuerleben, wo am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles die Begründung des deutschen Reiches unter Kaiser Wilhelm I. ausgerufen werden konnte. Es war der Weg von oben, der Weg einer konservativen Revolution, den Bismarck als Führer seines Monarchen gegangen war, aber mit noch ungleich stärkerer Dosierung sowohl des konservativen wie des revolutionären Elements in seiner Politik, als in den bleichsüchtigen Versuchen Friedrich Wilhelms IV. und Radowitzens geschehen war. Stärker konservativ gefärbt war sein Werk insofern, als es den preußischen Verfassungskonflikt, die rücksichtslose Durchsetzung des preußischen Militarismus und der monarchischen Kommandogewalt zur Voraussetzung hatte, womit dann die Wiedererstarkung aller konservativen Potenzen im neuen Reiche eng zusammenhing. Stärker revolutionär ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0005

richtet war es einmal durch die ungeheure Respektlosigkeit, mit der er alle seinem Ziele widerstrebenden Dynastien gewaltsam je nachdem zurückdrängte, niederbeugte oder zum Teil gar vernichtete. Revolutionärer aber war es ferner durch die besondere Anleihe bei den Ideen von 1848, die er geglaubt hatte machen zu müssen, durch die Gewährung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für den Deutschen Reichstag, vor der noch Radowitz im Einklang mit einem großen Teil des liberalen Bürgertums zurückgeschreckt war. Das allgemeine gleiche Wahlrecht war ein Hauptthema der Unterhaltungen, die Bismarck einst mit Lassalle geführt hatte. Die soziale Schichtung hatte sich in Deutschland entscheidend zu wandeln begonnen. Die neu erwachsene industrielle Arbeiterschaft verlangte Anrecht am Staate und demokratisches Wahlrecht. Diese gewaltige Waffe hat ihm Bismarck gegeben.

Beileibe nicht etwa aus innerer Konnivenz zur Demokratie. Er hoffte auf die andauernde patriarchalische Gesinnung der Massen, zumal des Landvolks, übersah nicht den Umfang der begonnenen sozialen und wirtschaftlichen Wandlungen und verspekulierte sich in diesem Punkte. Damit erhielt sein eigenes Verfassungswerk in seinen Augen später einen organischen Fehler, an dessen Beseitigung er ernstlich dachte, als er 1890 gestürzt wurde. Er begann also selber schon, schwarz zu sehen in bezug auf sein Werk, rechnete mit einer kommenden Revolution von unten gegen dieses und rechnete wie in jedem Augenblicke seines Schaffens, so auch bis zuletzt immer sorgenvoll mit allen jenen Gefahren europäischer Konlitionen gegen das eingepreßte Deutschland, die seine Meisterkunst wohl immer wieder zurückscheuchen, aber niemals im Keime hatte ersticken können.

51 Jahre, von 1867 an gerechnet, hat die von ihm geschaffene Form des deutschen Nationalstaates, monarchisch-konservativ mit liberalen und demokratischen Ingredienzen, vorgehalten, ebenso lange wie die deutsche Bundesverfassung von 1815 gelebt hat. Außen- und Innendruck vereint haben im November 1918 Kaisertum und Monarchie zu Falle gebracht. Aber während am 8. Juni 1915 kein Deutscher wohl auch nur im Traume daran gedacht hat, den Säkulartag der deutschen Bundesakte von 1815 zu feiern und höchstens einige stille historische Betrachtungen darüber sich geleistet hat, feiern wir die 60. Wiederkehr des Tages von Versailles zwar in tiefernster und resignierter Stimmung, aber mit dem Stolz auf einstige deutsche Heldenleistung und mit der festen Glaubenszuversicht, daß wir durchaus noch auf dem tieferen Grunde dessen stehen, was der 18. Januar 1871 dem deutschen Volke gegeben hat. Die deutsche demokratische Republik darf mit Dankbarkeit und Hochgefühl der Männer gedenken, die das deutsche Kaisertum schufen, um die deutsche Einheit zu schaffen. Denn das Reich ist uns geblieben.

Ungebrochen kann die Feierstimmung freilich nicht sein. Sowohl im Rechts- wie im Linkslager werden schrille Töne gegenseitiger Anklage erklingen. Wir sind alle zu wund von dem, was wir seit 1918 erlebt haben, um schon zu einer allgemeinen abgeklärten historischen Stimmung über die seit 1871 verflossenen sechs Jahrzehnte zu gelangen. Und doch verlangt sowohl das vaterländische wie das rein wissenschaftliche Erkenntnisbedürfnis, daß wir der tiefen Kontinuität uns bewußt bleiben, die den 18. Januar 1871 mit dem 11. August 1919 verbindet. Mag es wirklich so sein, wie wir am Eingang sagten, daß die deutsche Geschichte durch ihre Kompliziertheit und Problematik und nicht zuletzt durch den Druck ihrer geo-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0006

politischen Lage zu derart säkularen und kontinuierlichen Lösungen ihres Verfassungproblems, wie etwa England es vermochte, nicht imstande ist. Solch Schicksal muß getragen werden, wie Schicksalsgewalten vom einzelnen Menschen überhaupt zu tragen sind. Man kämpft gegen sie an, soweit sie uns feindlich sind, und dieser Kampf mag niemals zum vollen Siege führen, wird niemals aber auch ganz umsonst sein.

Und mit dem Zusammenbruche der Bismarckschen Reichsverfassung im November 1918 steht es ebenso wie mit dem Zusammenbruche der friderizianischen Monarchie 1806. Die Form ging verloren, die regenerative Kraft blieb erhalten. Durch Männer, die in vielen Dingen gerade die entgegengesetzten Wege, wie der alte Fritz gingen, ist der preußische Staat nach 1807 reformiert worden. Sie waren echtere Schüler Friedrichs des Großen, als die damaligen Reaktionäre, die zu den von der Geschichte zerschlagenen Formen des friderizianischen Absolutismus und Ständestaates zurückstrebten. Friedrich der Große hate meisterhaft gebaut mit dem Material seiner Zeit, ebenso wie Bismarck genial alle Kräfte seiner Zeit, konservative wie revolutionäre, zusammenzwang in seinen Dienst. Wer will die beiden schelten, wenn unter gewandelten atmosphärischen Verhältnissen auch die Elemente, mit denen sie gearbeitet hatten, sich wandelten und die unvermeidlichen Fugen schließlich zum Bruche führten?

Weltgeschichtliche Dialektik, List der Vernunft nennt man es seit Hegel, wenn einstige Gegner eines historischen Gebildes sich innerlich genötigt sehen, es wieder aufzurichten und fortzusetzen, wenn eine einmal gelungene Synthese historischer Kräfte auseinanderklafft und aus den klaffenden Gegensätzen doch wieder eine neue Synthese sich bildet. Die Weimarer Verfassung ist gerade von denjenigen Parteien geschaffen worden, die zu Bismarcks Zeiten mehr oder minder als Reichsfeinde galten. Das mag nun heute noch weidlich benörgelt und bemäkelt werden. Aber wer anders als diese Parteien war damals in der Lage, die gesellschaftliche Ordnung zu retten und die bedrohte nationale Einheit in neuer Form wieder aufzurichten? Sie taten es und setzten damit gerade durch den Bruch der Form hindurch das Werk des 18. Januar 1871 fort. Wir gönnen auch den alten Monarchisten eine besondere pietätvolle Versenkung in den Glanz dieses Tages. Nur sollte sie ohne Haß gegen das Neue schon möglich sein. Denjenigen aber, die in der demokratischen Republik die heutige Schicksalsform der deutschen Nation sehen, steht es an, mit umfassender geschichtlicher Liebe und vollem Verständnis für das Dauernde im Wechsel den Tag zu begehen, der die größte staatliche Leistung des deutschen Volkes, vollbracht durch einen seiner größten Söhne, gekrönt hat.

Das Gebot der Wirtschaft

Von Gustav Dechamps.

Arbeitslosigkeit und Massenelend in fast allen Industriestaaten, wirtschaftliche Zerrüttung in den Rohstoff liefernden Ländern, revolutionäre Zuckungen in Europa, Revolutionen und Revolutiönchen in fast allen Staaten Südamerikas, das sind die Zeichen, unter denen das alte Jahr zu Ende ging. Wer diese Geschehnisse nur aus seinem engen Kreise heraus sieht, und nur die Opfer und Leiden ins Auge faßt, die gerade ihm und den Seinigen auferlegt sind, dem will all

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0007

dies Geschehen grausam und sinnlos erscheinen. Kein Wunder, wenn in solchen Zeiten der Radikalismus ins Kraut schießt: kein Wunder, wenn wie zu den Zeiten der Chiliasten falsche Propheten aufstehen und ein neues Reich verkünden, in dem — unabhängig von allen Gesetzen wirtschaftlicher Entwicklung — alle Not durch ein Zauberwort gebannt werden soll. Und ungeheuer schwer und verantwortungsvoll das Amt der Männer, die in solchen Zeiten berufen sind, die Zügel der Regierung zu führen. Ungeheuer schwer auch die Aufgabe der Kreise des Volkes, denen die Pflicht obliegt, in den Wirrnissen des Augenblicks ruhig Blut zu bewahren und die Führer bei ihrer schweren, unpopulären Aufgabe zu halten und zu stützen.

Will man den Sinn der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 12 Jahre verstehen, so muß man über die Grenzen des eigenen Kreises hinaus sehen und das Verflochtensein unserer eigenen Existenz in den weltwirtschaftlichen Gesamtprozeß erkennen. Was geht seit 1929 unaufhaltsam in der Welt vor? — Jahre hindurch hatte der nach dem Kriege verständliche, aus langer Entbehrung erwachsene und nach Kriegsende unaufhaltsam durchbrechende Warenhunger zu einer Ueberbewertung der Ware und damit zu einer Unterbewertung des Goldes geführt. Als wir aus dem Rausch der Inflation erwachten, hatten wir uns an den Gedanken gewöhnt, daß das Leben „teuerer“ geworden sei. Was bei uns die Inflation in dieser Richtung geistig gewirkt hatte, bewirkte in Amerika der grandiose, aber in seinen letzten Zielen zusammengebrochene Versuch der amerikanischen Wirtschaft, durch künstliche, zusätzliche Kaufkraft-Schöpfung bei der in- und ausländischen Kundschaft die „Prosperity“ zu verewigen. Es schien fast, als ob eine Konjunktur ohne Schwankungen möglich sei, als ob also die Wirtschaftsgesetze ad absurdum geführt seien. Seit Oktober 1929 wissen wir, daß diese Hoffnung trügerisch war; seit jenem Zeitpunkt befinden wir uns in einem schmerzlichen Erwachen aus mehr als zehnjährigen Fieberträumen.

Es gilt, die Dinge mit nüchternen Augen zu betrachten. Im Jahre 1930 betrug der Preisverlust gegenüber 1929 für Baumwolle, Zucker, Kaffee, Zink, Weizen und Kupfer zusammen bereits mehr als 15 Milliarden RM. Nimmt man alle übrigen Rohstoffe der Welt hinzu, so wird man zu einem Betrage von 20—25 Milliarden RM kommen. Wir haben bisher nur die vorteilhafte Seite dieser Entwicklung der Rohstoffpreise ins Auge gefaßt und uns darüber gefreut, daß wir als Rohstoff einführendes Land billigere Bezüge erhielten und unsere Handelsbilanz aktiver gestalten konnten. Die Kehrseite der Medaille ist aber, daß nunmehr die Abnehmer für Fertigfabrikate in den Rohstoff erzeugenden Ländern und Schichten für 20—25 Milliarden RM weniger Ware abnehmen können als noch ein Jahr vorher. Die Industriestaaten der Welt stehen damit vor folgender Alternative: Entweder halten sie an ihren Preisen fest bzw. ermäßigen diese Preise nur im Rahmen der Verbilligung der Selbstkosten durch die Senkung der Rohstoffpreise, dann vermindert sich die Menge der absetzbaren Fabrikate. Oder aber: sie setzen die Preise in der vollen Relation der gesunkenen Rohstoffpreise herab: dann liegt für die Rohstoff erzeugenden Länder und Schichten keine Veranlassung vor, die Menge ihrer Bezüge zu vermindern, weil sie dann wieder die notwendige Kaufkraft haben, die gleiche Menge abzunehmen. Der erstere Weg bedeutet Einschränkung der Erzeugung von Fertigfabrikaten und Arbeitslosigkeit; ihn sind wir bisher gegangen. Der zweite Weg bedeutet Wiederherstellung des Umfanges der Produktion

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0008

und damit Verminderung der Arbeitslosigkeit; ihn müssen wir gehen. Gangbar ist er aber nur, wenn die anderen Faktoren der Selbstkosten der Ware im gleichen Verhältnis gesenkt werden wie die Rohstoffe gesunken sind. Diese anderen Faktoren sind vor allem die Personalkosten, also Löhne und Gehälter, und die Generalien, also insbesondere die öffentlichen Lasten.

Im Lichte dieser großen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge gewinnen die Fragen, die uns alle bedrücken, insbesondere der Lohn- und Gehälter-Abbau und Preisabbau, erst ihre richtige Bedeutung. Selbst wenn der Anteil des Einzelnen am Sozialprodukt heute schon zu gering wäre, selbst wenn die — zweifellos falsche — Kaufkraft-Theorie der Gewerkschaften richtig wäre, selbst dann bliebe uns, wenn wir den Anschluß an die Weltwirtschaftslage nicht verlieren wollen, gar nichts anderes übrig, als die Preis- und Lohnsenkung. Das mag unerfreulich und hart sein, das ist aber eine Wahrheit, um die wir nicht herum kommen können.

Etwas anderes wäre es freilich, wenn wir Grund hätten, anzunehmen, daß die Senkung der Rohstoffpreise etwas Vorübergehendes sei, also die Auswirkung einer konjunkturellen Schwankung. Wie schon eingangs angedeutet, liegt keine Begründung für diese Annahme vor. Es handelt sich nicht um eine vorübergehende Konjunkturschwankung, sondern um die endlich sich durchsetzende Anpassung an den wirklichen Wert. Auf die Zeit der Ueberbewertung der Sachwerte und der Ueberhöhung der Warenpreise folgt die Zeit der Richtigstellung der übersetzten Werte. Das lehrt uns nicht die noch vielfach umstrittene Goldtheorie, sondern das ergibt sich auch aus der sehr einfachen und nüchternen Erwägung, daß nach jahrelanger Vernichtung von Werten und Kaufkraft durch Krieg und Inflation der Warenwert gegenüber dem Goldwert unmöglich gestiegen sein kann. Diesen Erkenntnissen gegenüber dürfen wir nicht die Augen verschließen. Dasjenige Industrievolk wird als erstes über die Depression und die Arbeitslosigkeit hinwegkommen, das am schnellsten den Anschluß an die neue Gleichgewichtslage der Weltrohstoffe findet.

Eine schwere Periode der Anpassung an die neuen Welt- und Wertverhältnisse liegt also vor uns. Damit erkennen wir erst in vollem Umfange die Schwere der Verantwortung, die auf der Regierung und auf uns lastet. Niemals zuvor war es so wahr wie heute, daß keiner von uns in der Lage ist, sich den Opfern zu entziehen, die im Allgemeininteresse heute von ihm verlangt werden müssen. Wer den Versuch macht, für sich und seine Freunde ein Sondersüppchen zu kochen, wer glaubt, die Last von sich auf andere abwälzen zu können, der spielt mit dem Feuer; der gefährdet den schwierigen Aufstieg und wird die ganze aufsteigende Kolonne in die Gefahr des Absturzes bringen. Nur die Erkenntnis, daß aus der gemeinsamen Not uns nur das allgemeine Opfer Aller retten kann, mit anderen Worten: nur höchstes Verantwortungsgefühl eines jeden Einzelnen für das Ganze kann uns Rettung bringen. Es handelt sich nicht um den Einzelnen und seine Bezüge, es handelt sich auch nicht um diese oder jene mehr oder weniger wichtige und bedeutsame Wirtschaftsgruppe; es handelt sich heute um den Staat und den Staatsgedanken. Möge die schwere Stunde der deutschen Wirtschaft ein großes Geschlecht finden!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0009

Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm

Von Hermann Höpker Aschoff.

Bei der Beratung des preußischen Staatshaushaltsplans für 1931 setzte sich Finanzminister Dr. Höpker Aschoff in Erwiderung auf Ausführungen des Abgeordneten Kube mit dem nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm auseinander. Dem Bericht über die Landtagssitzung vom 19. 12. 1930 entnehmen wir die folgenden Darlegungen:

Herr Kube hat gestern einige Ausführungen über das gemacht, was ich zu Eingang meiner Etatsrede über das Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei betreffend Zinsknechtschaft hier gesagt habe. Der Abgeordnete Kube hat gemeint, wenn einmal seine Partei hier am Ruder sein würde und seine Parteifreunde die Finanzverwaltung in Preußen betreuen würden, dies Programm dann sehr schnell durchgeführt werden würde.

Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, wer nach mir, etwa, wenn der nationalsozialistische Sieg bei den nächsten Wahlen so stark sein sollte, wie es der Herr Abgeordnete Kube voraussetzt, das Amt des Finanzministeriums in Preußen zu verwalten haben wird. Das mag Herr Kube sein oder Herr Feder oder sonst irgendeiner der Sachverständigen der Nationalsozialistischen Deutschen Abeiterpartei. Was werden wir dann nach dem Programm der Nationalsozialistischen Partei zu erwarten haben? Wenn diese Finanzherrschaft der nationalsozialistischen Partei nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich verwirklicht werden würde, würden wir zunächst die

Verstaatlichung der Banken

zu erwarten haben. Draußen im Lande wird das so dargestellt, als ob der Staat durch die Verstaatlichung dieser Banken in den Besitz ungeheurer Kapitalien kommen würde, die er der Wirtschaft nunmehr zu einem billigen Zins zur Verfügung stellen könnte. Meine Damen und Herren, die einfachste Betrachtung lehrt, daß dies ein Unsinn ist.

Denn das Kapital einer Bank ist ja nicht das Kapital der Bank, sondern wenn Sie etwa die Bilanz einer Bank abnehmen und auf jeder Seite eine Summe, sagen wir, von 1 Milliarde feststellen, so gehört von dieser Milliarde bestenfalls ein Betrag von 75 Millionen der Bank als solcher, den Aktionären an eingezahltem Aktienkapital, an Reserven, die im Laufe der Jahre gewonnen sind. Alles andere, was noch auf der Passivseite erscheint, ist Kapital, das Einleger in die Bank hineingebracht haben. Der Summe der Debitoren auf der Aktivseite entspricht, abgesehen von dem eigenen Kapital der Banken, die Summe der Kreditoren auf der Passivseite. In dem Augenblick, wo diese Banken verstaatlicht sein würden und Herr Kube und Herr Feder das Regiment über die Bank haben würden, in diesem Augenblick würden diese Kreditoren nahezu restlos verschwunden sein; denn niemand würde zu dieser Bankführung, die unter politischen Gesichtspunkten stehen würde, noch Vertrauen haben, und es würde gar nicht davon die Rede sein können, daß eine solche Bankleitung in der Lage wäre, das Kapital zu einem geringen Zinsfuß den Debitoren zur Verfügung zu stellen. Das also ist ein Unsinn.

Die Herren fordern weiter die

Verstaatlichung der Reichsbank.

Ich bin mit den Herren vollkommen darin einig, daß es ein beklagenswerter Zustand ist, daß wir durch internationale Verträge gebunden sind, der Reichsbank die Verfassung zu geben, die sie heute hat. Aber, meine Damen und Herren, ob es nicht auch dann, wenn wir diese beklagenswerte Bindung nicht zu tragen hätten, sondern wenn wir in der Gestaltung der Verwaltung der Reichsbank vollkommen frei wären, ratsam sein würde, dieser Reichsbank eine unabhängige Stellung einzuräumen, unabhängig von der politischen Leitung, das ist eine ganz andere Frage. Denn die politische Herrschaft einer Regierung, wie auch immer sie zusammengesetzt sein mag, über eine Bank, schließt auch Gefahren in sich. Wir haben das in der Zeit der Inflation erlebt, wo die Schulden des Reiches letzten Endes nur noch durch die Ausgabe von Reichsschatzwechseln bestritten werden konnten, die man dann der Reichsbank aufzwang mit dem Erfolge, daß nunmehr die Reichsbank entsprechende Banknoten auf der Grundlage dieser Reichsschatzwechsel ausgeben mußte, wodurch von Tag zu Tag und von Woche zu Woche eine ungeheure Inflation heraufbeschworen wurde.

Die Unabhängigkeit der Bankleitung von der politischen Leitung ist also eine Notwendigkeit. Insofern sind auch die Forderungen, die draußen im Lande einer leichtgläubigen Bevölkerung gegenüber, an die Postulate des nationalsozialistischen Programms anknüpfend, eingeredet werden, eine Irreführung von Leuten, die diese Dinge nicht verstehen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0010

Nunmehr noch ein Wort zu dem Punkte des nationalsozialistischen Programms, der davon spricht, daß man keine Anleihen bei den Banken aufnehmen dürfe, sondern daß man die Bedürfnisse des Staates, soweit sie werbender Natur sind, durch Ausgabe von

Staatsgutscheinen

decken müsse Das ist einer der größten und bedeutsamsten Punkte in dem nationalsozialistischen Programm. Der Staat darf also niemals eine Anleihe aufnehmen, denn er kommt dadurch in die fluchwürdige Abhängigkeit von Bankenkapital. Das ist natürlich ein kapitaler Unsinn. Eine Finanzverwaltung, die ihre Sachen in Ordnung hat, kommt niemals in Abhängigkeit von Bankenkapital. Wenn ich eine solche Anleihe aufnehme, so wird der größte Teil der Anleihepapiere von sozialen Versicherungsträgern, von Sparkassen und anderen Stellen übernommen, und zwar gern übernommen, weil sie die Güte dieses preußischen Papiers schätzen und ihr Geld gern in solchen Anleihepapieren anlegen. Von einer Abhängigkeit kann da überhaupt keine Rede sein. In diese Abhängigkeit kann man nur dann kommen, wenn der Haushalt nicht in Ordnung, ist und man kurzfristige Kredite aufnimmt. Das zu vermeiden, ist aber einfach eine Pflicht einer ordentlichen Finanzverwaltung.

Nun aber sagen die Herren von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei: Jede Aufnahme einer Anleihe ist überflüssig; wir haben ein viel besseres Rezept: wir geben Staatsgutscheine aus, verzinslich, und finanzieren damit Kanäle, Bahnen, Wasserstraßen und wer weiß was sonst; zur Förderung der Bauwirtschaft bilden wir

Bau- und Wirtschaftsbanken,

und diese geben Gutscheine mit staatlicher Garantie aus. Mit diesen Gutscheinen wird dann also bezahlt, sie laufen im Verkehr wie tägliches Geld und alles ist in bester Ordnung! Dann würde sich nämlich dasselbe ergeben, was wir in der Inflation mit Schaudern erlebt haben. Denn wenn damals die Reichsregierung ihre Ausgaben durch Ausgabe von Schatzwechseln bestritt, diese Schatzwechsel dann bei der Reichsbank ablieferte und zur Grundlage der Ausgaben von Banknoten machte, so war das die tiefste und eigentlichste Ursache der Inflation. Dann kamen die Gemeinden hinterher und gaben ihr Notgeld aus; und dann kamen auch die Industrieunternehmungen und gaben ebenfalls ihr Notgeld aus. Das ist theoretisch gesprochen genau dasselbe wie die Staatsgutscheine des nationalsozialistischen Programms. Wenn dieser Plan verwirklicht würde, würden wir noch einmal die Inflation mit all ihren Schrecken erleben. Darum ist auch das Porgramm der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ein kapitaler Unsinn.

Nun haben wir ja ein Land, in dem die Nationalsozialistische Partei einen starken und entscheidenden Einfluß auf die Führung der Geschäfte hat. Das ist Thüringen. Und man könnte ja einmal folgende Frage aufwerfen: wenn das Land Thüringen mit dem Ausbau der Sperre an der Obersaale nicht weiter weiß,

warum gibt dann die thüringische Regierung nicht nach diesem Programm Staatsgutscheine aus?

Warum kommen die Thüringer und suchen bei den Sächsischen Werken und bei der Preag Hilfe, weil sie sonst den Bau nicht durchführen können? Warum, meine Herren von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, gehen Sie zur Mitteldeutschen Bank in Magdeburg und pumpen sie für den thüringischen Staat an? Sie könnten doch da einmal die Ausgabe von Staatsgutscheinen durchführen und der erstaunten Bevölkerung zeigen, wie gut und schön Ihr Programm ist.

Nun aber eine andere Frage. Wenn es Ihnen mit der Besserung der Zinsknechtschaft so ernst wäre, wie kommt es, daß neulich, als im Reichsrate die Höhe der Aufwertungszinsen besprochen wurde und ein preußischer Antrag vorlag, den Satz der Aufwertungszinsen auf 7 Prozent festzusetzen, ausgerechnet die thüringische Regierung und die braunschweigische Regierung für einen Satz von 7,5 Prozent eintraten?! Man kann natürlich mit wirtschaftlichen Gründen darüber streiten, welches der richtige Zinssatz ist, aber Sie, meine Herren, die Sie in Ihrem Programm die „Brechung der Zinsknechtschaft" haben, können doch unmöglich für den höchsten Zinssatz eintreten, der überhaupt in Frage kommt. Man hat doch ein wenig den Eindruck, als ob die Herren von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei draußen im Lande viel von dem Kernstück ihres Programmes, der „Brechung der Zinsknechtschaft", reden, daß sie aber dort, wo sie etwas von diesem Plane der Wirklichkeit näherführen könnten, aus Angst und Sorge darum, daß es um diesen Plan schlecht bestellt sein könnte, kläglich versagen.

So ist die Situation. Ja, meine Herren von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Ihr ganzes Programm krankt an einem inneren Widerspruch. Sie wollen die heutige Wirtschaftsordnung aufrechterhalten, Sie wollen aber aus der heutigen Wirtschaftsordnung das ganze Geld- und Bankwesen herausgreifen. Das ist letzten Endes die Idee. Sie verkennen aber dabei, welche Funktionen das Kapital in der Wirtschaftsordnung hat, und welche Aufgabe ein geordnetes Bankwesen hat, daß es nämlich die Aufgabe hat, die in der Wirtschaft vorhandenen Kapitalien zu sammeln und dann wieder der Wirtschaft zur Befruchtung zur Verfügung zu stellen. Die Menge dieses Kapitals und die Höhe des Zinsfußes hängt jedesmal von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab, sie hängt im verstärkten Umfange davon ab, welches Vertrauen innerhalb des Landes vorhanden ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633449193 1-18/fragment/page=0011

Versailles

Zum 10. Januar.

Am 10. Januar sind 11 Jahre verflossen, seitdem der Vertrag von Versailles in Kraft getreten ist. Dieser Tag darf nicht wie einer unter vielen anderen vorübergehen, er muß ständige Mahnung für Wiedereroberung der verlorenen Freiheit sein. Was der 10. Januar für Deutschland bedeutet, läßt sich nicht besser ausdrücken als durch durch die Worte, die Friedrich Naumann am 22. Mai 1919 in der „Hilfe" über das Diktat der Siegermächte und seine Auswirkung gefunden hat.

Wir müssen uns davon überzeugen, daß der Friedensentwurf der Weltmächte tatsächlich undurchführbar ist. Dazu müssen seine wirtschaftlichen und finanziellen Teile immer wieder gelesen werden, denn sie sind geradezu Kunstleistungen an Unterbindung jeder eigenen Kraft. Es wird ein Tributverhältnis vorgeführt, bei dem es kein Losringen und Abarbeiten geben kann, da immer neue Verpflichtungen nachwachsen und beständig dafür gesorgt ist, daß wir wegen nichterledigter Schulden in neue Strafvollstreckungen einbezogen werden. Unter dem Druck dieses „Friedens" gibt es kein Aufatmen, keine Erlösung. Das ganze Volk bleibt müde und geknechtet. Wollt ihr das tragen?

Wir müssen den deutschen Brüdern im Osten, Westen und Norden die Treue bewahren. Von ihnen verlangen wir, daß sie in allen Gefahren und gegenüber allen Verlockungen deutsch bleiben wollen und alles tun, um nicht selber in Gleichgültigkeit oder Verrat zu versinken; aber weil wir das von ihnen fordern, dürfen auch wir nicht um eigener Bequemlichkeit willen der Volksgenossen an den bedrohten Grenzen vergessen. Es muß ein unzerstörbarer Schutz- und Trutzverband aller Deutschen entstehen, die in der Not noch viel fester zusammengehören wollen als in guten Tagen.

Die Arbeiterschaft hat nicht das geringste Interesse an der Annahme dieses Friedens, denn der Zwangsfriede ist das Ende jeden Sozialismus. Die Unternehmer sind enteignet, aber nicht etwa zugunsten der Arbeiter, sondern zugunsten der ausländischen Kapitalisten. Da aller Ueberschuß des Betriebes weggesteuert wird, bleibt kein Mehrwert zur Hebung der Arbeiterklasse. Wir werden zurückgeschleudert werden in Arbeiterzustände, wie sie vor dem Jahre 1870 in Schlesien oder im Erzgebirge vorhanden waren.

Alle Staatsbürger sollen wissen, daß es auf Grund des Ententefriedens keine demokratische Regierung geben kann. Da wir kein selbständiges Heer mehr besitzen, keine freie Waffenerzeugung, keine wirksame Vertragsmöglichkeit, keine eigene Handelspolitik, keine freie Finanzverwaltung, so sind wir in Wirklichkeit ein besetztes Gebiet, dessen eigentlicher Herr der Vorsitzende der Kontrollkommission sein wird. Erst hieß es, man wolle nur mit einem demokratischen Deutschland Frieden schließen; nun aber, wo die Demokratie da ist, wird sie zerdrückt und mißachtet!

Politische Umschau

Zehn Jahre Reichswehr

Das zehnjährige Bestehen der Reichswehr erinnert erneut an Deutschlands erfüllte Abrüstungsverpflichtung, an die nicht erfüllte Abrüstungspflicht der andern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0012

Im Artikel 8 der Völkerbundsatzung, des ersten Teiles des Versailler Vertrages, heißt es,

„daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert".

Der Nachsatz bringt eine Einschränkung, indem er ein Mindestmaß ansetzt,

„das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist".

Wir haben unter siebenjähriger Aufsicht einer Kontrollkommission abgerüstet bis zu einem Grade, der nicht einmal die nationale Sicherheit in vollem Umfange gewährleistet. Als solche Sicherheit müssen wir in erster Linie den Schutz unserer Grenzen ansprechen. Auch wir sind der Meinung, der der französische General Debeney Ausdruck gab, indem er sagte, daß die Sicherheit eines Landes nicht philosophischen Hoffnungen überlassen werden könne. Als die Abrüstungskommission 1927 aufgelöst wurde. stand Deutschland abgerüstet, wehrlos, da. Wir haben die eine Hoffnung, daß auch die Siegerstaaten der feierlichen Verpflichtung zur Abrüstung die Verwirklichung folgen lassen werden. Ueber die vorbereitenden Arbeiten des Völkerbundes haben wir bereits im letzten Heft berichtet und stellen noch einmal unsere Enttäuschung über das mehr als klägliche Ergebnis der Tätigkeit der Vorbereitenden Abrüstungskommission fest. Wir müssen Deutschlands Sicherheit als erstes fordern, wir müssen um Deutschlands Gleichberechtigung auch in der Abrüstungsfrage kämpfen. Denn diese Frage ist nicht nur eine Lebensfrage für Deutschland, es sei an die Trennung Ostpreußens, und an die entmilitarisierten Zonen des Westens erinnert. Die Lösung der Frage der Abrüstung ist eine Lebensfrage eines befriedeten Europas, einer befriedeten Welt.

Versailles hat unserem Heer eine äußere Form vorgeschrieben. Diese Form, das soll mit aller Deutlichkeit betont werden, entspricht nicht dem Volkswillen. Hatte das kleine Heer auch innere Krisen durchzumachen, immer wieder fand der gesunde Geist den Weg zurück zu der Aufgabe, die ihm gestellt war. Dabei sei besonders des Mannes gedacht, der als Reichswehrminister die erste große innere Krise in unerschütterlicher Konsequenz überwinden half, der dem Heer die Aufgaben zuwies, die es zu erfüllen hatte, als Trägerin des Geistes deutschen Wehrwillens, als Hüterin der Ruhe und Ordnung im Staate um des Staates willen: Gustav Noske. Mit dem Verbot der politischen Tätigkeit der Soldaten wurde die Ueberparteilichkeit der Reichswehr sichergestellt; wir hoffen, daß zu jeder Zeit ein Reichswehrminister und ein Chef der Heeresleitung da ist, der für sie bürgt. Wenn in der letzten Zeit Verirrungen junger Menschen wie im Leipziger Prozeß festgestellt und geahndet werden mußten, so vermag das unseren Glauben an das kleine Heer nicht zu erschüttern. Pflichterfüllung, Selbstzucht und zielbewußte Führung werden das Heer den Weg gehen lassen, den wir alle gehen und dessen letztes Ziel ist: Deutschlands Freiheit.

Versailles hat uns militärisch, organisatorisch und materiell, geknebelt. Aber gleichzeitig wurde uns mit dieser Beschränkung die Notwendigkeit auferlegt, in der Truppe menschlich qualifizierte und vielseitig ausgebildete Soldaten zu haben. Vor allen Dingen, und das geht über die Tradition des alten Heeres hinaus, wird der Mensch, der sich im Heeresdienst befindet, durch umfassende Schulung auch geistig in größere Zusammenhänge gestellt; er soll erkennen, welche Funktion er dem Staate gegenüber zu erfüllen hat, daß er Träger eines stolzen und nationalen Gedankens ist. Sein Gehorsam ist Verstehen der Führung und Vertrauen zu ihr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0013

Den Selbstbehauptungswillen, den Gedanken der Landesverteidigung wird man dem deutschen Volk, der deutschen Jugend, nicht nehmen können. Seine Wurzeln führen zu einer im tiefsten Sinn demokratischer Quelle. Die Gedanken Scharnhorsts, Boyens und Grolmanns, die — trotz mancher Abwandlung im 19. Jahrhundert — noch immer fortwirken, waren von der Erkenntnis getragen, daß den staatsbürgerlichen Rechten, die die Staatsdenker des klassischen Zeitalters forderten, Pflichten entsprechen, deren oberste die Kraft zur Verteidigung der Heimat ist. Mag die demokratische Grundlage des deutschen Heeres durch Versailles zerstört sein, das geistige Erbe einer hundertjährigen Tradition lebt im Volke fort. Ist die Reichswehr sich ihres Zusammenhangs mit dem Volk, ihrer Aufgaben zur Verteidigung von Volk und Heimat immer bewußt, so wird im nächsten Jahrzehnt ihres Daseins das heute oft beklagte Fehlen einer Bindung zwischen Volk und Reichswehr und zwischen Reichswehr und Volksstaat einem festen Zusammenhalt im Kampf um deutsche Freiheit weichen.

Österreich im neuen Jahr

Nach den unruhvollen Zeiten des letzten Viertels des vergangenen Jahres scheint nun doch Ruhe eingezogen zu sein: nach den verzweifelten Versuchen der Seipel-Richtung, durch Diktatur zu einer Zusammenfassung mit Ungarn zu kommen, nach dem Fiasko der Seipel—Vaugoin—Starhemberg am 9. November, hat Schober, ein national-demokratischer Klerikaler, sich den ausschlaggebenden Einfluß auf die Regierung gesichert. Der Bundespräsident Miklas, der mit Verfassungsbruch seine klerikal-faschistische Regierung eingesetzt und dabei behauptet hatte, daß die Volksmehrheit hinter dieser Regierung stände, mußte das Fiasko seiner guten Meinung sehr bald erleben. Der Regierung stehen nach der Wahl von 165 Abgeordneten keinesfalls mehr als 74 zur Verfügung. Schobers Leistung in diesem Wahlkampf ist es gewesen, eine staatsbürgerliche Mitte geschaffen zu haben, die bei jeder Regierungsbildung ausschlaggebend beteiligt sein wird. Denn auch die Linke wird mit ihren 72 Stimmen der Sozialdemokraten auf die 19 Stimmen des Schoberblocks mit den Landbündlern und den Großdeutschen rechnen müssen. Eine extreme Richtung ist auf verfassungsmäßigem Wege nicht möglich und dürfte auch in absehbarer Zeit kaum auf Gegenliebe im Volke stoßen. Die schwarz-gelbe Gegenrevolution wird es sich überlegen, ob sie durch die dauernde Bürgerkriegsgefahr eine Kreditkündigung durch westliche Finanzkreise wagen soll. Auch die Pläne, über die Diktatur zu einer monarchistischen Bindung Oesterreichs und Ungarns zu kommen, ohne Rücksicht auf das Recht der österreichischen Deutschen auf demokratische Selbstbestimmung, sind durch die taktische Arbeit Dr. Schobers vorderhand unmöglich gemacht. Aber Seipel hält die Möglichkeit immer noch offen, daß Hitler einmal die Regierung in Deutschland mitmachen werde und pflegt aus diesem Grunde eifrig das Verhältnis mit dem Faschismus der Heimwehren. An der Grundstimmung des Volkes wird die Einstellung Seipels und seiner Mannen nichts ändern. Die Gefahr der Gegenrevolution ist keineswegs gebannt, der österreichische Faschismus kämpft in Seipel um Lebensmöglichkeiten.

Dr. Schober, der Außenminister des Kabinetts, sprach in München über die wirtschaftlichen Fragen, die für Deutschland und Oesterreich bedeutungsvoll sind. Die Lösung dieser Fragen passe ganz in den Rahmen des in der Genfer Pan-Europadebatte behandelten Planes

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0014

eines regionalen Abkommens zwischen wirtschaftlich gleichinteressierten Staaten zu handelspolitischen Gruppen. Schober machte in seiner Rede den Vorschlag für die Schaffung eines großdeutschen Wirtschaftsprogramms. Es ist das das erste Mal seit dem Bestehen der österreichischen Republik, daß ein Außenminister Programmatisches in dieser Richtung sagt.

Aus den Parlamenten

Staatspartei, Angestellte und Notverordnung

In der Aussprache im Reichstag über die Notverordnung des Reichspräsidenten führte der Angestelltenführer Abgeordneter Schneider-Berlin folgendes aus:

„Wir wollen wirtschaftliche Maßnahmen treffen, um zu verhindern, daß noch größere Not entsteht. Wir wollen die Not lindern, und wir haben schon in unserer Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß wir an der Notverordnung im einzelnen manches zu kritisieren haben, manches besser gewünscht hätten und manches am liebsten überhaupt nicht drin sähen. Aber wenn wir die Verordnung als Ganzes nehmen, so sehen wir darin ein Mittel, um den Anfang zu einer Besserung der Wirtschaftslage einzuleiten.

Auf eines möchte ich aber hinweisen, was bei der Notverordnung ganz besonders zu kurz gekommen ist. Es hat sich ein neuer Berufsstand entwickelt, der seiner Größe nach an der dritten oder vierten Stelle der Stände in Deutschland steht. Das sind die Angestellten, die heute ungefähr eine Zahl von nahezu 4 Millionen umfassen. Diese Angestellten haben ein ganz besonderes Berufsschicksal, das allgemein anerkannt ist, und auch durch die amtliche Denkschrift des Reichsarbeitsministers ist besonders anerkannt, daß ihre Arbeitslosigkeit sich von der der Arbeiter ganz wesentlich unterscheidet: durch die längere Dauer und bei den älteren Angestellten durch die beinahe entschwundene Hoffnung, überhaupt noch eine feste Anstellung zu finden. Es ist bisher immer üblich gewesen, der besonderen Notlage dieser arbeitslosen Angestellten durch besondere Hilfsmaßnahmen Rechnung zu tragen. In der Krisenfürsorge galt bisher immer der Satz, daß die stellungslosen Angestellten ohne weiteres in der Krisenfürsorge waren und daß ihre Unterstützungsdauer auf eine längere Zeit, bis zu einem Jahre ausgedehnt war. Hier greift die Notverordnung sehr entscheidend ein. Die Unterstützungsdauer wird verkürzt, ebenso wie die Unterstützungshöhe. Hier scheint es mir notwendig zu sein, einer besonderen Notlage auch durch besondere Maßnahmen abzuhelfen.

Auch in der Tabaksteuervorlage sind solche Unstimmigkeiten vorhanden. Daß durch die Tabakbesteuerung Arbeiter und Angestellte geschädigt, aus ihren Beruf herausgedrängt werden, das erkennt ja die Notverordnung an, indem sie für die im Tabakgewerbe beschäftigten Angestellten und Arbeiter eine besondere Entschädigung vorsieht. Aber das Reichsfinanzministerium legt den Begriff Tabakgewerbe so eng aus, daß es den im Handel beschäftigten Angestellten und Arbeitern jede Unterstützung versagt. Aber die Not der aus der Arbeit Geschleuderten macht solche feinen Unterschiede zwischen Tabakgewerbe und Tabakhandel nicht, und ich glaube deshalb, daß der Herr Reichsfinanzminister für die Not dieser Angestellten und Arbeiter ein offenes Herz und, was beinahe noch wichtiger ist, einen offenen Beutel haben wird.

In besonderer Sorge sind die Behördenangestellten. Sie unterscheiden sich von den auf Privatdienstvertrag Angestellten im freien Berufe nur dadurch, daß sie schlechter bezahlt werden, und daß sie das Wenige, was sie bekommen, nicht einmal sicher haben. . . .

Außerdem haben die Behördenangestellten noch einige Wünsche in bezug auf den Etat. Die Etats werden als Summenetats geführt, so daß man nicht übersehen kann, in welchen einzelnen Stellen diese Angestellten beschäftigt werden. Zur besseren Klarheit auch für die Abgeordneten wäre es erwünscht, wenn nicht ein Summenetat, sondern ein Stellenetat eingeführt wird. Auch bei der Bezeichnung „nichtbeamtete Hilfskraft" hat jedermann die Vorstellung, es handele sich um vorübergehend beschäftigte Aushilfskräfte, während sie doch auf Privatdienstvertrag angestellt sind und ein großer Teil, etwa 50 Prozent, der Behördenangestellten bereits 8 und 10 Jahre tätig sind. Erwünscht ist auch, daß die beim Statistischen Reichsamt abgebauten Beamten bei Bedarf im Reich, Länder und Gemeinden bevorzugt wieder eingestellt werden. Die Notverordnungen schaffen manche Härten, aber diese Härten werden dann willig getragen werden, wenn sie in gerechtem Geiste durchgführt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0015

Staatspartei und Beamtenschaft

In der Aussprache des Reichstages zu dem Haushaltsplan für 1931 und zu der Notverordnung des Reichspräsidenten vertrat Abgeordneter Regierungspräsident Jaenicke den Standpunkt der Deutschen Staatspartei zu den beamtenpolitischen Fragen. Er führte u. a. aus:

„Wir halten es für notwendig, auf das Kernstück der Notverordnung, die Beamtenbesoldungskürzung, mit einigen Worten einzugehen. Wir bringen unser starkes Bedauern zum Ausdruck darüber, daß der Staat in die Rechtssphäre der Beamtenschaft in dieser Weise eingegriffen hat. Diese Handlungsweise läßt sich nur durch die bittere Not rechtfertigen, in der sich die Finanzen des Reiches befinden. Es ist immer gut, wenn man versucht, sich in die Denkweise und Gründe der anderen Seite hineinzufinden. So muß man auch gerechterweise anerkennen, daß der Gedankengang der Hunderttausende von Menschen in den freien Berufen, die heute um ihr tägliches Brot kämpfen, daß die Beamten mit ihrem zwar geringen, aber doch sicheren Einkommen es besser haben, berechtigt ist. Die deutsche Beamtenschaft ist bereit, diesem Gedankengang Rechnung zu tragen und für die Allgemeinheit Opfer zu bringen unter der Voraussetzung, daß dieses Opfer dem Ganzen nützt. Sie erweist sich so ihrer Vorfahren würdig, die nach einem Wort Bismarcks nach dem Zusammenbruch im Jahre 1806 Preußen großgehungert haben. Sie verlangt aber mit Recht, daß an den Grundpfeilern ihres Wesens, das auf Treue und Vertrauen zum Staate aufgebaut ist, nicht gerüttelt wird und daß die Gesamtheit der nichtbeamteten Staatsbürger auch ihr gerecht wird.

Es ist jetzt fast modern geworden, beamtenfeindlich zu sein. Deshalb ist es gerade in unserer schnellebigen und vergeßlichen Zeit notwendig, daran zu erinnern, daß seit dem Ende des Krieges die deutsche Beamtenschaft zweimal das Reich gerettet hat: einmal 1918, als 8 Millionen Soldaten in das Land zurückströmten, in dem weder die Lebensmittelversorgung noch die Versorgung mit den wichtigsten sonstigen Bedürfnissen des Lebens sicher und geordnet war. Damals hat die deutsche Beamtenschaft, unbekümmert darum, ob sie am nächsten Ersten ihr Gehalt noch beziehen konnte, mit altgewohnter Pflichttreue ihren Dienst getan und das Land über diese Zeit hinweggetragen. Das zweitemal geschah es im Jahre 1924, als nach dem Zeugnis des damaligen Reichsfinanzministers Dr. Luther die Hinüberführung auf die Rentenmark nur durch die außerordentliche Drosselung der Gehälter der Beamtenschaft möglich wurde. Deshalb war die Besoldungsordnung des Jahres 1927 eine Staatsnotwendigkeit. Ich berufe mich auch für die Notwendigkeit der Besoldungserhöhung 1927 auf das Zeugnis des damaligen Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning, der im Ausschuß seiner Befriedigung darüber Ausdruck gab, daß die Besoldungsordnung die zurückgegangene Kaufkraft wiederherstellen würde.

Voraussetzung für die Erträglichkeit dieses Opfers ist aber der schnelle und vor allem merkbare Preisabbau: einmal aus den Gründen, die der Herr Reichskanzler gestern für den Verkäufer angeführt hat, zweitens aber auch im Interesse des Käufers, der doch in Kürze seinen Haushalt umstellen muß, und für den dies um so wichtiger ist, als er eine bedeutsame zwangsläufige Ausgabe zu leisten hat, die er heute nicht freiwillig ändern kann, nämlich die Mietzahlung. Dem Handel möchte ich sagen, daß bedauerlicherweise die Gefahr besteht, daß die Beamtenschaft den Gedanken des direkten Bezuges aufgreift, wenn der Preisabbau für sie nicht merkbar in die Erscheinung tritt. Gegenüber ungerechtfertigten, übertriebenen Gewinnen des Zwischenhandels, gegenüber durch den Preissturz auf dem Weltmarkt längst überholten Kartellpreisen möchten wir der Regierung immer wieder wünschen, daß sie hart werde! Es gibt in deutschen Ländern zu viel Leute, die harthörig sind gegenüber der Not der Volksgenossen, und wir sind ein Volk geworden, das in seiner weit, weit überwiegenden Masse besitzlos und ohne Reserve ist. . . .

Pflichttreue, Fleiß, Zuverlässigkeit und Makellosigkeit waren die Ruhmestitel der deutschen Beamtenschaft in der ganzen Welt. Es ist eine besondere Aufgabe des Staates, diese große und stolze Tradition auch jetzt zu erhalten. Aber ich halte es für gut, wenn man von dieser Stelle nicht nur Worte der Kritik, des Hasses und der Leidenschaft hört, sondern auch einmal ein freundliches Wort der Anerkennung. Wir haben gerade in diesem Augenblick vom Reichstag aus Grund, Dank und Anerkennung auszusprechen den Ministerialbeamten, die in den letzten Wochen durch die Herstellung von 28 Gesetzen eine geradezu unerhörte Arbeitsleistung vollbracht haben. An dem Inhalt der Gesetze mögen Sie Kritik üben, aber an der Arbeitsleistung können Sie doch nicht zu rütteln. Ich halte es für meine Pflicht, von dieser Stelle aus auf Grund einer langjährigen Tätigkeit zu bezeugen, daß die deutsche Beamtenschaft trotz aller Einschränkungen auch heute noch in ihrer großen Mehrheit, selbst in den kaum noch ausreichend besoldeten untersten Stufen, makellos erhalten geblieben ist. Ich behaupte aber auch, daß die Beamtenschaft selbst sich mit größter Schärfe gegen alle Erscheinungen der Korruption wehrt. In diesem Bestreben muß die deutsche Oeffentlichkeit sie unterstützen. Es kann gar nicht scharf genug mit eisernem Besen gekehrt werden, wenn eine Korruption in Erscheinung tritt. Das Volk will ein sauberes

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0016

Beamtentum, und es will stolz darauf sein, daß sein Beamtentum sauber ist; denn auf dem Beamtentum beruht die Verwaltung, und letzten Endes beruht das Glück der Bevölkerung eines Landes mindestens so auf der Verwaltung wie auf der Verfassung."

Agrarpolitische Aufgaben

Während der Aussprache über die Notverordnung ergriff der Abgeordnete Hillebrand das Wort zu Fragen der Landwirtschaft. Dabei führte er u. a. aus:

„Fest steht, daß unsere Landwirtschaft nicht bloß mit den heutigen Steuersätzen, sondern auch mit dem heutigen Steuersystem unzufrieden ist, daß unsere Landwirtschaft immer ein klares und übersichtliches Steuersystem verlangt hat. Es muß ferner festgestellt werden, daß, wenn die Regierung in der heutigen Notzeit zunächst bei den kleinsten und mittleren Betrieben eine Freigrenze von 5000 Reichsmark bei der Umsatzsteuer und von 20 000 RM bei der Vermögensteuer festsetzt, sie zum mindesten den guten Willen beweist, die kleinen und mittleren Wirtschaften im Rahmen der Möglichkeit zu schonen.

Wenn die Finanzämter einmal ermächtigt würden, in aller Oeffentlichkeit die tatsächlichen Einkommensteuerbeträge innerhalb der Landschaft bekannt zu geben, so würde man feststellen können, daß der im Bauernstand sprichwörtlich gewordene Satz, daß die einen Einkommensteuer zahlen und die anderen Buch führen, krasseste Wirklichkeit geworden ist. Auch ohne die Mängel, die der jetzigen Vorlage als Anfangswerk und als Notverordnung noch anhaften und auf deren Beseitigung die künftige Gesetzgebung hinarbeiten muß, ist nun einmal die Einheitssteuer in der Landwirtschaft immer stark umstritten gewesen. Wir von der Bauernschaft haben eine Einheitssteuer immer gefordert, und zwar nach der Ertragsfähigkeit von Grund und Boden, weil wir in einer solchen Einheitssteuer das beste Mittel sehen, zu einer gerechten Verteilung innerhalb der Landwirtschaft zu kommen, und weil wir in einer Einheitssteuer das beste Mittel sehen, zu einer Vereinfachung unseres heutigen komplizierten Steuerapparats zu gelangen.

Wenn die heutigen Einheitswerte in ihrer Grundlage als untauglich für die Einheitssteuer bezeichnet werden, so kann man dabei nicht prinzipiell zur Verneinung des Systems der Einheitssteuer kommen, sondern man muß die Einheitswerte auf die Grundlage bringen, die der heutigen Wirtschaftslage entsprechen. Schuld daran, daß die Einheitswerte nicht der heutigen Wirtschaftslage entsprechen, tragen aber auch diejenigen, die seinerzeit im Bewertungsbeirat die Sätze mit festgelegt haben, wobei sie sich selbst in ihren Voraussetzungen über die Möglichkeiten in der Entwicklung der Wirtschaft getäuscht haben.

Wenn der Herr Reichsfinanzminister erklärt, daß durch die Steuervereinfachung von jetzt 1,5 Millionen zur Steuerprüfung verpflichteten Zensiten in Zukunft nur noch 43 000 herangezogen werden sollen, so ist das doch eine Zahl, die im Problem der Einheitssteuer schon für sich selbst spricht. . . .

Bei den Maßnahmen der Regierung zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft vermissen wir von der Bauernschaft gerade diejenigen, die nach der bisherigen Vernachlässigung dringend notwendig geworden sind, um die Produkte des Bauernstandes auf einen rentablen Preisstand zu bringen; eine bessere Preisgestaltung für Vieh und für die tierischen Veredlungsprodukte, desgleichen für Obst und Gemüse. Die Landwirtschaftspolitik war seit einem bis anderthalb Jahren eine einseitige Getreidepolitik mit wenig Erfolg.

Wir fordern, daß die Produkte des Bauernstandes ohne Verzug rentabel gemacht und in den Vordergrund der Agrarpolitik gerückt werden. Man hat im Anfangsstadium der Verschuldung der Landwirtschaft dieser den Vorwurf gemacht, sie investiere zu teuer, sie produziere zu teuer, sie sehe nicht auf den Ausgangspunkt ihrer Wirtschaft, nämlich die Sicherung rentabler Preise. Das, was vor zwei Jahren gegen einen Teil der Landwirtschaft geltend gemacht wurde, macht heute der Reichsernährungsminister zwangsweise mit der ganzen Bauernwirtschaft, indem er durch die einseitige Getreidepolitik und damit die bäuerlichen Vieh- und Veredelungsprodukte vernachlässigt, den Produktionsprozeß in den Bauernwirtschaften verteuert und in seiner Entwicklung unrentabel macht. Man kann nicht ohne weiteres Futtermittelzölle einführen, ohne dabei den Preis für die bäuerlichen Veredelungsprodukte sicherzustellen. Diese Landwirtschaftspolitik muß den Kleinbesitz auf die Dauer ruinieren.

Wir verlangen vor allem, daß schnellstens und mit aller Energie das Milchproblem angefaßt wird. Dazu gehört vor allem, daß die Absatzförderung endlich in die Tat umgesetzt wird.

Wir begrüßen die Maßnahmen, die im Handelsklassengesetz vorgesehen sind. Wir haben aber die allergrößten Bedenken, daß der Reichsernährungsminister die ihm erteilten Ermächtigungen zum Nutzen des Bauernstandes anwenden wird.

Wir wenden uns gegen eine anscheinend beabsichtigte Maßnahme, die die Kontingentierung der Zuckerrüben den Zuckerfabriken überläßt. Hier muß der Staat eingreifen. Wenn die Kontingentierung der Zuckerfabrikation durchgeführt werden soll, sie muß es, wenn wir nicht weiter unrentabel produzieren wollen, dann soll

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0017

man zuerst die Ueberproduktion an Zuckerrüben durch Abbau der polnischen Arbeiter eindämmen. Unser Bauernstand hat keine Veranlassung, seinen an und für sich geringen Zuckerrübenbau auch noch dadurch unrentabel gestalten zu lassen, weil 100 000 polnische Arbeiter beschäftigt werden sollen.

Eine große Enttäuschung wird für unseren Bauernstand bei der Notverordnung das Fehlen jeder Bestimmung zur Osthilfe bedeuten.

Weiterhin erklärte Hillebrand, daß es in der polnischen Frage, in dem Widerstand gegen die Ausschreitungen der Polen nicht bloß in Oberschlesien, sondern im ganzen deutschen Vaterlande nur eine einzige Einheitsfront geben darf. Wir warnen davor, die heute bestehende gemeinsame Front dadurch zu gefährden, daß man das nationale Zusammenstehen in dieser Frage parteipolitisch bedingt und bestimmt.

Wir sind der Auffassung, daß die hundertprozentige und alleinige Schuld nur die Polen trifft. Wer anders denkt, gehört nicht in unsere Front. Wenn wir an die Regierung appellieren, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, so wollen wir doch überzeugt sein, daß Proteste leider nur Proteste sind. Wir haben aber dafür zu sorgen, daß derartige Dinge in Zukunft vermieden werden. Solche traurigen Vorkommnisse werden wir nicht mit Protesten vermeiden, auch nicht mit Armeen, sondern dadurch, daß wir dieses Land reich an Kämpfern machen. Und da trifft die Verantwortung auch die früheren Regierungssysteme, die durch ihre Maßnahmen dazu beigetragen haben, daß Oberschlesien an seiner ganzen Grenze ein bauernarmes Land geworden ist. Oberschlesien an der Grenze ist das Land von ein paar Magnaten mit 20-, mit 50-, mit 100 000 Morgen Land in einer Hand. Dort ist eine menschenleere Oede entstanden, die die Polen geradezu anreizt, in dieses deutsche Land einzubrechen. Sorgen wir dafür, daß diese Ländereien aufgeteilt werden, daß dort Bauer neben Bauer gesetzt wird, der die Garantie gibt, daß jeder Fuß deutschen Landes mit seinem Blut verteidigt wird. Dann machen wir die beste Sicherungspolitik gegen das Vordringen und die Gewalttätigkeiten des Slawentums."

Der preußische Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen

Bei der Haushaltsdebatte im Preußischen Landtag erklärte der Abgeordnete Riedel für die Deutsche Staatsparte zur Frage des Vertrages zwischen dem Staat und den evangelischen Kirchen:

Verschiedene Herren Vorredner haben hier die Verhandlungen der Preußischen Staatsregierung mit den evangelischen Kirchen berührt. Ich darf daran erinnern, daß der Landtag bei den Verhandlungen auf Antrag meiner Parteifreunde beschlossen hat, die Staatsregierung zu ersuchen, unverzüglich Verhandlungen auch mit den evangelischen Kirchen über den Abschluß eines auf paritätischer Grundlage beruhenden Vertrages einzuleiten. Die Annahme dieser Entschließung war für uns mit entscheidend bei unserer zustimmenden Stellungnahme zum katholischen Kirchenvertrag. Wir würden es außerordentlich begrüßen, wenn diese Verhandlungen so schnell wie möglich zum Abschluß kämen und der Vertrag mit den evangelischen Kirchen bald den parlamentarischen Körperschaften zugeleitet würde, weil auf diese Weise die in evangelischen Kreisen vorhandene Unruhe beseitigt und das Märchen von der Kirchenfeindlichkeit des Preußischen Staates zerstört werden würde.

Auch wir sind mit den Vorrednern der Meinung, daß ein Einspruchsrecht des Staates bei der Besetzung der leitenden Stellen innerhalb der evangelischen Kirche schon aus Gründen der Parität nicht umgangen werden kann. Wir sind aber im Gegensatz zu dem Herrn Abgeordneten Dr. von Winterfeld weiter der Meinung, daß bei einer politischen Entscheidung die Staatsregierung, die für solche Entscheidungen auch dem Landtag verantwortlich ist, unmöglich dem Schiedsspruch eines Gerichts unterworfen werden kann.

Wir glauben, die Möglichkeit einer Verständigung könnte in der bindenden Zusicherung des Staates gefunden werden, daß das Einspruchsrecht nicht auf parteipolitische und innerkirchliche, sondern allein auf staatspolitische Bedenken gestützt werden dürfte.

Die Oeffentlichkeit hat sich in den letzten Tagen auch mit der Frage beschäftigt, inwieweit den evangelischen Kirchenbehörden bei der Berufung von Professoren theologischer Fakultäten eine Mitwirkung eingeräumt werden soll. Die bisher unwidersprochenen Meldungen erfüllen uns mit einer gewissen Sorge. Ich darf daran erinnern, daß der Landtag in jener oben erwähnten, von uns beantragten Entschließung die Staatsregierung ersucht hatte, zu prüfen, inwieweit der bisherige Rechtszustand in dieser Frage vertragsmäßig festgelegt werden könne. Nach dem bisherigen Rechtszustand besteht ein Anhörungsrecht der Kirchen nur in Altpreußen und nur bei der ersten Berufung von Professoren. Wir würden es für außerordentlich bedenklich halten, wenn dieses Anhörungsrecht erweitert würde, sei es durch Ausdehnung auf Versetzungen, sei es durch Ausdehnung auf das Gebiet der Landeskirchen in den neupreußischen Gebieten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0018

Evangelischen Grundsätzen entspricht die unbedingte Lehrfreiheit der Professoren. Jede Einschränkung solcher Lehrfreiheit würde nicht nur den Fakultäten, sondern auch der evangelischen Kirche selber Schaden zufügen. Wir bitten daher die Staatsregierung dringend, von jeder Ausdehnung des Anhörungsrechts der Kirchen in dem bevorstehenden Vertrage abzusehen und lediglich den bestehenden Rechtszustand vertraglich zu sichern.

Wir glauben, daß auf deiser Grundlage eine Verständigung zwischen den theologischen Fakultäten und den Kirchenbehörden am ersten möglich sein wird.

Aus der Partei

Unsere Arbeit

Wiederum können wir von Versammlungen berichten, die vom Leben und Aufbauwillen der Staatspartei künden und ein Ansporn zu ähnlichen Veranstaltungen sein mögen.

In Königsberg führte der Abgeordnete Ernst Lemmer u. a. aus:

„Aus dem Kampfe, aus der Gärung der letzten Monate werden wir, so führte er aus, den Weg zum Wiederaufstieg nur finden, wenn wir bei allen Gegensätzen, die uns bewegen, nicht vergessen, daß wir Glieder eines Volkes sind, und daß der politische Kampf nur als ein Mittel zum Zweck betrachtet werden kann, um der Nation den besten Weg zu empfehlen. Auch der radikalste Standpunkt ist zu verstehen, solange man sich geistig mit ihm auseinandersetzen kann. Wir vergessen zu leicht, die Dinge in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Wer keine Hemmungen des Geistes und der Moral hat, sondern die Instinkte aufpeitscht, die naturgemäß in den verbitterten und verärgerten Menschen der Gegenwart liegen, wird eines äußeren Versammlungserfolges immer sicher sein. Es ist schwieriger, in so schwerer Zeit sich vor eine Volksversammlung hinzustellen und nichts zu beschönigen, aber auch einzustehen für das, was jetzt in verantwortungsbewußter parlamentarischer Arbeit geschehen ist; ich aber will in dieser Versammlung für alles das geradestehen, was der sogenannte Regierungsblock seit Mitte Oktober im Deutschen Reichstag getan hat.

Vom Standpunkt der reinen Demokratie aus gesehen, ist es gewiß ein erheblicher Schönheitsfehler, daß die Regierung Brüning durch den Erlaß von Notverordnungen das Parlament vor vollendete Tatsachen gestellt hat. Aber die Gegner der formalen Demokratie sind hier nicht die berufenen Kritiker. Bei dreieinhalb Millionen Arbeitslosen in einer unerhörten seelischen, ökonomischen, sozialen Volkskrise kam es nicht darauf an, wie die Regierung das Volk führt, sondern daß sie in dieser Zeit die Führung ausübt."

Vor der Ortsgruppe Berlin-Mitte der Deutschen Staatspartei sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann Fischer über die Notverordnung und führte u. a. folgendes aus:

„Die Notverordnung des Reichspräsidenten . . . bedeutet eine Abkehr von der Politik der Selbsttäuschung und des Ueber-die-Verhältnisse-Lebens, die wir leider in den letzten Jahren allzu sehr getrieben haben. Deshalb muß die Notverordnung als ein Ganzes betrachtet werden und die Kritik, die zweifellos an vielen ihrer Einzelheiten berechtigt ist, hat zurückzutreten. Auch die mancherlei Bedenken gegen die Anwendung des Artikels 48 müssen verstummen, vor allem weil wir durch unseren Führer, den Vizekanzler Dietrich, die feste Gewähr haben, daß er die Gesetzgebung unverzüglich wieder in die ordnungsmäßige parlamentarische Bahn zurückführen wird, sobald die Stürme dieser Tage vorüber sind und wiederum ein verantwortungsbewußtes Parlament mit fester Mehrheit vorhanden ist. Energisch muß ich denen entgegentreten, die in diesen Tagen immer wieder schwarz in schwarz malen; denn das deutsche Volk hat die Kraft und die Quellen, um auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden, um zwar nicht plötzlich, aber doch nach und nach einen neuen Aufstieg zu nehmen. Das ist allerdings nur möglich, wenn sich alle Verantwortungsbewußten zusammenschließen, um den Staat und seine Autorität sicherzustellen und die Anstürme des Radikalismus abzuwehren, die in der gegenwärtigen Zeit nur aus engherziger Parteieinstellung Schwierigkeiten machen und die, sollten sie je einmal zur Macht kommen, nie ohne Blut und Bürgerkrieg ihre Ziele werden erreichen können."

Auch in Hessen-Nassau hat die Aufbauarbeit für die Deutsche Staatspartei eingesetzt. Im südlichen Teil des Wahlkreises fanden u. a. Versammlungen der Staatspartei in Wiesbaden, Hanau, Schlüchtern, Oberursel, Cronberg, Homburg und Höchst statt. In Wiesbaden sprach Bürgermeister Ehrhardt, in Hanau Rektor Beckers, in den übrigen Orten Geschäftsführer Dr. Semank. Die Versammlungen waren durchaus gut besucht und zeigten in ihrem erfreu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0019

lichen Verlauf und in der Geschlossenheit der Meinung den Willen, die Staatspartei nach Kräften zu fördern. Im Januar werden im ganzen Wahlkreis Bezirkstagungen stattfinden.

In Koblenz fand der Gründungsparteitag für den Wahlkreis Koblenz-Trier statt, bei dem Freiherr Rochus von Rheinbaben und Dr. Winschuh Referate hielten. Angenommen wurde einstimmig eine von den Frauen eingebrachte Entschließung, in der es heißt, die Staatspartei

„möge von Anfang an in den Vordergrund ihrer Aufgaben die politische Sammlung des nichtsozialistischen und nichtkonfessionell und reaktionär gebundenen Staatsbürgertums rücken und Einzelunterschiede politischen Denkens beiseite stellen zugunsten der Idee, eine größere und damit einflußreichere staatsbürgerliche Partei zu werden."

Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Demokratischen Partei beschloß auf einem stark besuchten Wahlkreistag in Dresden unter dem Vorsitz von Dr. Külz den Uebergang zur Deutschen Staatspartei.

Personalien

Justizrat Placzek 70 Jahre.

Am 25. Dezember beging Justizrat Placzek, unerschrockener Vorkämpfer für das Deutschtum in der Provinz und in der Stadt Posen, seit einigen Jahren in Berlin ansässig, seinen 70. Geburtstag. Placzek, der als Rechtsanwalt in Posen lebte, hat besonders in den Jahren 1918/19 als letzter deutscher Stadtverordnetenvorsteher und als Vertrauensmann der deutschen Bürgerschaft mit einem Mut, der persönliche Gefahren nicht scheute, und mit vorbildlicher Würde die Verfassungsrechte der deutschen Stadtgemeinde gegen die polnischen Machthaber verteidigt. Die fortwährenden Verfolgungen seiner Gegner zwangen ihn, seine Heimat zu verlassen.

Jahrzehntelang leitete Placzek den Provinzialverband Posen der Freisinnigen und später der Fortschrittlichen Volkspartei. Nach der Revolution bekannte er sich aus innerster Ueberzeugung zur Deutschen Demokratischen Partei.

Justizrat Cramer 70 Jahre.

Justizrat Cramer, der Ehrenvorsitzende der Ortsgruppe Kreuznach der Staatspartei, wurde am 2. Januar 70 Jahre alt. Seit langem ist er einflußreiches und hochgeschätztes Mitglied der städtischen und Kreiskörperschaften. Die Reichsleitung der Staatspartei übermittelte Justizrat Cramer ihre Glückwünsche.

Kampf und Werbung

Seeckt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hat zu Weihnachten eine Umfrage veranstaltet „Was halten Sie von einer Regierungsbeteiligung Hitlers?" Nur vier der Befragten haben die Veröffentlichung ihrer Antwort gestattet. Außer Dr. Schacht, dem Rostocker Historiker Schüßler und dem Herrn von Oldenburg ist es der Generaloberst von Seeckt, Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei. Alle vier äußern sich zustimmend. Wesentlich ist nur die Antwort von Seeckt. Wir halten sie für wichtig genug, um sie im Wortlaut abzudrucken:

„Die Frage, ob eine Regierungsbeteiligung der Hitlerpartei wünschenswert ist, beantworte ich mit einem uneingeschränkten Ja. Sie ist mehr als das; sie ist not-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0020

wendig. Ich möchte dieses Ja nicht im engen parteipolitischen und parlamentarischen Sinn verstanden wissen; denn ganz abgesehen davon, ob die Partei gleich stark bleibt, sich an Zahl und Kraft vermindert oder verdoppelt — das, was in dieser Bewegung den echten Kern bildet, das nationale Empfinden, der Wehrwille, das soziale Verständnis, alles getragen von einem jugendlichen, reformbestrebten Auftrieb, alle diese Elemente sind ein notwendiger Bestandteil der Regierung der Zukunft.

Diese Regierung muß die Form eines Keils haben, dessen stählerne Spitze die Vernunft ist, die von der Macht vorwärts getrieben wird gegen die Wand wirtschaftlicher Hemmnisse und äußerer Feindschaft. An diesen führenden Keil schließen sich rechts und links, ihn verstärkend und seine Wirkung verbreiternd, alle die Kräfte des Volkes an, die reinen Wollens und festen Willens sind. Zur Entfaltung der vollen Stoßkraft bedürfen wir ebenso der Masse der im Grund ihres Herzens deutschen, gegen russisches Gift gefeiten Arbeiterschaft wie der national begeisterten Jugend aller Stände aus Stadt und Land.

Parteien spielen bei diesem Zusammenschluß keine Rolle; daher kommt es auch nicht darauf an, aus welchen der bisherigen Parteien sich die führenden Kräfte bilden; wenn nur bei ihnen die Vernunft und die Macht vereinigt sind, dann wird sich die Gefolgschaft von Rechts und Links schon finden.

Bei dem Stoß dieses Keils werden Späne fliegen, das ist unvermeidlich. Das werden die Feigen sein und die Lauen und die Undeutschen, die Formalisten und die Bürokraten, und es wird nicht schade um sie sein.

Damit glaube ich auch den zweiten Teil der Frage beantwortet zu haben, den nach den Folgen der Regierungsbeteiligung der Hitlerpartei."

Wir müssen zu diesen Worten mit allem Ernst und Nachdruck folgendes bemerken:

Grundlage unseres politischen Wollens und Handelns ist der deutsche Staat. Es ist der Staat in der Gestalt, die in der Verfassung von Weimar festgelegt ist.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei steht dem Staat in seiner durch die Weimarer Verfassung gegebenen, vom Reichspräsidenten von Hindenburg beschworenen Form mit fanatischer Feindschaft gegenüber. Sie bekämpfen diesen Staat innerhalb der durch die Verfassung gegebenen und gewährleisteten Meinungsfreiheit mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln; wieweit sie den Kampfboden außerhalb der Verfassung ausdehnt, mag hier unerörtert bleiben.

Die Nationalsozialisten stehen dem Staat wie er ist ebenso gegenüber wie bis zum Jahre 1914 die Sozialdemokraten dem Staat gegenüberstanden wie er war. Der alte Staat hat — mit Recht unter dem Gesichtspunkt der Staatsräson — nicht die kleinste Machtposition zugunsten der Sozialdemokratie geräumt. Seeckt verlangt, daß der heutige Staat sich seinen erbitterten Feinden selbst ausliefert.

Deutschlands Wirtschaft und Gesellschaft ruhen auf der Grundlage des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems. Mag es — den Notwendigkeiten der Entwicklung in Krieg und Nachkriegszeit, den veränderten sozialen Schichtungen entsprechend — vielfach durchlöchert sein; die Grundlage bleibt.

Die Nationalsozialisten kämpfen gegen dieses Wirtschaftssystem an. Ob ihr Argument Marx entbehrt oder auf anderem Boden gewachsen ist, bleibt völlig gleichgültig. Im Haß gegen den Kapitalisten*) sind sie einig mit dem Kommunismus.

Nationales Empfinden, Wehrwillen, soziales Verständnis, reformbestrebter Auftrieb sind ein Bestandteil der gegenwärtigen Regierung. Es ist eine Beleidigung des Kanzlers Brüning und des Vizekanzlers Dietrich, wenn man diese Elemente ihrer Arbeit erst von einer Regierung der Zukunft erwartet.

Wir wissen wohl, daß manche Politiker und manche politischen Kreise bis in die Mitte hinein unter der Psychose stehen, man müsse mit Hitler regieren. Wir bedauern, daß sie das Opfer eigner Kraftlosigkeit, eigner Glaubenslosigkeit geworden sind. Wir können darin

*) Vergl. Blätter der Staatspartei, Heft 24, 1930, S. 597, 598.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0021

keinen Grund sehen, den Staat preiszugeben. Die deutsche Republik ist durch die Wirren der letzten 12 Jahre nicht hindurchgeführt worden, um sie das Opfer des politischen Schwächeanfalles eines militärisch verdienten Generalobersten und der ihm nahestehenden Kreise werden zu lassen.

Der Nationalsozialismus will das Chaos, um aus ihm neue Bindung und Ordnung zu schaffen. Wir wollen auf dem Boden des Gewachsenen und Gewordenen weiterbauen — denn auch die Geschehnisse von 1918/19 sind gewachsen und geworden und nicht „gemacht" —, wollen Unvollendetes weiterführen, Unzweckmäßiges brauchbar gestalten, Ueberaltertes von uns werfen.

Jeder redliche Mitarbeiter soll uns willkommen sein. Mit dem Nationalsozialismus gibt es kein Paktieren; es gibt nur Kampf.

Was aber den Generalobersten von Seeckt anbelangt, so wollen wir rücksichtsvoll genug sein, uns mit den Einzelheiten seiner bilderreichen Ausführungen nicht zu befassen.

Eine Bemerkung können wir allerdings nicht unterdrücken: Wenn mit dem Wunsch des Herrn von Seeckt sein Bild Wirklichkeit wird, so werden auch von seiner Partei die Späne fliegen, da es in der Deutschen Volkspartei viele „Laue, Formalisten und Bürokraten" gibt. Und wenn die Deutsche Volkspartei tatsächlich der Hitlerbewegung zur Regierung verhelfen sollte, dann allerdings „wird es nicht schade um sie sein".

Antwort an Seeckt

In einer der letzten Sitzungen des Reichstags hat der deutschnationale Abgeordnete Dr. Kleiner mit großem Schwung das kommende „Deutschland Hugenbergs und Hitlers" gepriesen. Kurz darauf erschienenen in einem Hugenberg-Blatt folgende programmatische Sätze:

„Mancher Führer der Nationalsozialisten glaubt, daß man allmählich die Mehrheit allein erobern und dann nach dem Muster des italienischen Faschismus einen legalen Umsturz machen könne. Wir können nicht über eine, zwei oder drei Wahlen hinweg warten, bis die Nationalsozialisten ihre Hoffnungen nach Mehrheit erfüllt oder gescheitert sehen. Deutschlands inner- und außenpolitische Lage drängt zu sofortigem Handeln. Entweder wird Deutschland binnen weniger Monate von rechts regiert oder es gibt nur die Wahl zwischen einem neuen Kompromiß, wie wir es vom Dawesschen Plan bis zum Neuen Plan erlebt haben, und dem Bolschewismus. Schon die nächste Wahl kann die Entscheidung bringen. Wenn die Nationalsozialisten erheblich zunehmen, die Deutschnationalen aber verlieren, dann ist das Ergebnis eine Regierung der Großen Koalition . . . Nur in der Zusammenarbeit der entschieden nationalen Parteien liegt die Möglichkeit, die nächste Wahl zu gewinnen."

Diese beiden deutschnationalen Ausführungen zeigen das lebhafte Bemühen der Deutschnationalen Partei, Arm in Arm mit den Nationalsozialisten zu marschieren. Die Antwort ist eine schallende Ohrfeige. Graf Reventlow hat sie der Hugenberg-Partei in fühlbarster Weise erteilt. In seinem „Reichswart" hat er die „außerordentlich zuvorkommende Liebenswürdigkeit" der Deutschnationalen, die „gütige Zusammenstellung Hugenberg und Hitler", beißend ironisiert. Diese Zusammenstellung „ist in in sich unwahr". Deutschnationaler Kapitalismus und nationaler Sozialismus kann man nicht miteinander vereinen, diese beiden können nicht miteinander, sondern nur gegeneinander arbeiten, unbeschadet von Uebereinstimmungen in unmittelbar vorhandenen oder sich aufwerfenden rein nationalen Fragen".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0022

Schließlich zieht Graf Reventlow ganz scharf den Trennungsstrich gegenüber der Deutschnationalen Partei:

„Der Kern dieses unschuldsvollen Pudels ist lediglich die deutschnationale Angst vor neuen Wahlen. Für diese möchte man vorbeugen und als kluger Mann vorbauen. Es fehlen nur noch die lieben alten Worte: Arbeitsgemeinschaft, Block, Einheitsfront! Schutzwälle, die man so gern errichtet sehen möchte, um weitern Schwund der Deutschnationalen Volkspartei zu verhindern. Wir unserseits rechnen die Deutschnationale Volkspartei zu allen andern bürgerlichen Parteien, die sich unrettbar auf dem Abstieg befinden und zum Hinschwinden bestimmt sind. Darüber können alle Aeußerungen im Ton des anerkennbaren oder leicht tadelnden Vormundes nichts ändern und nicht täuschen. Das sollte man sich auf deutschnationaler Seite klarmachen. Wir erkennen mit größter Klarheit und Sicherheit unsern alten Standpunkt als richtig an, daß die nationalistische Bewegung, um ihrer Mission gerecht werden zu können, frei bleiben muß, in jedem Sinne dieses politischen Begriffs . . . und so bedankt sie sich auch für solche ‚Werksgemeinschaft', ebenso wie sie den deutschnationalen Werksgemeinschaftsgedanken im wirtschaftlich-sozialen Leben als unsozial und unbrauchbar ablehnt."

Wir sind dem Grafen Reventlow für die neue Bekräftigung des antikapitalistischen Willens seiner Partei dankbar. Wir nehmen Kenntnis von der summarischen Erledigung aller bürgerlichen Parteien, zu der er also die NSDAP. nicht zählt, wie es „bürgerliche" Illusionspolitiker vom Schlage Seeckts so gern möchten. Genügen diesem Typus die Fußtritte von Reventlow und Goebbels noch nicht? Bedarf es erst stärkerer Züchtigungen, um diese Vertreter des Bürgertums zur Besinnung auf ihre Stellung und Aufgabe zu bringen und auf die Tugenden, die den Bürger der besten Ausprägung in den Städten des Altertums und des Mittelalters auszeichneten: Mannhaftigkeit und Gemeinschaftssinn.

Vertauschte Rollen oder: Eine Steuer auf Probe.

Der Braunschweiger Landtag hat zwei Tage vor Jahresschluß eine Warenhaus- und Filialsteuer angenommen. Dafür stimmten Nationalsozialisten, Bürgerlicher Block und der Volksnationale, dagegen Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Steuer sieht einen Zuschlag zur Gewerbesteuer von 300 Prozent für Warenhäuser, von 150 Prozent für Filialbetriebe vor.

In der vorhergehenden Aussprache erklärte sich der sozialdemokratische Redner grundsätzlich für die Steuer in dieser Höhe; er stimmte wegen der Einbeziehung der Konsumvereine dagegen.

Der bürgerliche Redner wandte sich gegen die Steuer. Er erblickte in ihr eine Gefährdung der braunschweigischen Industrie und stützte sich auf Bedenken des Einzelhandels. An die Zustimmung knüpfte er die Bedingung, daß bei der nächsten Haushaltsberatung eine Ueberprüfung des Gesetzes erfolgt, um aus den Auswirkungen der Steuer die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

Der volksnationale Abgeordnete rang sich zu der gleichen Stellung durch: grundsätzliche Ablehnung — bedingte Annahme.

Die einzig einheitliche Linie wahrte der nationalsozialistische Redner. Ihm ging die Steuer noch nicht weit genug. Im übrigen erklärte er es für unvermeidlich, „daß Steuergesetze auch Härten mit sich brächten".

Mit diesem Fatalismus mögen sich die Steuerzahler trösten. Wir glauben zu wissen, daß auch von ihnen ein Teil den Ersatz des Marxistenregiments durch die Hitlertruppe nicht ungern gesehen hat. Daß die Freude vom September noch andauert, bezweifeln wir.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0023

Presseschau

Pazifismus und Revision. Im „Dortmunder Generalanzeiger" hat sich in den letzten Wochen eine interessante Auseinandersetzung zugetragen.

Kurt Hiller, der geistige Führer der revolutionären Pazifisten, in dem wir bei aller Gegnerschaft und Verschiedenheit einen der klarsten und gründlichsten Denker unserer Zeit und einen ihrer besten Sprachkünstler schätzen, hat in einem Aufsatz „Pazifismus und Revision" sich zu einer pazifistisch-nationalen Haltung bekannt. Wir schätzen Hillers Bekennermut um so mehr, als wir die Gehässigkeit kennen, mit der die „herrschende Meinung" der Friedensbewegung jede nationale Regung verfolgt. Bei der Knappheit unseres Raumes können wir Hillers Aufsatz nur auszugsweise widergeben; wir empfehlen unseren Lesern dringend, den ganzen Aufsatz zu lesen (erschienen in Nr. 334 vom 4. Dezember 1930). Er wird besonders im Kampf gegen den verwaschenen, kraftlosen „Pazifismus" der Radikaldemokraten gut verwendbar sein.

Am 12. Dezember 1930 hat Fr. Wilh. Foerster, dessen dunkle Rolle in mancherlei Dingen in allgemeiner Erinnerung sein dürfte, sich zum gleichen Thema geäußert wie Hiller. Wir geben auch aus diesem Aufsatz einen Auszug; er ist ein lebendiges Beispiel für jenen Pazifismus, der nach Hillers berechtigter Meinung die pazifistische Idee korrumpiert und unmöglich gemacht hat.

Hiller schreibt:

„Nach dem Zusammenbruch 1918 hatte der Pazifismus in Deutschland ungeheure Chancen. . . . Er hat sich alles verscherzt durch seine flach-negative, ressentimentale Stellung zur Nation . . . Mit der „Schuldfrage" begann es. Anstatt die Nationalisten-Lüge von der Schuldlosigkeit Deutschlands am Weltkriegsentstehn durch den Nachweis von Deutschlands Mitschuld, von der Größe seines Schuldanteils zu entkräftigen, adoptierte man die Lüge des ausländischen Imperialismus von der Alleinschuld Deutschlands. Damit behauptete man, „links" in der deutschen Friedensbewegung zu stehen — während, wer Historiker-Objektivität bewahrte und sich von nationalem Flagellantismus ebenso freihielt wie von nationaler Selbstgerechtigkeit, als halber Nationalist verschrien wurde . . . Die stärksten demagogischen Erfolge erzielte man eine Zeitlang durch besinnungsloses Hetzen und Krächzen gegen die eigene Nation. Damit; nicht etwa mit einer radikalen Philosophie gegen das Töten; nicht etwa mit einer exakten Methodologie der Kriegsverhinderung. In den Ohren der Sieger, jenseits der Grenzen, war das Krächzen Deutscher gegen Deutschland Musik; man hegte und pflegte die Krähen.

1923, während der Ruhrbesetzung, sangen sie wieder. Die pazifistische Aufgabe lautete damals: der drohenden Entartung des passiven Widerstandes zum aktiven entgegenzuwirken. Statt dessen wühlte dieser Typ von Anfang an gegen den Widerstand überhaupt; als wäre der französische Militarismus ein minder geeignetes Objekt pazifistischer Opposition als der deutsche. Auch grenzte man sich von den Separatisten nicht hinreichend ab.

Der deutschrussische Neutralitätsvertrag, April 1926, ein ausgezeichnetes Instrument gegen die Gefahren einseitiger Westbindung, ein Symbol realpazifistischer Staatskunst, erregte Mißfallen bei diesen Pazifisten, ein geradezu hysterisches Mißfallen, obwohl selbst Poincaré ihn schluckte. Als, etwas später, Deutschland dem Völkerbunde beitrat, setzten die Krähen zwar unermüdlich ihre Uebung fort, die (gewiß verwerflichen) Aufrüstungstendenzen in Deutschland zu bekrächzen, aber niemals fanden sie Töne für einen Protest gegen das beharrliche Fehlen jedes Abrüstungswillens bei den Nachbarmächten. Schwerer konnte der Pazifismus nicht kompromittiert werden, nämlich bei denjenigen Deutschen, die gerade damals für ihn gewinnbar gewesen wären . . . Und so blieb das bis heute. Heute betätigt sich dieser schiefgewickelte Pazifismus als Quertreiber gegen die Revisionsbewegung. Wieder optiert er gegen das eigene Land. . . .

Je verbreiteter durch die Schuld der Pseudopazifisten der Irrtum ist, Pazifismus sei antinational, desto notwendiger wird es, daß die echten Friedenskämpfer immer wieder der Oeffentlichkeit deutlich machen: das nationale Interesse, solange es Nationen gibt, zu leugnen, ist denkfehlerhaft; es zu erkennen, aber preiszugeben, ist seelenkrüppelhaft. Gerade wir Pazifisten wollen die Befreiung, das Empor, das Glück Deutschlands; freilich wollen wir's im Gegensatz zum bisherigen Verfahren, ohne Massenmord. Der Krieg, der Massenmord ist ein so ungeheures Unglück für die Nation, daß durch ihn Glück für die Nation keinesfalls erzielt wird. Es ist ein nationaler Grund, aus dem wir den Krieg bekämpfen (neben anderen Gründen) — während die Schiefgewickelten dem Kriege Vorschub leisten: durch Diskreditierung des Friedensgedankens.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0024

. . . der Korridor: die Zerschneidung des Gebiets einer Nation — auf der Erdkarte gibt es das nicht noch einmal. Gewiß kämen, wenn der Korrridor wieder verschwände, einige hunderttausend Slawen (vorwiegend Kassuben) unter deutsche Souveränität; dies als moralisch unmöglich ablehnen darf nur, wer gegen die Tatsache zu protestieren gewohnte ist, daß mehr als drei Millionen Deutsche unter tschechischer Souveränität leben und rund 4 Millionen Deutsche unter französischer, belgischer, dänischer, litauischer, italienischer, jugoslavischer, rumänischer, polnischer Staatshoheit. Hiermit jedoch pflegen die Verteidiger des Korridors durchaus einverstanden zu sein. Auch wir wollen beileibe nicht daran rütteln; die ethnische Struktur Europas bringt diese Ueberschneidungen mit sich; bei anständiger Minderheitenpolitik schaden sie nichts; wogegen wir uns wenden, ist jene scheinpazifistische Verlogenheit, die mit zweierlei Maß mißt.

Den Korridor bringt Europas natürliche Struktur keineswegs mit sich; ihm fehlt jede Notwendigkeit; er ist eine künstliche und schikanöse Konstruktion; überdies, wie sich alle paar Monate zeigt, eine Quelle der Kriegsgefahr. Elsaß-Lothringen hat den Frieden nicht im gleichen Grade gefährdet wie jetzt der Korridor.

Verständige Franzosen und Engländer, nicht ausgeprägt pazifistische nur, sehen das längst ein und bekennen sich auch öffentlich zu ihrer Einsicht. Deutsche „Pazifisten", die mit revisionsgegnerischem Moralgerede diesen Anwälten der Vernunft in den Rücken fallen, handeln deutschfeindlich und friedensfeindlich zugleich. Der Schwindel, diese widerliche Haltung gar als pazifistischen „Radikalismus" auszugeben, sollte endlich durchkreuzt werden. Und das Nachplappern der alten polnischen Phrase, die zuletzt wieder vom Außenminister Zaleski (in einem Interview des „Petit Parisien") lanciert wurde: Polen, um unbehindert zu allen Weltmärkten zu gelangen, brauche den Zugang zum Meer, sonst müsse es ersticken — das Nachplappern dieses Unsinns sollte endlich als das gewertet werden, was es ist: als Merkmal der Ignoranz.

Denn wo haben Bolivien und Paraguay, wo haben Oesterreich, die Schweiz, die Tschechoslowakei, Ungarn ihren Zugang zum Meer? Wer je hätte diese Staaten, weil ihnen der Zugang zum Meere fehlt, für nicht lebensfähig gehalten und die Welt für so idiotisch, das zu glauben, alls er's verkündet? Man hört die „erstickende" Tschechei„ die „erstickende" Schweiz ordentlich röcheln. Als ob nicht Handelsverträge oder Staatsservituten (Internationalisierung eines Stroms, Einrichtung einer Freihafenzone an der Mündung) dieselben Vorteile böten, die der staatsrechtliche Besitz des Uferstreifens enthält!

Die Revision zu fordern, ist schon allein laut Artikel 19 der Völkerbundssatzung formell völkerrechtsmäßig. Materiell entspricht sie dem deutschen Interesse, letzten Endes auch dem allgemeinen Friedensinteresse. Die Friedensverträge von 1919 waren imperialistische Diktate, genau wie alle ihre Vorgänger. Der Friede, den sie erzwangen, ist kein echter Friede; er trägt den Krieg in seinem Schoß. Erst ein gerechter internationaler Friede, ein Friede, wahren Interessenausgleichs, würde die Voraussetzungen schaffen, unter denen die Massen gerade der im letzten Kriege besiegten Völker reif werden könnten für die Friedensidee. Der letzte Krieg wird nur dann der letzte Krieg gewesen sein, wenn es der vereinten Kraft aller guten Geister Europas noch nachträglich gelingt, ihn durch einen Frieden zu beschließen, der sich prinzipiell und radikal unterscheidet von allen früheren Friedensschlüssen.

Wir Pazifisten haben zwar die Aufgabe, immer wieder vor dem Versuch zu warnen, die gerechte Revision der schlechten Verträge mit Waffengewalt zu erzwingen; es sind die friedlichen, die geistigen Methoden, die wir zu befürworten haben, weil, auf weite Sicht, nur sie helfen können; aber wer das nationale Interesse preisgibt, soll der Oeffentlichkeit nicht länger vorschwätzen, daß er just damit Pazifist sei."

Aus Foersters Ausführungen sei folgendes erwähnt:

„Der Weltkrieg entstand auf dem verhängnisvollen Bestreben der Zentralmächte, sich dieser Individualisierung, soweit sie den slawischen Osten betraf, entgegenzustellen. Die polnische Politik im deutschen Osten, die tschechische und südslawische Politik Ungarns, waren die eigentlichen Ursachen des Konfliktes, der schon lange schwelte und im Juli 1914 schicksalsmäßig ausbrach. Weder der deutsch-englische, noch der deutsch-französische Gegensatz brauchten zum Weltkrieg zu führen; die große Frage aber des europäischen Ostens: soll das Nationalitätenprinzip auch auf den slawischen Osten angewandt werden, sollen die einst aufgelösten slawischen Staaten wieder hergestellt werden, soll das Prinzip, nach dem sich Deutschland als Nationalstaat konstituiert hatte, auch für die West- und Südslawen recht und billig sein — diese Frage traf bei den an autoritäre Ordnungen gewöhnten Herrenschichten der Zentralmächte auf eine derartig scharfe und grundsätzliche Verneinung, daß eine Verständigung völlig aussichtslos erscheinen mußte . . .

Nun ist es gewiß vollkommen richtig, daß Deutschland durch jene Ost-Exekutionen des Nationalitätenprinzips zu schweren Amputationen und sogar zu Durchschneidungen seines Territoriums verurteilt worden ist, welche Exekutionen für die nationale Eigenliebe gewiß eine schwere Zumutung waren und wirtschaftlich große Notstände geschaffen haben. Hier rächt sich eben die Teilung Polens, das größte Unrecht der ganzen neueren Geschichte, hier rächt sich überhaupt die ganze preußische Eroberungspolitik, die den preußischen Staat in den polnischen Leib hineinbaute, so daß nun mit der Wiederauferstehung Polens, der polnische Staat mitten im preußischen Leibe zu neuem Leben erwacht ist. (Die überwältigende Majorität des Korridors sind Polen!)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0025

Wer die neugeschaffenen Verhältnisse im deutschen Osten nicht kennt, der hat keine Ahnung von der wirtschaftlichen Krise, die durch die neuen Grenzziehungen verursacht worden ist, er hat aber auch anderseits keine Ahnung davon, wie hier die Bevölkerungselemente durcheinandergespült sind, so daß es überhaupt keine Grenzziehung gibt, die an dieser Stelle Europas dem Nationalitätenprinzip gerecht zu werden vermöchte. . . . Mögen z. B. gewisse unbelehrbare Elemente Preußens noch so sehr über das Arrangement betreffend Danzigs schreien, das gewiß im einzelnen vervollkommnet werden kann, es bleibt doch wahr, daß die Versailler Anordnung hier alte Verhältnisse wieder hergestellt hat, die den realen Bedürfnissen weit mehr entsprechen, als es die Einverleibung der einstigen Freien Stadt Danzig, des einstigen großen Ausfallhafens der westslawischen Welt, in den preußischen Staatsorganismus vermocht hat.

Bücherschau

H. Mulert: Baumgarten und die Nationalsozialisten. Karl Wachholz Verlag. Neumünster in Holstein. 1930. 24 S.

Die Schrift befaßt sich mit den Vorgängen in Kiel gelegentlich des Deutschen Bachfestes, bei dem Otto Baumgarten die Festpredigt an Stelle des jetzigen mecklenburgischen Landesbischofs D. H. Rendtorff, Nachfolger auf Baumgartens Lehrstuhl, halten sollte. Mit den unwürdigsten und gewöhnlichsten Mitteln protestierten die Nationalsozialisten sowie die unter ihrer Führung stehende „Freie Kieler Studentenschaft", der 1929 wegen Nichtbefolgung von Weisungen des Universitätsrektors die Anerkennung als akademische Vereinigung entzogen worden war. Wir halten es für unvereinbar mit der akademischen Würde, wir halten es für unerträglich, daß junge Menschen ohne jede Erfahrung politischer Art, die Anspruch darauf erheben werden, Führer unseres Volkes zu sein, nicht einmal soviel menschlichen Takt besitzen, ihre entgegengesetzte Meinung, ihre Abneigung gegen einen verdienten Hochschullehrer in einer Form zum Ausdruck zu bringen, die zwischen gebildeten Menschen üblich ist. Wir Akademiker, denen ein gütiges Geschick es gestattete, sich weitere Kenntnisse anzueignen, die wir diese unsere Kenntnisse restlos in den Dienst unseres Volkes stellen, die wir uns als Diener der deutschen Volksgemeinschaft, der deutschen Nation fühlen, legen schärfste Verwahrung ein gegen solches unakademisches, unerzogenes und beschämendes Benehmen unreifer Kommilitonen ein, denen Pflichterfüllung besser anstünde als solche Radaumachereien. Wir begrüßen die Schrift Mulerts als eine schon erwartete Klarstellung der Vorgänge in Kiel. Solche Dinge müssen als innere Halt- und Hemmungslosigkeiten in der heranwachsenden Generation aufs schärfste geahndet werden. Strenge geistige Zucht, Erfüllung der gestellten Anforderungen werden dieser Jugend die besten Führer zu einem Leben sein, in dem der Gedanke des deutschen Staates bestimmend ist.

Gesetzgeberische Zukunftsaufgaben. Heft 1 des 36. Jahrgangs der „Deutschen Juristenzeitung". Berlin, Verlag Otto Liebmann.

Mit Recht betont der Herausgeber der „Deutschen Juristenzeitung", Dr. Liebmann, daß trotz der Wirtschaftsnot nicht vergessen werden dürfe, der Rechtsnot des deutschen Volkes abzuhelfen. Wege dazu sollen in einer geschlossenen Aufsatzreihe gezeigt werden, die das erste Heft der „Juristenzeitung" im Jahre 1931 veröffentlicht. Man kann der Meinung sein, daß diese Wege zum Teil stärker nach der grundsätzlichen Seite als nach der Gestaltung im einzelnen hinführen. Man wird aber auch dann noch, wie z. B. aus den Beiträgen von Carl Schmitt, Popitz und Hoetzsch, reiche Anregungen empfangen. Die Aufsätze, die sich mit den Gebieten des öffentlichen Rechts beschäftigen, stehen naturgemäß unter der Fragestellung nach der Vereinfachung der Apparate und ihrem reibungsloseren Funktionieren. Carl Schmitt steuert in einem Beitrag „Reichs- und Verfassungsreform" wesentliche und wertvolle Gesichtspunkte dazu bei. Wir heben seine Feststellungen über den Gestaltwandel traditioneller Begriffe und Inhalte wie Selbstverwaltung hervor, über die Unvereinbarkeit von Parlamentarismus und Föderalismus, über die Fiktion der „Wahl" und über die Auslegung der Reichsverfassung.

Was Schmitt als „Pluralismus" beklagt, das kritisiert Popitz in einem Aufsatz über „Finanzpolitische Aufgaben" mit dem Wort „Polykratie" — die fehlende Einheit nicht nur in der staatlichen Organisation, sondern in dem Nebeneinander und Gegeneinander der Gemeinden, Krankenkassen, Berufsverbände, sozialen Versicherungsinstitute und Verkehrsbetriebe, „der unübersehbaren Vielheit untereinander nicht hinreichend verbundener Willensträger mannigfachster Art und verschiedenster rechtlicher Qualifikation", „deren Kompromisse und Abmachungen den Inhalt des staatlichen Willens maßgebend bestimmen". Man kann Popitz nur beipflichten, wenn er die Lösung dieser Widersprüche fordert, unter denen die öffentlichen Verhältnisse stehen. Nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Finanzpolitik, sondern auch um der Verfassung willen, die von einem Staatsvolk als einer Einheit ausgeht, von dem sich der Staatswille ableiten soll. Deshalb sieht Popitz die dringendste Aufgabe in einheitlich gerichteter Einflußnahme auf die Wirtschafts-, Kredit- und Steuerpolitik der Gemeinden und die Verwaltung der Versicherungsträger. Die Frage der Gemeindefinanzen erscheint Popitz als die Schicksalsfrage der deutschen Finanzpolitik; aber ohne Sicherung der Einheitlichkeit unsrer öffentlichen Wirtschaft ist eine dauernde Sanierung der deutschen Finanzen nicht möglich.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Joachim Hild, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0026

BLÄTTER DER STAATSPARTEI

ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI

1. Jahrgang * Berlin, 20. Januar 1931 * Nummer 2

Der Lebenskampf des deutschen Rechts im Osten

Gedanken zur Genfer Ratstagung.

Von * * *

Es waren immer die Notzeiten des deutschen Volkes, in denen es seine Söhne nach Osten schickte, um den Lebensraum des deutschen Gedankens in der Welt zu erweitern. Es ist wieder eine Notzeit des deutschen Volkes, die den Kanzler Brüning auf seiner Ostreise die Mahnung aussprechen ließ, daß der Blick der Volksgemeinschaft, der bisher vorwiegend westwärts nach dem Rhein gerichtet war, nach dem Osten, zur Weichsel hin, zu wenden sei, wo das deutsche Schicksal mit Macht an die Pforten des gesamtdeutschen Erbarmens pocht. Was noch vor wenigen Jahren als utopisch abzulehnen war, das ist heute lebendige Wahrheit geworden: mit einem aufrichtigen Interesse, wie es noch selten die deutsche Delegation nach Genf begleitet hat, erwartet das deutsche Volk die Ergebnisse dieser Tagung, die sich in der Hauptsache mit den Klagen der deutschen Minderheit in Polen befaßt.

Zum ersten Male hat das Deutsche Reich selbst solche Klagen beim Völkerbundrat eingereicht, und zwar gleich drei Klagen auf einmal, von denen zwei dem Wahlterror in Oberschlesien gelten, während die dritte sich mit unhaltbaren Zuständen im Korridor-Gebiet befaßt. Außerdem stehen noch je eine Klage der deutschen Minderheit in Ost-Oberschlesien über die brutale Behandlung durch die Polen bei den letzten Parlamentswahlen und der Korridor-Deutschen über die ungerechte Anwendung des Agrarreform-Gesetzes und des Vorkamfsrechtes zur Beratung. Die sachliche Verschiedenartigkeit der Beschwerden, die den Süden und den Norden des ehemals preußischen Teilgebietes der Republik Polen betreffen, beleuchtet gleichzeitig den Unterschied in der Behandlung der hier und dort wohnenden Deutschen. Während wir es in Ost-Oberschlesien mit einem Volkstum zu tun haben, das nach der Abstammung als typische Grenzbevölkerung mit einem zum Teil wasserpolnischen Dialekt anzusprechen ist, unterscheidet sich die deutsche Minderheit in Posen und Pommerellen nach Sprache und Herkunft recht klar von der polnischen Mehrheit. Während im Kattowitzer Bezirk die Genfer Konvention mit ihrem kasuistischen Minderheitenrecht gilt, leben die Deutschen im Norden der abgetretenen Provinzen nur unter dem vermeintlichen Schutz der allgemein gehaltenen Bestimmungen des sogenannten „kleinen Versailler Vertrages“ vom 28. Juni 1919, der der Willkür des Staates Tor und Tür öffnet. Weil die Verhältnisse so liegen, ist die Abwanderung in Posen und Pomme-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0027

rellen weit stärker gewesen als im östlichen Oberschlesien. Weil es diesen Unterschied gibt, konnte die polnische Entdeutschungspolitik im Norden auch unter dem Schein des Rechts arbeiten, während sie im Süden noch den brutalen Terror hinaufsetzen muß. Endlich bedingt die wesentliche Verschiedenheit des Volkstums in beiden Gebieten, die oben angedeutet wurde, eine Verschiedenartigkeit der Behandlung, die der willensmäßigen Betonung des Deutschtums in Oberschlesien, das nicht nach objektiven Merkmalen beurteilt werden kann, gerecht werden muß. So war es vielleicht der größte Fehler der deutschen Politik in Genf, daß sie bei der Entscheidung über die deutsche Schulfrage in Oberschlesien in der Meurer-Kommission ein vom Rechtsstandpunkt abweichendes folgeschweres Kompromiß zuließ, das dem Willen der deutschgesinnten Bevölkerung keineswegs gerecht wurde.

Jede Abweichung von den überall lückenhaften Rechtsbestimmungen zum Schutz der deutschen Minderheit ist ein Fehler, der schwer wieder gutzumachen ist. Man darf sich deshalb auch diesmal in Genf durch keinen politischen Einwand beirren lassen; mag es sich nun um die falsche Behauptung handeln, daß die deutsche Regierung die Klagen der jenseits der deutschen Grenze lebenden Volksgenossen nur deshalb aufgegriffen habe, um ihre Revisionsansprüche bezüglich der Ostgrenze in Fluß zu bringen, oder mag die polnische Seite entgegenhalten, daß auch, was nicht bestritten werden soll, die polnische Mehrheit unter dem Wahlterror der Regierungspartei gelitten habe. Das eine Unrecht kann das andere nicht auslöschen, und das Recht allein vermag das Leben der Deutschen in Polen zu garantieren. Die Macht ist ihnen und uns im entwaffneten Deutschland versagt.

Die Stellung der deutschen Delegation in Genf ist damit klar und einfach umschrieben. Man kann von den deutschen Vertretern kein Wunder, keine grundlegende Aenderung der Dinge verlangen: man muß aber nicht minder entschieden fordern, daß Herr Curtius sich durch kein politisches Manöver in der Verteidigung des deutschen Rechts beirren läßt, daß er vor allem klar und deutlich betont, in welch unerhörter Weise das deutsche Lebensrecht im angetrennten Osten beschnitten wurde. Dabei sind nicht allein die blutigen Terrorakte aufzuzählen, die in den erschütternden Klagen gesammelt sind, sondern es ist jetzt auch die Gelegenheit gegeben, um eine Bilanz der deutschen Verluste im letzten Jahrzehnt der unkundigen Welt bekanntzugeben. Nach den unwiederlegbaren Berechnungen der ausgezeichneten Darstellung von Dr. Hermann Rauschning über „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens“ (Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1930), beträgt der deutsche Bevölkerungsverlust in den genannten Provinzen allein bis zum Jahre 1926 über 750 000 Seelen; er hat sich inzwischen noch um weitere Hunderttausend erhöht. Der deutsche Besitzverlust bezifferte sich schon 1926 auf rund 500 000 Hektar, eine Besitzverschiebung, die zugleich einen Uebergang an den schlechteren Wirt bedeutete und mit 6½ Milliarden Goldmark bewertet werden kann, wobei etwa 4½ Milliarden Goldmark der polnischen Volkswirtschaft zugute gekommen sind. Inzwischen hat sich auch dieser Besitzverlust erheblich vergrößert. Wenn angesichts solcher Zahlen der polnische Außenminister Zaleski die deutschen Klagen, die der Bewahrung des Restes den Deutschen in Polen dienen sollen, als ein politisches Revisionsmanöver hinstellen will, dann sollte ihm Herr Curtius diese erschütternde Bilanz entgegen halten und sie vorteil-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0028

haft durch die notwendigen Thesen ergänzen, daß die Korridor-Frage nur insoweit mit dem Klagevorbringen der deutschen Regierung etwas zu tun habe, als die brutale polnische Entdeutschungspolitik die Forderung auf eine Aenderung der Grenzen im Osten notwendig betreiben und beschleunigen müsse. Es ist ein unheilvoller Trugschluß der polnischen Seite, wenn sie ihre Westgrenzen durch eine Entdeutschung der Westgebiete zu sichern glaubt. Durch eine gewaltsame Vertreibung der Deutschen aus Polen — und für diese Gewaltsamkeit liefern die deutschen Klagen in Genf neben tausend anderen Momenten einen neuen schlüssigen Beweis — kann in den Augen der objektiven Gerechtigkeit das ethnographische Verhältnis von 1918, das die Grundlage für jede Revisionspolitik bildet, ebensowenig verändert und im polnischen Sinne verbessert werden, wie das Ergebnis der Abstimmungen im Osten, das auch für die abstimmungslos abgetretenen Provinzen eine klare deutsche Mehrheit errechnen läßt. Im Gegenteil: wenn das Recht nicht ewig mit verbundenen Augen durch die Welt gehen soll, dann darf für eine gesunde Revisionspolitik im Osten des Deutschen Reiches jeder verdrängte Deutsche aus Polen doppelt gerechnet werden.

Weil das menschliche Recht und die über ihm stehende ewige Gerechtigkeit der einzige Nothelfer für das bedrängte deutsche Volkstum in Polen sind, muß man sich auf reichsdeutscher Seite wohl hüten, die Rechte der zahlenmäßig weit geringeren polnischen Minderheit in Deutschland auch nur im geringsten zu verletzen. Mit einer Selbstbeherrschung, die höchstes Lob verdient, hat man in den Ostgebieten des Reichs bisher keine Revanchepolitik gegenüber den ungezählten einzelnen Terrorakten und der gesamten systematisch fein durchdachten Entdeutschungspolitik in Polen geübt. Die Belästigung einer polnischen Schauspielertruppe in Oppeln, die auf polnischer Seite schamlos übertrieben wurde, ist kein Einzelfall geblieben. Der Prozeß, der unlängst in Marienwerder über die Vorgänge in Nikolaiken geführt wurde, hat auch diesen Exportartikel der polnischen Propaganda als ein bedauerliches Rauf- und Saufstück enthüllt, das mit politischen Absichten nur soviel zu tun hat, als der Beweis erbracht wurde, daß die angebliche Verwüstung der polnischen Minderheits-Schule von Nikolaiken durch den polnischen Schulvorstand selbst „gestellt" worden war, um der polnischen Hetze neuen Nährstoff, dem polnischen Gewissen eine ersehnte Selbstberuhigung zu geben. Die Beschwerde, die der Polenbund dieser Tage an den deutschen Reichskanzler gerichtet hat, um mit der Aufzählung geringer Einzelvergehen für das große deutsche Leid, das in Polen mächtig ist und das jetzt in Genf zur Verhandlung steht, ein Gegenstück zu schaffen, kann politisch gewiß nur erwünscht sein, wenn man sich auf deutscher Seite der kleinen Mühe unterzieht, in dieser reichlich unverfrorenen Denkschrift vor aller Welt die Wahrheit von der Dichtung zu unterscheiden. Gleichzeitig aber soll uns dieser untaugliche Versuch eine Mahnung sein, gegenüber der polnischen Minderheit im Reich auch nicht den Schein des Rechtes zu verletzen; denn wir haben weder Ursache, die polnische Propaganda zu unterstützen, noch dem deutschen Volkstum in Polen die Grundlage für seinen gerechten Kampf zu entziehen. Eine Selbstbescheidung, die dem Recht und der Anständigkeit der Gesinnung dient, ist keine feige Passivität. „Mein ist die Rache!" spricht Gott, spricht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0029

der bewußte Wille in der Weltgeschichte. Wer mit diesem Faktor rechnet und in seinem Sinne die Mittel des politischen Kampfes wählt, darf ihm nicht ins Handwerk pfuschen.

Das deutsche Volk ist in den zwölf Jahren nach Versailles soviel dunkle Wege gegangen, daß es das Licht nicht mehr zu sehen vermag, das noch immer vom Herzen Europas ausgegangen ist. Zu diesen Lichtseiten unserer deutschen Wanderung rechnen wir vor allem die bewundernswerte Selbstbeherrschung, mit der wir das eigne Haus und damit den ganzen abendländischen Kulturkreis vor der Bolschevisierung bewahrten. Genau so wie vor Jahrhunderten beim Einfall der Tataren beweisen sich nicht die Westslaven, sondern die Deutschen als Bollwerk gegen das vordringende östliche Chaos. Denn was in Brest polnische Abgeordnete Ungeheuerliches erleben mußten, was, uns weit näher berührend, an Unrecht gegenüber den Deutschen in Oberschlesien und im Korridor geschah, das beweist eindeutig, wie wenig die polnische Nation geeignet erscheint, die heiligsten Güter Europas vor den Anschlägen des Kreml zu schützen. Wenn in Genf nichts anderes geschieht, als daß diese Tatsachen, die dem Deutschen bereits offenkundig sind, der ganzen Welt offenbar werden, dann wäre gewiß noch nicht alles erreicht, aber doch soviel als wir nach Lage der Dinge billig erwarten können.

Zwangsschlichtung und Wirtschaftsfreiheit

Von Gerhard Keßler.

Zum dritten Male binnen 6 Monaten ist der Artikel 48 der Reichsverfassung zur Schaffung eines Notgesetzes verwendet worden. Verfassungsrechtliche Bedenken werden sich diesmal dagegen kaum erheben. Ein Streik oder eine Aussperrung im Ruhrgebiet ist in diesem Notwinter eine „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung". Konnte die Notverordnung zum Schlichtungsrecht einen solchen Kampf verhindern, so war sie notwendig und wird vom Reichstage nicht wieder außer Kraft gesetzt werden; da sie ohnehin nur bis zum 31. Juli 1931 gelten soll, ist dem normalen Gesetzgeber der Weg für die Zukunft nicht verbaut worden.

Wichtiger aber als die verfassungsrechtlichen Bedenken angesichts der neuen Schlichtungsverordnung sind die wirtschaftspolitischen; die Verordnung geht folgerichtig einen wirtschaftspolitischen Weg weiter, der dringlichst einer grundsätzlichen Kritik bedarf.

Ein „Schlichter", eine Persönlichkeit, die außerhalb erwerbswirtschaftlicher Interessen und Verantwortlichkeiten steht, hat jetzt das Recht, zwei „unparteiische", also auch außerhalb der Erwerbswirtschaft stehende Persönlichkeiten als „Beisitzer" sich an die Seite zu stellen und, wenn andere Einigungsversuche gescheitert sind, mit diesem Dreimännerkollegium durch „Schiedsspruch" die Arbeitsbedingungen, insbesondere die Löhne, einer großen Industrie in großem deutschen Wirtschaftsraume autoritativ und für eine lange Frist endgültig zu regeln. Die 3 Männer werden in der Regel Beamte sein; im vorliegenden Fall stand ihr „Schiedsspruch" für alle Wissenden im voraus fest: die Regierung in Berlin „wünschte" Lohnherabsetzungen von 6 Prozent, und der „Schiedsspruch" hat sie verfügt! Man darf solche Lohnsätze zweifellos „Tariflöhne" nennen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0030

denn sie sind in einem „Tarif" zusammengestellt; „tarifvertragliche" Löhne sind sie nicht, wenn das Wort „Tarifvertrag" noch einen Sinn haben soll, der mit seinem Ursprung irgendwie zusammenhängt. Hier kämpft keine Gewerkschaft mehr, hier ringt kein Arbeitgeberverband mehr, hier schaffen die Parteien des Arbeitsvertrages kein „gewerbliches Friedensdokument", wie Fanny Imle einst schrieb; hier „wünscht" eine Regierung und hier ordnet ein Kollegium von Beamten demgemäß an: die Löhne werden „auf dem Verwaltungswege" festgesetzt und die Arbeiter„bewegung" darf sich nicht dagegen bewegen, der „Unternehmer" nichts dagegen unternehmen.

Selbstverständlich ist ein System autoritativ geordneter Wirtschaft denkbar. Odysseus hat es auf seinem Fürstengut in Ithaka gehabt, Karl der Große auf seinen Fronhöfen, die mittelalterliche Kleinstadt auf ihren Wochenmärkten, und vielleicht hat es auch Sowjetrußland seit 1921 (hier allerdings gemildert durch Bestechung und Verschwörung). Das System herrenmäßiger oder obrigkeitlicher Wirtschaftsbevormundung hat auch viele Vorzüge; man kann Näheres bei Thomas Morus nachlesen. Löhne, Preise, Mieten, Pachten, Zinsen, so weit sie überhaupt noch nötig sind, werden von oben festgesetzt; man braucht keinen Markt mehr als Ausgleicher und keinen Unternehmer mehr als Anreger, Anpacker und Antreiber in der gesellschaftlichen Wirtschaft. Selbstverständlich muß die Obrigkeit nun auch der Produktion Plan und Maß geben und den Bedarf aller nach Art und Menge bestimmen; wo sie freie Wahl läßt, handelt es sich um kleine Belanglosigkeiten innerhalb der Gesamtversorgung. Ohne Zweifel läßt sich in solcher Kasernenwirtschaft, wenn Ruhe, Ordnung und Gehorsam gesichert sind, leidlich sorgenfrei leben; man bekommt sein Quartier, sein Drillichzeug, sein Komißbrot und vielleicht sogar dazu noch 22 Pfennige täglich, um sich in der Staatskantine Sondergenüsse nach eigener Wahl zu kaufen. Wenn hier die Lösung um 6 Prozent erhöht oder vermindert wird, so murrt man in der Kantine und gehorcht in der Front; verhandelt wird über dergleichen nicht, und die obrigkeitliche Anordnung gehört zum System.

Zu unserm Wirtschaftssystem gehört sie aber nicht. Wo Unternehmer organisieren und wagen, wo Unternehmungen wetteifernd aufsteigen und absinken, wo freie Berufswahl, Freizügigkeit und Koalitionsfreiheit für den Lohnempfänger Rechtens sind, da muß der Preis auf allen Märkten erkämpft, da darf er nicht obrigkeitlich festgesetzt und aufgezwungen werden, da schreckt hier der hohe und lockt der niedrige Zins, da treibt die fiebernde Nachfrage den Warenpreis hinauf und da wirft ihn dort das Ueberangebot herunter, da wird hier der begehrte Konstrukteur und Prokurist hoch und dort der massenhaft sich anbietende Hilfsarbeiter und Rübenhacker niedrig bezahlt. Man kann dies System der von Unternehmern geführten „kapitalistischen" Wirtschaft für mangelhaft, für ungerecht, für hassenswert halten — solange es aber da ist, braucht es der Markt und die freie Preisbildung, um mit allen seinen Mängeln und Ungerechtigkeiten seine geschichtliche Funktion auszuüben, seine Versorgungsaufgaben zu lösen.

Marktfreiheit für Zinse, Warenpreise, Mieten und Löhne fordern heißt nicht Manchestertum fordern und Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik verneinen. Auswucherung der Ahnungslosen und der Wehrlosen muß der Staat mit aller Kraft bekämpfen; Kinder und Jugendliche muß er vor aufgezwungenen Ausbeutungsverträgen viel tatkräftiger schützen, als heute in aller Welt üblich ist: Kranke und Verunglückte, Waisen und Greise sind mit Hilfe staatlichen Zwanges

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0031

zu versorgen, für die Opfer der kapitalistischen Planlosigkeit in der Wirtschaft sind die kapitalistischen Unternehmungen viel schärfer als in allen bisherigen Versicherungsversuchen zu gesetzlich geordneter Rücklagenbildung zu zwingen. Aber wer die freie Preisbildung aus der kapitalistischen Wirtschaft ausschaltet, der gestattet zwar allen die wildeste Wettfahrt, aber er zerbricht den Fahrern die Steuerungen. — Gesellschaftliche Wirtschaft ohne Unternehmer und ohne Markt ist durchaus denkbar, aber Unternehmerwirtschaft ohne freien Markt und ohne steuernden, regelnden Preis ist unsinnig.

Die Zwangsfestsetzung der Löhne auf dem Arbeitsmarkte durch Schlichtungsausschüsse, Schlichter und Arbeitsminister ist nicht der einzige Schlag gegen die Steuerung unserer Wirtschaft; durch öffentliche Mietpreis„regelung" ist es uns ja bereits gelungen, die Wohnungsnot zum Dauerzustand für eine ganze Generation unseres Volkes zu machen; es gibt Einsichtslose in Mengen, die auch die Zwangsfestsetzung oder Zwangsbegrenzung der Zinse fordern, und Versuche, mit Hilfe von Zöllen, Steuergesetzen und Handelsmonopolen die Warenpreise behördlich zu gängeln, sind uns schon seit fünfzig Jahren geläufig. Mit dem „Schutzzoll" haben wir die monopolistischen Kartelle großgezogen, und jeder Kartellpreis konserviert lebensunfähige Unternehmungen, die der freie Wettbewerb längst ausgeschaltet hätte, verteuert die Gesamtversorgung, verhindert die Auslese, verlängert die Depressionszeiten. Wird der Eingriff in die Steuerung der Wirtschaft, in die freie Preisbildung, aber erst einmal gewagt, so gibt es auf diesem Irrwege kein Halten mehr: aus zwei Dutzend Zollsätzen wurden zweitausend, aus zwei Dutzend losen Konventionen zweitausend Kartelle und Syndikate; die Mindestlöhne für hilflose Heimarbeiter, die staatlich geordnete „Fachausschüsse" in Notfällen festsetzen durften, verblaßten längst hinter den von Schlichtungsinstanzen verfügten und vom Ministerium für „verbindlich" erklärten Zwangslöhnen für die Millionen unserer Arbeiter und Angestelltenschaft — und nun haben wir die vom Zoll ermöglichten und vom Kartell diktierten Preise und haben gleichzeitig die Unrentabilität des größten Teiles unserer Wirtschaft und den Rückgang der Exportmöglichkeiten, nun haben wir die von staatlichen oder staatlich geordneten Stellen festgesetzten Löhne und haben gleichzeitig die Arbeitslosigkeit von 4⅓ Millionen! Alle Schatten der unternehmungsweise geführten, „kapitalistischen" Wirtschaft sind geblieben und sind stärker als früher, die Unsicherheit der Einzelnen und die Planlosigkeit des Ganzen, das Fieber der Hochkonjunktur und der Frost der Depression, nur die Vorzüge des Systems sind dahin, der scharfe Wettbewerb, die scharfe Auslese, die Regulierung durch Preissteigerung und Preissturz auf allen Märkten, all jene Mittel, mit denen der Kapitalismus die Kapitalbildung anregte, die Technik weiter trieb, die Versorgung verbesserte, auch die Depression immer wieder überwand. Daher nun jener seltsame Zustand, daß unsere Unternehmer, gebunden und gelähmt durch Preisdiktate der Kartelle und Lohndiktate der Schlichtungsstellen, nur noch nach dem Staate und seiner Hilfe — womöglich mit neuen Lohndiktaten, Schutzzöllen, Einfuhrkontingentierungen und Einfuhrsperren — rufen und drängen, statt mit eigner Kraft Neues zu wagen, statt zu unternehmen; daher jener Zustand, daß unsere Gewerkschaften, groß und stark geworden in unermüdlichem Kampfe um Pfennigsätze der Lohnerhöhung, nicht mehr zu kämpfen vermögen und nicht mehr zu kämpfen wagen, gefesselt durch jenes

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0032

Schlichtungsrecht, dessen Zwangsbefugnisse sie in Verblendung selbst mit geschaffen haben.

Es soll keineswegs bezweifelt werden, daß in jedem Einzelfalle die Interessenten gute Gründe vorbringen, warum hier ein Lohn gesteigert oder dort ein anderer gesenkt werden „müsse". warum Weizen oder Zucker verteuert, Kohle oder Fleisch oder Milch verbilligt werden „müssen"; es soll nicht bezweifelt werden, daß die Schlichter und die Geheimräte vorsichtig und gewissenhaft abwägen und entscheiden — aber für die Volkswirtschaft als Ganzes ist diese autoritative Regelung nach Gnad' und Gunst nichts anderes als ein verhängnisvoller Rückfall in die Vielregiererei des absoluten Fürstenstaates, ein systemloser Versuch, den seligen Merkantilismus nach 150 Jahren wieder zum Leben zu erwecken. Die zwingende Hand des Staates und seiner Organe oder Beauftragten faßt heute diesen und morgen jenen, heute diesem zum Vorteil und morgen jenem zum Nachteil — unzweifelhaft immer Einzelnen zu Gefallen und unzweifelhaft immer auf Kosten der besten Gesamtversorgung der Gesellschaft, und das Endergebnis ist nun eine von Unternehmern angeblich geführte und von Staatsdienern tatsächlich beherrschte Wirtschaft, ist Marktbejahung mit Marktknebelung, Konkurrenzwirtschaft mit Monopolverbänden, „freie" Vertragswirtschaft mit verbindlichen Schiedssprüchen, weder echt kapitalistische noch echt sozialistische Wirtschaft, Lähmung der Unternehmungen wie nie zuvor, Arbeitslosigkeit der Arbeiter wie nie zuvor und Unsicherheit Aller über die Zukunft der deutschen Wirtschaft. Mit hundert guten Absichten für hunderttausend wirtschaflich Bedrängte fing dies System der Systemlosigkeit an: jedem sein Pflästerchen und jedem sein Bonbonchen, diesem einen kleinen Zoll und jenem eine kleine Lohnerhöhung (wie schön der wohltätige Vater Staat die Härten des Marktes milderte!); aber schließlich endet es damit, daß hier Revolten drohen, weil Brotpreise nicht ermäßigt werden, und dort, weil Roggenpreise nicht gesteigert werden, daß die „öffentliche Sicherheit und Ordnung" in Gefahr ist hier, weil kein zwingender Schiedsspruch zustande kam, und dort, weil ein Schiedsspruch Hunderttausende zu zwingen versuchte. Es ist leichter, gängelnde Schutzzölle und bevormundende Lohntarife einzuführen, als sie wieder zu beseitigen und den frischen Wind des Wettbewerbes und des Kampfes über das Feld der Wirtschaft wehen zu lassen. Wäre es nicht besser, wir bauten nicht so viele Glashäuser über alle Märkte der deutschen Volkswirtschaft, zumal in einer Zeit, wo fast alle Staatsbürger geübt sind, mit Steinen zu werfen?

Geschichte, Jugend und Staat

Von Joachim Hild.

„Wir suchen den deutschen Volksstaat auf geschichtlicher Grundlage." Friedrich Naumann prägte diesen Satz in seiner vierten Rede an junge Freunde, als er über die Politik nach dem Kriege und von der Notwendigkeit politischer Schulung der Jugend sprach. Mit diesem Satz ist der Inhalt unserer politischen Arbeit, unseres politischen Wollens gekennzeichnet. Der deutsche Volksstaat soll das Sehnen vieler Generationen verwirklichen. Wenn im Jahre 1878 die zweite Auflage der zwölf Bücher preußischer Geschichte Leopold

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0033

von Rankes erschien und in ihnen der Gedanke zum Ausdruck kam, daß mit der Reichsgründung der deutsche Bundesstaat die Verwirklichung des Deutschen Reiches sei, so dürfen wir diese Ansicht als durchaus zeitgebunden, zeitbedingt nehmen.* Nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaisertums war Preußen der einzige deutsche Staat, der sich aus der Reihe der Territorialstaaten zu einer Macht europäischen Ausmaßes entwickelt hatte und als Träger eines deutschen Willens anzusprechen war. Die innerdeutsche Entwicklung seit der Reformation hatte die Macht der Kirche gebrochen, hatte die Möglichkeit zunichte gemacht, aus einheitlicher Glaubensgrundlage an die Verwirklichung des Reichsgedankens heranzugehen. Die imperialistische Idee des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation erhielt den ersten, bis in die Grundfesten erschütternden Stoß, der praktisch mit dem Westfälischen Frieden das Ende des Reiches herbeiführte, das Pufendorf in seiner Verfassungsgeschichte als ein „Monstrum" bezeichnete. Die deutsche Entwicklung geht im entgegengesetzten Sinn zu der Frankreichs weiter. Dort immer stärkere Zentralisierung, hier das Aufleben, die Sucht nach Verselbständigung der deutschen Territorialstaaten. Die Aufklärungsliteratur, besonders der späteren Jahre, läßt immer wieder die Frage nach dem Deutschland durchklingen, dessen erste tatsächliche Voraussetzung nicht das Volk und nicht die Krone schuf. Aus der Aufklärung war der Gedanke des Nationalstaates weitergegangen durch die Zeit des Klassizismus, der Romantik, hatte in den wirren Jahren von 1848 das stärkste Verlangen nach Verwirklichung zum Ausdruck gebracht.

Die innerdeutsche Entwicklung hatte es mit sich gebracht, daß zwei Richtungen lebten, die um Deutschlands Zukunft rangen. Die eine, die die Ueberwindung des territorialstaatlichen Systems als notwendige Voraussetzung für das Reich forderte, die andere, die gerade im Landesfürstentum die Ausdrucksform des nationalen Geistes und Lebens erkannte. Zu der letzteren gehörte Ranke. Das Kaisertum von 1871 sah er keineswegs als einen Schritt gegen den Partikularismus an, sondern als die Verkörperung eines neuen Zeitgeistes. Er sah die Gegensätzlichkeit zum deutschen Mittelalter in der föderalistischen Gestaltung und der dem Protestantismus eigenen toleranten Haltung des Staates. Das romanische Kaisertum mit seiner unitarischen und zentralistischen Einstellung, seinem Streben zur Weltherrschaft, seiner Bindung an die römische Kirche war überwunden, war abgelöst. In „den großen Mächten" hatte Ranke 1832 europäischen Gedanken Ausdruck verliehen, indem er glaubte, daß ein Einklang der fünf großen europäischen Mächte, Frankreich, England, Rußland, Oesterreich und Preußen, unter Wahrung des Einzelcharakters jedes Staates eine Befriedung Europas, „das Bild einer einheitlichen Menschheit" mit sich brachte. Diese Auffassung, ebenso wie die über Außenpolitik als Voraussetzung für jede Innenpolitik, fand den lebhaften Widerspruch einer Zeit, die den innerpolitischen Ausbau, die Verwirklichung demokratischen Ideengutes im Auge

* Bei dieser Gelegenheit möchten wir nicht verfehlen, auf die neue Ausgabe der „Zwölf Bücher Preußische Geschichte" von Leopold von Ranke aufmerksam zu machen, die von Professor Georg Küntzel-Frankfurt a. M. durch die Deutsche Akademie besorgt wurde und in 3 Bänden beim Drei-Maskenverlag in München erschien (1930). Eine ausgezeichnete Einleitung des Herausgebers führt den Leser sicher und klar in die Gedankenwelt Rankes ein. Die kleine Schrift „Die großen Mächte", die das Programm Rankes historischer Arbeit in konzentriertester Form darstellt, ist mit einer vortrefflichen Einführung von Friedrich Meinecke in der Reihe der kleinen Inselbücher erschienen. Das Werk von Johannes Ziekursch, „Politische Geschichte des neuen Deutschen Kaiserreichs", das in 3 Bänden im Verlag der Frankfurter Sozietätsdruckerei erschien, gibt ein sehr gut herausgearbeitetes Bild der politischen Entwicklung nach 1871 im oben dargestellten Sinn.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0034

hatte. Die außenpolitische Entwicklung Preußens beglaubigte ihm seine innerdeutsche Sendung. Auch damit traf er auf Widerspruch. Ueber die Vielheit deutscher Einzelstaaten wollten die Männer von 1848 zur nationalen Einheit vorstoßen. Rankes Auffassung vom Deutschen Bunde, von der der deutschen Entwicklung entsprechenden Stellung des preußischen Staates mit seiner ständischen Gliederung stief auf Widerstand. Besonders derer, die in dem Deutschen Bund von 1815 eine Behinderung, wenn nicht eine Unterbindung des Lebens der deutschen Nation, die über den preußischen Ständestaat und über die Verschiedenheit der Konfessionen hinweg das Ziel ihrer politischen Arbeit in einem Deutschen Reich, in einem deutschen Volksstaat sahen. De Objektivität Rankescher Geschichtsschreibung ruht auf seinem Glauben an die Gottgewolltheit des Geschehens. Seine Geschichtsauffassung ist sein Glauben und deswegen jeder Beweisbarkeit entzogen; sie ist das Werk eines Menschen, das mit 1871 scheinbar Recht behalten sollte.

Das gigantische Werk Bismarcks setzte den Reichsgedanken auch gegen den Willen eines Teiles des Volkes durch. Es war nicht das Reich, nach dem das Volk verlangte, in dem man ihm nur widerwillig neben den Pflichten auch Rechte zugestand. Das war der Punkt, an dem es scheitern mußte, wenn nicht zur rechten Zeit der Ausbau in dem Sinne erfolgte, den man 1848 erstrebt hatte. Der unitarische Gedanke war nicht verwirklicht worden. Die Wirkung der Aufklärung in der Verkündigung der Menschenrechte, der Gedanke der volklichen und nationalen Souveränität lebte im Volke weiter; seine Erfolglosigkeit von 1848, seine Nichtberücksichtigung 1871 ließen ihn um so lebendiger werden. Besonders aber in dem Zeitpunkt, in dem eine neue Bevölkerungsschicht mit der zunehmenden Industrialisierung heranwuchs, die um ihre staatsbürgerliche Stellung und um ihren Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Geschichte kämpfte. Die Schöpfung des Altreichskanzlers war auf Persönlichkeit abgestimmt. Und zwar auf eine Persönlichkeit, die mit dem Blick des Herrschers den für die inneren sozialen und kulturellen Notwendigkeiten verband. Sein Werk von 1871 trug die Möglichkeit des Ausbaus zum Volksstaat in sich. Aber man vernahm nicht den Geist der neuen Zeit, der mit aller Macht zur wahren Demokratie drängte. In einem großen Augenblick wurde das Reich geschaffen, und in einer großen Zeit unseres Volkes brach es in seiner äußeren Form zusammen. Es hatte die Männer nicht gefunden, deren es bedurfte, um es beständig zu machen. Es hatte die Kluft zwischen Volk und Staat nicht überbrückt; auch Weimars Geist vermochte sie noch nicht zu schließen. Deutsches Volk und deutscher Staat müssen eine Einheit werden, soll Deutschlands Kampf um sein Recht und um seine Gleichberechtigung mit den andern Völkern von Erfolg sein.

Die Geschichte der letzten 60 Jahre hat erwiesen, daß Rankes Auffassung vom Staat mit seiner unbedingten, gottgewollten Ordnung nicht dem geschichtlichen Entwicklungsgang entsprach. Er war von Hause aus Theologe; damit lag ihm alles fern, was auf Umsturz, auf Aenderung der bestehenden Verhältnisse hinausging. Er suchte aus dem Gegebenen das Bestmögliche zu gestalten, so wie es seiner inneren Einstellung entsprach. Aber er übersah die Stoßkraft des Liberalismus wie auch des Sozialismus in seiner frühen Zeit, er übersah die anhaltende Einwirkung der Ideen, die in der Aufklärung, ja schon in der Reformation ihren tiefsten Ursprung hatten.

Geschichtsbetrachtung hat nur einen Sinn, wenn sie Gewordenes und Werdendes zu klären vermag, wenn sie eine lebendige Verbin-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0035

dung herstellt zwischen dem, was war, und dem, was ist. Unser Streben nach dem Volksstaat zwingt uns zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Politische Arbeit, Gemeinschaftsgestaltung ohne geschichtliche Erkenntnis ist unmöglich.

Ein großer Teil der deutschen Jugend hat sich einer politischen Richtung angeschlossen, bei der von geistiger Arbeit und geistigem Kampf um Gegenwartsgestaltung kaum die Rede sein kann. Ein altes System war zusammengebrochen, und kein Führer nahm sich einer Jugend an, die sich aus dem Nichts ihr Leben gestalten sollte. Jugend braucht Führung. Und es ist der schwerste Vorwurf, der von jugendlicher Seite gegen eine Generation erhoben wurde, daß man versuchte, den Geist der Bourgeoisie in junge Seelen zu pflanzen. Abkehr war die Antwort. Die Jugend ist pietätlos aus tiefster innerlicher Frömmigkeit, sie ist revolutionär aus drängender Notwendigkeit. Ihre „Sachlichkeit" war Flucht oder erster Anfang zu innerer Konsequenz. Es lebte und lebt in ihr der Glauben an unser Volk, es ist der Wille vorhanden, für unser Volkstum zu arbeiten und, wenn es sein muß, unter höchstem persönlichen Einsatz dafür zu kämpfen. Demagogenhaft vorgetäuschte Ziele mußten diese Jugend fangen. Sie ist lieber radikal als nichts. Aber die Stunde der Selbstbesinnung wird auch für sie schlagen. Sie vorzubereiten ist unsere Aufgabe. Jeder Vorwurf, daß Jugend allein den Radikalismus ermöglicht habe, trifft die, und zwar mit aller Schärfe, die im rechten Augenblick verabsäumt haben, zu ihr zu gehen, ihr über innere Not und Krisen hinwegzuhelfen; man hätte die Jugend auf die Geschichte ihres Volkes hinweisen, man hätte ihr Aufgaben stellen müssen, an denen sie sich innerlich und politisch schulen konnte. Wir wollen den Gedanken des deutschen Volksstaates aufgreifen, wir wollen ihn pflegen und fördern, wir wollen aus seinem Entwicklungsgang die Notwendigkeiten erkennen, die Voraussetzung für seine Verwirklichung sind.

Der Entwicklungsgang Preußens seit dem Aachener Frieden von 1748 hat eine eigene Geistigkeit lebendig gemacht, ein Preußentum, das im Reich aufgehen will. Dieses Preußentum aber ist nichts anderes als das Bekenntnis zum deutschen Volksstaat, die Pflicht zur Verantwortung, zum Opfer für diesen Staat.

Jugend, Geschichte und Staat sind unlöslich miteinander verbunden, bedingen sich gegenseitig. Der Gestaltungswille aber wird nur Erfolg haben, wenn er begründet ist auf dem unbedingten Glauben an deutsches Volkstum, an die deutsche Sendung.

Politische Umschau

Staatsführung.

„Noch weiß kein Mensch, auf welchen Wegen der Kanzler eine parlamentarische Mehrheit sucht: . . . . man darf seinem politischen Instinkt vertrauen, auch seinem Mut zur Unpopularität. Aber das mystische Dunkel, in das er bisher seine innerpolitischen Ansichten und Absichten zu hüllen verstanden hat, erregt unbehagliche Gefühle. Das Volk muß, die Welt will wissen, wohin der Kanzler sein Deutschland führen will: ob in eine konsolidierte Republik oder ins Dritte Reich."

So schrieb ein hervorragender Publizist zum Ende des vergangenen Jahres. Wir haben seine Zweifel nie geteilt. Nicht nur deshalb, weil der Reichsfinanzminister Dietrich ein unbedingt sicherer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0036

Garant für die Verteidigung des Staates und eine feste Gewähr für entschlossene Führung ist. Wir trauen auch dem Reichskanzler ein zu großes Maß von Staatsgefühl zu, um den Staat in der ungeheuer ernsten Wirtschaftslage des Augenblicks vor unabsehbare Experimente zu stellen. Inzwischen werden auch die Zweifler wissen, daß der Kanzler sein Deutschland nicht ins Dritte Reich führen will. Brünings Neujahrsbotschaft und die Reden auf der Ostreise haben klar gezeigt, wie er die Richtung seines Weges bestimmt. Verdeutlicht hat es die Kasseler Rede des Prälaten Kaas. Wenn ein Parteiführer in so eindeutiger Weise gegen eine Partei Stellung nimmt, wie es Kaas gegen die Nationalsozialisten getan hat, so genügt zur Erklärung nicht ein beschwichtigender Hinweis, er habe auf Zwischenrufe „gereizt" reagiert. Es ist schwer denkbar, daß ein besonnener und überlegener Mann sich durch Zwischenrufe zu Temperamentsausbrüchen hinreißen läßt, die seiner wirklichen Meinung nicht entsprechen. Deshalb glauben wir — bestärkt durch die Haltung der „Germania" und der „Kölnischen Volkszeitung" —, daß Kaas gleich Brüning den Zweifelnden wie den Hoffenden mit aller wünschenswerten Deutlichkeit klar gemacht hat, daß der „neue Kurs" auf das Zentrum nicht zu rechnen hat.

Für uns ist, wir haben es an dieser Stelle schon mehrfach ausgeführt, nur selbstverständlich, daß man mit Feinden des Staates — und wir sagen mit dem Reichskanzler: „es gibt nur einen Staat" — nicht paktiert. Wir wünschten, darin mit den Kräften einig zu gehen, die sich selbst als „staatspolitisch", „staatserneuernd", „aufbauend" bezeichnen. Man muß leider immer wieder feststellen, daß diese Kreise versagen, wenn es sich um die Verteidigung des Staates handelt. Ob er dem einzelnen gefällt, ist belanglos. Es ist der Deutsche Staat, und wer sich zu Deutschland bekennt, hat die selbstverständliche Pflicht, im Augenblick der Gefährdung sich auch zu ihm zu bekennen. Im Wunsch nach Reformen gibt es keinen Unterschied: er beginnt dort, wo der auf demokratischer Grundlage erwachsene Führungsgedanke in Frage steht.

Die Ostreise.

Die Ostreise des Reichskanzlers, des Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft und des Präsidenten der Reichsbank hat die Oeffentlichkeit mit allem Nachdruck auf die innerdeutschen Ostprobleme hingewiesen. Das ist gut: Nie dürfen wir vergessen, daß die Lösung der örtlichen Grenzfragen, daß eine aktive äußere Ostpolitik zur Voraussetzung die Konsolidierung im innerdeutschen Ostraum hat.

Sie ist grundlegend abhängig von dem Bevölkerungsproblem. Einer Bevölkerungsdichte von 125 Einwohnern je qkm im preußischen Durchschnitt stehen gegenüber in Ostpreußen 57, in Pommern 59, in der Grenzmark 42, ja es gibt östliche Grenzkreise, in denen sie unter 30 beträgt. Der deutsche Osten ist in die Geschichte eingetreten, als eine west-östliche Wanderungswelle deutsche Kultur- und Wirtschaftspioniere zu ihm hintrug. Seit rund 100 Jahren wogt die Welle zurück. Ohne Auffüllung des Raumes zwischen Oder und Reichsgrenze ist seine volkspolitische Behauptung nicht möglich.

Sie ist weiter abhängig von der Gesundung der Landwirtschaft. Freilich ist die östliche Agrarkrise ein Teil der allgemeinen Krise, in der sich die deutsche Landwirtschaft befindet. Aber die nationalpolitische Bedeutung des Ostens macht ihre Lösung an dieser Stelle zur besonders dringenden Pflicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0037

Die ostdeutsche Landwirtschaft wird auf die Dauer nur lebensfähig sein, wenn sie auf eine für ihre Erzeugnisse aufnahmefähige Bevölkerung stößt. „Planmäßige Siedlung und Vermehrung gewerblicher Arbeitsgelegenheit" als Voraussetzung einer „dem Reichsdurchschnitt entsprechenden Entwicklung der Ostmark" forderte Ostpreußens früherer Oberpräsident von Batocki*). Wir machen uns diese Forderung zu eigen, und wir werden sie an dieser Stelle immer wieder vertreten. Westlich der Elbe — ja, fast schon der Oder — sind Kenntnis und Verständnis für die Lebensprobleme des Ostens begrenzt. Möge sich ein jeder darüber klar sein, daß die Entscheidung über den Osten auch die Entscheidung über sein und seiner Kinder Schicksal bedeutet!

An diese elementaren Erkenntnisse mit schonungsloser Klarheit erinnert zu haben, ist das nächstliegende Verdienst der Ostreise des Kanzlers. Seine schicksals- und verantwortungsbewußte Persönlichkeit wird auch dort nicht spurlos vorübergegangen sein, wo verzweifelnde und verhetzte Scharen ihn mit unwürdigen Kundgebungen empfangen haben. Doppelt unwürdig, weil Argwohn und Haß jenseits der deutschen Grenzen jedem Schritt, jedem Wort des Kanzlers begierig folgten und mit demselben Behagen die Ausschreitungen in Tilsit und Gleiwitz registriert haben wie jene „deutsche" Presse, die sich im „Angriff" und der „Deutschen Zeitung" verkörpert. Im übrigen kam das Ausland nicht auf seine Kosten. Die Reise galt innerdeutschen Aufgaben und sollte Material zur Arbeit an ihrer Lösung liefern. Das Wort „Polen" ist in keiner der zahlreichen Kanzlerreden gefallen.

Wir, die wir uns die Wiedererweckung und Verwurzelung des Staatsgedankens zur Aufgabe gestellt haben, wollen aus der Breslauer Ansprache des Kanzlers festhalten: „Es gibt nur einen Staat und es gibt nur eine Pflicht, diesem Staat gegenüber zu opfern, sich diesem Staat hinzugeben und die Verantwortung zu übernehmen ohne Rücksicht auf die eigene Person, ohne Rücksicht auf die eigene Partei."

Danzig.

Danzig hat während der letzten Wochen im Brennpunkt des politischen Interesses gestanden. Es war diesmal durch innerpolitische Vorgänge bedingt. Die Volktagswahlen vom 16. 11. 30 haben der bisherigen Regierung der Großen Koalition die parlamentarische Grundlage entzogen und eine Drehung nach rechts bewirkt. Erstaunlicherweise haben sich die Nationalsozialisten darauf beschränkt, nur als stiller Teilhaber die neue Regierung zu stützen, die aus Zentrum, Deutschnationalen und dem Block der Mitte (Nationalliberale, Wirtschaftspartei, Volksnationale) gebildet ist. Sie haben eine Beteiligung abgelehnt — obwohl sich hier beste Gelegenheit zum Beweis für die Wirkungskraft außenpolitischer Theorien der Hitlerbewegung geboten hätte. Aber vielleicht hat das Empfinden, daß man zwar außenpolitisch — und gerade an einem kritischen Platz wie Danzig — unendlich viel versprechen, aber — wiederum gerade in Danzig — sehr wenig verwirklichen kann, die Nationalsozialisten sich hüten lassen, den Unterschied zwischen Forderung und Tat in Danzig vorzuführen.

Dem „neuen Kurs" sind zwei Persönlichkeiten zum Opfer gefallen, die Dank verdienten, wenn es ihn im öffentlichen Leben gäbe. Senator Strunck, der seit der Schaffung des Freistaates Danzig dessen Kultur- und Bildungspflege betreut hat, ist — als Demokrat — nicht wiedergewählt worden. Wir wissen, daß das Bedauern dar-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0038

über ohne Rücksicht auf Parteigrenzen weithin geteilt wird. Senator Strunck hat es verstanden, das Danziger Bildungswesen so fortzuentwickeln, daß das kulturelle Gesicht des Freistaates unverändert rein deutsche Züge trägt. Innerpolitische Erwägungen haben auch die Nichtwiederwahl des Senatspräsidenten Sahm bestimmt. Er hat in verantwortungsbewußtem Handeln die Abhaltung eines Stahlhelmtages in Danzig untersagt, und diese staatspolitische Haltung ist ihm von den Deutschnationalen nicht vergessen worden. Wir verzeichnen den Vorgang mit besonderer Trauer, weil er beweist, daß Deutsche selbst dann, wenn es um das nackte Dasein geht, innerpolitischem Ressentiment alle anderen Ueberzeugungen zu opfern geneigt sind.

Dem neuen Senatspräsidenten Ziehm wird man zunächst mit der Objektivität zu begegnen haben, auf die eine im volksdeutschen Kampf an verantwortlichem Platz stehende Persönlichkeit unter allen Umständen Anspruch hat. Die zehnjährige Erfahrung von Sahm, im besonderen seine Kenntnis der Genfer Verhältnisse, wird zweifellos stark entbehrt werden.

In einigen Monaten aber wird auch Danzig vor dem Völkerbund um sein Recht gegen Polen kämpfen müssen. Am 30. 9. 30 hat Polen an den Danziger Senat eine Note mit Forderungen für die polnische Minderheit Danzigs gerichtet. Der Senat hat am 3. 12. 30 darauf geantwortet. Wir werden demnächst auf diese Note ausführlich eingehen, weil sie ein wichtiges Dokument für den polnischen Kampf um die Entdeutschung der Weichselniederung darstellt. Wir beschränken uns heute darauf, einen — nichtpazifistischen! — Franzosen*) zu zitieren, der als Ergebnis einer Reise ins deutsch-polnische Grenzgebiet seine Danziger Eindrücke in diesen Worten niedergelegt hat:

„An der Mündung der Weichsel liegt nun der Hafen von Danzig, und diese Stadt, die zur Zeit unter internationaler Verwaltung steht, unter dem Schutz des Völkerbundes, ist vollkommen deutsch im Herzen und in der Gesinnung. Die Polen bestreiten zuweilen zu unrecht den rein deutschen Charakter Danzigs. Er ist jedoch auffällig, und ich glaube nicht, daß es sich dabei um eine oberflächliche Tünche handelt, wie Warschau es glaubt oder glauben möchte. Daß die patriotischen Vereinigungen Deutschlands sich sehr darum bemühen, dieses deutsche Bollwerk zu erhalten, ist nur ganz natürlich. Es ist sicher, daß sie dort heimisch sind. Die Stadt widersteht offensichtlich allen Lockungen der Polen. Diese betragen nur 5—6 Prozent."

Aus den Parlamenten

Dietrich über Reichsfinanzen.

Die Etatberatungen im Haushaltsausschuß des Reichstags leitete Reichsfinanzminister Dietrich mit einer Rede über Haushalt und Kassenlage des Reichs ein, der wir folgendes entnehmen:

„Anfang Dezember wurde der voraussichtliche Fehlbetrag für das Rechnungsjahr 1930 auf rund 900 Millionen geschätzt. Jetzt wurde die Einnahmeschätzung auf Grund der Steuereingänge erneut überprüft. Sie hat sich als richtig erwiesen. Eine mögliche Differenz von 100 Millionen würde sich nur aus der Aufteilung zwischen Reich und Ländern infolge des Wegfalles der Reichshilfe ab 1. Februar ergeben.

Die Mehrausgaben für die Erwerbslosenfürsorge übersteigen nicht den vorgesehenen Betrag von 300 Millionen, sie bleiben sogar nicht unerheblich darunter. Der Kassenbedarf Ende März in der Höhe von 1780 Millionen wird durch die normalen Mittel: die Begebung von Schatzanweisungen und den Ueberbrückungs-Kredit gedeckt werden.

Entscheidend bleibt, daß der Haushalt 1931 auf gesicherter Grundlage ruht. Durch die starken Ausgabenabstriche und die Abhängung der Arbeitslosenversicherung ist der Etat 1931 auf festeres Fundament gestellt. Eine Gefahrenquelle ist in den für 1930 geschätzten Steuereinnahmen zu sehen. Gegenüber dem Steuersoll für 1930 wird im Etat 1931 mit einem Steuerausfall von 877 Millionen

*) Georges Roux, Les Alpes ou le Rhin, Paris 1930.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0039

gerechnet, von denen auf das Reich über 500 Millionen entfallen. Diese Ausfallschätzung enthält rund 100 Millionen mehr als der voraussichtliche Steuereingang für das Reich 1930 erbringen wird. Es ist Gefühlssache, ob man sich bei den Steuerschätzungen von einem gewissen Vertrauen in die Zukunft leiten läßt oder ob man sich von den denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten die dunkelste aussucht. Wenn die leichte Besserung im Jahre 1931, von der die Schätzungen des Etatentwurfs ausgehen, nicht eintreten sollte, so wird der Ausfall für das Reich sich etwa in der Höhe von 200 bis 300 Millionen bewegen.

Es wäre in unserer Lage das Verkehrteste, Steuern auf Vorrat zu schaffen. Wenn er, der sich jetzt noch in keiner Weise übersehen läßt, durch Steuererhöhungen zu decken.

Bei unserer Wirtschaftslage ist es nicht richtig, einen solchen Eventual-Fehlbetrag, gelingt, eine Reserve durch Ausgabenkürzung zu schaffen, so ist dies sehr zu begrüßen. Alle Maßnahmen, die die Regierung bei ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik ergriffen hat und noch ergreifen wird, haben das Ziel, der Wirtschaft wieder Auftrieb und Rentabilität zu geben und eine möglichst große Zahl Arbeitsloser wieder dem Arbeitsprozesse einzufügen. Von dem Erfolg dieser Maßnahmen hängt es ab, ob der gemäßigte Optimismus, der im Haushaltsentwurf zum Ausdruck kommt, berechtigt ist.

Eine Gefahrenquelle für die öffentlichen Haushalte sind noch die Wohlfahrtserwerbslosen, deren Zahl im Juli 1930 etwa 400 000 und im Dezember 1930 rund 597 000 betragen hat. Die Notverordnungen haben den Gemeinden neue Einnahmequellen verschafft, aber die Gemeinden müssen auch zu stärkeren Ausgabensenkungen kommen. Dort, wo trotz aller Anstrengungen in den Gemeinden Schwierigkeiten entstehen, müßten zunächst die Länder eingreifen, denen im Zusammenhang mit der Realsteuersenkung und der Zuweisung von Hauszinssteuermitteln Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellt sind.

Dem Reichsrat wird in den nächsten Tagen ein Ergänzungsetat vorliegen, der die Gehaltsabstriche von je 5 Millionen beim Finanz- und Arbeitsministerium auf die einzelnen Titel verteilt und auch Stellenverminderungen bei den Ministerien bringt. Das Kabinett hat nämlich beschlossen, den Personalstand der Ministerien um mindestens 10 v. H. zu verringern. Damit wird in diesen Ergänzungsetat der Anfang gemacht.

Der Reichsfinanzminister versicherte erneut, daß er an keine Steuererhöhung, auch nicht bei der Umsatzsteuer, denkt, und unterstrich noch einmal, wie sehr der Reichshaushalt von der Wirtschaftslage abhängig ist. Die Schwierigkeiten kommen aber nicht nur vom Weltmarkt und der Weltwirtschaftskrise, sondern noch in verstärktem Maße vom Inland her. Daher muß es eine Hauptsorge sein, den Inlandsmarkt zu beheben. Wer gelesen hat, wie stark der Eisenabsatz im Inland zurückgegangen ist, während sich die Ausfuhr noch leidlich gehalten hat, muß über diese Entwicklung erschrecken. Es hat daher keinen Zweck, den Reichshaushalt mit Gewaltmitteln zu beeinflussen; es ist vielmehr notwendig, dem übertriebenen, oft nicht gerechtfertigten Pessimismus im deutschen Volke zu bekämpfen. Wenn an allen Ecken und Enden immer nur geunkt wird, verliert das Volk noch den letzten Rest seines Mutes."

Im weiteren Verlauf der Beratung griff der Reichsfinanzminister noch einmal in die Debatte ein, um sich mit den Kritikern auseinanderzusetzen. Hierbei äußerte er u. a.:

„Sorge der Reichsregierung ist auch die Sicherung der Finanzlage der Gemeinden. Aber in erster Linie haben dafür die Länder zu sorgen, denen ja aus den Hauszinssteuermitteln ein Hilfsstock für die Gemeinden zur Verfügung steht. Wenn in Ausnahmefällen die Länder nicht helfen können und eine Reichshilfe später einmal in Frage kommen sollte, dann wird dies nur dann geschehen, wenn eingehend geprüft ist, daß die Gemeinden alle Sparmöglichkeiten ausgeschöpft haben und auch vor den erforderlichen Gehaltskürzungen nicht zurückgeschreckt find.

Jede weitere Erhöhung der Realsteuern muß verhindert werden. Die Senkung der Realsteuern belastet die Gemeinden kassenmäßig deshalb nicht, weil zum Ausgleich hierfür ein Teil der Hauszinssteuer verwendet wird. Jedenfalls ist es eine der wichtigsten Aufgaben, der Wirtschaft Erleichterungen zu verschaffen.

Die Besoldung der Gemeindebeamten gibt in vielen Fällen zu Bedenken Anlaß. Es steht in einem merkwürdigen Widerspruch zu der Finanznot der Gemeinden, wenn zu hoch bezahlte hohe Beamte der Gemeinden sich weigern, bei der Gehaltsverringerung mit gutem Beispiel voranzugehen.

Wenn die Reichsregierung einen Weg gehabt hätte, die höhere Besoldung der Gemeindebeamten auf das Reichsmaß herabzusetzen, so wäre es auch geschehen. In der Notverordnung hat davon abgesehen werden müssen, weil eine solche Maßnahme verfassungsändernd wäre und die Reichsregierung streng darauf geachtet hat, nur verfassungsmäßige Anordnungen in der Notverordnung zu treffen.

Die Reichsregierung hat bewiesen, daß sie gewillt ist, die Führung in der Hand zu behalten. Aber sie kann verlangen, wenn ziffernmäßige Sparvorschläge gemacht werden, daß man ihr wenigstens Anhaltspunkte gibt, an welchen Stellen diese Einsparungen erfolgen sollen. Bei den starken Einsparungen, die die Reichsregierung am Etat 1931 bereits vorgenommen hat, ist zunächst keine Möglichkeit, weitere 300 Millionen, wie es die Volkspartei verlangt, am Reichsetat abzusetzen.

Was die Preissenkungsaktion betrifft, so ist es richtig, daß mit behörlichen Eingriffen in die Preisgestaltung einmal Schluß gemacht werden muß, sonst wird eine Wirtschaftserholung nicht möglich sein."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633449193 1-18/fragment/page=0040

Um den Reichshaushalt.

Bei der Etatberatung im Haushaltsausschuß des Reichstags sprach für die staatsparteiliche Fraktionsgemeinschaft Abgeordneter Dr. Gustav Stolper. Er führte u. a. aus:

„Die Finanzpolitik ist für das wirtschaftliche Gesamtschicksal entscheidend. Notwendig ist, eine gesunde Kapitalbasis im Inlande zu schaffen und uns von den Auslandskrediten frei zu machen.

Die Skepsis gegen den Etat 1931 nach der Einnahmen- und Ausgabenseite hin ist nicht unberechtigt. Zweifelhaft ist, ob die 500 Millionen für die Krisenfürsorge ausreichen werden. Bei manchen Einnahmeansätzen geht die Regierung wohl zu weit. Da man sich darüber einig ist, keine neuen Steuern einzuführen, ergibt sich die Frage, ob Abstriche möglich sind und wer sie bestimmt, Regierung oder Reichstag. Auch jetzt soll man versuchen, durch wirksame Abstriche den Haushalt zu sichern. Dafür gibt es zwei Wege: wirksame Einzelabstriche oder die große Reform. Heute ist praktisch nur das erste möglich und der Verantwortung dafür kann sich der Reichstag nicht entziehen. Für die große Reform ist es im Augenblick zu spät und zu früh; wir stehen jetzt mitten im Weltorkan, und man kann kein neues Haus bauen, wenn der Sturm einem die Ziegel aus den Wänden reißt.

Die Krise in der Welt zeigt einen normalen Verlauf. Ihre Ueberwindung führt über den Kapitalmarkt. In Deutschland erscheint heute dieser Weg verbaut. Wir sind das einzige Land, in dem sich keine Auflockerung der Krise zeigt. Der Grund dafür ist das allgemeine Mißtrauen in unsere politische Entwicklung. Wie weit immer seine Forderungen sachlich berechtigt seien: Dr. Cremer (der Redner der Deutschen Volkspartei) hätte sie nicht mit einer politischen Drohung verknüpfen dürfen. Denn viel schlimmer als selbst ein ungedecktes Defizit von einigen hundert Millionen sind andauernde und verschärfte Zweifel in die Stabilität unserer politischen Ordnung, wie sie durch die volksparteilichen Drohungen zum unermeßlichen Schaden der deutschen Wirtschaft genährt werden. Wiederherstellung des Vertrauens ist nicht nur notwendig zur Ueberwindung der Krise, sondern für jeden Schritt, den wir zur Revision unserer Kreditpflichten unternehmen wollen."

„Nicht dort ist unser Vaterland, wo es uns endlich einmal wohl ergeht. Unser Vaterland ist vielmehr mit uns, in uns. Deutschland lebt in uns; wir stellen es dar, mögen wir wollen oder nicht, in jedem Lande, dahin wir uns verfügen, unter jeder Zone. Wir beruhen darauf von Anfang an und können uns nicht emanzipieren. Dieses geheime Etwas, das den Geringsten erfüllt wie den Vornehmsten — diese geistige Luft, die wir aus- und einatmen —, geht aller Verfassung vorher, belebt und erfüllt alle ihre Formen."

Leopold von Ranke,
„Politisches Gespräch", München 1924.

Aus der Partei

Unsere Arbeit

Wir können von einer Reihe von Veranstaltungen berichten, die ein Zeichen des lebendigen Willens zum Aufbau einer politischen Organisation sind, deren Ziel die Ueberwindung des politischen Radikalismus, die innere und wirtschaftliche Gesundung unseres Volkes und seine Gleichberechtigung unter anderen Völkern ist. Möchten die Veranstaltungen lebhaften Widerhall finden und Ansporn zur Arbeit für alle unsere Freunde sein.

Die Ortsgruppe Schneidemühl nahm nach einem Referat ihres Vorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Stelter, über Minderheitenschutz einstimmig folgende Entschließung an:

„Die Nachrichten über Gewaltmaßnahmen der Polen gegenüber unseren deutschen Landsleuten häufen sich in erschreckender Weise. Wir Anhänger der deutschen Staatspartei in der Grenzstadt Schneidemühl, zum Teil Verdrängte aus den abgetretenen Gebieten, verurteilen diese Greuel und Gewalttaten nachdrücklichst und verlangen, daß sie die von der Reichsregierung eingeleiteten Maßnahmen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zur Durchführung gebracht werden. Die Deutschen in Polen müssen unbedingt die Möglichkeit erhalten, die durch Verträge verbrieften

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0041

Rechte voll und uneingeschränkt wieder ausüben zu können. Es darf nicht zugelassen werden, daß deutsche Volksgenossen ihres Eigentums wegen schutzlos sind und Schaden leiden.

In Nordhausen a. H. sprach Dr. August Weber über den Radikalismus und die Besserung der wirtschaftlichen Lage. Er führte dabei u. a. aus:

„Der Zusammenhang der wirtschaftlichen Lage Deutschlands mit den weltwirtschaftlichen Verhältnissen mache eine Revision der im Versailler Vertrag vorgenommenen Grenzziehung notwendig. Die wirtschaftliche Unruhe, die in der ganzen Welt festzustellen ist, wird in Deutschland nur durch Erfolge auf dem Gebiet der Außenpolitik überwunden werden können. Deshalb müssen wir viel mehr als bisher lernen, deutsch zu denken und zusammenzuhalten. Wir sind alle überzeugt, daß der Young-Plan auf die Dauer nicht durchzuführen ist. Auch Amerika, Frankreich und England werden immer deutlicher erfahren, daß der Besitz des Goldes in den Tresors der Banken keinen Zweck hat, wenn es nicht für die Wirtschaft fruchtbar angelegt wird. Neben der Wirtschafts- und Finanzkrise geht durch die ganze Welt die große Agrarkrise. Das Schlimmste aber ist die Arbeitsnot. An der Lösung des Arbeitsproblems sind alle Völker interessiert, und es müßte eine Möglichkeit geben, die europäischen Staaten gemeinsam zur Vernunft zu bringen. Der Glaube, daß diese Diege mit Gewalt geändert werden können, ist irrig. Unsere erste Aufgabe ist, Ordnung im eigenen Lande zu schaffen. Dazu ist Sparsamkeit die erste Voraussetzung. Das Versagen des Parlaments und die wirtschaftliche Notlage erleichtern den radikalen Parteien die Agitation und bringen ihnen vorübergehende Erfolge. Die Regierung muß in Ruhe arbeiten können. Die notwendige innerpolitische Auseinandersetzung aber muß sachlich geführt werden können.

Im Wahlkreis Südhannover ist man rege am Aufbau der Staatspartei. Landtagsabgeordneter Adam Barteld und Wahlkreisgeschäftsführer Schröder sprachen über die Gefahren des Nationalsozialismus in Hildesheim, Goslar, in Peine und Hameln. Neben den öffentlichen Versammlungen wurden eine Reihe interner Veranstaltungen abgehalten, deren Besuch Zeugnis für die Notwendigkeit dieser Arbeit war.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer sprach in Hanau in einer Versammlung, zu der die Nationalsozialisten zu freier Aussprache vergeblich eingeladen worden waren.

In Ludwigshafen a. Rh. sprach Kommerzienrat August Helfferich-Neustadt a. d. H. über „Wege aus der Wirtschaftsnot", wobei er u. a. ausführte:

„Kein Stand wolle sich dem Gemeinwohl selbstlos unterordnen. Darum sei es noch wenig, was der Kanzler bisher erreicht habe. Neben der Löhneanpassung an bessere Exportmöglichkeit, müsse besonders bei der öffentlichen Hand, bei Staat, Land und Gemeinde mehr das Gebot der Sparsamkeit berücksichtigt werden; Abkehr der öffentlichen Hand von allen Unternehmungen, die von der Privatwirtschaft besser betreut werden. Kartell und Syndikate müssen ebenso wie die Innungen beaufsichtigt werden. Es sei aber unmöglich, einem Lande Tribute aufzuerlegen, ihm gleichzeitig die Märkte zu verschließen und schließlich noch Absatzgewinne aus ihm herauspressen zu wollen."

In Dresden fand unter Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Dr. Külz eine Tagung des Landesverbandes der Deutschen Staatspartei statt. Gegenüber dem Phrasentum des politischen Radikalismus werden Schulungswochen und Wochenendveranstaltungen politische Aufklärung und Vertiefung der Kenntnis wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Probleme zum Ziele haben. Mit diesen Veranstaltungen wird eine nachhaltige Werbetätigkeit verbunden werden.

Dreikönigstag der Deutschen Demokratischen Partei (Staatspartei in Württemberg).

Am 5. und 6. Januar fanden in Stuttgart, wie alljährlich, Vertretertag und Landesversammlung statt. Beide Versammlungen waren außerordentlich stark besucht und nahmen einen vorbildlichen Verlauf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0042

Am 5. Januar sprach nach Eröffnung des Vertretertages durch den langjährigen Parteivorsitzenden Geheimrat Peter Bruckmann, Oberbürgermeister Scheef-Tübingen über Landespolitik, Reichstagsabgeordneter Dr. Heuß-Berlin über die Reichspolitik. Scheef gab einen umfassenden Ueberblick über die württembergische Entwicklung im letzten Jahr, im besonderen über die Auswirkungen des Eintritts der Partei in die Landesregierung. Dazu führte er aus:

„Wir sind im Vorjahr in die Württembergische Regierung eingetreten, und es ist notwendig, sich heute Rechenschaft darüber abzulegen, ob unser Regierungseintritt richtig war oder nicht. Trotz der hämischen Angriffe, die dieserhalb von links dauernd gegen uns gerichtet werden, Angriffe übrigens, die uns herzlich gleichgültig sind, weil wir auch künftig unsere Angelegenheiten selbständig zu entscheiden gedenken, darf ich feststellen, daß unsere Partei und Fraktion als Regierungspartei dem Lande nützliche Dienste leisten konnte.

Der Finanzausgleich, der im letzten Winter und Frühjahr so schwere Gegensätze zwischen den Gemeindeverwaltungen und dem Staat offenbarte, konnte durch unsere Tätigkeit als Regierungspartei zu einem für beide Teile annehmbaren Abschluß gebracht werden. Ohne unsere vermittelnde Tätigkeit, die nur in der Stellung als Regierungspartei möglich war, hätte dem Lande dieser Dienst nicht geleistet werden können.

Durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm auf wirtschaftlichem Gebiet konnten wir Erhebliches leisten in Bekämpfung der Arbeitsnot im ganzen Lande, in Förderung der Verkehrsverhältnisse von Stuttgart und Umgebung und in Förderung des Neckarkanaldurchstichs bei Heilbronn. Wesentliches konnten wir leisten in Beeinflussung der Wirtschaftspolitik der Regierung, die jetzt mehr, als das früher der Fall war, auch die Interessen und Notwendigkeiten der Exportindustrie sieht, und Wichtiges konnten wir leisten auf dem Gebiet der Gesunderhaltung unserer Landesfinanzen.

In staatspolitischer Hinsicht darf die positive Einstellung Württembergs zum Reich hier ebenfalls genannt werden.

Wenn wir so für das Land vieles Nützliche schaffen und erreichen konnten, so gebührt dafür vor allen Dingen Dank unserem Vertrauensmann in der Regierung, Herrn Minister Dr. Maier.

Er hat seine ganze Kraft, Energie und Klugheit eingesetzt, um auf dem wichtigen Posten dem Lande nach besten Kräften zu dienen und seine großen Bemühungen waren von Erfolg gekrönt. Dafür danken wir ihm, und wir hoffen und wünschen, daß seine rastlose Tätigkeit auch künftig von Erfolg begleitet sein möge.

Im weiteren Verlauf des Vertretertages wurde Geheimrat Bruckmann durch Zuruf zum 1. Vorsitzenden wiedergewählt. Zu Stellvertretern wurden gewählt: Lucie Krauß, Minister Maier, Johannes Fischer, Albert Hopf und Obersekretär Weingand.

Der Vertretertag, der in später Stunde nach mehrstündiger, lebhafter Aussprache geschlossen wurde, bildete einen guten Auftakt für die Landesversammlung am 6. Januar. Geheimrat Bruckmann eröffnete sie mit einem Rückblick auf die politische Arbeit des letzten Jahres. Im Anschluß daran zeichnete Frau Dr. Bäumer in präzisen Strichen, in schlichter und ansprechender Form die politische Bewegung als Ausdruck der seelischen Lage unseres Volkes. Aus ihren bedeutsamen Ausführungen erscheinen uns die folgenden Sätze besonders wichtig:

„In der Revolution, wie in allen Revolutionen, ist ein Zerstörungs-, ein Zersetzungswille mit in die Höhe gekommen, der naturgemäß die Gefahr mit sich bringt, auch diejenigen inneren, sittlichen und religiösen Grundkräfte des Volkslebens anzugreifen, ohne die der einzelne keinen Halt für einen schweren Lebenskampf haben kann. Und gerade wir von unserem demokratischen Boden aus, wir wollen, daß diese im Volke wurzelnden, daß diese immer mit unserer geistigen und seelischen Geschichte verbundenen Grundkräfte unserem Volk in dieser schweren Zeit helfen. Aber wir wollen nicht, daß diese sittlich-religiösen Grundsätze ein neues Mittel, ein neues Instrument, ein neuer Anlaß zu innerem Unfrieden und zu innerer Kriegspropaganda werden. Wir lehnen aus diesem Grund die parteipolitische Formierung aus religiöser Zugehörigkeit ab, weil wir der Meinung sind, daß diese Kräfte es nicht ertragen, in den politischen Parteikampf hineingezogen zu werden, weil ihre Siege und Niederlagen sich auf anderen Gebieten und anderen Ebenen des Lebens entscheiden. Wir wollen, daß diese Kräfte unserem Volksleben noch mehr bedeuten möchten in dem Maße, als die Schwere seines Schicksals wächst. Aber wir sind uns klar, daß sie das nur können, wenn sie sich frei auswirken neben aller persönlichen Macht und als Grundlage von Gemeinschaftsbindungen anderer Art, als es die politischen sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0043

Aber wir wollen darum auch den Kampf aufnehmen gegen alles, was diese Kräfte irgendwie zu zerstören und zu ruinieren in der Lage ist. Damit ist nicht gemeint die klare, unumwundene geistige Auseinandersetzung mit neuen Fragen der Zeit, neuen Problemen der Gestaltung unserer Lebensordnung. Das kann die wahrhafte, echte sittlich-religiöse Kraft ertragen und bestehen. Aber wir wollen allerdings uns wenden gegen jene leichtfertige, oberflächliche Geistreichigkeit, die heute so leicht mit diesen Dingen spielt, als stände nicht die Tatsache dahinter, daß sie das einzige wirkliche Rückgrat des Lebens von Millionen bilden. Wir müssen verstehen, daß auch aus dieser Krisis, daß auch aus diesen Auseinandersetzungen Gefahren entstehen, eine Gefahr der Flucht in eine Reaktion, die die Freiheit des Christenmenschen nicht mehr richtig versteht und nicht mehr eigentlich zulassen will. Der deutsche Mensch braucht seine sittliche, geistige Freiheit und muß sie in der Auseinandersetzung mit seiner Weltanschauung haben. Jede Notzeit führt zur Flucht in die sittlich-religiöse Unfreiheit. Und das ist die Gefahr, in der wir heute stehen und die wir überall sehen, eine Gefahr, die darum so groß ist, weil sie wiederum in sich die religiösen Gemeinschaften verhärtet in ihren Anschauungen, weil sie sich abschließen von den großen Massen unseres Volkes, die vielleicht den Weg zu ihnen finden könnten bei größerer Aufgeschlossenheit und größerer Bereitschaft, sich mit dem neuen inneren und äußeren Leben unseres Volkes auseinanderzusetzen. Wir wollen an unserer Kultur festhalten, an einer Schule, die sich die Aufgabe stellt, Gemeinschaftsschule zu sein, alle Kinder unseres Volkes zusammenzuführen und zu verbinden in der Pflege der geistigen Güter und seelischen Kräfte, dei uns aus der Vergangenheit zuströmen, die uns geschenkt werden und in uns neu erwachen. Und wir wollen haben, daß in der neuen Form, die jedem die Zugehörigkeit zu seiner Ueberzeugung gestattet, auch im Religionsunterricht in der Schule weiter diese Kräfte als traditionelle Stütze unseres sittlich-religiösen Volkslebens gepflegt werden."

Hierauf sprach Reichsfinanzminister Dietrich. Seine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede ist in der Tagespresse bereits eingehend gewürdigt worden. Wir geben deshalb nur seine Ausführungen über die Arbeitslosenfrage wieder:

„Die größte Sorge ist die Wirtschaftskrise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit. Auf 2,2 Milliarden RM sind die Ausgaben für die Arbeitslosen ohne die Wohlfahrtsunterstützungen geschätzt. 1,7 Milliarden RM sind die Tributlasten, über 2 Milliarden RM sind die inneren Kriegslasten Deutschlands. Es ist klar, daß solche unproduktiven Ausgaben von mehr als 6 Milliarden RM jährlich eine fürchterliche, vielleicht untragbare Last sind. Die Lage unseres Volkes ist besonders schwer durch die Tatsache, daß wir zwischen dem Bolschewismus Rußlands und dem Hochkapitalismus des Westens eingekeilt sind. Wir sind auch tatsächlich in unserem wirtschaftlichen Gebaren von dem Westen insofern grundverschieden, als bei uns ein Drittel des Volkseinkommens durch die öffentliche Hand läuft. Die Frage ist nun:

„Können wir unser heutiges Wirtschaftssystem in dieser Form erhalten?"

Ich bejahe diese Frage, lehne den Sozialismus grundsätzlich ab, bin aber der Meinung, daß die Aufrechterhaltung des privatwirtschaftlichen Systems nur möglich ist, wenn die Mängel, an denen es leidet, ausgemerzt werden können.

Die Hauptmängel der Gegenwart sehe ich in vier Punkten: In der Verdrängung des selbständigen Unternehmens, auf dessen Erfindergeist und wirtschaftlichen Wagemut allein unser wirtschaftliches System sich halten kann. Sodann in der Zusammenballung ganzer Wirtschaftsgruppen auf einen oder einigen Konzerne, die in ihrer bürokratischen Organisation und ihrer Abhängigkeit von den Banken auf die Dauer eine Gefahr bedeuten. Die dritte Schwierigkeit liegt darin, daß die Arbeitslosenversicherung das Band der Verantwortung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem bedeutenden Ausmaß gelockert hat. Ein erheblicher Teil der Arbeitslosigkeit des Winters beruht darin, daß Geschäfte, die in früheren Jahren ihren Angestellten und Arbeitern durch geeignete Maßnahmen durch den Winter hindurch geholfen haben, bei dem heutigen Stand der Dinge nicht, wo sie hohe Beiträge zahlen müssen, ihre Betriebe einschränken, und dadurch Arbeiter und Angestellte brotlos gemacht haben. Endlich hat die Arbeitslosenversicherung das Familienverantwortungsgefühl in einem gefährlichen Umfang verringert. Ein System, das nicht imstande ist, mit der gegenwärtig ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit aufzuräumen, und das genötigt wäre, sich mit dieser Tatsache als einer Dauereinrichtung abzufinden, wäre dem Untergang verfallen, genau so, wie die Wirtschaftssysteme früherer Zeiten in dem Augenblick, in dem sie ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen konnten, untergingen. Man darf sich deswegen keinem Zweifel hingeben, daß das Lebensproblem ist, nicht durch Versicherung die Arbeitslosen zu unterstützen, sondern sie zu beschäftigen.

Dabei ist zu unterscheiden, was ist gegenwärtig nötig, und was ist auf lange Sicht zu tun. Für den Augenblick ist zu prüfen, ob es einen Weg gibt, die Wirtschaft anzukurbeln, wobei man die Hoffnungen nicht zu hoch schrauben darf. Der Widersinn, daß wir für 4 Millionen Arbeitslose über 2 Milliarden RM ausgeben, mit dem, was die Gemeinden zahlen, sind es vielleicht nahezu 3 Milliarden RM, ohne einen Gegenwert zu bekommen, ist so ungeheuerlich, daß trotz aller grauen Theorien und theoretischen Bedenken das Betreten neuer Wege gewagt werden muß. Wenn wir zur Zeit in einem Monat eine Viertelmilliarde brauchen für die Arbeitslosen, so könnte es vielleicht nicht all zu vermessen sein, wenn man versuchte, mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0044

dem Betrag dieser Summe entweder an einem Punkt anzusetzen, indem man die entscheidenden Rohstoffproduktionen antreibt, oder aber, indem man eine verarbeitende Industrie, die besonders viel lebenswichtige Rohprodukte verbraucht, in Bewegung bringt. Ich sehe darin keine Subvention, wenn man, nachdem man die Frage entschieden hat, wo man anpacken will, in diesen Berufen das, was die Arbeitslosen kosten, zur Verbilligung und Vermehrung der Produktion verwendet, wobei man für jeden angestellten Arbeitslosen oder Arbeiter eine entsprechende Summe zuzahlt. Ich weiß, daß über diese Dinge der größte Sturm losgehen wird, aber wo vier Millionen Menschen in Gefahr sind, in die Verzweiflung getrieben zu werden, sind Bedenken nichts und positive Maßnahmen alles. Wir brauchen die Dinge nicht für die Ewigkeit zu machen, wir können sie einmal für ein viertel oder für ein halbes Jahr probieren.

Aber was die Politik auf lange Sicht angeht, so wird man sich die Erfahrungen der Vergangenheit merken müssen. Wenn wir wieder eine Hochkonjunktur haben, wie 1927/28, werden wir den Wohnungsbau nicht forcieren dürfen, sondern diese Arbeit müssen wir für die Zeiten der Krise zurückhalten. Wir müssen in den Zeiten der Hochkonjunktur Geld ansammeln, wir müssen Arbeiten, in Reich, in Staat, in den Gemeinden, bei der Eisenbahn, bei der Post, und wie die öffentlichen Unternehmungen alle heißen, zurückstellen, und sie dann einstellen, wenn die Konjunktur zurückgeht."

Personalien

Landgerichtsdirektor Brodauf 60 Jahre.

Der langjährige verdiente Reichs- und Landtagsabgeordnete Landgerichtsdirektor Brodauf beging am 15. Januar in Chemnitz seinen 60. Geburtstag. Der Parteivorsitzende Minister Dietrich hat Brodauf Glückwünsche der Partei übermittelt.

Prosessor Strauß 75 Jahre. In Bad Dürkheim beging Professor Ludwig Strauß seinen 75. Geburtstag. Die Parteileitung sprach ihm herzliche Glückwünsche aus.

Dr. Fritz Darmstädter-Helversen †

Nach kurzer Krankheit ist am 16. Januar Dr. Fritz Darmstädter-Helversen, erst 42 Jahre alt, verstorben. In aufrichtiger Trauer gedenkt seiner die Deutsche Staatspartei. Darmstädter-Helversen hat von Jugend an mit leidenschaftlicher Hingabe am politischen Leben Anteil genommen und, vor allem in der Demokratischen Partei, eine starke Aktivität entfaltet. Beruf und Interesse führten ihn vorwiegend zur Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragen; seine besondere Neigung galt denen des gewerblichen und ländlichen Mittelstandes. Aber auch außenpolitische Erörterungen verdanken ihm reiche Anregung, die er durch Vereinigung von Fachkenntnis und wahrhaftem vaterländischen Schwung zu geben vermochte. Neben einer vielseitigen publizistischen Tätigkeit wirkte Dr. Darmstädter-Helversen im Vorstand des Wahlkreises Potsdam II und als Mitglied des Parteiausschusses der Demokratischen Partei.

Die Staatspartei, der er seine Erfahrung und sein politisches Wollen zur Verfügung gestellt hatte, verliert in ihm einen ausgezeichneten Mitkämpfer. Sie wird ihn nicht vergessen und sein Andenken in Ehren halten.

Reichsminister Dietrich hat der Witwe des Verstorbenen in herzlichen Worten die Teilnahme der Partei ausgesprochen.

Kampf und Werbung

„Uebler Auftakt in Genf".

Im vorigen Heft haben wir einige kritische Bemerkungen Kurt Hillers über die in Deutschland vorherrschende Spielart des „Pazifismus" wiedergegeben. Hillers These von der Selbstausschaltung des Pazifismus durch sein Unverständnis für nationalpolitische

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-1676334491931-18/fragment/page=0045

Imponderabilen erfährt neue und grelle Beleuchtung durch zwei in der ersten Januarwoche erschienene Aufsätze.

Im „Dortmunder Generalanzeiger" hat Hellmut von Gerlach einen Artikel „Uebler Auftakt für Genf" veröffentlicht, der den bezeichnenden Untertitel trägt: „Trümpfe für Polen." Man kennt Gerlachs Vorliebe für Polen. Sie ist besonders in der Ostmark unvergessen aus den Winterwochen 1918/19 her, als der damalige Unterstaatssekretär von Gerlach eine Polenpolitik trieb, die zu den trübsten Kapiteln der deutschen Geschichte gehört. Da offenbar der Takt es Herrn von Gerlach nicht gebietet, in einer Frage zu schweigen, die für ihn mit so belastenden Erinnerungen verbunden ist, sollte ihn wenigstens die Rücksicht auf die Volksgemeinschaft zügeln, der er angehört. Weit gefehlt! In diesem Augenblick kam es darauf an, das deutsche Volk geschlossen hinter den Genfer Zielen der Reichsregierung erscheinen zu lassen, fest und würdig sein Recht — und nichts als sein Recht! — vor dem Völkerbundsforum begehrend. Herr von Gerlach kann in Anspruch nehmen, das einheitliche Bild zerstört zu haben, das — bis in die ersten Januartage — über alle Parteigrenzen hinweg das deutsche Volk dem ausländischen Betrachter darbot. In dem erwähnten Aufsatz heißt es:

„Die Sache wird dadurch besonders gravierend, daß der deutsche Standpunkt nicht leicht zu vertreten sein wird. Das deutsche Material, so viel begründete Beschwerden es auch gegen Polen enthalten mag, ist nämlich nicht so eindeutig, daß nicht auch die Polen allerlei Gegenmaterial vorbringen könnten. . . .

Das deutsche Publikum ist über die Sachlage durchaus ungenügend, ja geradezu falsch unterrichtet. Der größte Teil der deutschen Presse bringt nämlich immer nur, was gegen die Polen spricht, verschweigt aber die unleugbaren Ausschreitungen auf deutscher Seite."

Kein Wort der Anklage gegen das polnische Terrorsystem unter staatlicher Duldung. Kein Wort der Verbundenheit mit den um Leben, Eigentum und Recht kämpfenden polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität. Eifrig wird registriert „das deutsche Material . . . nicht so eindeutig", „bringt immer nur, was gegen Polen spricht . . ." Mögen „Ausschreitungen auf deutscher Seite" vorgefallen sein — was vorerst nicht bewiesen ist —, so wird angesichts der polnischen Tyrannei jeder Mensch dafür Verständnis haben, in dem ein Funken Heimatliebe und Freiheitswille lebt. Aber wie groß muß die Not sein, damit eines Gerlach „allzu festes Fleisch schmölze"?

Wir müssen leider einen zweiten Aufsatz erwähnen, der womöglich noch empörender ist als der Gerlachsche. Die sozialdemokratische „Volkszeitung für das Vogtland" schrieb in den ersten Tagen der Ostreise des Kanzlers u. a.:

„Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß hier eine Art geistige Mobilmachung gegen Polen betrieben wird. Vielleicht rechnet man damit, daß eine Mobilmachung anderer Art bald folgt . . . Die Dinge spitzen sich an der deutschen Ostgrenze immer mehr zu, und die Regierung gießt Oel ins schwelende Feuer. . . . Bisher hat die Regierung es an Klarheit über das, wa sie mit ihrer Ostreise verfolgt, nicht fehlen lassen."

Mit anderen Worten: Die Reise dient der Kriegsvorbereitung! Es fällt schwer, angesichts einer solchen — wir bedauern den Ausdruck, es gibt keinen anderen — Fälschung von Zweck und Verlauf der Reise die Ruhe zu bewahren. Was die „Volkszeitung für das Vogtland" schreibt, ist ein juristisch nicht faßbarer, moralischer Landesverrat. Solche Vorfälle, die nationalbewußten Sozialdemokraten müssen es begreifen, sind Antrieb der nationalsozialistischen Bewegung; sie machen den Erfolg von Abwehrausschüssen und Versammlungs„wellen" völlig illusorisch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0046

Vor uns steht ein Abend vor zwei Jahren. In einem Hofzimmer eines kleinen Berliner Hotels, in dem er abgestiegen war, um von dem Gesandten seines Landes, bei dem Herr von Gerlach ein häufiger Gast war, nicht bemerkt zu werden, saß uns ein polnischer Politiker gegenüber. Wohl vier Stunden sprachen wir über die deutsch-polnischen Beziehungen, deren Ausgleich uns gemeinsam als die europäische Frage erschien. Hätten die Gerlachs, hätten deutsche Sozialdemokraten vom Schlage der „Volkszeitung für das Vogtland" doch einen Bruchteil des Empfindens für Not und Leid des deutschen Volkstums in Polen, das dieser Pole in bewegenden Worten ausdrückte! Im Laufe der Unterhaltung stellte er fest, daß „die deutsch-polnischen Beziehungen durch nichts so gefährdet würden, wie durch jene Deutschen, die immer wieder deutsche Vertragsverletzungen, geheime Rüstungen und Kriegsvorbereitungen zu enthüllen vorgäben."

Ein Mann, hinter dem Jahrzehnte bitteren Kampfes für seine Ideale lagen, sprach aus der abgeklärten Weisheit des Alters. Der Tag mußte ihm grau in grau erscheinen, die nächste Zukunft dunkel verhangen. Aber aus einem siegesbewußten Glauben schloß er die Unterhaltung: „Der europäische Friede wird kommen; ihn können freilich nur die schaffen, die reinen Herzens sind und ihr Volk aus ganzer Seele lieben."

Weil wir wissen, daß diese Gesinnung im deutschen Volk innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen lebendig ist, glauben auch wir an die Zukunft — trotz der Gerlachs.

Unverschämtheit?

Die Bemühungen sogenannter „bürgerlicher" Politiker gehen weiter, Gnade vor Hitler zu finden und den Reichskanzler zur Aufnahme der NSDAP. in die Regierung zu bewegen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" z. B. kann es nicht lassen, immer wieder um ein gutes Wort bei der Hitlerbewegung zu werben. Es stört das extrem privatkapitalistische Blatt nicht, daß die äußerste Rechte einen Antikapitalismus predigt, gegen den die Sozialdemokratie in ihrer parteioffiziellen Haltung als Vorkämpferin der Privatwirtschaft erscheint. Der volksparteiliche Führer Dingeldey hat erneut — in Dresden am 11. Januar — den Nationalsozialisten einige Freundlichkeiten gesagt und Gerechtigkeit bei ihrer Behandlung gefordert, wobei wir nicht verkennen, daß die kritischen Bemerkungen schon schärfer geworden sind und deutliche Enttäuschung verraten. Nebenbei sei vermerkt, daß Herr Dingeldey es für notwendig gehalten hat, die Reichsregierung vor „Bindungen an die preußische Regierung" zu warnen, in der Besorgnis, daß dadurch „eine Abschwächung des energischen Willens eintrete, ohne den die Dinge nicht zu meistern seien". Etwas weniger Ueberheblichkeit würde Herrn Dingeldey wohl anstehen. Wir möchten wissen, ob und wie der Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung Wirklichkeit geworden wäre, wenn nicht die preußische Staatsregierung in jedem Zeitpunkt der Beratung ihm bereitwillige und selbstlose Unterstützung geliehen hätte.

Was aber das Werben um die Nationalsozialisten anbelangt, so sei als neue Ohrfeige für die zur Preisgabe des Staates wie zur eigenen Preisgabe bereiten „Bürger" ein Aufsatz des Herrn Dr. Göbbels im „Angriff" erwähnt. Darin heißt es u. a.:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0047

„Wir müssen uns auf das energsichste dagegen verwahren, daß die Praxis, die sich in einem vierjährigen Kampf der Erfüllungsparteien gegen uns herausgebildet hat, und die darauf hinausläuft, unsre Partei von vornherein als zweitklassig zu behandeln, nun auch in kommende Koalitionsgespräche mit hineingenommen wird. Es ist eine Unverschämtheit ohnegleichen, so zu tun, als erwiese man unsrer Bewegung ich weiß nicht was für einen Gefallen, wenn man ihr überhaupt, und zwar nur theoretisch, die Koalitionsfähigkeit zuspräche. Es handelt sich gar nicht darum, daß die bankrotten Young-Parteien aus lauter Gnade die nationalsozialistische Bewegung mit in die Regierung hineinnehmen — ein solches Verfahren wäre vielleicht Herrn Treviranus gegenüber angebracht — sondern im Gegenteil, ob diese Parteien bereit sind, dem in der Verfassung feierlichst festgelegten Gesetz der Volkssouveränität Ausdruck zu geben oder ob ihre Praxis darauf hinausläuft, unter ständigem Verfassungsbruch gegen das Volk zu regieren. Wenn das Volk sich für uns entschieden hat, so steht es keinem einzelnen — er mag sich nun auf den Reichspräsidenten berufen oder die Reichswehr hinter sich wissen — zu, dieser Volksentscheidung zuwiderzuhandeln. Alle Macht geht vom Volke aus, und wenn die Hitler-Bewegung das Volk auf ihrer Seite hat, so steht ihr daraufhin auf Grund des demokratischen Grundgesetzes auch die Macht zu. „Ist Hitler koalitionsfähig?" Welch eine freche Unverschämtheit liegt in dieser Frage! Richtig gestellt müßte sie umgekehrt lauten: „Hält Hitler die Bankrottparteien der Young-Regierung überhaupt für koalitionsfähig?" Diese Frage allerdings bedarf einer eingehenden staatspolitischen Untersuchung. Würde man heute ohne jede Wahlvorbereitung das Volk wieder befragen — es würde in überwältigender Mehrheit der nationalsozialistischen Bewegung sein Vertrauen aussprechen. Regierungsfähig ist, wer die Macht erobert, und die Macht erobert nun einmal in der Demokratie der, der das Volk hinter sich bringt. Es steht nicht zur Debatte, was die Herren am grünen Tisch denken und aushecken. Zur Debatte steht, was das Volk will. Wir sehen den Diskussionsspielereien mit lächelnder Skepsis zu. Es wird der Tag kommen, wo wir den Spieß umdrehen — der Tag, an dem man nicht mehr fragt: „Sollen wir die Nationalsozialisten in die Reichsregierung nehmen?", sondern vielmehr: „Hitler regiert, und er hat darüber zu entscheiden, wen er gebrauchen kann und wen nicht."

Man kann von einem geschworenen Feind der Demokratie nicht erwarten, daß er den Sinn des demokratischen Gedankens versteht. Demokratie ist weder freie Bahn für Massenwahnsinn noch Massenherrschaft, sondern Führerauslese.

Ueber die Fußtritte, die Herr Göbbels gehäuft austeilt, mögen die mit ihm rechten, die sie herausgefordert haben. In einem Punkt müssen wir sie in Schutz nehmen. Nicht „Unverschämtheit ohnegleichen" ist die Triebfeder ihres Handelns. Es ist die auf der Verwechslung von Schein und Wesen, Zahl und Wert beruhende Angst eines Bürgertums, das die Kraft zum Staatswillen eingebüßt hat, das — unfähig zu jeder heroischen Haltung — mit dem von ihm so tief gehaßten Marxismus eins gemein hat: die materialistische Grundlage eines nur-händlerischen Denkens.

Wir wiederholen: Mit dem Nationalsozialismus gibt es kein Paktieren; es gibt nur Kampf. Aber ebenso gilt dem durch Geschichte und Erfahrung unbelehrbaren, zur Bourgeoisie entarteten Bürgertum unser Kampf für die freie Nation im Deutschen Staat.

Die Bayerische an die Deutsche Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei will Erbin der nationalliberalen Parteitradition sein.

Die nationalliberale Partei war die Partei der Reichsgründung.

Die Bayerische Volkspartei ist Erbin der bayerischen Partikularisten; sie steht dem Reich — jedenfalls in seinem heutigen Aufbau — mit gemischten Gefühlen gegenüber.

Der „Bayrische Kurier" ist das führende Organ der Bayerischen Volkspartei. Darin stand zu lesen:

„Eine der auffälligsten Wirkungen des nationalsozialistischen Wahlsieges besteht ja darin, daß auch solche politische Gruppen in eine weitgehende agitatorische und „ideologische" Abhängigkeit von der nationalsozialistischen Werbung gerieten, die im Wahlkampf der Partei Hitlers feindlich gegenüberstanden und von ihr geschlagen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0048

wurden. Der Vorgang hat in mancher Hinsicht sein Gegenbild in den Erscheinungen, die die Novemberrevolution von 1918 gezeitigt hatte. Wie damals der Sozialismus, so ist heute der übersteigerte Nationalismus die „große Mode", die zu tragen sich auch Leute befleißigen, die an sich einen der Mode wenig angemessenen politischen Körperbau aufweisen, und wie damals, so hängt auch heute mancher sein Mäntelchen nach einem Wind, der von einer Richtung kommt, die der Besitzer des Mantels vorher nicht gegangen ist — —

Oder muß es in dieser ernsten Zeit nicht heiter stimmen, wenn Leute, die sich vor den Septemberwahlen aufs heftigste gegen die angeblich demokratische „Herrschaft der Minderwertigen" ereifert haben, heute unter dem Eindruck einer Massenbewegung, deren „Minderwertigkeit" im stillen Kämmerlein durchaus anerkannt wird, mit fliegenden Fahnen zur „Masse" zurückflüchten? Liegt nicht ein schreiender Widerspruch darin, daß sich j e n e für die staatliche Anerkennung der nationalsozialistischen Massenbewegung ereifern, die vorher der Unabhängigkeit der Staatsführung von den Massenerregungen laut und begeistert das Wort gesprochen haben? Ist es nicht lächerlich, daß gerade d i e eine „Koalition" mit dem Nationalsozialismus verlangen, die den „Koalitions-Parlamentarismus" vorher aufs entschiedenste verdammt haben? Und begegnet man solchen Widersprüchen nicht heute auf Schritt und Tritt? Sieht man nicht immer wieder, wie so viele tapfere Sugambrer heute ehrfurchtsvoll anbeten, was sie gestern verachtungsvoll verbrannt haben?"

Und nun müssen wir bekennen, daß die Bayerische Volkspartei die Haltung der Deutschen Volkspartei so treffend glossiert hat, daß man in Zweifel gerät, wer von beiden die Partei der Reichsgründung vertritt.

Bücherschau

Walter Hagemann: Deutschland am Scheideweg. Gedanken zur Außenpolitik. Einführung von Ludwig K a a s. Freiburg i. B. 1931. Herder-Verlag. X u. 150 S. 4,20 RM.

Die Schrift des Außenpolitikers der „Germania" hat bereits eine Geschichte. Daß der „Temps" wütend über sie herfiel und besonders das ausgezeichnete Vorwort von Ludwig Kaas mit entstellendem Kommentar versah, mag als ein Zeichen der inneren Wahrhaftigkeit des Buches gelten. Nichts anderes ist in ihm ausgeführt, als was wir alle denken und fühlen, was wir politisch erstreben: Der Kampf um Deutschlands Gleichberechtigung und Freiheit. Zwölf Jahre europäischer Geschichte haben den Beweis erbracht, daß Frankreich keineswegs gesonnen ist, von „Versailles" zu weichen. Die Ausführungen Hagemanns sind getragen von dem aufrichtigen Wunsch der Verständigung, bei der Deutschlands Ruhe wieder hergestellt, seine Gleichberechtigung garantiert wird. „Vor allem aber sollte eines im Vordergrunde deutscher Politik stehen: daß Deutschland bei seinem Ringen um den Wiederaufstieg das in Genf geschaffene Recht auf seiner Seite hat, und daß es ihm nicht schwer fallen kann, in entscheidenden Fragen des europäischen Friedens die Gegner moralisch ins Unrecht zu setzen." Das ist das Motto, der Grundgedanke dieser deutschen Schrift.

Karl Tschuppik: Ludendorff. Die Tragödie eines Fachmanns. Verlag Dr. Hans Epstein. Wien und Leipzig. 1931. 425 S.

„Es ist die Tragik des großen Feldherrn Ludendorff, daß er ein Schwert war, dem die zur Führung berufenen Intelligenz gefehlt hat." Dieser letzte Satz des Buches stellt die Schlußfolgerung dar aus der gesamten Darstellung. Die Objektivität, die umfassende Kenntnis an Literatur, mit der das Werk geschrieben ist, haben dafür den Wahrheitsbeweis erbracht. Die erschütternde Tragik eines Mannes wird offenbar, der aus alter preußischer Schule kommend, den Weg nicht fand zu den notwendigen Umstellungen, die die neuartigen Verhältnisse erforderten. „Es ist das Verhängnis des Fachmannes . . ., daß an der Grenzscheide alter und neuer Wahrheit das unbrauchbar gewordene alte Wissen sich als Ballast und Gefahr erweist." Es gehört angeborene geniale Begabung und Kraft dazu, die „Kerkermauern seiner Erziehung" um einer neuen Erkenntnis willen zu durchbrechen. Es ist die Eigenart tragischer Menschen, daß man ihnen keinen Vorwurf machen kann, auf Fehler, Mißgriffe hin, die sich aus ihrer Eigenart ergeben. Aber doppelt schwer wiegen diese, wenn das tragische Geschick eines Einzelnen zu dem seines Volkes, seiner Nation wird. Die lebensnahe Schilderung läßt die Zeit noch einmal vorüberziehen und drängt mit Zwangsläufigkeit die Frage auf: ist dieses Geschehen nur Tragik, oder ist es ein unvermeidliches deutsches Schicksal, daß im gegebenen Augenblick der führende geistige Wille fehlt?

Wir empfehlen das Buch. Es gehört zur Arbeit im Dienste unseres Volkes, seine Eigentümlichkeiten, soweit sie entwicklungshemmend wirken, zu überwinden. Dazu gehört Kenntnis, Erkenntnis; Tschuppik vermittelt sie als Folgerung, klar und unerbittlich.

Valeriu Marcu: Die Geburt der Nationen. Von der Einheit des Glaubens zur Demokratie des Geldes. S. Fischer, Berlin. 1931. 346 S.

Wir zitieren aus dem Schlußkapitel: „Was sind Rhein, Weser, Oder und Elbe anders als fremder Nationen Gefangene?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0049

Was ist unsere Freiheit und Religion mehr, als daß andere damit spielen?" — klagt eine brandenburgische Broschüre nach dem Westfälischen Frieden. Alle Klagen lauteten ähnlich und zeigten dadurch das Wachsen eines politischen Willens, der sich aus Geist und Stoff erhebt. Dieser Wille hat trotz seinem Schwanken einen Zusammenhang; denn in der Nation erzittern und erglühen die Interessen der gegeneinander ringenden Schichten. — Dieser Wille ist der Ausdruck einer Kontinuität, weil die Vergangenheit keine Lücken kennt. Die Historie besteht nicht aus einzelnen Perioden. . . .

Was die Nation an sich selbst, ihrem Wesen nach ist, ist ebenso wenig erklärlich wie das Wesen jeder anderen Erscheinung an sich. Sichtbar ist nur der Weg: die Reihenfolge der Anstrengungen, das . . . Leiden, und die Gedanken der wenigen.

Das wissenschaftliche Sehen . . . . wurde in allen Ländern zur Quelle nationaler Bindungen."

Dazu ein Motto aus der Feder Jakob Burckhardt's: die geistige Richtung Marcus ist festgelegt. Die von ihm behandelte Zeit der Reformation bis zum Westfälischen Frieden hat schon eine Reihe von Darstellern, Historiker vom Fach, gefunden. Tatsächlich bringt es für den Geschichtskenner kaum Neues. Was die Darstellung Marcus so überaus interessant, so spannend macht, ist seine lebendige Art, die fortschreitende Entwicklung als Zwangsläufigkeit aus dem Vergangenen zu folgern. Und das an Hand psychologisch scharf und gut erfaßter Schilderung einzelner Persönlichkeiten, die, aus ihrer Zeit heraus verstanden, Ideen entwickeln, die auch für die Gegenwart noch Gestaltungsfragen sind. Richelieu, Cromwell seien nur genannt als Träger so eigenbestimmter Geistigkeit.

Was ihn vom Wissenschaftler scheidet und zugleich seine Stärke ausmacht, ist die Leidenschaft, aus der heraus er seine Gestalten schafft, mit der er sie verständlich macht. Er geht über den Rankeschen klassischen Grundsatz aller Geschichtsschreibung, etwas zu schildern, so, wie es gewesen, hinaus, ohne aber die historische Treue zu verletzen.

Marcu hat mit Burckhardt eines gemeinsam: die Freude am Schauen. Er legt ein erfreulich gesundes Aesthetentum an den Tag, das auf einer guten historischen Kenntnis und fleißiger Arbeit beruht.

Eugenio Pacelli. Gesammelte Reden. Einzelausgew. von Ludw. Kaas, Buchverlag Germania A.-G. Berlin SW 48, 1930. 190 S. 4,50 RM.

Eine interessante Sammlung von Reden des Apostolischen Nuntius beim Deutschen Reich, von seiner Antrittsrede im Mai 1917 in München bis zu seinen Abschiedsreden im Dezember 1929 in Berlin.

Kürschners Volkshandbuch Deutscher Reichstag 1930. Hermann Hilger Verlag. Berlin W 9. 644 S. 1,35 RM.

Für jeden Wähler ist es von Interesse die Männer und Frauen kennen zu lernen, die durch Wahl zu Vertretern des Volkes ins Reichsparlament einzogen. Von besonderem Wert ist die Kenntnis der Personen aus politisch gegnerischem Lager, die das Handbuch durch seine kurzen biographischen Daten gut zu vermitteln vermag.

Hans Hartmann: Die junge Generation in Europa. Berlin 1930. Der Neue-Geist-Verlag. 112 Seiten. 2,80 RM.

Der Verfasser bietet eine erstmalige Schau über das Wesen und Wirken der europäischen Jugend-Generation. Aufschlußreiches Material über Frankreichs Jugend, über die Gemeinsamkeit des Denkens seiner ganzen Generation. Man kann wohl, mit stärkerem Recht als die Beweisgründe H.'s den Gegenbeweis erbringen, kaum von „Der jungen Generation" einer Nation, geschweige denn Europas sprechen. Schon eine Beurteilung, in Form einer Klassifikation, die sich auf Jugendbewegung bezieht, erscheint uns als schwerlich zutreffend. Das Bild H.'s ist eine persönliche Skizze, deren Mut und Gestaltung, deren sorgfältige Durcharbeitung nur Anerkennung finden kann. Die von uns schon besprochene Schrift K. O. Paetel's über die Struktur der nationalen Jugend hatte die Schwierigkeit einer Beurteilung dieses kleineren Komplexes deutlich gezeigt. So sehr der Wille zur Auseinandersetzung, zum Klarwerden zu begrüßen ist, so sehr ist aber auch vor Verallgemeinerungen zu warnen, die als Trübung des Weltbildes eine ernste Gefahr für Heranwachsende und Werdende ist.

„Politik als Wissenschaft", 10 Jahre Hochschule für Politik. Hrsg. v. Dr. Ernst Jäckh. Verlag Reckendorf G. m. b. H., Berlin SW 68. 1930 310 S. Br. 6,— RM.

Ein Arbeitsbericht und eine Klarlegung der Problemstellung der Lehrbarkeit der Politik durch Politiker, Forscher und Männer der Verwaltung. Die Hochschule für Politik kann auf zehnjährige Tätigkeit zurückblicken. Aus den Erfahrungen dieser Jahre bringen Beiträge von Dozenten Programmatisches über Politik als wissenschaftliche Lehre und erzieherische Aufgabe für die kommenden Jahre.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Joachim Hild, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0050

BLÄTTER DER STAATSPARTEI

ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI

1. Jahrgang Berlin, 20. Februar 1931 Nummer 3/4

Brünings Weg, Bürgertum, Sozialdemokratie

Von * * *

In- und ausländische Beobachter der deutschen Entwicklung glauben, in den letzten Wochen eine politische und psychologische Entspannung feststellen zu können. Wenn das zutrifft, so danken wir es der Persönlichkeit und dem Wirken des Reichskanzlers, dessen Bedeutung allmählich auch von der wirklichen und der heimlichen Opposition erkannt wird. Allerdings tut sie gut, vom Reichskanzler ein Einschwenken auf ihre jeweilige Linie nicht anzunehmen. Auch „Vorwärts" und „Deutsche Allgemeine Zeitung" werden Enttäuschungen erleben, wenn sie glauben, vom Kanzler die Handhabung einer mechanischen Demokratie verbunden mit finanzpolitischer Unbekümmertheit oder einen antisozialen Herrenstandpunkt erwarten zu können. Reichskanzler Brüning geht, wie am deutlichsten die Kölner Rede vom 25. Januar erweist, seinen Weg, der nicht der einer Partei oder Interessentengruppe ist, sondern der einer selbständigen staatsmännischen Persönlichkeit.

Als vor bald einem Jahr das Kabinett Brüning die Regierung übernahm, war seine Aufgabe — neben der Ordnung der Reichsfinanzen —, die Aera des entarteten Parlamentarismus zu liquidieren und den Begriffen

Staatsautorität und Staatsführung

wieder Macht und Geltung zu verschaffen. Der vorangegangene Entwicklungsabschnitt hatte zuletzt im Zeichen der Großen Koalition unter sozialdemokratischem Vorantritt gestanden. So war eine gewisse Wendung gegen die Sozialdemokratie naturgegeben. Die Demokratische Partei, die, ebenso wie heute die Staatspartei, sowohl der Rechten wie der Linken gegenüber volle Unabhängigkeit besaß, hat sich damals dem Kabinett Brüning zur Verfügung gestellt und seine Politik unterstützt, die

in der notwendigen Abkehr von leichtfertiger Ausgabenwirtschaft und Hinwendung zu starker Betonung des Verantwortungsprinzips antisozialdemokratisch

sein mußte.

Seither haben wir manche Wandlung erlebt. Die Deutschnationalen, die dem Kabinett Brüning anfangs nicht unfreundlich gegenübergestanden sind, wurden zu seinen erbitterten Feinden. Die Sozialdemokraten, die auch einmal gegen den „Hungerkanzler" Sturm gelaufen sind, haben aus Fehlern und Untugenden der Vergangenheit gelernt.

Soll man sie dafür strafen?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0051

Fast scheint es so, wenn man einzelne Kommentare zu den letzten Reichstagsverhandlungen liest. Ist es „Schuld" des Reichskanzlers, daß er als Führer einer durchaus unabhängigen Regierung auf der Rechten keine Unterstützung findet, aber die der Sozialdemokratie erhält, die nach verhängnisvollen Irrwegen zu der Ebert—Legien-Linie scheint zurückkehren zu wollen.

Gewiß eine überraschende Entwicklung, die am 1. April 1930 der Kanzler selbst nicht geahnt haben mag. Wir glauben und erwarten, daß dadurch die Richtung des Kabinetts nicht beeinflußt wird.

Der Kanzler und der Vizekanzler werden ohne Rücksicht auf Parteiwünsche Schritt für Schritt an die Reformarbeit herangehen und tun, was nottut.

Versagt sich die Sozialdemokratie, nachdem sich die Rechte ausgeschaltet hat, so gibt es noch immer Wege zur Verwirklichung des Erforderlichen. Arbeitet sie mit — soll man sich dann nicht der Wendung von der Verneinung zum Verantwortlichkeitsgefühl freuen?

Wir lesen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", daß damit „eine ganz eklatante Stärkung der Sozialdemokratie verbunden sei", „die für das Bürgertum die schlimmsten Aussichten eröffnet".

Wir erwarten die Beweisführung, weshalb die positiven Leistungen eines sozialistenfreien Kabinetts nur der Sozialdemokratie zugute kommen sollen.

Aber die Behauptung gibt Anlaß zu grundsätzlicher Betrachtung.

Wir fragen — allerdings nur die, die guten Willens zur Wahrheit sind —:

Ist der August 1914 vergessen, ist die Erinnerung an Ludwig Frank gestorben, vergessen Gestalten wie Ebert, Legien, David, Quessel? Sind die Kreise um die „Deutsche Allgemeine Zeitung" sicher, daß es nie wieder einen Zeitpunkt geben wird, in dem man sich einer heimatliebenden, opferbereiten sozialistischen Arbeiterschaft glücklich schätzen wird? Ist man sicher, nie wieder einen Winter 1918/19 zu erleben, als der bolschewistische Ansturm an der Disziplin der Gewerkschaften, der Hingabe und Kaltblütigkeit der Freikorps und dem doktrinenfreien, staatsmännischen Sinn Eberts und Noskes zerschellte?

Will man lieber eine starke kommunistische und eine schwache sozialdemokratische Partei als das heutige Zahlenverhältnis zwischen beiden, das schon keinen Anlaß zum Lachen gibt?

Will man am Ende durch eine wirtschaftliche und soziale Gewaltpolitik Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften zerschlagen, ihre Anhänger den Kommunisten zutreiben, um dann sozialpolitisch — und darüber hinaus — „ganze Arbeit" machen zu können?

Wir stellen diese Fragen nicht den Unternehmern zwischen Ruhr und Rhein, die sie ehrlicherweise mit ja beantworten müssen. Wir stellen sie allen denen, die

ein starkes, in sich geschlossenes, von politischem Machtwillen durchdrungenes Bürgertum

wollen, ohne der Sozialdemokratie neben ihm die Regierungsfähigkeit abzusprechen. Wir ziehen den Trennungsstrich zum Sozialismus mit aller Deutlichkeit. Wir wünschen, einem Reichskanzler Bauer, einem Polizeipräsidenten Richter und manchem anderen nicht wieder zu begegnen, den die Welle und eine mangelhafte Personalpolitik emporgetragen. Von den Künstler, Seeger, Seydewitz trennt uns eine Welt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0052

Im Bekenntnis zum Primat der Außenpolitik, zu einer in den Lebensmächten von Religion und Volkstum verwurzelten Kultur und zur grundsätzlich privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung gibt es unsrerseits keine Konzession.

Wir übersehen nicht die Ansätze, die Hellers „Sozialismus und Nation", Joseph Furtwänglers außenpolitische Arbeiten, die Entwicklung der religiösen Sozialisten bedeuten.

Diese Ansätze zu pflegen und zu fördern, sollte dem Bürgertum wichtiger sein, als jede törichte oder verantwortungslose Entgleisung irgendeines wild gewordenen Funktionärs festzuhalten und sie als Argumente gegen einen „Marxismus" zu verwenden, der zumeist nur ein unbegriffenes Schlagwort ist.

Hat man aus der innerpolitischen Geschichte des Kaiserreichs nichts gelernt? Ist schon wieder vergessen, daß es nicht zuletzt zerbrochen ist, weil es nicht die

Masse in den Staat einzuordnen

vermochte? Will man die Arbeitnehmerschaft, deren politische Ausdrucksform trotz Kommunismus und Nationalsozialismus (abgesehen von den christlichen Gewerkschaften) in erster Linie die Sozialdemokratie ist, wieder in eine negative Opposition drängen, aus der sie unter dem erschütternden Erlebnis des August 1914 sich erlöst hat und erlöst worden ist?

Wir sind der Sozialdemokratie in keiner, auch nicht der zartesten Form, verschrieben. Wir sehen ihre Mängel und Unzulänglichkeiten genau, und wir werden sie mit schonungsloser Kritik verfolgen. Aber wir wehren uns gegen die Zurückstoßung und Diffamierung der Sozialdemokratie. Wir empfinden Mißtrauen nicht als eine Tugend (am wenigsten als eine demokratische); wir halten es mit dem Freiherrn vom Stein: „Zutrauen veredelt den Menschen."

Ist denn — um von den grundsätzlichen Betrachtungen zur Lage zurückzukommen — heute das Bürgertum so schwach, daß es eine parlamentarische Mitarbeit der Sozialdemokratie nicht verträgt und sich ihm dadurch wirklich „die schlimmsten Aussichten eröffnen"? Liegt da nicht vielleicht ein, in bürgerlichen Kreisen allerdings nicht selten anzutreffendes, Minderwertigkeitsgefühl vor? Das Bürgertum braucht die Sozialdemokratie nicht zu fürchten, wenn es weiß, was es will.

Freilich wird

das Bürgertum sich mit eindeutiger Entschiedenheit zum Staat, wie er ist, bekennen

müssen, will es in diesem Staat Macht gewinnen. Warum konnten Sozialdemokratie und Zentrum den so oft und mit Recht beklagten Einfluß erlangen? Weil sie und die hinter ihnen stehenden Kreise

seit 1919 unbeirrt und ohne Schwanken zur Republik von Weimar

gestanden sind. Das nichtkatholische Bürgertum hat — mit Ausnahme der darum geschmähten und verlästerten Demokraten — sich abseits gehalten: In der starren Opposition der Deutschnationalen — deren schöpferische Kraft mit dem Tode Karl Helfferichs erloschen ist —, die aber gelegentlich den opportunistischen Weg zum Staat — und wieder zurück fanden. Im Interessentenklüngel der Wirtschaftspartei. In der von Gegensätzen unterwühlten, darum unentschiedenen Deutschen Volkspartei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0053

Wir verkennen nicht die positiveren, aus frischen oder erneuerten Quellen strömenden Kräfte im Christlich-sozialen Volksdienst und in der Konservativen Volkspartei.

Gleichwohl:

in allen diesen Parteien und Gruppen vermissen wir das verpflichtende Bekenntnis: Zum Staat, wie er ist, zu stehen, ihn auf Biegen und Brechen zu verteidigen.

Nicht nur gegen den Kommunismus, das ist eine Selbstverständlichkeit, sondern ebenso gegen die andrängenden Kräfte der radikalen Rechten. Ihre nationalen Impulse werden nicht übersehen; ob sich ihre antikapitalistischen Kräfte nicht einmal auf anderem Schauplatz der politischen Kampfebene auswirken werden, sei dahingestellt.

Diese radikale Rechte kämpft gegen den Staat,

dessen notwendiger Ausbau und dessen unaufschiebbare Reform nur auf der Grundlage des 1919 Geschaffenen möglich sind.

Die Zeiten des liberalistischen Nachtwächterstaates sind endgültig vorbei. Wir wissen, daß im wirtschaftlichen und kulturellen Wettbewerb der Völker nur die Nation sich durchsetzt, hinter der ein starker Staat steht. Wir wissen, daß nur ein starker, innerlich gefestigter Staat erfolgreiche Außenpolitik treiben kann. Die Entwicklung von Volk und Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur wird durch Kraft und Ansehen des Staates bestimmt.

Das Bekenntnis zur Nation verlangt das Bekenntnis zum Staat.

Ringt sich das Bürgertum nicht zu ihm durch, dann allerdings „eröffnen sich ihm die schlimmsten Aussichten". Macht im Staat zu wollen, ohne den Staat zu wollen, ist aussichtslos.

Die ländliche Siedlung in Preußen

Von Ernst Koehn.

Siedlung gehört zu den Problemen, die in der heutigen Zeit im Brennpunkt der Erörterungen stehen. Fast täglich beschäftigt sich die Tagespresse aller Richtungen und Zeitschriften verschiedenster Wissenszweige mit Fragen aus dem Siedlungsgebiet. Bei Vorschlägen zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft, zur Abwendung der den Grenzgebieten des Ostens drohenden Gefahren, zur Bekämpfung der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Wohnungsnot, zur Verbesserung der Handelsbilanz usw., überall spielt die Siedlung eine nicht unwesentliche Rolle. Zwar kann die Siedlung kein Allheilmittel gegen alle Notstände unserer Zeit sein, daß sie aber geeignet ist, ausgleichend zu wirken, einem großen Teil unserer Volksgenossen Heimat, Arbeit und Verdienst zu geben und so die gesamte Wirtschaft zu beleben, das wird von keiner Stelle bestritten werden können. Es ist auch kein Zufall, daß die Siedlungsfrage gerade jetzt eine so große Rolle spielt. Die Geschichte lehrt uns, daß die bedeutenden Kolonisationsperioden immer nach langen Kriegen in die Zeiten schwerster wirtschaftlicher Notlage unseres Volkes fallen. Ich weise auf die von dem Großen Kurfürsten nach dem 30jährigen Kriege eingeleitete Kolonisation und die von Friedrich dem Großen nach dem 7jährigen Kriege durchgeführte ländliche Ansiedlung hin, durch die allein schätzungsweise 200 000 Personen seßhaft gemacht worden sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0054

Eine planmäßige Siedlung größeren Umfanges wurde in Preußen aus nationalpolitischen Gründen in den Provinzen Westpreußen und Posen durch das Gesetz vom 26. 4. 1886 eingeleitet. Die zur Durchführung dieses Gesetzes errichtete Ansiedlungskommission in Posen hat in den Jahren von 1886 bis 1917 insgesamt 21 749 neue Siedlerstellen mit einer Flächengröße von 309 139 ha geschaffen.

Das Gesetz von 1886 ist für die weitere Siedlungstätigkeit in Preußen insofern von besonderer Bedeutung, als es den Begriff des Rentengutes einführt, eine Form der Eigentumsübertragung, bei der der Kaufpreis nicht in Kapital, sondern in einer festen Geldrente bedungen wird. Mit der Zulassung der Begründung von Rentengütern für das ganze preußische Staatsgebiet durch das Gesetz vom 27. 6. 1890 und mit der Heranziehung der 1850 gegründeten Rentenbanken zur Beschaffung der für eine Siedlung größeren Umfanges erforderlichen Kapitalien durch das Gesetz vom 7. 7. 1891 werden in Preußen einer Siedlungstätigkeit die Wege geebnet, deren Aufgabe es sein soll, durch Seßhaftmachung von Landarbeitern der Landflucht entgegenzuwirken und durch Schaffung von Bauernstellen, insbesondere im Osten Preußens, eine zweckentsprechende Betriebsgrößenverteilung herbeizuführen. Unterstützt wurde die Siedlungstätigkeit durch die Bereitstellung von staatlichen Mitteln für die Zwischenfinanzierung (10 Millionen RM 1900; 5 Millionen RM 1910 und 100 Millionen RM 1916). Auf Grund der Gesetze von 1890 und 1891 sind in Preußen bis zum Inkrafttreten des Reichssiedlungsgesetzes 23 781 Rentengüter mit einer Gesamtfläche von 258 928 ha und bis zur Einstellung der Tätigkeit der Rentenbanken im Jahre 1924 29 368 Rentengüter mit 290 699 ha begründet und mit Rentenbankkredit versehen worden. Die Rentenbanken haben für Siedlungszwecke insgesamt 1120,7 Mill. RM Rentenbriefe in Umlauf gesetzt.

War die Beschaffung des für die Besiedlung notwendigen Grund und Bodens vorerst auf eine freie Betätigung der Siedlungsunternehmen am Gütermarkt angewiesen, so schaffte das Reichssiedlungsgesetz vom 11. 8. 1919 einen Zwang zur Bereitstellung von Siedlungsland. Es verpflichtet die aus den Besitzern größerer Güter (über 100 ha) zu bildenden Landlieferungsverbände, den gemeinnützigen Siedlungsunternehmen, zu denen auch die Kulturämter in Preußen rechnen, geeignetes Siedlungsland zur Verfügung zu stellen. In Preußen beträgt das auf Grund des Reichssiedlungsgesetzes bereitzustellende Land (Landlieferungssoll) rund 1 414 000 ha. In dem Reichssiedlungsgesetz ist auch der Gedanke der Anliegersiedlung verankert. Mit dieser Siedlungsform wird die Vergrößerung von landwirtschaftlichen Zwergbetrieben durch Landzulagen bis zur Größe einer selbständigen Ackernahrung erstrebt. Unter der Herrschaft des Reichssiedlungsgesetzes sind in Preußen bis Ende 1930 33 887 neue Siedlungen mit 364 377 ha begründet und 137 587 Kleinbetriebe durch Landzulagen von insgesamt 150 301 ha vergrößert worden.

War durch das Reichssiedlungsgesetz ein Zwang zu planmäßiger Siedlung geschaffen, so mangelte es doch an den notwendigen Mitteln zur Durchführung einer so großen Aufgabe. Durch die Inflation wurde der Kredit der Rentenbanken verwässert, die Stabilisierung der Mark legte ihre Tätigkeit ab 1924 völlig lahm. Die Siedlung ist bis zur Errichtung der Preußischen Landesrentenbank nur durch Zwischenkredite und in geringem Umfange durch Heranziehung privater Kapitalquellen (Roggenrentenbank) aufrecht erhalten worden. Preußen hat aus Haushaltsmitteln und auf Grund von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0055

Anleihegesetzen bis jetzt 70 Mill. RM für Zwischenkredite bereitgestellt, für 1931—1933 sollen weitere je 100 Mill. RM hergegeben werden. Es hat die Siedlung durch Beteiligung am Stammkapital der provinziellen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften mit Ankaufs- und Betriebsmitteln unterstützt und seit 1924 dafür 15,5 Mill. Reichsmark aufgewendet. Der Beschluß des Reichstags vom 1. 7. 1926 schaltete auch das Reich durch Hergabe von Zwischenkrediten in die praktische Siedlungstätigkeit ein. Es sollten ab 1926 für 5 Jahre je 50 Mill. RM, insgesamt also 250 Mill. RM, zur Verfügung gestellt werden. Diese Reichsmittel dienen nur der Besiedlung der Grenzlandgebiete. Von den bis jetzt durch das Reich bereitgestellten rund 210 Mill. RM sind etwa 85 Prozent für Siedlungen auf preußischem Gebiet verwendet worden.

Daß es nicht möglich sein würde, die durch das Reichssiedlungsgesetz vorgezeichnete Besiedlung auf die Dauer durch Hergabe öffentlicher Mittel zu finanzieren, war allen beteiligten Stellen von vornherein klar. Der private Kapitalmarkt mußte, wie auch früher, mit herangezogen werden. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Rentenbanken war somit eine zwingende Notwendigkeit für die Fortführung der ländlichen Siedlung in Preußen. An Stelle der bisherigen Rentenbanken wurde auf Grund des Gesetzes vom 29. 12. 1927 ein Zentralinstitut in Berlin, die Preußische Landesrentenbank, als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet. Sie hat die Aufgabe, die Siedlungen mit Dauerkredit zu versehen und so die in der Siedlung investierten Zwischenkredite zu mobilisieren, um sie neuen Siedlungsaufgaben zuzuführen. Die Landesrentenbank beschafft sich das notwendige Kapital durch Ausgabe von Inhaberschuldverschreibungen (Landesrentenbriefen).

Machte es früher keine Schwierigkeiten, günstige Bedingungen für die Kapitalbeschaffung zu finden, weil die den Siedlern aufzuerlegenden Leistungen die Ausgabe eines in bezug auf Verzinsung und Tilgung marktgängigen Papieres gestatteten, so bereitet die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse jetzt bedeutende Hindernisse. Daß einerseits dem Siedler nur eine Leistung zugemutet werden kann, die er auf die Dauer zu tragen imstande ist, bedarf keiner besonderen Begründung. Die Höchstgrenze der Belastung des Siedlers ist daher auf 5 Prozent des Restkapitals, d. h. des nicht durch Anzahlung oder aus anderen Quellen gedeckten Kaufpreises des Siedlungsgrundstücks, begrenzt. Daß andererseits ein Papier mit einem der Leistung des Siedlers entsprechenden Zinsfuß zur Zeit keinen Absatz am Kapitalmarkt finden kann, braucht ebenfalls nicht erläutert zu werden. Die Landesrentenbriefe werden daher zu den jetzt am Kapitalmarkt üblichen Zinssätzen verzinst. Es befinden sich zur Zeit 8- und 7prozentige Goldlandesrentenbriefe in Umlauf. Da die Landesrentenbank als Realkreditinstitut aber nur soviel Landesrentenbriefe ausgeben darf, als durch die Leistung des Siedlers verzinst und getilgt werden können, so bleibt infolge der Abweichung zwischen Zins- und Tilgungssatz der Landesrentenbriefe und Leistung des Siedlers ein wesentlicher Teil des Restkapitals ungedeckt. Für diesen Teil (Barabfindung) tritt der Staat in Vorlage. Die Barabfindung wird aber nicht als verlorener Zuschuß des Staates dem Siedler geschenkt, sie stellt vielmehr ein Darlehen dar, das der Siedler abtragen muß, sobald seine Leistung nicht mehr zur Verzinsung und Tilgung der aufgegebenen Landesrentenbriefe gebraucht wird. Der Siedler hat daher einen die Tilgung der Landesrentenbriefe übersteigenden Zeitraum seine Rente zu zahlen. Für die 5prozentige Leistung ist eine Laufzeit von $69^1/_3$ Jahren festgesetzt. Es sind beachtliche Summen, die für

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0056

Barabfindungen aus Staatsmitteln oder auf Grund von Bürgschaften des Staates aufgebracht werden müssen. Von 1928 (dem Beginn der Tätigkeit der Landesrentenbank) bis Ende 1930 hat die Landesrentenbank zur Finanzierung von Siedlungen 69,5 Mill. Goldlandesrentenbriefe ausgefertigt und 47,5 Mill. an Barabfindungen gezahlt. Sie hat damit 7781 Rentengüter in einer Gesamtgröße von 106 840 ha mit Dauerkredit versehen.

Neben dem Kredit der Landesrentenbank erhält der Siedler regelmäßig noch eine Hauszinssteuerhypothek, die zur Zeit mit 1 Prozent zu verzinsen und vom 6. Jahre ab mit 1 Prozent zu tilgen ist. In den Jahren 1924—1930 sind von Preußen 117,5 Mill. RM an Hauszinssteuerhypotheken für die ländliche Siedlung bereitgestellt.

Wie sich sonach die Finanzierung eines Siedlungsgrundstücks gestaltet, sei durch das folgende Beispiel veranschaulicht:

Kaufpreis der Siedlerstelle	33 000 RM
und zwar:	
Inventar	5 000 „
Taxwert für Grund und Boden und Gebäude ..	28 000 „
Beleihungsgrenze $^9/_{10}$ von 28 000 RM = ...	25 200 „
Leistungsgrenze 5% von $^9/_{10}$ des Taxwertes $\frac{28\,000 \cdot 9.5}{10 \cdot 100} =$	1 260 „

Aufbringung des Kapitals für Grund und Boden und Gebäude:

a) Anzahlung	3 000,— RM
b) Hauszinssteuerhypothek	5 000,— „
Restkapital 20 000,— RM	
c) Abfindung in Landesrentenbriefen zu 8% Zinsen und ½% Tilgung $20\,000 \cdot \frac{5}{8{,}5}$	11 764,71 „
d) Barabfindung (20 000,— — 11 764,71)	8 235,29 „
	28 000,— RM

Jahresleistung des Siedlers:

a) 1% von 5000 RM Hauszinssteuerhypothek	50,— RM
b) Rentenbankrente 5% von 20 000,—	1 000,— „
	1 050,— RM

oder 3,75% des Taxwertes.

Der Förderung von landwirtschaftlichen Siedlungen dienen außerdem noch andere Gelder. Zu den bei der Begründung von Siedlungen entstehenden Kosten für die Regelung der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse werden Haushaltsmittel bereitgestellt. Ebenso werden kapitalschwachen Siedlern, insbesondere Landarbeitern, die eine Siedlerstelle erwerben wollen, Einrichtungskredite gegeben. Weitere Mittel stehen auch für aus dem Heeresdienst ausscheidende Militärpersonen und für Flüchtlingssiedler zur Verfügung. Zu erwähnen ist auch die Förderung der Errichtung von Landarbeitereigenheimen aus Mitteln der wertschaffenden Erwerbslosenfürsorge. Auf die näheren Einzelheiten dieser Sonderkredite einzugehen, ist mir im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich.

Die aus den verschiedensten Quellen fließenden Mittel haben es leider mit sich gebracht, daß auch die für ihre Verwendung erlassenen Richtlinien in wesentlichen Punkten voneinander abweichen. Es ist bedauerlich, daß dadurch in der Siedlungsarbeit ein Wirrwarr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0057

entstanden ist, der der Sache selbst nicht förderlich sein kann. Der Anfang zur Besserung ist gemacht. Im Jahre 1930 ist nach mühevoller Arbeit zwischen Reich und Preußen ein Abkommen geschlossen worden, das sich die Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung nach einheitlichen Grundsätzen bei gemeinsamer Tragung der Lasten zum Ziele setzt. Die Errichtung der Deutschen Siedlungsbank durch Verordnung vom 26. 9. 1930 ist das erste äußere Zeichen der gemeinsamen Bestrebungen. Die Deutsche Siedlungsbank kann die Keimzelle für eine groß angelegte, die Interessen des ganzen deutschen Vaterlandes fördernde deutsche Siedlung bilden. Die Siedlung muß gefördert werden, auch in Zeiten äußerster wirtschaftlicher Notlage der Landwirtschaft, sie kann die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen, wenn alle berufenen Kräfte uneigennützig zusammenwirken.

Staat, Volk, Soziale Fürsorge

Von Christian J. Klumker.

Die Tätigkeit des Staates auf allen Gebieten der Fürsorge wuchs bereits in dem Menschenalter vorm Kriege beträchtlich; in der Nachkriegszeit ist diese Zunahme sehr rasch, viel schneller als vorher, vor sich gegangen. Dennoch zeigt sich überall eine starke Unzufriedenheit mit dieser gewaltigen staatlichen, behördlichen Fürsorge. Gewiß sind daran eine Reihe äußerer Umstände mit schuldig; die schwierige Zeitlage tut viel dazu. Dennoch liegen hier offenbar tiefere Zusammenhänge vor, die man bei allen Aenderungsversuchen — obwohl sie heute nur Behelfsmittel sein können — im Auge behalten sollte.

Wir sind allgemein der Meinung erlegen, daß Verstaatlichung und Vergesellschaftung dasselbe sei;

so glaubten wir, daß jede Uebernahme fürsorglicher Leistungen in behördlichem Betrieb schon ein Fortschritt sei. Erst langsam merken wir, daß dieser Uebergang Folgen hat, die die Fürsorge keineswegs fördern.

Am meisten fällt uns auf, daß die Selbsttätigkeit der Gesellschaft und gesellschaftlicher Gruppen gegenüber der staatlichen, behördlichen Wirksamkeit mehr und mehr zurücktritt. Die eigene Leistung des Volkes wird geringer, damit verschwindet aus der Fürsorge viel persönliches Leben. Verwaltung und Beamte treten an die Stelle. Gewiß war vieles bei dieser Umgestaltung unvermeidlich; manche Mängel auch würden sich leidlich ausgeglichen haben, wäre dieser Uebergang nicht so plötzlich und gewaltsam vor sich gegangen. Aber diese großen Beamtenkörper mit ihren unentbehrlichen bürokratischen Aufbau haben sich natürlich von den Volksgruppen, aus denen und für die sie entstanden sind, mehr oder weniger losgelöst. Wenn z. B. die alten räumlich gegliederten Selbstverwaltungskörper der Gemeinden mit den ganz anders umgrenzten Selbstverwaltungskörpern der Versicherungsanstalten über die Vorhand etwa auf Gebieten der Gesundheitspflege oder Kinderfürsorge oder Erholungsfürsorge streiten, so sind daran die Volksgruppen selbst, die hinter ihnen stehen, kaum merkbar beteiligt; es ist lediglich ein Streit großer Bürokraten untereinander.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0058

Diese Verwaltungen mit ihrem eigenen Getriebe werden von dem wirklichen Leben jener Gruppen oft kaum berührt. Alle Erörterungen solcher Dinge werden heute nicht von Kennern des Lebens geführt, sondern von Fachleuten, die sich beruflich damit befassen. Das ist erklärlich: es ist aber in solchem Maße wie jetzt nicht unbedenklich, denn alle Schichten, die unsere Fürsorge erreicht, sind innerlich wie äußerlich in solcher Wandlung begriffen, die weit über die gemeinsame wirtschaftliche Lage hinausgeht. Soweit jene fachmännische Leitung, jener Beamtenkörper auf diese Wandlungen einzugehen sucht, darf man nie vergessen, daß er außerhalb des wirklichen Lebens dieser Volksgruppen, denen seine Fürsorge gilt, steht, aber falls er einmal darin stand, ihm jedenfalls schon lange entrückt ist und seine Wandlungen nicht am eigenen Leibe erfährt.

Die Schilderung eines sozialen Amtes, wie sie z. B. Haken in seinem „Fall Bundhund" entwirft, hat gewiß manche Schwächen; eins, das Entscheidende, ist gut aufgefaßt und wiedergegeben:

solche Aemter sind — mitten im Strome der Zeit — der Wirklichkeit des Lebens ferngerückt.

Wenn sie ihre Fälle ordnungsmäßig erledigen — man unterschätze solche Leistung nicht —, so liegt darin keinerlei Gewähr dafür, daß diese Fürsorge ihr Ziel erreicht; bei allem guten Willen werden oft genug lebendige Menschenschicksale von diesem großen Räderwerk vorschriftsmäßig und — rücksichtslos zermahlen. Wenn es in jenem Buche manchmal scheint, als seien diese Mißstände durch Fehler einzelner Personen hervorgerufen und deshalb vermeidbar, so ist das eine Unklarheit, denn sie sind in den Mängeln der ganzen riesigen Apparatur begründet und heute schwerlich zu vermeiden.

Hierin liegt der letzte Grund, daß weite Schichten des Volkes all diese staatliche Fürsorge als fremd und kalt empfinden. Sie brauchte das persönliche Verantwortlichkeitsgefühl nicht so sehr zu zersetzen, wie es oft beklagt wird, aber sie tut das doch, weil alle tätige Mitwirkung gesellschaftlicher Gebilde ausgeschaltet wird; nur ein letzter Rest davon ist in der unpersönlichen politischen Form der Wahl erhalten. Und diese Wahl, bei der bis in die kleinen Gruppen hinein die Parteien ihre Rolle spielen, hat gar oft eigentümliche Folgen, die sich an der Fürsorge der Wohlfahrtsämter z. B. verheerend auswirken.

Weil dem Volke jene Beamtengebilde innerlich fremd gegenüberstehen, weil so stets ein gewisses Mißtrauen wach bleibt, so wird das freie Ermessen des Beamten, seine Entscheidung, die erst dem Bedürfnis jedes Falles wirklich gerecht werden könnte, mehr und mehr eingeschränkt. So sucht man schon im Gesetz alles genau und mehr eingeschränkt. So sucht man schon im Gesetz alles genau zu regeln, damit jedes lebendige Eingehen auf die Wirklichkeit verhindert werde — jede Willkür soll ausgeschlossen werden. Und an das Gesetz schließen sich mehr und mehr einzelne genaue Vorschriften an, die die Gruppen der Bedürftigen abgrenzen, Art und Höhe der Unterstützungen bestimmen, ihre Voraussetzungen genau festlegen — oft bis in kleinste Kleinigkeiten hinein, damit ja jedem Versorgten die vorgeschriebenen Rechtsansprüche erfüllt werden. So soll jener Beamtenapparat, der an sich schon zu formeller Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0059

handlung des Lebens neigt, gezwungen werden, alle diese Anweisungen zu befolgen.

Damit wird seiner Arbeit fast ausschließlich das Ziel gesteckt, jene Vorschriften einzuhalten; er wird zu einem hoffnungslosen Schematismus gezwungen; eben darum kann er oft gar nicht anders, als das Lebendige, mit dem er zu tun hat, zu schädigen oder zu zerbrechen.

Wo man einmal unmittelbar in den Betrieb einer Fürsorgestelle, eines Wohlfahrtsamtes, in die Arbeit einer Fürsorgerin hineinsieht, erblickt man die bösen Folgen dieser Entwicklung. Vor allem gilt es festzustellen, in welche Gruppe der Schutzbedürftigen ein Hilfesuchender hineingehört, ob die Voraussetzungen für diese oder jene Art der Behandlung vorliegen, ob die Hilfe nach diesen oder jenen Maßstäben bemessen werden, welche Sondervorschriften dazu erlassen sind oder ob sie etwa außer Kraft gesetzt oder geändert wurden. Deshalb müssen umständliche Fragebogen ausgefüllt werden, sorgsame Erhebungen gepflogen werden — so bleibt für wahre Fürsorge, für eine Prüfung, die tiefer in die Person und die Verhältnisse eindringt, für das Aufsuchen von Wegen zu gründlicher dauernder Hilfe gar keine Zeit. — Das ist übrigens scheinbar auch Nebensache! Denn wenn Beschwerden kommen — und sie müssen ja diesen Zuständen gegenüber von einzelnen wie von Gruppen kommen —, dann gilt's vor allem nachzuweisen, daß dem Betroffenen sein Recht geworden ist, daß er nach den Gesetzen und Vorschriften gerade richtig behandelt wurde: — fürsorgliche Betreuung dagegen läßt sich kaum so nachprüfen.

Gewiß, an all dem ist die Not unserer Tage mit schuldig. Bei der Menge von Bedürftigen aller Art bleibt eben keine Zeit zu wahrer Fürsorge; man muß froh sein, wenn man nur jenen äußeren Betrieb leidlich aufrecht erhält. Das ist gewiß richtig, und vor jedem Tadel einzelner sollte man sich diese Lage stets vergegenwärtigen. Diese Notlage von heute läßt doch eben die Mißstände mit besonderer Schärfe hervortreten. Aber auch in ruhigeren Zeiten Zeiten bleibt genug davon übrig;

unsere Fürsorge ist auf dem geraden Wege, zu einer neuen Art öffentlicher Almosenverteilung zu werden.

Wie oft begegnen uns Beschlüsse, daß so und so Mittel an bestimmte Gruppen verteilt werden sollen, oder daß jede Familie 20 oder 50 RM oder so zu einem bestimmten Zeitpunkt erhalten solle, wo jedes Eingehen auf das wirkliche Bedürfnis ausgeschlossen oder doch äußerst erschwert wird. Man wird geradezu an die Brotverteilungen des antiken Rom erinnert.

Die Verbindung von Volk und Staat hat sich arg gelockert. Die Fürsorge hat durch das Ueberwiegen behördlicher Fürsorge unter diesen Umständen gelitten. Vielleicht hat der Staat hier sich bereits Aufgaben aufgeladen, die über die Leistungsfähigkeit von Behörden und Beamten teilweise hinausgehen. Jene Lockerung hat dann auch dazu geführt, daß vielfach die Fürsorge von krankhaften Zeitströmungen in einem Maße abhängig geworden ist, wie es wohl nicht möglich wäre, wenn ihr stets die traurige Wirklichkeit, das tägliche Leben jener Volksgruppen aus eigenster Fühlung bewußt gewesen wäre.

Auch hierfür nur ein Hinweis. Ueberall begegnen wir in den letzten Jahren einer übertriebenen Wertschätzung des äußerlichen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0060

Auftretens, der Repräsentation: niemals hat die Industrie so prunkhafte Geschäftshäuser gebaut wie in diesen Notjahren. Man weiß nicht, ob die gewaltige Baulust der Städte davon angeregt worden ist oder ihr Vorbild war. Jedenfalls sind die großen Verbände sozialer Fürsorge, so die Krankenkassen, nicht hinter ihnen zurückgeblieben.

Hier tritt schon ein innerer Widerspruch zutage, wenn die Leistungen der Versicherung scharf gedrosselt werden müssen, während die Kassen Verwaltungspaläste feierlich eröffnen.

Geradezu böse und erschreckend aber ist es, wenn diese selbe Sucht großartiger Aeußerlichkeit sich bei der Fürsorge im engeren Sinne breit machte. Die Stadt Wien baute ein teures, künstlerisch ausgeschmücktes Aufnahmeheim für arme Kinder, während für dieselbe Stadt in der ganzen Welt gebettelt wurde und die Zahl der öffentlichen Bettel so groß wie kaum anderswo wurde. Während schon die Millionen Arbeitsloser unsere Straßen und Aemter bevölkerten, baut man — freilich aus einer Stiftung — ein hochmodernes Altersheim, in dem die Verpflegung des Insassen täglich 6,50 RM kostet. Mag man solche Pläne eines Stifters seiner Unkenntnis des Lebens und mangelnder Beratung zuschreiben, so versteht man doch nicht, daß die Stadtverwaltung aus öffentlichen Mitteln beträchtliche Zuschüsse zum Bau leistete, und noch unverständlicher ist das folgende: Natürlich finden sich nicht genug Leute — es handelte sich um mehr als hundert Plätze —, die 6,50 RM täglich für sich verzehren können und doch in ein solches Heim gehen. Also muß die öffentliche Fürsorge bei sehr vielen Inwohnern noch beträchtliche Zuschüsse geben, damit sie in dies herrliche Haus einziehen können. Zur selben Zeit aber wurden die Unterstützungssätze der Bedürftigen aufs äußerste zurückgeschraubt, und die Wohnungsnot der Unbemittelten in elenden Räumen ist vor wie nach sehr groß.

Wer aufmerksam diese Dinge in der Nachkriegszeit verfolgt hat, kann überall ähnliche Beispiele — mehr oder weniger krasse — aufzählen. Dennoch muß man öffentlich den Finger auf diese Wunde legen.

Wie solche Fehlgriffe auf die Volksteile wirken, die unmittelbar oder mittelbar unter der Not der Zeit hart leiden — braucht es dazu irgendeiner Erläuterung? Wie sehr widerstreitet all dies dem Geist wahrer Fürsorge!

Sollte man nicht heute mehr denn je bei solchen Ausgaben überlegen, wie man dabei möglichst vielen Schutzbedürftigen ausreichend, aber so einfach und billig wie möglich, helfen könne, ohne auch nur einen Pfennig unnötig auszugeben?

Es ist gewiß eine heikle Frage, wie man die Fühlung von Volk und Staat in der Fürsorge wieder herstellen, die Teilnahme des Volkes für diese Arbeit neu beleben könne; gerade die Not von heute, der unsere Kräfte bei sparsamster Wirtschaft nicht gewachsen wären, erschwert eben jede Besserung. Deshalb ist es falsch, Einzelnen und einzelnen Einrichtungen sonderliche Vorwürfe zu machen; gewiß ist vieles bei der allgemeinen Gesinnung auf anderen Gebieten wohl verständlich. Dennoch bleiben alle Versuche der Besserung heute wie später aussichtslos, wenn wir uns nicht zu einer neuen ernsten Gesinnung durchringen. Das wird unser aller erste Pflicht sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0061

Politischer Glauben

Von Luise Scheffen-Döring.

Gertrud Bäumer schrieb kürzlich von der politischen Bewegung als Seelenzustand, daß dem Verantwortlichen heute nur die Möglichkeit gegeben ist, über die Lage selbst die Wahrheit zu sagen, in ehrlicher Arbeit Wege zu suchen, um sie zu bessern und zugleich die seelischen Kräfte aufzurufen, die den Menschen helfen können, nicht nur die Lage zu ertragen, sondern sie zu überwinden. Wir alle, die wir diesen dreifachen Weg mit ihr zu gehen bereit sind, wissen auch mit ihr davon zu sagen, daß in unserer Lage diese seelischen Kräfte schwer zu beschwören sind, und doch scheint mir dieser Punkt unseres besonderen Nachdenkens wert. Denn wir alle, die wir über ein Jahrzehnt in aktiver Parteiarbeit gestanden haben, mußten immer wieder die Beobachtung machen, daß wir nicht nur selten Fernerstehende zum inneren oder äußeren Mitgehen bringen konnten, sondern daß auch das Wort „Demokratische Partei" meist eine kühle Reserviertheit auslöste. Es gab keinen leidenschaftlichen Widerstand, aber es fehlte jedes seelische Mitschwingen. Wie anders aber, wenn wir die Sache von einer anderen Seite aus anpackten, und uns zum Führertum und Gedankengut von Friedrich Naumann bekannten! Dann sprang der Funke seelischer Verständigung auch beim politisch Andersdenkenden auf. Nicht von ihm als dem aktiven Politiker, sondern von ihm als dem großen Menschen mit der glühenden Seele geht noch heute diese bezwingende Kraft aus. Er lebt unter uns als der Träger seiner Lebensmission, der schon als 34jähriger hinausrief: „Wir fühlen, daß nicht wir das Christlich-Soziale besitzen, sondern das Christlich-Soziale hat uns." Auch wir werden heute nur dann als Partei, als Gesinnungsgemeinschaft, eine innere Wirkung ausüben, wenn man uns anspürt, daß nicht wir eine politische Weltanschauung haben, sondern daß unser politischer Glaube uns hat.

Liegt nun nicht ein Moment schwerer innerer Tragik in der Tatsache, daß das Banner national-sozial, das Naumann uns aufgepflanzt, heute verzerrt an anderer Stelle weht und auch dort trotz vieler Fehler und Mängel fraglos von starken seelischen Kräften getragen wird? Demgegenüber stellt sicherlich die praktische politische Arbeit des Tages, die niemand so wie Naumann gewürdigt hat, unseren wichtigsten Aktivposten in der politischen Auseinandersetzung dar. Aber wer von uns Etappenarbeiter ist, der weiß, daß es zur Gewinnung der Mitstreiter, insbesondere der Frauen und der jungen Menschen, ebenso sehr darauf ankommt, daß der politische Funke zündet. Und haben wir es hier nicht oft fehlen lassen? Ich möchte nur einen Punkt heute herausgreifen.

Wie viele sind uns auch in engeren Parteikreisen begegnet, für die das Wort national immer einen kleinen Stich bedeutete. Sicherlich hatte das teilweise seinen Grund im Mißbrauch auf der rechten Seite, gewiß sind wir Menschen von heute überängstlich vor der leicht dahinfließenden Phrase. Aber wie Paul Tillich, selbst dem Sozialismus zugehörig, mit Recht immer wieder hervorgehoben hat, daß uns auf allen Lebensgebieten nur ein „gläubiger Realismus" helfen kann, so sollten wir andrerseits auch nie das Bewußtsein verlieren, daß unser Verwurzeltsein im Volkstum unbedingt ist und allem anderen im politischen Leben übergeordnet. Uns getragen zu

fühlen von den Wurzeln unseres Seins, unserer Eigenart, sollte uns immer ein besonderes Vorrecht und zugleich eine selbstverständliche Freude sein, keine ausgeklügelte politische Aktion. Warum hatten wir keine Volksfeier der Reichsgründung mit einem schwarz-rot-goldenen Fahnenwald. Bedeutet uns die Geburtsstunde der Reichseinheit nicht über alle Staatsform hinaus ein unvergleichliches Gut? Warum verliefen unsere Rheinlandbefreiungsfeiern vielfach so ohne inneren Schwung, statt uns als echte Feierstunden der Volksverbundenheit innerlich aufzuwühlen?

Warum — und hier komme ich zu dem viel Schwerwiegenderen — sind es nicht die Träger des heutigen Staates, die alle volksdeutsche Arbeit und allen Kampf um Minderheitenrechte als ihre ureigenste Arbeit, die sie belebt und für die sie Opfer bringen, erfaßt haben?

Sicherlich ist von einzelnen aus unseren Reihen hier vorbildlich gearbeitet worden (ich darf nur Namen wie Junghann, Koch-Weser und Külz nennen), aber wie selten spürte man im weiteren Parteikreis den fortreißenden Strom, der über alle Staats-, Konfessions- und Parteigrenzen hinüber die Volkheit als nationales Glück empfand. Es fehlte uns so leicht an einer vom Problematischen einmal absehenden, inneren Ungezwungenheit und Aufnahmebereitschaft, für die das Nationale nicht nur eine Selbstverständlichkeit ist (das wird in jeder Parteirede gesagt!), sondern auch kraftspendendes, beglückendes Leben bedeutet. Und steht nicht auch hier Naumanns Erbe vor uns: „Wir grüßen die österreichischen Brüder. Kommt, wir warten!" Sollten nicht gerade wir, als politisch vorwärts gerichtete Partei, es als unsere besondere Aufgabe empfinden, leidenschaftlich mitzuarbeiten an dem neuen politischen Ziel, durch Recht für alle Minderheiten ein befriedetes Europa zu schaffen?

Hier ist einer der Punkte, wo wir seelische Kräfte einsetzen müssen. Kurt Goepel schreibt in diesen Blättern (Heft 23, 1930): Die Idee der deutschen Jugend ist einfach Deutschland, Vaterland, Heimat — nicht im Sinne des lauten Patriotismus der Vorkriegszeit, sondern geboren aus Sehnsucht nach der Scholle, und zweifellos ist die Hingabe an alles organisch Gewachsene, Echte und Blutsgegebene heute weithin ein charakteristisches Kennzeichen der jungen Menschen. Darum ist in einem großen Teil dieser Jugend auch ein neues starkes Volksbewußtsein vorhanden, von dem aus wir ein neues Staatsbewußtsein aufbauen müssen unter Einbeziehung anderer lebendiger Jugendkräfte: des Willens zur bewußten Einordnung und zur Opferbereitschaft. Wir alle wissen, daß nationales Gefühl, auch wenn es echt ist, immer eine schmale Gratwanderung zwischen Romantik und Sentimentalität gehen muß. Aber nichts wäre falscher, als es darum möglichst zurückzudrängen. Je mehr wir es mit den Aufgaben des Tages in Verbindung bringen, desto stärker muß es sich handelnd und schweigend, mit zusammengebissenen Zähnen, als lebendige Kraft erweisen. Aber

vergessen wir darüber nicht, daß auch das Nationalbewußtsein seinen Sonntag, seine Feierstunde, seine Symbolsprache nötig hat.

Alle Symbole sind Zeichen eines gläubigen Realismus, die in der sichtbaren Welt von der Idee Zeugnis ablegen und darum viel mehr noch als unser Auge, unsere Seele erfassen. Unvergeßlich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0063

wertvolle Lösungen, durch solche symbolhafte Handlung in festlicher Stunde zu weitesten Kreisen zu sprechen, sind in den letzten Jahren vom Reichskunstwart Redslob am Verfassungstag in der Gestaltung der großen Stadionfeste gefunden worden. Aber auch unsere Kleinarbeit muß wissen, daß zur seelischen Werbung für unseren Volksstaat dies Mittel nicht entbehrt werden kann. Eine Berliner Schuldirektorin hat uns neulich einmal sehr eindrucksvoll geschildert, wie sie die Ueberreichung der Reichsverfassung an die abgehenden Schülerinnen zu einer solchen Feierstunde auszugestalten sucht. Dabei wird es allerdings immer von großer Wichtigkeit sein, solche Feierstunde nicht als eine republikanische Demonstration aufzuziehen, sondern durch Anknüpfung an das allen gemeinsame Volksbewußtsein von innen heraus werbend zu wirken, — der manchmal nur feine Unterschied ist jedem verständlich, der die Anschauung weiter Parteikreise aller Richtungen kennt. Solange wir nur darstellen, daß wir die rechte Vaterlandsliebe, die beste Staatsform besitzen, bleiben wir immer irgendwie im Vernunftmäßigen und Kämpferischen hängen. Nur der von innen her Ergriffene, der bezeugt: „Das Nationale hat uns", kann im Sinne von Friedrich Naumanns Erbe noch heute eine vollumspannende, ja überhaupt erst volkbildende Kraft entfalten.

Arbeitsnot und Arbeitsbeschaffung

Von Walter Schreiber.

Aus der Haushaltsrede des Handelsministers im Preußischen Landtag am 3. Februar 1931.

Die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise sind ganz besonders schmerzlich. Es ist bekannt, daß wir am 15. Januar d. J. in Deutschland insgesamt etwa 4 750 000 Arbeitslose hatten. Neben dieser ohnehin sehr betrüblichen Zahl muß man noch den großen Umfang der Kurzarbeit berücksichtigen, den wir in der deutschen Wirtschaft haben. Wir hatten bereits im Dezember etwa doppelt so viel Kurzarbeiter wie in derselben Zeit des Vorjahres. Diese Kurzarbeit lastet dort, wo sie im großen Umfange durchgeführt wird, auf der Arbeitnehmerschaft unter Umständen sozial genau so schwer wie die Arbeitslosigkeit selbst, und es gibt nicht wenige Betriebe, die, um Entlassungen zu vermeiden, Kurzarbeit in so großem Umfange haben einrichten müssen, daß ihre Arbeitnehmer sich sicherlich in keiner erheblich günstigeren sozialen Lage befinden als diejenigen, die arbeitslos sind.

Gegenüber diesen betrüblichen Verhältnissen der Arbeitnehmerschaft sieht man auf der anderen Seite als Parallelerscheinung unserer Wirtschaftskrise ganz ähnlich betrübliche Entwicklungen bei der Unternehmerschaft. Wir haben im Jahre 1930 etwa doppelt so viel geschäftliche Zusammenbrüche gehabt wie in der normalen Zeit vor dem Kriege. Diese Tatsache lehrt, wie unbefriedigend die wirtschaftlichen Verhältnisse sehr weiter Unternehmerschichten in allen Zweigen der Wirtschaft im Jahre 1930 gewesen sein müssen. Denn die Tatsache der Zusammenbrüche so zahlreicher Unternehmen führt doch deutlich vor Augen, wie groß die Verluste der übrigen Unternehmerschaft bei diesen Zusammenbrüchen gewesen sein müssen, und man muß leider damit rechnen, daß nicht wenige Unternehmungen sich nur eben noch über Wasser halten und ebenfalls sehr schwer zu kämpfen haben, so daß diese Verhältnisse eine nicht weniger ernste

Erscheinung sind wie die Entwicklung auf der Arbeitnehmerseite sie darstellt.

Viel wichtiger als die Feststellung der Ursachen unserer Wirtschaftsschwierigkeiten und dieser Schwierigkeiten selbst ist selbstverständlich die Frage, was man zur Bekämpfung unserer Wirtschaftsnot und zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit unternehmen kann. Nun liegt es ja nahe, zunächst immer an die Möglichkeit einer Arbeitsbeschaffung großen Stils zu denken, d. h. öffentliche Arbeiten in großem Umfange zusätzlich zu dem normalen Betrieb der Wirtschaft vornehmen zu lassen. Wenn solche Arbeiten in genügend großem Umfange zu finden wären, und wenn, was das Entscheidende ist, das Kapital aufgebracht werden könnte, um diese öffentlichen Arbeiten zu finanzieren, so wäre dieser Weg zur Verminderung der Arbeitslosigkeit gewiß von Bedeutung. Wenn aber das Kapital nicht beschafft werden kann, dann haben all die schönen Pläne nur sehr geringe Bedeutung. Auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung liegen die Dinge nach meiner Auffassung so, daß die Möglichkeit, Arbeiten gemeinnütziger Art vorzunehmen, die von der Privatwirtschaft nicht geleistet würden, auch wenn sie Kapital dazu hätte, nicht in einem erheblichen Ausmaße vorhanden ist.

Nun gehen ja bei uns in Deutschland heute vielfach die Meinungen dahin, daß man der Kapitalnot gegenüber, die uns hindert, Arbeitsgelegenheit in dem wünschenswerten Umfange neu zu schaffen, eine Hilfe darin erblicken könnte, daß man unter Abgehen von der Goldwährung neues Geld druckt. Sie wissen, daß in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei die Auffassung vertreten wird, es sei eigentlich eine Leichtigkeit, Möglichkeiten zur Arbeitsbeschaffung herbeizuführen, indem man Geld — Staats- oder Reichskassenscheine — ausgibt, das durch die Werte gedeckt ist, die man mit diesem Gelde schafft. Dieser Vorschlag mag auf jemand, der die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nicht kennt, sehr bestechend wirken. Er ist aber selbstverständlich vollkommen undurchführbar. Daß eine Inflation übelster Art dann eintreten müßte, ist unzweifelhaft.

Dieser Vorschlag beruht offenbar auf einer völligen Verkennung des Unterschiedes zwischen Geld und Kapital. Wenn jemand 5000 RM Jahreseinkommen hat, wird er der Regel nach nicht so dumm sein, zu glauben, daß er dann 5000 RM Kapital besitze. Kapital wird aus diesem Gelde erst, wenn es erspart wird, wenn es zur langfristigen Anlage wird.

Nun möchte ich einmal an ein paar Zahlen darlegen, daß es völlig unmöglich ist, mit dem von den Nationalsozialisten vorgeschlagenen Wege irgendwie eine Hilfe zu bringen. Wir haben in Deutschland in den letzten Jahren eine Gesamtgüterproduktion im Werte von etwa jährlich etwa 70 Milliarden Reichsmark — ich spreche in runden Zahlen — und einen Gesamtgüterumsatz im Betrage von etwa 215 Milliarden RM gehabt. Wir haben umlaufendes Geld aber durchschnittlich nur in Höhe von etwa 6 Milliarden RM. Das heißt, man kann eine Güterproduktion von 70 Milliarden RM und einen Güterumschlag von 215 Milliarden RM mit einer Geldmenge von 6 Milliarden bewegen. Das erklärt sich ganz einfach daraus, daß das Geld sehr viel schneller rollt als die Ware, daß es sich also häufiger umsetzt. Wenn wir daher z. B. 3 Milliarden RM neues Geld schöpfen wollten, so könnten wir dafür gewiß Häuser im Werte von 3 Milliarden RM herstellen und mit dem Wert dieser Häuser das ausgegebene Geld „decken", um keine Inflation zu bekommen, müßten wir aber unsere Produktion nicht nur um jene 3 Milliarden erhöhen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0065

sondern um etwa 35 Milliarden und den Güterumschlag um ungefähr 100 Milliarden. Denn wir würden ja doch die Menge des umlaufenden Geldes um 50 Prozent erhöht haben. Das natürliche und notwendige Verhältnis zwischen umlaufendem Geld und Produktion wäre gestört. Wenn aber im Verhältnis zu unserer Produktion 50 Prozent zu viel Geld umläuft, so ist es selbstverständlich, daß die Preise sofort steigen müssen und daß sich infolgedessen alsbald inflationistische Erscheinungen zeigen werden, und dann wird man weiter Geld drucken, und die Inflation wird weiter steigen und wir werden in Verhältnisse hineinkommen, wie wir sie nach dem Kriege schaudernd erlebt haben.

Das auszusprechen, erschien mir notwendig, damit in der Oeffentlichkeit einmal gezeigt wird, wie unser deutsches Volk in die Irre geführt wird.

Nun könnte man vielleicht sagen, unser preußisches Arbeitsbeschaffungsprogramm sei ein gewisser Widerspruch dazu, daß ich sagte, man könne in wirklich großem Umfange zusätzliche Arbeitsgelegenheit künstlich nicht schaffen. Ich glaube, dieser Widerspruch besteht nur scheinbar. Als wir in Preußen unsere Vorschläge an das Reich geleitet haben, haben wir uns nicht auf den Standpunkt gestellt, daß man mit diesen Vorschlägen nun die Arbeitslosigkeit in Deutschland beseitigt, sondern wir sind davon ausgegangen, daß man in einer solchen Notzeit alle Mittel, aber auch alle, ergreifen muß, die geeignet sind, praktisch eine Erleichterung der Arbeitslosennot zu bringen.

Wenn unsere Vorschläge dahin geführt haben würden und weiter dahin führen, daß ungefähr 300 000 bis 400 000 Arbeitslose zusätzlich mit Arbeit versorgt werden, so ist das ein Fortschritt, den wir begrüßen würden, obgleich wir es selbstverständlich noch weiter lieber sehen würden, wenn mit derartigen Methoden 1 bis 1½ Millionen Erwerbsloser an die Arbeit gebracht werden könnten. Die Vorschläge, die wir gemacht haben, gingen kurz dahin, daß wir die Reichsregierung ersucht haben, Mittel und Wege zu finden, daß diejenigen Betriebe, die durch die Verknappung ihrer Aufträge dazu gezwungen sind, ihre Arbeit einzuschränken, statt Entlassungen Kurzarbeit einführen möchten, weil wir das Gefühl hatten, daß das im ganzen gesehen in einer solchen Notzeit richtiger ist. Daß der Vorschlag praktisch durchführbar ist, ergibt sich daraus, daß tatsächlich eine große Reihe von gewerblichen Betrieben von sich aus Kurzarbeit eingeführt hat. Uns lag nur daran, daß wir die Bedeutung dieser Frage unterstrichen und diejenigen Betriebe, die nicht von sich aus diesen Weg beschreiten würden, dazu anregen wollten.

Ein anderer Vorschlag, der nicht von der Preußischen Regierung gemacht worden ist, der aber in der Oeffentlichkeit viel diskutiert wird, steht in einem gewissen Zusammenhange mit dem Vorschlag, statt Entlassungen Kurzarbeit einzuführen. Sie wissen, daß namentlich in Arbeitnehmerkreisen in zunehmendem Maße gefordert wird, daß man ganz allgemein nach Möglichkeit zu Kurzarbeit übergehen möchte, auch in denjenigen Betrieben, die noch, also 48 Stunden, voll in der Woche beschäftigt sind, um dadurch neue Arbeitskräfte einstellen zu können. Dieser Vorschlag ist außerordentlich ernst zu nehmen. Ich halte es für dringend notwendig, daß dieser Vorschlag überall dort, wo er durchgeführt werden kann, ohne daß man irgendwelche Wirtschaftsinteressen verletzt, durchgeführt werden sollte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0066

Ich weiß, daß einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit gewichtige Bedenken gegenüberstehen, insbesondere in der Richtung, daß die Konkurrenzverhältnisse der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt gegenüber den Ländern beeinträchtigt werden könnten, die diese Methode nicht einführen. Ich glaube aber kaum, daß ernste Bedenken dagegen bestehen, in den Wirtschaftszweigen, bei denen eine ausländische Konkurrenz nicht unmittelbar wirksam wird, dieses Problem ernsthaft anzufassen. Ich könnte mir z. B. denken, daß bei öffentlichen Betrieben, namentlich solchen mit Monopolcharakter, bei denen von einer ausländischen oder inländischen Konkurrenz nicht die Rede ist, und die Konkurrenzverhältnisse der einzelnen Wirtschaftsbetriebe innerhalb Deutschlands also auch nicht verschoben werden können, der Versuch gemacht wird, die Arbeitszeit zu kürzen, um dadurch Arbeitslose einzuordnen. Allerdings darf man die Wirkungen einer solchen Maßnahme nicht überschätzen, denn es wird sich nicht um Riesenzahlen handeln. Aber auch hier gilt dasselbe, was ich vorhin bereits gesagt habe: wenn es nur möglich wäre, auf diese Weise hunderttausend Menschen zusätzlich in die Wirtschaft zu bringen, dann hätten wir damit einen weiteren Fortschritt in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erzielt. Diese Fragen sind aber noch nicht endgültig entschieden. Ich glaube jedoch, daß sie in kurzer Frist zu einer Klärung geführt werden müssen.

Ein weiterer Vorschlag, den wir gemacht hatten und der in der Oeffentlichkeit viel besprochen worden ist, geht dahin, daß wir in diesem Jahre keine ausländischen Saisonarbeiter in die Wirtschaft hineinlassen sollten. Diese Frage ist inzwischen durch die Reichsregierung und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung geklärt worden, und wir haben wenigstens einen Teilerfolg zu verzeichnen dahin, daß die Zahl der ausländischen Arbeiter ganz beträchtlich vermindert wird. Ich hätte gewünscht, daß sie schon in diesem Jahre ganz verschwinden würden, und angesichts des Umstandes, daß wir jetzt selbst in den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern eine Million Arbeitslose haben, müßte die Durchführung dieses Planes doch wohl möglich sein. Unter diesen Arbeitslosen sind sicherlich genügend Männer und Frauen, die nicht nur das Landleben kennen, sondern auch mit der Landarbeit so vertraut sind, daß sie die polnischen Arbeiter ersetzen können.

Der dritte Vorschlag ging dahin, daß wir diejenigen Jugendlichen, die in diesem Jahre ihrer Volksschulpflicht genügt haben würden, noch ein Jahr weiter beschulen. Ich darf auch bei dieser Gelegenheit hervorheben, daß dieser Vorschlag nur eine vorübergehende Regelung darstellen sollte und nichts mit dem großen pädagogischen Problem zu tun hat, ob ein neuntes Schuljahr eingerichtet werden soll, wie es uns in der Oeffentlichkeit vielfach unterstellt worden ist. Er ist nur als eine vorübergehende Regelung gedacht von rein arbeitsmarktpolitischer Bedeutung. Wir gingen dabei davon aus, daß, wenn wir diejenigen Jugendlichen, die jetzt zu Ostern in das Wirtschaftsleben eintreten wollen, um ein Jahr zurückhalten und noch weiter beschulen, für 130 000 Arbeitslose Arbeitsplätze freigehalten würden. Diese Zahl von 130 000 für ganz Deutschland ist auch von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestätigt worden. Diese würde selbstverständlich eine wesentliche finanzielle Erleichterung erfahren, und die Maßnahme würde deshalb der Wirtschaft keinen Pfennig kosten. Auch die Gemeinden und der Staat würden zur Durchführung dieser Beschulung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0067

keinen Pfennig zahlen, sondern die 16 Millionen, die für Preußen höchstens erforderlich wären, würden von der Reichsanstalt gegeben werden können, die nach meiner Ueberzeugung außerdem mindestens das Doppelte ersparen würden. Diese Frage ist aber noch nicht endgültig entschieden. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, die Reichsregierung davon zu überzeugen, daß dieser Vorschlag einer von den Vorschlägen ist, die

keine zusätzlichen öffentlichen Mittel erfordern und verhältnismäßig leicht praktisch durchführbar

sind.

Ein anderes Problem ist die Beschulung der arbeitslosen Jugendlichen, die wir jetzt durchzuführen beginnen. Wir haben ermittelt, daß in ganz Preußen im Dezember etwa 80 000 Jugendliche bis einschließlich 17 Jahren arbeitslos waren. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß es im Interesse dieser jungen Menschen von der allergrößten Wichtigkeit ist, daß sie einem geordneten Arbeitsleben zugeführt werden, und daß sie, wenn sie zur Zeit schon nicht im Wirtschaftsleben Arbeit finden können, wenigstens durch eine weitergehende Beschulung geistig weiter entwickelt werden. Auch diese Maßnahme ist mit verhältnismäßig ganz geringen Mitteln durchzuführen. Wir haben festgestellt, daß wir etwa 60 000 dieser Jugendlichen in den Bezirken in Preußen, in denen die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen besonders groß ist, bis zum 1. April mit einem Gesamtaufwand von 3 Millionen beschulen können. Wir sind der Meinung, daß diese 3 Millionen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge getragen werden können. Denn es ist eine produktive Betreuung, wenn wir die jungen Menschen, die sich in diesem schwierigsten Lebensalter in Arbeitslosigkeit befinden, nicht verkommen lassen, sondern dafür sorgen, daß sie sich geistig entwickeln und in der Handfertigkeit, die sie später für ihren Beruf wieder brauchen, keinen Schaden erleiden, sondern eine Verbesserung erfahren.

Wenn wir mit so geringen Mitteln für die Beschulung dieser erwerbslosen Jugend auskommen können, so haben wir das zum wesentlichen Teile der Lehrerschaft, sowohl der Lehrerschaft der Berufsschulen wie der Lehrerschaft der Fachschulen, zu verdanken. Diese Lehrer haben sich zu meiner großen Freude bereit erklärt, zwei Stunden wöchentlich unentgeltlich zu leisten, um diese Ausbildung der jugendlichen Arbeitslosen durchführen zu können. Wenn die Berufsschullehrer in einer Zeit, in der in sehr vielen Berufen die Arbeitszeit gegenüber der Vorkriegszeit verkürzt worden ist, ohnehin eine größere Pflichtstundenzahl zu geben hat als füher und sich nun bereit erklärt, zusätzlich zwei Stunden wöchentlich unentgeltlich Unterricht zu erteilen, so ist das ein höchst erfreuliches Zeichen von Zusammenarbeit zwischen dem Staat und derjenigen Gruppe, die hier helfend eingreifen kann.

Für Deutschlands Neubau.

Der weitverbreiteten Lauheit in Fragen der Reichsreform stellen wir Worte des 85jährigen früheren kaiserlichen Staatssekretär Graf von Posadowsky-Wehner entgegen, die er am 19. Dezember 1930 im Preußischen Landtag sprach:

„Wenn wir gezwungen sind, im deutschen Reichshaushalt und im deutschen Privathaushalt so knapp zu leben, dann mögen doch endlich einmal die Regierungen und die Parteien der Sparmaßregel nähertreten, die die allerwichtigste und durchgreifendste sein würde: wir müssen endlich einmal dem Gedanken nähertreten, aus der mittelalterlichen deutschen Burg ein Haus für das lebende Geschlecht und für seine wirtschaftlichen Bedürfnisse zu bauen. Man mag in einer Partei stehen, in welcher man wolle: diese Frage muß für Deutschland gelöst werden, und zwar bald."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0068

Politische Umschau

Das Genfer Ergebnis.

An die Spitze einer Betrachtung über Genf stellen wir den Dank an den Reichsaußenminister, dessen offene Sprache und ernste Sachlichkeit einen unbestreitbaren Erfolg errungen haben. Auch wer — wie wir — Dr. Curtius mit starken Vorbehalten gegenübersteht — wir denken vor allem an das verhängnisvolle deutsch-polnische Liquidationsabkommen —, muß anerkennen, daß er die Sache des deutschen Volkstums mit Würde und Geschick vertreten hat.

Halten wir zunächst fest, was erreichbar war und was nicht. Erreichbar war Feststellung polnischer Vergehen, Brandmarkung, Forderung der Sühnung und Bekräftigung des Rechtes und Schutzes der Minderheiten. Das ist geschehen. Erreichbar war nicht Aufrollung der Revisionsfrage.

Ist man sich dieser Gegebenheiten bewußt, so wird man die moralische Bedeutung der Haltung des Völkerbundrates hoch einschätzen. Erwarteten doch gute Kenner des Genfer Bodens als Ergebnis nichts anderes, als daß die Bedrückungen der Deutschen in Polen einmal der Weltöffentlichkeit bekannt würden. Wir haben also durchaus Grund, mit dem für Polen vernichtenden Urteil zufrieden zu sein.

Fragt sich, ob die Ausführung des Urteils und die Folgerungen daraus dem Urteilstenor entsprechen werden. Hier allerdings können wir schwerste Zweifel nicht unterdrücken.

Es bedurfte nicht der den Völkerbund geradezu verhöhnenden ostoberschlesischen Regierungspresse, um uns zu überzeugen, daß bis zur Wiedergutmachung des den Deutschen angetanen Unrechts ein weiter Weg ist. Wir hoffen zunächst, daß die öffentliche Meinung einzelner Staaten — wie z. B. Englands —, durch die Ratstagung aufgerüttelt, wenigstens bis zum Mai hellhörig bleibt, wenn Polen über die Ausführung des Genfer Urteils Rechenschaft abzugeben hat.

Mit Bedauern stellen wir fest, daß man Verhandlung und Verurteilung der polnischen Terrorakte auf Oberschlesien beschränkt hat. Die Ereignisse im Korridorgebiet verdienten sie nicht weniger. So muß das Bild entstehen, als sei Oberschlesien allein oder fast allein Tummelplatz der Ausschreitungen gewesen. Dieser Eindruck ist so bald wie möglich richtig zu stellen. Spätestens im Mai wird sich Gelegenheit bieten, die Verhältnisse im Korridor zu erörtern. Dann werden auch die Klagen der Ukrainer den Völkerbundrat beschäftigen: wir bedauern, daß Deutschland nicht in der Lage ist, Anwalt der Leiden dieses unglücklichen Volkes zu sein. So ist die beschämende, aber für das Versailles-Genfer System durchaus charakteristische Tatsache zu verzeichnen, daß unter den Dutzenden von Staaten, die vor noch nicht langer Zeit im Namen der Menschlichkeit und Zivilisation gegen Deutschland zu Felde zogen, nicht einer ist, der die von Polen gegenüber den Ukrainern in schauderhafter Weise verletzten Gebote der Menschlichkeit und Zivilisation verteidigt.

Was die übrigen Ergebnisse von Genf anbelangt, so halten wir gegenüber dem Briandschen Europafeuerwerk unveränderte Zurückhaltung für geboten. Wir freuen uns, auch hier die unseres Erachtens richtige Linie in der Politik des Außenministers feststellen zu können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0069

Der Zusammentritt der Abrüstungskonferenz ist für Anfang 1932 festgesetzt worden. Man wird ihr ohne Nervosität entgegenzusehen in Deutschland gut tun — gerade dann, wenn man vom Ergebnis dieser Veranstaltung teilweise Wiedergewinnung der deutschen Handlungsfreiheit erhofft.

Deutschland und Polen.

Wie berechtigt die Skepsis gegenüber polnischen Folgerungen aus dem Urteil des Völkerbundrates ist, beweist am besten der polnische Außenminister selbst. In einer Budapester Zeitung hat sich Herr Zaleski um den 10. Februar über die deutsch-polnischen Beziehungen folgendermaßen geäußert:

„Das Verhältnis Polens zu Deutschland ist freundschaftlich. Ich halte es für gut, trotzdem dies paradox klingt, da wir in der Frage Schlesiens in eine Kontroverse mit Deutschland gegenüber dem Völkerbund geraten sind. Scheinbar heftige Worte wurden im Zusammenhange mit dem schlesischen Problem ausgetauscht, aber dieser Streitfall war vom Gesichtspunkt der guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten nur vorteilhaft, da wir uns gegenseitig offen über unsere Ansichten aussprechen konnten.

Der freundschaftliche Modus, in dem wir diese Kontroverse zu Ende führten, ist ein sehr wichtiger Schritt auf dem Wege zu guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten.

Was Danzig und den sogenannten Korridor anbelangt, so will ich mich darüber nicht aussprechen, betone jedoch, daß die Polnische Regierung unlängst die Schärfe dieser Frage abgestumpft hat, indem sie dem Reich die Möglichkeit eines leichteren Verkehrs mit Ostpreußen gab."

Herr Zaleski macht sich die Arbeit leicht. In der Außenkommission des polnischen Senats erklärte er, daß eine Grenzrevisionsfrage für Polen nicht existiere. So leicht können wir es Polen nicht machen. Es mag sich nicht täuschen: weder kann man das Problem durch Leugnung seines Daseins aus der Welt schaffen noch stumpfen Verkehrserleichterungen die Schärfe der Korridorfrage ab!

Am 10. Februar hat aber auch Minister Zaleski in der Außenkommission des polnischen Senats eine Rede gehalten, in der es u. a. hieß, Polen habe in Genf seinen Standpunkt behauptet und den deutschen Beschwerden gegenüber keine Zugeständnisse gemacht.

Kann man daraus schon Schlüsse auf die Ausführung des Völkerbundurteils ziehen?

Jedenfalls zweifeln wir vorerst an dem freundschaftlichen Idyll zwischen Deutschland und Polen, das Herr Zaleski zum Auslandsgebrauch entworfen hat. Wir fürchten, daß es damit so steht, wie mit der polnischen Minderheitenpolitik, von der der deutsche Redner im polnischen Senat, Senator Dr. Pant, erklärte: „Wir können nicht eine doppelte Minderheitenpolitik führen, eine für Genf und für das Ausland und eine andere für das Inland."

Diese Ausführungen erfahren eine schlagende Bestätigung durch den auf dem Agrarreformgesetz beruhenden Parzellierungsplan für 1932, der soeben veröffentlicht wird. Dieser Plan sieht an Parzellierungen vom Grundbesitz des Staates und der Staatlichen Agrarbank in den einzelnen Landamtsbezirken vor: Warschau 250 Hektar, Petrikau 900 Hektar, Kielce 250 Hektar, Lublin 500 Hektar, Bialystok 400 Hektar, Wilna 1200 Hektar, Brest a. B. 5200 Hektar, Luck 10 800 Hektar, Graudenz (Pommerellen) 500 Hektar.

An privatem Grundbesitz sind für die Parzellierung vorgesehen: Warschau 10 000 Hektar, Petrikau 5000 Hektar, Kielce 5000 Hektar, Lublin 8000 Hektar, Bialystok 2000 Hektar, Wilna 20 000 Hektar, Grodno 22 000 Hektar, Brest a. B. 18 000 Hektar, Luck 16 000 Hektar, Tarnopol 14 000 Hektar, Stanislau 6000 Hektar, Lemberg 8000 Hektar, Krakau 2000 Hektar, Posen 24000 Hektar, Graudenz (Pommerellen) 20000 Hektar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0070

Dazu vergleiche man Ausführungen des polnischen Präsidenten der Pommerellischen Landwirtschaftskammer, Dr. von Esten-Tempski, der vor einem Jahre schrieb:

„Die Agrarstruktur Pommerellens bzw. die Verteilung der landwirtschaftlichen Fläche auf die verschiedenen Kategorien der Grundbesitzer in Pommerellen ist vielleicht die gesündeste in ganz Polen und nähert sich, wie Lukiewicz feststellt (Stusunki Agrarne Rzeczpospolitej Polskiej, Teil I) sehr viel mehr der dänischen oder schwedischen Struktur, als der unserer anderen Gebietsteile . . Der Großgrundbesitz fehlt überhaupt und zusammenhängende größere Güter, die mehrere Vorwerke umfassen, sind eine Seltenheit. Das am meisten charakteristische Merkmal für die Agrarstruktur Pommerellens ist die sehr große Zahl von Wirtschaften von 20 bis 100 Hektar, die wir Bauernwirtschaften nennen. Diese Bauernwirtschaften umfassen 25 Prozent des gesamten Landes und bilden eine sehr gesunde Uebergangsform zu den Vorwerkswirtschaften. Die Bauernwirtschaften verleihen den landwirtschaftlichen Verhältnissen in Pommerellen einen ganz besonderen Charakter, und ihre große Zahl sowie der geringe Prozentsatz der Zwergwirtschaften bis zu 5 Hektar haben bewirkt, daß sich in Pommerellen der Klassenantagonismus nicht ausbreiten konnte zwischen dem kleineren und größeren Besitz, und wenn irgendwo, so herrscht in unserem Gebiet seit Urväterzeiten eine gesunde Berufssolidarität zwischen den Landwirten aller Kategorien."

Diese Wojewodschaft, die nach den Aeußerungen kompetenter polnischer Stellen die gesündeste Agrarstruktur in Polen aufweist, die flächenmäßig im polnischen Staate an drittletzter Stelle steht, steht hinsichtlich der Zwangsenteignung für 1932 an zweiter Stelle! Deshalb sind wir davon überzeugt, daß nicht Wirtschaftlichkeit, sondern nur Politik der Antrieb für die Parzellierung des Großgrundbesitzes in Pommerellen und Posen sein kann.

Daß auf solcher Grundlage überhaupt die Möglichkeit für ein „freundschaftliches Verhältnis Deutschlands zu Polen" gegeben ist, halten wir für ausgeschlossen. Gerade darum möchten wir aus der erwähnten Rede von Dr. Pant den folgenden Absatz festhalten:

„Ich muß mich verwahren gegen den Vorwurf, als ob die deutsche Minderheit in Polen sich für die Revisionsbestrebungen in Deutschland mißbrauchen ließe. Wir haben mit den Revisionsbestrebungen nichts gemein. Mit allem Nachdruck stelle ich fest, daß die deutsche Minderheit in Polen sich ihrer Pflichten gegenüber dem Staat voll und ganz bewußt ist und daß sie diese Pflichten immer und vorbehaltlos erfüllen wird. Wir wollen mitarbeiten zum Wohle des Staates, zum Wohle der Allgemeinheit, wir wollen und können aber nicht mitarbeiten an urserem eigenen Verderben, wir wären glücklich, wenn wir uns nicht mehr in Zukunft an internationale Instanzen wenden müßten, sondern das Verständnis für unsere Rechte und Bedürfnisse bei den Landesbehörden finden würden."

Wir unterstreichen diese Erklärung.

Die Revisionsfrage ist eine reichsdeutsche Angelegenheit, deren Hinüberspielen nach Polen die dortige deutsche Volksgruppe in schwere Konflikte und unabsehbares Unglück stürzen könnte. Wir wissen ohnehin, daß unter der Loyalität gegenüber dem Polnischen Staat das Bekenntnis und die Verbundenheit zum deutschen Volkstum nicht gelitten hat und niemals leiden kann.

„Irgendetwas muß gegen diese Schweinerei getan werden."

Als die Truppen Hitlers und Hugenbergs den Reichstag verlassen hatten, konnte man fragen: Ist diese Aktion der Uebergang zur Illegalität oder Bekenntnis einer inneren Schwäche der Bewegung? Für die erste Möglichkeit sprachen die Bürgerkriegsdrohungen des nationalsozialistischen Abgeordneten Frank II in der Reichstagssitzung vom 9. Februar und die Erklärung des Abgeordneten Stoehr vom 10. Februar, „daß alle Beschlüsse des Reichstages nach dieser verfassungswidrigen Aenderung der Geschäftsordnung der Gesetzeskraft entbehren". Es sprach auch dafür die maßlose Hetze des deutschnationalen Abgeordneten von Freytag-Loringhoven am 10. Februar, als er — nach dem Auszug seiner Partei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0071

freunde und ihrer nationalsozialistischen Lehnsherren — verlas, „Der Reichstag sei nur noch eine Zwingburg der Feinde Deutschlands".

Man wurde bald belehrt, daß die pompöse Geste der 148 kein Kraftausbruch war. Die Versammlungswelle, die nun über Deutschland dahinrollen soll, hat ihren Anfang am 12. Februar in Berlin genommen. Die Deutschnationalen sind ihrer Konkurrenz um einen Tag vorausgeeilt. Dabei hat auch der Abgeordnete von Oldenburg-Januschau gesprochen. Und seine Rede, die sich mit dem Marxismus, mit dem Parlamentarismus und mit der Tributfront befaßte, gipfelte in dem klassischen Satz: „Irgendetwas muß gegen diese Schweinerei getan werden."

Irgendetwas! Es ist sehr verständlich: vor fünf Monaten ist der Reichstag gewählt worden — von allen denen mit stürmischen Erwartungen begrüßt, die aus Not, Entbehrung, Aerger, Deklassierung, Impulsivität in die radikale Rechte eingerückt waren, in der Hoffnung, sie werde andere und bessere Tage herbeiführen.

Fünf Monate sind eine kurze Zeit — lang genug, zu lang, wenn man vom nächsten Tag Umschwung und Besserung erwartete.

Und nun wird die Schar der Wartenden ungeduldig. Da muß eben „irgendetwas gegen diese Schweinerei getan werden". Wenn es auch eine Geste ist, die keinen Schritt weiter führt zur Macht.

Aber weiß man vielleicht, daß der Weg dahin endgültig versperrt ist? Auch Gönner der Hitlerbewegung können die eingetretene Erleichterung nicht leugnen, der Kanzler setzt sich durch, nicht nur in der politischen Arena, sondern — fast noch wichtiger — bei den Menschen im Lande. Ernst und Leidenschaft, mit der er und Dietrich ihre Aufgaben anpacken, zünden auch beim Skeptiker.

Drinnen im Reichstag wächst gegen die drohende Pöbelherrschaft unter Göbbels und Torgler ein Block der Anständigen zusammen, in den gewiß manche Flügelmänner sich ungern einspannen lassen. Immerhin: Sozialdemokraten stimmen für Treviranus, Seeckt und Stauß für die Aufhebung der Immunität vor kurzem noch so umworbener Kollegen.

Was bleibt übrig?

Es bleibt Hitler und seinen deutschnationalen Hörigen Rückzug in die Ausgangsstellung der außerparlamentarischen Agitation. Jeder Verantwortung bar wird man sich in einem Stil ergehen, von dem der deutschnationale Lehnsmann Everling am 9. 2. eine Probe gab:

„Angesichts der empörenden Vergewaltigung der Minderheitsrechte, die hier mit großen Reden und kleinen Schiebungen vor sich geht, angesichts des Versuchs, Ihre Weimarer Verfassung aus dem Hinterhalt der Geschäftsordnung zu meucheln, angesichts der schmählichen Manier, in der sich hier die Demokratie in das Zerrbild einer Diktatur überschlägt, verzichten wir darauf, zuzusehen, wie das Weimarer System aus dem Zustand der Jämmerlichkeit in den der Widerlichkeit übergeht."

Wir glauben nicht einmal, daß diese Sprache besonders werben und anziehen wird. Jede agitatorische Methode erreicht einen Wirkungsgipfel, von dem es sehr rasch bergab zu gehen pflegt. Goebbels schreit: vielleicht hat er sich schon überschrien.

Wir bedauern, daß wieder einmal die Opposition in Deutschland ihre Aufgabe nicht erkannt hat. Wir bedauern auch, daß die Beurteilung des Auszugs der Rechten in einem Teil der Presse den Eindruck erwecken konnte, als sei nun das Wesentliche getan und man könne, wieder „unter sich", da fortfahren, wo man aufhören mußte, als das große Wecken einsetzte. Davon kann gar keine Rede sein. Es gilt unverändert, das Gefühl für Führung und Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0072

antwortung lebendig zu halten — nicht etwa in der Regierung, die von ihm durchdrungen ist, sondern im Reichstag. Es gilt dafür zu sorgen, daß die durch die Nationalsozialisten bei manchem Bürger wachgerüttelten nationalpolitischen Instinkte (ein unbestreitbares Verdienst!) nicht wieder abstumpfen.

Die „nationale Opposition", wie sie sich nennt, ist an dem Tag aus dem Reichstag verschwunden, an dem die von ihr stürmisch begehrte außenpolitische Debatte stattfand. Die Debatte hat dadurch an nationaler Disziplin und Wirkung zweifellos gewonnen. Ob die Abstinenz aber im Sinne derer lag, die zwar irregeleitet, doch mit heißem Herzen vom Nationalsozialismus Führung des Kampfs für deutsche Freiheit, nicht Kampf für parlamentarische Schimpffreiheit erhofft haben?

Aber es mußte eben irgend etwas gegen diese Schweinerei getan werden.

Vom Geist der Reichswehr.

Durch die „Deutsche Zeitung" ist ein Erlaß des Chefs der Heeresleitung, des Generals von Hammerstein, bekannt geworden, der sich an die aktiven und ausgeschiedenen Generale sowie die in Generalsstellungen befindlichen Offiziere des Reichsheeres wendet. Er geht von der Kritik aus, die frühere Offiziere an der Reichswehrführung geübt haben, durch die „das Reichsheer in Zusammenhang mit Zielen von Verbänden gebracht" worden ist, „die seiner Einstellung zum verfassungsmäßigen Staat scharf zuwiderlaufen". Im Anschluß an diese Feststellungen fordert General von Hammerstein auch von ausgeschiedenen Offizieren Zurückhaltung, weil „sie sonst den Gegnern die Waffe in die Hand drücken, die behaupten, daß die Offiziere, solange sie im aktiven Dienst sind, ihre wahre Gesinnung verstecken und dem Staat nur materieller Vorteile wegen dienen". Daran schließt sich die Folgerung:

„Ich scheue mich nicht, klar und deutlich auszusprechen, daß es für das Reichsheer weiterhin nicht tragbar ist, daß ausgeschiedene Offiziere, die die Uniform des Reichsheeres tragen, öffentlich in vorher geschilderter Weise gegen das Reichsheer und seine Führung Stellung nehmen. Ich würde es auf das tiefste bedauern, wenn ich mich gezwungen sähe, unter Umständen einen Trennungsstrich ziehen zu müssen, indem ich die Aberkennung des Rechtes zum Tragen der Uniform des Reichsheeres beantrage."

Die klare Stellungnahme des Chefs der Heeresleitung ist zu begrüßen. Wir hoffen, daß es nur der moralischen Wirkung des Erlasses bedarf, und daß die Heeresführung zu den angekündigten schärferen Maßnahmen nicht wird greifen müssen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" bemerkte:

„Wenn wir den Erlaß richtig verstehen, so erstrebt er in erster Linie eine geschlossene Front der aktiven und der ehemaligen Offiziere des Reichsheeres gegen jeden Angriff, von welcher Seite er auch kommt. Und in diesem Sinne — also im Interesse des Ansehens und der Unantastbarkeit der Reichswehr — ist der Erlaß zu begrüßen."

Ansehen und Unantastbarkeit der Reichswehr sind auch uns Gesetz. Aber wir glauben den Erlaß richtig zu verstehen, wenn wir seinen Sinn dahin ausweiten, daß er die Verbundenheit zwischen Staat und Reichswehr in allen ihren Teilen unter allen Umständen sichern soll. Weil wir die Unabhängigkeit der Reichswehr von jeder politischen Partei und Bewegung, ihre ausschließliche Bindung an Staat und Verfassung fordern, stimmen wir den Maßnahmen des Generals von Hammerstein zu, der sich in folgerichtiger Weise um die Innehaltung dieser Linie bemüht. Dafür zeugt auch der — kurz nach der Uebernahme der Heeresleitung durch Hammerstein ergangene — Erlaß des Reichswehrministers an alle Offiziere der

Reichswehr im Anschluß an den Leipziger Prozeß vom Herbst 1930. Dieser Erlaß ist bisher nur seinem Inhalt nach bekannt geworden; der wesentliche Teil lautet — nach Bekanntgabe des Urteilstextes und der Begründung —:

„Ich habe zu diesem Vorgang folgende grundlegende Bemerkungen zu machen:

1. Die Reichswehr ist und muß ihrem ganzen Wesen nach in höchstem Maße national sein. Es ist aber eine Ueberheblichkeit sondergleichen und ein tiefbedauerlicher Mangel an Autoritätsgefühl, wenn junge Offiziere, die außer ihrer Jugend keine Legitimation besitzen, ihren höchsten Vorgesetzten, also auch dem in allen nationalen Fragen entscheidenden Oberbefehlshaber der Reichswehr, dem Reichspräsidenten von Hindenburg, Mangel an Nationalgefühl vorwerfen und sich anmaßen, allein wissen zu wollen, was national ist.

2. Es ist durchaus richtig, daß die Hauptaufgabe der Wehrmacht der Schutz unseres Vaterlandes nach außen ist, und es ist eine selbstverständliche Pflicht der Führung, alles irgend Erreichbare zur Lösung dieser Aufgabe zu tun. Es ist aber eine Vermessenheit und eine erstaunliche Ueberschätzung ihrer Urteilskraft, wenn junge Offiziere, die die außenpolitischen und finanziellen Möglichkeiten in keiner Weise beurteilen können, von unzureichenden Landesschutzmaßnahmen der Führung sprechen und offen Kritik daran üben.

3. Die Reichswehr ist überparteilich und rein staatlich eingestellt. Sie muß unbedingt aus dem Streit der Parteien und den politischen Tageseinflüssen herausgehalten werden. Es gibt also keinen Rechts- oder Linkskurs. Alle militärpolitischen Maßnahmen und Anordnungen sind allein von diesem Gesichtspunkt diktiert. Es bedeutet daher eine vollständige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und einen kaum zu überbietenden Grad von Selbstüberschätzung, wenn junge Offiziere den nach ihrer Ansicht vorhandenen Linkskurs in der Reichswehrleitung glauben bekämpfen zu müssen.

Gegen Anordnungen oder Maßnahmen, die sie nicht verstehen steht ihnen der Weg zu ihrem Vorgesetzten bzw. der Beschwerdeweg offen. Im übrigen ist es aber eine üble Nachkriegspsyche, daß jeder junge Offizier sich berechtigt glaubt, an allen Befehlen der Führung Kritik zu üben und für jede Maßnahme eine Begründung und Erklärung zu verlangen.

4. Die Festigkeit jeder Wehrmacht beruht auf einem vorbehaltlosen, uneingeschränkten Gehorsam. Soldaten, die vor Ausführung von Befehlen prüfen wollen, ob diese Befehle ihren Anschauungen entsprechen, sind keinen Schuß Pulver wert. Solche Gedanken bedeuten die Vorstufe zur Meuterei, zur Auflösung der Reichswehr und in der weiteren Folge zum Kampf aller gegen alle. Für die junge Wehrmacht war es einer der schwärzesten Tage, an dem Offiziere vor dem Reichsgericht ähnlichen Gedanken Ausdruck gegeben haben.

5. Es ist selbstverständlich, daß Offiziere mit derartigen Ansichten nicht in der Wehrmacht bleiben können. Ich erwarte daher von jedem Offizier, der Ehrgefühl und den Mut zur Wahrheit hat, daß er sofort aus der Reichswehr ausscheidet, wenn er ähnlichen Gedankengängen huldigt."

Deutsche Länderpolitik.

Die großen Fragen und bedeutsamen Vorgänge der Reichspolitik dürfen nicht die politischen Entwicklungen in den Ländern vergessen machen. Sei es auch nur, um reichsreformerische Impulse nicht verkümmern zu lassen — man wird von Zeit zu Zeit die bewegenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0074

Faktoren, die widerspruchsvollen Taten oder die großen Worte verzeichnen müssen, die aus Staatsgebilden mit einem Lebensraum von der Weite des 18. Jahrhunderts herausdringen.

Was die großen Worte anbelangt, so wollen wir uns heute nicht mit denen befassen, die der thüringische Minister Frick in beträchtlichem Ausmaß verlauten läßt. Aus seinem Reich sei nur eine Tatsache als Beispiel für die kleinstaatliche Regierungsspielerei und für die dringende Notwendigkeit organischer Reform vermerkt.

Die Ergänzung der Regierung wird in diesem Fall nicht ganz einfach sein, und zwar wegen einer Verfassungsbestimmung, nach der sämtliche ehemaligen thüringischen Gebiete im Kabinett vertreten sein müssen (d. h. Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha, Sachsen-Meiningen, Reuß, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen). Die Landvolkpartei kann aber aus Reuß, das der Staatsrat Porth vertrat, keinen geeigneten Mann stellen. Sie würde bei dieser Gelegenheit gern den Hauptgeschäftsführer des Thüringer Landbundes, Mackeldey, ins Kabinett bringen. Er könnte aber nur als Vertreter Weimars gelten, das jetzt ein Nationalsozialist vertritt, oder, weil er bei Rudolstadt begütert ist, als Vertreter Rudolstadts, das jetzt einen wirtschaftsparteilichen Staatsrat im Kabinett zu sitzen hat.

Es ist natürlich unwahrscheinlich, daß die Wirtschaftspartei oder die Nationalsozialisten sich zur Abberufung eines ihrer Kabinettsmitglieder bereit finden und ihrerseits einen Vertreter aus Reuß stellen sollte, nur um der Landvolkpartei einen Gefallen zu tun.

Es wird also unter Umständen — 12 Jahre nach Ueberwindung der mitteldeutschen Kleinstaaterei — innerthüringische Konflikte um die ausreichende Vertretung von Reuß in der Landesregierung geben. In einer Zeit, in der wir um den südosteuropäischen Markt und das ostafrikanische Mandatsgebiet kämpfen!

Aber von dem Reichsgefühl, das nur einen Staat kennt — unbeschadet stammesmäßig und wirtschaftlich geschlossener Einzelräume —, nur eine Außenpolitik mit Anspruch auf Lebensrecht und Einflußweite für die eine Deutsche Nation: davon sind wir noch weit entfernt. Oder ist es anders zu begreifen, daß der bayrische Ministerpräsident wieder einmal — bei der Haushaltsberatung im Landtag — aus staatspolitischen Gründen, der bayrischen Staatspersönlichkeit wegen, die Erhaltung des bayrischen Ministeriums des Auswärtigen verlangt hat? Es gibt auch eine bayrische Diplomatie: neben dem Gesamten in Berlin — der als Reichsratsvertreter durchaus begründete und notwendige Funktionen ausübt —, gibt es nicht zu begründende Gesandtschaften in Stuttgart und beim Vatikan. Unsere Kritik nimmt nicht den finanziellen Gesichtspunkt zum Ausgang; denn Ersparnisse würde die Aufhebung der beiden Vertretungen natürlich kaum bedeuten. Aber wir finden es für den deutschen Reichsgedanken beschämend, daß in einer Auslandshauptstadt noch immer ein Ländergesandter amtiert und von der in Festreden an nationalen Feiertagen so gern verspotteten und angeblich überwundenen „Deutschen Libertät" künden darf.

An vergangene Zeiten der Deutschen Geschichte erinnern auch die letzten Vorgänge in Württemberg. Innerhalb der württembergischen Regierungskoalition ist es zu einem ernstlichen Zwist gekommen, weil das Organ der Deutschnationalen einen Aufruf an die evangelischen Frauen und Männer abgedruckt hat, den das Zentrum als Schmähung betrachten mußte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0075

Darauf hat der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im Einverständnis mit den beiden Zentrumsministern, die Erklärung abgegeben, daß das Zentrum nicht mehr den geringsten Wert darauf lege, mit den Deutschnationalen in einer Regierung zusammenzuwirken. Es sei ein Gebot der Selbstachtung, nicht mit Leuten in einer Arbeitsgemeinschaft tätig zu sein, die die Ehre der Koalitionsgenossen verdächtigten. Wenn keine befriedigende Lösung erfolge, werde es notwendig sein, die politischen Folgerungen zu ziehen.

Man wird abwarten, ob die Deutschnationalen das Kulturkampfspiel, das hier eingeleitet wurde, fortsetzen wollen.

Da wir von Koalitionsfragen sprechen, sei Bremen nicht vergessen. Dort bemüht man sich seit den Bürgerschaftswahlen vom November 1930 um die Bildung einer Rechtsregierung. Aber die Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten, Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei über die Umbildung des Senats unter Ausschaltung der Sozialdemokraten konnten bisher noch nicht zu einem positiven Ergebnis kommen. Die Haltung der Deutschen Volkspartei ist reichlich unklar. Zwar scheint die Fraktionsleitung den personellen Forderungen der Nationalsozialisten nicht nachgeben zu wollen, sich im übrigen aber um eine Verständigung zu bemühen. Die Verständigungsbereitschaft geht so weit, daß der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei eine Reise zur Zentralleitung der Nationalsozialisten nicht scheute, um mit ihr über die Senatsbildung zu verhandeln. Auch dies ist ein Beitrag zur deutschen Länderpolitik — nicht weniger als zur Charakteristik der Deutschen Volkspartei!

Indessen sei diese Betrachtung nicht ohne einen erfreulichen Ausblick geschlossen. Wir meinen nicht Mecklenburg-Strelitz, über dessen Schicksal in diesen Tagen entschieden wird. Zwar scheint dem Anschluß an Preußen erfreulicherweise eine Mehrheit der Strelitzer Bevölkerung zuzuneigen, aber in dem Landtag, in dem Einmann- und Zweimännerfraktionen vorherrschen, wird die Entscheidung bis zuletzt zweifelhaft sein.

Wir denken, wenn wir von einem erfreulichen Ausblick sprechen, vielmehr an die eben bekannt gewordenen Pläne zur Aufgabe der lübeckischen Selbständigkeit. Den Weg, der nach Hamburg führt, halten wir allerdings für abwegig. Aber wir glauben, Grund zu der Hoffnung zu haben, daß hier das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Auch Lübeck kann nur den Weg nach Preußen gehen, wenn es nicht einer organichen Neugliederung ebenso wie eigenen Entwicklungsmöglichkeiten den Weg verbauen will.

Wir werden uns mit dieser Frage, die an das bedeutsame Problem der Neugliederung Norddeutschlands rührt, demnächst beschäftigen. Heute liegt uns daran, unbeschadet der lübeckisch-hamburgischen Pläne, einen Entschluß grundsätzlich gutzuheißen, der wieder einen Schritt hinausführen soll aus dem mittelalterlichen Festungsgürtel, in dem das deutsche Volk noch immer organisiert ist.

Aus den Parlamenten

Deutsche Staatspartei und Außenpolitik.

Bei der außenpolitischen Aussprache im Reichstage führte der Redner der Deutschen Staatspartei, Abgeordneter Dr. Peter Reinhold, u. a. aus:

Wir wünschen eine europäische Zusammenarbeit auf dem Boden der Gleichberechtigung und werden uns allen Versuchen widersetzen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0076

Gefahren kriegerischer Verwicklung zurückzukehren. In der Frage des Schutzes der Minderheiten hat Curtius in Genf ein Vorpostengefecht gewonnen, aber durchaus keinen Sieg errungen. Erst die Maitagung des Völkerbundes wird zeigen, ob das moralisch verurteilte Polen im Sinne des Entschlusses des Völkerbundes die notwendigen Maßnahmen getroffen hat. In der Frage der Ablehnung der von der englischen Regierung geplanten Vereinigung unserer früheren Kolonie Ostafrika sind alle Parteien des Reichstages einig. Wir erwarten, daß die englische Oeffentlichkeit daraus erkennen möge, daß der Plan der Regierung, entgegen dem Mandatsstatut diese Vereinigung vorzunehmen, auf den entschiedensten Widerstand Deutschlands im Völkerbundsrat stoßen wird.

Die wichtigste Frage ist die Frage der Abrüstung, in der Deutschland mit derselben Leidenschaftlichkeit einen Erfolg wünscht, wie die Aufhebung der im Versailler Diktat Deutschland auferlegten Bestimmungen in der Frage der Wehrhaftigkeit. Die Abrüstungsfrage wird auch die Entscheidung über die Lebensfähigkeit des Völkerbundes erbringen: das deutsche Volk hat alles Interesse daran, loyal im Völkerbund mitzuarbeiten, solange die Hoffnung besteht, daß der Völkerbund allmählich zu einem Instrument internationaler Zusammenarbeit wird. Die Forderung der Radikalen, gerade jetzt aus dem Völkerbund auszutreten, ist nach dem Ergebnis von Genf eine lächerliche Demonstration.

In der Revisionsfrage ist die Erklärung des Kanzlers zu billigen, sich den Zeitpunkt der Aufrollung der Revision nicht von den Rechtsradikalen diktieren zu lassen. Wir müssen erst die innerpolitische Reform auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet durchführen, da die Revision unserer äußeren Lasten das Ende und nicht der Anfang der Sanierungsaktion sein muß.

Reichshaushalt und Krise.

Gelegentlich der Beratung des Reichshaushaltsgesetzes führte Reichstagsabgeordneter Dr. Stolper u. a. folgendes aus:

Bezüglich des Etatgleichgewichts haben auch meine Freunde gewisse Bedenken. Wir haben sie im Haushaltsausschuß geäußert und zweifeln nicht daran, daß auch die Regierung selbst weiß, daß sie nicht ganz Herr der Geschicke ist, die im Laufe der nächsten 15 Monate auf die Gestaltung dieses Etats einwirken können. Denn niemals zuvor hat in solchem Maße die Konjunkturentwicklung für die Etatziffern Bedeutung gehabt. Auch ich bin der Meinung, daß wir sowohl auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite des Etats unter Umständen noch etwas unliebsame Erfahrungen machen können: auf der Einnahmenseite darin, daß die Einnahmen hinter den Voranschlägen zurückbleiben, auf der Ausgabenseite darin, daß uns die Last der Arbeitslosigkeit vielleicht zwingt, mehr aufzuwenden als die 420 Millionen, die für die Krisenfürsorge im Etat eingesetzt sind. Die Reichsregierung hat aus diesem Grunde sich eine Ermächtigung zu weiteren Ersparnissen und Abstrichen am Reichsetat um 300 Millionen erteilen lassen. . . .

Die Welt ist in einer ganz schweren Krise. Die ganze Welt, auch alle die Länder, die keine Tributzahlungen zu leisten haben, ist gepeinigt von der Arbeitslosigkeit. Der Herr Reichskanzler hat gestern mit erfreulicher Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß die deutsche Krise nicht nur eine Auswirkung der Weltwirtschaftskrise ist. Sie ist es in der Tat nicht, weder in ihren Ausmaßen noch in ihren Ursachen. Denn die deutsche Krise ist vor der Weltwirtschaftskrise ausgebrochen. Die Weltkrisis — der Tag läßt sich ja fixieren — ist mit dem Tag des New Yorker Börsenkrachs im Spätherbst 1929 ausgebrochen. Die deutsche Krise brach Anfang 1928 aus. Wir standen schon ziemlich tief in dieser Krise in dem Augenblick, als uns nun die Weltwirtschaft einen ganz bösen Stein auf den Kopf warf, als nun die deutsche Krise sich mit der Weltkrise kombinierte und sich ins Unendliche steigerte. . .

Die deutsche Krise ist in dem Augenblick ausgebrochen, in dem der Zustrom ausländischen Kapitals nach Deutschland stockte. Das war Anfang 1928 der Fall. Von dem Tage an, an dem wir auf unsere eigene Grundlage zurückgeführt waren, befanden wir uns in unserem Krisenzustand. Von dem Tag ab stellte sich aber auch heraus, daß wir alle in der öffentlichen und in der privaten Wirtschaft über unsere Verhältnisse gelebt hatten und daß nun die Korrektur kommen mußte. In diesem Korrekturprozeß sind wir mitten darin, und dieser Korrekturprozeß ist uns dadurch so maßlos

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0077

erschwert, daß mitten in ihm die Weltkrise entstand, daß Ende 1929 auf einmal die Katastrophe über Amerika, über Südamerika, über die Ueberseestaaten mit all ihren Auswirkungen auf die europäischen Staaten ausbrach, auf die wir hier nicht einzugehen haben.

Wenn wir uns so in ein paar kurzen Umrissen die ganze Kompliziertheit unserer Lage bewußt zu machen versuchen, dann wird uns auch erst klar, wie reichlich primitiv die diagnostischen Mittel und die Heilmittel sind, mit denen die Rechte diese Krise zu behandeln beliebt. . . .

Außer der Abschüttelung des Young-Plans, zu der zu kommen uns noch kein Weg gewiesen wurde, wenn nicht der von Geheimrat Hugenberg empfohlene Plan der Reparationsabgabe gemeint sein sollte, gibt es noch zwei andere Rezepte, die uns wenigstens von der Wirtschaftskrise befreien sollen. Das eine ist die berühmte „Brechung der Zinsknechtschaft". Wir haben heute vormittag im Haushaltsausschuß bereits eine kleine Diskussion über diese Brechung der Zinsknechtschaft gehabt, nachdem die Herren Nationalsozialisten das in einen konkreten Antrag gekleidet haben, der nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß sofort dem Reich, den Ländern und Gemeinden verboten werden soll, weiter verzinsliche Anleihen auszugeben — wer unverzinsliche Anleihen nehmen soll, weiß ich nicht, das haben wir auch nicht erfahren —, und zweitens, daß sofort für die Finanzierung öffentlicher Bauten, Elektrizitätswerke, Schulen — sehr produktive Anlagen — unverzinsliche Wirtschaftskassenscheine o. dgl. ausgegeben werden sollen. Es hat vormittags im Haushaltausschuß bereits ein kleines Kolleg über Geldtheorie gegeben . . . immerhin ist im Ausschuß das Ausweichen vor einer Diskussion nicht ganz so einfach wie im Sportpalast. . . .

Worauf es uns im Augenblick ankommen muß, scheint mir dies zu sein: Jede Krise im Kapitalismus kommt, wenn sie nicht ausgelöst wird durch politische Katastrophen, immer und ausschließlich von der Kapitalseite her. Es gibt keinen anderen möglichen Krisengrund als die Kapitalknappheit. Auch die amerikanische Wirtschaftskrise ist von der Kapitalseite her ausgebrochen. Die 20 Prozent, die man an der New Yorker Börse im Oktober 1929 für Tagesgeld zahlen mußte, waren der wirkliche Ausdruck dafür, daß auch die amerikanische Wirtschaft sich von der Kapitalseite her übernommen hatte. Und jede Krise ohne Ausnahme kann auch nur von der Kapitalseite her überwunden werden. . . .

Am Zinsfuß wie an der Arbeitslosenziffer ermessen wir den Stand der Krise, ermessen wir, ob wir vernünftig gewirtschaftet haben oder nicht. Und daß wir diese beiden Indizes in unserer Finanzpolitik, in unserer Lohnpolitik und in unserer Steuerpolitik jahrelang außer acht gelassen haben, das hat die Krise bis zu dem Grade verschärft, den wir schaudernd nun erleben müssen. Das zeigt uns aber auch den einzigen Weg, auf dem wir diese Krise überhaupt überwinden können: herunter mit dem Zinsfuß, herein mit dem geflüchteten deutschen Kapital, herein mit dem ausländischen Kapital, das bereit ist, zu vernünftigen Bedingungen auf lange Sicht unserer Wirtschaft sich zur Verfügung zu stellen!

Die Aenderung der Geschäftsordnung.

In der Nachtsitzung vom 9. 2. wurden die Geschäftsordnungsbeschlüsse gefaßt, die am nächsten Tage zum Auszug der Rechten aus dem Reichtag führten. In dieser Nachtsitzung sprachen die Abgg. Dr. Heuß und Lemmer für die staatsparteiliche Fraktionsgemeinschaft. Der Rede des Abg. Heuß entnehmen wir folgende für die Abwehr der nationalsozialistischen Agitation entscheidend wichtige Stellen:

Da ich bislang nur wegen Pressevergehens und nicht wegen Rohheitsdeliktes vorbestraft bin, will ich es in so später Stunde kurz machen und nur zwei Gedankengänge vortragen, die noch nicht an die Reihe gekommen sind. Der eine bezieht sich auf die Ideologie der nationalsozialistischen Partei, Ideolcgie, soweit eine solche vorhanden und bei ihr selber strittig ist. Erlauben Sie mir, daran zu erinnern, daß vor jetzt etwa sieben Jahren das erste grundsätzliche Buch der nationalsozialistischen Bewegung erschien, das Herr Gottfried Feder geschrieben hat: „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage".

Jenes Buch enthält zwei entzückende Seiten, die davon sprechen, daß, wenn die Nationalsozialisten den Weg ins Parlament und über das Parlament zur Macht zurückgelegt haben würden, es dann ihre erste Aufgabe sein würde, die Institution der Immunität grundsätzlich zu beseitigen. Herr Gottfried Feder ist nicht verpflichtet, Rechtsgeschichte zu kennen. Infolgedessen hat er einen sehr grotesken Irrtum begangen und gesagt, dieses Parlament habe den Begriff der Immunität sehr charakteristischerweise aus der Medizin bezogen, um sich gegen Infektion nun gesichert zu wissen. Dort hat Herr Gottfried Feder dargelegt, daß die Immunität die mächtigste Institution des Parlaments sei, eine Art der Feigheit, die dieses Parlament um sich herum errichte und die niedergerissen werden müsse. Von dieser Seite her also sind die Nationalsozialisten in der gräßlichsten Verlegenheit, wollen sie ehrlich nach ihrer Ideologie handeln, wie sie sich mit diesem Immunitätsproblem abfinden sollen.

Als ich das oben im Ausschuß mitteilte, antwortete Herr Stöhr: Ja, das sei gedacht für die Situation, da die Nationalsozialisten über dieses Parlament hinweg ihren Staat eingerichtet hätten. Es ist uns erzählt worden, daß das eigentümliche Wesen des nationalsozialistischen Ethos in der Verantwortung bestehe. Meine Herren, was

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0078

Sie betreiben, ist, ein Moratorium der Verantwortung sich selber auszustellen, und wir sind nicht gewillt, Ihnen bei diesem selbst ausgestellten Moratorium, das gegen ihre eigenen Grundsätze verstößt, wenn sie ideenmäßig stark durchgehalten würden, zu folgen.

Was ich weiter auseinandersetzen will, geht von der Presse aus.

Wogegen ich mich in dieser Situation wende, ist dies: daß das Parlaments-Mandat tatsächlich zu einer Flucht aus der Verantwortung geworden ist, daß hier eine völlige Umdrehung des historischen Gedankens der Immunität eingetreten ist, des Schutzes vor einer von außen eintretenden Obrigkeit, ein glatter Mißbrauch, der für die Presse und ihr eigentümliches Wesen zu einem unerträglichen Zustand führt.

Es wäre verlockend, die Debatte des Spätabends noch einmal aufzunehmen und etwas zu sagen von dem Problem des Parlamentarismus und der Demokratie.

Der Parlamentarismus und die Demokratie setzen zum Funktionieren eine gewisse Fairneß voraus, eine gewisse durchgehende menschliche Anständigkeit im Verhältnis derer, die miteinander und gegeneinander handeln.

(Lachen bei den Nationalsozialisten.)

— Sie lachen darüber, weil die Voraussetzung dieser aller politischen Arbeit von Ihnen nicht anerkannt wird. Dann aber: indem Sie diese Anerkennung versagen, treiben Sie das Doppelspiel, einmal sentimental zu weinen über die Demokratie, die Ihnen Böses tut, indem sie ihrer Machtpflicht als Staat genügt, das andere Mal einen privaten Zynismus zu pflegen, es sei Ihr gutes Recht, daß Sie die Institution der Demokratie ohne Gegenwehr durch Unfug und Mißbrauch ruinieren.

Die Voraussetzung für die Arbeit hier in diesem Hause ist ja nun einfach die Anwendung einer gemeinsamen Sprache und das Schlimmste der Lage, daß Sie mit Ihrer Sprache diese Gemeinschaft draußen und drinnen bewußt verderben. Aber davon haben wir im Augenblick nicht zu handeln, sondern wir haben einfach zu sagen: wir wären unverantwortlich gegenüber Würde und Aufgabe des Parlaments, wenn wir nicht die Konsequenzen der Notwehr, in die wir durch Ihr Verhalten gezwungen sind, bis zum letzten ziehen würden.

Staat und Wirtschaft.

Bei der Haushaltsberatung des Reichswirtschaftsministeriums im Reichstag machte der Abg. Dr. Heuß am 13. 2. grundsätzliche Ausführungen über Staat und Wirtschaft. Dabei erklärte er gegenüber dem sozialdemokratischen Abg. Tarnow:

„Er setzte die These, daß die Problemstellung Staat und Wirtschaft als Gegensatzpaare vorbei sei; der Staat binde die Wirtschaft, das sei das Neue und Entscheidende. Nun kennt die Wirtschaftsgeschichte ein ewiges Hin und Her, ein Lockern und Festigen der Wechselbeziehungen. Das soll jetzt nicht beschrieben werden. Aber ich warne uns alle davor, zeitlich bedingte Erscheinungen mit solcher Absolutheit zu formulieren. Hier stößt der Staat noch vor, dort, in sehr vielen Bezirken der Wirtschaft befindet sich der Staat ganz bewußt schon wieder auf dem Rückzug aus der Wirtschaft, weil sich die „öffentliche Hand" — denken Sie an kaufmännische Versuche der Kommunen, an Regiebetriebe — oft genug die Finger verbrannt hat. Noch ein anderes: ein großer Teil dessen, was bei den einen theoretische Ansage des kommenden Sozialismus, „Marxismus" in polemischem Sinne bei den anderen ist, stellt im Grunde nichts anderes dar als, wenn ich so sagen darf, Restverwaltung der Kriegsorganisation, Restverwaltung dessen, was einmal Kriegssozialismus genannt wurde, Ersatz der freien gesellschaftlichen Kräfte durch Paragraphengestänge.

Freilich, der gelegentlich monotone Ruf nach der „freien Wirtschaft" ist auch oft eine höchst zweifelhafte politische Vergnügung, vor allem dann, wenn etwa auf großen Kongressen prachtvolle Resolutionen zugunsten der freien Wirtschaft und gegen die öffentliche Hand gefaßt werden, die Teilnehmer sich aber nach der Abstimmung umsehen, ob sie nicht einen Ministerialrat treffen, mit dem sie über die Möglichkeit einer Subvention, einer Kreditgewährung und dergleichen sich unterhalten können. Ich lehne es ab, die Struktur unserer Wirtschaft als bereits in ein paar engen Begriffen fixiert anzusehen. Wir erblicken das Nebeneinander der öffentlichen und der privatwirtschaftlichen Betriebsform oder Unternehmung, fordern aber, daß die Konkurrenzmöglichkeiten, die Voraussetzungen der beiden Typen, vom Staat aus gesehen, in der Besteuerung und in dem Auftragszuweis gleichgehalten werden, damit die letzte, der Konsument, aus diesem Wettbewerb zu gleichen Bedingungen den Nutzen haben wird."

Wirtschaftskrise und Handelspolitik.

Zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums sprach im Haushaltsausschuß der staatparteiliche Abgeordnete Dr. Stolper. Er führte zur Preisabbau-Aktion etwa folgendes aus:

„Es müsse auffallen, daß Deutschland das einzige Land mit einer Preisabbauaktion der Regierung sei. In allen kapitalistischen Ländern würde sonst ein Preisrückgang als Depressionszeichen, als etwas Unerfreuliches empfunden, und ein Preisaufstieg als Aufschwungszeichen begrüßt. In allen kapitalistischen Ländern vollziehe sich der Preisabbau nur unter dem Druck

der kapitalistischen Konkurrenz. In Deutschland könne sich das Gesetz der kapitalistischen Konkurrenz nicht durchsetzen, weil es an allen Ecken und Enden gefesselt sei. Man habe das Gefühl, daß vom Preisabbau zuviel im Verhältnis zum Erfolg und zulange im Verhältnis zu den psychologischen Bindungen der Wirtschaft geredet werde. Die Rede vom Preisabbau verschärfe und verlängere die Wirtschaftskrise. Er bittet deshalb die Regierung, die Aktion so energisch wie möglich fortzusetzen, aber auch so rasch wie möglich zum Abschluß zu bringen, weil wir sonst riskieren, den Anschluß an eine Belebung der Weltkonjunktur zu versäumen, Deutschland wäre an sich in der Lage, die Weltwirtschaftskrise am raschesten zu überwinden, denn es habe nicht die Verluste zu erleiden, die die Rohstoffländer und die Industriestaaten mit eigener Rohstoffbasis erlitten haben, und es könnte als reines Verarbeitungsland von der Preisspanne zwischen Rohtsoff und Fabrikat am meisten profitieren.

Wenn Deutschland unter der Krise am meisten zu leiden habe, so seien daran seine Reparationslasten, seine Kapitalnot und Fehler und Unterlassungen seiner eigenen Wirtschafts- und Finanzpolitik schuld. Soweit es sich um Lasten handele, die ihm von außen auferlegt werden, müßte die Außenpolitik dafür sorgen, daß sie gemildert werden. Das sei die Aufgabe der Reparations- und Handelspolitik. Vor dem Kriege sei der Welthandel eine der vornehmsten Forderungen der Nationalideologie gewesen. Heute verlange die Rechte die Auflösung aller Handelsverträge, predige das Ideal der Autokratie, der Zurückziehung auf den Binnenmarkt. Ein Volk von 65 Millionen Menschen, auf engstem Raum zusammengedrängt, könne nur von der Intensivierung und Qualitätssteigerung seiner Arbeit und ihrer Verwertung auf dem Weltmarkt leben. Deutschland könne nicht auf Export verzichten und müsse seine Handelspolitik auf ihn einstellen. Die deutsche Wirtschaft habe im Aufbau ihres Außenhandels seit dem Kriege bewundernswerte Erfolge erzielt. Deutschlands Export an Fertigwaren ist heute zum ersten Male in der Geschichte größer als der Englands. Wir können es nicht ertragen, daß die Handelspolitik die Erfolge der deutschen Wirtschaft zunichte zu machen drohe. Wenn wir von den anderen die Niederlegung der Zollmauern fordern, müssen wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Bezüglich der Subventionsanträge behalte sich die Fraktion der Deutschen Staatspartei die Stellungnahme für die Spezialdebatte vor. Ebenso werde sie dann Anträge stellen, um die drohende Einschränkung der Arbeiten der Reichsstatistik nach Möglichkeit abzuwenden."

Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtspflege.

Bei der Beratung des Etats des preußischen Wohlfahrtsministeriums führte die Abgeordnete Dr. Wunderlich u. a. aus:

Etwa ein Viertel aller unterstützten Arbeitslosen war im Herbst des Vorjahres wohlfahrtserwerbslos. Im Reich wird die Ziffer schon auf etwa eine Million geschätzt. Am 21. Dezember 1930 standen in der öffentlichen Fürsorge der preußischen Stadtkreise 417 900 Wohlfahrtserwerbslose, der Landkreise 181 000, in letzteren mit Angehörigen 495 000. Insgesamt haben die preußischen Fürsorgeverbände etwa 600 000 Wohlfahrtserwerbslose ohne Angehörige versorgt. Dabei ist gegenüber dem Vorjahre in den Stadtkreisen eine Steigerung auf 246 Prozent erfolgt, in den Landkreisen auf 398 Prozent. Aus der Statistik des Reichsstädtebundes ergibt sich, daß Ende April 1930 in den kleinen Städten auf 1000 Einwohner 7,4 Wohlfahrtserwerbslose kamen und Ende November 1930, also über ein halbes Jahr später, 14,2. In den kleinen Städten fällt diese Last überwiegend auf den schwer um seine Existenz ringenden Mittelstand. Es kommt dort auch noch besonders belastend hinzu, daß die Angehörigen der Landwirtschaft aus der Krisenfürsorge ausgeschlossen sind und dadurch der Kreis der Wohlfahrtserwerbslosen noch größer wird. Die Neuregelung der Krisenfürsorge hat zwar dafür gesorgt, daß der Reichsetat vor Erschütterungen geschützt wird, aber die Gemeinden preisgegeben. Es ist jetzt höchste Zeit, daß eine Vereinheitlichung der Krisenfürsorge und der kommunalen Arbeitslosenfürsorge erfolgt, da kein Grund mehr besteht, an diesem Unterschied festzuhalten. Sozialpolitische und finanzielle Gesichtspunkte sprechen für eine Zusammenfassung des an sich ganz gleichartigen Personenkreises beider Einrichtungen in einer gemeinsamen Versorgung. Aber mit der organisatorischen Vereinheitlichung, die zweifellos eine Rationalisierung der Verwaltung bringen kann, ist noch nicht genug geschehen. Es muß auch die Lastenverteilung neu geregelt werden, es muß endlich anerkannt werden, daß die Wirtschaftskrise kein örtliches Problem ist, daß die Sorge für die Arbeitslosen mit den finanziellen Kräften der Gemeinde nicht bewältigt werden kann, sondern Sache des Reiches ist, daß hier das Reich allein als Kostenträger in Frage kommt. Die Durchführung des Unterstützungswerks möge man den Kommunen überlassen. Sie haben die Einrichtung, sie haben die praktischen Erfahrungen.

Ganz besondere Sorge macht uns die Erwerbslosigkeit der Minderjährigen, deren Zahl im Reich etwa eine halbe Million erreichen wird. Hier spricht nicht nur materielle Not, sondern ganz schwere Entwicklungs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0080

gefahr, die Gefahr eines Bruchs für das ganze Leben, eines Zerfalls mit der Umwelt bei den Jugendlichen, eine Steigerung des Abenteuerdranges bei der männlichen Jugend, sittliche Gefährdung bei der weiblichen.

Eine gewisse Sparreserve bleibt den Kommunen in der stärkeren Inanspruchnahme der freien Wohlfahrtspflege, ganz besonders ihrer Anstalten. Die Deutsche Liga für dreie Wohlfahrtspflege hat berechnet, daß ein Fürsorgezögling in einerfreien Anstalt täglich 2 RM weniger, ein Alter 75 Rpf. weniger und ein Pflegekind nur ein Drittel soviel wie in einer öffentlichen Anstalt kostet. In Zeiten so großer Massennot wird man daher die Hilfe dankbar annehmen müssen, die von den freien Organisationen angeboten wird. Wir denken dabei nicht an eine Abtretung ganzer Aufgabengebiete oder notwendiger kommunaler Aufgaben, nicht an eine Zersplitterung der Wohlfahrtspflege, deren Vereinlichung mühsam erreicht worden ist. Wir erstreben vielmehr eine fruchtbare Zusammenarbeit der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, die mit dazu helfen soll, die öffentliche Wohlfahrtspflege vor zu starker Bürokratisierung zu bewahren und das persönliche Moment in ihr zu stärken.

Preissenkung und öffentliche Betriebe.

In der Aussprache über den Etat des preußischen Handelsministeriums im Landtag führte der Abgeordnete Dr. Zeitlin u. a. aus:

Die Zahl der Konkurse im Einzelhandel hat im Jahre 1930 gegenüber 1929 um 31 Prozent zugenommen, wobei die Unzahl stiller Wirtschaftstragödien ohne Konkursrichter und ohne Vergleichsverfahren noch gar nicht berücksichtigt ist. Die eindringliche Sprache dieser Zahlen und Tatsachen wirkt erschütternd. Aber wir müssen uns fragen, ob es demgegenüber überhaupt Allheilmittel gibt. Ich glaube das nicht. Weder erzwungener Preisabbau noch erzwungener Lohnabbau bringen das Kunststück fertig, Krise in Konjunktur und Niedergang in Aufstieg der Wirtschaft zu verwandeln. Wie man die Krise auch nennen mag, ob Preiskrise, Lohnkrise oder sonstwie, das ist nicht entscheidend. Preis- und Lohnabbau finden ihre Grenzen an der harten Tatsache der Unbeweglichkeit und Starre wichtigster Unkostenbestandteile: Mieten, Steuern, Verkehrstarife, Post, Kommunaltarife aller Art, Licht und Wärme. Alle diese Dinge sind schwer beweglich und starr, wobei festgestellt werden muß, daß oft nicht einmal der gute Wille vorhanden zu sein scheint, von gebotenen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Wenn beispielsweise eine Reihe kommunaler Betriebe und Werke trotz verbilligter Stromlieferungen nicht an Tarifsenkungen denkt, wenn die Tarife nicht um den Satz der Verbilligung an die Abnehmer weitergegeben werden, so ist schärfste Prüfung am Platze und zu fragen, ob die Notlage wirklich so groß ist, daß auf diese Selbstverständlichkeit, nämlich eine Verbilligung, die man selbst erhalten hat, weiterzugeben, verzichtet werden kann. Hier scheint es sich übrigens um eine Welterscheinung gerade auf diesem Spezialgebiet zu handeln. — Ich erinnere an die viel beachteten Worte des amerikanischen Botschafters Sackett bei der Eröffnung der Weltkraftkonferenz, der auf die ungeheure Differenz zwischen den Selbstkosten der Elektrizität und den Kosten, die der Verbraucher dafür zahlen muß, hinwies.

Lohnpolitik und Handwerk.

In der Haushaltsdebatte des preußischen Handelsministeriums führte der Abgeordnete Kniest u. a. folgendes aus:

Es ist doch bezeichnend für die Lage unseres Mittelstandes, wenn fast durchschnittlich 50 Prozent der Gewerbetreibenden keine Gewerbesteuer zahlen, weil sie unter 1500 RM Einkommen haben. Wenn wir immer wieder den Vorwurf hören, daß die Stundenlöhne, die der Handwerksmeister bei Lohnarbeiten in Rechnung stellt, übersetzt seien, so stimmt das auch nicht. Wir haben im allgemeinen in der Vorkriegszeit den Arbeitern Löhne von 50 und 55 Pfennigen zahlen müssen. Ich habe in meinem Leben schon beim Abschluß vieler Tarife mitgewirkt. Heute müssen wir durchschnittlich 1 RM bezahlen. Die Geschäftsunkosten waren in der Vorkriegszeit so gering, daß sie fast gar nicht beachtet wurden. Wir haben früher z. B. an Kirchensteuer so wenig gezahlt, daß sie kaum beachtet wurde, und heute macht die Kirchensteuer mehr als die Einkommensteuer von früher aus. Die Spesen haben heute eine ganz andere Höhe als früher. Zu der 1 RM Stundenlohn müssen heute mindestens durchschnittlich 70 bis 75 Prozent Unkosten hinzugerechnet werden, und dann kommt erst der Verdienst. Wenn Sie also eine Rechnung bekommen, in der 2 RM oder auch 2,20 RM für die Stunde angesetzt sind, so ist diese Rechnung nicht zu hoch. Ich will allerdings zugeben, daß es hier und da Ausnahmen gibt. Im großen und ganzen liegt es aber so, daß man sich leider mit diesen Sätzen abfinden muß. Die Preise sind einmal durch die Lohntarife, die ich immer anerkannt habe, und zweitens durch die gegebenen Geschäftsunkosten bedingt. Eine Folgeerscheinung davon ist natürlich, daß die Arbeitsaufträge zurückgehen, daß sich jeder selbst zu helfen sucht, und dann kommt die Schwarzarbeit. Das sind Nebenerscheinungen, die hiermit zusammenhängen, für die man aber das Handwerk wirklich nicht verantwortlich machen kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0081

Betrachtungen zur Alkoholfrage.

Bei der Beratung des Wohlfahrtsetats im preußischen Landtag führte die Abgeordnete Dönhoff u. a. aus:

Die schwerste Hemmung eines Fortschritts auf dem Gebiet der Zurückdrängung der Alkoholgefahren in unserem Volke sind erstens die einseitigen Fanatiker, die die Zusammenarbeit in dieser Frage erschweren, hauptsächlich aber zweitens die große Zahl der Gleichgültigen, die ein Problem nicht sehen oder es aus irgendwelchen egoistischen Beweggründen nicht sehen wollen. Ich verstehe unter den einseitigen Fanatikern ganz sicher nicht alle die Männer und Frauen, die sich für die Abstinenz erklären und sie für sich durchhalten; denn eine völlige Enthaltsamkeit ist sicher Voraussetzung für die Wirksamkeit auf manchen Gebieten der Alkoholbekämpfung. Ich darf nur an die Trinkerfürsorge denken, und wir wollen dankbar sein, daß sich immer wieder Idealisten finden, die diese schwere und doch notwendige Aufgabe übernehmen. Ich halte auch die Fachorganisationen auf diesem Gebiete nicht überflüssig, schon weil sie die Aufgaben der Forschung zu erfüllen, die Propaganda zu leisten haben und überhaupt dafür sorgen müssen, daß das Gewissen diesen Fragen gegenüber nicht einschläft. Aber über diese eben erwähnten Kreise hinaus sehe ich doch in der Arbeit an der Alkoholfrage eine Aufgabe, die mit in den Kreis der sozialen und kulturellen Bestrebungen hineingehört, die von ganz weit gezogenen Personenkreisen getragen werden müssen.

Ich will davon absehen, im einzelnen auf das Gebiet einzugehen, ich möchte nur diese eine Feststellung machen: eine Erschwerung der Arbeit, neben vielen anderen, ergibt sich aus der Gefühlsweise der deutschen Männer, die ihre Freiheit und geheiligten Rechte bedroht sehen, wenn man beweisen will, daß es auch ohne Alkohol geht und unter Umständen gehen muß . . . es ist nicht die erste Sorge, die studentischen Kreise vor den Gefahren des Alkohols zu behüten. Sie haben mehr Mittel der Selbstbewahrung und der Selbsthilfe als andere, als die breiten Kreise der ärmsten Bevölkerung, unter der ein furchtbares und vermeidbares Elend durch die Unmäßigkeit im Alkoholgenuß angerichtet wird.

Aus der Partei

Unsere Arbeit

Am 15. Januar fand in Hamburg eine Aussprache der Mitglieder des Hamburger Ausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe statt. Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann Fischer referierte über die Deutsche Staatspartei und die Stellung der Wirtschaft in ihr. Er betonte, daß es jetzt nicht mehr darauf ankäme, Schwierigkeiten, die vielleicht bei der Gründung der Partei wichtig waren, weiterhin zu betonen; man müsse das, was damals Trennungen schuf, vergessen und fragen, ob die Grundgedanken der Deutschen Staatspartei eine innere Verpflichtung der fortschrittlichen Kreise der Wirtschaft, in dieser Partei mitzuarbeiten, begründen. Der Redner betonte, daß die beiden sich ergänzenden Grundgedanken der Deutschen Staatspartei, die stärkere Betonung des Staatsgedankens an sich gegenüber dem Interessententum und die Sammlung des freiheitlichen Bürgertums zu einer großen Partei der Mitte innerlich miteinander zusammenhängen. Auch heute noch betrachte es die Partei als ihre oberste Aufgabe, das Bürgertum zur Sammlung aufzurufen. Es sei heute so, daß der Durchschnittsbürger im Deutschen Reich nicht mehr den Träger der Schicksalsgemeinschaft Mitteleuropas sehe, daß er gar nicht mehr dran denke, daß wir eine ungeheure Tradition zu wahren haben. So wie der Staat ihm entgegentrete, nämlich als der Schiedsrichter über Zölle für Perlmutterknöpfe oder Blechknöpfe, als Verteiler von Subventionen für alle möglichen industriellen oder landwirtschaftlichen Produktionszweige usw., so sehe selbstverständlich auch der Bürger nun den Staat nur unter dem Gesichtspunkt dieser Dinge. Dabei befinde sich die deutsche Nation infolge des unglücklichen Ausgangs des Weltkrieges in einer Lage, in der der Staatsgedanke nicht schwächer, sondern stärker sein müßte als je zuvor, und in der er diese Trivialisierung nicht verträgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0082

In Königsberg i. Pr. wurde eine Ortsgruppe der Staatspartei gegründet, zu deren Vorsitzenden Direktor Renker gewählt wurde. Stadtkämmerer Dr. Lehmann sprach über die politische Lage.

In Tilsit sprach am Reichsgründungstag Direktor Renker.

In Lötzen fand eine Reichsgründungsfeier statt, auf der Amtsgerichtsrat Dongowski und Gutsbesitzer Westphal-Grünwalde über die Entwicklung vom Kleinstaat zum Reich sprachen.

Der preußische Finanzminister, Dr. Höpker Aschoff, sprach am 19. Januar auf einer Reichsgründungsfeier in Schneidemühl.

Weiterhin sprach Höpker Aschoff auf dem Wahlkreisparteitag in Bielefeld und in einer Versammlung in Brandenburg an der Havel.

Die Wahlkreise Potsdam II und Berlin veranstalteten am 19. Januar eine Kundgebung, auf der der Vorsitzende der Deutschen Staatspartei, Reichsfinanzminister Dietrich, über die politische Situation sprach. Wir entnehmen seinem Vortrag, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, die Ausführungen über das Reparationsproblem:

„Es sei überaus bedauerlich, wenn man sehe, wie wenig in Deutschland innerlich mit dem Reparationsproblem gerungen würde. Für die Revision gäbe es zwei Möglichkeiten. Erstens: wir beriefen den Beratenden Ausschuß der Bank für internationale Zahlungen ein und erklärten, daß Währung und Wirtschaft bei uns in Gefahr seien. Zweitens: Wir erklären, daß eine Uebertragung der Zahlungen ins Ausland nicht möglich sei. Dann würden die Gelder bei der Reichsbank angesammelt und der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt.

Mit einem Strich kann man die Reparationsfrage nicht aus der Welt schaffen. Die beteiligten Stellen müssen sich sehr wohl überlegen, welches die Folgen sind, wenn im ungeeigneten Zeitpunkt und in einer ungeeigneten Situation eine Revision des Young-Planes von uns beantragt wird. Man mag die Tatsache der kurzfristigen Milliardenkredite bedauern, — man kommt aber nicht daran vorbei, daß durch die deutsche Privatverschuldung ans Ausland für unsere Wirtschaft und für unser Volk ein Zustand hervorgerufen werden kann, der die schwersten Gefahren in sich birgt.

Er sei gewillt, eine entschlossene Friedenspolitik zu treiben. Die Idee des Friedens sei aber überlagert von der Idee der Gerechtigkeit. In einem allmählichen Prozeß werde beseitigt werden, was uns in den Fesseln der Verträge hält. Die Männer vom Dritten Reich hätten noch nicht den Weg zur Freiheit gezeigt. Notwendig sei, daß das deutsche Volk mit Staatsgesinnung erfüllt sei, daran wolle gerade die Staatspartei mitarbeiten und das sei ihre ureigentliche Idee."

Die Ortsgruppe der Deutschen Staatspartei in Frankfurt a. d. Oder veranstaltete eine zahlreich besuchte Reichsgründungsfeier, auf der Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann Fischer die Festrede hielt.

In Fürstenwalde a. d. Spree sprach der Reichstagsabgeordnete Dr. Hermann Fischer.

In Stettin konstituierte sich der Wahlkreisverband Pommern der Deutschen Staatspartei, als dessen Vorsitzender Professor Ziegler-Greifswald gewählt wurde. In einer Kundgebung anläßlich des Reichsgründungstages sprach Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R., über die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches aus der Not der Gegenwart, wobei sie u. a. ausführte:

„Die innere Schwäche, das Unvollendeste der Reichsgründung von 1871, erklärt das Schicksal des deutschen Volkes durch 60 Jahre hindurch. Aufgabe sei es, was in Weimar gewollt, durchzuhalten, zu entwickeln. Friedrich Naumann hat seinerzeit darauf hingewiesen, daß die seelische Auswirkung des Krieges vielleicht in 10 Jahren sich zeigen werde. Er hat auch weiter darauf hingewiesen, daß im Volke das Vertrauen auf Weltgerechtigkeit und die Entwicklung des Völkerbundes geweckt werden müsse. Die Deutsche Staatspartei müsse diesen klaren Weg suchen. Nationale Tapferkeit ist es, wenn man den Tatsachen des Grauens ins Auge sieht. Es ist schwer und es gehört Mut dazu, das Volk zu einem Eingeständnis der realen machtpolitischen Verhältnisse zu führen. Das deutsche Volk muß seine Politik einstellen auf die Befestigung des Friedensgedankens. Die Deutsche Staatspartei erblickt ihre Aufgabe auch gegenüber der Jugend darin, zu einem nationalen Friedensgedanken zu führen. Rücksichtsloser Kampf um das Prinzip der internationalen Gerechtigkeit, Gewissenhaftigkeit und Wahrheit gegenüber den realen Machtverhältnissen sei Leitgedanke ihrer Arbeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0083

Die Belastung, die das deutsche Volk zu tragen habe, sei nur ein Teil der Phase einer Weltkrise. Auch nach dem siegreichen Krieg 1871/72 war Deutschland das Feld einer Wirtschaftskrise. Die Frage, wie wir uns aufrichten können, kann nicht nur national-wirtschaftlich gelöst werden, sondern es muß auch die weltwirtschaftliche Seite in Betracht gezogen werden. Zu dieser Erkenntnis gehört Erziehung des Volkes, damit es den Tatsachen besonnen gegenüber steht und die Gefahr des Durchbruches von Unbesonnenheiten verhindern wird.

Die Ortsgruppe Görlitz veranstaltete eine Reichsgründungsfeier, bei der Landrat Schröter über die Deutsche Außenpolitik in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sprach.

Im Wahlkreis Magdeburg-Anhalt wurde in den letzten Wochen eine lebhafte Werbearbeit entfaltet. Landtagsabgeordneter Nuschke sprach in einer Ortsgruppenversammlung in Halberstadt über die Aufgaben der Deutschen Staatspartei, Landtagsabgeordneter Dr. Bohner auf einer Vertrauensmännerkonferenz im Bezirk Ostharz, in einer Ortsgruppenversammlung in Burg und auf einer Reichsgründungsfeier in Stendal, Oberregierungsrat Bauer in Hadmersleben. Die Ortsgruppe Magdeburg hielt ihre Hauptversammlung ab, in der der bisherige Vorsitzende, Konrektor Max Henning, wiedergewählt wurde. Eine lebendige Aufklärungsarbeit leistet die Frauen- und Jugendgruppe in Magdeburg. In der Frauengruppe sprachen Dr. Bohner über die nationalsozialistische Bewegung, und Redakteur Diefenthal über das Reparationsproblem.

Im Wahlkreis Halle-Merseburg hielt Minister Dr. Schreiber eine Reihe von sehr gut besuchten Versammlungen ab. In Halle sowohl wie in Weißenfels, Sangerhausen und Eisleben sprach der Minister über die Ursachen der Krise, sowie über Möglichkeiten ihrer Ueberwindung, wobei er mit der verantwortungslosen Politik der Radikalen auf beiden Seiten abrechnete. Als erfreuliche Tatsache ist festzustellen, daß die Versammlungen von Vertretern aller Berufe der Industrie, Wirtschaft, des Handwerks, wie auch der Beamten- und Angestelltenschaft, besucht waren.

Das Mitglied der Fraktionsgemeinschaft der Deutschen Staatspartei im Reichstag, der Bauer Hillebrand, sprach auf dem Schlesischen Bauerntag, wobei er ausführte, daß die fortschrittliche Bauernbewegung sich grundsätzlich zur Republik bekannt habe. Sie fordere aber, daß sich die in der Not geschaffene Verfassung den staatspolitischen und wirtschaftlichen Eigenarten des deutschen Volkes anpasse. Der Bauernstand von heute verlange einen Volksstaat, in dem die Führer nicht nach gesellschaftlicher Tradition, sondern aus lebendiger Verbundenheit mit dem Volke, aus geistiger Ueberlegenheit und moralischer Bewährung maßgebend sein müßten.

In Halle sprach der Fraktionsvorsitzende Dr. August Weber.

In Kiel sprach am 23. Januar der Reichstagsabgeordnete Dr. Winschuh über das Thema: „Der Staatsbürger zwischen Krise und Diktatur". Ueber das gleiche Thema hatte Winschuh am 17. Januar in Aachen und am 25. in Eberswalde in gutbesuchten Versammlungen behandelt.

Er knüpfte an die Feier des Reichsgründungstages an, die das deutsche Volk nicht einig gezeigt habe. Viele deutsche Menschen seien auf der Suche nach einem neuen Staat und glaubten, diesen Staat umstürzen zu müssen. Auch der Staat von Weimar stände auf den Schultern Bismarcks. Das beste Beispiel einer Brücke und Versöhnung zwischen dem Reich von 1871 und dem Staat von Weimar gebe Hindenburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0084

Dr. Winschuh geißelte dann scharf die skrupellose Agitation der Radikalen. Der Nationalsozialismus könne nicht allein mit Abwehr bekämpft werden. Entschiedene Reformen und Weiterentwicklung des heutigen Systems müßten hinzutreten. Weimar sei kein Abschluß, sondern ein Anfang. Der Volksstaat erlebe heute seine entscheidende Krise. Um sie zu überstehen und um die Demokratie zu festigen, müsse er sich auch zu Reformen aufraffen. Wir brauchen Führung und Autorität in der Demokratie und Gegengewichte in der Verfassung zu einem Parlamentarismus, der nicht leistungsfähig ist. Der Staat müsse über die Parteien gestellt werden, damit der deutsche Mensch an ihn glauben könne. Republikanischer und nationaler Gedanke müssen sich durchdringen. Die Staatspartei müsse loskommen von einem grundsätzlichen Zusammengehen mit einer konservativ gewordenen Sozialdemokratie, die unfähig zur lebendigen Weiterentwicklung der heutigen Zustände geworden sei.

Die sozialen Gefahren der Wirtschaftskrise setzten sich aus drei Faktoren zusammen: erstens aus dem deutschen Anteil an der Weltwirtschaftkrise, zweitens aus den Kriegsfolgen und Reparationen, drittens aus Fehlern der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine Revision des Young-Planes erreichten wir nicht durch ein undisziplinertes Revisionsgeschrei. Die nationalistische Häufung von Revisionsforderungen sei außenpolitischer Dilettantismus, der Deutschland von neuem isoliere. Zur Ueberwindung der Krise brauchen wir Reformen. Neue Steuern seien unsinnig. Der Weg aus der Krise führe über die Senkung der Unkosten und Anpassung der Preise, über die Wiederkehr des Vertrauens der Wirtschaft und insbesondere des Kapitals zur Politik. Für die Zukunft müsse man beobachten, daß wir ein kapitalarmes aber menschenreiches Land seien. Unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik müsse sich darauf abstellen, möglichst viele Menschen zu beschäftigen und die Rationalisierung nicht zu übertreiben. Das verlange Einsicht von den Gewerkschaften, die durch eine überspannte Lohnpolitik oft die Verdrängung des Menschen durch die Maschine gefördert hätten. Es sei richtiger alle Hirne und Hände zu niedrigeren Löhnen zu beschäftigen als einen künstlich hochgehaltenen Lohnstand mit steigender Maschinisierung und Arbeitslosigkeit zu bezahlen.

Unter zahlreicher Beteiligung hielt am 25. Januar die Deutsche Staatspartei für den Wahlkreis Südhannover-Braunschweig unter Leitung des Präsidenten Dr. Frommhold in Hannover ihren Gründungsparteitag ab. Reichstagsabgeordneter Dr. August Weber sprach über „Wille und Weg der Deutschen Staatspartei". Ausgehend von der Weltwirtschaftskrise, die bei der internationalen Verflechtung der Wirtschaft aller Völker auch das deutsche Volk mit voller Wucht treffe, kennzeichnete er die Aufgaben, vor die die Deutsche Staatspartei aus dieser Lage heraus sich gestellt sieht.

Einstimmig wurde Professor Dr. Erich Obst-Hannover zum 1. Vorsitzenden des Wahlkreisvorstandes gewählt.

In einer Versammlung des Ortsvereins Hannover sprach Professor Dr. Erich Obst über die Aufgaben der Staatspartei in der politischen Krise.

Auf dem gutbesuchten Landesparteitag in Oldenburg sprach der preußische Landtagsabgeordnete Otto Nuschke.

In einer Versammlung der Deutschen Staatspartei in Wiesbaden sprach Theodor Heuß, M. d. R., über das Thema „Dietrich oder Hitler?"

Aus den Ausführungen entnehmen wir:

Die Führer der Nationalsozialisten seien lange nicht mehr so primitiv, als vor der Wahl, wo es sich um bloße Agitation gehandelt habe. Die außenpolitische Entscheidung male sich in manchen Köpfen furchtbar einfach. Sie glaubten, daß bei einem Bündnis zwischen England, Mussolini und Deutschland gegen Frankreich sich die deutsche Freiheit von selbst ergebe. Man vergesse, daß Mussolini stets italienische Politik treibe, zu der er andere nur für seine Zwecke brauche. Das Programm der 25 Sätze und die Bücher ihres Führers Dr. Feder fordern Brechung der Zinsknechtschaft, wie dieses System sich in die internationale Gesetzgebung einfügen solle, sei unerfindlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0085

Die in Aussicht genommenen Staatskassenscheine würden nicht vom Ausland anerkannt werden. Die Fragestellung Dietrich oder Hitler bedeute, ob man auf dem Boden der Demokratie oder des Faschismus regieren wolle, bei dem der Führer sich selbst für das Volk und seine Gesamtheit einsetze, wo Gefolgschaft nur Haß und Verfolgung bedeute, wo deutsches Leben gestört würde durch gesuchte Gegensätze. Demokratie sei dagegen persönliche Verantwortlichkeit jedes einzelnen.

Professor Deutschbein-Marburg sprach auf einer Vertretertagung des Bezirksverbandes Wetzlar.

In Augsburg sprach Abgeordneter Dr. Stolper in einer Gründungsversammlung der Staatspartei.

Der Kreisverband Leipzig der Deutschen Staatspartei veranstaltete am 18. Januar einen Vertretertag, auf dem der wiedergewählte Vorsitzende des Wahlkreises Leipzig, Professor Dr. Goetz, der 60. Wiederkehr des Reichsgründungstages gedachte.

Reichstagsabgeordneter Theodor Heuß sprach über „Deutsches Schicksal im Jahre 1931", wobei er u. a. ausführte:

„Nach den Wahlen vom 14. September hat es ein Zentralproblem, das der Regierungsbildung, gegeben. In dem kritischsten Stadium deutscher Innenpolitik bleibt sich Brüning seiner Aufgabe bewußt, führt das Sanierungsprogramm konsequent weiter und sucht den Krisenbetrieb des Reichstags zu vermeiden. Der eingeschlagene Weg ist richtig. Das große Verdienst Dietrichs ist, daß er Ordnung in den Wirrwarr des deutschen Steuersystems brachte."

Der Abgeordnete im Sächsischen Landtag, Clauß-Leipzig, besprach Hauptfragen der sächsischen Politik.

In Pfüllendorf in Baden, wo die Staatspartei mit 8 Mandaten im Bezirk die zweitstärkste Fraktion ist, während die Demokraten dort ohne Vertretung waren, sprachen die badischen Landtagsabgeordneten Landwirt Hügle und Zimmermeister Fischer anläßlich einer Reichsgründungsfeier.

Auch im Wahlkreis Baden wird eifrige Arbeit geleistet. In Mannheim sprachen Dr. Helffenstein, Frau Dr. M.-E. Lüders, sowie Fabrikant Richard Freudenberg. In Ludwigshafen sprachen Rechtsanwalt Kehr, Kommerzienrat August Helfferich-Neustadt, sowie Dr. Rumpf-Mannheim.

Eine rege organisatorische Tätigkeit wird in Hamburg geleistet. Die durchgeführte Dezentralisation durch Aufteilung des Staatsgebiets in 15 Bezirke unter einheitlicher Führung erhöht die Intensität der Wirkungskraft der Arbeit. Eine Reihe von Sondergruppen, wie die der Frauen und anderer beruflicher Zusammenschlüsse, sind Zeugnis interessierter und lebendiger Mitarbeit der Parteifreunde.

In Rostock veranstaltete die Ortsgruppe eine Reichsgründungsfeier, bei der Minister Dr. Moeller auf die Notwendigkeit der lebendigen Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart hinwies; aus ihr sei uns der Gedanke des Volksstaates überkommen, der Leitgedanke unserer Arbeit sei.

Reichsbeamtenausschuß der Deutschen Staatspartei.

Auf einer stark besuchten Delegiertentagung der Beamten der Staatspartei sprach Regierungspräsident Jaenicke über die Beamtenpolitik der Staatspartei. Bei den Vorstandswahlen wurde Regierungsrat Vogt, der bisherige Vorsitzende, wiedergewählt, zu seinen Stellvertretern Postsekretärin Else Fisch, Professor

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0086

Dr. Giese-Frankfurt und Reichsbahnobersekretär Schuldt, zum Schatzmeister Reichsbahnobersekretär Fröhlich und zum Schriftführer Studienrat Hufenbach. Der Beamtenausschuß ist mit einem Aufruf an die deutsche Beamtenschaft herangetreten zum Kampf gegen den Radikalismus jeder Art. Zahlreiche führende Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Beamtenschaft haben den Aufruf durch ihre Unterschrift gutgeheißen und unterstützt.

Reichsausschuß für Landwirtschaft in der Deutschen Staatspartei.

Professor Dr. Brandt hielt das Hauptreferat auf der konstituierenden Tagung des Ausschusses für Landwirtschaft. Im Verlauf der Tagung ergriff auch Reichsfinanzminister Dietrich das Wort. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde Landrat a. D. Rönneburg, zum stellvertretenden Vorsitzenden Dohrn-Hökendorf, zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied Lantzsch-Stettin gewählt. Die Diplomlandwirte Schultheiß-Nordhausen und Seher-Lichtenrade, die Landtagsabgeordneten Wachhorst de Wente und Schmiljan, Domänenpächter Dr. August Weber, M. d. R., sowie die Landwirte Petersen-Lübberstedt und Zimmer-Bautzen wurden in den erweiterten Vorstand gewählt.

Jugend

Die Hochschulgruppe der Deutschen Staatspartei an der Universität Leipzig, der Demokratische Studentenbund, veranstaltete eine Reichsgründungsfeier. Im Rahmen dieser Veranstaltung sprach Universitätsprofessor Dr. Keßler über „Deutschtum und Demokratie" und führte u. a. aus:

„Die Idee des modernen Volksstaates, der modernen Demokratie, die auf deutschem Boden entstanden ist, wurde durch Jahrhunderte unserer Geschichte durch die Zersplitterung unseres Reichs und des politischen Willens unterdrückt, während die Mächte des Westens die Fundamente zu ihren Volksstaaten legten. Heute haben auch wir den Volksstaat. Der Staat von heute gefällt uns in vielem nicht. Die Verfassung ist ein Notbau von wenigen Monaten und hat manchen Mangel. Darum dürfen wir uns nicht bei den heutigen Formen beruhigen, wir müssen kämpfen, um echte Volksvertretung, wir müssen unserem Volksstaat verantwortungsfreudige Bürger erziehen, denn Demokratie ist politische Selbsterziehung und tiefe sittliche Verpflichtung im Dienst an den anderen und im Glauben an den Staat."

In der Hochschulgruppe der Deutschen Staatpartei an der Universität Rostock, dem Demokratischen Studentenbund sprach der Reichstagsabgeordnete Dr. Theodor Heuß über den Kampf um den Staat.

An Hand einer Reihe von Beispielen schilderte der Redner die Abschnitte des Kampfes um den Staat in den vergangenen Jahrhunderten. Der Kampf um den Staat wird jetzt ausgefochten zwischen den Vertretern des Repräsentationsgedankens, wie er im Parlament seine gebräuchliche Form gefunden hat, und den Gegnern dieses Systems, die an die Stelle der Willensbildung durch Diskussion und Beschluß den Machtwillen einer einzelnen Persönlichkeit setzen wollen. Philosophische Spekulationen, die auf einen vermeintlich „wahren" Staat hinzielen, sehen irriger Weise davon ab, daß jeder Staat sich unter Anpassung an die Lebensnotwendigkeiten aus den lebendigen Kräften des Volkes entwickelt, oder daß im Gegensatz zur Wohlfahrt des Volkes eine Clique der Mehrheit des Volkes ihren Willen aufzwingt.

Frauen

Im Wahlkreis Potsdam II sprach in der Arbeitsgemeinschaft der Frauen der Deutschen Staatspartei Frau Dr. M.-E. Lüders über das Thema: „Berufsgefährdung der verheirateten Beamtin und Angestellten". Folgende Entschließung wurde dem Fraktionsvorsitzenden der Staatspartei im Reichstag übermittelt:

„Die am 23. Januar 1931 im Preußischen Landtag versammelten Frauen der Deutschen Staatspartei bitten die Reichstagsfraktion der Deutschen Staats-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0087

partei, keinerlei Maßnahmen zuzustimmen, durch die Artikel 14 der Personalabbauverordnung in irgendeiner Form zum Wiederaufleben gebracht werden könnte."

Personalien

Dr. August Weber 60 Jahre.

Am 4. Februar beging der Reichstagsabgeordnete Dr. August Weber seinen 60. Geburtstag.

Im ländlichen Niederdeutschland, in Oldenburg, ist die Heimat August Webers. Lehrtätigkeit in einer Bank seiner Vaterstadt war der Anfang; in den wenigen freien Stunden bildete er sich mit Fleiß und Energie weiter, um Universitätsstudium und juristischen Doktor erreichen zu können. Rasch ging der Weg dann aufwärts; in Bank- und Wirtschaftskreisen vor allem in Sachsen und der Reichshauptstadt wurde er bald bekannt und geschätzt.

Im Weltkrieg stand er ehrenamtlich an wichtiger veranwortungsvoller Stelle. In der Nachkriegszeit übertrug ihm ein Industriezweig der Textilwirtschaft die Leitung. In vielen Spitzenorganisationen der Wirtschaft ist er tätig. Früh schon zog ihn die Politik an; als Jungliberaler stand er Bassermann und Stresemann nahe. Im Reichstag der Vorkriegszeit, von 1907—1911, war er Abgeordneter der Nationalliberalen Partei, deren Vorstand er angehörte.

Krieg und Nachkriegszeit mit ihren schweren wirtschaftlichen Aufgaben hielten ihn der Tagespolitik fern. Aus der Erkenntnis, daß das Bürgertum zum Schaden seiner selbst und der Gesamtheit des Volkes zugrunde gehen müßte, wenn es in seiner unseligen Zersplitterung weiter beharre, vertrat er die Idee der Sammlung der Mitte mit Nachdruck. In der Staatspartei wurde ihm das wichtige Amt des Fraktionsvorsitzenden im Reichstage übertragen.

Der Vorsitzende der Deutschen Staatspartei, Reichsminister Dietrich, hat namens der Parteileitung ein herzlich gehaltenes Glückwunschtelegramm an Dr. Weber geschickt. Auch die Reichstagsfraktion übermittelte Dr. Weber ihre aufrichtigen Wünsche.

Dr. Külz Oberbürgermeister von Dresden.

Reichsminister a. D. Dr. Wilhelm Külz, M. d. R., wurde zum Oberbürgermeister der Stadt Dresden gewählt. Dr. Külz, zweiter Vorsitzender im Kommunalpolitischen Ausschuß der Deutschen Staatspartei, war von 1904 bis 1912 Oberbürgermeister von Bückeburg, dann in Zittau. Von 1923 bis 1926 war Dr. Külz Bürgermeister in Dresden und wurde 1926 zum Reichsminister des Innern ernannt. In den Jahren 1907 bis 1908 ging Dr. Külz kommissarisch für das Reichskolonialamt nach Deutsch-Südwestafrika zur Errichtung der Selbstverwaltung. Die neue Städte-Ordnung für Schaumburg-Lippe hat ihn zum Verfasser; aus seiner Feder stammen zahlreiche verwaltungswissenschaftliche Schriften. Sein besonderes Interesse für die Pflege des Deutschen Volkstums im Grenz- und Auslande findet Ausdruck darin, daß er 2. Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Ausland ist.

Reichsfinanzminister Dietrich übermittelte Dr. Külz die Glückwünsche der Partei und der Fraktion.

Dr. Ehrhardt Oberbürgermeister von Mainz.

Der Stadtrat in Mainz wählte unseren Parteifreund Dr. Ehrhardt zum Oberbürgermeister. Dr. Ehrhardt ist seit 1920 in der Stadtverwaltung tätig und versorgte das besondere Geschicklichkeit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0088

erfordernde Besatzungsdezernat bis zum Auszug der Franzosen. Ferner unterstanden ihm, der während der Ausweisung des Bürgermeisters im Ruhrkampf dessen Stellvertreter war, das Schul-, Wohnungs- und Polizeiwesen. Er führte die jahrelangen Eingemeindungsverhandlungen zu gutem Abschluß, sowie alle Verhandlungen mit dem Reiche, die aus der Besetzung und der früheren Eigenschaft von Mainz als Festung herrührten. Die Parteileitung sprach Dr. Ehrhardt herzliche Glückwünsche aus.

Kampf und Werbung

Braunschweigisches.

Minister Franzen gibt sich alle erdenkliche Mühe, aus Braunschweig eine „nationalsozialistische Oase" zu machen. Nachdem er eben erst seinen von einer preußischen Behörde entlassenen Parteigenossen Klagges nach Braunschweig geholt und zum Regierungsrat ernannt hat, ließ er kürzlich bekanntmachen, daß „politisch verfolgte" Schüler höherer Lehranstalten in Preußen in Braunschweig Unterstützung erhalten, wenn sie aus preußischen Lehranstalten entlassen worden sind, weil sie der Nationalsozialistischen Partei nahestehen. „Natürlich wird jeder Fall gewissenhaft geprüft." Vereinzelt ist es schon vorgekommen, daß Schüler preußischer Lehranstalten in braunschweigischen Schulen Aufnahme gefunden haben.

Man hat in den letzten Wochen viel von der Reichseinheit gesprochen. Wenn man solche Tatsachen liest, fühlt man sich um Jahrhunderte zurückversetzt in die Zeiten, da man vom Sayn-Wittgensteinsche nur ins Leiningen-Westerburgsche Territorium zu entweichen brauchte, um einer Strafe zu entgehen. Ganz abgesehen davon, daß es der von den Nationalsozialisten angeblich gewollten Erziehung zur Autorität wenig förderlich sein dürfte, wenn Braunschweig geradezu eine Prämie für antiautoritäres Handeln aussetzt.

Es gibt im Hitler-Braunschweig noch mehr Widersprüche zwischen Theorie und Praxis. Es hat sich dort ein immer engeres Verhältnis zwischen den Welfen und den Nationalsozialisten herausgebildet. Schon vor einiger Zeit ist der für die Braunschweigisch-Niedersächsische Partei gewählte Stadtverordnete Bartels zur Nationalsozialistischen Partei übergetreten und wird bei den Neuwahlen am 1. März für die Nationalsozialisten kandidieren. Der Parteivorstand der braunschweigisch-Niedersächsischen Partei hat ferner einen Beschluß gefaßt, der den Parteimitgliedern beim Fehlen einer eigenen Stadtverordnetenliste empfiehlt, die nationalsozialistische Liste zu wählen. Es ist bekannt geworden, daß sieben von den neun nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten in den Schutz- und Trutzbund zur Erhaltung der Selbständigkeit des Landes Braunschweig eingetreten sind. Stadtverordneter Bartels erklärte in einer Versammlung der Braunschweigisch-Niedersächsischen Partei, damit rechtfertige sich sein Uebertritt zu den Nationalsozialisten. Er sei der Ansicht, die Selbständigkeit des Landes Braunschweig sei durch die Politik der Nationalsozialisten am besten gewährleistet.

Also: im Programm ein Bekenntnis zum großdeutschen Reich — in der Wirklichkeit Bündnis mit dem engsten Partikularismus! Das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0089

geschieht unter duldender Mitwirkung der Deutschen Volkspartei, deren Führer immer wieder ein glühendes Bekenntnis zur Reichsreform ablegt. Die Koalitionsfreunde seiner Parteifreunde werden kaum dafür zu haben sein. Oder ist es ein Trost, daß Braunschweig seit langem ein Land der politischen Absonderlichkeiten gewesen ist?

Aus dem Dritten Reich.

In der Kampfsitzung des Reichstags am 9. Februar, die dem Auszug der Rechtsparteien vorausging, hat der Abgeordnete Frank II den Nationalsozialismus die „disziplinierteste und geordnetste deutsche Bewegung" genannt. 5 Minuten später gab er einen Beweis seiner nationalen Disziplin, als er von dem „Geschäftsordnungstrick" sprach, den die Mehrheit brauche, „um dem deutschen Volke Regierungen aufzwingen zu können, die in Wirklichkeit nichts anderes sind als Vollzugsausschüsse der französisch-polnischen Welt- oder Leihkapitalpolitik".

Auch an anderer Stelle scheinen Disziplin und Ordnung nicht den Behauptungen Franks zu entsprechen. Es war offenbar nötig, daß Hitler im „Illustrierten Beobachter" schrieb:

„Infolge ihres ersten Sieges sind so viele schlechte, unwürdige, besonders aber feige Elemente in die Organisation der Partei gekommen, daß diese Minderwertigen über die Kampfkräftigen schließlich das Uebergewicht erlangen und die Bewegung nun in den Dienst ihrer eigenen Interessen zwingen, sie auf das Niveau ihrer eigenen geringen Heldenhaftigkeit herunterdrücken und nichts tun, den Sieg der ursprünglichen Idee zu vollenden. Das fanatische Ziel ist damit verwischt, die Kampfkraft gelähmt worden. Es ist deshalb sehr notwendig, daß die Bewegung aus reinem Selbsterhaltungstrieb heraus, so wie sich der Erfolg auf ihre Seite stellt, sofort die Mitgliederaufnahme sperrt und weiterhin nur mehr mit äußerster Vorsicht und nach gründlichster Prüfung eine Vergrößerung ihrer Organisation vornimmt."

Ein schärferes Urteil über die „disziplinierteste und geordnetste deutsche Bewegung" ist bisher kaum von ihren schärfsten Gegnern gefällt worden.

Nach diesen Worten ist es mindestens gewagt, den Nationalsozialismus „als verantwortlichen Träger der deutschen Zukunft" zu bezeichnen, wie es gleichfalls der Abg. Frank II getan hat. Vorläufig ist die Anerkennung der Hitlerbewegung nach dieser Richtung noch einigermaßen umstritten. Beweis dafür ist ein Aufsatz aus der „Täglichen Rundschau", die dem Christlich-sozialen Volksdienst nahesteht. „Christenkreuz oder Hakenkreuz", so heißt es darin, sei die Frage, die vor allem den Führern der evangelischen Kirche gestellt sei.

Wenn wir heute davon hören, fährt das Blatt fort, daß Hunderte von Pfarrern dem Banner des Hakenkreuzes folgen — da es jetzt schon nationalsozialistische Pfarrerbünde gibt —, so fragen wir uns, wo das enden soll. Und wenn wir diese Frage stellen, so sind wir in schwerer Sorge um unsre evangelische Kirche und unser evangelisches Volk, das doch nicht länger mehr der Boden sein sollte, auf dem die politischen Irrlehren am trefflichsten gedeihen. Wo sind die Streiter für Gottes Ehre und Gottes Herrschaftsanspruch gegenüber den Irrlehren des Nationalsozialismus? Warum schweigen die beamteten Führer?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0090

Haben sie nicht viel — und mit Recht — gegen die unchristlichen Tendenzen im marxistischen Sozialismus gestritten? In welche unhaltbare Position kommen sie, wenn sie jetzt schweigen gegenüber den unchristlichen Tendenzen im nationalistischen Sozialismus? Die Frage erheischt eine Antwort.

Auch wir glauben, daß diese Antwort gegeben werden muß: weil die geistige und seelische Krise, in der Deutschland lebt, nicht zu überwinden ist, wenn sich Kirche und Staat feindlich gegenüberstehen.

Hugenbergs Reichsgründungsfeier.

Hugenberg ist einige Zeit lang ziemlich still gewesen. Offenbar hatte die nationalsozialistische Konkurrenz auf die deutschnationale Beweglichkeit lähmend gewirkt. Mit neuen Parolen für 1931 will man den früheren agitatorischen Elan zurückerobern.

Die Paroleausgabe fand am 27. Januar in einer Reichsgründungsfeier der Berliner Deutschnationalen statt. Wir hatten den Sinn der Reichsgründungsfeier darin gesehen, den Reichsgedanken zu beschwören und den Einsatz aller Kräfte für Deutschlands Sicherung und Wiederaufrichtung zu geloben.

Wir finden in Dr. Hugenbergs Worten nichts davon. Er hat eine Rede gehalten, die sich ausschließlich auf parteipolitischer Ebene bewegt. Seine Parolen lauten:

1. Das nationale Deutschland muß Preußen zurückerobern.
2. Sofortige Neuwahlen in Preußen sind zu erzwingen.
3. Wir müssen zur Helfferich-Mark zurückkehren.

Vom Reich wurde in einigen Nebensätzen gesprochen. „Das neue Reich, für das wir kämpfen . . . ist Bismarcks Reich und doch ein ganz anderes Reich." Es „steht klar vor unseren Augen".

Weder diesem nebelhaften Reich der Zukunft noch dem Reich wie es ist und zu dem allein sich zu bekennen und es zu verteidigen Aufgabe ist, wird Dr. Hugenbergs Rede genutzt haben.

„Wir rufen schon heute laut und öffentlich den von uns gewählten Reichspräsidenten an, der übers Jahr vor dem Ende seines Amtes steht: möge er auf der Hut sein, nicht in das Gegenteil von dem hineingezogen zu werden, was er will — in die geschichtliche Verantwortung für einen neuen Staatsstreich, für einen Staatsstreich in Preußen, dem die Reichswehr Gewehr bei Fuß gegenübersteht wie 1918 das alte Heer der roten Matrosenrevolution!"

Glaubt Dr. Hugenberg, mit solchen Andeutungen über einen in seiner Phantasie bevorstehenden Staatsstreich das Vertrauen des In- und Auslandes zu festigen?

„Es gibt einen Weg, der unser Volk aus dem Elend herausführen kann. Nur (!) die nationale Opposition kann ihn weisen und gehen. Kurz könnte man ihn mit dem Worte bezeichnen: Zurück zur Helfferich-Mark. Zurück zu einem inländischen Umlaufmittel, das unserer Wirtschaft eine unabhängige Grundlage der Entwicklung gibt."

Glaubt Dr. Hugenberg, diese Propaganda gegen die Reichsmark gefährde die deutsche Währung nicht?

„Spätestens im Frühjahr 1932 ist verfassungsmäßig ein neuer Preußischer Landtag zu wählen. Im Frühjahr 1932 ist auch ein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0091

neuer Reichspräsident zu wählen . . . Das ist der Entscheidungskampf . . . Es gibt während all der Zeit für den Deutschen nichts Wichtigeres als das!"

Glaubt Dr. Hugenberg, mit so einseitiger Hervorkehrung innerpolitischer Gesichtspunkte der von ihm früher — mit Recht — geforderten Anspannung aller Energien für den außenpolitischen Befreiungskampf zu dienen?

Zu antworten ist: Dr. Hugenbergs Staatsstreichprophezeiung, Roggenwährungspropaganda und Ueberbewertung der inneren Politik sind im höchsten Maße schädlich, weil sie das Vertrauen zur Festigkeit des Staates erschüttern, damit auf den Kredit- und Kapitalmarkt und durch ihn auf die deutsche Wirtschaft im weiteren Sinn ungünstig einwirken. Daß eine Reichsgründungsfeier für solche Ausführungen herhalten mußte, ist tief bedauerlich.

„Im Westen nichts Neues."

Nicht von dem Film soll hier die Rede sein, der in Deutschland bei Anhängern und Gegnern eine Aufregung verursacht hat, die uns zur Sache selbst nicht im richtigen Verhältnis zu stehen scheint. Wenn der Film innerhalb der deutschen Grenzen aus Gründen, die hier nicht zur Erörterung stehen, verboten worden ist, so wird dadurch nicht das Recht jedes Deutschen in Frage gestellt, sich für oder gegen diesen Film auszusprechen. Weniger verständlich klingt, was jetzt französische Zeitungen zu berichten wissen. Einmal heißt es, daß unter der Führung eines Abgeordneten Nußbaum aus Karlruhe deutsche Sozialisten in Straßburg eingetroffen seien, um einer Vorführung des in Deutschland verbotenen Remarque-Films beizuwohnen. Ein anderes Mal wird berichtet, daß mehrere hundert Deutsche aus Mannheim, unter Führung des badischen Landtagsabgeordneten Reinhardt, in Straßburg erschienen seien. Sie hätten sich über das Entgegenkommen der französischen Behörden an der französischen Grenze und in Straßburg sehr gefreut; ein neuer Sonderzug aus Mannheim sei angekündigt. Ob diese „Wallfahrer" sich keine Rechenschaft darüber gegeben haben, zu welcher — gelinde gesagt — Geschmacklosigkeit sie sich haben verleiten lassen? Es geht nicht um den Film, es geht nicht um Zensur, Militär, außenpolitische Zielsetzungen. Es geht um ein für jeden Franzosen, jeden Engländer, jeden Polen, jeden Dänen selbstverständliches nationales Taktgefühl, das mit Nationalismus gar nichts zu tun hat. Man stelle sich vor, daß nach dem Krieg 1870/71 Franzosen nach Straßburg gekommen wären, um eine mit dem Kriegserlebnis zusammenhängende, von der französischen Regierung zu Recht oder zu Unrecht verbotene Theateraufführung mitanzusehen, in der Absicht, eine politische Kundgebung zu veranstalten! Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Führer dieser „Sonderzüge" ihre politische Rolle in Frankreich gerade unter den Massen des Volkes für immer ausgespielt hätten.

Man durfte auch lesen, daß französische Sozialisten in Straßburg sich besonders „entgegenkommend" gezeigt und die Führung durch die Stadt übernommen hätten. Bei der in Deutschland üblichen Ahnungslosigkeit vom Elsaß, diesem wahrhaft deutschen Boden, haben die biederen Michel wahrscheinlich nicht geahnt, daß die elsässischen Sozialisten am eifrigsten und rücksichtslosesten die Ausrottung der deutschen Sprache und Kultur in Elsaß-Lothringen betreiben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0092

Presseschau

„Wesen und Wollen der jungen Generation."

In der „Kölnischen Zeitung" haben sich vor kurzem Vertreter der nationalsozialstischen, konservativen, staatsparteilichen, sozialdemokratischen und Zentrumsjugend über die junge Generation geäußert. Wir empfehlen unseren Lesern dringend, diese Beiträge im Wortlaut zu lesen, da wir uns mit knappen Auszügen begnügen müssen.

Für die Nationalsozialisten schreibt Hans Schneider (Breslau) u. a.:

„Wir sind heute durch den Marxismus dazu verdorben worden, beim Erfassen einer Weltanschauung oder einer politischen Bewegung nach ihrem Programm zu fragen, es als schön zurecht gemachtes System vorgesetzt zu erhalten. Als ob das Leben sich jemals nach Programmen und Systemen richtete! Es gibt keinen ausschließlichern Gegensatz als marxistische und nationalsozialistische Jugend. Diese gewinnt ihre Kraft nicht wie jene aus Programmpunkten oder dem Solidaritätsbewußtsein einer Klasse, sondern aus dem Erlebnis, schicksalhaft in ein Volksganzes hineingestellt zu sein, es in seiner Wesensart aus unbegreiflichen Hintergründen des Blutes und der Seele bejahen zu müssen und den Kampf für sein geistiges und leibliches Sein als ihre Aufhabe zu sehen. Aus diesem Lebensgefühl verlangt die Jugend einen Staat, der dem deutschen Wesen entspricht und seine Maßstäbe nicht von den westlichen Demokratien erborgt.

Der neue Staatsgedanke ist geboren worden, als das Frontkämpfergeschlecht entstand, dem Standes- und Bildungsunterschiede vor dem Erlebnis gleicher Art und Schicksals versanken, dem, gegenüber der Uebermacht der Materie, die verbindende Kraft eines geistigen Wertes, der Nation, offenbar wurde. Der Gedanke wurde Tat im Nationalsozialismus. Vor seinem sieghaften Wollen müssen alle international gerichteten Machtgruppen- wie Marxismus und Konfessionalismus, eines Tages zusammensinken, weil sie keine Ahnung vom Eigenrecht haben und ihn zum Fronknecht ihrer Staat und Volk zersetzenden Ziele machen wollen.

Es zeugt von der Kraft der nationalistischen Bewegung, wenn ihr die Jugend in ihrem gesunden Instinkt zufällt. Diese hatte um die Jahrhundertwende in der Jugendbewegung schon selbsttätig die Kruste der damaligen patriotischen und rationalistischen Konvention durchbrochen und in den Bünden Gemeinschaften geschaffen, welche die Vereinzelung überwanden. Und doch führte aus ihrer Romantik kein Weg ins bürgerliche Leben. Die Brücke baute der Nationalsozialismus. Er setzte den Bünden das einigende Ziel über sie selbst hinaus und ließ den einzelnen sich als wesenhaft bestimmt in der größern Gemeinschaft erleben. Er stellte wieder bürgerliche und männerbündisches Dasein unter einen Gedanken, wie er dem heroischen Bedürfnis der Jugend entspricht. Bündische Freundschaft weitet sich zur Volksgemeinschaft, wenn sich durch die Gruppen und Fahrten der freien Jugend, durch die Organisationen der NSDAP. über Stand und Klasse hinweg einer zum andern findet. Am stärksten wird das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit in der SA. entwickelt, wo der junge Student, Arbeiter und Bauer Seite an Seite marschieren, kämpfen und bluten.

Aus diesem Grunderlebnis heraus gewinnt die NS.-Jugend eine neue Haltung zu den Werten des Volkstums. Gegenüber der geistigen Auflösung des Liberalismus drängt sie zu festen Maßstäben, die sie aus dem Wesen des Volkes gewinnt. Gelebt wurden diese Werte von seinen größten Menschen und dargestellt in seiner Kunst und Geschichte. Der deutsche Genius, der deutsche Heros sind Norm der Erziehung in den Bünden. Daher ist sie in allem auf Auslese angelegt, auf Förderung der Besten. Der darin sich ausprägende Führergedanke hat sich in der gesamten NS.-Jugend durchgesetzt. Mehrheitsbeschlüsse gibt es nicht. Der an seinen Platz gestellte Führer trägt die volle Verantwortung, nie ist er Vertreter einer Mehrheit, hinter die er sich, sobald die Verantwortung für Entscheidungen an ihn herantritt, verkriechen kann. Nicht einmal eine kleine Wandervogelgruppe ist durch Mehrheitsbeschlüsse zu leiten. Wie sollte es da bei einem so verwickelten Gebilde wie dem heutigen Staat möglich sein? Politische Fähigkeit ist nicht etwas, was jedem von Natur aus angeboren ist. Staat ist darum nur eine Angelegenheit aller staatlich Veranlagten, seine Idee ist ein Ausleseprinzip."

Dr. Carl Rothe äußert sich für die konservative Jugend:

„Für die nachkommende Generation, die den Krieg nicht mehr mitgemacht und allenfalls ein Stück seiner Schwere fern in der Schulzeit geahnt hat, sind die Lebensinhalte und Anschauungen der Welt vor 1914 mehr oder weniger bedeutungslos geworden. Sie sind nicht mehr Vorbild, Norm, Autorität. Der Prozeß der Ablösung von den Aeltern, die geistige Wandlung erfuhr eine besondere Beschleunigung durch die Inflation und die soziale Umschichtung, die diese — heftiger noch als der Krieg — bewirkt hat. Die nachdrängende Jugend ist verarmt, sie lebt nun schon jahrelang (und das gilt aller Voraussicht nach auch für die politisch noch nicht „Mündigen" auf lange Zeit) unter Daseinsbedingungen, die der größte Teil der „bürgerlichen" Väter niemals kennengelernt hat. Das trifft nicht die Schwierig-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0093

keiten des ersten Anlaufs, die jeder zu jeder Zeit hat, sondern die fast beweisbare Aussichtslosigkeit des Aufstiegs und Vorwärtskommens, die der Tätige zwar nicht resigniert, aber ingrimmig vor sich sieht. Denn diese Jugend steht ja schon in Mannesjahren. Darum ist auch gerade in wirtschaftlichen Dingen der Hinweis auf die Erfahrungen der Väter nicht mehr stichhaltig, weil sie Ordnungen und Normen voraussetzen, die nicht mehr sind. Man kann nicht einer materialistischen Deutung verdächtigt werden, wenn man ausspricht daß aus der sozialen Lage dieser jungen eigentumslosen Generation ein seelischer Zustand entstanden ist, der sie für das, was die alte Generation als bewährt und heilig bezeichnet, wenig oder überhaupt nicht aufgeschlossen sein läßt. Infolgedessen auch waren die Versuche der alten Parteien, endlich auf dieses Werden zu horchen, vergeblich, denn hier geht es eben nicht mehr um Konzessionen an die junge Generation, sondern um eine geistige Wandlung vom Grunde her. . . .

Gesellschaft werden, Bewußtwerden der Nation keimt und beginnt in den kleinsten Zellen der Gemeinschaft, wo Familie lebt und gestaltet. Wie überhaupt der Volkskonservative immer geneigt ist, das Kind und seine Erziehung als das zentrale „politische" Problem anzusehen und gleichsam Anfang und Ende der gesellschaftlichen Gemeinschafts- und Willensbildung in die Schule — die Volksschule vor allen Dingen — zu verlegen. Arbeit und Einsatz für diese bedeutet im weitern. Bindungen und Gliederungen zu fördern, wo auch immer sie sich gegen die individualistische Isoliertheit des einzelnen auswirken. Darum ist die Anerkennung und Wertung der berufsständischen Organisationen, besonders der Arbeitnehmergewerkschaften, die ja schon vordem in der liberalen Umwelt aus sich eine weit über Tarif und Ausstand greifende Solidarität entwickelt haben, keinen Augenblick Gegenstand des Anzweifelns gewesen. Einen entscheidenden Grund für die Gestaltlosigkeit unsers Volkes sieht volkskonservative Jugend in der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung, deren Krise sie nicht nur für eine solche innerhalb des Systems, sondern weitgehend für eine strukturelle hält. Sie ist da radikal im Glauben, daß für die Nationwerdung eine gründliche Korrektur der individualistisch orientierten Wirtschaft unerläßlich werden kann, zumal als Voraussetzung für jede Außenpolitik, die auf die Stärke eines sich frei fühlenden Volkes rechnen will. Hier im besondern wird einer auf weite Sicht und rücksichtslos durchgreifenden Besiedlungspolitik die viel mehr ist als eine Ostfrage, eine große Rolle zugesprochen. Bauernvolk ist ein lebendiger Wall gegen die Vermassung. Vom nichtsozialistischen Staat wird dabei eine dirigierende und planvolle, im Letzten erzieherische Initiative verlangt. . . ."

Dr. Joseph Winschuh spricht für die junge Generation der Staatspartei:

„Der junge Mensch von heute drängt zu einem einfacheren, triebhafteren, ganzen Leben. Er ist ein Typ, der nicht Analyse will, sondern Synthese. Er drängt zu einer Weltanschauung, die aus einem Guß sein soll. Es ist ihm dabei gleichgültig ob sie primitiv ist, sie muß aber ganz sein. In diesem Streben steckt eine als Lebensäußerung erfreuliche Rückwirkung auf die Tatsache, daß unsre seit Jahrzehnten zerfließende Kultur, die ja keine gemeinsame, allgemein verbindliche Grundlage mehr hat, dem jungen Menschen keine Weltanschauung mehr zu liefern vermag, aus der er Leben und Arbeit, Einsatz und Opfer und das Verhältnis von Einzelmensch und Gemeinschaft zu deuten vermag. Unsre zu stark den Naturwissenschaften, dem Experiment und dem Spezialistentum ausgelieferte Zeit ließ den jungen Menschen mit einfacher, unkomplizierter Seele oft darben. Man schaue sich einmal den durchschnittlichen Techniker und Chemiker an, den unsre Hochschulen lieferten! Was brachten sie als Kulturumriß, als Weltanschauung mit? Kein Zweifel, daß sich unter der brüchigen und schlackigen Hülle von Uebertreibungen und Entartungen im politischen Wollen der Jugend auch ein Rückstoß gegen übertriebene Sachlichkeit, gegen Objektivismus aus Mangel und Schwäche, gegen die Zerteilung und Spezialisierung des Lebens, gegen die Atomisierung der Berufe anmeldet. Eine solche Rebarbarisierung ist zu begrüßen, wenn man auf ihrem Grund eine gesunde Vitalität spürt; sie ist zu spüren, und darum darf man vertrauen und an die Arbeit gehen, diese neue Kraft zu entschlacken, zu formen und richtig anzusetzen. . . .

Noch ein Wort zum sozialen Wollen der Jugend. Das Streben nach Gerechtigkeit, der Einsatz für den Schwächeren ist stets bei der Jugend gewesen. Hieraus lassen sich neue soziale Strömungen in der deutschen Jugend nicht allein erklären. Die Lage ist vielmehr so: Der junge Mensch leidet an einem zu engen Lebensraum. Gerade die Besten fühlen sich zu früh eingespannt und registriert. Der Möglichkeiten sind so wenige, der Lebenskampf ist schwer, die Berufe sind übersetzt. Mit der Burschenherrlichkeit ist es meistens aus. Die alten Rauf- und Saufflieder der Kommersbücher beschwören Idyllen herauf, die heute selbst in der kleinen Universitätsstadt vor der Wirklichkeit verblassen, die dicht hinter dem Examen steht, ja schon ins Studium hineinnüchtert. Aus diesem Winkel weht viel soziale und wirtschaftliche Kritik. Dem Unternehmer, der bei der jungen Generation für eine freie Wirtschaft mit Unternehmungsgeist wirbt, erwidert der junge Mensch: Ja, wo finde ich Freiheit, mich zu betätigen, wo finde ich Aufgaben, mit denen ich mich herumschlagen kann, wo ist Raum, daß wir Jungen uns entwickeln können? In der Tat bietet die Wirtschaft heute wenig Möglichkeit, jungen Ehrgeiz anzuspannen, Herumkommen und Aufstieg zu versprechen. Würde sie mehr an solchen Möglichkeiten bieten, sie würde einen viel größeren Teil der Jugend für die Anerkennung einer freien risikohaften Wirtschaft gewinnen. Die Jugend sieht hier zu wenig Chancen, zuviel Menschennormung unten und kompakte Organisationen oben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0094

Man betrachte einmal genau die antikapitalistische Haltung, der sich heute viele junge Menschen bürgerlicher Herkunft ergeben, und erstaunlich oft wird dies Motiv zum Vorschein kommen auch bei den jungen Angestellten. Und es spricht zweifellos von einem gesunden Instinkt dieser jungen Menschen, daß sie die Erweiterung ihres sozialen Lebensraumes, eine größere largesse de vivre, in engem Zusammenhang mit den politischen und wirtschaftlichen Lebensraum der Nation sehen. . . .

Ueber die Zielsetzung der sozialistischen Jugend schreibt Dr. Carl Mierendorff, M. d. R. (Darmstadt), u. a.:

„Während die andere Jugend noch wesentlich um ihre Zielsetzung ringt, ist für die sozialistische Jugend diese Zielsetzung längst vollendete Tatsache. Sie ist über die Phrase der Proklamation des Ziels hinaus. Heute ringt in ihr bereits alles um die Verwirklichung des Ziels. Sie sucht bereits ernsthaft nach der sozialistischen Gestaltung als dem Ausdruck ihrer Idee. Während ringsum die Jugend politischen Scharmgeistern, Romantikern und Phantasten im Augenblick ihres politischen Erwachens verfällt, steht mit einer bewunderungswerten unbeirrbaren Ruhe alles das, was in den Altersklassen von 14 bis Anfang 30 sozialistische Jugend genannt werden darf, in einem erstaunlichen, von innerer Leidenschaft getragenen Realismus den Problemen und den Aufgaben der Zeit gegenüber, um sie aus dem Geiste der sozialistischen Idee bereits wirklich zu lösen. Im Sinne jener Losung des englischen Sozialisten Brailesford: „Sozialismus für unsre Generation" fühlt diese Jugend sich bereits als die Generation, die in der Tat mit dem Sozialismus den Anfang zu machen hat. Es ist reizvoll, zu beobachten, wie dabei in dem Gesicht gerade dieser Jugend die Charakterzüge der Jugend vom hohen Meißner noch immer sichtbar sind. . .

Nur aus diesem Geist heraus kann man die Haltung und die Lebensäußerungen der sozialistischen Jugend von heute verstehen. Bei den jüngsten Jahrgängen beginnt es mit jenem leidenschaftlichen . . .

Schon hier zeigt sich, daß der Begriff Sozialismus in dieser Generation sich weit über alles rein Interessenmäßige und nur Oekonomische hinaus entwickelt und zu weiten beginnt zu einer Forderung, die den ganzen Menschen erfaßt. Für diese Jugend ist der Kampf um den Sozialismus in gleichem Maße Kampf um die Menschwerdung des Proletariats, eine Rettungsaktion für den Menschen und die Menschenwürde innerhalb der oftmals bis ins Grauenhafte gesteigerten schicksalsmäßigen, ökonomischen Abhängigkeiten. . . .

Niemals verliert bei all diesen Betrachtungen und Zielsetzungen diese Jugend aber die Tatsache aus dem Auge, daß alle ihre Bemühungen nur durch das Mittel der Politik zum Erfolg gebracht werden können. Deshalb ist ihr Gesicht ganz der Politik zugewandt, weil von dort her sich alle Lebensgestaltung folgerichtig entwickelt. Dabei sieht sie mit Schrecken eine Entwicklung im Staate, die den Gedanken der Demokratie, dem sie wesensmäßig zuneigt, zu verunstalten und zu zerstören droht. Mit dem scharfen Auge der Jugend sieht sie, wie diese deutsche Demokratie in wenigen Jahren durch Bürokratisierung von Staat und Parteiwesen so verunstaltet werden konnte, daß von einer wirklich funktionierenden Demokratie so gut wie keine Rede mehr ist. Die Forderungen, die hier gestellt sind, haben in der sozialistischen Jugend noch keine klare Formulierung gefunden. Aber der Kampf, den gerade die sozialistische Jugend heute mit Heroismus und Begeisterung gegen alle faschistischen Machtbestrebungen führt, zeigt deutlich, daß sie sich dieses Instrument der Demokratie nicht entringen lassen wird, und daß über kurz oder lang gerade aus der Gedankenwelt sozialistischer Bestrebungen der demokratische Volksstaat von heute eine Erneuerung erfahren wird, die, im Zuge der Geschichte gesehen, wahrscheinlich erst den Anfang der Demokratie in Deutschland überhaupt darstellen dürfte."

Verantwortlichkeit der Abgeordneten.

Friedrich D. Bassermann, der Mannheimer Verlagsbuchhändler, Führer der liberalen Opposition in der badischen Kammer, ergriff am 16. Oktober 1848 in der Nationalversammlung das Wort für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Ruhe und wandte sich scharf gegen jeden Radikalismus:

„Und nun muß ich gestehen, daß, wenn ich, ein politischer Mann, stehend auf der Stelle, wohin ich berufen bin, um das Vaterland zu retten aus der Gefahr in der es schwebt, sähe, daß Roheit und Mordlust mich zur Herrschaft bringen wollen, wenn ich auf solcher Seite Sympathien fände, wahrlich, ich würde mich bergen in die entferntesten Winkel des Vaterlandes und würde mit mir zu Rate gehen, ob ich auf dem rechten Wege sei, und ich glaube, ich würde zur Erkenntnis kommen, daß ich nicht auf dem rechten Weg sein könne, denn der rechte Weg kann nur der sein, auf dem ich Sympathien ernte von sittlicher, patriotischer und vaterländischer Gesinnung; denn was ist die Freiheit anderes, was wollen wir anderes für unser Vaterland erringen als den Zustand, wo die Besten, die Edelsten herrschen. Das ist die beste Verfassung, die die Besten ans Ruder bringt."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0095

Lehren der Reichstagswahl.

Dr. Adolf Grabowsky, einer der wenigen konstruktiven polischen Köpfe Deutschlands, schreibt in der von ihm herausgegebenen „Zeitschrift für Politik" (XX. Band, Heft 7/8) über die Reichstagswahlen aus der Perspektive eines amerikanischen Aufenthalts im Herbst 1930. Nach aufschlußreichen Mitteilungen über die Stimmung in den Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland, der Vertragsrevision und der Frage der interalliierten Schulden beschäftigt er sich mit den innerpolitischen Lehren der Septembewahl. Wir entnehmen daraus u. a.:

„Selbstverständlich hat die unbeschreibliche deutsche Not mit ihrer furchtbaren Arbeitslosigkeit — die Amerikaner, auch die Deutschamerikaner, können sich doch nicht vollkommen in diese Not versetzen, sie verweisen gern auf unseren gestiegenen Export und wollen nicht recht begreifen, daß es Hungerausfuhr ist — selbstverständlich hat dies grauenhafte Elend viel zum Sieg des Radikalismus beigetragen, aber daß nun gerade die Nationalisten es waren, die den Hauptteil des Sieges einheimsten, ist doch wohl darauf zurückzuführen, daß das deutsche Volk glaubt, daß die bisher herrschenden Parteien die nationale Not nicht genügend betont haben. Seit Jahren haben wohlmeinende Leute die deutsche Sozialdemokratie beschworen, haben ihr zugesprochen wie einem kranken Pferd, sie möge den deutschen Traditionen mehr entgegenkommen und möge nicht alles, was Preußentum und Monarchie, Militär und Beamtentum in Deutschland geleistet haben, verächtlich machen, möge auch nicht auf alle pazifistischen und internationalen Schlagworte und auf alles Verständigungsgerede blindlings hereinfallen. Würde sich die deutsche Republik von einem begeisterten Aufschwung herleiten, von einer großen volkstümlichen Erhebung, so hätte man schließlich noch ein gewisses Recht gehabt, auf alles Frühere herunterzublicken. Da sie aber von vornherein die furchtbare Hypothek der Niederlage mit sich zu schleppen hatte, in dem Sinne, daß zwar die Monarchie und der Monarch die Niederlage verschuldet, die Republik sie aber fruktifiziert hat, so hätte sie hundertprozentig national sein müssen, um diese schwere Belastung auszugleichen. Gewiß, es war begreiflich, daß man von dem früheren Regime abrückte, zumal es ja wirklich ruhmlos zusammengebrochen war. Das Problem aber, das man nicht genügend erkannte, besteht darin, beim Wechsel des Regimes nicht auch alle Traditionen und vor allem die nationalen Lebensbedingungen zu vernachlässigen.

Es wäre gut, wenn einmal prominente Leute der deutschen Sozialdemokratie und auch vielleicht einige bürgerliche Demokraten eine Rundreise durch die Vereinigten Staaten machten. Sie würden dann bemerken, daß in diesem republikanischen Land ein militärischer Kultus getrieben wird wie kaum irgendwo in Europa. Immer mehr geht an den Universitäten eine exakte militärische Ausbildung Hand in Hand mit dem wissenschaftlichen Studium und dem Sport. Soeben komme ich aus Boston, wo ich der Tagung der American Legion beigewohnt habe, der Vereinigung der amerikanischen Kriegsteilnehmer, die etwa zu vergleichen ist mit unserem Stahlhelm. Beinahe zweihunderttausend uniformierte Legionäre ergossen sich über Boston und tagelang hallte die Stadt wieder von militärischen Umzügen mit Musik und von Paraden. Dazu die für uns seltsame Erscheinung des weiblichen Hilfskorps, das ebenfalls in Uniformen steckte und ebenfalls — unter weiblicher Führung — Paraden veranstaltete unter den gar nicht ironischen, sondern höchst bewundernden Blicken der Einwohner.

Die falsche psychologische Einstellung der seit dem Kriege herrschenden Parteien und Richtungen hat es bewirkt, daß in Deutschland ein nationales Vakuum entstand, das ausgefüllt zu werden verlangte. Das Volk fühlte sich in dreifacher Weise national verödet. Einmal durch die schon erwähnte Nichtberücksichtigung, ja geradezu Schmähung seiner nationalen Traditionen — wie hat man uns z. B. vom Standpunkt des Kammerdieners aus Friedrich den Großen verekeln wollen —; zweitens durch die Art, wie man Reparationspolitik betrieb, drittens aber durch die ungenügende Sorge für die verlorenen Gebiete, namentlich die im Osten. In der Reparationspolitik pries man jeden neuen Plan und jedes neue Arrangement als großen Erfolg und bemühte sich, nicht so sehr die Belastungen wie die kleinen Erleichterungen herauszustellen, in der Frage der verlorenen Gebiete aber, zu denen auch die Kolonialfrage gehört, befleißigte man sich eines Passivismus, der in krassestem Gegensatz steht zu dem engen, überfüllten Raum, in den man uns gezwängt hat. Die Sozialdemokratie, schon an innerpolitischen Talenten erschreckend arm, an konstruktiven Köpfen der Außenpolitik aber von einer bejammernswerten Leere, betrieb im Grunde nicht einmal Innenpolitik, sondern reine Gewerkschaftspolitik, nämlich Politik der langsamen Besserstellung des Arbeitnehmers in Lohn, Arbeitszeit, Versicherung, hygienischen Bedingungen und ähnlichem. Die Partei erkannte dabei ein Doppeltes überhaupt nicht: daß alle Gewerkschaftspolitik nichts fruchtet, wenn nicht die außenpolitischen Grundlagen des Volkes, also seine Daseinsbedingungen, in Ordnung sind, und daß ebenso alle Gewerkschaftspolitik nichts fruchtet, wenn riesige Reparationsleistungen dagegenwirken oder, anders ausgedrückt, daß Reparationsleistungen und Sozialpolitik sich schlagen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0096

Wenn erst die Einsicht allgemein geworden ist, daß im Osten die Zeit gegen uns arbeitet und daß die Polen eines Tages an der Oder stehen, falls wir uns nicht viel nachdrücklicher als bisher der Ostfragen annehmen, wird der nationale Aufstand sich noch grandioser entfalten. Von Krieg soll nicht die Rede sein, wohl aber von entschiedener Politik. Schon heute spürt das deutsche Volk sehr genau, und niemand wird ihm dies Gefühl wegdisputieren können, daß die bisherige Außenpolitik von einer anderen abgelöst werden muß. Kein Mensch wird Stresemann den Vorwurf unnationaler Haltung machen dürfen; er kam von betont nationalen Bezirken und hat diese Herkunft niemals verleugnet.

Wäre Stresemann ein überragender Staatsmann gewesen, so hätte er vielleicht Wege über die Zeiten hinaus weisen können; als eminent kluger Kopf und glänzender Taktiker aber, der er war, konnte er immer nur seiner Zeit genügen. Und diese Zeit ist — ein merkwürdiges Zusammentreffen — gerade ungefähr mit seinem Tod zu Ende gegangen. Stresemanns Tod ist wahrhaft eine Zeitenwende gewesen, ein Faktum, das wir und die Welt immer deutlicher erkennen werden. Wenn die Haager Konferenzen etwas gezeigt haben, so die Tatsache, daß Deutschland in schöner Verpackung eine Sklaverei auf zwei Menschenalter serviert wurde. Es ist denn doch höchst verwunderlich, daß eine Massenpartei wie die Sozialdemokratie, die berufen ist, auf die Stimmen der Tiefe zu hören, an der voraussichtlichen Wirkung dieser Tatsache vorüberging, vorüberging sogar noch, als sich die Wirtschaftslage Deutschlands grauenhaft verschlechtert hatte. In das nationale Vakuum, da so entstanden war, haben sich einfach die Nationalsozialisten hineingesetzt. Das ist der sehr primitive Sinn des Wahlausgangs. Bald 6½ Millionen Wahlberechtigte haben für die Nationalsozialisten nicht deshalb gestimmt, weil sie ihrem Programm beitreten wollten — die Nationalsozialisten haben weder ein politisches noch gar ein wirtschaftliches Programm, das ernst zu nehmen wäre —, sondern nur weil der von den maßgebenden anderen Parteien leergelassene Raum von niemandem so entschieden besetzt wurde wie von den Hitlerleuten.

Am Schluß der Zueignung zum Faust heißt es:

Was ich besitze, seh ich wie im Weiten,
Und was verschwand, wird nur zu Wirklichkeiten.

In dieser Lage ist heute das deutsche Volk. Was es durch die Republik und das neue Regime gewonnen hat an innerer Selbständigkeit und Verantwortlichkeit für das Ganze, an Abwerfen eines Servilismus und Byzantinismus, die uns bei aller äußeren Größe innerlich klein gemacht haben, das sieht es im Weiten, das ist ihm irreal geworden, weil diese Republik nicht verstanden hat, in seelisch richtiger Weise dafür zu werben. Was aber verschwand, das alte Regime, das alte Deutschland mit der riesenhaften Gestalt Bismarcks, mit dem mächtigen Heer, der großen Flotte, dem vorzüglichen Beamtentum und dem gewichtigen Wort in allen Ländern und Zonen, das wurde einer jungen Generation zur Wirklichkeit. Nur wenn die heute Verantwortlichen begreifen, daß dies Alte verbunden werden, hineingezogen werden muß in das Neue, wird Deutschland endlich eine Politik machen, die seinen Daseinsnotwendigkeiten entspricht. Vielleicht wird diese Politik nicht ungefährlich sein — es gibt keine wahrhaft große Politik, die ungefährlich wäre, — aber sie ist darum doch keine Politik der Abenteuer, weil sie auf festen Grundlagen baut: der Lebenskraft und dem Lebenswillen des deutschen Volkes."

Bücherschau

Oskar Freiherr von der Lancken-Wakenitz: Meine dreißig Dienstjahre 1888 bis 1918. Verlag für Kulturpolitik, Berlin. Geb. 12,— RM.

Ein deutscher Diplomat berichtet von seiner Tätigkeit am Kaiserlichen Hof, in Paris, Rom und Madrid. Aus seiner schlichten und klaren Art der Darstellung, die überaus sympathisch berührt, ergeben sich Einblicke in das Getriebe der Berliner Zentrale, die um so erschreckender wirken, als sie getragen sind von einer ruhigen Objektivität. Von besonderem Interesse ist die Schilderung des Verhältnisses zu Holstein, dem er zwei Jahre, während seiner Tätigkeit im Auswärtigen Amt, nähergestanden hatte. Die ursprüngliche Begeisterung macht während der Marokko-Krise einer Ernüchterung Platz. Die Schilderung der Verhandlungen, die der Verfasser mit Caillaux geführt hatte, ohne mit dem erzielten Angebot Frankreichs der Abtretung eines an die Kolonie Kamerun grenzenden Gebietes auf Sympathien in Berlin zu stoßen, wern manch neues Licht auf die Krisenzeit. Auch der Bericht über die Tätigkeit in Belgien als Leiter der politischen Abteilung ist das Zeugnis eines Mannes von Takt und kluger Tatkraft

Friedrich Glum: Das geheime Deutschland. Die Aristokratie der demokratischen Gesinnung. 1930. Georg Stilke, Berlin. Geh. 3,— RM.

Die Schrift ist ein Versuch, Jugend für die Aufgabe zu begeistern, die ihrer harrt: in treuer Staatsbejahung opferfreudige und pflichterfüllende Arbeit zu leisten. Der Verfasser vergißt aber die Krise unserer Zeit, die nicht nur wirtschaftlich, auch sozial und politisch die Zielsetzung junger Menschen stark beeinflußt. Seine Idee der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0097

Demokratie trägt noch vielfach einen pseudo-liberalen Hauch, der ihn nicht zur letzten Konsequenz kommen läßt. Die Aufgaben, die er stellt, sind nicht mehr die Aufgaben der heranwachsenden Generation, wenn auch manche seiner Formulierungen das Wesen dessen trifft, was uns als absolute, als wahre Demokratie vorschwebt. Wir halten jeden Beitrag, der zur Auseinandersetzung mit Gestaltungsfragen der Gegenwart beiträgt, für begrüßenswert, auch wenn wir ihm nicht restlos zuzustimmen vermögen.

Dr. Fritz Wertheimer: Von deutschen Parteien und Parteiführern im Ausland. 2. Aufl. 1930. Zentralverlag G. m. b. H., Berlin. Geh. 10,— RM.

Die zweite Auflage ist wohl eine Verdopplung der ursprünglichen Darstellung. Eine ausführliche Geschichte der politischen Tätigkeit des Auslandsdeutschtums in Verbindung mit einer Schilderung der augenblicklichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lage macht das Buch zu einem „Ehrendenkmal deutschen politischen großen Strebens und harten Kämpfens, meisterhafter Sachlichkeit, zäher und treuer Selbstbehauptung".

Viktor Bibl: Das deutsche Schicksal. Verlag für Kulturpolitik. Berlin. 1930. Glw. 7,50 RM, br. 6,— RM.

Vom Hohenstaufensturz bis zur Revolution von 1918 führt das Buch. Deutsches Schicksal — der immer wieder unmöglich gemachte Zusammenschluß der deutschen Stämme. Der unentwegte Glauben soll trotz allen Schicksals den Mut zur Weiterarbeit im Geiste eines Großdeutschlands aufrecht erhalten. Der Wiener Historiker Dr. Bibl schrieb das Buch in diesem Glauben, klar und schlicht.

Leopold von Ranke: Zwölf Bücher Preußischer Geschichte. 1930. Drei-Masken-Verlag, München. 3 Bände. Geh. 42,— RM.

In der Gesamtausgabe der Werke L. v. Rankes der Deutschen Akademie, die von Paul Joachimsen unter Mitarbeit von Erich Marcks, Friedrich Meinecke und Hermann Oncken erscheinen, jetzt eine einheitliche Neuausgabe erfahren, die zwölf Bücher der preußischen Geschichte. Es ist besonders reizvoll, die trefflich durchgeführten Vergleiche zwischen der ersten Ausgabe, den neun Büchern, und der zweiten der zwölf Bücher nach der Reichsgründung kennenzulernen. In einem Anhang zum dritten Band werden alle drei Ausgaben des Werkes eingehend verglichen. Die Einleitung, die der Frankfurter Historiker Professor Dr. Georg Küntzel dem Werk gibt, ist nicht nur eine Einführung, sie ist gleichzeitig Mittlerin Rankeschen Geistes. Der Werdegang des kleinen Brandenburg zur preußischen Großmacht, unter besonderer Berücksichtigung des großen Friedrichs, findet hier eine plastische Darstellung. Es würde hier zu weit führen, auf Einzelheiten der Darstellung einzugehen. Wir weisen unsere Freunde auf die vom Verlag geschmackvoll ausgestattete Ausgabe hin, die ein Stück deutschen Geistesgutes mit ausgezeichneter Interpretation der deutschen Oeffentlichkeit vermittelt.

Paul Cohen-Portheim: England, die unbekannte Insel. 1930. Klinkhardt u. Biermann, Berlin. Geb. 6,50 RM.

Der Verfasser will das Verständnis für englisches Wesen und Eigenart erweitern und vertiefen. Es ist interessant zu lesen, was er über die englische Politik schreibt, oder über die englische Einstellung zur Kunst, zur Presse, zu allen möglichen Dingen des Lebens. In glänzendem Stil werden Dinge gesagt, denen man eigentlich widersprechen möchte und es aus Gefallen an der Darstellung unterläßt. Man nimmt das Ganze als Eigengeschautes, als ein journalistisches Glanzstück, an dem man entweder Freude hat oder es weglegt. Wir haben es nicht weggelegt. Sicher wird das Buch manches Vorurteil beseitigen. Schon, wenn es das erreicht, hat es seinen Zweck erfüllt.

Der deutsche Sozialismus von Ludwig Gall bis Karl Marx. Ein Lesebuch. Hrsg. von Fritz Brügel und Benedikt Kautsky. Heß & Co. Verlag. Wien. Leipzig. 1931. 303 S.

Die Verfasser „legen den Hauptwert ihrer Arbeit darauf, den geistigen und politischen Kampf des Proletariats um seine Emanzipation im Zusammenhang mit jener wirtschaftlichen Entwicklung darzustellen, die zum modernen Industriekapitalismus geführt hat". Es ist ein Lesebuch des modernen Sozialismus mit einer geschickten Auswahl von Stellen aus Briefen, Büchern, Artikeln führender Sozialisten. Man kann darüber streiten, ob man Gall zum Sozialisten stempeln will oder nicht, vielleicht taucht auch bei dem einen oder anderen Namen Bedenken auf, das ist unwesentlich. Auffallend jedoch ist, daß in einem Lesebuch des Deutschen Sozialismus ein Mann wie Bebel keinen Raum hat. Gerade zu diesem Zeitpunkt ist das Erscheinen des Buches interessant, wo der traditionelle klassenkämpferische Sozialismus weichen muß der sich immer stärker herausbildenden Front eines Standes, der Arbeitnehmerschaft, gegen das Kapital. 96 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland sind Arbeitnehmer; das ist die Front, die soziale Forderungen stellen, die einen Sozialismus vertreten wird, der mit dem alten Sozialismus nicht mehr viel gemein hat.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Joachim Hild, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633449193 1-18/fragment/page=0098

BLÄTTER DER
STAATSPARTEI
ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI
1. Jahrgang | Berlin, 5. März 1931 | Nummer 5

Politische Not und persönliche Verantwortung

Von Karl Vossler.

Für meine Vorstellung die drückendste Not, die einem Menschen bei lebendigem und gesundem Leib widerfahren kann, ist, daß man ihn zu gar nichts brauchen und haben will, daß er mit seinen Fähigkeiten, mit seinem Können und Wollen stillgelegt und kaltgestellt wird: überfüssig gemacht durch die Masse der vorhandenen sachlichen und menschlichen Ware und nur noch kärglich gespeist, nicht einmal aus Barmherzigkeit und Nächstenliebe wie ein Kranker, sondern auf dem Verordnungswege mit öffentlichen Mitteln, um des sozialen Friedens willen, stempelgebührenmäßig. Herabgesetzt der ganze Mensch, den man in glücklicheren Zeiten das Ebenbild Gottes nannte, auf die Stufe des Materials, und gar noch des unbrauchbaren, des Abfalls.

Wer ist schuld daran, daß ungefähr fünf Millionen deutsche Volksgenossen in diesem Zustand dahinleben müssen? In gewissem Sinn wir alle, insofern wir alle seit vielen Jahrzehnten, hervor die heutige Arbeitslosigkeit eine Tatsache geworden ist, schon immer daran gearbeitet haben, sie dem allgemeinen Denken vertraut und dem deutschen Sprachgebrauch geläufig zu machen. Wie oft habe ich z. B. aus dem Munde von Bekannten gehört, daß an dieser oder jener Hochschule das Studentenmaterial vorzüglich bzw. erbärmlich sei. Mir lief es dabei kalt über den Rücken. Aber allmählich gewöhnt man sich an jede Geschmacklosigkeit, wenn sie sich oft genug wiederholt. Welcher Lehrer, Arzt, Offizier, Unternehmer sprach nicht wichtig, sachlich, technisch von seinem Schüler-, Arbeiter-, Mannschafts- oder Krankenmaterial? Ist es doch so erhebend und leicht, sich selbst zu einer großen Kanone, wenigstens in der Anschauung dadurch zu steigern, daß man seine Mitarbeiter und Opfer Material nennt, Futter für die große Kanone.

Gewiß eine bloße Redensart, ein gedankenloses Wort. Aber völlig harmlos sind Worte nie. Immer beherbergen sie eine gewisse Gesinnung, und manchmal schießen unberechenbare Mächte in sie ein, und aus Gesinnungen können im Laufe der menschlichen Dinge Zustände hervorgehen und Einrichtungen, die ihrerseits wieder Gesinnung erzeugen oder umformen. Gesinnungen und Zustände bedingen und stützen sich wechselseitig in einem fortwährenden Kreislauf. Daher geschieht es nicht selten, daß Prediger und Volksredner auftreten und die unerträglich gewordenen verhärteten Zustände und Einrichtungen, die sie unmittelbar anzufassen und umzubauen keine Möglichkeit oder Fähigkeit haben, dadurch unter-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0099

höhlen, erschüttern und schließlich stürzen, daß sie die öffentliche Gesinnung bearbeiten, ein neues Ethos schaffen, neue Denkarten aufrühren, eine neue Gläubigkeit und Leidenschaft in die Massen tragen und mit seelischen, geradezu religiösen Mitteln den Umsturz in die Wege leiten. Der Bolschewismus und der Faschismus z. B. sind keine rein politischen Parteien, denn sie treten mit einer mehr oder weniger heftigen religiösen Betontheit auf, die sich gelegentlich bis zum Fanatismus verstärkt. Freilich sind sie auch keine echten Religionen, denn überhalb ihres weltlichen und allzu weltlichen Programmes erkennen sie eine höhere geistige Welt nicht an. Sie betreiben die Sammlung und Erhitzung der Gemüter mit politisch religiös gemischten Mitteln und bedrohen gerade durch diese Unklarheit das staatliche und rechtliche Bewußtsein und entheben den Einzelnen, wofern er nur die richtige Gläubigkeit besitzt, der persönlichen Verantwortung und trüben den nüchternen Sinn für das jeweils Mögliche. Zu einer derartig apokalyptischen Gesinnungspolitik reicht meine Kunst nicht aus. Möchte sie wenigstens stark genug sein, um vor diesen Methoden zu warnen.

In der gegenwärtigen Notlage des deutschen Volkes brauchen wir kühle Staatsmänner, vorsichtige Beobachter der Sachlage und geduldige zähe Willensmenschen.

keine Eiferer und keine Seher, wie Voltaires Mahomed, von dem es heißt:

Aus Mekka mußt er als Betrüger flüchten,
Medina nahm ihn als Propheten auf.

Es ist daher klüger, das Element der Gesinnung zunächst auf sich beruhen zu lassen. Nichts wäre leichter, als bei dieser oder jener Gruppe, oder auch bei Einzelnen nach der Gesinnung zu forschen, sie zu verdächtigen und anzuklagen; aber in der politischen Praxis entstehen Furcht, Haß, Schrecken und Mißtrauen, so oft man eine innere Gesinnung für konkrete Uebelstände zur Verantwortung hervorzieht.

Verantwortlichkeit entschlüpft nur allzu leicht und wandert ab, so oft man ihr mit der bohrenden Frage nach der Gesinnung zu Leibe rückt. Ist etwa, um auf den Anfang unserer Betrachtung zurückzugreifen, der Arbeitslose verantwortlich für seine Arbeitslosigkeit? Gibt es eine Arbeitslosengesinnung, und kann durch deren Bekämpfung die Arbeitslosigkeit beseitigt werden? Gewiß nicht unmittelbar. Der Arbeitslose wird, wenn man ihn fragt, auf den Arbeitgeber deuten, der ihn entlassen hat, und dieser hinwiederum wird uns auf mangelnden Absatz, auf die Lage des Marktes verweisen, und die führenden Männer des Handels und Geldwesens werden die Friedensverträge und schließlich die ganze politische Weltlage beschuldigen, und nirgends wird eine endgültige eindeutige Quelle des Uebels zu ermitteln sein. Wie ein Gift schleicht die Frage nach der Schuld im Körper des Volkes herum, wie ein Puff wird sie weitergegeben von Land zu Land, von Staat zu Staat. Niemand will sie behalten. Je länger sie umgeht, desto erbitterter, vorwurfsvoller und drohender klingt sie.

Die Arbeitslosigkeit ist nur einer, nur der krasseste Fall von gleitender und abgeschobener Verantwortung. Wie viele andere ähnliche gibt es, die auf ihrer Wanderung durch die Gemeinschaft des Volkes hin Zwietracht ausstreuen. Haben wir nicht das Verhältnis zwischen Städter und Bauer, Groß- und Kleinhandel, Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633449193 1-18/fragment/page=0100

leger und Sortimenter usw., sich zuspitzen und entzweien gesehen? Sogar diejenigen Verbände, bei denen keine materiellen Interessen unmittelbar im Spiele sind, werden zerklüftet durch die Suche nach dem Verantwortlichen für diesen oder jenen Mißstand. Der schaffende Künstler klagt, daß das Publikum ihm nicht folge, und dieses hinwiederum, daß jener so unerquickliche, die Welt der Erscheinungen verleumdende Bilder, Entstellungen und Fratzen des Lebens male. Der Forscher fühlt sich vereinsamt und mißachtet, und die Umwelt findet ihn verstiegen und weltfremd und seine Ergebnisse unnütz. Selbst der greifbarste aller Erfolge, der Fortschritt des Technikers wird nicht etwa nur stimmungsmäßig verkleinert von romantischen Nörglern, sondern schlägt unter den heutigen Verhältnissen in einen tatsächlichen Schaden für die Gesellschaft um, indem seine Maschine weitere Handarbeiter brotlos macht. Dafür nun sollte der sinnreiche Ingenieur verantwortlich sein? Gewiß nicht, aber auch ihm muß auf die Dauer durch diese Dialektik des Verantwortungsgedankens die Freude an seiner Tätigkeit vergällt werden. An welchen Schaffenden, und mag er so uneigennützig wie irgend möglich sein, treten heute nicht Stunden des allgemeinen Schuld- und Notgedankens heran und hemmen ihn mit der Frage: darfst du deiner Sonderaufgabe noch weiterhin nachhängen, schadest du nicht mehr als du nützest mit deinem Fleiß? Ist dein Erfolg und Gedeihen nicht schon ein Verbrechen am Nächsten? Ist es nicht besser, du löschest dein Licht oder stellst es unter den Scheffel, anstatt es leuchten und einen Schatten werfen zu lassen, in dem deine Brüder verkümmern?

Das allgemeine soziale Gewissen ist schmerzlich überreizt in ganz Deutschland, und die Besten der Nation fühlen es als schlechtes Gewissen am empfindlichsten, und allen, die ein Gewissen haben, wird das, was Goethe als höchstes Glück der Erdenkinder preist, die Persönlichkeit, der Frohmut, eine Persönlichkeit zu sein, getrübt, geschmälert, beengt. „So macht Gewissen Feige aus uns allen", wie Hamlet sagt, den man so oft schon und nicht mit Unrecht als eine Verkörperung des deutschen Menschen gedeutet hat. Wenn es wahr ist, was der engstirnig-grimmige Vater des Vertrages von Versailles gesagt hat, daß zwanzig Millionen Deutsche zu viel auf der Welt sind, und es sieht aus, als ob es wahr wäre, denn so empfindet es unser eigenes böses soziales Gewissen, nun, wer kann und darf dann sicher sein, daß nicht auch er zu den überflüssigen Millionen auf diesem engen Nährboden gehört?

Aber es ist nicht wahr und kann und darf nicht wahr sein. Nicht daß der politische Druck und die wirtschaftliche Not mit Worten hinwegzuscheuchen wären. Lebensraum und Arbeit können nicht mit rednerischen Mitteln beschafft werden.

Jedoch die Verdächtigungen, die Anschuldigungen, das Abschieben der Verantwortung von Stand zu Stand, von Partei zu Partei und Mensch zu Mensch kann beschwichtigt, allmählich abgestellt und als eine öffentliche Feigheit außer Kurs gesetzt werden.

Eben jetzt hat der Deutsche Reichstag den erfreulichen Versuch gemacht, auf dem Wege der Geschäftsordnung wenigstens den handgreiflichsten Unsitten des politischen Kampfes entgegenzutreten. Aber noch mehr als das Parlament sind unsere Straßen und Zeitungen von Verrohrung und allerlei unflätigen Ausdrucksformen der überreizten Gemüter bedroht. Bis in die höchsten Bil-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0101

dungsschichten ist nachgerade die üble Neigung und Gewohnheit hinaufgestiegen, Verantwortung abzuwälzen, eigene Fehler zu verdecken, für selbstbegangene Mißgriffe nicht einzustehen. Die Lektüre der vielen Memoiren, die von Staatsmännern und Generälen der letzten Jahrzehnte unaufgefordert geschrieben und veröffentlicht wurden, beweist es uns. Ich brauche keine Namen zu nennen. Es ist ein öffentliches Händewaschen in Unschuld um die Wette. Der Landpfleger Pontius Pilatus macht Schule.

Angesichts dieses trüben Schauspiels muß endlich erinnert werden, daß die Identität mit sich selbst, das Stehen zu der eigenen Tat für den Begriff der Persönlichkeit wesentlich ist. Ein Mann, der das, was er getan, befohlen, veranlaßt und unterlassen hat, nicht gewesen sein will, ist keine Persönlichkeit, sondern im besten Falle ein Komödiant. Dieser war es ja nur seiner Rolle und Maske nach, aber nicht wirklich. Die Maske legt er ab, die Rolle zieht er aus, vom Amte dankt er ab und steht gereinigt da, in vollendeter Nichtigkeit.

Ideale Forderung und Wirklichkeit, Sollen und Sein durchdringen sich innig und geheimnisvoll lebendig in dem Begriff Persönlichkeit. Persona, sagen die Gelehrten, sei ein etruskisches Wort. Man glaubte früher allgemein, es bedeute ursprünglich die Maske oder Rolle des Schauspielers. Mir war diese theatralische Abstammung immer ein wenig verdächtig. Der ausgezeichnete Etruskologe Herbig belehrte mich denn auch eines Besseren und sagte mir, persona sei offenbar der Name eines hervorragenden Mannes gewesen, dem die Etrusker ein ehrenvolles Grabmal errichteten, das die Gestalt des Verstorbenen darstellte und zugleich eine Urne war und seine irdischen Reste verwahrte und vor der Auflösung und Zerstreuung, vor dem Abgleiten schützte. Solche ausgehöhlten Grabdenkmäler, in denen Porträt und Urne eines waren, wurden sodann auch für andere bedeutende und geliebte Verstorbene hergestellt aus Stein oder Ton und hießen Persona, und da man sich bald mit dem Kopf oder der Büste begnügte, so war der Schritt von der Kopfurne, die die Asche enthielt, zu der Tonmaske, wie sie der Schauspieler sich aufsetzte, wenn er einen berühmten Toten auf der Szene zu verkörpern hatte, nicht allzu groß. Um so größer jedoch der Bedeutungswandel des Wortes, denn jetzt war etwas Schauspielerisches und Fiktives hineingeraten, denn jetzt umschloß der geformte Ton einen Anderen, einen Akteur, und nicht mehr den leiblichen Rest des verewigten und idealisierten Mannes selbst. Eines freilich blieb auch in dem Scheinwesen des Bühnenspieles noch: die Forderung nämlich, daß der Darsteller den Helden, dessen Kopf und Angesicht er auf den Schultern trug, auch wahrhaftig und würdig verkörpere und, solange das Drama dauerte, nicht stümperhaft aus der Rolle falle, sondern sich identisch fühle und benehme mit dem Leib und Leben seines Heroen, daß er persona nicht nur vormache, sondern werde, sei und bleibe bis zum Ende der Vorstellung.

Der politische Kampf aber ist das Ringen um das Recht, die Macht, und das wirkliche Dasein.

Aus diesem ernsten Drama sich hinwegschleichen in eine Garderobe, sich abschminken und nach eingeheimstem Beifall etwa zu Hause ein pensionierter Anderer, ein harmloser Kostgänger zu werden, verträgt sich mit dem, was wir von einer politischen Persönlichkeit erwarten, schlecht. Eines nimmt man immer nach Hause: die Ver-

UNIVERSITÄTS-BIBLIOTHEK HALLE (SAALE)

antwortung, das Gewissen. Hat doch sogar der Schauspieler nach vollendeter Vorstellung die Kritik und das Bewußtsein seiner Mängel zu ertragen.

Gewiß, auch die politische Persönlichkeit ist mit ihrer irdischen Individualität nicht ohne weiteres eins. Der Staatsmann stellt zwar nicht einen Anderen dar als er ist, aber er vertritt Andere, viele Andere. Er vertritt Ansprüche, Rechte, Interessen von Anderen und muß sie vertreten, als wären sie die seinen, ja, sogar mit noch viel größerem Eifer und strengerem Willen, als wenn es sich nur um seine Privatsache handelte. Das Verhältnis der Vertretung ist von dem der Darstellung so verschieden, wie das Unsichtbare vom Sichtbaren, wie das innere Drama vom äußeren Theater, wie der Geist vom Leib, den er beseelt und beherrscht. Ein kleiner Brief, abgefaßt mit dem Einsatz der Person, d. h. mit dem Bewußtsein der Verantantwortung und in Vertretung der Interessen und des politischen Willens einer ganzen Nation und geschrieben von einem beauftragten Staatsmann an die Regierung eines anderen Staates wirkt unter Umständen sehr viel nachhaltiger als etwa das prunkvolle Auftreten eines Monarchen, der die Interessen seines Volkes wesentlich nur darstellerisch vertritt. Wir waren vor dem Weltkrieg gewöhnt, die deutsche Großmacht dargestellt und repräsentativ mit breiter Pracht vertreten zu sehen, und zwar am augenfälligsten zumeist dann, wenn die unsichtbare, die eigentliche, ethisch-politische Vertretung zögernd und schwach war und die Verantwortung von Instanz zu Instanz dahinglitt und keine Persönlichkeit da war, die ihr den inneren Halt zu bieten und sie zu tragen vermocht hätte. Durch viele Jahre großartiger Darstellung und unsicherer Vertretung seines politischen Daseins ist das deutsche Volk geblendet und verwirrt worden. Daher kann es heute nur langsam und schwer sich gewöhnen, das Darstellerische, die Gebärde und Phrase, den politischen Schauspieler und Demagogen zu durchschauen und mit geistigem Blick die staatsmännische Persönlichkeit zu erkennen. Um so schwerer muß dies unserem Volke gelingen, als die Aufmachung nunmehr gewechselt hat. Das politische Theater wird ja heute nicht mehr mit schimmernden Uniformen und Aufzügen bestritten, sondern mit weithin schallenden Kehlköpfen, Lautsprechern, Brusttönen, Fettdrucken und dergleichen. Wie lange hat Stresemann, der über derartige Darstellungsmittel kaum verfügte, sich abgemüht, bevor die Lauterkeit und Stärke seiner staatsmännischen Persönlichkeit durchdrang. Ihm geschah das Merkwürdige, daß die fremden Völker ihn rascher und besser erkannten als das eigene, dem er territoriale Freiheit zurückgewann. — Woran wäre denn nun, wenn es so schwer ist, das Gewissen und den Willen der Menschen zu durchschauen, die echte staatsmännische Persönlichkeit zu erkennen? In letzter Hinsicht freilich am Erfolg. Doch d e r läßt manchmal auf sich warten. Ja, die sofortigen und auffallenden Erfolge gehören zumeist den darstellerischen Politikern. Die wirklich Vertretenden greifen nicht mit Blitz und Donner in die Weltgeschichte ein, sie sprießen aber auch nicht gar so bescheiden wie ein Veilchen aus dem Gras.

Menschenkenntnis, pflegt man zu sagen, Seelenkunde, Psychologie sei notwendig, um die wahre Persönlichkeit von der scheinhaften zu unterscheiden. Unserer Staatskunst und Diplomatie vor dem Krieg warf man Mangel an Psychologie und seelischer Spürnase vor. Durch kulturpsychologische, völkerpsychologische, charakterologische Studien und Handbücher hoffte man, unserer politischen Instinktlosigkeit abzuhelfen. Literarhistoriker und Psychiater wett-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0103

eiferten in Darstellungen und Analysen der französischen, englischen, amerikanischen Volksseele, der politischen Psychosen, Stimmungen, Temperamente. Ich erwarte von diesen Feinheiten und Kenntnissen, so schätzenswert sie etwa für Historiker und Soziologen sein mögen, für die staatsmännische Praxis keine wesentliche Hilfe: denn das seelische Um und An, innerhalb dessen die Ereignisse sich vorbereiten und die Kämpfe sich abspielen, gehört eher dem äußeren und darstellerischen Wesen der Politik an, als der tätigen Vertretung der Interessen und dem verantwortlichen politischen Wollen und Können. Es sind atmosphärische Verhältnisse und Faktoren, mit denen ein zielbewußter Steuermann zwar rechnen muß, die er aber eher zu überwinden als zu studieren hat. Und hier gelten die Worte des entschlossenen Jünglings in Hermann und Dorothea:

Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist,

Der vermehret das Uebel und breitet es weiter und weiter,
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.
Nicht dem Deutschen geziemt es, die fürchterliche Bewegung
Fortzuleiten und auch zu wanken hierin und dorthin.

Das Beharren auf dem eigenen Sinn, das Stehen zur eigenen Tat, die Identifizierung des Ich mit der unternommenen Sache und die bedingungslose Verantwortung

der daraus entstehenden Folgen, das ist es, wie mir scheint, was die Persönlichkeit vor dem Durchschnittsmenschen entscheidend auszeichnet und sie für jeden kenntlich macht, der diesen Sinn, diese Tat, diese Sache, mit der jene Person sich auf Tod und Leben verwachsen hält, erfaßt hat. Es ist demnach wichtiger, daß man um die politische Sache wisse, als um die Menschen, von denen sie jeweils vertreten wird. Kommt es doch häufig vor, daß Menschen, die uns, individuell betrachtet, klein oder unangenehm oder sonderlich erscheinen, plötzlich groß, verehrungswürdig und maßgebend werden durch die selbstverständliche Hingabe und zwingende Sicherheit, mit der sie in die Sache eingehen und sie nicht nur als eine Rolle spielen, sondern sie als den Sinn ihres Daseins vollbringen und wenn es sein muß, mit Lust daran zugrunde gehen.

Solcher Sachen, für die man leben und sterben kann und für die man freilich vorher geboren und geschaffen sein muß, gibt es viele. Eine wissenschaftliche Persönlichkeit z. B. ist, wer für die Forschung lebt und stirbt, und zwar nicht für Forschen und Wissenschaftlichkeit im allgemeinen, sondern für das eine bestimmte eben nur dieser Person zugeordnete Problem oder Folgenreihe von Problemen. Lassen Sie mich hier auf ein tröstliches Gegenstück zu den vorerwähnten trüben Memoiren von halben Staatsmännern hinweisen, die uns die letzten Jahrzehnte gebracht haben. Ich meine die 1928 erschienenen Erinnerungen von Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf. Da werden keine Hände in Unschuld gewaschen, keine Erfolge und Werke schaugestellt, nur von den Lehrern, Freunden und Förderern wird erzählt und von den eigenen Fehlern, Mißgriffen, Irrtümern. Die positive Leistung ist für diese große philologische und kritische Persönlichkeit so sehr zur Sache und zum stillen gleichmäßigen Dienst geworden, daß er sie bei sich gar nicht mehr zu suchen und aufzuzeigen das Bedürfnis hat. Man kann am

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0104

Schweigen gelegentlich besser als aus den Reden die echte Persönlichkeit oder, was im Grunde dasselbe ist, den treuen Diener seiner Sache kennen lernen.

Seiner politischen Ueberzeugung nach ist von Wilamowitz keineswegs Republikaner. Aber er ist es in seinem geistigen Bezirk, denn dort gilt ihm seine, ihm zur Vertretung aufgegebene besondere res publica, die Sache der Wissenschaft, mehr als die eigene Person und sonstige Personen. Hier liegt der Punkt, um den unsere Betrachtung kreist.

Die allgemeine Sache über sich stellen, in ihrer Vertretung leben und wachsen, sich aufbrauchen und keine private Freiheit sich herausnehmen,

es sei denn zur Erholung und Erfrischung für den Dienst, aber nicht zur Flucht aus ihm, dies ist der Weg, eine Persönlichkeit zu werden. Ein Weg des Dienstes also, wo nicht gar der Knechtschaft. Nur daß dort, wo einer Sache und nicht mehr bestimmten Menschen gedient wird, der Name des Knechtes seinen demütigenden Sinn verliert und umschlägt in ein Zeichen der Freiheit und der Ehre. Der Gedanke des Dienstes an gemeinsamer Sache holt die verstreuten Einzelnen aus ihren Egoismen hervor und erhöht sie zu Persönlichkeiten, auf welcher Stufe immer sie dienen. Hoch und nieder, Aristokratie und Demokratie bezeichnen dann keine starren Schichten und Schranken mehr, denn je nach der stärkeren Ergriffenheit durch Aufgabe und Beruf steigt man empor, und in dem Maße, wie der Höhentrieb nachläßt oder die Aufgabe erfüllt ist, sinkt man wieder ab.

Schluß folgt.

Werte-lose und anmaßende Weltpolitik.

„Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben nach Zurückziehung aller amerikanischen Finanzforderungen von Deutschland und England die große Aufgabe, nach Abwerfen ihrer verschlissenen Gründungsideen und des jetzigen Standes des Protzentums (d. h. der Vernichtung der Idee New-York) mit junger Kraft an die Durchsetzung des neuen Rassestaatsgedankens zu gehen: Vorherrschaft über Pan-Amerika, Aus- und Ansiedlung der Nigger und Gelben, Ueberlassung der ostasiatischen Besitzungen an Japan, Hinwirken auf Vorbereitung einer schwarzen Kolonisation in Zentralafrika, Aussiedlung der Juden nach einer Gegend, wo dieses gesamte „Volk" Platz finden kann (etwa Madagaskar), in Uebereinstimmung mit der in dieser Richtung eingestellten zukünftigen europäischen Politik . . . : ein deutsch-skandinavischer Block mit dem Ziel, Boden für hundert Millionen Deutsche zu schaffen und zur Verhinderung der Bildung einer russisch-mongolischen Militärmacht im Osten: ein Bündnis dieses deutsch-skandinavischen Blockes mit England, dessen indische Herrschaft ebenfalls nur durch Verhinderung eines machtpolitischen Welt-Rußlands gewährleistet ist: In diesem großen Daseinskampf um Ehre, Freiheit und Brot einer solchen schöpferischen Nation wie Deutschland können Rücksichten auf die ebenso impotenten wie werte-losen und anmaßenden Polen, Tschechen usw. nicht genommen werden: sie müssen nach Osten abgedrängt werden, damit der Boden frei wird zur Beackerung durch germanische Bauernfäuste.

(Aus: „Der Mythus des 20. Jahrhunderts" von Alfred Rosenberg, Chefredakteur des Völkischen Beobachters.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0105

Aktive Demokratie

Von Josef Winschuh.

Es wäre falsch, den Auszug der Nationalsozialisten aus dem Parlament auf die leichte Achsel zu nehmen. Es wäre falsch, die leeren Bänke der nationalistischen Opposition mit einem Atemzug der Erleichterung zu betrachten und den Schluß zu ziehen: „Jetzt sind wir die Störenfriede los. Jetzt sind wir unter uns. Jetzt arbeiten wir nach alter Methode weiter." Zwar ist der Auszug der Nationalsozialisten nicht eine Aktion der Kraft. Er ist Flucht aus einem Parlamentarismus, der wider das Erwarten vieler, Straffheit und Disziplin bewiesen hat, in die fetten Weiden der reinen Agitation. Der Auszug der nationalistischen Opposition wird aber nur dann Flucht vor der Verantwortung bleiben, wenn die Demokratie über die ersten Ansätze der Selbstdisziplin und Abwehr hinaus aktiv bleibt.

Ich betrachte Hitler als einen Erzieher der Demokratie wider Willen. Der Ruf: Deutschland erwache! muß von jedem Politiker der Mitte nicht spöttisch, sondern mit vollem Ernst übersetzt werden: Demokratie erwache! Die Demokratie ist bisher zu schwammig gewesen. Sie hat zu viel Fett angesetzt. Sie hat keinen straffen, muskulösen Körper und keinen hellen, klaren Blick. Wenn sie nicht will, daß ihr der Nationalsozialismus dies Fett wegschneidet — und das setzt Blut und ist schmerzhaft — dann muß sie es selbst wegmassieren, um Sehnen und Muskeln zu bekommen. Ich behaupte, wenn morgen der Nationalsozialismus verschwände, wenn die Politiker und Parteien der Mitte erleichtert aufatmen und feststellen würden: Nun sind wir diese Tempelstürzer los, jetzt machen wir Politik wie bisher — wir würden in fünf bis zehn Jahren eine neue Protestbewegung gegen das „System" in Deutschland haben, die wiederum den größten Teil der Jugend für sich hätte. Denn ein Teil des Nationalsozialismus ist Verhetzung, ein anderer Teil ist Ausdruck der wirtschaftlichen Krise und sozialen Not, aber ein dritter Teil ist zweifellos Mißtrauen gegen die Demokratie und Enttäuschung durch die Republik, ist Protest gegen die Fehler, Versager und Unfruchtbarkeiten des „Systems". Wenn man das in der Mitte nicht begreift, verdient sie es nicht, daß junge Menschen sich für sie und ihre Erneuerung schlagen.

Der Kampf gegen den politischen Radikalismus, der ein neues Reich verspricht, wird im Grunde und auf die Dauer nur erfolgreich bestanden durch eine Kombination von Abwehr und Reform. Neben Reformen im Staatsaufbau, in der Verwaltung und im Wahlrecht, brauchen wir auch Aenderungen der demokratischen und republikanischen Haltung. Die Demokratie hat oft das Bedürfnis des Volkes nach Führung durch eine aktive Regierung nicht befriedigt. Die Tatsache, daß es manchmal Monate dauerte, bis eine Regierung zustande kam, daß monatelang die Zeitungen vom Kuhhandel und Ministerschacher der Fraktionen gefüllt waren, hat der Demokratie viele Feinde gemacht und dem Wunschbild der Diktatur zahlreiche Anhänger zugeführt. Wir müssen eine Entwicklung anstreben, die unter allen Umständen eine Führung sicherstellt, auch dann, wenn das Parlament aktionsunfähig ist. Es ist besser, die Demokratie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0106

baut legitime Halbdiktaturen auf Zeit in ihr System ein, als sich blind der rationalen Demokratie zu überlassen, infolgedessen zu versagen und dadurch Volk und Staat der eigentlichen Diktatur in die Hände zu spielen, die vorgibt, allein und vollkommen das Bedürfnis der Nation nach Führung befriedigen zu können.

Die Demokratie hat in ihrer Verfassung und in ihren Deklamationen stets die Verantwortung des Politikers und Beamten für die Allgemeinheit proklamiert, aber sie hat bisher diese Verantwortung nicht ernst genug genommen. Was geschieht mit jemandem, der notorisch schlecht geführt, notorisch schlecht verwaltet, notorisch schlecht die Interessen der Allgemeinheit gewahrt hat. Er wird höchstens auf Staatskosten und zu Lasten der steuerzahlenden Bürger pensioniert. Er wird nicht an Freiheit und Ehre bestraft. Das alles führt dazu, daß eine Verantwortung oft in Wirklichkeit gar nicht besteht; sie ist risikolos. Dann haben eine Reihe von Verschwendungsfällen und Korruptionsaffären der Republik sehr geschadet. Zu einer Republik, und gerade zu einer jungen, gehört auch ein Kato, der über ihre Tugend wacht. Eine solche katonische Gesinnung ist als Atmosphäre und moralische Kraft nicht genügend spürbar gewesen.

Ferner muß die Demokratie über die Ebene des Parteienstaates hinauswachsen und einen objektiven Staat herausstellen. Dies Ideal ist durch Futterkrippenwirtschaft und Parteibuchbeamtentum oft stark verdunkelt worden. Außerdem hat es bisher an einer überzeugenden Durchdringung des republikanischen und nationalen Gedankens gefehlt. Die junge deutsche Republik ist in einer Zeit nationaler Schwäche entstanden. Es wird der Republik von ihren Gegnern vorgeworfen, daß sie zunächst nur ihre soziale, nicht aber auch ihre nationale Aufgabe begriffen und angepackt habe, und dieser Vorwurf ist nicht leicht zu entkräften. Wir haben die Vermählung des nationalen und republikanischen Gedankens nachzuholen. Eine Verbindung von Republik und Pazifismus wird dem Frieden nicht nutzen, wohl aber die Republik entkräften und sie schließlich vollends entwurzeln. Wir können nicht die Massen- und Funktionärdemokratie der Sozialdemokratie wollen. Wir müssen daher einen neuen Mittelstand wollen, wir müssen gegen die Vermassung der Menschen ankämpfen. Wir dürfen ferner den Arbeitsbürger nicht zum Sozialrentenbürger hinentwikkeln, der von der Wiege bis zum Grabe in ein Netz von Versicherungen und Bürokratien eingespannt ist. Außerdem: Galt es bisher, die Sozialdemokratie zur Demokratie und zum republikanischen Staat zu erziehen, so gilt es im nächsten Jahrzehnt, ein opportunistisches deutsches Bürgertum, das zur Zeit in hellen Scharen aus Demokratie und Republik flüchtet und den Phantomen der Diktatur und des Dritten Reiches nachläuft, für die Demokratie zu erhalten. Das Gesicht der demokratischen Mitte muß in Zukunft dem politischen Raum zugewandt sein, der zwischen Sozialismus und Nationalismus liegt und vom Zentrum flankiert wird. Die pädagogische Aufgabe der bürgerlichen Demokraten und Republikaner liegt im nächsten Abschnitt deutscher Geschichte nicht mehr links, sondern rechts von ihnen. Wichtig ist, was sich im Raum zwischen dem radikalen Nationalismus einerseits und dem Zentrum und der Sozialdemokratie andererseits an neuem Leben, an neuer Haltung und Verantwortung bilden wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0107

Erwerbsbürger und Besitzbürger

Von M. J. Bonn.

Die nachfolgenden Ausführungen entnehmen wir der Schrift M. J. Bonns über „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus", die bei S. Fischer, Berlin, erschien.

Die Ausrottung des rentenbeziehenden Kleinkapitalisten hat unter Führung und Duldung des industriellen Großkapitals hat vor allem (aber auch) die Wurzeln abgegraben, die der Kapitalismus in den Kulturboden der Nation geschlagen hat. Der Zweck des Kapitalismus im gesellschaftlichen Leben der Völker ist nicht nur die bestmögliche Bedürfnisbefriedigung auf dem Wege der Produktion. Er soll bewußt Reichtum und Besitz schaffen, der es neuen Schichten ermöglicht, als Besitzende industrieller Produktionsanlagen neben die Besitzer zu treten, die sich den in beschränktem Maße vorhandenen Boden angeeignet haben. Die Inflation ist ein Kampf der industriellen Erzeuger gegen diese industriellen Besitzer gewesen. Wenn der Kapitalismus einen über die Produktion hinausgehenden Sinn hat, so beruht er eben auf der Schaffung solchen Besitzes, der es seinem Inhaber ermöglicht, aus dem unmittelbaren Wirtschaftsleben auszuscheiden und seine Muße der Pflege der kulturellen, sozialen und politischen Güter der Nation zu widmen. Es ist plutokratische Anmaßung, zu behaupten, Reichtum als solcher sei mit Kultur gleichbedeutend. Zweifelsohne ist aber die Verfügung über Reichtum die Voraussetzung der Befriedigung zahlreicher menschlicher Bedürfnisse, ohne die die moderne Kultur schwer denkbar ist. Reinlichkeit und Kanalisation also solche schaffen Kunst und Kultur nicht, auch wenn sie ihre Verbreitung und ihren Genuß ermöglichen oder erleichtern. Umgekehrt ist es jedoch proletarische Ueberheblichkeit, anzunehmen, Armut und Schmutz als solche seien Kulturträger, auch wenn nachgewiesen wird, daß hervorragende Persönlichkeiten sich aus ihnen herausgehoben und zu Führern durchgearbeitet haben. Wo die Notwendigkeit, Reichtum zu erwerben, alle Kräfte und Sinne des Menschen bindet und fesselt, wird die Beschäftigung mit ihm alles Höhere abtöten und ein plattes Banausentum zur Folge haben. Die Gefährdung der Kultur liegt hier im Erwerb, nicht im Besitz. Der Kampf der Erwerbsstände gegen den Besitzstand, der den Inhalt der Inflation gebildet hat, hat die Beseitigung jener Schichten zur Folge gehabt, die die Rolle der Kulturträger spielen konnten. Sie haben sicher, als Ganzes genommen, nicht mehr als ein verhältnismäßig hohes Mittelmaß erreicht, — nur einzelne Personen, nie ganze Schichten, ragen jemals über den Durchschnitt hinaus. Sie haben aber den geistigen Nährboden geliefert, in dem modernes Denken gereift ist, sowohl die Gedanken der proletarischen Revolution als auch die Methoden technischen Denkens, mittels deren organisierte und technisierte Industrielle das soziale Gehäuse zu zerbrechen suchen, das sie bis jetzt beherbergt hat. Wenn der Besitz als solcher nicht imstande ist, seinem Inhaber in erwerbslosem Dasein die Möglichkeit kulturellerer, für das Ganze nützlicher Betätigung zu geben, dann wird auch der werden, und mit ihm der Kapitalismus als solcher. Denn wenn die wirtschaftliche Tätigkeit nichts anderes zu liefern braucht, als die Erneuerung des Produktionsfonds, die Erweiterungskosten der Anlagen und ausreichende Entlohnung der Beteiligten, ist das moderne kapitalistische System bei dem heutigen Stande der modernen Technik nicht länger vonnöten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0108

Die Bedeutung des Besitzes im Gegensatz zum Erwerb für die allgemeine Entwicklung eines Volkes zeigt sich insbesondere im politischen Leben. Das Fehlen einer besitzenden Klasse, die Unabhängigkeit und Uneigennützigkeit zu vereinen weiß, hat das politische Deutschland so farblos gemacht. Deutschland wird ausschließlich von Interessenten und Funktionären regiert, von Personen und Gruppen, die in der politischen Maschine ein Instrument zur Förderung ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse sehen und daher sich selbst oder ihre Beauftragten mit ihrer Bedienung beschäftigen. Es ist dadurch zur Demokratie der Funktionäre und zur Republik der Syndizi geworden. Die Abwesenheit einer uninteressierten Schicht, der man die Führung öffentlicher Angelegenheiten überantworten könnte, hat dazu geführt, daß sogar das Verständnis für die Unvereinbarkeit partikularer Individual- oder Gruppeninteresen mit allgemeinen Interesen nicht vorhanden ist. Der Abgeordnete, der als Vertreter seines Verbandes in dessen Sonderinteresse seine Stimme abgibt, empfindet nicht einmal einen Gewissenskonflikt, wenn er daran erinnert wird, daß er nach der Verfasung Abgeordneter des ganzen Volkes ist, der nur seinem Gewissen verantwortlich ist. In Wirklichkeit ist er Abgeordneter seines Verbandes und diesem Verbande verantwortlich. Sein Auftrag ist sein Gewissen. Er spürt den inneren Widerspruch nicht, und die Oeffentlichkeit sieht diesen Zwiespalt ebensowenig. Sachverständige und Interessenten sind ihr gleichlautende Begriffe; sie hält eigentlich nur Interessenten für sachverständig. Wenn auch gewisse alte berufsständische Ideen hieran mitschuldig sind, so trägt doch den größten Teil der Verantwortung an dieser Entwicklung der erwerbsgierige Produktionskapitalismus, der mit Hilfe der grundsätzlich antikapitalistischen Arbeiter den Besitzkapitalismus ausgerottet hat, den die Rentner-Gläubiger verkörperten.

Politische Umschau

Halbdunkel um den Schenkervertrag.

Das bemerkenswerteste verkehrspolitische Ereignis der letzten Wochen war die Bekanntgabe des Vertrages der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit der Firma Deutsche Bahnspedition Schenker & Co. G. m. b. H. Der Vertrag wurde kurz vor der Beratung des Verkehrsetats im Reichstag bekannt, so daß sich die meisten Parteien eingehend mit ihm beschäftigen und er vielfach zum Angelpunkt der Verkehrsdebatte wurde. Für die Fraktion der Staatspartei beleuchtete Dr. Winschuh die Bedeutung des Schenkervertrags. Er erkannte die Grundidee des Vertrags an, die Rollgebühren beim Frachtverkehr, die vielfach zu hoch sind und einer Vereinheitlichung bedürfen, zu rationalisieren, kritisierte aber die mangelhafte Durchführung dieses Gedankens und verlangte, daß vor einer Genehmigung des Vertrages eine eingehende Prüfung und durchgreifende Verbesserung erfolge. Vor allem sei eine Verbreiterung der Vertragsbasis durch Hereinnahme mehrerer Speditionsfirmen notwendig, ferner müsse die Absicht der Reichsbahn, diesen Vertrag zur Bekämpfung des Kraftwagenverkehrs zu mißbrauchen, verbunden werden.

Die Haltung des Reichsverkehrsministers v. Guérard zum Schenkervertrag ist reichlich problematisch. Der Verkehrsminister behauptete, von dem Abschluß dieses Vertrages nichts gewußt zu haben. In diese Behauptung darf man mit Recht Zweifel setzen. Das Verkehrsministerium hatte die Möglichkeit, sich recht-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0109

zeitig zu informieren. Es hat nämlich das Recht, zu den Verhandlungen des Verwaltungsrates der Reichsbahn, in denen auch der Schenkervertrag eingehend erörtert wurde, einen Kommissar zu entsenden. Es wird immer klarer, daß Herr v. Guérard von diesen Vorverhandlungen nichts wissen wollte, um keine Verantwortung übernehmen zu müssen und politischen Konsequenzen zu entgehen. Er hat allerdings im Reichstag scharfe Worte für das Verhalten der Reichsbahn gefunden, das zweifellos nicht als loyal anzusprechen ist. Das Verhalten des Ministers erscheint aber ebenfalls nicht in klarem Licht. Man muß befürchten, daß das Reichsverkehrsministerium hier eine Scheinpolitik betreibt. Nach außen wird in den Entrüstungsschrei über den Schenkervertrag eingestimmt, im Innenverhältnis hat man sich aber trotz gegebener Möglichkeiten nicht in die Vorbereitung des Vertrages eingeschaltet, und es sieht aus, als ob der Pelz des Vertrages vom Verkehrsminister gewaschen werden soll, ohne daß er naß gemacht wird. Mit anderen Worten: Es ist zu befürchten, daß das Reichsverkehrsministerium von der Möglichkeit, den Schenkervertrag zu prüfen und seine Verbesserung zu verlangen, nicht nachdrücklich Gebrauch machen wird, sondern es bei der parlamentarischen Geste der Entrüstung über die Tatsache und die Form des Abschlusses des Vertrages belassen wird. Die weitere Entwicklung dieser Frage, insbesondere das weitere Verhalten des Verkehrsministers, verdienen daher eine wache und kritische Aufmerksamkeit.

Der ganze Fall Schenkervertrag warf ein Streiflicht auf das Mißverhältnis, das heute zwischen Reichsbahn und Verkehrsminister besteht. Der Einflußhebel vom Parlament über die Regierung zum größten öffentlichen deutschen Unternehmen funktioniert nicht mehr. Das ist zum größten Teil eine Folge der Tatsache, daß die Reichsbahn durch die Reparationsgesetzgebung reichsunmittelbar geworden ist und eine geschäftliche Souveränität bekommen hat, die nicht immer zum Vorteil der Allgemeinheit ausgeschlagen ist. Das liegt aber auch zum Teil am derzeitigen Reichsverkehrsminister, dem aus manchen Kreisen mit Recht vorgeworfen wird, daß er sein Amt korrekt, aber ohne Initiative verwalte und sich insbesondere gegenüber der Reichsbahn auf ein rein formales Verhalten beschränke.

Bemerkenswert an dem Schenkervertrag ist auch die Annahme, die unseres Wissens zu Recht besteht, daß die Reichsbahn im Grunde diesen Vertrag in sich selbst gemacht habe. Die Firma Schenker ist kein selbständiger, der Reichsbahn unabhängig gegenüberstehender Vertragspartner, der die Interessen des deutschen Speditionsgewerbes repräsentieren könnte. In eingeweihten Kreisen weiß man, daß die Firma Schenker seit Jahren unter dem finanziellen Einfluß der Reichsbahn steht. Auch aus diesem Grunde ist daher die Forderung, den Vertrag zu erweitern und noch mehr Spediteure und außerdem den Kraftwagenverkehr in ihn einzubeziehen, mehr als berechtigt.

Bauerntum und Industrie.

Es ist eine Tatsache, daß dort, wo der Bauer neben einer gut lohnenden Industrie wohnt, sein Absatz weit besser ist, als dort, wo er zwischen großen Gütern sitzt. Ein gut bezahlter Arbeiterstand braucht täglich Milch, Butter, Fleisch und Brot und erspart viele Unkosten des Zwischenhandels. Man sollte deshalb auch gar nicht sagen: Agrarstaat oder Industriestaat?, sondern Industrie und Bauerntum! Beides zusammen bildet die deutsche Volkskraft, und erst dann, wenn der deutsche Osten Bauernland ist, wird er auch Industrieland werden können.

Friedrich Naumann,
„Die Hilfe", 1898.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0110

Vom Geist der Reichswehr.

Die Reichswehrdebatte, die in diesen Tagen im Haushaltsausschuß des Reichstags begonnen hat, bietet das erfreuliche Bild, daß sich — natürlich außer den Kommunisten — alle Parteien zum Heer und damit zum Gedanken der Landesverteidigung bekennen. Man kann sagen, daß es in dieser Zeit politischer Wirrnis wohltuend wirkt, zu beobachten, daß es in der Wehrfrage — endlich — nur eine Front gibt, die — ausgesprochen oder unausgesprochen — in Verfolgung ihrer augenblicklichen Haltung bereit sein muß, aus dem zu erwartenden Ergebnis der Genfer Abrüstungskonferenz die erforderlichen Folgerungen zu ziehen.

Die Heeresführung kann die Ausschußdebatte als starken Gewinn buchen; es wird ihr — wieder von den Kommunisten abgesehen — weitestgehend Vertrauen entgegengebracht. Das Bild, das wir von ihr im vorigen Heft zu geben uns bemüht haben, **runden** wir durch die Veröffentlichung eines bisher ebenfalls noch nicht bekannten Erlasses des Reichswehrministers ab.

Der Reichswehrminister. Berlin, den 6. 10. 1930.

Nr. 486 30 g W I a.

Geheim!

Betr. Leipziger Hochverratsprozeß.

Ich halte es für notwendig, den Herren Befehlshabern und Kommandeuren noch einige Erläuterungen zu der an alle Offiziere ergangenen Verfügung „Der RW.Min. Nr. 3570. 30. W I A vom 6. 10. 30" zu geben:

Ich bin mir nicht im unklaren darüber, daß bei den Aussagen der jungen Offiziere vor dem Reichsgericht ein gewisses Solidaritätsgefühl, die Sucht, durch forsches Auftreten eine innere Unsicherheit zu verbergen, und die in den Zeitläuften liegende Ueberheblichkeit und Selbstüberschätzung der Jugend eine große Rolle gespielt haben. Ich bin deshalb auch überzeugt, daß die Disziplin und der bedingungslose Gehorsam in der Reichswehr trotz dieser Vorkommnisse völlig im Takt sind.

Wir dürfen uns aber auch nicht im Zweifel darüber sein, daß diese Haltung einiger junger Offiziere dem Ansehen der Wehrmacht empfindlichen Schaden zugefügt hat. Uebelwollende und militärfeindlich eingestellte Kreise werden uns bei erster Gelegenheit die Rechnung präsentieren, die uns wohlgesinnten und uns nahestehenden Schichten sind bestürzt, und ihr Glaube an die Reichswehr als dem unerschütterlichen Fels von Gehorsam und Pflichttreue, auf dem das ganze Staatsgebilde ruht, ist erschüttert. Eine derartige Vertrauenskrise wäre uns erspart geblieben, wenn alle Kommandeure sich mehr um den Geist und die Ansichten ihres Offizierskorps gekümmert hätten. Aber leider, das muß einmal scharf ausgesprochen werden, gibt es Kommandeure, die aus innerer Unsicherheit oder gar aus mangelndem Bekennermut jedem politischen Gespräch mit ihren Untergebenen aus dem Wege gehen, die vielleicht sogar aus Sorge, man könnte sie nicht für national halten, oder sie könnten sich bei ihrem Offizierskorps unpopulär machen, derartigen Gedankengängen nicht offen entgegentreten und dadurch den Eindruck der gleichen Gesinnung bei den jungen Leuten erwecken. Sonst wäre es doch unmöglich, daß sich bei diesen jungen Leuten so grundfalsche Ideen über nationale Einstellung der Führung, Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0111

lieferung der Reichswehr an die Linke, nur bedingte Gehorsamspflicht usw. festsetzen konnten. Wenn die Kommandeure, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, immer wieder darauf hingewiesen hätten, unter welchen ungeheuren inneren und äußeren Schwierigkeiten es der Reichswehrleitung gelungen ist, die Reichswehr zum stärksten Faktor im Staate zu machen, an dem niemand bei politischen Entscheidungen vorübergehen kann, dann würden im Offizierkorps Tendenzen nicht haben aufkommen können, die allerdings in höchstem Maße geeignet sind, diese starke Stellung der Wehrmacht im Staat zu zerstören. Schon eine einfache Unterrichtung der Offiziere über die in den letzten Jahren von mir vertretenen Ansichten, die ich in Reden und Erlassen, in Kämpfen um den Wehretat und sonstigen Auseinandersetzungen mit wehrfeindlichen Organen und Strömungen immer wieder zum Ausdruck gebracht habe, würde genügt haben, um die jungen Leute zu belehren und von der Torheit und Haltlosigkeit ihrer Ansichten zu überzeugen. Wir müssen aus diesen Vorkommnissen die Folgerung ziehen, in Zukunft nur noch solche Persönlichkeiten zu Leitern von Offizierkorps zu machen, die Bekennnermut und genügend geistige Ueberlegenheit haben, um unsere heutige Jugend zu erziehen, die über große Ueberheblichkeit, starke Empfindlichkeit, aber auch über ein hochgespanntes Ehrgefühl, über eine durchschnittlich hohe Intelligenz und, was das Schönste an ihr ist, über einen hohen idealen Schwung verfügt.

Ueber meine in dieser Verfügung zum Ausdruck gekommenen Ansichten sind alle Offiziere in geeigneter Weise zu unterrichten.

gez. Groener.

Aus den Parlamenten

Staatspartei und Landwirtschaft.

Bei der Beratung des Reichshaushaltsgesetzes für das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft führte der Reichstagsabgeordnete August Hillebrand u. a. folgendes aus:

Man muß es in diesem Hause verstehen, daß auch die schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht dazu führen dürfen, ausgerechnet dem Bauernstande, in dem sich 60 Prozent kleine und allerkleinste Landwirte befinden, zuzumuten, daß der allgemeine Zollkampf in der Agrarpolitik ausgerechnet auf Kosten der bäuerlichen Veredelungsproduktion gehen soll. Wir in den Reihen des Bauernstandes haben gewiß das größte Verständnis für das Problem der Arbeitslosigkeit. In unseren Bauernfamilien werden Hunderttausende von Familienangehörigen in Form einer versteckten Arbeitslosigkeit durchgeschleppt. Aus der Statistik über den Besuch der höheren Bildungsanstalten werden Sie feststellen können, daß die Angehörigen des Bauernstandes dort nur noch mit 1,5 bis 2 Prozent vertreten sind; auch ein deutliches Zeichen für die soziale Lage des gesamten Bauernstandes. Alle diese Dinge lassen erkennen, daß unsere Forderungen nichts anderes als der verzweifelte Kampf um die Erhaltung des Bauernstandes sind und nicht, wie man es draußen allgemein bei der Zollpolitik darstellt, einer Verteuerung der Ernährungsbasis für das deutsche Volk gelten sollen.

Was wir wollen, ist, gemeinsam mit allen Schichten in diesem Hause in dem gegenwärtigen Stadium der allgemeinen Weltwirtschaftskrise die Möglichkeiten zur Erhaltung der bäuerlichen Scholle zu finden, um zu verhindern, daß die bäuerlichen Familienangehörigen oder gar die bäuerlichen Betriebsinhaber infolge der immer niedriger werdenden bäuerlichen Lebenshaltung auch noch in das große Heer der Arbeitslosen abmarschieren müssen.

Von geplanten unerschwinglichen Preiserhöhungen kann keine Rede sein. Es ist vorhin von einem Redner betont worden, daß Zollerhöhungen durchaus nicht mit Preiserhöhungen gleichzustellen sind. Ich verweise da auf eine Schrift des Kollegen Baade von der Sozialdemokratie, der in seiner Broschüre über die Roggenstützung ganz klar ausführt, daß z. B. der Brotpreis seit dem Eingreifen der Zollaktion 1928 um 25 Prozent zurückgegangen ist, trotz der drei- bis fünffachen Erhöhung der Getreidezölle. Er hat weiter schlagend bewiesen, daß sich der fallende Getreidepreis nur zu 60 Prozent auf den Brotpreis ausgewirkt hat, während 40 Prozent beim Zwischenhandel steckengeblieben sind. Das ist wiederum ein Problem, welches zeigt, daß man sich bei der Agrarpolitik nicht bloß mit Zollfragen, sondern auch mit den damit zusammenhängenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0112

Fragen des Absatzes, also des Genossenschaftswesens, sehr intensiv beschäftigen muß, auch wenn es einzelnen Kreisen — z. B. der Wirtschaftspartei, wie wir aus der Rede des Herrn Kollegen Freybe gehört haben — zurzeit nicht angenehm sein mag. Wenn wir die großen Spannen sehen, die heute in den einzelnen Artikeln zwischen Konsumenten- und Produzentenpreisen bestehen, so ist es ein selbstverständliches Gebot im Sinne der Preisverringerung, daß auch die Produzenten mal nach dem Rechten sehen. Sie müssen versuchen, die Frage zu lösen: wie können wir die Spanne der Preise für die einzelnen Genußmittel durch eigenes Eingreifen, Regulierung des Absatzwesens verringern?

Was wir im allgemeinen wollen, ist, daß wir endlich einmal jene sogenannten Richtpreise erreichen, auf die wir uns 1928 bei Beginn der Zollkämpfe und unter der Aera eines sozialdemokratischen Reichskanzlers bereits geeinigt hatten.

Wenn unsere bäuerliche Veredelungsproduktion in der Agrarpolitik der letzten Jahre mit so großen Verlusten für den Bauernstand verbunden war und in die Zange zwischen hohen Futterkosten und ausländischer Schleuderkonkurrenz bei gleichzeitig sinkender Kaufkraft der deutschen Verbraucher geraten ist, so liegt das in erster Linie mit daran, daß man bei dem ganzen Zollaufbau von einem falschen Ausgangspunkt ausgegangen ist. Entsprechend der zahlenmäßigen Bedeutung der Veredelungsproduktion, mit dem Wert von fast drei Viertel der Gesamtproduktion, entsprechend der Bedeutung der übergroßen bäuerlichen Massen, die an dieser Veredelungsproduktion vorzugsweise beteiligt sind, hätte man, wenn man das Getreideproblem und die Rentabilität der Veredelungsproduktion nicht gleichzeitig lösen konnte die Veredelungsproduktion nicht erst zum Schlußakt der Zollpolitik im Jahre 1931 machen dürfen, sondern schon bei Beginn der ganzen Zollkampagne 1928 in den Vordergrund stellen müssen. Und wenn man durch die sogenannte Anpassung der Veredelungsprodukte jetzt zu einem gewissen konsequenten Schlußakt in der Zollpolitik kommen will, so, meine ich, wird erst die nachkommende Zeit erweisen müssen, ob der dritte Faktor, nämlich die tatsächliche Kaufkraft der Massen, nicht etwa einen Strich durch die Schlußrechnung macht, ob tatsächlich auch ein genügender Absatz der Veredelungsprodukte zu angemessenen Preisen am Markt vorhanden sein wird. Das ist ein Problem, das wir durchaus noch nicht sicher in der Hand haben.

Wir Bauern wissen sehr wohl, daß mit Zöllen allein nicht eine Rentabilität der Landwirtschaft erreicht werden kann. Wo ein Ueberangebot im Inlande besteht, wie zum Beispiel bei den Schweinen, wissen wir, daß die landwürtschaftliche Selbsthilfe entscheidend einsetzen muß. Durch immer bessere Einstellung auf die Produktion marktfähiger Qualitätsware, durch Rationalisierung des Absatzwesens, durch Verringerung der Preisspanne zwischen Konsumenten und Produzenten, durch planmäßige Organisation der Milchwirtschaft wird auch die Landwirtschaft aus sich selbst heraus die Rentabilität aus eigener Kraft erreichen können. Aber mit dieser Selbsthilfe muß Staatshilfe Hand in Hand gehen. Auf einzelnen Gebieten wird die Selbsthilfe erst durch Staatshilfe angekurbelt werden können.

Das ist ja auch der einzig gangbare und mögliche Weg, den auch die Länder vor uns gegangen sind, die man uns heute als Musterbeispiel der Rationalisierung immer vorzeigt: Dänemark, Holland und Norwegen. Das sind die Länder, die in den Jahren, als sie Kriegslieferanten waren, viel Geld verdienten, als der ganze Weltmarkt durch den Weltkrieg in Stockung geraten war und ihnen die lästige Konkurrenz vom Halse blieb. In diesen günstigen Zeiten haben die betreffenden Staaten ihren verfeinerten Wirtschaftsapparat aufbauen können. Diese Möglichkeit müssen Sie auch der deutschen Landwirtschaft geben, und wenn wir durch eine Atempause, durch einen entsprechenden Zollschutz ein ähnlich verfeinertes Wirtschaftssystem aufgebaut haben, dann, meine Herren, wollen wir gern die Konkurrenz mit diesem Ausland antreten.

Wir begrüßen es, daß in den Ausführungen des Herrn Ernährungsministers und bei fast allen Rednern das Genossenschaftsprinzip diesmal eine hervorragende Rolle gespielt hat. Wenn indessen etwa der Zweck allein der sein sollte, daß man wieder mal 5 Millionen zur Sanierung in das Genossenschaftswesen hineinsteckt, aber dabei versäumt, das Genossenschaftswesen endlich einmal zu einem Wirtschaftsinstrument auszubauen, so würde der Zweck vollständig verfehlt sein.

Staatsautorität und Volk

Bei der Beratung des Etats des Innenministeriums führte Reichstagsabgeordneter Dr. Külz u. a. folgendes aus:

„Die große wirtschaftliche Not hat in Deutschland zu einer Radikalisierung des politischen Lebens und zu einer Verwilderung der politischen Sitten geführt, die den Ruf des deutschen Volkes auf das alleräußerste gefährden.

Deshalb gilt es, gegenüber diesen radikalistischen Strömungen die Staatsautorität durchzusetzen. Das gebietet Ausbau und Festigung der Staatsordnung. Wenn man nun eine solche Forderung aufstellt, dann soll man gemeinhin bei sich selber anfangen, das heißt in unserem Falle beim Parlament. Herr von Kardorff hat ziemlich lange bei den Vorschriften verweilt, die wir neulich hier duchgesetzt haben. Ich muß sagen: das Beste an diesen Vorschriften ist, daß in der Begründung gesagt wird, sie sollten der Anfang einer wirklichen Parlamentsreform sein. Alles das, was wir beschlossen haben, ist so selbstverständlich für ein anständiges Parlament, daß es mir ganz unverständlich erscheint, wie man das als ein Mundtot-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0113

machenwollen der Oppositionsparteien hinstellen kann. Wir hoffen, daß bald weitere Reformen vor sich gehen werden. Wir müssen zu einer Parlamentskultur kommen, nicht nur zu einer reibungslosen Abwicklung unserer Geschäfte. England hat auch eine gewisse Zeit gebraucht, ehe es sich zu dieser Kultur emporgeschwungen hat; aber es hat diese Kultur.

Das Problem der Reichsreform droht zu ersticken in einer Flut von Schriften, Resolutionen, Ländergutachten usw. Dieses ganze Problem ist überhaupt kein Problem der staatsrechtlichen Forschung mehr oder der staatspolitischen Theorie, es ist einfach eine Frage des politischen Wollens: will ich eine anständige zusammenfassende Struktur des Deutschen Reiches oder will ich sie nicht? Es ist ganz klar, daß in dem auch friedlich immer härter werdenden Wettkampf der Völker untereinander nur der Staat und das Volk im Vordergrunde bleiben werden, wo der Staat die stärkste Zusammenfassung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Geisteskraft des Volkes und zugleich der Garant dieser Leistungskraft ist. Der deutsche Staat der Gegenwart ist das nicht. Man tut der Größe des Bismarckschen Werkes keinen Abbruch, wenn man sagt, daß auch die Bismarcksche Lösung nur eine Teillösung war und nur eine Teillösung sein konnte.

Bismarck stand vor zwei unübersteigbaren Mauern: vor der dynastischen Tradition und vor der Eifersüchtelei der Staaten. Die dynastische Tradition hat die Revolution zerbrochen, aber die Eifersüchtelei der Staaten hat sie nicht nur nicht zerbrochen, sondern sie ist heute schlimmer denn je, und hier gilt es einzusetzen. Früher kann ein kleiner Staat einen gewissen historischen Sinn gehabt haben, aber in der deutschen Republik ist kein Raum mehr für Staaten, deren Eigenstaatlichkeit nur auf dynastischer Tradition und nicht auf eigener staatlicher Lebenskraft beruht."

Oeffentliche Betriebe, Reichsbahn und Preisabbau.

Dr. Winschuh führte bei der Beratung des Entwurfs eines Reichshaushaltsgesetzes für 1931 u. a. folgendes aus:

Man muß es aussprechen, daß bisher die öffentliche Hand noch in der Front des Preisabbaues gefehlt hat. Die öffentlichen Betriebe werden gerade von der privaten Wirtschaft, der man einen Preisabbau mit Recht zumutet, in der Front des Preisabbaues vermißt. So sehr man anerkennen muß, daß die Regierung auf einigen Gebieten — ich erinnere an die Markenartikel — sich bemüht hat, einen Druck in der Richtung des Preisabbaues auszuüben, so muß man es ihr zum Vorwurf machen, daß sie bisher keinen nennenswerten Einfluß auf die öffentliche Wirtschaft ausgeübt hat mit dem Ziel, sie am Preisabbau zu beteiligen. Der Arbeitnehmerhaushalt beispielsweise vermißt beim Preisabbau bisher die Senkung der Preise für Gas, Elektrizität und den lokalen Verkehr, Preise, die in der Hauptsache von den Kommunalbetrieben festgesetzt werden. Der Haushalt der Wirtschaft wiederum vermißt Preisherabsetzungen für die Beförderung ihrer Güter. Wenn man die Selbstkosten der Wirtschaft weiter senken will, dann geht das nicht so, daß man diese Senkung der Selbstkosten ausschließlich auf der Lohnseite sucht, sondern dann muß man auch die anderen Faktoren der Selbstkostenbildung aufs Korn nehmen, um das größtmögliche Maß der wirtschaftlich wünschenswerten Selbstkostensenkung zu erreichen. Hier wird man sagen müssen, daß die öffentliche Wirtschaft bisher noch nicht dazu beigetragen hat, den Preisabbau zu fördern. Bei diesem Vergleich schneidet die öffentliche Wirtschaft neben der Privatwirtschaft schlecht ab. Die Privatwirtschaft hat sich bisher innerhalb der gesamten Preisabbauaktion als bessere Dienerin am Kunden, als bessere Dienerin der Allgemeinheit erwiesen als die öffentliche Wirtschaft. Sie hat auch bisher eine größere Elastizität in der Anpassung an die Krise und eine Umstellung zur Ueberwindung der Krise bewiesen als die öffentliche Wirtschaft.

Die Reichsbahn hat einen gewissen Spielraum, um den Wünschen der Wirtschaft nach einer Tarifsenkung wenigstens in beschränktem Ausmaß entgegenzukommen und auch ihrerseits zum Preisabbau beizutragen. Die Einnahmen der Reichsbahn im Krisenjahr 1930 sind gegenüber dem Konjunkturjahr 1927 nur um 9,14 Prozent gesunken. Das ist ein günstigeres Verhältnis, als es bei den meisten Betrieben der Privatwirtschaft vorliegt. Genau so, wie man der freien Wirtschaft zugemutet hat, auch das ihrige beim Preisabbau zu tun und dabei nicht alle Maßnahmen auf die augenblickliche Selbstkostenberechnung abzustellen, muß man das gleiche auch von der öffentlichen Wirtschaft verlangen. Außerdem läßt sich feststellen, daß bei der Reichsbahn noch einige Posten für die Preissenkungsaktion zur Verfügung stehen. Die Reichsbahn hat eine Reihe von Minderausgaben durch Ersparungen in der letzten Zeit. Sie hat beispielsweise durch den Lohn- und Gehaltsabbau 160 Millionen aussparen können; sie hat durch Tariferhöhungen, insbesondere durch die Erhöhung des Personentarifs in der letzten Zeit, 155 Millionen bekommen; sie hat vor allem durch Finanztransaktionen auf der Kapitalseite eine Menge von Ersparnissen, unter anderem auch durch Zinsverbilligung, machen können. Insgesamt ist der Reichsbahnstatus um rund 400 bis 450 Millionen entlastet. Man sollte annehmen, daß bei einer solchen Entlastung des Reichsbahnstatus auf der Ausgabenseite doch ein gewisser Spielraum gegeben ist, um Tarifsenkungswünsche der Wirtschaft wenigstens in einem gewissen beschränkten Umfange zu befriedigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0114

Wir stehen heute in einem zähen Kampf um die Ueberwindung der Krise, und die Wirtschaft kämpft um berechtigte Entlastungen. Dieser Kampf spielt sich vor allem auf dem Gebiete der Senkung der Selbstkosten ab. Die Reserven sind in diesem Kampf bisher noch nicht eingesetzt worden, und es war auch richtig, sie nicht sofort einzusetzen. Wir nähern uns jetzt aber doch allmählich dem Tiefpunkt der Krise, und es wird hohe Zeit, daß wir auch die Reserven, die die Regierung und die die Wirtschaft noch hat, in diesem Kampf um den Preis- und Selbstkostenabbau hineinwerfen. Diese Reserven sind die Senkung der Gütertarife der Reichsbahn, die Senkung der Tarife der Post und die Senkung der Preise der öffentlichen Betriebe. Es wird hohe Zeit, daß diese Reserven nunmehr in den Kampf um die Ueberwindung der Krise hineingeworfen werden zur materiellen Entspannung der Wirtschaft und zur Stärkung des wirtschaftlichen Vertrauens, damit der Optimismus in der Wirtschaft wieder erwacht. Man muß der Regierung den Vorwurf machen — man kann ihr diesen Vorwurf bei aller Anerkennung für ihre zähe und realistische Krisenüberwindungspolitik nicht ersparen —, daß sie bisher diese Reserven noch nicht eingesetzt hat und bis heute auch sehr wenig Neigung und Tatkraft zeigt, die öffentliche Wirtschaft ebenfalls für den Preisabbau einzuspannen. Die freie Wirtschaft kann sich nicht wie Münchhausen nur an ihrem eigenen Zopf aus dem Sumpf der Depression herausziehen, sie muß auch billige und berechtigte Hilfe von der öffentlichen Hand erwarten.

„Wir Deutschen sind das einzige Volk, dessen Selbstschätzung **mit der Meinung des Auslandes in geradem Widerspruch steht.** Während wir uns theoretisch an der eigenen Größe laben, verhandelt man in der Nachbarschaft, wer uns das Pensum vorlegen und uns für Kost und Lohn in Dienst nehmen wolle." **Fallmerayer 1790—1861.**

Aus der Partei

Unsere Arbeit

In Berliner Versammlungen sprachen Frau Maria Hellersberg, M.d.RWR., Dr. Goepel, Dr. August Weber, M.d.R., Frau Dr. M.-E. Lüders.

Dr. Winschuh, M. d. R., hat in Stargard gesprochen.

In Breslau sprachen auf einer Wahlkreisverbandstagung Regierungspräsident Jaenicke, M. d. R., Oberbürgermeister Dr. Külz, M. d. R., Regierungsrat Vogt sowie Dr. Goepel in einer Studentenversammlung. Weiterhin sprach Regierungspräsident Jaenicke vor Freunden in Glogau und Hindenburg, Frau Dr. M.-E. Lüders in Schweidnitz.

Der preußische Handelsminister Dr. Schreiber hielt eine Versammlung in Naumburg a. S. ab, der Reichstagsabgeordnete Gustav Schneider in Weimar und Coburg. Frau Dr. M.-E. Lüders sprach in Coburg.

Der Landtagsabgeordnete Nuschke sprach in Wilhelmshaven, Oberbürgermeister Dr. Külz in Schleswig; es hielten Theodor Heuss, M. d. R., in Wandsbek, Gustav Schneider in Neumünster, Frau Martha Dönhoff, M. d. L., in Kiel Versammlungen ab. Dr. Grzimek sprach in Meldorf und in Itzehoe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0115

Dr. Winschuh, M. d. R., sprach in Hameln, Landtagsabgeordneter Nuschke in Hannoversch-Münden.

In Braunschweig hielten der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Dr. August Weber, wie auch der Parteivorsitzende, Reichsminister Dietrich, Versammlungen ab. In Lippe sprach Dr. Gustav Stolper, M. d. R.

Justizrat Falk, M. d. L., sprach gemeinsam mit Dr. Winschuh in einer Versammlung in Köln. Frau Dr. M.-E. Lüders sprach in Aachen, wie auch in Düsseldorf, Elberfeld, Krefeld und Leipzig.

In Tübingen, Ulm und Darmstadt sprach Dr. Theodor Heuss, M. d. R. In Stuttgart Wirtschaftsminister Dr. Maier.

Personalien

Gustav Hartmann 70 Jahre. Am 24. Februar beging der Landtagsabgeordnete Gustav Hartmann seinen 70. Geburtstag. Er wurde in Görlitz geboren, lernte das Schlosserhandwerk und trat frühzeitig in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein deutscher Metallarbeiter und Maschinenbauer ein. Von 1899 bis 1916 war er Generalsekretär. 1916 wählte ihn der Verband zu seinem Vorsitzenden. Seit 1920 ist er Vorsitzender der freiheitlich-nationalen Spitzenorganisation, des Gewerkschaftsringes Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. Er gehörte der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung an. Seit 1921 ist er Mitglied des Preußischen Landtags. Die Reichsleitung der Partei übermittelte dem Abg. Hartmann herzliche Glückwünsche ebenso die Reichs- und Landtagsfraktion.

Heinrich Dove †

Geheimer Justizrat Heinrich Dove ist in Berlin im 78. Lebensjahre gestorben. Dove, der Amtsrichter in Rogasen, Landrichter und Landgerichtsrat in Frankfurt a. Main war, wurde 1889 nach Berlin berufen, um hier zunächst als Syndikus der Aeltesten der Kaufmannschaft und darauf der Handelskammer, zu wirken. Neben seinen Amtsgeschäften betätigte sich Dove im öffentlichen Leben durch Mitwirkung in zahlreichen wissenschaftlichen, nationalökonomischen und sozialpolitischen Vereinigungen und als hochgeachteter Publizist. Neben dem Stadtverordnetenmandat, das er von 1902 bis 1929 klug und sachkundig verwaltet hat, gehörte er von 1903 an als Vertreter des Wahlkreises Schweinitz-Wittenberg bis 1918 dem Reichstage an, anfangs als Mitglied der Freisinnigen Vereinigung, später der Fortschrittlichen Volkspartei. Der breiteren Oeffentlichkeit ist Dove besonders bekannt geworden durch die vorbildliche Verwaltung seines Amtes als Reichstags-Vizepräsident von 1912 bis 1918. Er bewies als Leiter der Reichstagssitzungen größte Geschicklichkeit in der Behandlung der Abgeordneten, schlagfertigen Witz und liebenswürdigen Humor, so daß er selbst in den schwierigsten Fällen Herr der Situation blieb. Nach der Revolution hat Heinrich Dove ein parlamentarisches Mandat nicht mehr übernommen. Eine dankbare Erinnerung ist seiner klugen und gütigen Persönlichkeit gewiß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0116

50 Jahre „Rathenower Zeitung".

Der Vorsitzende der Staatspartei, Reichsminister Dietrich, übermittelte der „Rathenower Zeitung" die Glückwünsche der Partei zum 50jährigen Bestehen; während dieser Zeit hat die „Rathenower" sich unermüdlich eingesetzt für die Verbreitung wahren demokratischen Gedankengutes.

Jugend

Der Gründung einer Hochschulgruppe der Deutschen Staatspartei an der Universität Königsberg ist die Gründung einer gleichen an der Handelshochschule gefolgt.

Gelegentlich eines Jugendtreffens im Wahlkreis Potsdam II sprach Ministerialdirektor Dr. Poetzsch-Heffter.

Kampf und Werbung

Wirth und Nietzsche.

Dr. Joseph Wirth, derzeitiger Reichsminister des Innern, hat am 19. Februar im Haushaltsausschuß des Deutschen Reichstags versucht,

> „die nationalsozialistischen Propaganda- und Programmschriften mit deutschen philosophischen Schriften zu vergleichen und meinte, man werde viele Stellen in Hitlers Buch „Mein Kampf" finden, die von Nietzsche stammen könnten. Sie seien nur (!) nicht in der blühenden (!) Sprache Nietzsches geschrieben und nicht von dem kühnen Schwung eines Sprach-Genies getragen, sondern von einer überstürzten und übersteigerten Rassen-Idee." („Vossische Zeitung" Nr. 87 vom 20. 2.)

Wir haben die Richtigkeit dieser Mitteilung nicht für denkbar gehalten. Auf Anfrage ist sie bestätigt worden.

Das Reichsinnenministerium betreut, so weit die Reichszuständigkeit reicht, die Pflege der deutschen Kultur. Wir haben also einen Reichskulturminister, der es wagen darf, eine der größten Gestalten des geistigen Deutschland herabzusetzen. Denn was ist anders ein Vergleich zwischen Nietzsche und jenem minderwertigen Machwerk Hitlers, das Zoll für Zoll Ausdruck unfertiger Halbbildung, oberflächlicher Ungeistigkeit ist — mit einem Wort: Konfektionsschriftstellerei. In hundert Jahren wird „Mein Kampf" höchstens Rätsel aufgeben, wie eine auf solchem Evangelium gegründete Bewegung Millionen Menschen hinter sich bringen konnte.

Vermutlich wird dann auch der Nachruhm des Reichsinnenministeriums Wirth in halben Tönen erklingen. Und von den drei an dieser Geschichte Beteiligten, wird nur Nietzsche im strahlenden Glanz leben.

Wir wollen mit Dr. Wirth nicht rechten. Er ist beheimatet in Mathematik und Naturwissenschaften, von denen Nietzsche sagt: „Aus ihrem Betrieb folgt endlich eine Selbstzersetzung, eine Wendung gegen sich, eine Antiwissenschaftlichkeit" („Der Wille zur Macht", 1. Buch, 2. Kapitel). Es kann aber auch einem Reichsinnenminister nur nützlich sein, wenn er sich in das Werk eines Mannes vertieft, dessen Denken und dessen Sprache die des gegenwärtigen Europa entscheidend beeinflußt, um dessentwillen manche Ausländer Deutsch gelernt haben. Auch ein Reichsinnenminister kann bei Nietzsche manche Anregung finden, z. B. in der „Fröhlichen Wissenschaft".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0117

„Glattes Eis,
Ein Paradeis,
Für den, der gut zu tanzen weiß."

Oder im „Zarathustra":

„Was ist gut? fragt ihr. Tapfer sein ist gut."

Oder in den „Unzeitgemäßen Betrachtungen":

„Die Kärrner haben unter sich einen Arbeitsvertrag gemacht und das Genie als überflüssig dekretiert — dadurch, daß jeder Kärrner zum Genie umgestempelt wird . . ."

Wo aber blieb, als der Reichsinnenminister durch den Vergleich zwischen Hitler und Nietzsche den deutschen Geist herausforderte, die Dichterakademie? Heda, wo steckten sie, die Familie Mann, der Dr. Döblin und die andern? Die sonst nicht zu überhören sind, wenn Verbote eines mageren Russenfilms oder eines Abtreibungsstücks aus der Dutzendfabrikation „den Bestand der deutschen Kultur gefährden!" Da es nur um Nietzsche ging, nicht um Rußland, ungarische Kommunisten oder amerikanische Anarchisten, fühlte sich der Zivilisationsliterat nicht verpflichtet einzugreifen.

Presseschau

Der Weg durch Weltkrise und Deutsche Krise

Unter diesem Titel veröffentlicht Alexander Rüstow in der „Europäischen Revue" (Jahrg. VI, Heft 12) Betrachtungen zur Wirtschaftslage, denen wir folgendes entnehmen:

Der Weltkrieg führt zu einer ungeheuer verstärkten Nachfrage nach Rohstoffen und Lebensmitteln, was zugleich eine Expansion und Intensivierung der betreffenden Produktionszweige ergibt, schon vorhandene Erfindungen mit übersteigerter Geschwindigkeit in die Praxis umsetzt und neue veranlaßt. Die Nachkriegsjahre stehen infolgedessen unter der Auswirkung umwälzender Produktionsfortschritte in fast allen Zweigen der Landwirtschaft und der industriellen Rohstofferzeugung.

Die Stickstoffgewinnung aus der Luft, im Kriege zur Erzeugung von Explosivstoffen nach dem neuen Verfahren ausgebaut, setzt als Kunstdüngererzeugung im Frieden ihren Aufschwung fort; der Chilesalpeter holt durch ein neues Aufbereitungsverfahren den Vorsprung des aus der Luft gewonnenen Stickstoffes auf. Die neue Technik des Crackens steigert die Ausbeutungsquote von Benzin aus Erdöl von 30 auf 70 Prozent; synthetische Verfahren zur Gewinnung von Benzin aus Kohle folgen auf dem Fuße. Bei den meisten Metallen ermöglicht das Schwimmverfahren eine wesentlich bessere Ausnutzung der Erze; die Kapazität der Hochöfen wächst, elektrolytische Gewinnungsverfahren breiten sich aus, Verschiebungen der Erzeugung zu günstigeren Standorten kommen in Gang. In der Erzeugung von Eisen und Stahl weist jede einzelne Stufe eine Unsumme von großen und kleinen Fortschritten auf. Die stürmische Ausbreitung und Verbesserung der Kunstseidenerzeugung verbilligt nicht nur ihr eigenes Produkt, sondern drückt zugleich auch auf den Preis konkurrierender natürlicher Faserstoffe.

Bei der Baumwolle führen die Versuche eine mechanische Entfernung der Samenkapsel endlich zum Erfolge und damit nicht nur zu einer wesentlichen Senkung der Produktionskosten, sondern zugleich zu einer Ausbreitung des Anbaues in Gegenden mit wenig Arbeitskräften. Die Wollzucht erhält durch neue Schafrassen die Möglichkeit vorteilhafter Fleischverwertung. Gummi, zugleich im Anbau ausgedehnt und in der Gewinnung verbessert, hält mit 14 Prozent des Vorkriegspreises den Rekord der Preissenkung. Die Produktion von Rohrzucker wird durch erfolgreiche Züchtung neuer Sorten und verbesserter Gewinnungsverfahren wesentlich verbilligt; der Rübenzucker scheint mit einem neuen englischen Verarbeitungsverfahren einen Teil des Vorsprungs wieder aufholen zu wollen. DemWeizenanbau erschließen sich durch die Technik des Trockenfarmens neue riesige Flächen, während gleichzeitig der Mähdrescher die Erntekosten aller Getreidearten auf großen einheitlichen und ebenen Anbauflächen auf einen Bruchteil vermindert. Für alle Veredelungsprodukte der Landwirtschaft, Fleisch, Milcherzeugnisse, Eier, Obst und Gemüse, setzt eine großartige Rationalisierung ein, die sich lückenlos von der ersten Erzeugung bis zum Absatz an den letzten Verbraucher erstreckt. Für eine Reihe landwirtschaftlicher Urprodukte trifft die technisch bedingte Steigerung der Erzeugung mit mehreren besonders guten Welternten zusammen. Jedoch wird hierbei regelmäßig übersehen, daß für den Erlös landwirtschaftlichen Erzeugers der durch größere Erntemengen verursachte niedrigere Preis sich eben mit diesen größeren Mengenzahlen multipliziert und dadurch eine mindestens teilweise Kompensation erfährt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0118

Keiner dieser Produktionsfortschritte setzt sich auf der ganzen Front der Erzeugung gleichmäßig durch. Aus zufälligen historischen Gründen entstehen zeitliche Abstände; die Fähigkeit der einzelnen Produzenten, sich die Fortschritte zunutze zu machen, ist von ihrer Kapitalausstattung abhängig. Vor allem sind auch nicht wenige der neuen Erzeugungsverfahren an bestimmte geographische Voraussetzungen des Standortes gebunden. Der natürliche Hergang, wie sich Produktivitätsfortschritte durchzusetzen pflegen, ist deshalb immer der folgende: Die Produktion nach dem verbesserten Verfahren tritt zusätzlich auf oder breitet sich unter den bisherigen Betrieben aus. Die alte rückständige Produktion — soweit sie sich nicht umstellen kann, zur Stillegung verurteilt — gibt zunächst das Rennen noch nicht auf. Uebermäßige Angebotsmengen drücken daher den Preis vorübergehend selbst unter die Kosten der fortgeschrittenen Betriebe. Gerade dadurch aber wird die unvermeidliche Ausscheidung rückständiger Betriebe beschleunigt, die sich so lange fortsetzt, bis sich bei einem Preise unterhalb des Ausgangspreises und einer Menge oberhalb der Ausgangsmenge ein neues marktfähiges Gleichgewicht herausbildet, wobei der neue Preis die Selbstkosten des ungünstigsten Betriebes deckt, der noch zur Befriedigung der zu diesem Preise kaufkräftigen Nachfrage mit beitragen muß.

So der natürliche Hergang nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft. Nicht so jedoch die Vorstellung in den Köpfen der meisten Beurteiler. Zunächst scheint man überhaupt nicht recht zu wissen, wie man den technischen Fortschritt und die durch ihn bedingte Verbilligung der Erzeugung letzten Endes beurteilen soll. Es kann geschehen, daß innerhalb der gleichen Zeitungsnummer in der Technischen Beilage ein Produktionsfortschritt als Großtat des menschlichen Geistes und Völkerbeglückung gepriesen und im Handelsteil die als Folge solchen technischen Fortschritts auftretende Preissenkung als Unglück und Wirtschaftskatastrophe bejammert wird. Im übrigen aber scheinen sich zwei Gedankenreihen bei Betrachtung dieses Tatbestandes sehr allgemein und mit großer Hartnäckigkeit festgesetzt zu haben.

Der Konsum vermag zuweilen mit der Produktion nicht Schritt zu halten, wie das seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit wäre. Es entsteht dann der verhängnisvolle Zustand der Ueberproduktion, der schon der Ordnung halber so rasch wie möglich behoben werden muß. Das kann offenbar nur geschehen durch Einschränkung der Produktion. Da aber jeder Produzent möglichst viel produzieren will, so ist keiner hierzu freiwillig bereit. Da hilft also nur eine Vereinbarung aller Produzenten, nötigenfalls mit Unterstützung des Staates. Kartellierung ist das gegebene Mittel gegen Ueberproduktion. So der eine Gedankengang.

Der andere geht nicht von den gestiegenen Warenmengen, sondern von den gesunkenen Preisen aus, gegen die man sich mindestens auf dem eigenen angestammten Binnenmarkt durch entsprechende Zollerhöhungen schützen müßte.

Und endlich die Synthese aus beiden Gedankengängen: Schutz der nationalen Produktion durch Zölle und Kartelle, und, wenn möglich, noch eine Stufe höher, Schutz aller nationalen Produktionen durch internationale Kartelle!

Tatsächlich hat man auf Grund dieser beiden Gedankengänge fast in allen Ländern versucht, durch Schutzzölle, Einfuhrhemmungen, Pools, Monopols, nationale und internationale Kartelle die natürliche und marktgemäße Durchsetzung jener technischen Fortschritte abzudämmen, dem Rad der Wirtschaftsentwicklung in die Speichen zu fallen.

Alle diese Versuche sind, jedenfalls international, zum Teil unter riesigen Kapitalverlusten, gescheitert. Und soweit sie eine Zeitlang erfolgreich zu sein schienen und zu trendwidrigen Preiserhöhungen stellenweise phantastischen Ausmaßes führten, haben sie das Uebel, das sie heilen sollten, nur noch verschlimmert und mit einem desto schrofferen Absturz geendet. Nichts hat so sehr zur Verwirrung der Märkte beigetragen, als die künstlichen Versuche, sie zu ordnen. Die innere Konsequenz der Wirtschaft selbst hat sich hier gegen die schlechtere Einsicht der Beteiligten siegreich durchgesetzt. Die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft werden sich um so rascher durchsetzen, je weniger man sie stört. Dabei bleiben für wirtschaftspolitischen Betätigungsdrang noch fruchtbare Aufgaben genug, und auch die naturgemäße Erreichung eines neuen Gleichgewichtszustandes nach technischen Fortschritten kann auf mancherlei Weise wirtschaftspolitisch erleichtert werden, wenn nur die Maßnahmen in der natürlichen Entwicklungsrichtung liegen und sie unterstützen, statt ihr entgegenwirken.

Wie steht es denn nun aber mit der deutschen Wirtschaftskrise? Dürfen wir uns mit dem Gedanken trösten, daß sie nur einen Teil jener gewaltigen allgemeinen Störung der Weltwirtschaft darstellt — also vom deutschen Standpunkt aus gesehen, durch höhere Gewalt gesetzt ist — und mit der Weltwirtschaftskrise vorübergehen wird? Nichts wäre verderblicher als eine solche fatalistische Selbsteinschläferung.

Während die Krise der Weltwirtschaft Mitte 1929 zum Ausbruch kam, ist die Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage seit Ende 1927 in ununterbrochenem Gange, so daß also allein schon das Zeitverhältnis es ausschließt, in der späteren Weltkrise die Ursache für die frühere deutsche Krise zu suchen. Und selbst die Verschärfung, welche die Abwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft seit Anfang 1930 erfahren hat, läßt sich schwerlich auf eine zusätzliche Einwirkung der Weltwirtschaftskrise zurückführen. Denn die deutsche Ausfuhr, deren Absinken man angesichts der Krise fast aller Absatzländer hätte erwarten können, hat sich, besonders wenn man die Preisveränderungen ausschaltet, seit Ausbruch der Weltkrise in erstaunlichem Maße gehalten. Dagegen ist die Ausfuhr der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0119

übrigen Länder nach Deutschland erheblich zurückgegangen, und nur etwas mehr als die Hälfte dieses Rückganges beruht auf den eben behandelten internationalen Preissenkungen, die ihrerseits für die deutsche Wirtschaft sogar den überwiegenden Vorteil einer wesentlich billigeren Deckung ihres Bedarfes an ausländischen Rohstoffen bedeuten. Soweit also Weltkrise und deutsche Krise auf dem Wege des Außenhandels aufeinander eingewirkt haben, hat eher die deutsche Krise zur Verschärfung der Weltkrise beigetragen als umgekehrt.

Also muß die deutsche Krise deutsche Ursachen haben. Welches die wesentlichsten dieser Ursachen sind, darüber hat sich allmählich eine weitgehende Einigkeit herausgebildet, gegen die sich nur manche von denjengen noch vergeblich sträuben, denen durch solche Erkenntnis für die Vergangenheit Verantwortung und für die Zukunft Opfer aufgebürdet werden.

Die deutsche Krise ist, um es kurz zu sagen, eine Krise der übersteigerten Selbstkosten und der verringerten Rentabilität. Der weitaus größte und wichtigste Teil aller Selbstkostenbestandteile der deutschen Wirtschaft ist durch staatliche Eingriffe oder durch Monopolbildung unter Förderung und Duldung des Staates dem elastischen Spiel der freien Marktpreisbildung entzogen. Während der Mechanismus des freien Marktes bei ungehinderter Auswirkung dafür sorgt, daß kein Preis auf die Dauer das Optimum überschreiten kann, bei dem Angebot und Nachfrage ihr Gleichgewicht finden, ist die politische und halbpolitische Preisbildung in Deutschland auf der ganzen Linie über diese Grenze nichtachtend und in Unkenntnis der Folgen hinweggeschritten. Nur dadurch konnten sich für Millionen deutscher Arbeitsplätze die Selbstkostenbedingungen so gestalten, daß die Gestehungskosten des auf diesen Arbeitsplätzen erzeugbaren Produkts von den durch die Kommunikation mit dem Weltmarkt bestimmten Preise nicht mehr gedeckt wurden, was unvermeidlich die Stillegung dieser Arbeitsplätze mangels Rentabilität zur Folge haben mußte. Man könnte sich also auch sagen, daß es sich um eine Krise der halbsozialistischen „Wirtschaftsdemokratie" handelt, um ein Praktikum über die Grenzen der Sozialpolitik, um eine Krise des Staatssozialismus, der Nutznießer der Marktwirtschaft bleiben will, ohne den empfindlichen Mechanismus ihrer Selbststeuerung zu respektieren. An der so herbeigeführten Ueberlastung der deutschen Selbstkosten sind beteiligt: die Tribute, die gerade in der kritischen Zeit von 1927—1929 die nach dem Dawesplan vorgesehene Steigerung erfuhren, die öffentliche Belastung durch die Finanzgebarung des Reiches, noch mehr der Länder, am meisten der Gemeinden, die Monopolpreise der vom Staate zwangskartellierten oder unter staatlicher Förderung privatwirtschaftlich syndizierten Rohstoffe, die Tariferhöhungen von Reichsbahn und Post, die Zollerhöhungen, die sich besonders auf agrarischem Gebiet in immer heftigerer Weise geradezu überstürzt haben, die Köhlersche Beamtengehaltserhöhung mit ihren wahltaktischen Hintergründen und endlich die auf dem Boden unseres staatlichen Schlichtungswesens zustande gekommenen Lohnerhöhungen.

Diese Lohnerhöhungen treffen nicht nur die Wirtschaft in ihrer ganzen Breite, da ja der überwiegende Teil aller Selbstkosten letzten Endes aus Löhnen besteht, sondern sie befinden sich auch, was den Grad der Uebersteigerung betrifft, annähernd an der Spitze, da die deutschen Lohntarife seit Beginn des Beschäftigungsrückganges, Herbst 1927, noch eine weitere Steigerung von 12,1 Prozent erfahren haben. Was würde man aber zu einem Kaufmann sagen, der den Preis einer Ware, deren Absatz immer mehr zurückgeht, laufend erhöht, noch dazu einer Ware, die er auf Grund unkündbarer Verträge in jährlich wachsenden Mengen abnehmen muß? Dies aber ist ja die Marktlage des Angebots der Ware Arbeitskraft.

Alle diese krisenverursachenden Momente gelten teils für die gesamte deutsche Wirtschaft, teils für die Industrie im besonderen. Für die deutsche Landwirtschaft, bei der sich schon vor 1927 ein krisenhafter Zustand bemerkbar machte, kommen noch besondere Ursachen hinzu.

Die obenerwähnten weltwirtschaftlichen Fortschritte in der Technik der Getreideerzeugung sind, wenigstens teilweise, standortsgebunden und lassen sich gar nicht oder nicht ohne weiteres auf deutsche Verhältnisse übertragen. Dazu kommt, daß sich in allen Industriestaaten der Geschmack der Verbraucher nicht ohne ernährungsphysiologische Ursachen von der einseitigen Ernährung mit Brot und Kartoffeln abwendet, sowie innerhalb des Brotgetreides vom Roggen zum Weizen. Alle diese Wandlungen treffen in erster Linie den norddeutschen Großgrundbesitz östlich der Elbe, dessen Betrieb im wesentlichen gerade auf Roggen und Kartoffeln ruht, während diese beiden Produkte für die Marktsituation der übrigen deutschen Landwirtschaft eine viel geringere Rolle spielen.

Da die allgemeine Abwendung des Verbrauchers von Brot und Kartoffeln zugleich eine Zuwendung zu den höheren Erzeugnisssen der Veredelungswirtschaft bedeutet, die das Rückgrat des bäuerlichen Betriebes bildet, so sollte man einen Aufschwung der deutschen Bauernwirtschaft und eine dementsprechende Ausdehnung der Bauernsiedlung besonders in Richtung auf die deutsche Ostgrenze erwarten, um so mehr, als von dieser letzteren Bewegung auch das nationalpolitische Schicksal des deutschen Ostens wesentlich abhängen wird. In der Tat ist auch die deutsche Bauernwirtschaft bei weitem nicht in dem Maße von der Krise betroffen wie der Großgrundbesitz; die Bauernwirtschaft kann sich ihrer Struktur nach weit mehr vom Markt unabhängig machen und ist deshalb weit krisenfester als der völlig marktverflochtene Großbetrieb. Aber gegenüber den epochalen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633449193 1-18/fragment/page=0120

weltwirtschaftlichen Rationalisierungsfortschritten der Veredelungswirtschaft, von denen oben die Rede war, und an denen selbst Länder wie Finnland in starkem Maße beteiligt sind, ist die deutsche Landwirtschaft in einer kaum begreiflichen Weise im Rückstand geblieben. Entsprechend ist auch die bäuerliche Neusiedlung in Deutschland stark zurückgeblieben und hat sich beispielsweise von der polnischen um ein Vielfaches überholen lassen.

All das erklärt sich nur historisch aus der traditionellen Führerstellung, die in der Organisation der deutschen Landwirtschaft der ostelbische Großgrundbesitz einnimmt, weshalb die protektionistische Subventionierung des Roggenbaues das Kernstück der deutschen Agrarpolitik der ganzen letzten Jahre bildete, während die zugunsten der Veredelungswirtschaft ergriffenen oder meist nur in Aussicht gestellten Maßnahmen sich innerhalb des Rahmens kompensatorischer Zugeständnisse an die bäuerliche Gefolgschaft und die öffentliche Meinung hielten. In diesem Zusammenhang spielt für die berufsständischen Organisationen der Landwirtschaft die Höhe der durchgesetzten Schutzzölle eine ganz ähnliche psychologische Rolle wie für die Gewerkschaften die Höhe der durchgesetzten Schutzzölle eine ganz ähnliche psychologische Rolle wie für die Gewerkschaften die Höhe der Tariflöhne: das ist der Maßstab, an dem man der Masse seiner Mitglieder nachweist, was man für sie geleistet hat.

Nach all dem handelt es sich bei der deutschen Wirtschaftskrise nicht um ein Naturereignis, das von selber gekommen ist und von selber geht, sondern um die Auswirkungen gehäufter wirtschaftlicher Fehlhandlungen in der gleichen verhängnisvollen Richtung, und die Lage kann sich infolgedessen nicht eher zum Besseren wenden, ehe nicht eine durchgreifende Korrektur dieser wirtschaftspolitischen Fehler erfolgt.

Bücherschau

Archiv für das gesamte Auslanddeutschtum 1931. In Verbindung mit Reichsminister a. D. Dr. Wilhelm Külz, hrsg. von Moritz Durach und Dr. Walther Hofstaetter. Dresden-A. Deutscher Buch- und Kunstverlag William Berger. 1931. 192 S. u. 16 S. Bilderanhang.

Das neue Jahrbuch will zu einer systematischen Bearbeitung der Fragen des Auslandsdeutschtums beitragen und somit einem wahllosen Kräfteverbrauch Einhalt gebieten. Begrüßenswert ist es, daß den grundsätzlichen Dingen, die in den einführenden Aufsätzen gesagt werden, eine Mannigfaltigkeit von Beiträgen folgt, die ein Widerbild der anregenden Durcharbeit von Fragen grenz- und auslanddeutscher Art ist. Wir wünschen, daß dem trefflichen ersten Band eine stattliche Anzahl weiterer Bände folgt, die die Freude an der Arbeit für unsere grenz- und auslanddeutschen Volksgenossen stets bestärkt in dem Glauben an eine große deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft.

Fancesco F. Nitti: Flucht. Müller u. F. Kiepenheuer, Potsdam. Geb. 5,— RM.

Das ist ein Buch, geschrieben in einer Liebe zur Freiheit, wie sie nur der Druck der faschistischen Diktatur erzeugen kann. Er hatte zwar nie Politik getrieben, aber harmlose Angelegenheiten genügten, um ihn nach den Liparischen Inseln in die Verbannung zu bringen. Seine 1929 nach dreijähriger Haft geglückte Flucht bringt ihn nach Frankreich, wo er sich in seinen Erinnerungen über den „Kerker" Italiens ausläßt. Wir möchten nur wünschen, daß das Buch allen in die Hände kommt, die aus Unkenntnis des faschistischen Systems noch von ihm das Heil der Welt erwarten.

Edwin Erich Dwinger: Zwischen Weiß und Rot. Die russische Tragödie 1919—1920. Jena. 1930. Eugen Diederichs Verlag. 503 S. 7,80 RM.

Das erschütternde Erleben eines jungen, preußischen Fähnrichs, der aus russischer Gefangenschaft geflohen, wieder ergriffen und in die Reihen der Weißen Armee unter Koltschak zum Kampf gegen die Bolschewisten gestellt wird, rollt sich in packender Darstellung vor uns ab. Not, Entbehrung, auflebende, verlöschende Hoffnung, das alles läßt das Geschehen lebensnah werden. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Schilderungen der Verbindung der Weißen mit Franzosen, Engländern und Amerikanern, von denen sie so kläglich im Stich gelassen wurden, wie auch das groteske Treiben der tschechischen Legionen. Auf dem großen historischen Hintergrund des Machtkampfes sind die Darstellungen der Einzelfiguren aus der Umgebung des Verfassers gut geglückt.

Ernst Glaeser: Frieden. Gust. Kiepenheuer. Berlin. 1930. Lwd. 6,— RM.

Eine erschreckende nationale Interessenlosigkeit ist das erste, was man in dem Buche feststellt. Eine fast unnatürliche Ungeistigkeit jugendlicher Einstellung zu dem Geschehen der Nachkriegszeit, verbunden mit einer Freude an der Darstellung von Dingen, die besser unausgesprochen blieben. Es würde traurig sein, wenn Glaeser ein Typ deutscher Jugend sein wollte. Gerade das Erleben der Nachkriegszeit hat in der Jugend Leidenschaften geweckt, von denen Glaeser aber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0121

auch nicht einen Hauch verspürt. Klein, ungeistig, bourgeoisiemäßig das Milieu, in dem er sich bewegt. Die einzige Gestalt, die konsequent ihren Weg zu Ende geht, als Revolutionär, als Spartakistenführer, der unter den Schüssen der Reichswehr sein Ende findet, ist sein Schulkamerad, der sich fanatisch für die Diktatur des Proletariats eingesetzt hatte. Das Buch läßt unbefriedigt. Es ist kein gestaltendes Leben, was da geschildert wird, es ist ein Strom, in dem der Verfasser mitgetrieben wird, irgendwohin.

Ernst von Salomon: Die Geächteten. Ernst Rowohlt Verlag. Berlin. 1930.

Auch hier die Geschichte einer Jugend in der Nachkriegszeit. Diese Jugend aber ist durchdrungen von dem Geist einer Vaterlandsliebe, die in Fanatismus, Umsturzpläne, Mord ausartet. Undiszipliniertheit, Abenteurerlust läßt keine Zeit zu ruhiger Auseinandersetzung, trübt den Blick für das Notwendige. Steht der Name des Verfassers dieses durchbluteten, lebendigen Buches auch in engstem Zusammenhang mit jener unseligen Mordtat, der einer unserer Besten zum Opfer fallen mußte, so verkennen wir keineswegs die Jugendkraft, die dort am Werke war, die irregeleitet, die nationalistische Revolution wollte. Im Gegensatz zu Glaeser ist hier ein Wille zur Gestaltung lebendig, getragen von einer Gläubigkeit, die im persönlichen Einsatz ihren höchsten Ausdruck findet. Wir können das allenfalls noch verstehen; aber die Aufgabe, die einer durch die Zeit geläuterten Jugend, sehen wir einmal in ernster Selbstbesinnung, in der Erkenntnis des Bestehenden und der sich daraus ergebenden Folgerung für ihr Tun. Jugend hat gewiß das Recht, radikal, überscharf zu sein, aber nicht mehr in dem Augenblick, in dem sie den Gedanken des Staates, der Volksgemeinschaft, durch ungebärdiges Tun angreift.

Friedrich Stieve: Die Tragödie der Bundesgenossen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1908—1914. Verlag F. Bruckmann A.-G., München. 1930. 8°. 200 S. Kart. 4,— RM, Lwd. 5,50 RM.

Die Auswertung der der Oeffentlichkeit übergebenen Geheimakten aus den Wiener Archiven; ein ganz besonders ins Gewicht fallender Beitrag zur Entkräftung der Kriegsschuldlüge im Versailler Vertrag. Das Verbundensein von Deutschland und Oesterreich wird ebenso einer Betrachtung unterzogen, wie das Werden der Entente. Schicksalhaft — wie im Buch von Viktor Ribl, das wir im letzten Heft besprachen — ist das Geschehen dargestellt. Mit Sachkunde und Liebe wurde es geschrieben.

Johannes Haller: 1000 Jahre deutsch-französischer Beziehungen. I. G. Cotta'sche Buchhandlung Nflg., Stuttgart. 244 S. 5 RM.

Das Buch will Dinge bieten, die im Einzelnen bekannt, in ihrem inneren Zusammenhange, das Problem, das seit drei Jahrhunderten, in einer durchlaufenden Einheit, eine Lebensfrage der deutschen Nation bildet, darstellen. Haller ist der Ueberzeugung, daß das Verhältnis von Deutschland zu Frankreich seit dem 30jährigen Kriege unverändert das der „Erbfeindschaft" ist. Es muß zugegeben werden, daß hier ein politisches Werk vorliegt, das gefährlich einprägsam und scheinbar wirklichkeitsnah geschrieben ist. Haller ist trotz alledem der Ansicht, daß ein geistiger Austausch, eine gegenseitige Ergänzung der beiden grundverschiedenen Länder nicht nur für sie selbst, sondern für die ganze Welt fruchtbar und vorteilhaft wäre. Geschichtlich nicht ganz verständlich bleibt seine Ablehnung einer Möglichkeit der Verständigung der beiden Länder auch in der Zukunft. Allen Versuchen in dieser Richtung ruft er ein „Zu spät!" zu. Der Stil, die Form des Gesagten, loben den Verfasser als Darsteller; die edle Begeisterung, die seine Zeilen durchglüht, ehren den vaterlandsliebenden Deutschen. Wenn wir dem Buch noch mehr als mit innerer Reserviertheit gegenüberstehen, hat das seinen Grund in unserer Auffassung vom Zweck gegenwartspolitischer Darstellungen, von denen wir verlangen, daß sie bei aller Kritik die Weisung eines Weges aus der Gegenwart mit ganz positiven und konkreten Forderungen zur Arbeit enthalten.

Die ländliche Siedlung in Preußen.

In dem Aufsatz „Die ländliche Siedlung in Preußen" von Ernst Koehn in Nr. 3/4 ist auf Seite 54 in der zweiten Zeile ein Druckfehler unterlaufen. Es muß dort heißen, daß „je weitere **10** Millionen RM" als Zwischenkredite in den Jahren 1931—33 von Preußen gegeben werden sollen.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Joachim Hild, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Verlag: Demokratischer Zeitungsdienst G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0122

BLÄTTER DER STAATSPARTEI

ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI

1. Jahrgang | Berlin, 5. April 1931 | Nummer 6/7

Vom Wesen der Politik

Von * * *

Es ist nützlich, wenn der politisch handelnde Mensch sich von Zeit zu Zeit über Grundlagen und Sinn seiner Arbeit Rechenschaft gibt. Dabei kann es sich nicht darum handeln, Grundsätze für politisches Tun und Lassen zu erdenken, sondern darum, die Voraussetzungen dafür zu erkennen. Denn als ewige Wahrheit bleibt, daß alle Politik Kunst ist. Wie am Ende jeder Erklärung eines Kunstwerks ein Rätsel der Persönlichkeit steht, das den letzten Zugang sperrt, so birgt sich hinter geschichtsbildenden Taten wie der puritanischen Revolution, der Schöpfung des Stauferreichs, dem Guß des einigen Italien ein Geheimnis, das der rationalen Erklärung unzugänglich ist. Das politische Werk ist genau so einmalig wie das ewige Monument, und seine Geburt vollzieht sich nach eigenen Gesetzen der Persönlichkeit. Phantasie ist die erste Voraussetzung des schaffenden Politikers. Aber nicht die Phantasie des bildenden Künstlers oder des Dichters ist es, die eine irreale Welt neben der realen entstehen läßt. Die Phantasie des Politikers will eine neue Wirklichkeit aus einem Gegebenen wachsen lassen. In diesem Sinne gilt das Wort des Freiherrn vom Stein: „eine Verfassung bilden, heißt das Gegenwärtige aus dem Vergangenen entwickeln" für jede organische politische Tat. Der Dichter schaltet mit Menschen und Dingen, die er sich schuf, der Politiker rechnet mit Tatsachen; sie bedingen ihn, und er schafft sie. Darum ist ihre Beherrschung erste Voraussetzung. Den Staatsmann kennzeichnet zu allen Zeiten, Herr der Mittel und Herr der Menschen zu sein, technischer wie immaterieller Faktoren. Beim Bau des Gebäudes von Phantasie und Gedanke nur ein Steinchen zu vergessen, das der kleinsten Tatsache gleichkommt, kann dem Politiker Verhängnis sein. Wirklichkeitssinn läßt ihn die wirkliche Welt erfassen, in ihr orientiert sich der Politiker nach der grundlegenden Lebenseinheit: dem Staat. Innerhalb der staatlichen Funktionen ist der Raum, in dem sich seine schöpferische Tätigkeit auswirkt, um staatliche Macht zu erhalten, zu nutzen, zu steigern. Freilich ist es der Nachtwächterstaat einer rationalistischen Menschheitsillusion so wenig, wie die militärische oder organisatorische Zwangsmaschine, in der die Staatsvergottung Gestalt gewonnen hat. „Die innigste Verbindung der gesamten physischen und geistigen Bedürfnisse, des gesamten physischen und geistigen Reichtums, des gesamten inneren und äußeren Lebens einer Nation zu einem großen, energischen, unendlich bewegten und lebendigen Ganzen: das ist — nach einem Wort Adam Müllers — der Staat." Ein Organismus also, eine Tatsache und kein blasser Begriff, wie Theoretiker der Politik gerne glauben möchten. Denn jenseits

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0123

der Mauern, vor denen Zweck und Wesen des Staates zergliedert werden, führt er ein lebendiges Dasein, dessen Zweck ebenso in ihm selbst ruht wie der eines jeden Menschen. Darum darf sich eine Betrachtung des Organismus Staat nicht auf die Kenntnis und Durchdringung der Buchstaben beschränken, die seine Existenz künden. Von gleicher Wichtigkeit ist die Deutung seines Gesichts, die Erkenntnis seines lebendigen Funktionierens. Dies ist eine Grundvoraussetzung der Politik: neben der Anerkennung der Tatsachen ihre Kenntnis und Erkenntnis. Aber nicht nur Tatsachen kennen ist die Aufgabe — sie löst auch die Historie —, Erfassung, Kombinierung von Geschehnissen, ihr Einordnung in das Gesamtbild des politischen Strömens sind Fundament politischen Handelns. Darüber baut sich die Behandlung irrationaler Faktoren auf: Menschenkenntnis, Menschenbehandlung — denn Politik ist Kunst des Lebendigen — und bis zum feinsten Takt entwickeltes Einfühlungsvermögen. Hier beginnt die konstruktive Politik. Auf der Ebene der Tatsache läßt der Spürsinn für Zukunft und Notwendigkeit die Synthese wachsen, zu der das Werk des Staatsmanns greifen soll: Einheit aus bleibender Vergangenheit, Persönlichkeit und Zeitforderung.

Aber Phantasie und Erkenntnis auf sich selbst gestellt, machen nicht die Kunst der Politik aus, sie sind Kunstlehre, Kunstgeschichte. Wo sich der Erkenntnis vom Notwendigen und dem Weg zu ihm nicht ein harter, unbeugsamer Wille gesellt, der Sentiments nicht kennt, ist der politisch Wirkende zum Scheitern verurteilt. Vor der Alternative: gestalten oder gestaltet zu werden, dürfen den Staatsmann nur zügeln die Verantwortung vor Staat und Nation und die Gebote politischer Klugheit. Das Geheimnis der Bismarck'schen Erfolge liegt ebenso sehr in der rücksichtslosen Willenskraft wie in der klugen Nachgiebigkeit zur rechten Zeit: „Mir kam es für unsere späteren Beziehungen zu Oesterreich darauf an, kränkende Erinnerungen nach Möglichkeit zu verhüten, wenn es sich ohne Beeinträchtigung unserer deutschen Politik tun ließ... In Lagen, wie die unsrige damals war, ist es politisch geboten, sich nach einem Siege nicht zu fragen, wieviel man dem Gegner abdrücken kann, sondern nur zu erstreben, was politisches Bedürfnis ist."

Aus diesen Sätzen spricht das Verantwortungsbewußtsein des Staatsmannes gegenüber Mitwelt und Nachkommen, das zu jener Vereinsamung führt, die der Politiker mit dem Künstler teilt: jener Vereinsamung, die sich aus dem Denker Rodins herausfühlt und aus der Antwort, die aus Beethovens Fuge tönt: Es muß sein. Bismarcks in seiner Sachlichkeit erschütternder Bericht aus den Nikolsburger Tagen läßt ahnen, was es heißt, ein Schicksal zu bedeuten: „Ich war der Einzige im Hauptquartier, dem eine politische Verantwortung als Minister oblag, und der sich notwendig der Situation gegenüber eine Meinung bilden und einen Entschluß finden mußte, ohne sich für den Ausfall auf irgendeine andere Autorität in Gestalt kollegialischen Entschlusses oder höherer Befehle berufen zu können. Ich konnte die Gestaltung der Zukunft und das von ihr abhängige Urteil der Welt ebensowenig voraussehen wie irgendein anderer, aber ich war der einzige Anwesende, der gesetzlich verpflichtet war, eine Meinung zu haben, zu äußern und zu vertreten. Ich hatte sie mir in sorgfältiger Ueberlegung der Zukunft unserer Stellung in Deutschland und unserer Beziehungen zu Oesterreich gebildet, war bereit, sie zu verantworten und bei dem König zu vertreten. Es war mir bekannt, daß man mich im Generalstab den Questenberg im Lager nannte, und die Identifizierung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0124

mit dem Wallensteinschen Hofkriegsrat war mir nicht schmeichelhaft."

Wenige nur können in solcher Lage standhalten, denn wie viele brechen nicht zusammen unter dem Schicksal, schweigend den eigensten Weg gehen zu müssen, niemand verantwortlich als seinem Gewissen und seinem Gott. Aber das Leben der großen Staatsmänner beweist, daß der Träger einer politischen Idee siegt, wenn harter Wille und vertieftes Verantwortungsbewußtsein den Gedanken tragen. Hier liegen zugleich die Wurzeln des Heroischen. In der Härte unerbittlicher Einsamkeit und Verantwortlichkeit ist Friedrich der Zweite in den sieben Kriegsjahren, ist Bismarck in der Konfliktszeit zur Größe gewachsen. Nur wer sich und andere nicht schont, kann darauf rechnen, sein Werk zum Siege zu führen. Wenn Schranken der Rechtsordnung dabei überschritten werden — wer mag darüber richten? „Das Leben ist hart, wenn es groß sein soll." Nicht der Erfolg im banalen, materiellen Sinn entscheidet über das Urteil, sondern der Gedanke, der den Erfolg trägt, die Persönlichkeit, die ihm Atem und Stoßkraft verleiht. Nicht als ob im Sinne einer platten, tendenziös zugespitzten Auffassung „der" Zweck „die" Mittel heilige — „aber in einem Kampf, wenn er auf Leben und Tod geht, sieht man die Waffen, zu denen man greift, und die Werte, die man durch ihre Benutzung zerstört, nicht an: Der einzige Ratgeber ist zunächst der Erfolg des Kampfes." Denn die Welt des Politikers ist die des atmenden, handelnden und wollenden Menschen, und so lange Leben Kampf bedeutet, müssen politischer Wille und Machtstreben eins sein. Das große Ziel eines Staatsmannes für Idee und Nation rechtfertigt Methoden, die auf der Ebene der Individualbeziehungen nicht gebräuchlich wären. Die Redaktion der Emser Depesche ist das Vorbild für das ethisch nicht einwandfreie, psychologisch notwendige, politisch voll gerechtfertigte Handeln des Staatsmannes.

Die Wege des politischen Handelns zu bestimmen, ist oft versucht worden, und gedankenreiche Männer haben ihre Lebensarbeit mit einer Topographie des politischen Geländes zu krönen versucht. Solche Mühe muß vergeblich erscheinen. Das politische Leben ist beherrscht von Schicksal und nicht von Logik: wer sich auf sie verläßt, wird bald von der Macht der Tatsachen bezwungen sein. Aus der Welt, aus seiner Welt schöpfen, mit dem Material seiner Zeit bauen — das ist die Kunst der Politik. Dies und jenes „wie" galt für die Staatskunst Caesars so gut wie für den heutigen Tag. Aber „Gesichtspunkte"? Blick vorwärts, ruft es den Politiker, erkenne, was ist, fühle, was wird, tue das Notwendige. Kann bei dem täglichen Stellungswechsel, den die politische Schlacht erfordert, anderes Richtung geben? Die größte Gefahr des Staatsmannes ist Erstarrung. Gegebenes und Vorhandenes wird als gültig angenommen und übersehen, daß man für seine Zeit und aus ihr heraus arbeitet. Immer war noch „Herr der Zukunft, wer sich wandeln kann".

Die Zukunft läßt sich nicht errechnen, man muß sie gestalten. Die Grenzen sind eng; die reale Welt ist hart in Gewähr und Begehr. Das Mögliche dürfen ist wenig, das Mögliche können unendlich viel. Der Werktag ist unerbittlich, und keine großen Worte vermögen darüber hinwegzutäuschen. Kennen und Erkennen, Phantasie, Wille und Bewußtsein der Schwere seiner Sendung: sie bilden die Voraussetzungen für ein Handeln, dessen Wesen einer seiner größten Vertreter als den „Takt des Möglichen" bezeichnet hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0125

Was ist Politik? Dies ist die Antwort. Worte, in denen die reiche leidenschaftliche und beherrschte Welt der inneren Möglichkeiten des Staatsmanns lebendig ist, eine Welt: „System"-haft für den Betrachter, organisch für den Handelnden, mit ihm geboren und mit ihm begraben. Und nicht nur die weite innere Welt versinkt mit ihm; oft ist der Tod auch Ende seiner Schöpfung. Die Geschichte der politisch handelnden Menschen ist zumeist ein steiniger Pfad, ein Opfer für Nation und Geschichte. Sie brachten es in der Gewißheit, einer größeren Idee zu dienen und damit göttlichen Willen zu tun,

— da Menschenleben sich nur dort erhält,
wo sich das dunkle Opfer wiederholt. —

Die Zollunion

Es wird schwer sein, die Bedeutung des Wiener Vertrages zu überschätzen. Er ist seit Rapallo 1922 die erste selbständige Handlung der deutschen Außenpolitik, aber er ist in seiner Bedeutung mit jenem Abkommen nicht zu vergleichen. Rapallo war eine Geste des Protestes, nicht Beginn eines systematischen Kurses deutscher Außenpolitik. Der Wiener Vertrag ist der Anfang einer folgerichtigen Mitteleuropapolitik — der Anfang: denn die wirtschaftlichen Bindungen Oesterreichs nach Südosten sind viel zu eng, als daß z. B. die Zollmauer nach Ungarn dauernd aufrechterhalten werden könnte. Welche bedeutungsvollen weltpolitischen Ausblicke sich damit eröffnen, brauchen wir hier nicht darzulegen. Wir begrüßen die mutige Tat der beiden Regierungen von ganzem Herzen, die in der einzigen zukunftsvollen Richtung liegt, die Deutschland vorgezeichnet ist.

Unser Dnak gilt dem deutschen Außenminister und Oesterreichs Vizekanzler Schober, der nach den verhängnisvollen Gestalten der österreichischen Außenpolitik, den Aehrenthal, Berchtold, Seipel, zur Andrassy-Linie und darüber hinaus zum volksdeutschen Gemeinschaftsgedanken zurückgeführt hat. Unser Dank gilt den Wegbereitern: dem klugen und zielbewußten Führer des Deutschen Schutzbundes Carl von Loesch, dem in der volksdeutschen Arbeit wurzelnden Reichskanzler Brüning und dem Vizekanzler Dietrich, der unermüdlich auf den Weg nach Südosten hingewiesen hat.

Den Störungsversuchen jenes Briand, der sich so gern mit der europäischen Maske schmückt, wollen wir mit kühler Festigkeit begegnen — grattez le Briand, et vous trouverez le Clémenceau. Er wird sich, ebenso wie die Kleinmütigen und Zagen in Deutschland, überzeugen müssen, daß es selbst im Rahmen der Versailler Weltordnung noch Möglichkeiten aktiver deutscher Außenpolitik gibt, von denen Deutschland Gebrauch macht, ohne das Konsortium der Sieger um Erlaubnis zu fragen.

Wir geben im folgenden Stimmen zur Zollunion wieder, von denen eine von der österreichischen Seite spricht, die zweite von der Seite der deutschen Landwirtschaft und die dritte von der Seite der deutschen Industrie.

I.

Der Wiener Vertrag.

Will man das Abkommen der Herren Curtius und Schober verstehen, so muß dier Wertung der Zollunion nicht von ihrem Beginn ausgehen, sondern zurückschauend von ihrem Endziel. Zollunion

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0126

heißt nämlich Wirtschaftseinheit, Zusammenschweißung zweier Volkswirtschaften zu einer neuen, die etwas durchaus anderes ist als bloß die Summe beider. Zollunion heißt Angleichung der Zölle, aber zugleich Angleichung der übrigen Wirtschaftsbedingungen, weil es wenig sinnvoll wäre, nur die Zölle anzugleichen und sie mit völlig verschiedenem Erfolg auf verschiedene Wirtschaftsbedingungen einwirken zu lassen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß eine Fragestellung nach den Folgen der Zolländerungen allein zu eng und irreführend wäre. Ferner, daß man nicht die Interessen beider Teile widereinander abwägen kann, ohne zu bedenken, daß eine Interessengemeinschaft entsteht, in welcher des einen Nachtigall keineswegs mehr des anderen Eule ist.

Dennoch kann man heute die folgenden Behauptungen wagen: Der Hauptnutzen des Vertages liegt von vornherein darum bei Oesterreich, weil er für dieses Land die Rettung schlechthin bedeutet. Das Wort von der Lebensfähigkeit Deutschösterreichs hat stets zu den häßlichen Vergewaltigen des Anstandes und Verstandes gehört, auf die das Nachkriegseuropa gebaut worden ist. Auf den ersten Blick sieht man heute die Wirtschaftslage des Reichs nicht schöner als die der Donaudeutschen. Aber der Unterschied liegt darin, daß die deutsche Krise vor allem eine der Konjunktur ist, die österreichische überwiegend eine der Struktur. In all diesen Jahren war in Oesterreich mehr als ein Viertel aller Arbeiter brotlos, auch zur Zeit der besten Weltkonjunktur. Dieses Land blieb als Rest zurück nach dem Verfall des großen Wirtschaftsgebietes, dessen Mittelpunkt es gewesen war, ein ungeheurer Verwaltungsapparat ohne Verwaltungsgebiet, der wertvollsten Rohstoffe, industriellen Anlagen un dlandwirtschaftlichen Flächen verlustig. Ein Waldland mit einer Zweimillionenstdt. Unfähig, in dem allgemeinen Zollwahnsinn, in den es mit hineingerissen wurde, bei der Enge seine Binnenmarktes sich auf Selbstversorgung und Selbstgenügsamkeit umzustellen, unfähig aber auch infolge seiner handelspolitischen Schwäche, in vermehrter Ausfuhr Ersatz zu finden, belastet alljährlich mit einem Fehlbetrag der Handelsbilanz von rund einer Milliarde Schilling.

Diesem Land bietet nun der Zollanschluß an Deutschland beides: die Verelffachung des Binnemarktes und die gewaltige Vermehrung seines handelspolitischen Gewichts. Die Verwandlung einer strukturellen in eine konjunkturelle Krise, die Hoffnung, beim nächsten Aufschwung der Wirtschaftskurve im großen gesamtdeutschen Arbeitsmarkt endlich seiner Dauerarbeitslosigkeit ledig zu werden. Hat die österreichische Volkswirtschaft als solche gewiß den größeren Nutzen, so drohen den österreichischen Einzelwirtschaften von der Zollunion zweifellos auch die größeren Gefahren. Vom Beginn an ist ein Zollanschluß gewiß eine Fülle von Unannehmlichkeiten und Geschäftsstörungen. Jede Rationalisierung beginnt mit den Kinderkrankheiten der Umstellung. Der Schwächere trägt sie schwerer al sder Stärkere. Dr. Curtius hat das berücksichtigt. Eine Zwischenzollinie wird für die Uebergangszeit zum Schutz österreichischer Erzeuger geschaffen, nicht zum Schutz reichsdeutscher. Berlin konnte das um so leichter zugestehen, als nach der Beschaffenheit der beiden Wirtschaften sich das Eindringen österreichischer Erzeugnisse ins Reichsgebiet vor allem auf Kosten dritter Staaten vollziehen wird, während umgekehrt der reichsdeutsche Wettbewerb in Oestereich vorwiegend zum Schaden österreichischer Erzeuger vordränge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0127

Art und Umfang der Zwischenzollinie wird über das Schicksal mancher östereichischer Wirtschaftszweige entscheiden, mehr noch als die Angleichung der Außenzölle, die im wesentlichen eine Uebernahme des deutschen Zolltarifs durch Oesterreich sein wird. Um die Vollendung der Zollunion zur echten Wirtschaftseinheit nicht zu verzögern, wird man die Zwischenzollinie auf das beschränken müssen, was durch andere Mittel, wie Kartellierungen und Gebietsschutzabmachungen nicht ebenso gut oder besser zu leisten ist.

Gewissen österreichischen Wirtschaftszweigen verheißt die Zollunion unmittelbaren Aufschwung. So der Landwirtschaft, die nicht nur höheren Zollschutz erhält, sondern sogleich, besonders für Zuchtvieh und Milchprodukte, einen großen Markt gewinnt. Das gleiche gilt von der Forstwirtschaft und den Sägen, von der Wiener Geschmacksindustrie, von der Vorarlberger Textilindustrie, von den Wasserkräften. Anderen Wirtschaftszweigen bringt die Zollunion keine Gefahr und denoch den Anteil an der zu erwartenden allgemeinen Besserung, so den Brauereien, der Papierindustrie, der Gummiindustrie, den Baustoffen. Schwierigkeite nbereitet vor allem die Frage der eisenerzeugenden und eisenverarbeitenden Industrie, zumal der östereichischen Eisenpreis dank dem Schutzzoll maßlos höher ist als der deutsche. Mit dieser Frage hängt u. a. zusammen, ob die derzeit kaum lebensfähige österreichische Kraftwagenerzeugung sich wird erholen können, wenn ihr der reichsdeutsche Markt geöffnet wird, zugleich aber der Zollschutz durch Angleichung an den weit kleineren deutschen Zoll verringert wird.

Der schon einmal angewandte Vergleich mit einer Rationalisierung läßt all das zum folgenden Ausblick zusammenfassen: Es wird in Oesterreich Stillegungen, Unternehmerabbau, Arbeiterentlassungen geben. In weiterer Folge aber ein Aufblühen bestimmter Wirtschaftszweige und eine Verringerung der allgemeinen Arbeitslosigkeit. Genesung durch Umstellung auf die Möglichkeiten, die die Markterweiterung bietet.

Die Wirkung auf die reichsdeutsche Wirtschaft wird weit weniger einschneidend sein. Es wurde schon erwähnt, daß das österreichische Erzeugnis in den deutschen Markt vor allem auf Kosten des Auslandes eindringen wird. Die Vorteile für Deutschland können durch den Hinweis auf die Vergrößerung des Wirtschaftsgebietes keineswegs erschöpft werden. An dieser Stelle ist es nötig, auf den höheren Sinn des Wiener Vertrages hinzudeuten, der gesamteuropäisch und dennoch nicht weniger wirklichkeitsnah ist. Es ist nicht wahr, was die Feinde des Abkommens behaupten, daß da ein großzügiger Mißbrauch mit dem Bedürfnis Europas nach wirtschaftlicher Neuordnung des Erdteils getrieben werde. Im Munde von Curtius und Schober ist der Gedanke der regionalen Abkommenehrlich gemeint. Diese regionalen Abkommen sollen Sonderverhältnises bringen zwischen mittelbar oder unmittelbar benachbarten Staaten Europas — Sonderbeziehungen verschiedenen Grades, ansteigend von der Begünstigung des Grenzverkehrs über einseitige, dann zweiseitige Vorzugszollbehandlung bis zur Zollunion, diesem Idealfall eines regionalen Abkommens, der nur verwirklicht wreden kann von Staaten, die dauernder freundschaftlicher Weggeminschaft gewiß sin. So ernst es den beiden deutschen Staaten mit ihrer Zollunion ist, so ernst ist es ihnen auch mit der Absicht, den südosteuropäischen Getreideüberschußstaaten, vor allem also Rumänien, Südslawien und Ungarn Getreidevorzugs-Zölle einzuräumen, vorerst einseitige gegen handelsvertragliche Zugeständnisse für die industrielen Ausfuhrinteressen Deutschlands und Oesterreichs.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0128

Der natürliche Platz der Tschechoslowakei in der dadurch eingeleiteten Neuordnung Europas ist an der Seite der deutschen Staaten. Die anmaßenden Aeußerungen des Herrn Dr. Benesch indes lassen von dieser Einsicht noch nichts merken. Allzu jäh ist auch der Sturz aus der erträumten Kommandohöhe im Herzen Mitteleuropas in die rauhe Wirklichkeit, in der nun einmal dem größten Staat die Führung zufallen muß. Wenn Deutschland und Oesterreich, wie Brüning es angekündigt hat, festbleiben und nicht um Haaresbreite zurückweichen, kann kein Teufel ihnen den Erflog ihrer mutigen Tat entreißen. Politisch bescheidener und wirtschaftlich gesünder wird dann die Tschechoslowakei eingefügt sein in eine bessere europäische Ordnung gleich ihren längst schon klüger gewordenen Balkanverbündeten.

II.

Landwirtschaft und Zollunion.

Von Heinrich Lübke,
Hauptgeschäftsführer der Deutschen Bauernschaft.

Die Anbahnung einer Zollunion mit Oesterreich, der schon bedeutungsvolle Bemühungen um die Annäherung auf anderen wirtschaftlichen Gebieten und im Rechtsleben vorangegangen sind, ist in jedem Falle als ein Zeichen der politischen Aktivität der Reichsregierung zu begrüßen. Dies auch im Namen der Landwirtschaft auszusprechen, ist um so mehr angebracht, als die Zollunion, die aus wirtschaftlichen und politischen Gründen für alle Mitglieder der deutschen Nation ohne Unterschied als ein historischer Fortschritt erscheinen müßte, in manchen Teilen der deutschen Landwirtschaft leider nicht den Anklang gefunden hat, den man eigentlich hätte erwarten müssen.

Die wichtigste Folge der deutsch-österreichischen Zollunion wäre für beide Teile die Vergrößerung des Wirtschaftsraums, die den Mnschen diesseits und jenseits der immer noch verbleibenden politischen Grenzen vermehrte Produktionsmöglichkeiten, mehr Arbeit und Verdienst und damit verstärkte Konsumkraft gäbe. Vom Standpunkt der Landwirtschaft muß dabei beachtet werden, wie der Wegfall der Zollgrenze zwischen den beiden Ländern die Wettbewerbsbedingungen bei der Ein- und Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte gestatten würde.

Im Jahre 1930 betrug die Einfuhr aus Oesterreich nach Deutschland bei Getreide und Mehl nur 0,3 Mill. RM., bei Futtergetreide und Futtermitteln 0,2 Mill. RM, bei Milch, Butter und Käse 5,7 Mill. RM., bei Obst und Südfrüchten 8,9 Mill. RM., bei Holz 15,2 Mill. RM. Insgesamt dürfte von der österreichischen Einfuhr nach Deutschland, die 1930 181,2 Mill. RM. betrug, noch nicht ein Drittel auf landwirtschaftliche Produkte mit Einschluß von Holz usw. entfallen. Umgekehrt aber können für die deutsche Landwirtschaft im Außenhandel der beiden Länder wesentliche Vorteile erzielt werden. So hat Oesterreich einen jährlichen Zuschußbedarf an Schweinen von 700—800 000 Stück, an Rindvieh von 100—150 000 Stück, an Hafer von rund 100 000 Tonen. Seinen Weizenbedarf deckt es nur zu einem Drittel, seinen Roggenbedarf nur zu zwei Dritteln, so daß es im letzten Jahre an Weizen 250 000 Tonnen, an Roggen 112 000 Tonnen einführen mußte. Im Ganzen gesehen erzeugt Oesterreich nur 60% seines Bedarfs an Lebensmitteln, so daß sich für die deutsche Landwirtschaft bei Wegfall der Zollgrenzen lediglich eine Verbesserung ihrer Absatzlage ergeben würde. Für die Einfuhr von Vieh aus Oesterreich nach Deutschland, die ohnehin nur sehr gering ist, dürften auch nach Abschluß der Zollunion noc hbestimmte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0129

veterinärpolizeiliche Kautelen bestehen bleiben, und soweit darüber hinaus Besorgnisse für den deutschen Markt gerechtfertigt sind, wären auch, wenigstens für eine Uebergangszeit, Zwischenzölle für gewisse Teile der östererichischen Ausfuhr nach Deutschland zu fordern.

Im ganzen kann man wohl sagen, daß sich im Verkehr zwischen Deutschland und Oesterreich die Einfuhr und Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte zugunsten Deutschlands gestalten würde, ohne aber gegenüber der gesamten deutschen landwirtschaftlichen Handelsbilanz ins Gewicht zu fallen. Für die deutsche Landwirtschaft spielt deshalb die Hauptrolle die Frage, welche Vorteile sich auf allgemein wirtschaftlichem Gebiete für das Reich aus der Zollunion ergeben können. Bei dem großen Vorsprung der deutschen Industrie vor der österreichischen Industrie werden die Vorteile, die der Gesamtwirtschaft in Aussicht stehen, bei weitem etwaige vorübergehende Nachteile aufwiegen, vor allem deshalb, weil der größere Wirtschaftsraum auch eine größere Wirtschaftskraft verspricht. Auch der Ausblick auf eine engere handelspolitische Verbindung mit den südosteuropäischen Staaten kann diese Ueberlegungen nur bekräftigen. Wir glauben, daß eine solche engere Verbindung, wie sie auf der Wiener mitteleuropäischen Wirtschaftsfkonferenz erörtert wurde, der deutschen Gesamtwirtschaft kaum schädlich, sondern nur vorteilhaft sein könnte, vor allem wegen der Erweiterung der Ausfuhrmöglichkeiten, die in diesen Ländern Südosteuropas erschlossen werden könnten.

Es ist heute wohl jedem deutschen Landwirt klar geworden, daß die Steigerung der innerdeutschen Konsumkraft, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Erhöhung des Arbeitseinkommens der Konsumenten auch eine agrarpolitische Aufgabe ersten Ranges ist, von deren Lösung die Gesundung der Landwirtschaft in weitem Umfang abhängt. Als Hauptträger der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft befindet sich gerade das Bauerntum in seiner Gesamtheit in voller Uebereinstimmung mit den Bemühungen der Reichsregierung um die Erweiterung des deutschen Wirtschaftsraumes. Die deutschen Bauern wissen, daß die Förderung der gesamten Wirtschaft auch ihr Nutzen ist und daß deshalb die Zollunion mit Oesterreich politisch und wirtschaftlich ein wichtiger Beitrag zum Wiederaufstieg der Nation aus der Tiefe sein wird.

III.

Deutsche Wirtschaft und Zollunion.

Von Direktor Karl Lange.

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten.

Seit Jahren kämpfen alle vernünftigen Wirtschaftler Europas für eine Erleichterung des Warenverkehrs zwischen den europäischen Ländern durch Ermäßigung der Zölle und Beseitigung der Handelshemmnisse. Die Genfer Weltwirtschaftskonferenz hat im Jahre 1927 einstimig zum Ausdruck gebracht, daß die Wirtschaft der Welt nur bei einer allmählichen Beseitigung der den Wirtschaftsverkehr hemmenden Schranken wieder in Ordnung kommen könne. Auf den Tagungen der Internationalen Handelskammer in Stockholm und Amsterdam haben alle Delegierten eine Erleichterung des zwischenstaatlichen Handelsverkehrs als notwendig bezeichnet. Der Völkerbund hat sich mit dem gleichen Problem immer wieder beschäftigt und zuletzt versucht, einen Zollwaffen-Stillstand — leider mit negativem Erfolg — zustande zu bringen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0130

Der französische Außenminister Briand hat kürzlich bei Propagierung seiner Pläne für die Vereinigten Staten von Europa treffende kritische Worte über die Schwächung Europas durch die Kleinstaaterei und die zahllosen Zollschranken gefunden. In eindrucksvollen Ausführungen hat der bekannte englische Wirtschaftler Layton immer wieder die verderbliche Wirkung der 11 000 km neuer Zolgrenzen, die nach de mKriegsschluß errichtet wurden, betont.

Aber was ist das Ergebnis all dieser Verhandlungen? Die Zollsätze der europäischen Länder sind nicht ermäßigt, sondern erhöht worden, die Handelshemmnise wurden nicht abgebaut, sondern verstärkt, und wenn Deutschland und Oesterreich jetzt dazu übergehen, wenigstens für sich selbst die Lehre der Wirtschaftler und Staatsmänner Europas in die Praxis zu übertragen, so erhebt sich ein Proteststurm.

Rein wirtschaftlich betrachtet, liegt der Gedanke einer Zoll-Union zwischen Deutschland und Oesterreich deshalb besonders nahe, weil beide Länder nicht nur durch die zwangsweise Abtretung wichtiger Landesteile und untragbare Kriegslasten gleichartige Wirtschaftsnöte haben, sondern auch eine ähnliche Wirtschaftsstruktur. Sowohl Deutschland als auch Oestereich zeigen einen agrarisch-industriell gemischten Wirtschaftsaufbau. Neben einer bedeutenden Landwirtschaft zeichnen sich beide Länder durch Industrien aus, die dank ihrer Qualität und Leistungsfähigkeit starken Absatz über die Landesgrenzen hinaus sowohl auf dem europäischen als auch auf dem Weltmarkt haben, und für die Beschäftigung ihrer Arbeiter auf die Erhaltung und Verbesserung dieses Absatzes angewiesen sind.

Trotz gewisser vorübergehender Schwierigkeiten wird die Wirtschaft beider Länder durch die Zollunion außerordentliche Vorteile erlangen. Oesterreich erhält eine Erweiterung seines Marktes um das zehnfache seines bisherigen binnenwirtschaftlichen Wirtschaftsraumes und für Deutschland tritt ebenfalls eine erhebliche Verbreiterung des Wirtschaftsraumes durch die 7 Millionen Einwohner Deutsch-Oesterreichs ein, sowie ferner die Möglichkeit einer wesentlich günstigeren Verbindung nach dem Balkan und einer besseren Bearbeitung des südosteuropäischen Geschäfts auf Grund der durch die Zollunion ermöglichten sehr viel engeren Zusammenarbeit zwischen den deutschen und österreichischen Banken, Fabrikanten, Exporteuren, Schiffahrtslinien, Speditionsgesellschaften usw.

Es ist zu wünschen, daß die deutsch-österreichische Zollunion ein Anfang dazu ist, auf ähnlichem Wege durch weitere Verträge mit anderen Staaten, insbesondere auch in Südosteuropa, in noch größerem Maße Luft für die eingeengten mitteleuropäischen Länder zu schaffen.

Auf der soeben abgehaltenen Mittel-Europa-Tagung in Wien haben gerade die Vertreter der südosteuropäischen Länder übereinstimmend an die mitteleuropäischen stärker industrialisierten Staaten, wie Deutschland, den Appeel gerichtet, die Tore für die Ausfuhr Südosteuropas zu öffnen, wofür sie bereit seien, entsprechende Begünstigungen für den Export mitteleuropäischer Industrieprodukte zu schaffen. Darum wäre es nur logisch, wenn die südosteuropaischen Staaten sich nunmehr bemühen würden, statt die Einigung Deutschlands und Oestereichs zu bekämpfen, Anschluß an das neugeschaffene Wirtschaftsgebiet zu gewinnen.

Der Entschluß un dder feste Wille der Regierung, sich durch Störungsversuche von außen nicht irremachen zu lassen, sind ganz

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0131

besonders zu begrüßen. Während bisher die Außenpolitik des Reiches sich in der Abwehr von Uebergriffen und in Versuchen zur Beseitigung uns geschehenen Unrechts erschöpfte, wird hier zum ersten Male wieder ein Schritt nach vorwärts getan. So ist die deutsch-österreichische Zollunion der lebendige Ausdruck der Selbstbesinnung des Deutschtums und der Wiederkehr deutscher Souveränität in außenpolitischen Fragen. Mit Befriedigung kann man beobachten, daß in dieser Frage endlich einmal der alte Parteihader in Deutschland schweigt und der Regierung durch die einmütige Zustimmung des ganzen Volkes für die Durchführung ihres Entschlusses der nötige Rückhalt gegeben wird.

Politische Not und persönliche Verantwortung

Von Karl Vossler. (Schluß)

charaktervollste Denker in den philosophischen und historischen Wissenschaften im heutigen Italien und der schärfste Kritiker der faschistischen Gelegenheitsmacherei sagte mir in Gegenwart einiger Italiener einmal: „Lebensaufgabe, ein großes deutsches unübersetzbares Wort! Um dieses Wortes und des Begriffes und der Denkart willen, die sich darin ausdrücken, ist das deutsche Volk verehrungswürdig und beneidenswert.“ Gewiß, wir haben das Wort und den Begriff und wohl auch die Denkart dazu. Es fehlt bei uns nicht an Männern und Frauen, die es in ihrem Beruf und Privatleben verwirklichen, aber diejenigen, die ihre Lebensaufgabe in eine freudige und förderliche Beziehung zum deutschen Staatswesen setzen, sind heute nicht gerade häufig. Wir zehren nun seit mehr als zehn Jahren schon von der häuslichen und sittlichen Tüchtigkeit des deutschen Beamten, des Arbeiters und der Männer und Frauen der freien Berufe. Wir leben von der guten Erziehung, dem Ordnungssinn und Pflichtgefühl, von der Gewöhnung an die Arbeit und Lebensaufgabe, wie sie im alten Reich durch Familie, Schule und Heer uns vermittelt wurden. Wir leben vom sittlichen Privatvermögen und Erbgut unserer Väter und Mütter schlecht und recht herunter. Lange wird dieser Vorrat nicht mehr reichen. Die Zeichen, daß er auf die Neige geht, mehren sich. In unseren Großstädten tritt die ethische Erschöpfung zuerst zutage, und sie wird solange weitergreifen und unsere Sitten, Einrichtungen und Gesetze blutleer und widerstandslos machen, bis nicht ein neuer Wille zur öffentlichen Ordnung, zum öffentlichen Anstand, zu den Gesetzen und zu der neuen Verfassung der deutschen Republik ihr entgegentritt. Eine neue freudige Loyalität. Es tut mir leid, gerade hier ein Fremdwort gebrauchen zu müssen. Das deutsche Wort für Loyalität heißt Treue, Treue zum Freistaat des Deutschen Reiches. Bezeichnenderweise klingt dieser Ausdruck den deutschen Ohren noch so ungewohnt, daß sie „Loyalität zur deutschen Republik“ verhältnismäßig noch besser verstehen. Wie lange wird man es auf französisch vorsagen müssen, bevor es zu einer freundlichen, lebendigen, volkstümlichen deutschen Wirklichkeit wird? Wir haben zwar das deutsche Wort Pflichttreue: Staatstreue mutet uns gemacht oder unnatürlich an, denn aus unserer feudalen Vergangenheit sind wir gewöhnt, die Treue als ein vorzüglich persönliches Band zwischen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0132

Mensch und Mensch zu denken, etwa so wie zwischen Hagen und dem König Gunther, oder Bismarck und Kaiser Wilhelm I., nicht zwischen Mensch und Sache, Mensch und Idee, Mensch und Gesetz, Mensch und Recht, Mensch und Staat.

Man rühmt viel Großes und Schönes vom deutschen Idealismus und von Kants kategorischem Imperativ. Man sagt, er habe die Schlachten der preußischen Heere gewinnen helfen, und Fichtes Philosophie habe die Macht Napoleons I. gebrochen. Ich will es gerne glauben, aber nach diesen bewaffneten Kraftleistungen hat der deutsche Idealismus sich dorthin wieder zurückgezogen, wo er hergekommen war: in die Hochschulen und Studierstuben, in das Papier und die Terminologie der Professoren. In den Denk- und Sprachgebrauch des deutschen Volkes ist wenig genug davon hinabgedrungen, und nach den Freiheitskriegen, die der Idealismus der Jugend von 1813 entschieden hatte, wurde es wieder dunkel und muffig über Deutschland, und Ludwig Uhland, dessen wir auf schwäbischem Boden in Verehrung gedenken, grollte:

Zermalmt habt ihr die fremden Horden,
Doch innen hat sich nichts gehellt,
Und Freie seid ihr nicht geworden,
Wenn ihr das Recht nicht festgestellt.

Mit Mißtrauen oder Gleichgültigkeit betrachtet der deutsche Durchschnittsverstand die idealen Gebilde des Rechtes, der Verfassung und der bürgerlichen Freiheit und kommt sich dabei sehr gesund, pfiffig und wirklichkeitsnahe vor. Solche Abstrakta, wie er sie nennt, zu ehren, zu fürchten und zu lieben, kann er sich nur dort bewogen fühlen, wo sie ihm verkörpert und verkleidet mit Ornat und Krone oder sonstwie als Sinnenschmaus und Maskerade, oder auch als drohende Bracchialgewalt mit Gummiknüttel und Schießwaffe entgegentreten. Dieses kindliche und kindische Haften an den sinnlichen Erscheinungen der Macht und der öffentlichen Gewalten muß überwunden werden.

Ein höherer Sinn und männlicherer Glaube an die geistige Natur und d. h. an die wirksame Wirklichkeit des Rechtes, der Gesetze und des Staates muß herangebildet werden,

die Fähigkeit, den rechtschaffenen und starken Willen von der Phrase und Scheinenergie, vom wilden Getue und der Kraftmeierei zu unterscheiden, muß erzogen und gefestigt werden. Ob es gelingt, ob es mißglückt, davon hängt die Zukunft und der Bestand der deutschen res publica heute ab. Niemand ist so unmittelbar berufen, diese Aufgabe einer guten Lösung entgegenzuführen, wie die akademische Jugend. Von wem soll erwartet werden, daß er den Dunstkreis und Trug der völkischen sowohl wie der internationalen Demagogie durchbricht und ihre Schlagwörter abtut, wenn nicht von dieser Jugend, die sich einem kritischen und sachlichen, auf das Wesen der Dinge gerichteten Denken gewidmet haben. Freilich, eine Studentenschaft, die selbst noch an einem verspäteten und überlebten Spielzeug der sinnlichen Mächte haftet, mit Schlägern und Säbeln rasselt, mit Sporen klirrt und sich mit Bändern behängt, sich in Waffenringe und Klubhäuser einschließt, um das deutsche Volk und seine Not nicht aus der Nähe zu sehen, und in dem Lebensalter, in dem das Gemüt für alles menschliche Leiden und Streben von Natur aus am offensten ist, sich künstlich einmauert, eine solche Studentenschaft läuft große Gefahr, unseren darbenden arbeitsuchenden und arbeitenden Volksgenossen, zu denen wir uns

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0133

zu zählen die Ehre haben, nicht anders zu erscheinen als läppisch oder gar parasitisch. Ich weiß sehr wohl, daß der Schmuck und äußere Lebensstil des studentischen Korporationswesens keineswegs so rückständig und herausfordernd gemeint ist, wie er auf Fernertehende tatsächlich wirkt. Ich weiß, daß hohe Erinnerungen und vorzüglich die idealistischen Gedanken der Freiheitskriege und ein mannhafter Ehrbegriff, den ich nicht verkleinern will, symbolisiert ist in dem ganzen studentischen Komment, aber eben doch nur symbolisiert. Und ich frage mich, ob dieser hohen und ehrenfesten Sinnesart heute nicht besser gedient wäre, ob sie nicht viel kraftvoller, freier, hinreißender und mitteilsamer betätigt werden könnte, wenn sie ihren romantischen Schmuck ablegte. Mir scheint es angezeigt, um der tätigen Wirkung willen, nun endlich einmal auf einen Glanz zu verzichten, der in den Augen des Volkes, so wie die Dinge heute liegen, mehr Aergernis als Respekt erregt. Denn heute ist es ernst. Hat nicht im August 1914, als der Ernstfall eintrat, das deutsche Heer die sämtlichen goldenen und silbernen Knöpfe, für deren Ungeputztheit man früher drei Tage Mittelarrest bekam, mit einem Schlage abgelegt? Abgeblendet hat es den Schimmer seiner Waffen, nicht um sich zu verstecken, sondern um sich wirksamer zu schlagen. Ich bin überzeugt, daß es keinem vernünftigen Menschen, weder in Deutschland noch im Ausland beikommen würde, unsere studentischen Korporationen des Kleinmutes zu zeigen, wenn sie abblendeten. Eine solche Maßnahme, weit entfernt, eine Demütigung zu bedeuten, wäre vielmehr ein erster Schritt des freiwilligen Aufstieges in den Geist der Verfassung des Deutschen Reiches, in deren Artikel 109 es z. B. heißt: „Alle Deutschen sind vor dem Gesetze gleich . . . Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden", oder Artikel 148: „Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden".

Doch will ich die angedeuteten Beziehungen nicht übertreiben. Zwischen den Artikeln der Weimarer Verfassung und den Statuten eines studentischen Verbandes ist der Unterschied etwa so groß wie zwischen der kulturellen und weltgeschichtlichen Sendung eines Volkes und der Hausaufgabe eines Schülers. Das eine jedoch haben beide gemeinsam, daß sie aufgegeben sind, erfüllt sein wollen mit lebendiger Leistung und appellieren an unsere Persönlichkeit. Die Persönlichkeit ist das Feld, auf dem die öffentlichen mit den häuslichen Anforderungen zusammentreffen. Schlimm, wenn sie dort sich stoßen und behindern. Denn frei und ganz entwickeln sich Persönlichkeiten immer nur dadurch, daß die Erfüllung ihrer kleinen und besonderen Aufgaben großherzig und ungeschmälert hinüberströmt in die Allgemeine.

Darum fort mit der halben und knickerigen Art, unserem Staatswesen zu geben, was man ihm schuldet. Wie kleinmütig ist es, wenn deutsche Universitäten sich noch immer nicht getrauen, die Farben des Reiches an seinem Geburtstag zu zeigen, oder wenn staatliche Schulen ihren abgehenden Zöglingen das vorgeschriebene Verfassungsexemplar ohne ein Wort in die Hand drücken, als wäre es Arznei, die man gar nicht mag, aber verabreicht, weil sie genommen werden muß. Liebe und Freudigkeit lassen sich freilich nicht befehlen. Nur sollte man dann nicht klagen, wenn das Reich, dem so kärglich und frostig gedient wird, und dessen Gesetzen man mit allerlei Reservatio mentalis sich lediglich passiv fügt, nicht gedeihen und blühen kann, und wenn das Ausland ihm ein Vertrauen versagt,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0134

das ihm die eigenen Bürger so lau, dürftig und engherzig bemessen. Die freistaatliche Form ist unserem Vaterland mit so unvermeidlicher äußerer Gewalt und innerer Notwendigkeit vom Schicksal auferlegt worden, daß es nicht ein Zeichen von Charakter, sondern von schwärmerischem Eigensinne wäre, wenn man jetzt noch sich dagegen sträubte.

Die echte Vaterlandsliebe ist immer zugleich Liebe zum Schicksal, amor fati, denn durch Geburt, durch höhere Fügung oder wie man das nennen will, gehören wir unserem Volk und seinem Staate an.

Eine derart natürliche und historische Grundlage bejahen, kann heute nicht mehr als streberische Eilfertigkeit oder Gesinnungswechsel je nach dem sogenannten Boden der Tatsachen verdächtigt werden, nein, es ist eine schlichte Forderung des rechtlichen Bewußtseins und des nationalen Fühlens.

Dabei fehlt es im heutigen Deutschland keineswegs am nationalen Gefühl. Im Gegenteil, wir haben es im Ueberfluß, so sehr, daß es gärt und schäumt und umschlägt in nationales Ressentiment. Wenn die vaterländische Begeisterung zur Unzeit aufschwillt, so erzeugt sie Ueberdruck und sprengt den Kessel, statt die Maschine vorwärtszutreiben. Wir leben in einer merkwürdig widerspruchsvollen Lage: laue, mangelhafte Staatsgesinnung bei überhitztem Patriotismus. Angesichts dieses schweren Mißverhältnisses im öffentlichen Leben erinnere ich an ein tiefes und kluges Wort, das Hegel in seiner „Philosophie des Rechts" ausspricht: „Unter Patriotismus wird häufig nur die Aufgelegtheit zu außerrodentlichen Aufopferungen und Handlungen verstanden. Wesentlich aber ist der Patriotismus der Gesinnung, welche in dem gewöhnlichen Zustande und Lebensverhältnisse das eigene Gemeinwesen für die substantielle Grundlage und Zweck zu wissen gewöhnt ist. Dieses bei dem gewöhnlichen Lebensgange sich in allen Verhältnissen bewährende Bewußtsein ist es dann, aus dem sich auch die Aufgelegtheit zu außergewöhnlicher Anstrengung begründet. Wie aber die Menschen häufig lieber großmütig als rechtlich sind, so überreden sie sich leicht, jenen außerordentlichen Patriotismus zu besitzen, um sich diese wahrhafte Gesinnung zu ersparen oder ihren Mangel zu entschuldigen.

Aus Hegels Wort spricht ein echt schwäbisches urgesundes Mißtrauen gegen Schwarmgeisterei, ein sachlicher, rechtlicher Sinn. Solche Denkart braucht die deutsche Republik. Erfüllen wir uns alle damit, weisen wir jene Ueberpatrioten und falschen Enthusiasten und vaterlandsfremden Utopisten, wo immer sie uns begegnen, mutig und kraftvoll zurecht! Suchen wir den Ausweg aus der öffentlichen Not und den Aufstieg zur persönlichen und unserer aller politischen Freiheit und Größe in keiner anderen Richtung als in der des verantwortungsbewußten Dienstes an unseren besonderen Aufgaben wie an der gemeinsamen Sache des Deutschen Reiches.

Werbt für die
„Blätter der Staatspartei"

60 Jahre Deutsche Reichsverfassung

Von A. Wilhelm Apelt.

Das Deutsche Reich hat zu Beginn dieses Jahres seinen 60. Geburtstag gefeiert. Die Kaiserproklamation in Versailles gab am 18. Januar 1871 der Entwicklung einen repräsentativen Höhepunkt, während sich die entscheidenden politischen und staatsrechtlichen Vorgänge schon zuvor für die Welt weniger sichtbar vollzogen hatten. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes hatte bereits in ihrem letzten Artikel für den Eintritt der süddeutschen Staaten weise vorgesorgt, so bedurfte es nicht einmal einer Verfassungsänderung, sondern lediglich eines einfachen Bundesgesetzes, um diesen Eintritt zu verwirklichen, sobald die politischen Voraussetzungen dafür gegeben waren. Die auf den Schlachtfeldern Frankreichs geschlossenen Novemberverträge klärten diese Voraussetzungen, und der Norddeutsche Bund erweiterte sich zum Deutschen Reich durch Gesetzgebungsakte, ohne daß dieser Vorgang eine neue Staatsgründung bedeutet hätte.

Ist die Verfassung Bismarcks für die Gegenwart nicht lediglich eine historische Remiszenz und haben wir, die wir unter der Verfassung von Weimar leben, noch triftigen Grund, uns mit den staatsrechtlichen Normen näher zu befassen, die dem Deutschen Kaiserreiche seine Form gaben? Ist das republikanisch-demokratische Staatsrecht von heute nicht grundverschieden von dem monarchisch-konstituellen von gestern? Wer so urteilt, würde sich nach dem äußeren Scheine richten und die vielfältigen wie wichtigen inneren Verbindungen zwischen Neuem und Altem in unserem staatlichen Leben verkennen. Denn das Deutsche Reich der Weimarer Verfassung ist derselbe staatliche Organismus, dasselbe Rechtssubjekt, das mit der Errichtung des Norddeutschen Bundes Existenz erhielt; hat sich auch mit der wechselnden Verfassungsform seine Gestalt verändert, die Person ist die gleiche geblieben, nämlich die in einem Staate geeinte deutsche Nation. Wenn es auch ab und zu von Politikern und Juristen versucht worden ist, diese Kontinuität der Entwicklung zu zerreißen und eine Lehre von den „drei Reichen" zu entwickeln, so hat sich diese Irrlehre doch nicht durchzusetzen vermocht, und eine ihrer Vergangenheit und ihres Wertes bewußte Nation hat allen Anlaß, sie mit Schärfe abzulehnen. Sonach ist es auch heute nicht überflüssig, sich mit dem staatsrechtlichen Grundgehalt der Bismarckschen Verfassung zu beschäftigen, denn vieles von ihm wirkt durch die geltende Verfassung hindurch lebendig in die Gegenwart hinein.

Genau wie das Verfassungswerk von Weimar ist auch die Schöpfung Bismarcks nicht die rationale Verwirklichung einer in allen ihren Einzelheiten erfaßten und durchdachten Idee, sondern eine Synthese aus verschiedenen Gedankenrichtungen und als solche politisch ein Kompromiß, durch den es gelang, zunächst nicht parallel wirkende Kräfte zusammenzufassen und in ein bestimmtes Gleichgewicht zu bringen. So ist das Deutsche Reich einmal ein Bund der Fürsten und insofern eine Fortsetzung des alten Deutschen Bundes, wie ihn der Wiener Kongreß geschaffen hatte als Staatenvereinigung im Sinne des alten Absolutismus. Allerdings standen sich diese Fürsten, die einen ewigen Bund eingingen, nicht mehr als gleichberechtigte Vertragspartner gegenüber. In den blutigen Auseinandersetzungen des Jahres 1866 war nicht nur die Entscheidung zwischen Oesterreich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0136

und Preußen gefallen, sondern der König von Preußen hatte als Sieger zugleich auch über die übrigen deutschen Fürsten, die ihm mit den Waffen in der Hand gegenüber gestanden hatten, eine Vormachtstellung in diesem Bund erlangt, die von den anderen als Ergebnis dieser Auseinandersetzung hingenommen werden mußte und für sie tatsächlich den Verlust ihrer Souveränität bedeutete. Der zweite Komponente für das Kräftesystem der Bismarckschen Verfassung ergab sich aus der Tatsache, daß es nicht mehr absolute Staaten waren, die in einem Bund vereinigt wurden, sondern daß sich inzwischen überall in ihnen der Uebergang zum konstitutionellen System vollzogen hatte. Die Fürsten brachten ihre Völker in den Bund mit ein, die Anteil an der staatlichen Gewalt erlangt hatten. Es mußte also in der Konstruktion des Reiches auf diese Teilung der staatlichen Macht zwischen Fürst und Volk Rücksicht genommen werden, d. h. der neue Gesamtstaat wurde nicht nur von den monarchischen Gewalten, sondern von konstitutionellen Staaten gebildet, und somit wurde der geschlossene Bund aus einem Staatenbund zum Bundesstaat. Damit wurde die überragende Position, die der König von Preußen im Verhältnis zu den übrigen Fürsten gewonnen hatte, zu einer Hegemonie des preußischen Staates im neuen Deutschen Reiche, wobei die Bedeutung der Krone, die sich nach innerpreußischem Staatsrecht richtete, dem Wesen des preußischen Konstitutionalismus entsprechend, sich auch in der Führung des Gesamtstaates durchaus behauptete.

Das Reich ein Hegemonialstaat

So war der König von Preußen als Deutscher Kaiser der Repräsentant des Reiches nach außen und innen, der Chef der gesamten Exekutive, die er mit Hilfe des Reichskanzlers als verantwortlichen Reichsministers, den er lediglich nach eigenem Vertrauen bestellte, ausübte. Aber weiter beherrschte der Staat Preußen auch den Bundesrat, das wichtige Zentralorgan des Reichsorganismus, dessen Entschlüsse maßgebende Bedeutung in der Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches zukam. Dieser Bundsrat, der von den gliedstaatlichen Regierungen gebildet wurde, verkörperte zwar konstruktiv das föderalistische Prinzip; durch ihn sollten die bundesstaatlichen Gewalten gleichberechtigten, wenn auch im Stimmgewicht nach ihrer Bedeutung abgestuften Einfluß auf die Willensbildung des Reiches erhalten. Tatsächlich aber hatte der Staat Preußen in ihm eine so überragende Stellung, daß diese Gleichberechtigung zu einer Fiktion wurde. Da Preußen nur 17 Stimmen unter 58 innehatte, so hätten sich theoretisch sehr wohl wechselnde Mehrheiten auch gegen Preußen bilden können. Tatsächlich aber war der politische und wirtschaftliche Einfluß des Hegemonialstaates so gewaltig, daß es ihm stets gelang, für wichtige Entscheidungen so viele kleinere Trabanten an sich zu fesseln, daß es seinen Willen durchzusetzen vermochte. Zudem hatte die Verfassung vorgesorgt, daß Verfassungsänderungen und einige andere besonders wichtige Entscheidungen nicht gegen den Widerspruch von 14 Stimmen, also nicht gegen Preußen möglich waren. Wenn es Bismarck auch meisterlich verstanden hatte, bei den deutschen Kleinfürsten ein Souveränitätsgefühl wachzuerhalten, indem er ihnen die äußeren Ehrenrechte, wie z. B. das Gesandtschaftsrecht, das Recht, Titel und Orden zu verleihen usw., beließ, so waren sie durch die Reichsgründung doch tatsächlich mediatisiert, und das Reich war keineswegs, wie noch Laband annimmt, eine Gemeinschaft gleichberechtigter Gliedstaaten,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0137

sondern ein Hegemonialstaat, für den der Begriff Bundesstaat nur noch anwendbar erscheint, wenn man ihn so variabel gestaltet, daß er alle festeren Staatenverbindungen umfaßt.

Der Einheitsstaat deutscher Nation

Der dritte Kraftstrom, der Bismarcks Reichsgründung trug, war das deutsche Volk als geeinte Nation. Das ältere Staatsrecht, das unter der Führung Labands das Schwergewicht durchaus auf die soeben gekennzeichnete zweite Entwicklungsreihe schob und seine Vorstellungen nach dem bundesstaalichen Gesamtcharakter des Reiches orientierte, hat dieser dritten Entwicklungsreihe kaum Beachtung geschenkt, und doch ist sie für unsere deutsche Zukunft die entscheidende geworden. Das Deutsche Reich Bismarcks war nicht nur ein Bund souveräner Fürsten, nicht nur ein Bundesstaat konstitutioneller Gliedstaaten, sondern auch ein Einheitsstaat der deutschen Nation. Dieser Gedanke, der seinen Ursprung in der verfassunggebenden Nationalversammlung zu Frankfurt in den Jahren 1848/49 hat, hat bei der Errichtung des Norddeutschen Bundes bedeutsam mitgewirkt, indem ein konstituierender norddeutscher Reichstag, gewählt auf der Grundlage des allgemeinen gleichen Wahlrechts, die Verfassung des neuen Gesamtstaates beriet und beschloß, zu der ihm die verbündeten Regierungen einen Entwurf vorgelegt hatten. Dieser erste Reichstag hat keineswegs nur die Bedeutung einer Volksrepräsentation im Sinne des konstitutionellen Verfassungsrechts, sondern er hat, was in der staatsrechtlichen Betrachtung bisher völlig übersehen wird, die tatsächliche Bedeutung einer konstituierenden Nationalversammlung. Diese Bedeutung haben Bismarck und die Regierungen damals auch stillschweigend anerkannt dadurch, daß sie die Beschlüsse dieser Versammlung, die zum Teil einschneidende Abänderungen des vorgelegten Regierungsentwurfes enthielten, ohne weiteres akzeptiert haben, obwohl auf ihrer Seite gegen manchen dieser Beschlüsse erhebliche Bedenken bestanden. Bei der Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reich war, wie aus dem eingangs Ausgeführten hervorgeht, eine Wiederholung dieses Vorgangs nicht erforderlich; es genügte, daß die Landtage der süddeutschen Staaten den Eintritt beschlossen und der norddeutsche Reichstag zustimmte. Diese Idee von der Einheit der Nation, die sich bereits bei der Gründung des Reiches durchsetzte, fand im Rahmen der Bismarckschen Verfassung weitgehende Anerkennung in der Ausgestaltung der repräsentativen Mitwirkung des Volkes bei der Gesetzgebung und Mittelbewilligung im Rahmen des konstitutionellen Systems. Der deutsche Reichstag, gewählt nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, verkörperte das unitarische Prinzip. In ihm erschienen nicht die Teilvölker des Reichs wie etwa das preußische, das bayrische, das sächsische, sondern nur die geeinte Nation als selbständige Mitträgerin des Reichsgedankens. Wenn auch dieses Organ aus Gründen, die im wesentlichen auf parteipolitischer Zersplitterung und unglücklicher Vertiefung der Parteigegensätze in Deutschland beruhen, Jahrzehnte hindurch verhältnismäßig ohnmächtig geblieben ist und erst gegen Ende des Krieges hin zu der führenden Rolle aufgestiegen ist, die es von Anfang an hätte gewinnen können, so ist doch gleichwohl seine Konstruktion für unsere gesamtstaatliche Entwicklung entscheidend geworden. Die in ihm wahrhaft vollzogene Einigung der Nation hat sich trotz aller Befürchtungen Bismarcks in den Stürmen des verlorenen Krieges

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0138

und der Revolution behauptet und ist der Boden geworden, aus dem allein eine Neugestaltung der Zukunft des deutschen Staates erwachsen konnte; eine konstituierende Nationalversammlung des ganzen Volkes und eine demokratische Verfassung, wie sie in Weimar der Nation gegeben worden ist, wäre ohne diese historischen Vorgänge und ohne diesen Teil der Bismarckschen Verfassung nicht denkbar gewesen.

Das Werk von Weimar

Das Verfassungswerk von Weimar, das die Nationalversammlung unter ungeheurem Druck von außen und innen mit heroischer Anstrengung schuf, ist nicht so traditionslos, wie jahrelang von seinen Gegnern behauptet worden ist. Gewiß sind auch ausländische Vorbilder benutzt worden, so die amerikanische Verfassung für die Wahl des Reichspräsidenten und die Verfassung der Schweiz bei der Gestaltung der unmittelbaren Volksgesetzgebung, denn es war selbstverständlich, daß bei der Errichtung einer demokratischen Republik der Blick zu den alten Demokratien hinüberging; von viel stärkerem Einfluß blieb aber die deutsche Verfassungsgeschichte. Die Verfassung der Paulskirche von 1849, lange Zeit als Werk der Theoretiker viel geschmäht in Deutschland und doch so weise und großartig in der Konzeption, wenn auch damals mehr für eine bessere Zukunft als für den Stand der Gegenwart gedacht, hatte schon die Bismarcksche Verfassung in wesentlichen Stücken beeinflußt. Organisation des Reichstages, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht und vor allem auch die Verteilung der Staatsaufgaben zwischen Reich und Bundesstaaten waren von Bismarck ohne weiteres übernommen worden. Nur war an die Stelle eines Staatenhauses der Bundesrat getreten, womit Bismarck die allzu unitarische Tendenz der Paulskirche in föderalistischem Sinne korrigierte. Hugo Preuß knüpfte bewußt an diese Tendenzen wieder an, als er in dem Regierungsentwurf zu einer neuen Verfassung gleichfalls ein Staatenhaus neben dem Reichstag vorsah. Wohl ist dieser Gedanke durch das Eingreifen der neuen Länderregierungen zu Fall gebracht worden, noch ehe die Nationalversammlung ihn prüfen konnte, weil jene im Vollgefühl ihrer neuen Macht nicht bereit waren, zugunsten der Weiterentwicklung des Einheitsgedankens zu verzichten und daher den Reichsrat als Nachbild und Erben des Bundesrats durchsetzten. Trotzdem ist diese Idee nicht tot und wird vielleicht berufen sein, in der künftigen Entwicklung des Reichs noch eine wichtige Rolle zu spielen. Ferner ist es der zweite Hauptteil der geltenden Verfassung, der von den Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen handelt, in dem der Verfassungsausschuß der Anregung Friedrich Naumanns folgend, die Verbindung mit der Paulskirche aufnahm. Auch dort hatte man es als eine der vornehmsten Aufgaben der Nationalversammlung empfunden, das Verhältnis zwischen Staat und Staatsbürger von Reichs wegen zu ordnen und seinen wesentlichen Gehalt als Verfassungsgrundsätze zu formulieren.

Ohne weiteres erkennbar ist aber für den staatsrechtlich geschulten Blick der enge Zusammenhang, der zwischen der alten Verfassung des Kaiserreichs und der neuen Verfassung von Weimar besteht. Zwar hatte die Monarchie der Revolution weichen müssen, aber diese politisch grundstürzende Umwandlung hat staatsrechtlich den Aufbau des Deutschen Reiches keineswegs a fundamento verändert. Das deutsche Gesamtvolk, von dem heute alle Staatsgewalt ausgeht, war auch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0139

schon, wie oben gezeigt worden ist, nach Bismarcks Verfassung die Grundlage des alten Reichs, und soweit neben diesem Gewaltenträger die Bundesstaaten als Glieder des Gesamtstaates und damit als zweite selbständige Macht, repräsentiert durch den Bundesrat, standen, sind sie fast unverändert erhalten geblieben und bestimmen als Länder, vertreten durch den Reichsrat, den bundesstaatlichen Charakter des Reichs. Wohl sind diese Gliedstaaten heute sämtlich Republiken, wie auch der alte Bund in den drei Hansastädten Hamburg, Bremen und Lübeck bereits solche aufwies, aber an der Spitze des Reichs steht ein Reichspräsident, der zwar nicht kraft Erbrechts, wie einst der König von Preußen, sondern kraft Berufung durch das souveräne Volk das Reich repräsentiert, der aber im wesentlichen als Chef der gesamten Exekutiven alle die Funktionen ausübt, die einst dem Kaiser zukamen. Auch er ernennt und entläßt den Reichskanzler und die Reichsminister, er ernennt die Beamten und Offiziere des Reichs, führt den Oberbefehl über die Wehrmacht, empfängt und beglaubigt die Gesandten, schließt die Verträge mit fremden Staaten, löst den Reichstag auf, wenn dessen Mehrheit seine Politik nicht unterstützt, und zwar ohne hierbei einer Mithilfe des Reichsrats zu bedürfen; er fertigt die Gesetze aus und publiziert sie, und er handhabt schließlich die Diktaturgewalt des Art. 48, die sogar weit über das hinausgeht, was je dem Kaiser an innerpolitischer Machtfülle gegeben gewesen ist. Die hegemoniale Führung, die dem König von Preußen als mit den Waffen erstrittenes Recht zustand, liegt heute in den Händen des Trägers des obersten Reichsamts und ist damit von Preußen auf das Reich selbst übergegangen. Sie beruht nicht mehr auf der Vormachtstellung eines Gliedstaates im Verhältnis zu den übrigen, sondern auf dem durch das souveräne Volk in der Wahl erteilten Auftrag; das ist zwar eine grundsätzliche Veränderung in der Stellung Preußens zum Reiche, nicht aber in der der übrigen Gliedstaaten, die der preußischen Hegemonie unterlagen. Insofern ist aus dem ehemaligen Hegemoniestaat ein echter Bundesstaat geworden.

Das parlamentarische System

Neu erscheint uns das parlamentarische System, das die Abhängigkeit der Reichsregierung vom Vertrauen des Parlaments bedeutet oder richtiger sagt, das in der Form, die es in der deutschen Staatspraxis erhalten hat, zum Sturz der Reichsregierung führt, sobald eine Mehrheit ihr ausdrücklich das Mißtrauen votiert. Aber die Kritik, die dieses System bemängelt und als ungeeignet für den deutschen Staat verwirft, geht fehl, wenn sie seine Einführung den Männern zur Last legt, welche für die Weimarer Verfassung in erster Linie verantwortlich sind, denn es war noch die wankende Monarchie, die im Oktober 1918 sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten durch verfassungsändernde Gesetze dieses System der westlichen Demokratien übernahm in der Hoffnung, an ihm eine Stütze zu finden. Daß die Neuordner des Staates an dieser Tatsache nicht vorübergehen konnten und diese Regierungsform in die demokratisch-republikanische Verfassung übernehmen mußten, war eine Selbstverständlichkeit. Und diese Konsequenz ergab sich nicht allein für die Nationalversammlung, sondern sie wurde ebenso selbstverständlich von allen konstituierenden Landesversammlungen für ihre verfassungsrechtliche Neugestaltung gezogen. Heute, nachdem wir anfangen, Distanz zu diesen Ereignissen zu gewinnen, müssen wir allerdings erkennen, daß diese Entwicklung uns nicht nur Vorteile gebracht hat. Die Verantwortung dafür aber trifft überwiegend das alte System, das nichts unversucht lassen wollte,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0140

um sich zu halten und dabei auch zu Mitteln griff, welche die weitere Entwicklung belasteten.

Der innerstaatliche Ausbau des Reiches

Erhalten geblieben ist endlich auch ein guter Teil des innerstaatlichen Ausbaus, wie er in der Zeit des konstitutionellen Staates und während der Geltung der Bismarckschen Verfassung durchgeführt worden ist. An der Justiz- und Verwaltungsorganisation ist nichts wesentliches geändert, wenn auch das Reich seinen unmittelbaren Einfluß auf die Ausführung der Reichsgesetze durch Schaffung eigener Behörden nicht unerheblich erweitert hat; geblieben ist auch das Berufsbeamtentum und seine öffentlichrechtliche Sonderstellung im Staate. Nur auf zwei Gebieten der inneren Gestaltung des Reiches hat die Weimarer Verfassung zwar nicht das alte Prinzip völlig verlassen, aber doch nicht unwesentlich verändert, um die Macht des Reiches zu erhöhen: das ist einmal die Verteilung der staatlichen Aufgaben zwischen Reich und Ländern und zum andern die Finanzgebarung. Nach beiden Seiten hin hat das Reich wichtige Stücke der staatlichen Hoheit an sich gezogen, ohne daß damit allerdings eine klare Regelung der Kompetenzen und eine endgültige Lösung des so schwierigen Finanzproblems gefunden worden wäre. Es ist nicht gleichgültig, daß man die Feststellung treffen muß, daß gerade dort der Stand unserer verfassungspolitischen Entwicklung am unbefriedigendsten ist, wo man die Grundlagen der Bismarckschen Verfassungsordnung aufgegeben hat, ohne daß die durch die Staatsumwälzung geschaffenen Tatsachen hierzu einen zwingenden Anlaß gegeben hätten.

Wohin richten sich die Wegweiser, die in die Zukunft zeigen? Die Entwicklung des deutschen Volkes zur einheitlich organisierten Nation hat Bismarck eingeleitet; sein Verfassungswerk ist kühn und kompliziert, ein Kompromiß zwischen auseinanderstrebenden Kräften, die nur eine eiserne Hand in ein künstliches Gleichgewicht zueinander bringen konnte. Aber dieses Werk barg in sich alle Möglichkeiten einer fortschrittlichen Entwicklung. Einen wesentlichen Teil der Hemmungen, die einer solchen Entwicklung im Wege standen, hat die Revolution beseitigt. Dynastische Interessen stellen heute keine Komponente mehr dar im Parallelogramm der Kräfte. So vermochte der Verfassungsgesetzgeber in Weimar einen energischen Schritt vorwärts zu tun. Noch aber blieb neben der souveränen Nation als Kraftquelle wirksam der alte deutsche Partikularismus, der sich an die Eigenstaatlichkeit der Teilgebiete klammerte. Mit ihm mußte in Weimar gerechnet werden, und so blieb auch diese Verfassung ein Kompromiß. Die schöpferische Tat der Zukunft, die noch zu leisten bleibt, wird sein, das souveräne deutsche Volk als einzig bleibende Kraft hineinzuführen in den deutschen Einheitsstaat, der allein die Vollendung des deutschen Nationalstaates sein kann.

Zur oberschlesischen Abstimmung

Von Peter Fischer.

Vor 10 Jahren fand in Oberschlesien die Volksabstimmung statt. Artikel 88 des Vertrages von Versailles ordnete an, daß die Bewohner des größten Teiles von Oberschlesien durch Abstimmung entscheiden sollten, ob sie zu Deutschland oder zu Polen zu gehören

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0141

wünschten. Dieses Recht der Volksabstimmung ist den Oberschlesiern nicht freiwillig gegeben worden, sondern mußte erst erkämpft werden. In dem Deutschland überreichten Entwurf des Friedensvertrages war nämlich bestimmt, daß Oberschlesien ohne Volksabstimmung an Polen fallen sollte. Abgesehen von dem gerade damals von Wilson so feierlich betonten Rechte der Selbstbestimmung der Völker wäre durch dieses Diktat von Versailles ein Land zu Polen gekommen, welches seit dem Jahre 1327 zu Böhmen gehörte, mit diesem Lande 200 Jahre lang ununterbrochen zusammen war und im Jahre 1526 unter die Herrschaft der Habsburger kam, die es im Jahre 1745 an Preußen abtreten mußten. Während der preußischen Herrschaft ist Oberschlesien durch deutschen Fleiß zu wirtschaftlicher Blüte gebracht worden. Also rein geschichtlich betrachtet gilt der Ausspruch von Lloyd George vom 13. Mai 1921 im englischen Unterhaus: „Vom geschichtlichen Standpunkt hat Polen nicht das geringste Recht auf Oberschlesien." Denselben Standpunkt hatte bereits im Jahre 1892 Erzbischof von Stablewski in Posen eingenommen, ein Mann, der mit glühendster Seele die Wiedererstehung Polens herbeisehnte. Er schrieb damals im „Kurjer Poznanski":

„Der rechtlich-politische Standpunkt der Polen in der Provinz Posen ist ein anderer als der eines Schlesiers. Schlesien ist über 700 Jahre von der führenden polnischen Monarchie tatsächlich und rechtlich abgetrennt und kann von den hiesigen Polen als ein politischer Bezirk zur Betätigung im großpolnischen Sinne nicht betrachtet werden. Wir sind auch völlig dagegen, daß aus unserer Mitte eine politische Agitation um Schlesien nach irgendeiner Richtung hin hervorgeht."

Die beabsichtigte gewaltsame Lostrennung Oberschlesiens aus jahrhundertelanger politischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbundenheit mit dem Deutschtum entfachte in Oberschlesien einen gewaltigen Sturm der Entrüstung. Die deutsche Reichsregierung nahm unter Führung des damaligen Reichskanzlers Wirth den Kampf um Oberschlesien auf. In den ersten Junitagen 1919 erfolgten zwischen Lloyd George, Clemenceau und Wilson die Auseinandersetzungen über Oberschlesien, deren Höhepunkte René Martel, Professor der Sorbonne in Paris, in seinem Buche „Deutschlands blutende Grenzen" widergibt. Das Ergebnis von fünf Sitzungen voll dramatischer Spannungen war das Zugeständnis der Volksabstimmung über das Schicksal Oberschlesiens.

Im Februar 1920 besetzten 18 000 Franzosen, 600 Engländer und 3000 Italiener das oberschlesische Abstimmungsgebiet. Die Regierungsgewalt ging auf die Interalliierte Kommission über, an deren Spitze der französische General Le Rond stand. Das aus der Zahl der Besatzungstruppen hervorgehende Stärkeverhältnis unter den Besatzungsmächten ist auch das Spiegelbild des Ausmaßes des politischen und wirtschaftlichen Druckes, der in der Richtung der polnischen Annektionswünsche auf die Bevölkerung Oberschlesiens ausgeübt wurde. Dmowski, einer der polnischen Unterhändler in Paris, hatte das Ergebnis der Volksabstimmung bei den Pariser Verhandlungen schon vorweggenommen, indem er sagte: „Ich bin überzeugt, daß die Abstimmung in der Gesamtheit günstige Ergebnisse haben wird." Clemenceau hatte als französischer Vertreter bis zum letzten Augenblick der Volksabstimmung widersprochen, weil er sich gleichfalls die polnische These von dem Drange der oberschlesischen Bevölkerung nach Polen hin zu eigen gemacht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0142

hatte. Le Rond war denn auch in Oberschlesien der Sachverwalter der polnischen Interessen. Während die polnische Propaganda sich des Schutzes der Franzosen erfreute, und selbst nicht an Gewalttaten gehindert wurde, wurden der deutschen Propaganda nur Schwierigkeiten bereitet. Von einer freien Volksabstimmung konnte keine Rede mehr sein. Trotzdem brachte der Tag der Entscheidung den Deutschen den Sieg: 707 393 deutschen Stimmen standen 479 365 polnische Stimmen gegenüber. Die Schlacht war gewonnen, und trotzdem ging der Abstimmungskrieg für Deutschland schmerzlich aus. Die Polen stellten dem Recht die Gewalt entgegen. Die Interalliierte Kommission sollte bis zum 3. Mai ihren Vorschlag der Botschafterkonferenz mitteilen. Korfanty, der ehemalige deutsche Reichstagsabgeordnete und jetzt Führer der Polen während der Abstimmung, entfesselte am 2. Mai 1921 zum dritten Male einen blutigen Aufstand, durch den er sich gewaltsam in den Besitz des Landes setzten wollte. In seinen Reihen kämpften Hallersoldaten, reguläres polnisches Militär und tausende von Polen jenseits der Grenze. Die französischen Machthaber verhielten sich nicht nur passiv, sondern begünstigten den Aufstand. Le Rond war rechtzeitig aus Oberschlesien verschwunden. Die italienischen Truppen traten den polnischen Insurgenten entgegen und erlitten hierbei den Verlust von 24 Leben. Mehr als 400 Deutsche wurden ermordet. 28 Landjäger wurden in bestialischer Weise getötet. Aus ganz Deutschland strömten Freiwillige herbei und hemmten im Verein mit den Oberschlesiern in heißen Kämpfen am Annaberg den polnischen Vormarsch. Jetzt war Le Rond wieder zur Stelle und stellte sich schützend vor die bedrängten Polen.

Es folgte nun das politische Ränkespiel um die Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze. „Anstatt dem Ergebnis der Abstimmung Folge zu geben, wie man es hätte tun müssen, nahm man seine Zuflucht zu Ausflüchten von unvergleichlicher Schwächlichkeit," so sagte einer, der es wissen muß, nämlich der damalige italienische Ministerpräsident Nitti (Das friedlose Europa S. 221). „Die Geschichte der Festsetzung der oberschlesischen Grenzen ist die Geschichte der Waffenstreckung der Großmächte vor der Gewalt," so fügt René Martel in seinem vorerwähnten Buche hinzu.

Die Botschafterkonferenz konnte sich nicht einigen. Die englisch-italienische Meinung ging dahin, Polen nur die zwei ländlichen Kreise Pless und Rybnik, die eine polnische Mehrheit hatten, zu geben. Die Franzosen wollten das ganze Industriegebiet ihren polnischen Freunden zusprechen. Die Entscheidung ging von der Botschafterkonferenz zunächst auch an den Völkerbundsrat über, dessen Gutachten die Teilung des Industriegebietes befürwortete. Die Entscheidung der Botschafterkonferenz folgte dem Gutachten des Völkerbundrats. Was wirtschaftlich, kulturell und politisch zusammengehörte, wurde rücksichtslos zerrissen. Ein Drittel des oberschlesischen Gebietes, 40% der oberschlesischen Bevölkerung gingen an Polen verloren. Von 67 Steinkohlengruben erhielt Polen 53, Deutschland 14, von 15 Zink- und Bleigruben Polen 10, Deutschland 5, von 14 Stahl- und Walzwerken Polen 9, Deutschland 5, von 37 Hochöfen Polen 23, Deutschland 15, 31 Schienenstränge und 45 Landstraßen wurden rücksichslos durchschnitten. Den Städten Beuthen, Hindenburg und Ratibor wurde ihr zum Leben notwendiges Hintergelände weggenommen. Es ist eine Grenze gezogen worden, die man nur als einen politischen und wirtschaftlichen Wahnsinn bezeichnen kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0143

Die politischen Folgen offenbaren sich tagtäglich, sie müssen sich zeigen bei dieser Grenzziehung, die ein politischer Widersinn ist. „Es wären Bände nötig, um die Zwistigkeiten aufzuzeichnen, die sich alle Augenblicke in jener Gegend erhoben haben," so sagt Martel auf Grund eigener Beobachtung.

Was sagen die Urheber jener Entscheidung? Hören wir Lloyd George:

„Drei Jahre vorher stand ein anderer ernster Streit, der die Ruhe der Nation störte, zur Debatte — die schlesische Frage. Briand und ich kamen überein, diese unbequeme Streitfrage der Entscheidung des Völkerbundes zu überlassen. Es ist bekannt, daß der Völkerbund diese Frage in einer Weise behandelte, die das Vertrauen in seine Unparteilichkeit ins Wanken brachte. Ramsay Mac Donald berührte in seiner Genfer Rede kurz dieses unselige Urteil. Ohne Zweifel hat die Art und Weise, wie das Urteil bei dieser Gelegenheit zustande kam, dem Prestige des Völkerbundes einen schweren Schlag versetzt, von dem er sich nur nach jahrelanger Arbeit wieder erholen kann. Wir wollen einmal offen sprechen. Während England still beiseite stand und nicht versuchte, Einfluß auf das Tribunal zu gewinnen, warf Frankreich das ganze Gewicht seiner Autorität zu Ungunsten Deutschlands in die Wagschale. Mit Hilfe gewisser Mittel, die immer zur Hand sind, wenn es gilt, heimliche Projekte durchzuführen, deren eigene Durchführung Frankreichs Stolz verbietet, brachten es die Referenten zu einer finsteren und bösen Entscheidung, die für viele Jahre eine Gefahrenquelle für den europäischen Frieden sein wird. Nur eine gründliche Reorganisation des Völkerbundes wird das berechtigte Mißtrauen in seine Unparteilichkeit, das durch diesen zum Himmel stinkenden Vorfall hervorgerufen wurde, beseitigen. Kann das erreicht werden? Und wie?" (Originalaufsatz von Lloyd George in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" Nr. 432 vom Jahre 1924.)

Wilson ist tot. Aber ein anderer Amerikaner, der Wilsons Absichten genau kannte, hat gesprochen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hat am 1. Dezember 1925 an den früheren amerikanischen Botschafter James W. Gerard die Anfrage gerichtet, was er seinen Memoiren nicht geschrieben habe. Gerard antwortete darauf in einem Schreiben vom 15. Dezember 1925, welches in einem Beiblatt Nr. 25 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 17. Januar 1926 veröffentlicht worden ist, folgendes: „Auch schrieb ich in meinen Memoiren nicht, weil es noch nicht erfolgt war, daß die Einverleibung irgendeines Teiles von Schlesien ein Fehler und eine Ungerechtigkeit war und eine neue Elsaß-Lothringen-Frage in Europa aufwerfen würde; aber ich habe seit der jetzigen Teilung oft so gesprochen und geschrieben."

Der italienische Ministerpräsident Nitti, der bei den Friedensverhandlungen beteiligt war, hat, wie oben schon erwähnt, gesprochen.

Die englische, italienische und amerikanische Presse haben auch geschrieben und die oberschlesische Entscheidung scharf verurteilt. Englische, italienische und amerikanische Staatsmänner, Politiker und Schriftsteller, die bekanntesten Namen haben sich in gleichem Sinne geäußert. Auch französische Politiker und Schriftsteller haben den Mut hierzu gehabt. Geschwiegen haben bisher die französischen Staatsmänner und Zeitungen. Wird sich das Menschheits-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0144

gewissen endlich regen, um ein Unrecht wieder gutzumachen, das einem wehrlosen Volke entgegen Gesetz, Recht und Moral zugefügt worden ist. Daß dies geschehe, ist der Wunsch des oberschlesischen Volkes, das in stummem und deshalb um so beredterem Ernste heute der 10jährigen Wiederkehr des Tages der Volksabstimmung gedenkt. Daß das ganze deutsche Volk geschlossen hinter ihm steht, gibt dem oberschlesischen Volke den Mut und die Zuversicht des Ausharrens, bis die Stunde der Gerechtigkeit ihm schlägt.

Zur Reichswoche des deutschen Handwerks

Von Dr. Reinhold Maier.

Wenn das deutsche Handwerk sich zu einer Werbung für seine Erzeugnisse rüstet, so erwartet es starken Nachhall. Es will seine materielle Lage bessern und mit dieser Veranstaltung um die moralische Unterstützung der Gesamtbevölkerung in seinem Existenzkampf werben. Die Reichshandwerkerwoche richtet sich nicht gegen andere Berufsschichten und Erwerbsstände, sie will niemand verdrängen; sie will lediglich den Anspruch des Handwerks auf den Platz an der Sonne anmelden. Die Regierungen haben die Verpflichtung, die moralischen und materiellen Interessen aller Berufsgruppen im Rahmen des Gesamtziels jedes Staatslebens zu fördern und zu pflegen.

Vor 30 Jahren rechnete man ganz allgemein mit einem starken Nachlassen seiner Betätigungsmöglichkeiten. Man hatte sich in den Kreisen auch der bürgerlichen Nationalökonomie von den scharfsinnig begründeten Theorien von Karl Marx anstecken lassen, der lehrte, daß mit Naturnotwendigkeit eine immer stärkere Konzentration der Betriebe in die Hand einiger weniger Unternehmer sich anbahne und daß das Naturgesetz der Akkumulation des Kapitals die kleinen und Mittelbetriebe zum Erliegen bringen werde. Diese Vorhersage hat sich vielfach bewahrheitet, sie hat sich bei einer Anzahl kleinerer und mittlerer aber auch großer Industriebetriebe ausgewirkt. Das Handwerk aber war lebensfähiger und lebenskräftiger als alle diese Theorien.

An der Jahrhundertwende ist der Verein für Sozialpolitik bei einer Untersuchung der Lage des deutschen Handwerks zu sehr ungünstigen Feststellungen gekommen:

Die selbständigen Handwerker repräsentierten im Jahre 1882 noch fast ein Viertel aller gewerblich Tätigen, im Jahre 1895 nur noch ein Sechstel. Im Jahre 1882 entfielen auf 1000 Einwohner 32 Handwerker, im Jahre 1895 nur noch 22. Man schloß daraus auf eine rapide Abwärtsentwicklung des Handwerks. Der Verlauf der Dinge hat diesen Vermutungen und Befürchtungen nicht recht gegeben.

Die große Handwerks-Enquete, deren Ergebnisse erst im Jahre 1930 bekannt geworden sind, hat im Gegenteil festgestellt, daß das Handwerk nach wie vor die Domäne des selbständigen Unternehmertums ist. Das Handwerk ist die deutsche Berufsgruppe, welche der Zahl nach am entschiedensten dem Strom der Zeit sich entgegensetzen konnte.

Von den rund 2 Millionen industriellen und Handwerksbetrieben entfallen nicht weniger als 70% auf Handwerksbetriebe. Von den selbständigen Betriebsinhabern sind nicht weniger als 87% selbständige Handwerker.

Während in den 80er und 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts innerhalb 13 Jahren das Handwerk einen Rückgang von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0145

30% aufwies, ist heute der Rückgang nicht nur zum Stillstand gekommen, es liegt sogar eine Aufwärtsentwicklung des Handwerks vor. Am ausgeprägtesten ist der handwerkliche Charakter der Wirtschaft in Süddeutschland erhalten geblieben. Im Reich entfallen heute auf 1000 Einwohner 21 Handwerksbetriebe, in Württemberg dagegen etwa 32. Wenn die württembergische Wirtschaft noch verhältnismäßig gesund ist, wenn dort in politischer Hinsicht ruhigere und erfreulichere Verhältnisse als im übrigen Reich zu verzeichnen sind, so ist die Ursache in der glücklichen Mischung und gegenseitigen Ergänzung seiner Wirtschaft durch das Vorhandensein einer ausgedehnten Landwirtschaft und eines leistungsfähigen Gewerbes zu suchen, vorzugsweise aber auch in dem stark handwerklichen Einschlag seiner heimischen Wirtschaft.

Schwer waren die Wunden, welche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der aufkommenden Industrialisierung unserer Volkswirtschaft von seiten der Industrie dem Handwerk geschlagen wurden. Von dieser Zeit stammt noch ein Gegensatz von Handwerk und Industrie, der heute jedoch keine wirtschaftliche Berechtigung mehr hat. Die industrielle Entwicklung hat dem deutschen Handwerk neue Arbeitsgebiete erschlossen. Eine ganze Reihe heute sehr wichtiger, lohnender Handwerkszweige sind in der Gefolgschaft der Industrie entstanden: Elektroinstallateure, Mechaniker, Maschinen- und Autoschlosser. Vielfach konnten gerade alte bewährte Handwerkszweige sich dem neuen Bedarf anpassen und neue Tätigkeitsgebiete zu den bisherigen gewinnen.

Heute ergänzen sich Handwerk und Industrie. Beide sind gegenseitig ihre besten Kunden. Und im Verhältnis dieser beiden Berufsgruppen darf gewiß die Tatsache nicht vergessen werden, daß vorzugsweise das Handwerk der Industrie die gelernten Arbeiter ausbildet und ihr die Facharbeiterschaft liefert.

Wenn die Gegensätze sich auszugleichen beginnen, so bestehen trotzdem gewaltige Unterschiede im grundsätzlichen Aufbau von Handwerk und Industrie. Es ist fehlerhaft, in der Gesetzgebung und Verwaltung das Handwerk ebenso zu behandeln wie die ganz anders gelagerte Industrie. Große Mißstände haben sich aus der Nichtbeachtung dieser Ueberlegung bei den Arbeiterschutz- und bei den Arbeitszeitbestimmungen herausgestellt, unter denen gleichermaßen der Betriebsinhaber wie der Arbeitnehmer im Handwerk leiden. Es ist und bleibt ein Unterschied zwischen dem Arbeiter in Riesenbetrieben, dem Arbeiter, der unter Tag arbeitet, und dem Gesellen in einer kleinen Werkstatt. Es war grundsätzlich falsch, hier im wesentlichen dieselben Vorschriften zu machen.

Mit den übrigen Angehörigen des Gewerbes, des Handels, der freien Berufe sind es die Handwerker, welche dem gesellschaftlichen Aufbau unseres Staates einen ganz wesentlichen Dienst leisten; sie verhindern, daß der deutsche Staat auseinanderfällt in wenige wirtschaftsmächtige Unternehmen und eine unabsehbare Masse besitzloser Arbeitnehmer. Die Handwerker stehen mitten zwischen diesen beiden Schichten, sie lehnen sich in ihrer Arbeits- und Lebensweise an beide Gruppen an. In kleinem Stande ist die Möglichkeit, daß sich der Geselle zum Meister, der Arbeitnehmer zum kleineren und mittleren Unternehmer heraufarbeitet, so groß wie im Handwerk.

In den politischen und sozialen Kämpfen der letzten zehn Jahre stand der gewerbliche Mittelstand von allen Ständen am festesten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0146

auf den Füßen. Der Staat hat an einem gut fundierten Mittelstand besonderes Interesse eine gute Staatspolitik muß an der Erhaltung und Mehrung der wertvollen Mittelschichten arbeiten. Mit aller Entschiedenheit muß eine Rückwärtsrevision einer Entwicklung einsetzen, die vielfach den Lebensraum des selbständigen Mittelstandes einengt und überwuchert. Die öffentlichen Körperschaften sollten kein Interesse daran haben, dem Teil ihrer Bürger geschäftlich Konkurrenz zu machen, der dem Gemeinwesen den sichersten Halt gibt und der an der Finanzierung der öffentlichen Lasten ganz wesentlich beteiligt ist.

Die Betätigung der öffentlichen Hand in Dingen, welche mit der Ausübung der Hoheitsgewalt nichts zu tun haben, zeigt eine Linie staatlicher Entwicklung, die im Interesse des Staates nur bedauert werden kann. Die Ausdehnung der öffentlichen Betätigung von Staat und Gemeinden ist unklug. Denn: Je mehr Staatsaufgaben, desto größerer Zwang für den Staat, in die private Sphäre seiner Bürger einzudringen, desto größerer Konfliktstoff zwischen Staat und Bürger und desto größere Abneigung und desto tieferes Mißtrauen gegen den Staat und seine Regierung, gegen die Gemeinde und ihre Verwaltung. Der Staat hat es durch diese Ausdehnung seiner Zuständigkeiten fertiggebracht, daß er schlechthin für alles verantwortlich gemacht wird, selbst für Dinge, für die er gar nichts kann. Ganz besonders ist die äußerste Zurückhaltung auf rein wirtschaftlichem Gebiet am Platz. Das Handwerk ist Konkurrenz gewöhnt. Der Handwerker kann aber nur in Wettbewerb treten mit Konkurrenten, die mit den gleichen Bedingungen, mit den gleichen Kalkulationsposten, mit den gleichen Steuerlasten, Zinssätzen rechnen müssen. Es ist unmoralisch, wenn die öffentlichen Verwaltungen mit dem eigenen Geld ihrer Steuerzahler ihren eigenen Bürgern das Verdienst schmälern. Die württembergische Regierung z. B. ist dieser Versuchung nicht erlegen; sie wirkt auch dort, wo es nötig ist, bei den übrigen öffentlichen Körperschaften auf einen Abbau und eine Einschränkung mit Nachdruck ein.

Ein scharfes Auge muß auch darauf gerichtet werden, daß nicht das Handwerk unlautere Konkurrenten aus Kreisen der Arbeitnehmerschaft heraus erhält, die ihre arbeitsfreie Zeit dazu benützen, um sich zusätzliche Einkommen zu verdienen.

Beklagenswert sind die schweren Schädigungen, welche das Handwerk durch eine hemmungslose, unüberlegte Konkurrenz sich selbst bereitet. Nirgends sind auf diesem Gebiet die Verhältnisse so schlimm. Die Staats- und Gemeindebehörden dürfen diese Lage nicht ausnützen; Schleuderpreise führen notwendig zur Schleuderarbeit. Wir bemühen uns, die Reichsverdingungsordnung stärker zu verankern, und ich setze mich für die Schaffung einer Kontrollinstanz ein, die nachzuprüfen hat, ob bei einer staatlichen Vergebung der angemessene Preis eingehalten wurde.

Auf Grund der Gewerbefreiheit, die heute noch eine hohe sittliche und materielle Errungenschaft für den gewerblichen Mittelstand bedeutet, ist eine Beschränkung der genossenschaftlichen und privaten Betriebe auf dem Gebiete besonders des Nahrungsmittelhandwerks und des Handels nicht möglich. Es besteht aber die Verpflichtung des Staates, darüber zu wachen, daß zum mindesten die gleiche Wettbewerbsgrundlage besteht und daß ungleiche Belastungen auf steuerlichem Gebiet die Kräfteverhältnisse nicht von vornherein erschüttern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633449193 1-18/fragment/page=0147

Spricht man vom Handwerk, so läuft vielfach der Gedanke an vornehmlich kleinstädtische, ja ländliche Verhältnisse unter. Zuverlässige Feststellungen gehen jedoch dahin, daß der moderne Städter für seine Bedürfnisse mehr Handwerksarbeit braucht als der einfache Landbewohner. Gerade die wichtigsten Handwerksbetriebe: das Baugewerbe, das Bekleidungsgewerbe und das Nahrungsmittelgewerbe haben ihren „goldenen Boden" in allererster Linie in der Stadt.

In keiner anderen Berufskategorie werden in so hohem Grade, vielfach sogar ausschließlich einheimische Rohstoffe und einheimische Arbeitskräfte verwendet als im Handwerk. Heute gilt es mehr denn je, deutsche Rohstoffe zu verarbeiten, deutsche Waren zu kaufen und Auslandsware absolut nur in allerseltensten Ausnahmefällen zu verbrauchen. Wir sind zu einer Reparationspolitik gezwungen, die uns die zweifache Verpflichtung auferlegt, möglichst viel auszuführen und möglichst wenig einzuführen. Jede unnötige Mehreinfuhr schwächt unsere innere Rüstung für die kommende endgültige Auseinandersetzung über die Reparationen!

Hier geht in erster Linie die Mahnung an die Hausfrauen, durch deren Hände Millionen und Abermillionen Mark gehen, Beträge, die großen Nutzen, aber auch großen Schaden stiften können.

Die Reichshandwerkswoche fällt in schwere wirtschaftliche Notzeiten. Besonders stark liegt die Not auf der deutschen Arbeitnehmerschaft, die in furchtbarer Weise von dem bitteren Los der Arbeitslosigkeit betroffen ist. Die Not liegt auf allen Berufsständen. Sie liegt auch auf dem Handwerk. Nimmt die Wirtschaftsdepression einem Handwerksbetrieb die Beschäftigung, so verliert der Inhaber mit seinen Gesellen und Lehrlingen Arbeit und Brot, ohne für sich einen Anspruch gegen den Staat auf angemessene soziale Unterstützung zu besitzen. Der Handwerker gehört zu den in Deutschland immer seltener werdenden Berufsgruppen, welche das ganze Risiko ihres Geschäfts und der wechselnden Wirtschaftslage allein zu tragen haben. Und es ist verständlich, wenn sich Angehörige solcher Berufsschichten mit doppelter Energie in der Oeffentlichkeit wehren und um ihre Geltung sich bemühen. Diesem Notruf des Handwerks gebührt Gehör bei allen Volksgenossen.

Die Gründe unserer Not sind dreifach; sie liegen in der Weltwirtschaftskrise, sie liegen in der innerdeutschen Vertrauenskrise und sie liegen in dem andauernden Kapitalentzug durch die Reparationen. Jeder dieser drei Gründe wirkt zusammen zur Vertiefung und Verschlechterung unserer Wirtschaftsnot. Der Wegfall jedes einzelnen dieser Gründe wird eine sehr bedeutende Erleichterung bringen. Unsere Lage ist ernst; zur Mutlosigkeit jedoch ist kein Grund vorhanden, das deutsche Volk hat in den letzten Jahren schwere Situationen überwunden, es wird auch die gegenwärtige überwinden.

Politische Umschau

Winterende.

Der erfolgreiche Abschluß der Reichstagstagung ist ein kaum zu überschätzender Erfolg für Reichskanzler und Reichsregierung. Erinnern wir uns an den 15. September. Man prophezeite chaotische Begleiterscheinungen beim Zusammentritt des Reichstags und hielt Diktatur und Krieg fast für unvermeidlich. Es kam der 13. Oktober. Abgesehen von der Zertrümmerung eini-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0148

ger Fensterscheiben vollzog sich die Konstituierung des Reichstags ohne Störung. Es folgten schwere Monate der wirtschaftlichen Depression, der finanziellen Sorgen, der Arbeitsnot. Aber inmitten dieser Gefahren gab es einen Lichtpunkt: es war die Wiederaufrichtung der Staatsautorität durch die Reichsregierung Brüning—Dietrich, die Wiederherstellung von Führung und Verantwortung, die saubere Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung. Es kam die Heranziehung des Reichsrats im November und, gestützt auf den Rückhalt bei den Ländern, die Reformarbeit der Notverordnung vom 1. Dezember. Es kam die Besinnung des Reichstags auf sich selbst, die ihren formalen Ausdruck fand in der Novelle zur Geschäftsordnung. Am 27./28. März hat der Reichstag bewiesen, daß es weniger auf ein Wahlergebnis ankommt als darauf, wer führt und wie geführt wird.

Die rechtzeitige Verabschiedung des Reichshaushalts vor Beginn des neuen Rechnungsjahres ist seit Menschengedenken nicht dagewesen. Daß es gerade in diesem Reichstag, gerade in diesem Krisenjahr gelungen ist, stellt kein Wunder dar, sondern zeigt nur, wieviel in früheren Jahren versäumt worden ist.

Wir wissen, wem die für Deutschlands Kredit entscheidend bedeutungsvolle neue Ordnung zu danken ist. Die beispiellos aufopfernde Arbeit des Kanzlers und seiner nächsten Mitarbeiter hat die Richtung angegeben, in die auch widerstrebende Abgeordnete eingeschwenkt sind — wennschon mancher Parlamentsroutinier nur widerwillig auf die liebe Gewohnheit langatmiger und verantwortungsloser Haushaltsdebatten verzichtet hat, bei denen er so süß träumen konnte. Wir glauben, daß das Zeitalter des entarteten Parlamentarismus zu Ende geht. Die deutsche Demokratie bekommt Stil, einen anderen freilich, als die Propheten des schrankenlosen Mehrheitsprinzips sich träumen ließen. Demokratie heißt nicht Freiheit als Selbstzweck, sondern als Weg zu Herrschaft durch Dienst und Leistung.

Hermann Müller †.

Ein Jahr nach dem freiwilligen Sturz seiner Regierung ist Hermann Müller zu Grabe getragen worden. Ueberblickt man sein Leben, so wird man sagen, daß der Staatsmann im letzten Stadium der ihm gestellten Aufgabe gescheitert ist, aber die Saat des Politikers zu reifen beginnt.

Wir wollen nicht auf die Irrungen und Wirrungen der Jahre 1928/30 eingehen. Wir glauben, daß Hermann Müller unter dem Starrsinn eine Wissell, der Passivität eines Hilefrding selbst schwer gelitten hat. Es wurde ihm auch von anderer Seite nicht leicht gemacht. Man denke an die Rolle des Dr. Wirth im Juni 1928, an die Stimmungen der Deutschen Volkspartei und nicht zuletzt an jenen Doktrinarismus, der meinte, die Große Koalition für eine „relative Ewigkeit" behaupten zu können.

Hier aber lag der entscheidende Fehler, dessen Opfer Müller — ohne eigene Schuld — geworden ist. Gewiß kann die Große Koalition, wie jede andere Kombination innerhalb der staatsbejahenden Parteien zu Zeiten notwendig und richtig sein, wie es nach den Reichstagswahlen 1928 der Fall war. Ende 1929 aber war die Entwicklung für eine andere Regierungsgrundlage reif geworden. Mit dem Abschluß der Tributrevision hatte die Große Koalition ihren inneren Halt verloren; von da an war ihre Bestanddauer nur noch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0149

eine Frage des Wielange, nicht des Ob. Das ist zu spät erkannt worden.

Sorgen wir, daß die Erinnerung an jene Zeit nicht die Erinnerung an Hermann Müller beherrsche. Er hat sich ein besseres Andenken verdient.

Es bleibt ihm vieles unvergessen und einer guten Erinnerung gewiß: in erster Linie Genf, September 1928, wo er in voller innerer Unabhängigkeit um das deutsche Recht gekämpft hat.

Diese innere Unabhängigkeit ist allen denen in Erinnerung, die ihr Weg mit ihm zusammenführte. In einer Weltanschauung wurzelnd, die nicht die unsere ist, ist Hermann Müller nicht den Doktrinen und Dogmen einer vergangenen Zeit erlegen, sondern ist mit offenem Blick, charaktervoll und mutig, — für ihn und seine Partei — neue Wege gegangen.

Wenn wir uns in den letzten Wochen gefreut haben, daß die Sozialdemokratie ein, auch für spätere Zeiten bindendes, Bekenntnis zur Landesverteidigung abgelegt und damit die, für ganz Deutschland verheerende und gefährliche Richtung Seydewitz—Rosenfeld in die Ecke gedrückt hat, so gebührt das Verdienst dafür Hermann Müller.

Die Entwicklungslinie, die der Politiker Müller seiner Partei gezeichnet hat, wird — wir hoffen es — der Sozialdemokratie in national- und wehrpolitischen Fragen ein Vermächnis sein. Dem zuverlässigen und selbstlosen Menschen Herrmann Müller bewahren alle, die ihm begegnet, eine freundliche und dankbare Erinnerung.

Der Kampf um deutsches Volkstum in Polen.

Bei der Beratung des Budgets des Kultusministeriums führte der deutsche Senator Utta im Polnischen Senat aus:

„Die Schulbehörden gestatten es der deutschen Bevölkerung nicht, auch ausschließlich auf eigene Kosten Privatschulen zu gründen. Dies können wir uns nicht anders erklären, als daß die Regierung bestrebt ist, durch die Schule unsere Kinder zu entnationalisieren, ihnen ihre kulturellen Schätze zu entreißen und das Deutschtum in Polen systematisch auszurotten. Das ist nicht nur ein Kampf um diese oder jene Rechte, sondern ein Kampf um die Seelen unserer Kinder, um das, was jedem sich selbst achtenden Volke teuer und heilig sein muß, ja um das, worum auch ihr, meine Herren, solange und so zähe gekämpft habt. Auch wir lieben unsere Sprache und unsere Kultur nicht minder stark als ihr. Deshalb glaube ich, werdet ihr es begreifen, daß wir den Schutz unserer kulturellen Schätze nicht aufgeben können und nicht aufgeben werden. Wir wollen diesen Kampf nicht, wir wollen Frieden und verlangen nur, daß ihr unsere Kultur ebenso achtet wie auch die eurige. Deshalb klopfen wir schon soviel Jahre an die Türen des Ministeriums und rufen: Schafft doch endlich ein Schulgesetz für die Deutschen in alllen Teilgebieten!

Wir suchen mit aller Aufrichtigkeit eine beide Seiten befriedigende Lösung dieser Frage. Im vorigen Sejm haben wir sogar ein Gesetzprojekt über das Schulwesen der deutschen Minderheit eingebracht. Das Ministerium dagegen läßt alle diese Forderungen und Bitten ohne Antwort und hat zu den Vorschlägen überhaupt nicht Stellung genommen, auch nie konkret erklärt, wie es sich die Lösung der Minderheitenfrage in Polen überhaupt denkt. Inzwischen unternehmen die ihm unterstellten Organe alles, um den Rest unserer Schulen zu

zerschlagen. Ich appelliere an den Herrn Minister sowie auch an Sie, meine Herren von der Regierungsmehrheit: Laßt doch ab von diesem zwecklosen und für beide Teile schädlichen Kampf!

Ich erachte es als angezeigt, den Stand des deutschen Schulwesens in Polen, wenn auch nur in allgemeinen Umrissen darzustellen, um Sie, meine Herren, die da behaupten, daß unsere Klagen unbegründet seien und daß es in Polen keine Entnationalisierungsbestrebungen gäbe, davon zu überzeugen, daß Sie im Irrtum sind.

Ich beginne mit dem ehemals russischen Teilgebiet. Wir hatten im Jahre 1919: 564 deutsche Volksschulen, ein Lehrerseminar und neun Mittelschulen. Schon am 7. Februar 1919 wurde durch ein Dekret des Staatspräsidenten der Deutsche Landesschulverband aufgelöst, und das ganze Vermögen der deutschen Schulen, das im Laufe von Jahrzehnten durch große Opferwilligkeit der deutschen Bevölkerung erworben worden war, den politischen Gemeinden zugeteilt. Am 3. März 1919 hat der Ministerialrat eine Ausführungsbestimmung zu dem genannten Dekret erlassen, auf Grund deren der deutschen Bevölkerung das Recht zugestanden wurde, im Laufe von zwei Monaten nach Bekanntgabe dieser Bestimmung Deklarationen für die Beibehaltung der deutschen Unterrichtssprache an den Schulaufsichtsrat einzureichen. Die Schulaufsichtsräte und die Schulinspektoren haben jedoch diese Verordnung sabotiert. Sie wurde der deutschen Bevölkerung nicht bekant gegeben, in vielen Fällen verweigerte man die Annahme der Deklarationen, oder ließ diese Deklarationen unbeachtet. Dort, wo die Eltern auf ihre Rechte bestanden, wurden Drohungen oder List angewandt, um die Schule dennoch polonisieren zu können. Es gab Fälle, wie in Swoboda Swietkowcka, Kreis Wielun, Bechcice, Kreis Lask, und Orlowo, Kreis Lipno, und andere, wo Polizeigewalt angewandt und die ihre Schulen und Bethäuser verteidigenden Kolonisten zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Auf die Lehrer wurde ein Druck ausgeübt, damit sie gegen jedes Recht und Gesetz und gegen den Willen der Eltern die deutsche Unterrichtssprache durch die polnische ersetzen. Diejenigen, die es getan haben, wurden durch Befreiung von den Qualifikationsprüfungen belohnt., dagegen diejenigen, die es nicht tun wollten, wurden in einigen Fällen entlassen oder versetzt. Auf diese Weise wurde unser Schulwesen zerschlagen. Von den 564 Schulen sind uns kaum 98 verblieben, aber auch in diesen Schulen gehört ein Teil der polnischen Nationalität an und beherrscht die deutsche Sprache nicht. Zu Schulleitern werden in der letzten Zeit nur Lehrer polnischer Nationalität ernannt. Von den privaten Mittelschulen besitzen wir nur noch fünf, davon drei mit Oeffentlichkeitsrechten. Ueber 80 Prozent der deutschen Kinder sind gezwungen, Schulen mit polnischer Unterrichtssprache zu besuchen, wo vielfach die evangelischen Kinder keinen evangelischen Religionsunterricht erhalten.

In Oberschlesien hat der Kampf gegen das deutsche Schulwesen so scharfe Formen angenommen, daß sich der Völkerbundrat damit beschäftigen mußte. Denn die klaren Bestimmungen der Genfer Konvention, daß nur die Eltern über die Nationalität des Kindes zu bestimmen haben, und über die Einschreibung der Kinder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0151

in die Minderheitsschulen entscheiden sollen, werden von den Behörden nicht respektiert. Gleichzeitig versuchen verschiedene nationalistische Organisationen durch Drohungen und Terror die deutschen Eltern zu zwingen, ihre Kinder polnischen Schulen zuzuführen.

Auch in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen wird das deutsche Schulwesen ganz rücksichslos bekämpft. Dies bestätigen folgende Zahlen: es gab in diesen Wojewodschaften:

im Jahre 1925/25	557 Schulen,
im Jahre 1925/26	507 Schulen,
im Jahre 1926/27	414 Schulen,
im Jahre 1927/28	375 Schulen,
im Jahre 1928/29	320 Schulen,
im Jahre 1929/30	283 Schulen.

Gegenwärtig besuchen kaum 54,8 Prozent der deutschen Kinder deutsche und 45,2 Prozent polnische Schulen. In dem sogenannten Korridor sind 66,7 Prozent deutscher Kinder gezwungen, polnische Schulen zu besuchen.

Die polnischen Schulbehörden bekämpfen die deutschen öffentlichen Schulen, gleichzeitig aber erschweren sie in unerhörter Weise die Neugründung von privaten Schulen. Auf Grund der preußischen Bestimmungen aus den Jahren 1834 und 1839, also aus der Zeit der größten Reaktion, darf keine Privatperson und kein kultureller Verein entgegen den klaren Bestimmungen der Verfassung in diesen Gebieten Privatschulen gründen. Aber auch den Lehrern wird grundsätzlich keine Konzession erteilt. So bestehen z. B. in Pommerellen nur vier private deutsche Schulen, die im Jahre 1924 nach langen Bemühungen gegründet werden konnten. Seit dieser Zeit wird jede Gründung von privaten deutschen Schulen ganz einfach unmöglich gemacht.

Aus Zeitmangel kann ich hier keine Einzelheiten berühren. Ich muß nur nochmals erwähnen, daß die Lehrer der privaten deutschen Schulen von allen Seiten bespitzelt werden. Es genügt, daß ein Polizist berichtet, daß der Lehrer in seinem Hause deutsch spricht oder daß in seinem Hause die Lieder „O Tannenbaum" und „Ich hatt' einen Kameraden" gesungen werden, wie dies bei dem Lehrer Bartsch in Neustadt der Fall war, so wird der Lehrer in eine polnische Schule oder gar nach den Ostgebieten versetzt.

Das ist in allgemeinen Umrissen das Bild der Notlage unseres Schulwesens und des Kampfes, der wegen der Entnationalisierung unserer Kinder geführt wird. Unter solchen Verhältnissen ist es schwer, dem Ministerium ein Budget zu bewilligen, wodurch unserem deutschen Volke nur Pflichten und Lasten auferlegt, aber keine Mittel zur Befriedigung seiner kulturellen Bedürfnisse bewilligt werden. Möge nun endlich die Zeit kommen, in der den Kampf um die Seelen unserer Kinder, der doch mit der Kultur des 20. Jahrhunderts sich keinesfalls in Einklang bringen läßt, ein Ziel gesetzt werde, damit auch unsere Klagen gegen die völkische Bedrückung aufhören können, dann werden auch wir freudig für das Budget des Unterrichtsministeriums unsere Stimmen abgeben können."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0152

Aus den Parlamenten

Zur Lage der Reichsfinanzen.

Die zweite Beratung des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung und des Reichsfinanzministeriums leitete Reichsfinanzminister Dietrich mit einer Rede ein, der wir folgendes entnehmen:

„Das Reichsfinanzministerium selbst, das bekanntlich in seinem Etat in den vergangenen Jahren ständig größere Aufwendungen gehabt hat, hat diesmal eine große Anstrengung gemacht, um seine eigenen Ausgaben herunterzubringen, und wir haben die Hoffnung, daß, wenn die Maßnahmen, die wir in der Verordnung vom Dezember vorgesehen haben, durchgeführt sein werden, die Ausgaben für das Ministerium und seine Vollzugsorgane noch weiter sinken werden. Es ist das ein alter Streitpunkt und eine große Klage der Bevölkerung, daß die Kosten unseres Apparates ständig angeschwollen seien. Es verlohnt sich daher, heute festzustellen, wie sich die Dinge nunmehr geändert haben.

Gegenüber dem Jahre 1930 sind die Ausgaben des Reichsfinanzministeriums im ordentlichen Haushalt um rund 43,5 Millionen Reichsmark und im außerordentilchen Haushalt um rund 6,5 Millionen Reichsmark, im ganzen also um 50 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Wir haben also tatsächlich etwa 10 Prozent unserer Ausgaben abgesetzt, indem wir vor allen Dingen an den Sach-, aber auch an den Personalausgaben gespart haben. Wir haben an den persönlichen Ausgaben der Landesfinanzämter Abstriche von 26,5 Millionen Reichsmark gemacht, und wir haben die persönlichen und sachlichen Verwaltungsausgaben des Ministeriums um 1,1 Millionen gesenkt. Wir haben ferner Abstriche von 9,5 Millionen Reichsmark an den sächlichen Ausgaben der Landesfinanzämter und von 6,4 Millionen an den einmaligen und sonstigen Ausgaben gemacht. Diese Ausgabenkürzung ist allerdings zum Teil auf die Gehaltsabzüge zurückzuführen. Aber darüber hinaus ist doch eine ganze Anzahl von Millionen noch erspart worden, allerdings dadurch, daß wir freigewordene Beamtenstellen nicht wieder besetzt haben, und auch dadurch, daß wir das Angestelltenpersonal verringert haben, was naturgemäß für die Betroffenen sehr lästig ist.

Nun wird draußen sehr häufig behauptet, daß wir zwar draußen sparen, aber beim Ministerium haltgemacht hätten, und daß wir hier immer noch einen Apparat aufrechterhielten, der in seiner Größe nicht zu verantworten sei. Demgegenüber darf ich sagen, daß wir die Organisation des Ministeriums wesentlich vereinfacht haben. Wenn Sie beispielsweise einmal die Zahl der Ministerialdirektoren in unserem Amte, das doch schließlich das größte von allen Ministerien ist, ansehen, dann werden Sie finden, daß wir schon in dieser Beziehung sehr viel sparsamer sind als verschiedene andere Ministerien, die eine größere Anzahl von Ministerialdirektoren als wir haben. Trotz alledem stehe ich aber auf dem Standpunkt, daß, wenn auch der Apparat oben jetzt stark zusamengeschnitten ist, er im übrigen doch noch zu groß ist, und daß wir genötigt sein werden, auch noch das Ministerium erheblich abzubauen. Wir haben jetzt schon einschließlich der Reichshauptkasse 9 Beamte, 43 komissarische Beamte und 30 Angestellte und Arbeiter, insgesamt also 82 Personen abgebaut, und wir sind im Begriff, noch weiter abzubauen, so daß wir bis zum Schluß des kommenden Etatsjahres das Ministerium auch in der Kopfzahl um volle 10 Prozent verringert haben werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0153

Wir sind dazu auch ohne Härten gegen die Beamten deswegen in der Lage, weil wir eine große Außenverwaltung haben, und weil wir eine Anzahl derjenigen Herren, die bei uns überzählig werden, hinausversetzen werden, damit sie dort freie Stellen übernehmen. Ich halte das auch deswegen für zweckmäßig und gut, weil dadurch eine lebendige Fühlung zwischen dem Ministerium und der Praxis wieder aufgenommen wird. Wir haben es in unserem Amte die ganze Zeit hindurch sehr schmerzlich empfunden, daß uns vielfach die Verbindung mit unseren Außenstellen gefehlt hat, daß wir nicht mit unseren Vollzugsorganen in dem Maße in Berührung standen, wie das im Interesse auch einer vernünftigen Gesetzgebung und einer guten Arbeit auf dem Gebiete der Verordnungen notwendig ist. Wir wissen in unserem Amte sehr genau, daß, wenn wir Gesetze und Verordnungen am grünen Tisch machen und besonders, wenn wir sie kompliziert machen, damit noch lange nicht gesagt ist, daß sie in der Praxis auch ihren Dienst tun. Wir hatten gerade in letzter Zeit jede Gelegenheit benutzt, um mit unseren Außenstellen über diese Dinge zu reden und ihnen zu sagen, daß wir diese Verbindung nicht nur wünschen, sondern daß wir sie auch brauchen, und zwar deswegen, weil wir sonst in die Gefahr kommen, komplizierte Verordnungen und Gesetze zu machen, die in der Praxis nicht oder nur schwer durchführbar sind.

Bei dieser Gelegenheit darf ich nun auch ein Wort für unsere Beamten, Angestellten und Arbeiter sagen. Ich glaube nicht, daß irgendwelche Beamtengruppe so angegriffen und vielfach heruntergerissen worden ist, wie gerade die Beamtenschaft unseres Ministeriums. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Sie sind darin zu suchen, daß wir in einer Zeit größter Not genötigt sind, die Steuern einzutreiben und die Zölle zu erheben, und daß naturgemäß gerade bei uns die Friktionen besonders groß sind. Man hat in letzter Zeit unserem Personal eine Unmenge Vorwürfe gemacht. Man hat auf der einen Seite gesagt, sie seien rigoros, und hat gelegentlich auf der anderen Seite gesagt, sie seien nicht staatstreu oder aber sie täten ihre Pflicht nicht in dem Maße, wie man es verlangen müßte. Ich glaube, daß ich mich in diesem Falle schützend vor meine Beamtenschaft und meine Angestelltenschaft stellen muß. Denn wenn ich auch zugeben will, daß da und dort Fälle vorgekommen sind, die wir nicht verteidigen können und wollen, so glaube ich doch, daß bei weitem das Gros unserer Beamtenschaft seine Pflicht und Schuldigkeit unter den schwersten Verhältnissen getan hat, heute noch tut und auch in Zukunft tun wird. Das ist ja schließlich auch die Voraussetzung dafür, daß wir überhaupt durchkommen.

Was die Frage der politischen Gesinnung unserer Beamteschaft angeht, so darf ich wohl sagen, daß ich gesonnen bin, auch auf diesem Gebiete alle vollkommen gleich zu behandeln. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Beamte vollkommene Gewissens- und Meinungsfreiheit hat. Auf der anderen Seite bin ich allerdings der Meinung, daß der Beamte, wenn er einmal dem Staate den Treueid geleistet hat, dann vielleicht irgendeiner staatsfeindlichen Partei angehört, sich aber nicht in einer Form betätigen darf, die darauf hinausläuft, die Staatsautorität zu zerstören. Ein Staat, der eine solche Politik mitmacht, gibt sich naturgemäß selber auf, und ich werde diesen Standpunkt gegen rechts und links durchsetzen, wenn ich die Ehre und das „Vergnügen" haben sollte, in meinem Amte zu bleiben. Ich werde davon ausgehen, daß ich niemand seine Meinung nehmen will. Aber ich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0154

werde auch davon ausgehen, daß jemand, der auf der einen Seite Steuern und Zölle einziehen will und auf der anderen Seite blindwütig auf den heutigen Staat einhaut, nicht geeignet ist, seine Funktionen als Beamter auszuüben. Wie soll ein Zollbeamter, ein Steuerbeamter sich durchsetzen, wenn er auf der einen Seite draußen gegen die Organe des Staates vorgeht und unter Umständen sogar hetzt und gleichzeitig auf der anderen Seite der Bevölkerung die Steuern und Zölle abnehmen soll, die wir nun einmal notwendig haben, um unsere Staatswirtschaft aufrechtzuerhalten? Ich bin aber überzeugt, daß solche Fälle in meiner Verwaltung nur vereinzelt vorliegen.

Ich habe mir die vorliegenden Fälle alle geben lassen und habe sie alle einzeln verfolgt. Wenn ich etwas mehr Zeit habe, dann werde ich diesen Dingen auch weiterhin nachgehen. Ich habe mir auch erlaubt, bereits eine Verfügung in einem bestimmten Sinne hinauszugeben. Ich habe vor, von diesem Standpunkt nicht abzugehen, weil ich der Meinung bin, daß wir nicht imstande sein werden, unsere Aufgaben zu erfüllen, wenn wir hier nicht eine klare Linie halten.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind noch die Anträge auf neue Steuern hier auf die Tagesordnung gesetzt worden. Auf der anderen Seite liegen auch Anträge vor, die darauf hinausgehen, alte Steuern zu beseitigen oder, sagen wir einmal, Eingriffe in alte Steuern zu machen. Ich muß mich leider zu den Wünschen sowohl nach der einen als auch nach der anderen Richtung hin ablehnend verhalten. Die Dinge liegen heute in Deutschland so, daß wir auf der einen Seite Ruhe, auch Ruhe in der Steuergesetzgebung brauchen, und daß wir auf der anderen Seite nicht imstande sind, auf irgend etwas zu verzichten, was wir gegenwärtig haben, wenn wir nicht in die Gefahr kommen sollen, neue Steuern machen zu müssen. Gerade neue Steuern zu machen, erscheint mir im gegenwärtigen Augenblick besonders gefährlich. Ich muß mich deswegen auf den Standpunkt stellen: wir lehnen diejenigen Forderungen, die im Steuerausschuß erhoben worden sind, Erhöhung der Einkommen-, Vermögen- und Tantiemesteuer ab. Wir können das nicht machen, weil die Reichsregierung — das ist auch die Meinung des Herrn Reichskanzlers — damit die gerade Linie verlassen würde, die sie in dieser Beziehung eingeschlagen hat und von der sie annimmt, sie wird nicht zur Belebung der Wirtschaft, sondern auch zur Beserung der Kapital- und Kreditverhältnisse beitragen. Ohne Belebung und Besserung der Kapital- und Kreditverhältnisse ist eine Belebung unserer Wirtschaft und damit eine Aufsaugung der Millionen Arbeitsloser nicht möglich. Infolgedessen kann ich nach dieser Richtung hin keinerlei Konzessionen machen.

Was die Frage angeht, Steuern zu streichen, so muß ich bitten, auch davon abzusehen. Ich wäre an sich nicht abgeneigt, die eine oder andere Konzession kleinerer Art zu machen. Aber die Gefahr ist die, daß darauf Folgerungen entstehen, die nicht übersehbar sind.

Wie werden sich unsere Finanzen im nächsten Jahre entwickeln? Diese Frage gehört an sich mit zum Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung, aber ich darf hier das Grundsätzliche dazu gleich sagen. Die Entwicklung der Steuer- und Zolleingänge im Laufe des Jahres war ungewöhnlich schlecht. Wir haben im Herbst angenommen, daß wir etwa einen Verlust von rund 600 Millionen Mark haben werden, soweit die Verluste auf das Reich entfallen. In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, daß wir damit nicht auskommen, daß vielmehr die Verluste erheblich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0155

höher sein werden. Wir haben bereits im Januar hier mitgeteilt, ich glaube, es war schon im Dezember, daß wir annehmen, wir würden etwa 100 Millionen Mark mehr brauchen.

Das Ergebnis vom Februar war nun besonders ungünstig, das Ergebnis vom März können wir nicht übersehen, aus dem einfachen Grunde, weil hier die Nachzahlungen zur Tabaksteuer kommen, die sich aus der Vorversorgung des Dezembers ergeben. Außerdem können wir die Entwicklung der Zölle gar nicht beurteilen.

Auf dem Gebiete der Zölle ist folgendes passiert. Infolge der hohen Getreidezölle ist die Einfuhr dieser Produkte, vor allen Dingen Weizen, zurückgegangen, ja zum Teil fast auf den Nullpunkt gesunken. Niemand weiß, wie die Getreidevorräte gegenwärtig in Deutschland sind. Niemand weiß, ob, wenn die Getreidevorräte unzulänglich sind, die Versorgung bald oder später einsetzen wird. Infolgedessen können wir diese großen Zölle, die, wie gesagt, zurzeit fast gar nicht vorhanden sind, absolut nicht übersehen. Wir wissen deshalb auch nicht, wie sich die Zölle im März gestalten werden. Wenn wir aber annehmen, daß der März auch noch einen Ausfall von 40 oder 50 Millionen bringt, dann würden unsere Minderschätzungen um diese Beträge überholt sein.

Man ist draußen immer geneigt, dem Finanzminister vorzuwerfen, daß er in seinen Schätzungen zu optimistisch sei. Zunächst einmal hat niemand zu Beginn des laufenden Etatjahres angenommen, daß wir so weit absinken würden, und noch weniger hat jemand geglaubt, daß die gesamte Weltwirtschaft in diesem Maße zurückgehen wird, wie sie tatsächlich im vergangenen Jahre zurückgegangen ist. Ich glaube, ich befinde mich in einer guten Gesellschaft, wenn ich zugeben muß, daß die tatsächlichen Verluste über das hinausgegangen sind, was wir geschätzt haben. Aber wenn Sie einmal die Tatsache annehmen, daß die Veränderung ganze 100 bis 150 Millionen in unseren Schätzungen beträgt, sagen wir einmal im Laufe von mehr als einem halben Jahre, dann wird man keine allzu großen Vorwürfe gegen mich und meine Mitarbeiter erheben können. Denn bei einem Etat von zehn Milliarden ist das schließlich keine Summe, die allzusehr ins Gewicht fällt. Es sind auch Summen, die dann glatt bewältigt werden könnten, wenn wir eine Betriebsfonds von einigen hundert Millionen und irgendeine Reserve hätten. Tatsächlich ist aber der Zustand schon lange so — und ich habe ihn so angetreten —, daß weder ein Betriebsfonds vorhanden ist noch eine Reserve. Denn die Reserve, die in 400 Millionen Schatzwechseln bestand, war schon, als ich kam, aufgebraucht und war die vergangenen Jahre eigentlich fast immer voll beansprucht. Wenn man 700 Millionen disponibel hätte, dann könnte man allen derartigen Entwicklungen und Veränderungen, wie sie im Laufe des Winters vor sich gegangen sind, begegnen. Aber sie waren nicht disponibel sondern waren bis auf den letzten Pfennig nicht verfügbar. Infolgedessen haben wir natürlich in diesem Winter — das kann ich offen aussprechen — nicht die geringste Sorge gehabt, den Etat durchzuführen.

Aber heute kann man erklären, daß wir auch den 1. April ohne Schwierigkeiten überwinden werden. Ich glaube daher, man darf doch mit einiger Befriedigung feststellen: Nachdem wir die Higginson-Anleihe hereingebracht hatten, haben wir die Finanzgeschäfte des Reiches in diesem Winter so geführt, daß irgendwelche Schwierigkeiten nach keiner Richtung hin aufgekommen sind. Nun kommt das große Problem: Wie werden sich die Dinge im kommenden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0156

Jahre entwickeln? Ich habe schon im Ausschuß gesagt, daß ich mich in dieser Beziehung auf keinerlei Prophezeiungen einlassen kann. So, wie die Dinge heute liegen, ist das Prophezeien ein zu gefährliches Geschäft. Ich bin Ihnen aber dafür dankbar, daß Sie gesonnen sind, der Regierung eine große Marge in ihrer Haltung zu geben, insofern, als Sie uns genehmigen wollen oder als Sie — es ist ja eine Streitfrage, ob die Genehmigung notwendig ist, ob also der Reichstag zustimmen muß — mitmachen wollen, daß wir den Etat im Laufe des Budgetjahres abändern, wenn wir sehen, daß wir nicht durchkommen. Wenn Sie es sich genau überlegen, finden Sie, daß wir im vorigen Jahr immer mehr den Berg herumgelaufen sind. Wir sind jetzt, glaube ich, unten im Graben, und die Frage ist jetzt die: Wie lange werden wir in dieser Tiefe bleiben? Wird die Linie nun genau so, wie sie langsam von oben nach unten verlaufen ist, nun wieder von unten nach oben gehen, oder wird die Linie zunächst noch eine Weile auf diesem Tiefstand bleiben, auf dem sie sich heute befindet? Werden also die Einnahmen des Reichs so schlecht bleiben, wie sie in den Monaten Januar und Februar waren und vielleicht auch im Monat März noch sein werden? Darauf müssen wir uns natürlich einstellen. Die Reichsregierung ist fest entschlossen, den Weg zu gehen, den wir im Haushaltsausschuß erörtert haben, nämlich den Weg durch weitere Einsparungen die Gefahren zu beseitigen, die allenfalls entstehen können.

Zum Schluß darf ich noch folgendes sagen. Wir haben in den Jahren 1927, 1928 und 1929, als wir in unserer wirtschaftlichen Entwicklung einen starken Aufstieg zu verzeichnen hatten, uns in der Meinung gewiegt und die Hoffnung gehabt, daß dieser Aufstieg anhalten werde.

Wir haben aus dieser Auffassung heraus schwere Fehler begangen, indem wir unsere Leistungsfähigkeit überschätzten und unsere Ausgaben übersteigerten. Aber so verkehrt es damals war, zu meinen, eine Hausseperiode würde sich nun unbeschränkt fortsetzen — diese Meinung haben ja auch andere Völker gehabt, vor allen Dingen die Amerikaner —, so verfehlt wäre es natürlich auch, nun etwa die Meinung zu verfechten, es müsse so schlecht bleiben, wie es gegenwärtig sei. Es handelt sich darum, zu wissen, daß in der Wirtschaft Perioden der Entwicklung nach oben immer mit Depressionszuständen abgewechselt haben. Genau so wie die Entwicklung nach oben sich überschlagen hat, wird auch die Entwicklung nach unten eines Tages überwunden. Von diesem Gedankengang müssen wir ausgehen, und ich glaube, wir werden eines Tages wieder hochkommen und hochkommen müssen trotz der Kommunisten und der Nationalsozialisten. Deshalb bin ich der Meinung, daß man dem deutschen Volke sagen muß: in einer Krisenperiode wie der gegenwärtigen soll man nicht in den umgekehrten Fehler wie damals, als man die Dinge überschätzte, verfallen, in den Fehler, die Dinge zu unterschätzen. Das deutsche Volk ist noch nicht so weit zugrunde gerichtet und noch nicht in einer so schlechten Lage, daß es sich nicht aus diesen Schwierigkeiten wieder erheben könnte. Aber wenn ihm der Glaube dazu fehlt, dann wird ihm unter Umständen auch der Wille dazu fehlen. Deswegen handelt es sich darum, ihm die wirtschaftlichen Entwicklungsgänge klar vor Augen zu führen, die sich immer in Wellen vollzogen haben und die sich auch in Zukunft in diesen Wellen vollziehen werden. Die Frage ist nur die: wann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem wir wieder den Weg nach oben antreten werden? Aber die Frage ist nicht, daß wir den Weg nach oben nicht wiederfinden würden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0157

Diese Frage möchte ich jedenfalls für meinen Teil verneinen, und ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie, meine Damen und Herren, mit uns gehen in dem festen Entschluß, alles zu tun, damit wir diesen Weg nach oben wiederfinden."

Staatspartei und Wehretat.

Reichstagsabgeordneter Dr. Külz führte im Hauptausschuß zum Wehretat u. a. folgendes aus:

„Die Reichswehr ist zur Verteidigung des Staates eine Notwendigkeit. Das Heer muß ein zum Gehorsam erzogenes Instrument in der Hand des Staates sein. Deswegen ist es richtig, mit rücksichtsloser Schärfe vorzugehen, falls innerhalb der Reichswehr staatsfeindliche Bestrebungen auftreten sollten. Das Problem der Abrüstung ist ein außenpolitisches Problem, und es ist eine Lebensfrage des Völkerbundes, ob er hier entscheidende Erfolge erziele. Es ist einer großen Nation, wie der französischen, einfach unwürdig, wenn führende Männer, darunter auch der Kriegsminister, immer wieder behaupten, daß von Deutschland eine militärische Bedrohung des Friedens ausgehe und daß geheime Aufrüstungen vorhanden seien. Wenn jemand Sorge wegen seiner Sicherheit haben könnte, dann doch nur Deutschland, das rings von waffenstarrenden Staaten umgeben sei. Die Offiziere der alten Armee müßten schon aus dem Gefühl der Kameradschaftlichkeit sich verpflichtet fühlen, Reden und Handlungen zu unterlassen, durch welche das aktive Offizierskorps diskreditiert werden kann. Wer als verabschiedeter Offizier der Reichswehr staatsfeindlichen Bestrebungen huldigt, verliert den Anspruch, die Uniform der Reichswehr zu tragen."

Staatspartei und Marineetat.

Zum Marineetat gab der Abgeordnete der Deutschen Staatspartei, Dr. Külz, im Hauptausschuß folgende Erklärung ab:

„Die Marine ist integrierender Bestandteil der deutschen Wehrmacht. Sie ist nach der geographischen, politischen und handelswirtschaftlichen Lage Deutschlands eine Lebensnotwendigkeit für das Deutsche Reich. Daraus ergibt sich die Pflicht, auch die Marine innerhalb der gegebenen Grenzen und Möglichkeiten auf eine größtmöglichste Leistungshöhe zu erhalten. Der Marineetat steht im Dienst dieser Gedanken. Auch das Ersatz-Bauprogramm der Marineleitung enthält nur ein Mindestmaß dessen, was notwendig ist, um die Zweckbestimmung der Marine als Küstenschutz und als Korrelat unserer Handelsschiffahrt zu gewährleisten. Die hierfür aufzuwendenden Mittel sind produktiver Natur, wir werden sie deswegen bewilligen, ohne politische Kompensationen auf anderen Gebieten hiermit in Verbindung zu bringen."

Berufsnot der Jungakademikerschaft.

Gelegentlich der Aussprache über den Haushalt des Reichsinnenministers führte der Reichstagsabgeordnete Dr. Windschuh u. a. folgendes aus:

„Ein wichtiges Kapitel, nicht nur unserer Sozialpolitik, sondern auch unserer Kulturpolitik, ist die große Berufsnot, die große soziale Sorge, in der sich heute ein wachsender Teil der deutschen Jungakademiker, der deutschen Studentenschaft wie überhaupt des ganzen deutschen fachlich und geistig vorgebildeten Nachwuchses befindet. Das gilt auch für einen großen Teil der fachlich vorgebildeten Angestelltenschaft und mittleren Beamtenschaft, aber auch für einen großen Teil der Industrielehrlinge. Wenn wir heute so viel Radikalismus und politischen Fanatismus bei der deutschen Jugend sehen, wenn wir die Bilanz der technischen Hochschulen und Universitäten in bezug auf ihre Gesinnung ziehen und feststellen, daß ein großer, ja der größte Teil der heutigen deutschen Studentenschaft im Lager des Nationalsozialismus zu finden und im Begriff ist, völlig radikalisiert und für viele Aufgaben der deutschen Realpolitik unbrauchbar zu werden, dann liegt ein Teil dieser Wirkung auch an der großen Berufsnot dieser Jungakademikerschaft, die in der Tat Entwicklungsmöglichkeiten, die wir vor dem Kriege hatten, verbaut sieht, die nicht aus noch ein weiß und ins Lager eines politischen Radikalismus hineingetrieben wird, der ihr sagt: Wir bauen dir das neue Dritte Reich, wir geben dir Beschäftigung, wir geben dir Entwicklungsmöglichkeiten, der kurz und gut der Jugend den blauen Dunst vom Himmel herunter verspricht. Diese Gefahr ist sehr ernst; denn die Ueberproduktion von akademischem Proletariat, die Uebererzeugung von fachlich und geistig vorgebildeten Kräften geht in einem noch wenig gehemmten Tempo weiter. Sie geht im nächsten Jahrzehnt weiter, und es ist möglich, daß nach 20 Jahren die Lage für den verantwortungsbewußten deutschen Staatsmann und für den ernsten Kulturpolitiker noch viel schlimmer aussieht, als es heute der Fall ist, daß erst dann ein großer Komposthaufen von politischem Radikalismus gerade durch überproduziertes Jungakademikertum bereitsteht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0158

Machen wir uns einmal einige Tatbestände klar. Wir haben heute 125 000 deutsche Studierende an den Hochschulen. Dabei ist es der Ehrgeiz einiger Hochschulen, noch mehr zu Massenfabriken akademischer Bildung zu werden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß eine große Hochschule des Westens bei der Grundsteinlegung zu ihren neuen Universitätsbauten durch ihre Pressestelle eine Notiz verbreiten ließ des Inhalts, daß nun die betreffende Universität einen noch größeren Aufschwung nehmen könnte. Hätte man bisher soviel tausend Studenten jährlich gehabt, so dürfte man hoffen, in zwei bis drei Jahren, wenn die Neubauten fertiggestellt seien, noch viel mehr Studenten zu haben. Hier wird also einfach die Tatsache der Entwicklung einer Universität rein amerikanisch mit der Masse der Studenten, die diese Hochschule besuchen, gleichgesetzt. Es scheint also, daß selbst in Universitäts- und in Professorenkreisen noch immer nicht die Gefahr dieser Uebererzeugung von Akademikern erkannt wird, die in der Tat besteht.

Auch die höheren Schulen sind zu einem großen Teil überfüllt. Die Zahl der Abiturienten hat sich seit 1913 mehr als verdreifacht. Hier kündet sich eine Entwicklung an, die gerade für den Freund der deutschen Volksschule, dieser ausgezeichneten deutschen Bildungsanstalt der Vorkriegszeit, außerordentlich bedenklich ist. Die Volksschulen sind nämlich im Begriff, allmählich Schulen ohne Volk zu werden. Gerade die höheren Klassen der Volksschulen werden in steigendem Maße ausgehöhlt. Damit fließt auch der Erziehungsehrgeiz aus diesen höheren Klassen der Volksschule aus. Ich glaube, daß es damit in Zusammenhang zu bringen ist, daß aus den Kreisen der Wirtschaft, die Lehrlinge einstellen, in steigendem Maße über die Erziehungsleistungen der höheren Klassen der Volksschulen, gerade in den Elementarfächern Rechnen, Deutsch, Schreiben geklagt wird. Ein komisches Streiflicht auf die so entstehende Entwicklung: Bei den letzten Reichstagswahlen trat im Freistaat Sachsen eine Partei der Volksschulgebildeten auf. Man kann darüber natürlich lächeln; aber auf der anderen Seite ist das auch ein sehr ernstes Symptom. Einmal äußert sich hier ein gewisser Minderwertigkeitskomplex, zum anderen die Tatsache, daß tatsächlich die Volksschulgebildeten in Deutschland allmählich immer mehr in die Rückhand kommen und vollständig von denjenigen Kreisen an die Wand gedrückt werden, die die höhere Schule und die Hochschule durchgemacht haben.

Wir haben, um es kurz zu sagen, eine Ueberproduktion von akademisch gebildeten Kräften auf dem Arbeitsmarkt und eine Unternachfrage nach solchen Kräften in der deutschen Wirtschaft, und es ist eines der wichtigsten Probleme auch des sozialen Arbeitsmarktes, wie wir hier Angebot und Nachfrage in den nächsten Jahren einigermaßen in Ordnung bringen. Ich bin der Ansicht, daß wir hier auf kulturellem Gebiet auch vor gewissen planwirtschaftlichen Methoden nicht zurückschrecken dürften, um diese Uebereinstimmung von Angebot und Nachfrage, die kulturell so außerordentlich wichtig ist, zu erreichen. Denn es ist ja nicht damit getan, daß ein solcher Jungakademiker, ein gut ausgebildeter Techniker oder kaufmännischer Angestellter erzeugt wird. Wir haben ja nicht mehr die alte universitas literarum, die zweckfreies Wissen vermittelte, wo also der Mann, der akademische Bildung erworben hatte, damit nicht bestimmte Ansprüche an eine soziale Position verband.

Nationalpolitische Erziehungsaufgaben.

Bei der Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung im Preußischen Landtag führte der Abgeordnete Dr. Bohner am 18. 3. u. a. aus:

„Auf den Wunsch meiner Freunde soll ich auch auf das Verhältnis zu dem Verein für das Deutschtum im Auslande zurückkommen. Auch hier habe ich schon im Ausschuß gesagt, daß wir über alles leichter hinwegkämen, wenn wir uns über das Nationale verständigen würden. Aber ich muß noch einmal ausdrücklich hervorheben: wer praktisch in dieser Arbeit gestanden hat, was bei mir sieben Jahre meines Lebens hindurch der Fall war, der weiß, daß überall draußen Preußen die deutschen Aufgaben geführt hat. Ich will das nur an einer Kleinigkeit beleuchten: wenn an meiner Schule in Rom irgendein unglücklicher Kollege, der aus gesundheitlichen Gründen in die Heimat zurück mußte, in seinem eigenen Heimatlande nach bekanntem deutschen Muster kein Entgegenkommen fand und ihm dort gesagt wurde: „Du bist ins Ausland gegangen, was hat das für uns für Wert?“ dann war Preußen immer bereit, einerlei ob es Ueberfluß oder Mangel an Lehrkräften hatte, einen solchen Mann, auch wenn er die preußische Staatsange-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0159

hörigkeit nicht besaß, in den Schuldienst zu übernehmen. Jeder der früher an einer deutschen Auslandsschule tätig gewesen ist, wird ohne weiteres zugeben müssen, daß Preußen hier in hervorragender Weise geführt hat. Wir müssen als Preußischer Landtag verlangen, daß nicht nur nirgends der Eindruck entsteht, Preußen täte weniger als andere Länder, sondern wir müssen daran festhalten, daß Preußen gemäß seiner geschichtlichen Stellung bei den allgemeinen deutschen Aufgaben führend bleibt.

Darum wünschen wir auch ein positives Verhältnis zum Verein für das Deutschtum im Auslande. Ich weiß sehr wohl, daß hier immer gewisse Spannungen bestehen. Sie haben auch schon in der alten Zeit bestanden; auch früher schon konnte man es erleben, daß zwischen der Regierung und dem Verein für das Deutschtum im Auslande nicht alles in Harmonie war. Ich selbst habe z. B. ganz harmlos einmal zufälig bei der Beantwortung eines Briefes des Vereins für das Deutschtum im Ausland angegeben, die und die Entscheidung sei nach meiner Meinung für die Schule in Rom ungünstig. Ich bekam sofort einen Brief, daß das äußerst interessant sei, wenn das Auswärtige Amt einen Fehler mache, und wenn ich wieder so etwas entdeckte, dann möchte ich doch davon Mitteilung machen. Ich habe selbstverständlich niemals mehr eine Mitteilung gemacht. Aber ich entnahm daraus gewisse Spannungen. Vielleicht ist manchmal auch nur der Wärmegrad in den Dingen verschieden zwischen Regierung und Verein. Ein privater Verein kann etwas schärfer, etwas leidenschaftlicher auftreten als die Regierung; da entwickeln sich leicht bei Zionswächtern des Nationalismus verschiedene Abstände usw. Ich muß auch sagen: wie das letzte Heft des Vereins für das Deutschtum im Ausland eine Verbeugung vor Hern Kube macht, das befriedigt mich nicht sehr. Aber das hindert uns alles nicht. Wir stehen auf dem Standpunkt: Preußen kann sich diese Aufgaben nicht aus der Hand nehmen lassen, und wir wünschen, daß Preußen hier an vorderster Stelle steht.

Ein drittes sollte ich auch noch im Namen meiner Freunde bemerken, das ist die Stellung zu den Kolonialfragen. Meine Damen und Herren, der hat doch wahrhaftig eine falsche Kenntnis von der Welt, der die Kolonien schließlich nur nach dem Standpunkt beurteilt, daß man dort wir Cortez oder Pizarro auftritt. Wer wirklich etwas von Kolonien versteht, und wer die deutsche Arbeit in den Kolonien in der Familie gesehen hat, der denkt über diese Dinge anders. Und auch das nehme ich persönlich für mich in Anspruch. Ich bin in einer englischen Kolonie geboren, mein Vater ist dann, als Kamerun deutsch wurde, dort hinübergerufen worden und hat dort als oberster Leiter der evangelischen Mission und eine Zeitlang auch als oberster richtender Berater für die deutsche Regierung gewirkt. Das ist eine ganz andere Auffassung der kolonialen Arbeit als die, die ein Cortez oder ein Pizarro geleistet hat. Wir haben draußen bewiesen, was wir als Kolonialvolk leisten können. Ich weiß ganz genau, daß, als der Krieg ausbrach, in Kamerun auch wieder einzelne Fehler gemacht worden sind. Aber ich bewahre einen Brief, der mir ein sehr liebes Dokument ist, der damals mit der letzten Post noch herübergekommen ist, worin ein Neger an einen jüngeren Bruder schreibt und ihn bittet, er möchte ihm doch noch einmal etwas Handschriftliches zuschicken, damit er noch etwas habe. Wo solch ein Verhältnis zwischen Negern und Weißen sich entwickelt, da sind die Dinge nicht so, daß wir nichts davon verstanden hätten. Ich habe schon im Hauptausschuß gesagt: die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0160

Formen der Betreuung anderer Völker wechseln; aber im Grunde ist das, was Sie diesen Völkern gegenüber ausüben, nichts anderes als eine Kolonisation. — Also ich muß dabei bleiben, daß wir Deutschen keine Veranlassung haben, uns sozusagen auf die Stufe eines kleinen Landes herabdrücken zu lassen, das sich an diesen Aufgaben tatsächlich nur gering beteiligen kann. Deutschland hat eben eine andere Bevölkerungszahl und stellt in der geschichtlichen Entwicklung der Welt etwas anderes dar als etwa Luxemburg oder die Schweiz. Wir haben auch keine Veranlassung, uns das schlecht machen zu lassen, was wir draußen geleistet haben. Ich möchte nicht, daß die Erinnerung an das Geleistete verschwindet, und ich möchte unser Volk aus diesen Aufgaben nicht ausgeschaltet haben. Ich darf auch hier das Wort des Präsidenten Wilson wiederholen: Von den großen Aufgaben der Menscheit wie der Erschließung Afrikas sollen die Deutschen nicht ausgeschlossen sein. Das ist unser politisches Recht, und darauf können wir Anspruch machen. Wie sich das finanziell, ökonomisch darstellt, die politischen Möglichkeiten, darüber habe ich hier nicht zu reden, sondern hier handelt es sich darum: halten wir in der Jugend die Erinnerung an diese Dinge wach oder nicht."

Schwerkriegsbeschädigte und Reichsbahn.

Die Staatsparteiliche Fraktionsgemeinschaft hat nachstehenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Verwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft dahingehend einzuwirken, daß den Schwerbeschädigten auf der Reichsbahn wieder Fahrpreisermäßigungen gegeben werden, in dem Ausmaß etwa, wie sie vor der letzten Personaltarifreform gewährt waren."

Aenderung der Rechtsanwaltsordnung.

Auf Veranlassung des Reichstagsabgeordneten Dr. Fischer brachte die Fraktionsgemeinschaft der Deutschen Staatspartei im Reichstag folgenden Antrag zur Aenderung des § 26 der Rechtsanwaltsordnung ein:

Auf Grund der Zulassung bei einem Gericht ist der Rechtsanwalt befugt, vor jedem Gericht und jedem Verwaltungsgericht innerhalb des Reichs Verteidigungen zu führen, ferner vor allen Gerichten, Verwaltungsgerichten, Behörden und allen Schiedsgerichten als Beistand aufzutreten und, soweit eine Vertretung durch Anwälte nicht geboten ist, die Vertretung zu übernehmen."

Internationale Lohnstatistik.

Bei der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums beschäftigte sich der Abg. Dr. Winschuh mit der Reallohnstatistik des Internationalen Arbeitsamtes und führte dazu folgendes aus:

„Diese Statistik wird offenbar nur noch in Deutschland und leider auch in einige deutschen Fachkreisen ernst genommen, während andere europäische Industrieländer es längst aufgegeben haben, die Statistik ernst zu nehmen. Die schwedische und die Schweizer Regierung haben es sich verbeten, in dieser Statistik weiter erwähnt zu werden, und die belgische und die französische Regierung liefern kein Material mehr für diese Statistik. Es waren Vertreter des deutschen Statistischen Reichsamts, die festgestellt haben, daß diese Statistik eine Reihe von Konstruktions- und Rechenfehlern aufweist, die bei einigen Posten zu Fehlern von etwa 400 bis 500 Prozent führten.

Wenn man diese Statistik durchgeht, so stellt man vor allen Dingen folgende Konstruktionsmängel fest: Zunächst einmal ist die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0161

Auswahl der Städte und der Berufe, die von dieser Statistik erfaßt werden, keineswegs einheitlich. Es werden Arbeiterkategorien verglichen, die sich gar nicht miteinander vergleichen lassen. Die Löhne, die für Deutschland zugrunde gelegt werden, sind Tarifmindestlöhne. Für England aber gelangen Durchschnittslöhne zur Verwendung, die, wie der Genfer Kommentar selbst angibt, in der Praxis um etwa fünf Prozent überschritten werden. Schweden wieder nennt für diese Reallohnstatistik Effektivverdienste. Daraus geht hervor, daß die Lohngrößen gar nicht miteinander zu vergleichen sind. Tarifmindestlöhne, Tarifdurchschnittslöhne, Effektivverdienste werden ja einfach durcheinander geworfen.

Ein weiterer wesentlicher Mangel der Genfer Reallohnstatistik ist die Tatsache, daß die Aufwendungen für die soziale Versicherung, die von der deutschen Arbeitnehmerschaft zum Lohn gerechnet werden, überhaupt keine Berücksichtigung erfahren und daher wesentliche Unterschiede unterlaufen, die in der Statistik gar keine Erwähnung finden. Man muß sich hier klarmachen, daß für Deutschland ein Satz von etwa 16 bis 18 Prozent Sozialbeiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter den Tisch fällt, während derselbe Satz für die Vereinigten Staaten überhaupt nicht besteht und mit Null Prozent in dieser Statistik figurieren müßte, in Frankreich mit 8 Prozent und in Oesterreich mit 15 bis 16 Prozent. Alles das fällt unter den Tisch, und dies völlige Herauslassen der Aufwendungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die soziale Versicherung ist einer der wichtigsten Konstruktionsfehler dieser Reallohnstatistik.

Dann sind noch zwei wesentliche Momente des Arbeitnehmerhaushalts aus dieser Statistik herausgelassen, nämlich Bekleidung und Wohnung. Was dieser Unterschied ausmacht, wenn man beispielsweise den Reallohn eines italienischen oder spanischen Arbeiters mit einem deutschen Arbeiter vergleicht, bei dem die Ansprüche an Bekleidung und Wohnung viel größer sind, als in diesen romanischen, industriell noch wenig entwickelten Ländern, liegt auch für den Laien ohne weiteres auf der Hand. Ich will mal einen einzigen Fall aus dieser Statistik erwähnen, der zeigt, wie hahnebüchen und unsinnig diese Statistik als Wertmaßstab, als Grundlage von Reallohnvergleichen ist. Nach den Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes kostet der sogenannte Einkaufskorb von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, der dieser Statistik zugrunde gelegt wird, im Juli 1930 in Italien 127 Einheitswerte, in Deutschland 114, in Oesterreich 111, aber in Großbritannien nur 100 Meßeinheiten. Danach müßte also in Oesterreich die Lebenshaltung teurer sein als in Großbritannien. Nun ist es aber eine bekannte Tatsache, daß der englische Mittelständler schon seit Jahren seine Ferien gern in dem billigeren Oesterreich verbringt. Wenn man auf dieser Genfer Reallohnstatistik fußen würde, müßte der österreichische Mittelständler seine Ferien gern in dem billigeren England verleben. Alle Welt weiß aber, daß England eine viel teuere Lebenshaltung hat als Oesterreich.

Demgemäß fehlt es auch nicht an durchaus zutreffenden kritischen Stimmen aus dem deutschen Arbeitnehmerlager, die diese Statistik als unsinnig ablehnen. So verweise ich nur auf den Geschäftsbericht des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands für 1929, in dem völlig zutreffend festgestellt wird, es sei besser, das Internationale Arbeitsamt würde solche mangelhaften Veröffentlichungen solange unterlassen, bis eine wertvollere, auf breiterer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0162

Grundlage erfolgte Erhebung einen besseren Anhaltspunkt bietet. Lieber keine Reallohnvergleiche als einen so fehlerhaften Versuch. Ich führe das aus dem Grunde an, weil ich der Ueberzeugung bin, daß man dieser Reallohnstatistik zu viel Ehre antut, wenn sie von einem prominenten Vertreter der deutschen Arbeitnehmerschaft in diesem Hohen Hause als brauchbare Grundlage für Reallohnvergleich der europäischen Industriearbeiterschaft gewürdigt wird.

Auch die deutsche Arbeitnehmerschaft hat kein Interesse daran, daß mit der ernsthaften Zedierung dieser Reallohnvergleiche ausländischen Wirtschaftskreisen, die in einem scharfen Wettbewerb mit unseren Exportindustrien stehen, Gelegenheit geboten wird, wieder das Märchen vom deutschen Lohndumping, von dem niedrigen deutschen Reallohn aufzuwärmen. Wir alle, ob Unternehmer oder Arbeitnehmer, haben kein Interesse daran, daß der deutsche Reallohn auf die Dauer sinkt. Wenn wir das aber nicht haben, dann sollten wir den ausländischen Wirtschaftkkreisen auch keine Handhabe bieten, Zollwünsche zu befriedigen, die verheerend für unseren Export wirken und die auch die Absichten unserer Schutzzöllner rückwirkend stärken würden. In dieser Absicht müßte man einig sein. Man muß wünschen, daß die Genfer Reallohnstatistik in ernsthaften deutschen sozialpolitischen Kreisen nicht mehr erwähnt wird. Soviel uns bekannt ist, unterliegt diese Reallohnstatistik zurzeit einer Revision. Mindestens solange diese Revision betrieben wird, sollte diese Statistik auf keinen Fall benutzt werden, auch nicht in deutschen Arbeitnehmerkreisen, und sie sollte auch nicht aus Kreisen des Reichsarbeitsministeriums weiter gefördert und gestützt werden."

Aus der Partei

Sitzung des Gesamtvorstandes

Die Sitzung des Gesamtvorstandes der Deutschen Staatspartei am 14. und 15. März in Berlin nahm einen ausgezeichneten Verlauf. Ihr Ergebnis widerlegte vor allen Dingen die ausgestreuten, törichten Gerüchte über Führerdifferenzen in der Deutschen Staatspartei. Soweit die Gerüchte überhaupt eine tatsächliche Unterlage besaßen, konnten sie sich nur darauf gründen, daß bereits vor einiger Zeit der Parteivorsitzende, Reichsfinanzminister Dietrich, Herrn Oberbürgermeister Dr. Külz gebeten hatte, ihn in der Ausführung bestimmter Vorstandsgeschäfte zu vertreten. Der Vorstand hat dieses Mandat gebilligt und gleichzeitig auch Herrn Abg. Dr. Weber gebeten, diese Stellvertretung mit Herrn Dr. Külz gemeinsam auszuüben.

Reichsfinanzminister Dietrich über die politische Lage

Die Sitzung des Gesamtvorstandes der Deutschen Staatspartei leitete Reichsfinanzminister Dietrich, der Führer der Deutschen Staatspartei, mit einem Vortrag über die politische Lage ein. Die gegenwärtige Situation, so führte der Redner aus, wird gekennzeichnet durch den Auszug der Rechtsopposition aus dem Reichstag. Es hat sich bereits schon jetzt erwiesen, daß dieser Auszug unüberlegt war, und es steht fest, daß er nicht auf eine Vergewaltigung durch die Mehrheit zurückzuführen ist. Die Nationalsozialisten im besonderen haben gefühlt, daß sie gegen diejenigen, die positive Arbeit im Reichstag zu leisten gewillt sind, nicht ankommen konnten, und gerade in den Ausschüssen des Reichstags ist ihre

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0163

mangelnde Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit klar erkennbar geworden. Bei dem Kampf mit den Nationalsozialisten handelte es sich nicht um eine Vergewaltigung, sondern darum, sie zum Verstand zu zwingen.

Jetzt wird es nun darauf ankommen, daß der Reichstag die ihm zugewiesenen Arbeiten erledigt, und daß

insbesondere der Reichshaushalt rechtzeitig und auf parlamentarischem Wege verabschiedet wird.

In den Ausschüssen ist bis auf einzelne Streitfragen die Hauptarbeit getan. Bei diesen Streitfragen handelt es sich um die bekannten Steuerwünsche. Die Reichsregierung hat ja bereits früher ihren Standpunkt dahingehend kundgetan, daß zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise die Produktion, also auch die

Einkommen- und Vermögensteuer nicht weiter belastet

wird. Reichsfinanzminister Dietrich wies alsdann auf die gegenwärtige Finanzlage hin. Im ganzen gesehen sind die Reichseinnahmen richtig geschätzt worden. Das Defizit ist groß, aber England und sogar Amerika haben größere und unerwartete Defizite. Bereits zu einem früheren Zeitpunkt war sich der Reichskanzler mit dem Reichsfinanzminister dahin einig, daß

Ende März mit den Ressorts noch einmal Verhandlungen zum Zwecke weiterer Einsparungen

stattfinden sollten. Die Frage ist jetzt, ob nach den Wünschen der Volkspartei diese Einsparungen im Etatgesetz festgelegt werden sollen. Die Frage, ob bei diesen Einsparungen in gesetzliche Rechte eingegriffen werden soll, verneinte der Reichfinanzminister. Die Einsparungen müssen vielmehr im wesentlichen bei den sachlichen Ausgaben erfolgen.

Reichsfinanzminister Dietrich kam danach auf die Reparationsfrage zu sprechen und wies in diesem Zusammenhang auf die Schlußbemerkung des Sachverständigenberichts hin. Damals ist in feierlicher Weise zum Ausdruck gebracht worden, daß eine Vorbedingung der Lösung des Reparationsproblems eine Zusammenarbeit der einzelnen Staaten sei.

Das Reparationsproblem sei nicht zu lösen, wenn in anderen Ländern uns gegenüber der Kredit verknappt wird und wenn gegenüber unserer Ausfuhr Dämme gebaut werden.

Im Hinblick auf unsere eigene Entwicklung wird es im Laufe der nächsten Monate darauf ankommen, die Handelspolitik mit der Agrarpolitik in vernünftiges ausgleichendes Verhältnis zu bringen. Dazu muß aber von agrarischer Seite auch selbst das Notwendigste geschehen. Es ist z. B. von der Regierung und von allen Sachverständigen auf die zu erwartende Schweineüberschwemmung hingewiesen worden. Wir haben gegenwärtig 24 Millionen Schweine in Deutschland und nun ist eine Preis-Baisse zu erwarten, wie wir sie seit Jahrzehnten nicht erlebt haben. Um die ausgesprochenen Warnungen hat man sich leider nur allzu wenig gekümmert. Leider verfangen in dieser Zeit rein wirtschaftliche Warnungen wenig, insbesondere gegenüber einer beispiellosen Hetze, die die Gemüter vernebelt und die Stimmungen aufpeitscht. Als Hauptproblem bleibt infolgedessen: gibt es eine Möglichkeit, das deutsche Volk in eine andere Geistesrichtung zu bringen?

Unsere Freunde von der Deutschen Staatspartei haben begriffen, daß der Kampf um den Staat und die Einstellung zu diesem Staat entscheidend ist.

Aber bedauerlicherweise ist im deutschen Bürgertum diese Erkenntnis noch längst nicht Allgemeingut geworden. Das Bürgertum ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0164

zersplittert. Die Bauern wissen nicht mehr, wohin sie gehören, und gewisse industrielle Kreise subventionieren immer noch die Nationalsozialisten, so daß Herr Hitler heute in einem Palais wohnen kann, vor dem — ich konnte mich bei meinem Münchener Aufenthalt davon überzeugen — ein Posten Wache hält. Erfreulicherweise ist bei einem Teil der komenden Generation der Wille zu klarem politischen Denken und die Fähigkeit zu sachlicher politischer Arbeit festzustellen. Aber auch hier bleibt noch viel zu tun.

So schwierig auch die Gegenwart ist, so ist

kein Grund zum Verzweifeln.

Unser Außenhandel hat sich noch leidlich behauptet und 85 v. H. unseres Lebensmittelbedarfs wird im Inlande erzeugt. Notwendig ist aber, daß auch das Ausland unsere Lage richtig erkennt und einsieht, daß unser aller Wohlergehen voneinander abhängt. Manchmal hat man den Eindruck, als ob sich z. B. Frankreich heute in dem Zustand befindet, in dem wir uns im Jahre 1873 befanden. Damals lebten w i r infolge der französischen Kriegsentschädigung im Geldüberfluß. Die Folge war die Gründerperiode, das Geld wurde in unsicheren Objekten angelegt und ging verloren.

Wenn wir das Schlimmste überwunden haben, so wird auch der Tag kommen, in dem unsere falschgeführten Volksgenossen erkennen, daß sie sich auf einem Irrwege befinden. Für uns heißt es jetzt, sachlich weiter arbeiten und die Nerven nicht verlieren. Das ist der beste Dienst, den wir dem deutschen Volke erweisen können.

Die Darlegungen des staatsparteilichen Führers fanden lebhafte und ungeteilte Zustimmung. An sie schloß sich eine hochstehende, fruchtbare Aussprache.

Dank und Vertrauen zu Dietrich

Wie innerlich geschlossen die Partei erfreulicherweise ist, das zeigte sich in der einstimmigen Annahme folgender Entschließung, die zugleich ein rückhaltloses Vertrauensvotum für die Parteiführung bedeutet:

„Der Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei d a n k t dem Parteivorsitzenden Reichsfinanzminister D i e t r i c h für die Entschlossenheit, Tatkraft und Klugheit, mit der er zäh und unbeirrt, durch seine finanzpolitische Arbeit die Grundlage geschaffen hat für die Festigung der staatlichen Ordnung und die Wege geebnet hat zur wirtschaftlichen Gesundung. Er hat damit zugleich nicht durch tönende Worte, sondern durch besonnene und sachliche Leistung die Voraussetzungen geschaffen, von denen aus allein auch die Befreiung des deutschen Volkes von den unerträglichen Reparationslasten weitergeführt werden kann.

Der Gesamtvorstand ist nach eingehender Aussprache über die A u f g a b e n u n d V e r a n t w o r t u n g e n d e r D e u t s c h e n S t a a t s p a r t e i in der gegenwärtigen politischen Situation einig und geschlossen in dem Willen, den vaterländischen Kampf der Staatspartei für die innere Befriedigung und äußere Befreiung, für die Festigung der staatlichen Autorität und für die Sicherung der Lebensgrundlage des Deutschen Volkes mit äußerster Kraft fortzusetzen. Nur dadurch kann der deutschen Wirtschaft in allen ihren Teilen das Vertrauen in den Erfolg ihrer Arbeit und der Wille, zu einem neuen Aufstieg alle Kräfte einzusetzen, wiedergegeben werden, nur so die Krise in Gewerbe und Landwirtschaft überwunden und der Not der Erwerbslosen gesteuert werden.

Der Vorstand ruft die Parteifreunde in Stadt und Land auf, die Reihen zu schließen zum Angriff gegen staatszerstörende und volksverniedrigende radikale Hetze.

Eine Anzahl von deutschen L ä n d e r n steht vor N e u w a h l e n. Diese Wahlen sind die Vorkämpfe für die künftige Gestaltung der deutschen Reichspolitik. Sie berühren deshalb nicht bloß die unmittelbar Beteiligten, sondern ihr Ausfall entscheidet über Lebensfragen des gesamten Volkes. Der Parteivorstand fordert die Freunde im Lande auf, unverzüglich und zu außerordentlichen Opfern bereit, für diese Kämpfe zu rüsten und zum Angriff zu schreiten.

Richtlinien

Die Beratungen der Richtlinien wurden durch ein programmatisches Referat des Abg. Dr. K ü l z eingeleitet. In der sehr fruchtbaren Aussprache traten wertvolle Anregungen zutage. Bei der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0165

Fülle der Vorschläge, die besonders auch aus dem Lande zahlreich eingegangen waren, erschien es untunlich, die Richtlinien zwischen Tür und Angel fertigzustellen. Es wurde vielmehr ein Ausschuß niedergesetzt, der sich aus den Reichstagsabgeordneten Külz, Heuß, Winschuh, Bäumer und Stolper, dem Landtagsabgeordn. Bartelt-Hannover, sowie Frau Beckmann-Hamburg, Schäfer-Köln, Weiß-Nürnberg, Rönneburg-Berlin und Reif-Berlin zusammensetzt. Der Ausschuß soll in Bälde zusamentreten. Etwaige weitere Anregüngen aus dem Lande werden umgehend an die Reichsgeschäftsstelle mit dem Kennwort „Richtlinien" erbeten.

Staatspartei und Reichsbanner

Erfreulicherweise konnte die Frage des Verhältnisses der Deutschen Staatspartei zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold eine völlig einmütige Erledigung durch den Gesamtvorstand finden. Vor einigen Wochen fand zwischen der Leitung der Deutschen Staatspartei und dem Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, Herrn Hörsing, eine Besprechung statt. Dabei erklärte Herr Hörsing das folgende:

„Das Reichsbanner ist Schutzwehr des Staates von Weimar. Die Arbeit des Reichsbanners ist streng überparteilich. In der Organisation des Reichsbanners soll volle Parität gewahrt bleiben. Falls gegen diese Grundsätze an einzelnen Stellen verstoßen werden sollte, wird die Leitung des Reichsbanners nachdrücklich einschreiten."

Reichstagsabgeordneter Dr. Külz teilte dieses Besprechungsergebnis in der Sitzung des Gesamtvorstandes mit. Es wurde ohne jeden Widerspruch festgestellt, daß überall dort, wo der Grundgedanke des Reichsbanners, Schutzwehr des Staates von Weimar zu sein und wo die volle Parität gewahrt wird, eine Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold auf der Linie der staatspolitischen Ziele der Deutschen Staatspartei liegt.

Organisation und Finanzierung

In der Sonntag-Sitzung des Gesamtvorstandes erstattete Abg. Nuschke ein Referat über den Aufbau der Organisation und die neue Finanzierung der Partei. Er hob dabei hervor, daß es im wesentlichen der aufopfernden Sammeltätigkeit Dr. Fischers zu danken sei, daß die Schuldenlast der Partei erheblich herabgedrückt werden konnte. Noch bleiben starke Verpflichtungen bestehen; aber es gilt jetzt für den Neuaufbau und die dazu erforderliche Werbetätigkeit Mittel flüsig zu machen. Es muß unser ernstes Ziel sein, die Finanzen der Partei auf eigene, feste und gesunde Füße zu stellen. Dazu ist im Lande notwendig, daß die Kassierer aller Ortsgruppen die Beiträge regelmäßig einziehen, und die Sekretariate durch Sondersammlungen finanziell gesichert werden. Bei allen Sekretariaten ist darauf zu sehen, daß nicht nur die Bezüge des Geschäftsführers aufgebracht werden, sondern darüber hinaus Geld für die notwendige sachliche Arbeit vorhanden ist. Die Reichsgeschäftsstelle muß ihre finanzielle Basis auf drei Wegen zu gewinnen suchen: 1. durch Beiträge der Fraktionsmitglieder, 2. durch die Reichsmitgliedschaft, 3. durch Schaffung eines Wochenblattes, dessen Bezug für alle einzelnen Parteimitglieder im Lande obligatorisch ist. Der Geschäftsführende Ausschuß empfahl den letzteren Vorschlag, und der Gesamtvorstand erhob ihn zum Beschluß.

Mit einem dringenden Appell des Parteivorsitzenden, energisch an die Arbeit zu gehen, schloß die erfolgreich verlaufene, stark besuchte Sitzung des Gesamtvorstandes.

Unsere Arbeit

Der Reichstagsabgeordnete E. Lemmer sprach ebenfalls in Königsberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0166

Oberpräsident Dr. h. c. Siehr sprach in Königsberg gelegentlich einer ostpreußischen Beamtentagung.

In Berlin sprach der Landtagsabgeordnete Dr. Bohner.

Der Landtagsabgeordnete Dr. Grzimek sprach auf einer Tagung der staatsbürgerlichen Jugend in Berlin.

In Berlin sprach am Prenzlauer Berg, in Schöneberg und Friedrichshain der Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer.

In Berlin-Wilmersdorf sprach Frau Dr. M.-E. Lüders.

In Schneidemühl sprach der Landtagsabgeordnete Wilhelm Kniest.

In Spremberg sprach Reichstagsabgeordneter Lemmer.

In Swinemünde sprach der Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer.

In Görlitz sprach Landtagsabgeordneter Kniest.

In Liegnitz sprach der preußische Handelsminister Dr. Schreiber.

Dr. August Weber sprach in Neu-Salz.

In Sagan sprach Dr. Goepel.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, sprach in Gerbstedt und in Eilenburg.

Landtagsabgeordneter Dr. Bohner sprach in Nordhausen a. H.

In Bremen sprach Frau Dr. M.-E. Lüders.

Landtagsabgeordneter Nuschke sprach in Erfurt und in Eisenach.

Der Parteitag der Staatspartei Groß-Thüringens fand in Erfurt statt. Vorsitzender wurde Dr. Ehlers-Jena. Referate wurden gehalten vom Landtagsabgeordneten Otto Nuschke und dem thüringischen Landtagsabgeordneten Kallenbach.

Reichstagsabgeordneter Ernst Lemmer sprach in Nordhausen a. H.

In Oldenburg sprach Frau Dr. M.-E. Lüders.

In Blankenburg sprach Dr. Reif.

In Hannover sprachen der Landtagsabgeordnete Otto Nuschke und Frau Dr. M.-E. Lüders.

In Bielefeld sprach E. Lemmer, M. d. R.

Reichstagsabgeordneter E. Lemmer sprach in Hagen.

In Frankfurt am Main sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Reinhold, nachdem Dr. Sunank in einer Wahlkreisvorstandssitzung über die organisatorische Arbeit gesprochen hatte. Weiterhin sprach Dr. Reinhold in Wiesbaden.

In Frankfurt am Main fanden eine Reihe von Bezirksversammlungen zum Kampf gegen den Nationalsozialismus statt.

Dr. August Weber sprach in Friedberg auf einer Tagung von Kreisvereinen, Ortsgruppen und Vertrauensleuten sowie in einer öffentlichen Versammlung.

Landtagsabgeordneter Kniest sprach in Melsungen.

Der Wahlkreisverband Düsseldorf-Ost und -West hielt in Werden eine Wochenendtagung über die Wirtschaftsprobleme der Gegenwart ab, auf der Dr. Dechamps, E. Schaffenburg und Becker (Duisburg), wie Dr. Hoffmann (Essen), Dr. Schäfer (Köln) und Schneider (Oberhausen) Referate hielten.

Der Vorsitzende der Partei, Reichsfinanzminister Dietrich, sprach in München und in Augsburg; gelegentlich des bayerischen Landesparteitages in Regensburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0167

Staatsminister a. D. Professor Dr. Apelt sprach in Zwickau.
Frau Dr. M.-E. Lüders sprach in Bruchsal.
Frau Dr. M.-E. Lüders sprach in Bruchsal, in Karlsruhe und in Lahr.
Dr. G. Stolper, M. d. R., sprach in Darmstadt.
In Hamburg fanden in allen Bezirken der Stadt und des Hamburgischen Landgebietes über 30 Versammlungen gegen die Nationalsozialisten statt.
Reichstagsabgeordneter Lemmer sprach in Altena.

Presseschau

Die Zukunft der Mitte.

In der „Germania" (Nr. 111 vom 7. 3.) lesen wir unter dem obigen Titel:

„Was kann der Mitte außerhalb des Zentrums helfen? Das ist eine Sorge, die in erster Linie diese Mitte selbst angeht. Aber, da staatspolitische Interessen auf dem Spiele stehen, ist es nicht nur eine Parteisorge, sondern eine allgemein-politische Sorge. Uns erscheinen die Dinge so: an der Erhaltung der bürgerlichen Mittelparteien in ihrem gegenwärtigen Zustand dürfte das deutsche Volk kein sonderliches Interesse haben. Wenn die Mitte außerhalb des Zentrums eine Zukunft haben und Anziehungskraft auf weitere Kreise des deutschen Volkes ausüben soll, dann ist u. E. zweierlei nötig: erstens die Wiederaufnahme der Sammlungsbestrebungen, die nicht in letzter Linie durch das Verschulden der volksparteilichen Führer gescheitert sind, und zweitens das schwankenlose und entschlossene Festhalten an einem klaren Kurs der Mitte. Gerade in letzter Beziehung lassen die Gruppen rechts vom Zentrum viel zu wünschen übrig. Wenn volksparteiliche Politiker glauben, einerseits das Kabinett Brüning unterstützen zu müssen, andererseits aber bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit dem Nationalsozialismus Liebenswürdigkeiten sagen zu sollen, dann glauben wir nicht, daß von dieser Politik des Halb und Halb eine starke Werbekraft ausgeht. Die Erfahrung lehrt, daß das Volk nur zu solchen Parteien Vertrauen hat, die zu sich selbst Vertrauen haben. Der Platz rechts von der Deutschen Volkspartei ist bereits besetzt. Durch Konzessionen, auch durch halbe Konzessionen an die dort herrschende Idee kann sie nichts gewinnen. Man kann nicht gleichzeitig der Mitte und der Rechten dienen. Dann macht man Hugenbergs Wort von der „faulen Mitte" wahr und man besiegelt seinen eigenen Untergang. Man muß es der Rechten oder der Linken überlassen, Anschluß an die Mitte zu suchen, nicht umgekehrt. Im gegenwärtigen Augenblick gibt es nur eine Wahl: entweder den Radikalismus unterstützen, oder aber ohne mit der Wimper zu zucken den Kurs des Kabinetts Brüning mitgehen. Die Volkspartei mag, wie andere Parteien, ihren Antimarxismus betonen. Aber einer selbständigen Partei unwürdig ist es, alles, was von der Sozialdemokratie kommt, schon aus diesem Grunde abzulehnen und sich durch die Mitarbeit sozusagen kompromittiert zu fühlen.

Die politische Mitte in Deutschland hat ihre Zukunft selbst in der Hand. Entweder gelingt es ihr, Hugenbergs Wort von der „faulen Mitte" ad absurdum zu führen, oder sie bereiten ihre weitere Schwächung und Diskreditierung vor, und den Schaden dabei hat das deutsche Volk."

„Erneuerung."

Bei der Hauptversammlung des „Bundes für Erneuerung des Reichs" hielt Reichsbankpräsident Dr. Luther eine Ansprache, der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0168

wir (nach dem Bericht im „Berliner Börsen-Courier", Nr. 129 vom 18. 3.) folgendes entnehmen:

„Die Forderung der Reichsreform als von etwas Selbstverständlichem, die Forderung besonders, daß der Dualismus Reich—Preußen zu beseitigen sei, ist Gemeingut einer immer mehr sich verbreitenden Oeffentlichkeit geworden. Nur die Formen, in denen man sich die Reichsreform und etwa die Herstellung einer Realunion zwischen Preußen und dem Reich vorstellt, zeichnen sich in den einzelnen Führerköpfen noch verschieden ab, eine Verschiedenheit, die im Laufe der Zeit immer mehr abnimmt.

Selbst die harte Not der Gegenwart würde leichter zu meistern sein, wenn die Reichsreform schon Wirklichkeit wäre. Würde eine entschlossene Reichsreform jetzt durchgeführt, so würde sie sich als eines der stärksten Mittel erweisen, um aus den Schwierigkeiten Deutschlands herauszuführen. Nichts würde die deutsche Lage dem Ausland gegenüber mehr verbessern, als ein Umbau des Staates in solcher Zeit, der die Volkskraft zu höchster Wirksamkeit bringt. Die Reichsreform würde dem Ausland als das zweite Wunder der Rentenmark erscheinen.

Es darf auch nicht wieder vorkommen, wie in den Jahren nach Ablauf der Stabilisierungszeit, daß alles, was ein kräftiger Staatswille und ein diesem Staatswillen sich hingebendes Volk in Selbstbeschränkung und eiserner Arbeitszucht geschaffen hat, mit leichter Hand aufgegeben und abgebaut wird. Nur unter Zusammenfassung der Reichs- und preußischen Staatskraft kann bei gleichzeitiger Durchführung des sonst zur Reform Erforderlichen eine dauerhafte Führung geschaffen werden, die den Staat und das Volk der Deutschen wirklich führt.

Nie hat es in der Geschichte eine Zeit gegeben, die mehr geeignet war, ein innerlich festes Deutschland zu bauen. Nicht nur der Druck der Not gibt Spielraum allen, die mit der Innehaltung einer Führerstellung ein volles Gefühl dafür verbinden, welche geschichtliche Verantwortung auf ihnen ruht. Trotz aller Zersetzungserscheinungen, die an der politischen Oberfläche des Lebens sich in dem deutschen Parteiwesen vollziehen, befinden wir uns in einem Prozeß der Volkwerdung Nachdem das deutsche Volk länger als andere Völker in einer Unbewußtheit seines Nationalen geblieben ist, nachdem die erste Stufe nationaler Bewußtwerdung —im Bismarckreich — sich mehr auf das Staatliche als auf das Volkliche bezogen hat, sieht sich und fühlt sich das deutsche Volk auf sich selbst als Volk gestellt. Das ist im Grunde so schon seit Ausbruch des Weltkrieges.

Wie es jedoch im Kriege auf den Geist der kämpfenden Truppe ankommt, so ist es Aufgabe der Gegenwart, dafür zu sorgen, daß der Geist des Deutschtums nicht etwa durch eine allzu rationalistische Behandlung der Probleme geschwächt wird. Dies darf gerade in der Arbeit des Erneuerungsbundes nicht übersehen werden.

Die Erhaltung der geistig-politischen Grundlagen des Deutschtums wird von besonderer Bedeutung da sein, wo das Thema selbst zu ganz rationaler, ja fast rechenmäßiger Behandlung verlockt. Ich will als Beispiel vom Finanzausgleich sprechen.

Es ist durchaus denkbar, daß von der Seite eines nicht mehr aufschiebbaren Finanzausgleichs die innere Neuordnung Deutschlands und damit die große Reichsreform erzwungen werden wird. Dennoch möchte ich die Warnung aussprechen, daß man keinesfalls vom Finanzausgleich her so etwas wie eine Ueberrationalisierung des deutschen Staatslebens anstreben sollte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0169

Immer wieder muß auf das vom Bunde so oft ausgesprochene Ziel hingewiesen werden, zwar eine starke einheitliche Reichsgewalt zu schaffen, gleichzeitig aber in den Regionen, seien es Länder oder Provinzen, und in den Städten und anderen Gemeinden ein selbstverantwortliches Eigenleben zu erhalten und zu fördern. Vielleicht ist es jetzt die letzte Stunde, um alle, die das Leben des deutschen Volkes als politisches Leben fühlen, zu einer aufbauenden Einheitsfront zusammenzuschließen. Das Politische sollte immer das Entscheidende bleiben, auch wenn zur Neuordnung des Reiches vorübergehend das Finanzielle sich in den Vordergrund des allgemeinen Interesses schiebt.

Das Deutsche Reich und das deutsche Volk, das über die Grenzen des Deutschen Reiches als seines Hauptstaates hinweg besteht, hat keinen so festen umhegten Platz auf der Erde, sie sind beide nicht so aus der Hand des Schöpfers hervorgegangen, daß sein Staatswesen überall das gleiche Gesicht haben könnte. Im Norden und im Osten braucht Deutschland die stärkere Versteifung, weil die großen außenpolitischen Gefahren und Bedrängnisse in einer Linie, die hauptsächlich als die Ostwestlinie bezeichnet werden kann, auf den deutschen Volkskörper einwirken. Das entscheidende Problem der Reichsreform liegt hier. Es liegt darin, bei Schaffung eines starken Reiches Preußen als Ganzes dem Reichskörper einzuverleiben und so die vom Staate Preußen vollzogene Leistung der straffen Zusammenfassung zu erhalten zur Abwehr und in Festigkeit, wobei es durchaus möglich und innerlich geboten ist, dem Eigenleben der einzelnen Teile durch Pflege des Selbstverwaltungsgedankens und der Heimatempfindungen neue Befruchtung zuzuführen. Dieses Problem der Realunion zwischen Reich und Preußen bestand schon zu Bismarcks Zeiten und ist von dem großen Staatsmanne nach den Bedingungen der damaligen Zeit vorbildlich gelöst worden. Unter den veränderten Verhältnisen der Gegenwart muß die Lösung eine andere sein, da die Voraussetzungen, von denen Bismarck beim Reichsbau ausging, sich geändert haben."

Bücherschau

Antonina Vallentin: Stresemann. Vom Werden einer Staatsidee. Paul List Verlag. Berlin. 1930. 325 S. Lwd. 10,— RM.

Die Darstellung einer Frau, die dem politischen Kämpfer den Lorbeer zuerteilen möchte. Es ist immer schwer, eine Biographie zu vollenden in einem Augenblick, in dem das Werk des Menschen in seiner letzten Auswirkung noch nicht wertbar ist. Wenn wir auch mit der Darstellung politischer Ereignisse nicht immer einverstanden sein können, so war es uns doch von Interesse, den Staatsmann von einer Frau geschildert zu sehen, die ihn uns menschlich näherbringt. Nicht Verhandlungsdarstellungen u. ä. an sich sind wesentlich, sondern deren innere Verarbeitung durch den führenden Politiker. Nicht der Kampf als solcher ist so bewundernswert, den er geführt, sondern der Geist einer ehrlichen, tiefen und vaterländischen Begeisterung, aus dem heraus er mit dem Willen des letzten, persönlichen Einsatzes ausgetragen wurde. Ein Vorbild, der Mann bei seinem bewußten Opfergang. Vaterländische Politik ist selten Politik der Masse. Sie ist aber immer die Politik eines festen und unerschütterlichen Glaubens und eines zielbewußten, unbeugsamen Willens.

Eduard His: Basler Staatsmänner des 19. Jahrhunderts. Benno Schwabe u. Co., Verlag. Basel. 1930. 271 S. Lwd. 9,60 RM.

Hervorgegangen aus einer soziologischen Studie zur Basler Wirtschaftsgeschichte, vermittelt das Buch an Hand von feinen biographischen Darstellungen einen Blick in die politische und soziale Geschichte Basels des vorigen Jahrhunderts. Auch die kulturgeschichtliche Entwicklung findet im Anschluß daran ihre Würdigung. Es ist eine Freude, dieses Buch als ein Zeugnis kultivierter Geschichtsbetrachtung zu lesen. Man glaubt bei His einen Hauch Jakob Burckhardtscher Darstellungsart zu verspüren, einen Hauch, der über allem Erleben des Alltags weht und das geistige Werden an seinen äußeren Formen erkenen läßt.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Joachim Hild, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Verlag: Demokratischer Zeitungsdienst G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0170

BLÄTTER DER
STAATSPARTEI
ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI
1. Jahrgang Berlin, 20. April 1931 Nummer 8

Aufgaben der deutschen Landwirtschaft

Von * * *.

Die schwere Krise, unter der die deutsche Wirtschaft leidet, lastet ganz besonders auf der deutschen Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft ist aber noch immer das wichtigste und bedeutungsvollste Glied der deutschen Volkswirtschaft. Zwar leben heute nur noch etwa 23% der deutschen Gesamtbevölkerung von ihrer Betätigung im land- oder forstwirtschaftlichen Beruf. Von der Zahl der Erwerbstätigen entfallen aber 30,5% auf die Landwirtschaft, und von dieser Zahl sind über die Hälfte Frauen. Die landwirtschaftliche jährliche Gesamtproduktion umfaßt einen Wert von etwa 13 Milliarden Mark. Davon verbraucht die Landwirtschaft selbst etwa für 4 Milliarden RM. Für 9 Milliarden RM. landwirtschaftliche Erzeugnisse gehen an die übrige Bevölkerung, die sie allerdings mit etwa 18 Miliarden Mark bezahlt. Nach der Feststellung des deutschen Landwirtschaftsrates liefern die bäuerlichen Betriebe (20—400 Morgen) 68% aller pflanzlichen Erzeugnisse, mit denen der Markt beliefert wird, während sie von den tierischen Erzeugnissen sogar 79% anliefern. Ein Produktionsrückgang der landwirtschaftlichen Produktion von etwa 10% macht also 1,3 Milliarden RM. aus, der von der Verbraucherschaft mit 2,6 Milliarden RM. bezahlt werden muß. Das ist erheblich mehr, wie die jährlichen Reparationsverpflichtungen Deutschlands betragen.

Die Ursachen der landwirtschaftlichen Krise sollen hier nicht im einzelnen erörtert werden. Auf einige besonders wichtige Fragen sei aber kurz eingegangen. Der Druck des verlorenen Krieges, das gestörte politische und wirtschaftliche Gleichgewicht, die Wirkungen der Kriegsfolgen und die Verheerungen der Inflation kommen erst jetzt zur vollen Geltung. Es ist aber eine maßlose Uebertreibung, wenn alle unsere Nöte auf die Reparationszahlungen zurückgeführt werden.

Der Hauptgrund der Weltwirtschaftskrise liegt zweifellos in einer starken Ueberproduktion. Die Produktionsfähigkeit aller Wirtschaftszweige ist in einem Maße fortenwickelt worden, mit dem die Konsumentenkraft nicht Schritt halten konnte. Für Deutschland macht sich besonders nachteilig die

Auswirkung eines Rationalisierungsprozesses

geltend, den wir in übertriebener Nachahmung Amerikas durchgeführt haben, obwhol unsere Situation eine wesentlich verschiedene ist. Amerika kam zur Rationalisierung, weil es für seine Arbeitsplätze nicht genügend Arbeitskräfte in der Zeit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0171

der Prosperität hatte, während wir vor dem Problem stehen, Arbeitsplätze für unseren Ueberschuß an Arbeitskräften zu finden. Durch die übertriebene Rationalisierung in Deutschland sind Milliarden an Kapital investiert worden, die keinerlei Rente bringen. Zugleich sind Millionen von Arbeitskräften freigestellt, deren Existenzerhaltung uns auf das stärkste belastet.

Für die Landwirtschaft hat die Erschließung neuer Anbaugebiete, die immer stärker durchgeführte Maschinisierung zu einer starken Vermehrung der Erzeugung geführt. Andere Fortschritte der Technik, wie beispielsweise das Kühlverfahren, haben es ermöglicht, leicht verderbliche Nahrungsmittel aus den fernsten Gegenden in die großen Verbraucherzentren zu führen.

In der amerikanischen Landwirtschaft wurden in der Zeit von 1920—1928 rund 3 Millionen Arbeiter durch Maschinen verdrängt und 3 Millionen Pferde durch Traktoren ersetzt. — Die immer stärkere und zweckmäßigere Verwendung von Kunstdünger, die sorgfältigere Auswahl von Samensorten hat in Einzelfällen zu Produktionssteigerungen von 50—60% geführt. Der Weltweizenvorrat betrug 1922 rund 38 Millionen, heute dagegen 72 Millionen Doppelzentner.

Dem Ueberangebot auf dem Weltmarkt steht auf der anderen Seite eine Minderung der Konsumkraft gegenüber. Das hat zu einem völligen Zusammenbruch der Preise, auch für die Agrarprodukte, geführt. Dafür aber sind vielfach die Preise der Produktionsmittel und der Bedarfsgegenstände für die Landwirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen. Hinzu kommen die erhöhten Steuer- und Soziallasten sowie die naturgemäß und notwendigerweise gestiegenen Löhne.

Die Kriegs- und Inflationszeit hat die deutsche Landwirtschaft in ihrer Produktionstechnik zum Stillstand und damit zum Rückschritt geführt; während die Landwirtschaft in anderen Ländern, z. B. in Holland und Dänemark, diese Zeit zu nutzen wußte, um die Ergebnisse der Agrarwissenschaft und Technik für sich auszubeuten und in dieser Zeit zum Aufbau eines mustergültigen Absatzwesens zu gelangen. Damit hat sie einen riesigen Vorsprung vor der deutschen Landwirtschaft bekommen. Es werden Jahre angespanntester und planmäßiger Arbeit dazu gehören, um ihn einzuholen.

Ein Heilrezept mit sofortiger Wirkung, einen „Retter", der Wunder schaffen kann, gibt es nicht. Das hat auch der frühere Landbundpräsident und Führer der „Grünen Front", der jetzige Reichsernährungsminister Schiele zur Genüge erfahren.

Eine dringende Aufgabe der Landwirtschaft ist die

Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf die Markterfordernisse.

Dabei sollte man sich leiten lassen von den Ziffern des tatsächlichen Verbrauches. Ein Bild über den Gesamtverzehr in landwirtschaftlichen Erzeugnissen zeigt (nach Prof. Dr. Brandt) für den Fleischverbrauch mit 33,8%, Eier und Gemüse 8,7 %, milchwirtschaftliche Erzeugnisse 22,8%, das sind 65,3%, also fast $^2/_3$ des Gesamtverzehrs. Die Kartoffeln machen nur 4,5% aus, Getreide und Hülsenfrüchte 22,3%. Dabei entfällt von diesen noch ein sehr großer Teil auf den Eigenverbrauch in landwirtschaftlichen Betrieben.

Das Schwergewicht der landwirtschaftlichen Erzeugung liegt also auf den Veredlungsprodukten. Dabei ist der Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0172

brauch an Brotgetreide in Deutschland in den letzten fünf Jahren um etwa 10% gefallen, in Amerika um 15%. Den gleichen Rückgang zeigt der Kartoffelverbrauch. Gestiegen ist aber der Verbrauch in milchwirtschaftlichen Produkten von 1924 bis 1929 von 100 auf fast 109%, von Eiern von 100 auf 119%, von Gemüse auf 108,4%. Gerade die Produkte aber, wie Brotgetreide und Kartoffeln, von denen der Verbraucher aus bestimmten Ursachen abwandert, versucht man durch Preisstützungsaktionen zu höheren Preisen zu bringen, während in den Veredlungsprodukten, die wir selbst erzeugen können, in immer wachsendem Maße das Ausland den deutschen Markt versorgt. Es steht aber zu erwarten, daß die immer weniger verbrauchten Produkte durch höher getriebene Preise einen weiteren Verbrauchsrückgang erfahren werden, so daß dadurch die Schieleschen Preisstützungsaktionen, z. B. für Roggen, die ohne Erfolg 130 Mill. Steuergelder verbraucht haben, fehlschlagen müssen.

In den Veredlungsprodukten hat in den Jahren 1927—1929 die Einfuhr einen Durchschnittswert von 1,6 Milliarden gehabt. Allerdings könnte hier der Verbraucher zur Besserung mithelfen.

Im Jahre 1929 führten wir t ä g l i c h aus dem Auslande ein für

378 000 RM. Gemüse
184 000 RM. Aepfel und Birnen
230 000 RM. Apfelsinen
132 000 RM. Bananen
1 550 000 RM. Milch, Butter, Käse
1 220 000 RM. Weizen
770 000 RM. Eier
180 000 RM. Südwein
324 000 RM. Französische Parfums
265 000 RM. Kunstseide
160 000 RM. Amerikanische Kraftfahrzeuge.

Hier helfen keine Einfuhrverbote, wenn wir unseren Handelsverkehr mit anderen Ländern nicht ruinieren wollen, was im Interesse der deutschen Industrie untragbar ist. Hier hilft nur die S e l b s t z u c h t d e s d e u t s c h e n V e r b r a u c h e r s. Auf der anderen Seite muß aber der deutsche Landwirt in seiner Erzeugung, genau wie die Industrie das immer getan hat, sich planmäßig auf das einstellen, was der deutsche Verbraucher zu kaufen wünscht. Auch für die Landwirtschaft muß, wie bei der Industrie, der „Dienst am Kunden" die alleinige Richtschnur ihrer Produktion sein.

Ihre Erzeugnisse müssen, sowohl in einheitlicher Qualität, wie in genügender Menge und sorgfältiger Verpackung jederzeit für den Handel zur Verfügung gestellt werden können. Dazu ist eine besondere Förderung und ein besonderer Schutz der landwirtschaftlichen Veredlungsproduktion notwendig; der Schaffung mit einer wirklichen Absatzorganisation ist auch die Möglichkeit der Lösung des Preisproblems gegeben. Der Wille zur Selbsthilfe ist in weiten Kreisen unserer Landbevölkerung vorhanden, der unterstützt werden muß durch staatliche Hilfe und Förderung sowohl wie auch von dem Verständnis der deutschen Verbraucherschaft. Dann wird auch der Landwirtschaft ihre Leistungsfähigkeit wieder gegeben und erhalten werden. Dann wird durch die Wiederherstellung ihrer Kaufkraft auch ein Strom der Belebung ausgehen auf den deutschen Binnenmarkt zu Nutz und Frommen unserer Industrie, unseres Handels, Handwerks und Gewerbes.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0173

Die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften

Von Ernst Grünfeld.

Nachdruck, auch auszugsweise, nicht gestattet.

Das deutsche Genossenschaftswesen ist ein Kind des Liberalismus. Schulze-Delitzsch hat es geschaffen, indem er die Anregungen, die die Zeit ihm bot, aufnahm und verwirklichte. Raiffeisen, der es einigermaßen für die armen Landbewohner von damals umgestaltete, ist ein Nachahmer von Schulze-Delitzsch gewesen (womit seine Verdienste um nichts geschmälert werden sollen), aber der überwiegende Teil des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens hat sich nicht einmal so weit von Schulze-Delitzsch entfernt, wie Raiffeisen, sondern ist unter Führung des späteren nationalliberalen hessischen Politikers Wilhelm Haas in enger Tuchfühlung mit dem von Schulze-Delitzsch begründeten Genossenschaftswesens geblieben, dessen Kern bis 1920 der „Allgemeine Verband" war (heute „Deutscher Genossenschaftsverband"). Dieser Allgemeine Verband ist bis vor dem Kriege unter Männern wie Schenk und Hans Crüger ein Hort des Liberalismus und der Demokratie geblieben.

Die Trennung des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus, die Scheidung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie, eingeleitet und sichtbar gemacht durch die Kontroverse Lassalle—Schulze-Delitzsch, sind das Entscheidende an der Geschichte des deutschen Bürgertums und des deutschen Liberalismus. Ihr Ergebnis ist, daß sowohl das deutsche mittelständische wie das proletarische Genossenschaftswesen keine Fühlung mehr mit der Partei hat, die sich als Nachfolgerin des Liberalismus und der Demokratie ansieht.

Das deutsche ländliche Genossenschaftswesen, in der Hauptsache eine Sache des ländlichen Mittelstandes,

braucht natürlich auch politische Anlehnung. Es hat sie bei den Rechtsparteien und beim Zentrum gefunden.

Auch das ist bezeichnend: alle Ansätze zu einer Bauernbewegung haben keinen demokratischen Charakter angenommen, sondern einen mehr oder weniger konservativen (ausgenommen den bayrischen Bauernbund und einige kleine Gruppen) und stehen unter der Führung von Persönlichkeiten, die entweder aus dem Großgrundbesitz stammen oder ihm nahestehen.

Eine weitere Besonderheit des deutschen ländlichen Genossenschaftswesens ist, daß es vorwiegend auf Kreditgenossenschaften, Einkauf- und Molkereigenossenschaften basiert. Dagegen hat es zum Unterschied von Dänemark, Holland, den Vereinigten Staaten, Kanada den genossenschaftlichen Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse nicht entwickelt. Begreiflich, denn unsere Agrarpolitik hat durch Zollschutz und gute Einrichtungen für Hypothekenkredite wie durch den stark entwickelten genossenschaftlichen Personalkredit unsere Landwirte von dem Druck befreit, der die dänischen, holländischen usw. Landwirte gezwungen hat, sich

mit Hilfe genossenschaftlichen Zusammenschlusses einen Markt für ihre Erzeugnisse zu schaffen.

Neuerdings wird unter Aufwendung gewaltiger staatlicher Mittel versucht, das Versäumte nachzuholen. Aber es ist noch keineswegs sicher, daß es gelingt, wenigstens nicht rechtzeitig, um die Agrarkrise zu lindern. Denn der Ruf nach Zollschutz ist zu stark in der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0174

deutschen Landwirtschaft, und das Vertrauen auf die eigenen Kräfte ist erschüttert. Auch ist es fraglich, ob in einem Lande des Hochschutzzolles gelingt, was in Freihandelsländern wie Holland und Dänemark gelungen ist.

Die größte Veränderung im ländlichen Genossenschaftswesen seit dem Kriege ist die sogenannte „Rationalisierung", d. h. eine Konzentration fast aller ländlichen Genossenschaftsverbände, die unter staatlichem Druck und unter Aufwendung staatlicher Mittel gelungen ist. Die Durchführung ist noch nicht vollständig. Die Spitzen und teilweise die mittleren Glieder sind vereinigt, aber längst noch nicht alles übrige. Die Reichsregierung, die bei dieser Aktion maßgebend war, wollte Vorarbeit für die Organisation des genossenschaftlichen Warenabsatzes schaffen und hat ihren Willen durchsetzen können, weil die ländlichen Genosenschaften in starker Geldverlegenheit waren. Der Zusammenbruch der Raiffeisenbank, der Genossenschaften des Reichslandbundes und andere weniger auffallende Schwierigkeiten des ländlichen Genossenschaftswesens waren der Anlaß, daß die Rationalisierung zunächst eine Sanierung geworden ist. Im Zuge der Aktion sind die agrarischen Parteien aufgetreten und haben bewirkt, daß die Rationalisierung sich nicht nur auf die zwei großen Verbände erstreckte, sondern auch kleinere Verbände einbezog, vor allem den Genossenschaftsverband des Reichslandbundes, der trotz seiner Kleinheit in arger Fehde mit den beiden großen und alten Verbänden (Raiffeisen und Reichsverband) gelegen hatte. In dem neugeschaffenen Einheitsverbande sind nun auch die Vertreter des Reichslandbundes und die ihm nahestehende Rentenbank-Kreditanstalt einflußreich, und so haben wir eine genossenschaftliche Einheitsorganisation, die eines Tages, wenn sie als Absatzorganisation maßgebend wird,

eine Art landwirtschaftliches Kartell

darstellen kann. Aber auch wenn das nicht geschieht, ist durch den Zusammenschluß ein Machtapparat geschaffen, der nicht übersehen werden kann, besonders wenn er in Verbindung mit agrarischen politischen Mächten auftritt.

Das Reich kann schon deshalb an dieser monopolartigen Organisation nicht vorbei, weil es durch die Preußenkasse (Preußische Zentralgenossenschaftskasse) ihr Bankier geworden ist. Die Preußenkasse, 1895 vom preußischen Staate errichtet, hat allmählich ihr Arbeitsgebiet über das ganz Reich erstreckt, und sogar die selbstbewußten Bayern haben es nicht verschmäht, von dieser preußischen Staatsbank zu borgen. Allmählich sind die verbandseigenen Zentralbanken der ländlichen Genossenschaften verschwunden. Als letzte die Raiffeisenbank, und nun verkehrt die Preußenkasse direkt mit den Verbandsbanken der einzelnen Gaue und Provinzen, die zum Teil sehr stark sind. Aber sie sind alle Kunden der Preußenkasse, und im Herbst 1927, in dem diese sich zu stark in ländliche Kredite festgefahren hatten, mußten so große Mittel von Preußen aufgebracht werden, um die Preußenkasse flott zu machen, daß bald darauf auch das Reich sich mit 70 Millionen Reichsmark an der Preußenkasse beteiligt hat. So ist zwar immer noch die Preußenkasse preußisch, aber das Reich ist Großaktionär, also mit Preußen zusammen der Bankier der deutschen Dorfbanken und ländlichen Waren- und Arbeitsgenossenschaften.

Wird das Reich je widerstehen können, wenn die agrarischen Parteien und alle die, die sich bei der Landwirtschaft beliebt machen wollen, Kredite verlangen? Ist die wirtschaftliche Unab-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0175

hängigkeit einer Bank gesichert, die politisch von den Kunden der Bank beherrscht wird? Solche und ähnliche Fragen machen das wirtschaftlich so interessante Gebiet des ländlichen Genossenschaftswesen auch politisch interessant.

Diese Fragen werden um so bedeutsamer, wenn man sich vergegenwärtigt, daß wir 1930 40 845 landwirtschaftliche Genossenschaften hatten, darunter 20 457 Spar- und Darlehnskassen, so daß auf 1548 Einwohner und 704 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche eine Genossenschaft kam (1895 waren die Verhältniszahlen 7287 und 1548). Uebrigens sind die Dorfbanken vielfach die Sparbanken der Arbeiter, Gewerbetreibender, Renter usw., die in ihrem Bereich wohnen. Die Verbreitung des ländlichen Genossenschaftswesens ist also gewaltig, und es lohnt, sich mit ihm zu beschäftigen.

Die Dithmarscher Landesschule in Lunden

Von Ernst Kracht.

„Ein Volk, das mit Lust und Liebe die Ewigkeit seines Volkstums auffaßt, kann zu allen Zeiten sein Wiedergeburtsfest und seine Auferstehung feiern."

Unter dieses Wort hat unsere engere Heimat Schleswig-Holstein bei der Durchführung ihrer Aufgaben als Grenzmark des Nordens sich gestellt. Nicht um in Eigenbrödelei und Sondertum zu verfallen, sondern um die tiefsten sittlichen, religiösen und wahrhaft vaterländischen Kräfte frei zu machen, pflegt man in der Nordmark heimatliche volkstümliche Art und Sitte. Schleswig-Holstein ist ein altes Bauernland. Bäuerliche Kultur drückte dem Volkswesen jahrhundertelang hindurch ihren Stempel auf. Das Zeitalter der Technik und der Maschinen ließ so wenig wie anderwärts diese Entwicklung unberührt. Neben die dörfliche Gemeinschaft mit ihren Bindungen in Familie und Sippe trat die großstädtische Kultur. Beide Kulturkreise haben ihre Berechtigung, sofern sie echt und wahr sind. Leider erlag nur das Landvolk oft zu leicht der seelenlosen Nachahmung und dem Abklatsch falsch verstandener Vorbilder. Heute bedauern wir das schwächliche Preisgeben heimatlicher Art, bodenständiger Gestaltung der Umwelt, die rücksichtslose Entstellung des Landes. Wenn auch die Kultur nur Form ist, sie ist doch das sichtbare Zeichen des Volksgeistes, das aus den Tiefen der Volksseele schöpfend, immer neu dieses Gewand sich schafft. Und es ist nichts Zufälliges, das mit dem Schwinden der Volkskultur auch der seelische Gehalt der Volksgemeinschaft sich löst.

Ohne Heimat- und Kulturpflege ist die Wohlfahrt des Landvolkes nicht denkbar.

In der besonderen und vielgestaltigen Art unseres Volkstums liegt zugleich der Reichtum des deutschen Wesens. So fühlt auch der heimattreue Schleswig-Holsteiner wahrhaft deutsch, weil er sich bewußt ist, daß auch sein Volkstum der Bereicherung aus dem Quell deutschen Geisteslebens unendlich viel verdankt. Wie die Erhebung Schleswig-Holsteins einstmals zur Erfüllung des tiefen Sehnens nach dem größeren deutschen Vaterlande werden sollte, so weisen die kulturpolotischen Bestrebungen in Schleswig-Holstein immer wieder auf dieses größere Vaterland hin, mit dessen Schicksal auch unser Geschick untrennbar verbunden ist. Ihr Ziel ist, das lebendige Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Deutschen jenseits der Grenze zu erhalten, um neben dem deutschen Land die deutsche Seele zu gewinnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633449193 1-18/fragment/page=0176

Schöpferische Gestaltung unseres Stammestums ist die große, nie endigende Aufgabe der Grenzlande, so auch die unsrige. Hier liegt vor allen Dingen die Arbeit derer, die für die heranwachsende Jugend sich verantwortlich fühlen. In ihr steckt unsere starke Zukunftskraft. Es gilt, sie lebendig zu machen, so lebendig und wirkungsvoll, daß in jenem kulturpolitischen Kampfe uns immer wieder Frauen und Männer mit warmem Herzen und weitem Blick erstehen, stark genug, dem Ansturm der Wogen, die vom Norden her heranrollen, standzuhalten.

Unter allen Bestrebungen, die der Heranbildung von Führern aus der Jugendbewegung dienen, nimmt die Volkshochschularbeit eine besondere Stellung ein. Wir denken dabei nicht an jene Volkshochschularbeit, wie sie das Drängen der Massen nach Wissen — weniger leider nach Bildung — im ersten Feuer der Begeisterung in fast allen Städten nach dem Zusammenbruch erstehen ließ, von denen die meisten aber bald wieder verschwinden müssen, sondern an die Heimschulen, welche die reifere Jugend auf längere Zeit zu ernster und doch von innerer Freude getragener Arbeitsgemeinschaft zusammenführen.

Dänemark ist die Heimat dieser Art Volkshochschulen. Grundtvig schuf durch sie die Grundlagen, auf denen sich nicht nur die sittliche und religiöse Wiedergeburt seines Volkes anbahnte, sondern die auch für die wirtschaftliche Entwicklung des kleinen Nachbarvolkes bestimmend wurden.

Geistige Beweglichkeit, wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit und ein hoher vaterländischer Sinn

waren die Früchte seiner langen Lebensarbeit auf diesem Gebiete.

Eine ähnliche geistige Macht im hohen Norden des Deutschen Reiches zu schaffen, ist das Ziel der Volkshochschulen in Schleswig-Holstein. Während die übrigen Schulen im Schleswigschen liegen, ist die Lundener Volkshochschule die einzige in Holstein, im Dithmarscher Lande gelegen. Seit uralten Zeiten wohnt der Volksstamm der Dithmarscher zwischen Elbe- und Eidermündung an der Nordsee. Bis ins 16. Jahrhundert hinein bewahrte er sich als freier Bauernstaat Unabhängigkeit und Freiheit. In allen Zeiten hat sich unsere Landschaft durch Bodenständigkeit und Eigenart ihrer Bewohner ausgezeichnet. Die Erinnerungen an die alten Zeiten politischer Selbständigkeit und die Großtaten der Vorfahren erfüllen noch heute das lebende Geschlecht mit gerechtem Stolz. Wenn die alten Geschlechter, die Dithmarschens Freiheit Jahrhunderte hindurch gehütet haben, auch nicht mehr sind und manches von dem, was eine reine bäuerliche Kultur an Werten schuf, unwiederbringlich verloren ist, so bietet doch bei der kraftvollen Art und der starken Heimatliebe der Dithmarscher die Landes- und Kulturgeschichte in ihrer großartigen Entwicklung wertvolle Ausgangspunkte für ländliche Bildungs- und Kulturbestrebungen. So mochte unsere Landschaft wohl dazu angetan sein, eine Volkshochschule zu tragen.

Ein geeignetes Heim mit geräumiger Turnhalle, großem Garten und Ställen für Kleinviehhaltung bot sich 1921 in dem Gebäude der weiter nördlich verlegten Präparandenlehranstalt.

Es fehlte nicht an Stimmen, welche dafür eintraten, das Gebäude für andere Zwecke in Anspruch zu nehmen. Eile war deshalb geboten. Der Gedanke der Gründung einer eigenen Volkshochschule im Kreise war den meisten neu. Dennoch gingen wir mit Mut an die Werbearbeit. Im Wesselburenerkoog begannen wir. Es waren wohl alle Besitzer dieser Gemeinde damals im engen Raum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0177

eines Abends im Herbst versammelt, um von dem Verfasser einen Vorschlag über die beabsichtigte Gründung entgegenzunehmen. Schon dieser erste Abend war ein voller Erfolg. Es blieb nicht bei der Bereitwilligkeit zu jährlichem Beitrag, alle Anwesenden erklärten ihren Beitritt als Stifter mit einer einmaligen größeren Summe. Aehnlich ging es uns dann auch in anderen Gemeinden, bis die notwendigen Mittel für die Einrichtung des Gebäudes vorhanden waren. Natürlich blieb es nicht bei einzelnen Vorträgen. Werbung von Haus zu Haus und von Mund zu Mund kam immer mehr hinzu. Der Kreis der Freunde und Förderer wuchs über unser Erwarten.

So konnten wir nun an die Gründung der „Gesellschaft Dithmarscher Landesschule", die die Trägerin der neuen Schule werden sollte, herangehen. Obwohl uns nicht gar viele Versprechungen auf Beihilfen von oben her gemacht wurden, bot die Gründungsversammlung in dem entschlossenen Willen zu tatkräftigem Handeln ein erhebendes Bild. Vielleicht stärkte sogar das Bewußtsein, ganz auf eigene Kraft gestellt zu sein, den Willen aller Beteiligten. Zur Leitung der Schule wurde Mittelschulrektor Hansen aus Meldorf, ein gebürtiger Nordschleswiger, berufen, der heute noch mit seiner Frau der Schule vorsteht.

In folgenden Sätzen wies die Schule sich selbst ihren Weg:

Die Dithmarscher Landesschule will dazu beitragen, in unserem Volkstum die starken Kräfte eigener Art zu wecken, die für eine wahrhafte Volksgemeinschaft den festen Grund geben. Sie will eine echte Schule der Landschaft Dithmarschen sein. Freude an der Heimat und Liebe zur Heimat wecken, wird zu ihren vornehmsten Aufgaben gehören. Durch Pflege dithmarscher Stammesart und schleswig-holsteinischer Eigenart aber wird sie hinüberweisen zum großen deutschen Vaterland und ihre Pforten dem Einströmen des Reichtums deutscher Kultur weit öffnen.

Die Dithmarscher Landesschule soll in erster Linie der Jugend dienen. In unserer Jugend liegt unsere Zukunft. Sie zum Kampf für das Leben zu stählen, bedarf es der höchsten Anstrengungen. Aus der Geschichte muß die Jugend lernen, aus ihr Verständnis gewinnen für die Gegenwart.

Arbeitsfreude und soziales Pflichtgefühl müssen die Jugend erfüllen.

Aus einer Jugend, in der innere Stärke und Freiheit, Begeisterung und Verantwortungsgefühl geweckt ist, werden dem Landvolke Führer erstehen, die wissen, was dem Landvolke nottut.

Durch die Aufnahme von jungen Mädchen und Jünglingen aus deutschgesinnten Familien unserer Grenzmark will die Dithmarscher Landesschule einen Teil der Dankesschuld gegenüber den schleswig-holsteinischen Schwestern und Brüdern abtragen, die unter schweren Opfern den Kampf für die Erhaltung ihres Volkstums gegen eine fremde Kultur führen.

Die Dithmarscher Landesschule soll junge Menschen beiderlei Geschlechts zu wertvollen Gliedern unserer Volks- und Staatsgemeinschaft heranbilden durch Erziehung zu arbeitsamer, einfacher und vertiefter Lebensführung unter besonderer Förderung der Heimat- und Kulturpflege und durch gleichzeitige Ertüchtigung des Einzelnen für seinen Lebensberuf. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0178

Inzwischen war das Gebäude zur Aufnahme der ersten Schülerinnen hergerichtet. Der Kreis stellte das Inventar seiner Wanderhaushaltungsschule zur Verfügung und übernahm auch die Kosten der Lehrkraft. Inzwischen hat dann der Kreistag, der bereits einmal in den freundlichen Räumen der Schule getagt hat, die jährliche regelmäßige Unterstützung der Schule neben einzelnen Beihilfen aus den Jugendpflegemitteln beschlossen. Auch Provinzialverwaltung und Landwirtschaftskammer versagten ihre Hilfe nicht.

Nachdem zahlreiche Anmeldungen für den ersten Lehrgang für junge Mädchen eingelaufen waren, wurde der Sommerkursus Anfang Mai 1922 mit 30 Schülerinnen eröffnet. Die Mehrzahl von ihnen stammte aus ländlichen Verhältnissen, keineswegs nur aus dem Kreise Norderdithmarschen, sondern auch aus anderen Kreisen Schleswig-Holsteins und aus dem abgetretenen Gebiet Nordschleswigs. Im Jahre 1923 begann dann der erste Lehrgang für junge Männer.

Heute steht die Schule im 8. Jahre ihrer Arbeit. Inmitten des vielgestaltigen, vielumkämpften Schulwesens unserer Zeit hat sie sich ihren eigenen Weg gebahnt, erfreulicherweise von Anfang im besonderen Maße vom Vertrauen der engeren Heimat getragen, sonst aber einzig und allein auf die hingebende Arbeit des Leiters und seiner Mitarbeiter gestellt. Was die Landesschule Schülern und Schülerinnen in jedem Jahre ihrer Tätigkeit gewesen ist, und was sie heute der ganzen Landschaft bedeutet, ist in erster Linie sein Werk. Frei und durch äußere Einflüsse nicht gehemmt, hat sie in engem Einvernehmen mit der Leitung des Kreises und mit der Kreisschulbehörde gearbeitet und ist in verhältnismäßig kurzer Zeit der Forderung

zu einem geistigen Mittelpunkt der Landschaft

zu werden, ein gutes Stück nähergekommen. Als Kreisbüchereizentrale hat sie sich in den Dienst der Pflege und Förderung des Büchereiwesens im Kreise gestellt. Dadurch, daß der Leiter das Amt als Kreisjugendpfleger übernahm, vermag sie das in der Schule Erarbeitete in weitgehendem Maße an die Jugendpflegebestrebungen im Kreise weiterzugeben. Durch Vorträge hat sie über den Rahmen der Schule hinaus einen Kreis von engeren Freunden regelmäßig um sich gesammelt und auch so mitgeholfen, das kulturelle Leben zu fördern.

Die Stärke unserer Arbeit fließt aus dem Boden, auf dem die Schule steht, und aus dem Stamm, der sie trägt. Es wird darum immer ihr Bestreben sein müssen, die enge Fühlung mit der Bevölkerung, die sie schuf, zu halten. Die Gesellschaft Dithmarscher Landesschule zählt erfreulicherweise trotz der Ungunst der Zeiten noch immer etwa 300 Mitglieder. Auch der Ort Lunden zeigt unseren Bestrebungen volles Verständnis. Das Gebäude ist der Gesellschaft mietefrei für alle Zeiten überlassen, so lange in diesen Räumen die Landesschule betrieben wird. Allerdings sind die Räume der ursprünglichen Anstalt bald zu eng geworden. 1926 mußte das Hauptgebäude durch einen Anbau erweitert werden und schon im Jahre darauf konnte mit Unterstützung von vielen Seiten ein zweites Heim, das Dithmarscher Landesschulheim, errichtet werden, das zur Aufnahme von besonderen Veranstaltungen dient, die neben der Arbeit der Schule, aber doch im engeren Zusammenhang mit ihr hergehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0179

Die Dithmarscher Landesschule ist aus eigener Kraft der Landschaft in schwerer Zeit erwachsen. Sie wird immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Dithmarscher Bauernvolkes bleiben und nach dem Willen ihrer Stifter eine Pflanz- und Pflegestätte deutscher Arbeit und deutsches Wesen sein.

Kreditversorgung und Steuerbelastung der Landwirtschaft

Von * * *.

Der Mangel an Betriebskapital macht sich besonders stark in der Landwirtschaft geltend, da das Kapital wenig Neigung zeigt, in den Teil der deutschen Volkswirtschaft hineinzuströmen, dessen Rente, soweit man überhaupt noch davon sprechen kann, ganz besonders gering ist. Die Frage der Kreditversorgung ist infolgedessen für die Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Die gesamte Verschuldung der deutschen Landwirtschaft kann heute mit 12—13 Milliarden angenommen werden. Das bedeutet angesichts der weit höheren Zinssätze wie in der Vorkriegszeit eine Zinslast von etwa 1¼ Milliarden RM. jährlich gegenüber 650 Millionen vor dem Kriege. Das Verschuldungsbild ist aber keineswegs einheitlich. Ganz besonders trübe liegen die Verhältnisse in Ostdeutschland mit seinem starken Großgrundbesitz. Es kann heute nicht mehr in Zweifel gezogen werden, daß

der Großbetrieb krisenanfälliger als der Bauernbetrieb

ist. In Ostpreußen ist im Jahre 1929 jeder 50. Großbetrieb zur Zwangsversteigerung gekommen, aber nur jeder 300. bäuerliche Betrieb. Die Zahlen der Zwangsversteigerungsstatistik gerade im deutschen Osten sprechen eine unwiderlegbare Sprache. Darüber hinaus ist aber auch die Tatsache beweiskräftig genug, daß man von einem Gütermarkt für Großbetriebe im Osten und besonders in den schweren Krisengebieten überhaupt nicht mehr sprechen kann, während für Bauerngüter noch immer ein aufnahmefähiger Gütermarkt vorhanden ist. Es ist ja auch naheliegend, daß der bäuerliche Betrieb weniger krisenanfällig ist, da er besonders dann, wenn er überwiegend mit Familienkräften wirtschaftet, weder durch den Lohn- noch durch den Sozialetat, wie es bei dem Großbetrieb der Fall ist, belastet wird. Darüber hinaus ist auch der bäuerliche Betrieb viel eher zu Einschränkungen in der Lage. Allerdings geht das nur durch eine Herabminderung der Lebenshaltung und durch eine weitgehende Drosselung seiner Kaufkraft, unter der dann wieder Handel, Gewerbe und Industrie zu leiden haben.

Es muß aber auch einmal ausgesprochen werden, daß die übertriebene Schwarzmalerei, sogar aus führenden Kreisen der Landwirtschaft heraus, mit ihren generellen Bankrotterklärungen der deutschen Landwirtschaft empfindlichen Schaden zugefügt hat. Ihre Folge war eine Kreditdrosselung, da die Kreditinstitute, ganz zu schweigen vom Ausland, nur mit größten Hemmungen zu neuen Investierungen in den Hauptkrisengebieten der Landwirtschaft veranlaßt werden konnten. Zum mindesten suchten sie sich gegen das ihnen drohende Kreditrisiko durch erhebliche Zinsaufschläge zu sichern. So erklären sich die weit höheren Zinssätze für die ostdeutsche Landwirtschaft.

Nur dann, wenn durch eine Stabilisierung und Beruhigung unserer politischen Verhältnisse das Vertrauen des eigenen Volkes,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0180

und damit auch das des Auslandes, zur Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft hergestellt wird, wird es möglich sein, den Bedarf an Betriebskapital auch für die deutsche Landwirtschaft in stärkerem Umfange wie bisher und zu billigeren Zinssätzen zu befriedigen. Alle Schwarzmalerei, alle Putschgerüchte, alle politischen Unruhen gehen nicht zuletzt auf Kosten der Kreditfähigkeit der kapitalbedürftigen deutschen Landwirtschaft. Man muß aber darüber hinaus, wie das der Herr Reichskanzler bei seiner ostdeutschen Reise zum Ausdruck gebracht hat, verlangen, daß alle maßgeblichen Stellen ihrerseits dazu beitragen, um

die heute zweifellos viel zu hohen Spannen in den Zinssätzen, die die zentralen Kreditinstitute fordern,

wesentlich herabzumindern, die der letzte Kreditnehmer zahlen muß.

Darum kommt auch der Frage der Umschuldung im Rahmen der Osthilfeaktion besondere Bedeutung zu. Sie bezweckt kurzfristige und hochverzinsliche Personalschulden in langfristige und niedriger verzinsliche Realkredite umzuwandeln. Wenn für diese Zeit der besonderen Not das Reich Zuschüsse zur Senkung des Zinsfußes für die Umschuldungshypotheken gewährt, so ist das eine sehr bedeutsame Hilfe, die nicht unbegreiflicherweise dadurch in ihrem Werte herabgesetzt werden sollte, daß man sogar in führenden landwirtschaftlichen Kreisen behauptet, sie käme nur dem Gläubiger, nicht aber dem landwirtschaftlichen Schuldner zugute. Eine solche Meinung kann nur der vertreten, der unter Verleugnung des Satzes von Treu und Glauben eine Schuld nicht mehr als eine Schuld anerkennt.

Am schnellsten kann man unserer Landwirtschaft noch durch steuerliche Entlastung helfen. Ihre gesamte Steuerlast beträgt 1 Milliarde Mark. Ganz gering ist das Aufkommen aus der Einkommensteuer. Von 3000 Mill. Mark Gesamtaufkommen stammen aus der Landwirtschaft bei einem Steuersoll von etwa 60 Millionen RM. nur 40—45 Millionen! Sie werden überwiegend von den bäuerlichen Betrieben aufgebracht. Der Hauptteil der steuerlichen Belastung der Landwirtschaft fällt auf die Realsteuern, besonders der Länder und der Gemeinden. Sie machen etwa 500 Millionen RM. aus. Dabei ergibt sich, daß der Anteil dieser Steuer in der gesamten Steuerleistung um so größer ist, je kleiner der Betrieb ist.

Auf diesem Gebiete vollziehen sich nun durch die neue Notverordnung vom 1. 12. 1930 und die Arbeit des Reichsfinanzministers Dietrich wesentliche Aenderungen. Einkommensteuer wird von sämtlichen Betrieben, die bis zu 6000,— RM. Jahreseinkommen haben, nicht mehr erhoben, ebenso werden die Betriebe von der Umsatzsteuer befreit bis zu einem Jahresumsatz von 5000,— RM. Die Vermögensteuer fällt ebenfalls fort bei Vermögen bis 20 000,— RM. Ab 1. April 1931 dürfen die Länder und die Gemeinden die Realsteuern, also im besonderen die Grundvermögensteuer, nicht mehr erhöhen über die Steuersätze hinaus, die bis zum 31. 12. 1930 galten. Darüber hinaus aber soll dann eine Verminderung der Realsteuern um 10 % erfolgen. Als Ersatz für diesen Ausfall wird den Ländern und Gemeinden aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer ein stärkerer Anteil zugebilligt. Außerdem sind ihnen als neue Steuerquellen die Gemeindebiersteuer und die gestaffelte Bürgersteuer überwiesen worden.

Zweifellos ist diese Regelung recht kompliziert. Dringend notwendig ist aber neben der Steuersenkung auch eine Vereinfachung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0181

unseres ganzen landwirtschaftlichen Steuerwesens. Immerhin ist mit dieser Regelung

der Weg für die landwirtschaftliche Einheitssteuer,

wie sie gerade im Interesse des Bauerntums von uns immer gefordert worden ist, betreten. Die jetzige Regelung enthält noch Mängel, aber sie bedeutet die Wendung zu einer bauernfreundlichen Steuerpolitik und zur Beseitigung des alten Steuerunrechtes, das wir besonders in den Zuschlägen für die mitarbeitenden Familienmitglieder sahen, während die Großbetriebe ganz überwiegend nach ihren Buchführungsergebnissen veranlagt worden sind. Die Einheitssteuer nach der Ertragsfähigkeit hilft zur Steuergerechtigkeit und zur Steuervereinfachung.

Wie bedeutsam der jetzige Fortschritt ist, wird dadurch bewiesen, daß damit die Zahl der Steuerpflichtigen in der Landwirtschaft von 1,5 Millionen auf etwa 450 000 herabgesetzt wird. Damit wird auch hoffentlich eine wesentliche Vereinfachung und Verbilligung in der Steuerverwaltung ermöglicht.

Die Umsatzsteuer für die Landwirtschaft, die jetzt etwa 70 Millionen einbringt, wird zwar nicht unerheblich vermindert, sie sollte aber am besten ganz verschwinden. Ihre Veranlagungskosten stehen mit dem steuerlichen Aufkommen gar nicht im Einklang. Sie belastet aber insbesondere die intensivsten und bestgeleiteten Betriebe. Ihre Abwälzung ist dem Landwirt unmöglich. Darüber hinaus sollte der einkommensteuerfreie Betrag von 6000,— RM. pro Jahr noch durch Zuschläge nach dem Familienstande eine Erhöhung erfahren. Die Buchführungspflicht für alle landwirtschaftlichen Betriebe, die mehr als 6000,— RM. jährliches Einkommen haben, bringt fortan für viele bäuerliche Betriebe eine nicht unerhebliche Belastung. Erfreulich ist dagegen, daß die Siedler für fünf Jahre von der Gemeindegrundsteuer befreit werden. Das wird die notwendige landwirtschaftliche Siedlung nicht unwesentlich erleichtern.

Agrarreform

In der „Deutschen Rundschau" (Bromberg) lesen wir:

Mein Weg führte mich nach Jahren wieder eine Pommerellen durchschneidende Straße entlang. Die sich öffnenden Bilder zwangen gebieterisch zu Vergleichen. — Vor wenigen Jahren noch standen da imposante Gutshöfe, vertrauenerweckend mit ihren geräumigen Scheunen und massiven Stallungen. Roggenschläge von hunderten von Morgen, Kartoffelschläge in bestem Zustande, kräftige Arbeitsgespanne überall in Tätigkeit, auf Weiden und Brachen gesundes, robustes Milchvieh — mit einem Worte: ein Bild der Arbeit und zuversichtlichen Schaffens.

Heute, wie aus einer billigen Spielzeugschachtel regellos über dem ganzen Plane zerstreut, stehen winzige Siedlungen. An der Stelle der alten soliden Gutsgebäude Trümmerhaufen, Reste von Mauern — in Anblick wie nach dem 30 jährigen Kriege. Die materielle Lage dieser neuen Siedler erweckte mein besonderes Interesse. Das gewonnene Bild war trostlos. Einer in ihren Beweggründen wahllosen Demagogie oder der Anwendung gänzlich unpassender Vorbilder folgend, wurde an die Zertrümmerung der alten Domänen geschritten. Vergessen wurde vollständig, daß insbesondere Pommerellen mit seinen leichten, unzuverlässigen Böden in einer manch bösen Streich spielenden Trockenzone sich nicht mit Dänemark über

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0182

einen Kamm scheren läßt. Dänemark mit seinen besten Marschböden, allseits von wärmendem und befeuchtendem Meere umspült, mit seinen für jeden Export idealen Verkehrsverhältnissen, seiner uralten Kultur und dem an eisernes Schaffen gewohnten nordischen Menschenschlag, war auf keinen Fall das geeignete Vorbild. In Pommerellen kann nur eine auf allen Gebieten des Ackerbaues und der Viehzucht sattelfeste Wirtschaft gedeihen. Gerade die größeren Betriebe in ihrer Vielseitigkeit waren hier im Stande, die häufig auf einem Gebiete eintretenden Fehlschläge wettzumachen. Versagte der Roggen, dann mußten eben Kartoffel und Schweine die entstandenen Lücken ausfüllen und so fort in harmonischem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte.

Die früheren Wirte und Besitzer, wissend von der herannahenden Parzellierung, entnahmen dem Boden, was nur möglich war, um irgendwie dem finanziellen Zusammenbruch zu entgehen. Stalldung, Gründung usw. wurden den zu parzellierenden Flächen vorenthalten bzw. durch zwangläufige Reduktion des Viehbestandes unmöglich. Kalk und Stickstoff mobilisierten alle noch vorhandenen Nährstoffe, der Hafer nahm, was noch da war, aus dem Boden. So erhielt nun der neue Siedler seine Parzelle — das ihm verheißene Paradies. Es kamen die guten Jahre 1927 und 1928. Viele Jahrzehnte alte Kultur brachte trotz mehr als minderer Bearbeitung noch brauchbare Erträge, welche über die ärgste Not hinweghalfen. Günstige Konjunkturen brachten den Winter über reichlichen Verdienst durch Fuhrleistungen verschiedener Art; 10 Zloty täglich verdiente ein Einspänner gut und gern.

Es kam aber 1929 und 30. Zur allgemeinen Erschöpfung der Böden kam 1929 das Versagen der Hackfrüchte, 1930 des Roggens und dazu der unglaubliche Preissturz des letzten Jahres. Die großen Staatsforsten haben ihren teils durch den Eulenfraß bedingten, teils durch Konjunktur hervorgerufenen gewaltigen Einschlag längst beendet. Der große Bahnbau und verschiedene Meliorationen sind vorläufig abgeschlossen, die Sägewerke sind stillgelegt. Der neue Siedler feiert zwangsweise.

Was sind nun die Folgen?

Die kleinen Pferdchen stehen untätig im Stalle und denken nach, ob das ihnen vorgelegte „Erhaltungsfutter“ auch wirklich zu ihrer Erhaltung ausreicht. Das magere, borstige Rindvieh muß auf die „Weide“, wenn nur die ersten Gänseblümchen sich zeigen. Kein Korn, kein Stroh — Schulden für Ziegel und Pappe, Kalk und Bretter. Dazu recht beträchtliche Zahlungen an das Landamt — und kein Geld! Verdrossenheit überall und wenig Vertrauen für die Zukunft.

Die Siedlungen selbst, in ihrer Ausführung den örtlichen Baukünstlern überlassen, bieten keinen vertrauenerweckenden Anblick. Ein winziges Häuschen, daneben angeklebt unter einem Dach ein kleiner Stall, eine Scheune in bescheidenstem Ausmaße, so liegen sie da, verstreut nach dem Muster der „Bajuwarischen Siedlungsweise“, jede in der Mitte ihrer mageren Felder. Von Jahr zu Jahr werden die Erträge augenfällig geringer, und der Vergleich mit dem Einst gibt ein niederdrückendes Resultat.

So trat an Stelle des zahlungsfähigen und steuerkräftigen Gutsbetriebes ein verschuldeter, an der Grenze zwischen Sein und Nichtsein lavierender Siedler, an Stelle des tausende von Zentnern Korn und Kartoffeln abliefernden Produzenten der kleine Selbstverbraucher. Das Plus sind einige tausend knapp baconfähige Schweinchen, der letzte Rettungsanker der neuen Beglückten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0183

Die Domänen selbst wurden auf Restgüter von verschiedener Größe reduziert. Im Maximum wurden bei Vorhandensein einer Brennerei 720 M. belassen. Ein Mittelding zwischen Großbauer und Gutsbetrieb auf den leichten Böden Pommerellens, Zwitterlinge der Landwirtschaft, im Amtsdialekt „ośrodek kultury i oświaty", d. i. „Sammelpunkt der Kultur und Aufklärung" genannt.

Aehnlich spielte sich der Vorgang auf den Privatgütern ab. Da erscheint eines schönen Tages eine vielköpfige Kommission von Herren des Landamtes, die den verschiedensten Berufen entstammen, resp. die verschiedensten Staatsämter repräsentieren. Leider fehlte immer der Sachverständige allererster Instanz, nämlich, da es sich doch um Millionenwerte handelt, eine Koryphäe auf dem Gebiete der Bodenuntersuchung und Analyse. Nun geht es in wahnsinnigem Tempo von einem Punkte des von Geometern verlegten Hektarnetzes zum anderen. Ein Arbeiter hebt einen Spaten voll Erde hoch im Vorübergehen nimmt jedes Kommissionsmitglied eine handvoll Erde zwischen die Finger und hiermit ist auch das Urteil schon beinahe entschieden. Im Handumdrehen ist der Boden klassifiziert, ohne Rücksicht auf viele Jahrzehnte alte Kultur, Einlagen, Erträge usw. „Niema gliny" — d. h. kein Lehm da — und damit ist schon der Boden in der 4. und 5. Klasse, für den die Entschäigung nur einen Bruchteil des wahren Wertes beträgt.

Auf diese Weise werden Tausende von Morgen in zwei bis drei Tagen „bonitiert", der Besitzer darf ohne irgendein Recht des Widerspruches nebenherlaufen. Die Gesamtkosten dieses Verfahrens gehen zu Lasten des Leidtragenden. Die enteigneten Ländereien müssen lastenfrei ausgeschieden werden. Die gesamte Schuldenlast des ehemaligen Großbetriebes wird auf das verbleibende Restgut abgewälzt. Gebäude von enteigneten Vorwerken werden mit einem Bruchteil der heutigen Versicherungssumme angerechnet. Die Entschädigung für die enteigneten Ländereien, zahlbar in stark unter Pari und nur in Polen anerkannten Papieren, wird erst nach Jahren voll ermüdender Formalitäten greifbar und reicht in den wenigsten Fällen zur Abdeckung der verbliebenen Schuldenlast.

Als Aktivposten verblieben dem Besitzer noch ein ganzer Komplex ehemals dem Großbetrieb dienender, nun überflüssiger Wirtschaftsgebäude, deren Fundamentsteine er nun beim Chausseebau, deren Eisenkonstruktion er als Alteisen nutzbringend verwerten kann. Ziegel und Bretter sollen die neuen Siedler abnehmen.

„Wann sollen nun die neuen Kolonisten kommen?" — „Sofort, es sind schon so und so viele Scheunen usw. im Auftrage, und es wird sofort mit dem Aufbau begonnen." Es kam der Herbst und mit ihm die Aufforderung des Landamtes, das enteignete Land zu bestellen. Die neuen Scheunen, Kolonisten und Siedler waren ausgeblieben und altes Kulturland begrünte sich üppig mit Quecken. Anklagend breitete sich umgestürzte Stoppel unter dem Herbsthimmel. Nun kamen beauftragte Beamte des Landamtes, um mit den bisherigen Besitzern wegen des Anbaues zu verhandeln. Für eine ganz unzulängliche Entschädigung sollten die Enteigneten den Herbstanbau durchführen. Inwieweit Einigungen zustande kamen, konnte ich nicht feststellen. Vorstellen aber kann sich jeder die Stimmung des Landwirts, der säen soll, ohne zu wissen, ob auch e r noch erntet. Tatsächlich blieben auch große Pachtländereien unbestellt, während viele Besitzer Rattenkönige von Prozessen riskiert und bestellt haben, ohne daß es vorher zu einer Einigung über die Anbaukosten gekommen wäre.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0184

In den Ostbezirken gibt es heute noch Güterkomplexe von geradezu mittelalterlicher Größe. Erwähnt seien nur die Namen der Zamojski, Lubomirski, Potocki, Radziwill. Dort gibt es bis heute noch eine Parzellierung in der hiesigen Art nicht. Zwangsläufig käme doch dort das Land in den Besitz der die örtliche Mehrheit vorstellenden Ukrainer und Weißrussen, und träge zur Stärkung dieser Elemente bei, was aber doch keineswegs die Absicht der Agrarreform-Gesetzgeber war. Bei dem in den Ostgebieten tatsächlich bestehenden Landhunger wurde an manchen Stellen freiwillig parzelliert und dabei o h n e Gebäude Preise von 600—1000 Zloty für den Morgen erzielt. Ganz zu schweigen von den fast 30 000 Quadratkilometern Polesiens, wo Arbeit würdig einer faustischen Natur und Land für Abertausende neuer Siedler nur darauf warten, gehoben zu werden, Betätigung für Generationen, Aufbau und Eroberung ohne Zerstörung.

Ludwig XIV. wollte ein für alle Male von Deutschland getrennt sein. Darum zog er in der Pfalz und im Rheinland, verwüstend und brennend, ein Dschingis Khan, umher. Eine menschenleere Wüste sollte ihm als Grenzwall dienen. Bedenklich ähnlich in ihren wirtschaftlichen Formen wirkt sich die landwirtschaftliche Reformierung der Westgebiete aus. In Trümmer sinken Domänen, Güter werden rücksichtslos zerschlagen, und statt dieser einzig kreditfähigen und kreditwürdigen Objekte, schafft der Staat sich eine Art von landwirtschaftlichem Proletariat. Abgebrauchte Schlagworte vom Ur- und Erbfeind verlangen ein von jedem Zeichen alter, deutscher Kultur gesäubertes Glacis im Westen. Der deutsche Besitz trägt die Lasten dieser Orientierung.

Aus den Ruinen dieser alten Kultur aber sprießt kein neues Leben!

Politische Umschau

Der Kampf um den ostdeutschen Raum.

Die Lage der ostdeutschen Landwirtschaft ist zweifellos besonders ernst. Weitgehende Hilfe, wie sie von der Reichsregierung nach dem Muster der von Dietrich geschaffenen Ostpreußenhilfe eingeleitet ist, ist unerläßlich. Die Verhältnisse der ostdeutschen Landwirtschaft werden vielfach nicht richtig angesehen. Der Getreide- und Kartoffelbau spielt dort bei weitem nicht die überwiegende Rolle, wie man es oft zuweilen annimmt. Bei den etwa 5000 landwirtschaftlichen Großbetrieben im Osten erscheint der Roggen mit nur 11% im Einnahmeetat. Auch in O s t p r e u ß e n spielt die V e r e d l u n g s p r o d u k t i o n eine überwiegende Rolle. Ostpreußen hat 1929 in das Reich ausgeführt:

an Molkereiprodukten, Rindvieh und Schweinen für 165 Mill.,
dagegen an Getreide nur für 35 Mill.

Seine Zukunft liegt in dem planmäßigen Aufbau einer hochwertigen Viehwirtschaft, während alle übrige Erzeugung dafür im wesentlichen nur Begleitproduktion sein sollen. Zu dieser Entwicklung sind dort bereits gute Ansätze vorhanden. Auf seinen Böden können fast überall mit gutem Erfolge Futterpflanzen angebaut werden. Sinn hat aber eine derartige Umstellung nur dann, wenn die milchwirtschaftliche Produktion eine Rente verspricht. Im Osten fehlen die genügenden Absatzmöglichkeiten. Eine Rente kann nur erzielt werden, wenn der ins Reich zu lenkende Absatz planmäßig organisiert und mit Waren einheitlicher Güte und in ausreichender Menge gespeist werden kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0185

Damit muß Hand in Hand gehen eine Besiedlung der menschenleeren Strecken im Osten. Industrie läßt sich dort künstlich nicht aufbauen, weil es für sie an der unerläßlichen Grundlage, an den wichtigsten Rohstoffen, besonders an Kohle und Eisen fehlt. Eine gewisse Ausnahme macht dabei die Holzindustrie.

Der Entvölkerungs- und Absterbeprozeß des deutschen Ostens ist nur durch den Aufbau einer gesunden Agrarwirtschaft mit gesunder Besitzmischung auf der Basis eines starken Bauerntums möglich. Das belebt den örtlichen Absatzmarkt, schafft die notwendige Bevölkerungsdichte und fördert die unentbehrlichen Wechselbeziehungen zwischen Groß- und bäuerlichem Betrieb. Kein vernünftiger Mensch wird an die „Ausrottung" des Großbetriebes denken. Es kommen nur diejenigen Großbetriebe für die bäuerliche und Arbeitersiedlung in Frage, die ihre Lebensunfähigkeit erwiesen haben. Durch Bauernkraft muß das deutsche Ostland gesichert werden, denn in ihm liegt die Entscheidung über Deutschlands Zukunft als Großmacht.

In den letzten Jahren sind allein aus Ostpreußen rund 160 000 Menschen abgewandert. In der gleichen Zeit hat Polen 45 000 neue Siedlerstellen geschaffen. Das ist eine ernste Warnung und Mahnung an uns. Wir haben in 10 Jahren im ganzen Reich nur 10 000 Siedler- und Landarbeiterstellen geschaffen. Die Kosten für die einzelnen Siedlerstellen sind viel zu hoch. Eine durchschnittliche Siedlerstelle kostet heute etwa 36 000 RM. bei rund 10 000 RM. Anzahlung.

In den letzten Jahren hat erfreulicherweise die Siedlung ein wesentlich lebhafteres Tempo bekommen. Besonders hat in Ostpreußen die Neu- und die Anliegersiedlung eine starke Vermehrung erfahren. Dort kommen wir im letzten Jahre auf etwa 2500 neue Siedlerstellen und fast 2000 Anliegersiedler, deren Stammstellen durchschnittlich um fast 20 Morgen vergrößert worden sind. Damit haben allein in dieser Provinz 25—30 000 Menschen eine Existenzmöglichkeit erhalten.

Agrarkonferenzen.

Die Absatzfrage landwirtschaftlicher Produkte war das Thema von Konferenzen, die in Warschau, Bukarest und in Athen stattfanden; eine Konferenz Ende Februar in Paris vermochte ebenso wenig wie die Mitteleuropäische Wirtschaftstagung Mitte März in Wien ein endgültiges Ergebnis zu zeitigen. Die Welt-Getreide-Konferenz, die Ende März in Rom zusammengetreten war, verlief ebenso ergebnislos wie die übrigen Beratungen. Im Urteil der Oeffentlichkeit verfolgt man diese Konferenzen mit ironischer Glossierung. Wohl keine der Tagungen hat die Kompliziertheit des Problems so deutlich erkennbar werden lassen, wie die letzte in Rom. Außer den mitteleuropäischen Staaten und Frankreich, Italien, Belgien und Holland, die sich schon einmal auf der Wiener Zusammenkunft getroffen hatten, nahmen erstmalig überseeische Exportländer an einer solchen Tagung teil. Mit aller Schärfe trafen im Laufe der Auseinandersetzungen die Interessen der Vertreter der europäischen Länder, in Sonderheit der östlichen und südöstlichen mit denen der überseeischen Exportländer, besonders Argentiniens, aufeinander. Die Vertreter ost- und südosteuropäischer Länder forderten Präferenzzölle mit dem Abschluß von Regionalverträgen, worin die überseeischen Getreideproduzenten einen Verstoß gegen die Meistbegünstigung und der auf ihr begründeten Handelsver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0186

träge erblickten. In dieser Forderung der südosteuropäischen Agrarstaaten und in dem Gegensatz zu den Ländern in Uebersee liegt die ganze Kompliziertheit der Frage der Sanierung des Getreidemarktes. Es ist durchaus verständlich, daß die südosteuropäischen Staaten sich gegen eine entsprechende Gegenleistung eine bevorzugte Stellung in der Belieferung der mittel- und westeuropäischen Staaten erkämpfen wollen. Die Verhältnisse liegen doch so, daß die europäischen Agrarstaaten für den Absatz der Industriestaaten gewiß eine bedeutende Rolle spielen, daß diese Industriestaaten ihren Bedarf an Agrarprodukten aber in Uebersee eindecken, während diese überseeischen Exportstaaten wiederum nachweislich einen großen Teil ihres Bedarfs an Industrieprodukten in Amerika, den Vereinigten Staaten einkaufen. Der argentinische Vertreter ist es gewesen ‚der klar und nüchtern auf diese Zusammenhänge hingewiesen hatte und mit besonderem Nachdruck auf einer Einhaltung der bestehenden Verträge gedrungen hatte, der das Prinzip der Meistbegünstigung mit Recht bedroht sah. Seine Begründung allerdings, in der er behauptete, daß die Versorgung des europäischen Getreidemarktes durch die südöstlichen Staaten auch mit Präferenzzöllen nicht Rettung der Landwirtschaft bedeuten würde und daß der internationalen Verquickung der Weltwirtschaft Rechnung getragen werden müsse, operiert mit der Frage, mit der sich die europäischen Industriestaaten zu beschäftigen haben: ob man durch Verlassen der bisherigen bewährten Praxis der Meistbegünstigung die Vorteile angesichts anderer konkurrierender Industriestaaten nicht zu teuer verkaufen würde. — Die in Rom behandelten Probleme, wie das einer allgemeinen Einschränkung der Anbaufläche, zumeist als abwegig behandelt, oder das eines vergrößerten Brotkonsums, dringen doch keineswegs zur Lösung der Frage. Auch die Resolution, die man über Agrarkredite faßte, vermag keinen Weg zu einer endgültigen Lösung zu weisen. Denn was will es heißen, daß man die Kreditbeschaffung für langfristige Mittel der Finanzkommission des Völkerbundes und für kurzfristige Mittel den Regierungen als eine dringende Aufgabe zuerteilt? Die Not der Agrarländer ist groß; das Ergebnis der für Mai angesetzten Konferenz über Räumung der Vorräte und Bewirtschaftung der neuen Ernte ist genau so zweifelhaft wie das der bisherigen Konferenzen. Dieser Weg der Lösung erscheint doch problematisch; sie kann aber nur geschehen in dem Sinne, in dem die Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich geschaffen wird, in Form von Uebereinkommen einzelner Länder, bei denen das Prinzip der Meistbegünstigung nicht aufgehoben werden braucht.

Aus den Parlamenten

Zur Lage der deutschen Holzwirtschaft.

Gelegentlich einer Großen Anfrage im württembergischen Landtag betr. die Lage der Waldwirtschaft machte Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Maier u. a. folgende grundsätzlichen Ausführungen:

„Deutschland war immer ein ausgesprochenes Holzeinfuhrland. Im Jahre 1913 wurden an Erzeugnissen der Forstwirtschaft rund 81 Millionen Doppelzentner nach Deutschland eingeführt. Die Gesamteinfuhr an Nutzholz wird in der Eingabe des deutschen Forstwirtschaftsrates an die Reichsregierung für das Jahr 1913 mit 15½ Mill. Festmeter angegeben, die Einfuhr an Nutzholz im Jahre 1929 auf 14,5 Mill. Festmeter, die im Jahre 1930 beschränkt sich auf die Monate Januar bis Oktober auf 10 Mill. Festmeter. Diese Berechnungen sind allerdings sehr schwer nachzuprüfen. Die Holzindustrie bringt andere Zahlen. Aber eines scheint doch immerhin festzustehen, daß die Einfuhr an Nutzholz in den Jahren 1929 bis 1930 die Vorkriegseinfuhr mengenmäßig nicht mehr erreicht. Aber das spielt keine Rolle.

Die Einfuhr ist aber größer, wenn man sie in Vergleich setzt zu der erheblich gesunkenen deutschen Inlandsproduktion und insbesondere zum Holzverbrauch und zum Holzbedarf in Deutschland; von der Seite des gesunkenen Bedarfs her ist bei gleichgebliebener und bei gleichbleibender Einfuhr dem deutschen Holz das Rückgrat gebrochen worden.

Eine große Rolle spielt in der öffentlichen Diskussion die russische Einfuhr. Die russische Einfuhr ist erst im Jahre 1926 im wesentlichen wieder aufgetreten. Sie hat damals 500 000 Festmeter betragen. Sie ist gestiegen im Jahre 1929 auf 2 Mill. Festmeter und im Jahre 1930 auf 2,3 Millionen. Es wird von Rußland Rundholz, Schnittholz und hauptsächlich Papierholz eingeführt. Von den 2 Mill. Festmeter des Jahres 1929 waren nicht weniger als 1,2 Mill. Festmeter Papierholz, und im Jahre 1930 waren von der russischen Gesamtholzeinfuhr von 2,3 Mill. Festmetern 1,8 Mill. Festmeter Papierholz. Nun ist es so, daß die russische Einfuhr an und für sich keine zusätzliche Einfuhr für Deutschland gebracht hat, sie hat sich auf Kosten anderer Einfuhrländer, insbesondere auf Kosten Polens entwickeln können. Vorkriegsrußland und Oesterreich-Ungarn waren in Friedenszeiten die beinahe ausschließlichen Lieferanten von Holz an Deutschland; Rußland war mit 51%, Oesterreich-Ungarn mit 27% an der deutschen Holzeinfuhr beteiligt. Im Jahre 1926 lieferte Rußland nur 4% der deutschen Einfuhr, Polen dagegen 42% der deutschen Einfuhr, es stammten also von beiden Ländern zusammen 46%. Im Jahre 1929 veränderte sich nun das Verhältnis zwischen Rußland und Polen an dieser Quote. Im Jahre 1929 errang Rußland von diesen etwa 45% schon 13%, der Anteil Polens ging auf 31% zurück. Im Jahre 1930 steigerte Rußland seinen Anteil auf 23% und der Polens ging auf 22% zurück. Die polnische Einfuhr wird im Jahre 1931 sehr stark zurückgehen, weil das deutsch-polnische Holzabkommen am 31. März 1930 abgelaufen ist. Das Holzabkommen wird wohl nicht erneuert werden. Das russische Holz wird sehr billig angeboten und bringt dadurch den Inlandspreis zum Sinken. Es verdrängt das süddeutsche Holz in seinen bisherigen Absatzgebieten in Norddeutschland, und vermindert dadurch den Markt und den Preis auch unseres Holzes. Besondere Klagen werden von seiten der Papierholzproduzenten geltend gemacht. Das deutsche Papierholz ist heute um ein Drittel billiger als das russische Papierholz. Zur Abnahme dieses russischen Papierholzes haben sich die deutschen Papierfabriken auf Grund eines anfänglich günstig erscheinenden, heute aber ungünstigen langfristigen Lieferungsvertrages verpflichtet. Es kann also hier von einem Dumping der Russen nicht gesprochen werden, sondern aufs Ganze gesehen, liegt ein glänzendes Geschäft des Holzverkäufers vor.

Erhebliche Bedenken sind bei der Beurteilung der geplanten Holzeinfuhrscheine zu überwinden. Gerade beim Holz bringt das Einfuhrscheinsystem die große Gefahr, daß Nutznießerin letzten Endes die Fertigwarenindustrie des Auslandes sein wird. Einfuhrscheine haben eine andere Wirkung bei Konsumgütern und wieder andere Wirkung bei Produktionsmitteln. Die Einfuhrscheine wirken an und für sich als Exportprämien, verbilligen das Holz im Ausland, verbessern die Konkurrenzfähigkeit der ausländischen Holzwarenindustrie und bringen dadurch eine wichtige Abnehmerin der deutschen Waldwirtschaft in Gefahr. Es ist also zu befürchten, daß u. U. eine direkte Verstärkung der Absatznot des deutschen Holzes durch Einfuhrscheine eintreten könnte.

Reform der Arbeitslosenversicherung.

Die Fraktionsgemeinschaft der Staatspartei brachte im Reichstag einen Antrag für einen Gesetzentwurf über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein, mit folgendem Wortlaut:

1. Für die Berufsgruppen der Landarbeiter, der Bauarbeiter, der Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter und der Angestellten werden Gefahrenklassen gebildet, in denen die besondere Gefahr der Arbeitslosigkeit dieser Gruppen berücksichtigt wird. Das soll in der Weise geschehen, daß für die Angehörigen dieser Berufsgruppen Unterstützung und Beiträge abweichend von den §§ 106, 107 der Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung geregelt werden.
2. Von Berufsverbänden getragene Ersatzkassen zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind zuzulassen.
3. Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung werden vereinheitlicht.

   Anspruch auf Reichsarbeitslosenfürsorge (RAF) hat jeder Arbeitslose, der arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos und bedürftig ist und keine versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung erhält, für die Dauer der Arbeitslosigkeit.

   Träger der Reichsarbeitslosenfürsorge ist die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Die Bedürftigkeitsprüfung erfolgt durch die Bezirksfürsorgeverbände, deren Gutachten für die Entscheidung über die Gewährung der Unterstützung insoweit bindend sind. Sofern die Bemessung der Unterstützung ein Richtsatzsystem zugrundegelegt wird, hat sich das Gutachten des Bezirksfürsorgeverbandes auch auf die Unterstützungshöhe zu erstrecken.

   Die örtliche Zuständigkeit des Arbeitsamts richtet sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0188

Im Gesetz sind Sicherungen zu treffen, daß Arbeitslosenfürsorge weitgehend anzuwenden ist und den Gemeinden deren Durchführung erleichtert wird.

Für die Feststellung der Bedürftigkeit müssen zum notwendigen Lebensbedarf außer Unterkunft, Nahrung, Kleidung und Pflege auch Hilfe zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und Krankenhilfe gerechnet werden. Die Arbeitslosen sind aus Mitteln der Reichsarbeitslosenfürsorge gegen Krankheit zu versichern. In der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftlichen Pensionsversicherung sind die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaften erforderlichen Beiträge zu entrichten.

Die Mittel der Reichsarbeitslosenfürsorge sind von Reich, Länder und Gemeinden aufzubringen.

Staatspartei und Landwirtschaft.

Abgeordneter Barteld führte gelegentlich der Etatberatungen im preußischen Landtag u. a. folgendes aus:

Wenn man an die Notverordnungen denkt, die im wesentlichen aus dem Reichsfinanzministerium stammen und die dann vom Reichstag sanktioniert worden sind, dann befindet sich darin doch einiges, was für die Landwirtschaft von Wert ist. Ich erinnere an das Steuervereinheitlichungsgesetz bezüglich der Zusammenfassung der kleinen Einkommen mit der Grundvermögensteuer; ich erinnere an die Freilassung der Umsätze bis 5000 RM. von der Umsatzsteuer, und es will mir so scheinen, als wenn hiervon in erster Linie die Kleinbetriebe auch der Landwirtschaft betroffen würden.

Wenn man insbesondere auf Preußen hinweist und meint, in Preußen wäre alles so schlecht geregelt, dann darf ich daran erinnern, daß Preußen zu den wenigen Ländern in Deutschland gehört, in denen die Landwirtschaft nicht durch die Stimmen der Rechten, sondern durch die Stimmen der Linken von der Hauszinssteuer befreit worden ist. In sehr vielen anderen Ländern mit Rechtsregierungen hat die Landwirtschaft die Hauszinssteuer zu zahlen. Ich darf vielleicht weiter erinnern an die Subventionen, die andauernd für die Landwirtschaft bereitgestellt werden, ich darf an die Umschuldungsaktion im Osten erinnern, wo allerdings — das müssen wir bekennen, die Umschuldungsaktion erst in die richtigen Bahnen gelenkt worden ist, nachdem Preußen eingegriffen und Herr Rönneburg dafür gesorgt hat, daß der Bauernstand mit zur Geltung kam; ich darf ihn an die Osthilfe erinnern. Wenn Sie das alles aus einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne zusammenfassen, dann muß ich sagen, gehört eine ungeheure Portion Undankbarkeit dazu, wenn man angesichts der Nöte, die in anderen Kreisen des Volkes vorhanden sind, erklärt, es sei gar nichts für die Landwirtschaft geschehen. Man gewinnt keine Sympathie für die Landwirtschaft, wenn man auf diese Weise andauernd die Opfer, die andere Volksgenossen bringen, mit Undank lohnt.

Zur Steuerpolitik.

Bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums führte Reichstagsabgeordneter Dr. Fischer u. a. folgendes aus:

Wir erachten die Frage, ob unser heutiges Steuersystem der Forderung der Gerechtigkeit so weit wie möglich entgegenkommt, durchaus nicht für abgeschlossen, auch nicht — was dem jetzigen System immer wieder vorgeworfen wird —, in bezug auf die Relation zwischen direkten und indirekten Steuern. Nur verlieren nach unserer Meinung alle diese Fragen an Bedeutung und sind nur geeignet, in der Not böses Blut hervorzurufen, solange sie in einem Rahmen behandelt werden, der die steuerliche Leistungsfähigkeit der Wirtschaft schon weit übersteigt. Es muß doch unumwunden zugegeben werden, daß eine solche Uebersteigerung die Tendenz verstärkt, jede Steuer abzuwälzen und dadurch die Produktionskosten zu erhöhen, während diese nach unserem wirtschaftlichen Bedürfnis gesenkt werden müssen. Ich erwähne dies, um bei unserer ablehnenden Haltung gegenüber den jetzigen Steueranträgen nochmals, wie ich es auch schon im Steuerausschuß getan habe, zu betonen, daß wir bei einer organischen Behandlung, nachdem sich die Verhältnisse auf Grund der Steuernotverordnung hoffentlich konsolidiert haben, nach Prüfung durch die Regierung sehr wohl bereit sind, alle jetzt angeschnittenen Fragen einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen, so die Frage der Verbrauchsbesteuerung, die Frage der Veräußerungsgewinne und der Spekulationsgewinne, ebenso die Frage, ob die eine oder andere Steuer aufgehoben oder gesenkt werden könnte, wie die Mineralwassersteuer u. dergl. mehr, oder ob andere erhöht werden können. Aber hier unterstreichen wir, was der Herr Reichsfinanzminister gesagt hat: Jetzt muß er Ruhe haben, und jetzt verlangt es die Wirtschaft, daß nach keiner Richtung hin eine Beunruhigung eintritt.

Staatspartei und Sozialpolitik.

Zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums führte Reichstagsabgeordneter Gustav Schneider u. a. folgendes aus:

„Die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik ist die Beseitigung der überhohen Arbeitslosigkeit. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eines der Mittel, die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0189

einige Hunderttausende von Arbeitslosen wieder in Arbeit bringen können. Am besten ist es, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich freiwillig verständigen. Aber damit ist bei den Widerständen in Unternehmerkreisen kaum zu rechnen. Hat doch der Geschäftsführer eines Unternehmerverbandes, als ein Betrieb die 5-Tage-Woche einführen wollte, es bedauert, daß es kein Mittel gäbe, Leute, die solche Gedanken auch nur erörtern, in Schutzhaft zu nehmen. Bei der Verschiedenartigkeit der deutschen Wirtschaft wird es allerdings nicht möglich sein, eine allgemeine gesetzliche Regelung zu treffen. Jedoch läßt sich eine gesetzliche Grundlage finden, indem die Regierung durch ein Gesetz ermächtigt wird, für bestimmte geeignete Gewerbezweige die 40-Stunden-Woche einzuführen. Die Ersatzkassen sind eine Notwendigkeit für die Angestellten. Diese Berufsschicht wird durch die Arbeitslosenversicherung unzulänglich unterstützt, obwohl ihre Gesamtleistung für die Arbeitlosenversicherung am höchsten ist. Die Schlichtungsordnung ist, wie die letzten Monate gezeigt haben, durchaus beweglich. Eine Unausgeglichenheit ist nur durch das bekannte Reichsarbeitsgerichtsurteil, das die Eisenindustrie im Jahre 1928 herbeiführte, hineingetragen worden. Das Schlichtungswesen sei der beste Garant für den Wirtschaftsfrieden und muß beibehalten werden. Es müssen feste gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, damit die Arbeitnehmer das Vertrauen zum Staate nicht verlieren. Die Fortführung einer gesunden Sozialpolitik ist in wirtschaftlich so schweren Zeiten eine Lebensnotwendigkeit des Staates."

Staatspartei und Arbeitsschutz.

Die Fraktionsgemeinschaft der DeutschenStaatspartei hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Unbeschadet des Vorliegens des Entwurfs eines Arbeitsschutzgesetzes wird die Regierung ersucht, baldigst einen Sondergesetzentwurf vorzulegen, durch den der übertriebene Warenhandel nach Ladenschluß und an Feiertagen, wie er sich außerhalb der Sperre auf Bahnhöfen, in Schankstätten, Trinkbuden und an anderen Stätten zeigt, eine Regelung erfährt im Sinne der konsequenten Anwendung der Ladenschlußbestimmungen, wie sie für Gewerbetreibende gelten, die Ladengeschäfte unterhalten."

Aus der Partei

Unsere Arbeit

Trotz der Osterferien hat die staatsparteiliche Versammlungsarbeit nicht geruht, besonders wurde auch über Ostern in die Landtagswahlkämpfe von Oldenburg und Schaumburg-Lippe eingegriffen. Reichstagsabg. Schneider sprach in Oldenburg vor einer Angestelltenversammlung unter stürmischem Beifall, und in Bückeburg hielt Landtagsabg. Grzimek Abrechnung mit den Rechtsradikalen. In den großen Landorten Hagenburg und Steinhude sprach unter lebhafter Zustimmung Landtagsabg. Nuschke.

Tradition.

Was heute am tiefsten angegriffen ist, das ist der Instinkt und der Wille der Tradition: alle Institutionen, die diesem Instinkt ihre Herkunft verdanken, gehen dem modernen Geist wider den Geschmack... Im Grunde denkt und sieht man nichts, was nicht den Zweck verfolgte, diesen Sinn für Ueberlieferung mit den Wurzeln herauszureißen. Man nimmt die Tradition als Fatalität, man studiert sie, man erkennt sie an (als „Erblichkeit" —), aber man will sie nicht. Die Anspannung eines Willens über lange Zeitfernen hin, die Auswahl der Zustände und Wertungen, welche es machen, daß man über Jahrhunderte der Zukunft verfügen kann — das gerade ist im höhsten Maße antimodern. Woraus sich ergibt, daß die desorganisierenden Prinzipien unserem Zeitalter den Charakter geben. *Friedrich Nietzsche im „Willen zur Macht".*

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0190

In Hamburg rüsten unsere Freunde schon für die Bürgerschaftswahlen, die im Herbst stattfinden werden. Abg. Petersen führt wieder die staatsparteiliche Liste. Der Reichtagsabg. des Wahlkreises, Dr. Stolper, sprach erneut in mehreren Hamburger Versammlungen.

In Meiningen hielt kurz vor dem Sturz Fricks Landtagsabg. Nuschke über das Thema „Der Nationalsozialismus — eine deutsche Gefahr" eine überaus stark besuchte Versammlung ab, zu deren Besuch auch die Deutsche Volkspartei eingeladen hatte.

Frau Dr. M. E. Lüders versammelte in Essen, Remscheid, Köln, Aachen und Hamburg die Parteifreunde um sich. Dieser Gedankenaustausch hat überall lebhafte Sympathie gefunden und Frau Dr. Lüders den Dank der Parteifreunde eingetragen.

In Wilhelmshaven sprach in stark besuchter Versammlung Landtagsabg. Hoff, während im Mittelpunkt einer kommunalpolitischen Tagung für Westfalen ein Vortrag des Reichstagsabg. Oscar Meyer stand.

Kommunalpolitischer Reichsausschuß.

Der Kommunalpolitische Reichsausschuß der Deutschen Staatspartei hat zu Sonnabend, den 25. und Sonntag, den 26. April eine Kommunalpolitische Tagung in das Preußische Landtagsgebäude in Berlin einberufen. Dieser Veranstaltung liegt folgende Tagesordnung zugrunde:

Am Sonnabend, den 25. April, findet abends um 8 Uhr ein Begrüßungsabend (zwangsloses Beisammensein) in den Restaurationsräumen und der Wandelhalle des Preußischen Landtags statt, auf dem Oberbürgermeister Dr. Luppe-Nürnberg und Landtagsabgeordneter Dr. Bohner-Berlin sprechen werden.

Am Sonntag ,den 26. April, findet vormittags um 10 Uhr die Kommunalpolitische Tagung im Festsaal des Preußischen Landtags statt. Den Vorträgen von Oberbürgermeister Dr. Külz, M. d. R., Dresden über Gemeinde und Staat, von Justizrat Falk, M. d. L., Köln über Gemeinde und Wirtschaft und von Stadtverordneten Schubert, M. d. StR., Berlin über Gemeinde und Bürger wird eine allgemeine Aussprache folgen. Weiterhin wird der Reichsausschuß Beschluß fassen über Organisationsfragen über die Zeitschrift sowie die Wahl des Vorstandes vornehmen.

Da die Tagung im Landtag stattfindet, hat das Fraktionsbüro der Preußischen Landtagsfraktion der Deutschen Staatspartei (Landtag, Zimmer 159) die Vorbereitungen der Tagung übernommen und nimmt Anmeldungen entgegen. Nicht nur alle Kommunalpolitiker und Verwaltungsbeamten (Bürgermeister, Stadträte, Stadtverordnete, Landräte, Kreistagsmitglieder, Provinziallandtagsabgeordnete usw.), sondern auch alle übrigen am kommunalpolitischen Leben interessierten Parteifreunde sind zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0191

Reichsausschuß für Landwirtschaft.

Unter dem Vorsitz unseres Parteifreundes Rönneburg ist die landwirtschaftliche Organisation der Deutschen Staatspartei bestrebt, auch zu ihrem Teil an der Ueberwindung der Agrarkrise mitzuarbeiten. An jedem ersten und dritten Mittwoch jeden Monats tritt der Ausschuß im Demokratischen Klub zusammen. Auf der letzten Zusammenkunft sprach Dr. August Weber.

Jugend

Gruppe staatsbürgerlicher Schüler.

Dr. Josef Windschuh, M. d. R., sprach in einer Kundgebung der Gruppe in Berlin, die sich im Kampf gegen den Radikalismus zusammengefunden hat.

Presseschau

Von der Struktur der deutschen und österreichischen Landwirtschaft.

Den „Blättern für landwirtschaftliche Marktforderung" entnehmen wir folgende abschließenden Betrachtungen über die landwirtschaftliche Situation, die durch die deutsch-österreichische Zollunion geschaffen wird:

Die Versorgungslage Oestereichs und Deutschlands mit landwirtschaftlichen Produkten weisen mehr Aehnlichkeiten als Verschiedenheiten auf. Der Parallelismus wird in der Richtung wirken, daß beide Teile durch die Zollunion wenig berührt sein werden. So werden beide Länder für Getreide weiterhin importbedürftig bleiben. Oesterreich hat zwar noch beträchtlichere Produktionsreserven in den Steigerungsmöglichkeiten der Erträge als Deutschland. Sein Zuschußbedarf ist aber auch relativ größer. Außerdem wird das ungünstige Bodenrelief mit der zu erwartenden Lohnsteigerung und Mechanisierung gegen die Verwendung kupierten Geländes für den Ackerbau und für die Verwendung als Wiese und insbesondere als Weide sprechen.

Auch wenn beide Länder für Getreide einfuhrbedürftig bleiben werden — was anzunehmen ist —, wird freilich eine gewisse Ergänzungsmöglichkeit innerhalb der Gruppe des Getreides, namentlich bei Roggen und Hafer vorliegen, für die Deutschland Ueberschüsse besitzt. Die Eröffnung eines Absatzmarktes von knapp 200 000 t Roggen wird für Deutschland naturgemäß willkommen sein. Allerdings ist hierbei die auch in Deutsch-Oesterreich rückgängige Verbrauchsentwicklung nicht zu übersehen. Der Haferzuschußbedarf Oestereichs, der gegenwärtig etwa 100 000 t beträgt, dürfte ebenfalls zurückgehen, weil die Wiederherstellung des Pferdebestands wahrscheinlich abgeschlossen ist, ja es dürfte infolge von Mechanisierung in den Flachlandsgebieten ein Rückgang zu erwarten sein. In Weizen, Gerste und Mais, bei denen der Einfuhrbedarf als dauernd anzusehen ist, bleiben beide Länder einfuhrbedürftig.

Für Schlachtrindvieh und Rindfleisch werden beide Länder wenigstens für die nächste Zukunft einfuhrbedürftig bleiben. Auch hierin sind also keine Ergänzungsmöglichkeiten und kein Interessengegensatz zu erwarten.

Oesterreich hat dauernden Zuschußbedarf an Schweinen. Solange dieser besteht, wird sich Deutschland daran beteiligen können. Es werden aber in Deutsch-Oesterreich beträchtliche Anstrengungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0192

gemacht, die Schweineproduktion zu steigern. Eine Schweinehaltung, gestützt auf importiertes Futtergetreide, hat auch in Niederösterreich kaum weniger Ausichten auf Erfolg als die unter ähnlichen Verhältnissen arbeitende nordwestdeutsche Schweinemast. Jedenfalls werden die nordwestdeutschen Schweine auf dem Wiener Markt bei Abschluß einer Zollunion, also bei gleichen Zöllen für Futter und Schweine sowie bei Wegfall der Einfuhrscheine kaum auf die Dauer konkurrenzfähig sein.

Der Einfuhrbedarf Deutschlands für Butter ist — wenigstens vorläufig — so groß, daß die österreichische Molkereiwirtschaft im deutschen Absatzmarkt eine sichere Ausdehnungsstütze haben wird, während die deutsche Milchwirtschaft kaum merkbar berührt sein wird.

Die Aehnlichkeit beider Länder in bezug auf den Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtwirtschaft und auf die Stellung der landwirtschaftlichen Produkte in dem Außenhandel wird zur Folge haben, daß auch die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung in bezug auf die Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten durch die Zollunion kaum in stärkerem Maß berührt sein wird. Zwar sind die Nahrungsmittelkosten in Oesterreich zur Zeit niedriger als in Deutschland, der Unterschied ist aber nicht groß. Auch ist er nicht nur auf den Unterschied in den Zöllen, sondern auch auf die günstige Lage der österreichischen Verbrauchsgebiete zu den Agrarländern und ungünstigere Wirtschaftsverhältnisse in Oesterreich selbst zurückzuführen. Vorerst wird auch nach Abschluß der Zollunion in den Lebenshaltungskosten beider Länder kaum ein voller Ausgleich eintreten.

Gewisse Schwierigkeiten können sich daraus ergeben, daß die Zollpolitik beider Länder auf agrarischem Gebiet nicht einheitlich ist. Wie in Deutschland, werden in Oesterreich Brotgetreide und tierische Veredelungsprodukte durch Zölle geschützt. Im Gegensatz zu Deutschland hat Oesterreich jedoch keine Futtergetreidezölle. Angesichts der geringen Eigenproduktion an diesem sowie der großen Einfuhr an tierischen Erzeugnissen wäre eine beträchtliche Verteuerung der Futtermittel dort auch mit besonders schweren Folgen verbunden.

Bücherschau

Johannes Ziekursch: Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreichs. 3 Bde. (1871—1918). Frankfurter Societätsdruckerei G. m. b. H., Frankfurt/Main. 1925 bis 1930. 1334 S.

Inmitten einer Zeit, die lebendig durchsetzt war von den Ideen der Aufklärung, errichtete Bismarck das Deutsche Reich. Gegen den Willen seines Königs und gegen den Willen eines großen Teiles des deutschen Volkes war die Einheit des Reiches durch ihn geschaffen worden. Aber der Geist, aus dem heraus dieses Reich geworden war, war großpreußisch, kleindeutsch, war protestantisch, gestützt auf Militär und Adel. Dieser Geist mußte in Widerspruch kommen mit den geistigen Strömungen, die das Leben des Volkes bestimmten, die demokratisch waren aus der Erkenntnis der Gleichheit aller Menschen vor Gesetz und Recht, die national waren aus einem Gefühl der Volksverbundenheit heraus. Das Werk von 1871 war im Sturm von 1918 in sich zusammengebrochen. In diesem Sinne entwickelt Ziekursch in den drei fesselnd und packend geschriebenn Bänden in klar-umrissenen Bildern die Geschichte des letzten deutschen Kaiserreichs. Eine deutsche Tragödie — eine von den vielen, die unser Volk in jahrhundertelanger Geschichte durchzukämpfen hatte, die es bis ins Mark erschütterten, es nie zur Ruhe, es nie zur vollen Entfaltung seiner Kräfte kommen ließen. Der 3. Band umfaßt die Zeit von 1890 bis 1918. Es ist der Tragödie letzter Akt. Von Bismarck über Caprivi (der nichterneuerte Rückversicherungsvertrag mit Rußland, dazu Wilhelm II. schwankende Haltung vom 20.—27. März 1890 zu dem von „Eitelkeit und Ehrgeiz bestimmten Politiker" Bülow, durch den sich die deutsche Politik schon so weit entwickelt hatte, daß Deutschland isoliert stand und Bethmann-Hollweg vergeblich gegen diese Außenpolitik ankämpfte. Ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0193

wiß hat die Regierung, hat der Kaiser niemals den Krieg gewollt; das geht aus der Darstellung auch bei Ziekursch hervor. Gegen die innere Notwendigkeit einer Entwicklung ist menschlicher Widerstand vergebens. Unser Unglück war, daß in großer Zeit der führende Mann fehlte. „Ihren auf der Walstatt gefallenen Kaiser hätten die Deutschen im Kyffhäuser beigesetzt, aber als er am 9. November 1918 nach Holland ging, tötete er die Monarchie." Das ist das Ende einer Entwicklung, die anfangs alle Möglichkeiten in sich trug.

Cuno Horkenbach: Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H. Berlin 1931.

Das Nachschlagewerk, das Cuno Horkenbach mit Unterstützung einer Reihe ständiger und gelegentlicher Mitarbeiter geschaffen hat, bringt zunächst eine chronologische Aufzeichnung der für die geschichtliche Entwicklung des Reichs wichtigen Ereignisse von 1918 bis 1930, welche mit der Proklamation der Wilsonschen 14 Punkte vor dem Kongreß in Washington (8. Januar 1918) beginnt und mit dem Lohnkonflikt im Ruhrbergbau (30. Dezember 1930) endet. Bei der Auswahl der Ereignisse, die durch die Aufnahme in die Chronik als „wichtige" anerkennt wurden, ist mit gutem Blick für das wesentliche, bei ihrer Darstellung mit Sorgfalt und — was besonders hervorzuheben ist — strenger Objektivität verfahren worden. Trotzdem oder gerade deshalb wirbt die Aufzeichnung unwillkürlich für den heutigen Staat. Je nüchterner die Ereignisse registriert sind, desto klarer tritt vor Augen, welche gigantische Arbeit geleistet worden ist, um unter Ueberwindung aller Schwierigkeiten und Rückschläge das Reich aus dem Zusammenbruche zu retten, seine innere Ordnung herzustellen und zu erhalten und seine Weltgeltung wieder zu erringen.

Gewiß wird auch manches, was hier berichtet ist, heute als Mißgriff oder Fehler bezeichnet werden; aber das ist viel mehr geeignet, das Gesamtbild der Leistung zu heben, als zu beeinträchtigen. Wertvolle Ergänzungen des ersten Teils sind die ausführlichen Wiedergaben des Versailler Vertrags und des Youngplans sowie verschiedene, namentlich den Stand und die Verluste der Heere im Weltkrieg und den jetzigen Stand der deutschen Wehrmacht veranschaulichende Tabellen. Der zweite Teil, welcher eine Uebersicht über die politische und Verwaltungs-Struktur bietet, verbindet mit einer knappen und doch gründlichen Darstellung der Rechtsgrundlagen und Aufgaben der verschiedenen Behörden und Körperschaften ein umfangreiches Adressenmaterial. Die Wahlen zu den Reichstagen von 1871 bis 1890 sind in einer Tabelle zusammengefaßt, außerdem aber die Wahlen zu den Parlamenten der Nachkriegszeit im einzelnen, Wahlkreis für Wahlkreis, erschöpfend behandelt. Auch die übrigen Teile des Werks — eine gedrängte Reichsstatistik, eine umfassende Biographie politischer Persönlichkeiten und endlich eine Uebersicht über die politischen Parteien sowie die Organisationen und Institute der Presse — zeichnen sich durch zweckmäßige Anlage, Vollständigkeit und Genauigkeit aus. Es ist ein unzweifelhaftes Verdienst des Verfassers, dieses große Material in einem Bande vereinigt und damit den gesamten Bereich des öffentlichen Lebens in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart allen Unterrichtung Suchenden leicht zugänglich gemacht zu haben. Seiner Absicht, die Aufzeichnungen künftig in monatlichen Heften fortzusetzen, kann nur der beste Erfolg gewünscht werden. Oscar Meyer, M.d.R.

Rudolf Küster: Die polnische Irredenta in Westoberschlesien. Ein Weckruf für das deutsche Volk. Hallig-Verlag G. m. b. H., Berlin. 1931. 178 S. br. 4,— RM.

„Die Kulturaufgabe des Deutschtums in Oberschlesien kann nicht durch Reden und Feste gelöst werden, sondern nur durch stille, zähe Kleinarbeit, durch unermüdiches Bohren im harten Holz des Widerstandes," das sind die Worte, die den Grund bilden sowohl für die praktische Arbeit des Verfassers wie auch für die Darstellung der Situation in Oberschlesien. Der Verfasser hat 22 Jahre im Kampf um das Deutschtum gestanden als Mitglied der Oppelner Regierung. Seine Schrift befaßt sich mit der polnischen Hetzpresse West-Oberschlesiens, wie auch der in Deutschland erscheinenden polnischen Presse. Wenn uns auch manches Urteil, besonders die Tätigkeit der Regierung betreffend, als reichlich scharf und einer Revision bedürftig erscheint, so ist es dem Verfasser nur zu danken, daß er so stark auf ein Gebiet der Arbeit für das Deutschtum in Oberschlesien hinweist, die intensiver Beachtung weiterer Kreise wert ist. Die Aufgabe eines Weckrufes erfüllt das Buch sehr wohl, wenn auch die kritische Stellung zur augenblicklichen deutschen Arbeit einen leicht bitteren Geschmack hinterläßt. Das hätte vermieden werden können. Soll die Versicherung, daß das Buch „nicht vom Standpunkt einer politischen Partei, sondern vom allgemein-deutschen Standpunkt" etwa die Berechtigung dieser Kritik unterstreichen? Wir sind eins mit dem Verfasser, wenn es gilt, um deutsches Recht, um das Recht der Selbstbestimmung, um die Gleichberechtigung unserer Volksgenossen zu kämpfen. Das Ziel dieses Kampfes gehört zu unserer politischen Lebensaufgabe. Erreichbar aber erscheint uns dieses Ziel nur, wenn wir die uns gegebenen Möglichkeiten voll ausnutzen, wenn wir den anderen durch Beispiel zeigen (in der Minderheitenpolitik), was wir wollen: das Recht für unsere Volksgenossen. Wir sind ein besiegtes, ein geknechtetes Volk. Unser aber ist der Anspruch auf Recht, der Kampf um die gleichberechtigte Stellung unter den Völkern.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Joachim Hild, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Verlag: Demokratischer Zeitungsdienst G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0194

BLÄTTER DER
STAATSPARTEI
ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI
1. Jahrgang Berlin, 5. Mai 1931 Nummer 9

Deutschland und Belgien

Von * * *

Wenn es die Wahrheit wäre, was die sozialistische Lehre behauptet, daß der Gang der Politik letzten Endes einzig durch die Realitäten der Wirtschaft bedingt wird, dann würden unsere Beziehungen zu Belgien sehr viel anders aussehen müssen, als es in Wirklichkeit der Fall ist. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen sprechen nachdrücklich für das Bestehen eines freundnachbarlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Belgien, vergleichbar vielleicht dem deutsch-holländischen oder selbst dem französisch-belgischen Verhältnis. Solchen Ueberlegungen und Postulaten zum Trotz kann aber nur von schlechten Beziehungen zwischen den beiden Völkern gesprochen werden. Nächst dem deutsch-polnischen und sogar im Vorrang vor dem deutsch-französischen ist das deutsch-belgische das disharmonischste, reibungsreichste, explosibelste unter unseren außenpolitischen Beziehungsverhältnissen. Denn während unter den Gegensätzlichkeiten, die wir mit Frankreich auszutragen haben, in der Tiefe eben doch eine Schicht gegenseitiger Hochachtung lagert, dehnt sich unter der Oberfläche des formell höflichen Verkehrs, der mit Belgien gepflogen wird, ein fauliges Sumpfetwas, dem dauernd ekelhafte Blasen entsteigen.

Das Gegenteil der sozialistischen Predigtweisheiten führt näher an die Wahrheit heran: Die nicht rational erfaßbaren bilden die wesentlichen Gestaltungkräfte in der Politik (wie im menschlichen Einzelleben). Der Krieg und Versailles, Gewalten aus der Vergangenheit also, blutig dunkle Gewalten zumeist, und nicht licht erkennbare Gegebenheiten der Gegenwart und Zukunft bestimmen für absehbare Zeit das deutsch-belgische Verhältnis. Krieg und Versailles haben ein Gift erzeugt, das der belgische Charakter nicht zu absorbieren vermag. Durch Versailles und den Krieg sind zwischen Deutschland und Belgien zwei Komplexe geschoben worden, die als sperrende Inseln den sogenannten normalen Fluß der seelischen (nicht der diplomatischen) Beziehungen zwischen Völkern hemmen. Beim Namen genannt handelt es sich um Eupen-Malmedy einerseits, andererseits um die blutige Hetzpropaganda, die im August 1914 ihren Anfang nahm und die seither von Belgien weiterbetrieben wird, unentwegt und ungeachtet der Jahre kaum sich ändernd in Form und Gehalt, wohin man immer blickt, sei es in die Tageszeitungen, sei es in die Zeitschriften, in die dünnflüssige Broschürenliteratur oder in die Gewichtigkeit der Buchdarstellungen. Was weiß denn die deutsche Oeffentlichkeit davon, wie es hier aussieht! Ihr ist nur sehr zum Teil bekannt, mit welcher geistigen Kost der belgische Leser gefüttert wird und — exemplum docet — gefüttert sein will. Der Eingeweihte aber hat den Eindruck, daß man sich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0195

jenseits von Aachen wohlfühlt in dieser sumpfgas-geschwängerten Atmosphäre, sie womöglich braucht aus irgendwelchen Gründen einer dekadenten Selbstbestätigung.

Eupen-Malmedy ist dabei das noch immer leichter wegzubaggernde Hindernis in den deutsch-belgischen Beziehungen. In den letzten Jahren ist es deutlich genug geworden, daß Belgien an dieser seiner Gewaltakquisition nicht mit der Leidenschaft einer Mutter zu ihrem Kind hängt, sondern daß es sich allenfalls um eine Liebe handelt derjenigen ähnlich, die der Börsianer zu einem ihm gehörigen Aktienpaket hegt nach der Formel also: „Bei Nachfrage zu verkaufen". Da — nach bisheriger und nicht zu vergessender belgischer Behauptung — belgische Landsleute das Objekt eines solchen Schachers bilden würden, fühlt man sich mehr an das landesväterliche Gehaben gewisser Fürsten des 18. Jahrhunderts als an das modern heilige Prinzip von der Selbstbestimmung der Völkern gemahnt. Aber die Demokratien westlicher Prägung können es sich ja vorläufig noch leisten, ihre eigenen Heiligkeiten zu beaugenzwinkern. Es ist müßig zu fragen, wie lange noch. Da es uns auf die Erfassung psychologisch fundierter Realitäten ankommt, so halten wir aus dem Zusammenhang nur fest, daß über Eupen-Malmedy mit den Belgiern gesprochen werden kann, beziehungsweise, daß bereits gesprochen worden ist. Im übrigen wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker die Schicksalsfrage für die Demokratien bilden. Sie werden mit der Erfüllung dieses Prinzips ernst machen müssen oder von ihren selbstgerufenen Geistern ersäuft werden. Unsere Zeit ringt, so verworren sie aussehen mag, um die Wiedergewinnung von neuen Festigkeiten, die uralt sind: Ernst, Zuverlässigkeit, Wahrhaftigkeit, Glauben.

Deshalb auch bildet jener andere Komplex, von dem die Rede war, die zur öffentlichen Anreizung mit Blutfarbe sich bemalende Hetzpropaganda, den eigentlichen Angelpunkt des deutsch-belgischen Verhältnisses. Ueber diese Angelegenheit werden die beiden Völker auf irgendeine Weise zur Klärung kommen müssen. Geschieht es nicht, so werden die Konsequenzen, ohne daß sie heute schon zu definieren wären, auf jeden Fall düster sein.

In dieser Hetzpropaganda spielen, wenn auf philologische Vollständigkeit Wert gelegt wird, drei Elemente eine Rolle. Zwei davon sind minder gewichtig, das dritte ist mit absoluter Majorität vorherrschend. Die Deportation ziviler Arbeitskräfte aus Belgien während des Krieges ist das erste, die Verletzung der belgischen Neutralität das andere, der Franktireurkrieg das dritte. Ueber eins und zwei sei hier nur das allernotwendigste zusammengefaßt.

Hinsichtlich der Deportation hat Deutschland Belgien diejenige Genugtuung zuteil werden lassen, auf die es Anspruch erheben konnte. Durch eine besondere Kommission des deutschen Reichstags wurde vor Jahren schon die Sachlage geprüft und der selbstbelastende Spruch gefällt, daß die völkerrechtliche Zulässigkeit der Deportationen aus dem Generalgouvernement Belgien zwar zweifelhaft, die Art der Durchführung der Maßnahme aber mit ihren außerordentlichen Härten und schweren Mißgriffen als rechtsverletzend zu verurteilen ist. Dieser Spruch war eine freimütige deutsche Handlungsweise, die jahrelang zuvor bereits eingeleitet, mit der damals inzwischen hoch in Kurs geratenen Verständigungspolitik sachlich nichts zu tun hatte, zufällig mit ihr zusammentraf, aber sie wohl in ausgezeichneter Weise ergänzte und sie gewissermaßen symbolisch illustrierte. Politisch blieb jedoch der Schritt trotz dieser konjunkturell günstigen Umrahmung ohne Wirkung insofern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0196

keiner unserer ehemaliger Kriegsgegner, auch Belgien nicht, Versöhnung gegen Versöhnung ausspielte und mit ähnlichen Zugeständnissen eigener Verfehlungen, wozu ja stofflich eine reichliche Auswahl zur Verfügung gestanden hätte, das bloße Wort Verständigungspolitik zu einer wirklichen Tat machte. So blickt man heute etwas unbeholfen verlegen auf die damalige deutsche Offenheit zurück. Bei Bekenntnissen einer schönen Seele, die keine Gegenliebe finden, sieht man unwillkürlich die hagere Gestalt Don Quichotes vor sich auftauchen. Festzustellen bleibt indessen, daß seit der Zeit ungefähr, da das deutsche Parlament sich wie erwähnt äußerte, das Thema der Deportationen in der belgischen Propaganda wenn auch verschwunden, so doch stark in den Hintergrund getreten ist. Ob ein Kausalzusammenhang zwischen beidem besteht, bleibt allerdings zum mindesten fraglich.

In der Frage der Verletzung der belgischen Neutralität ist das deutsche Gewissen zugleich rein und belastet. Es mag paradox klingen, und doch liegt keine konstruierte Verschnörkelung vor: das deutsche Gewissen kann ruhig sein hinsichtlich des Aktes der Verletzung selbst. Und dies nicht nur erst seit einigen Wochen, d. h. seitdem in der französischen Aktenpublikation zur Vorgeschichte des Weltkrieges so interessante Stellen veröffentlicht wurden, wonach auch in Frankreich (Poincaré) der Gedanke lebendig war, daß man genötigt sein könnte, als erster durch Belgien durchzumarschieren, wenn die Lage es erfordere. Belastend dagegen sind für uns die während des Krieges auf Grund der in Brüssel gefundenen Geheimakten nachträglich vorgebrachter Rechtfertigungen unseres Durchmarsches. Die Beweise, die man dank dieser Archivfunde in die Hände bekommen zu haben glaubte, um Belgien eine Selbstverletzung seiner Neutralität vorwerfen zu können, reichten schon damals für diesen Zweck nicht aus und sind auch in der Zwischenzeit nicht geliefert worden. Allenfalls daß damit, soweit wir im Augenblick sehen, Belgien gegenüber die Beschuldigung einer gewissen Laxheit in der Wahrung seiner Neutralitätspflicht begründet werden könnte, ein wohl mehr wissenschaftliches als politisches Problem, dem die Forschung im Laufe der nächsten Jahre zu der heute noch nicht bestehenden nötigen Klarheit verhelfen mag. Aber ungeachtet dessen war es töricht weil falsch, diese Frage jemals mit der Frage der Verletzung der belgischen Neutralität zu verquicken. Die belgische Neutralität war nach deutscher Auffassung intakt, als der Durchmarsch unserer Armeen angeordnet wurde. An diesem Tatbestand ist nicht zu rütteln. Ebensowenig ist aber auch daran zu rütteln, daß es ein internationales Hoheitsrecht gibt. Diesem Recht zufolge kann der Befehl zur Durchmarsch durch Belgien zwar unser Herz, nicht aber unser Gewissen bedrücken, das heißt, wenn Deutschland gemäß Artikel 231 von Versailles schuldig am Weltkrieg ist, dann ist die Verletzung der belgischen Neutralität die erste konsequente verbrecherische unserer ausführenden Einzelhandlungen. Sind wir dagegen nicht die Kriegsverbrecher à la mode de Versailles, dann haben wir für die Verletzung der belgischen Neutralität den Schutz des Völkerrechts für uns. Dies wird zwangsläufig die Auffassung in der Welt werden, wenn es uns gelingt, die Meinungen hinsichtlich Artikel 231 umzustimmen. Die oben erwähnten Veröffentlichungen aus den französischen Akten werden uns in dieser Hinsicht wertvolle Dienste leisten können. Am schwersten wird diese Umwertung allerdings in Belgien selbst sich vollziehen, denn dort hat man sich an die Blöße festgesaugt, die wir uns durch die geschilderte Verquickung von nicht zusammengehörigen Bestandteilen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0197

selbst gegeben haben. Unter diesem Gesichtspunkt in Sonderheit bildet die Frage der Verletzung der belgischen Neutralität einen nach wie vor lebendigen Bestandteil der belgischen Propaganda.

Die Franktireurfrage — nur einmal hat die deutsche Oeffentlichkeit einen gewissen Eindruck davon bekommen, welche Hetzjagd auf diesem Pferde von Belgien aus gegen Deutschland geritten wird. Das war vor zwei Jahren, als tausende von deutschen Persönlichkeiten, die Regierungsstellen des Reichs und der Länder ebenso wie viele Kommunen eines Tages eine Broschüre in deutscher Sprache über die Kriegsereignisse in Dinant von der Post zugestellt erhielten. Inhalt: Blutrausch, Terrorismus, Rachebefriedigung für erlittene militärische Niederlage, von der deutschen Soldeska vollzogen an einer harmlos friedlichen Bevölkernug, das Ganze in Kraßheit dargestellt. Die gleiche Broschüre ist damals in alle Kulsprachen übersetzt in Hunderttausenden von Exemplaren auf der ganzen Erde gratis verteilt worden, und es war dies wahrhaftig keine Einzelaktion. Aehnliches vollzieht sich vielmehr alle paar Wochen, spätestens alle paar Monate. Immer wieder wird aus Sidney, Pernambuco oder Hongkong, der Name spielt keine Rolle, nach der deutschen Heimat gemeldet, daß dieses oder jenes Geschäftshaus am Ort ein belgisches antideutsches Pamphlet verbreitet, sei es die Schrift über Dinant oder jene über Löwen, über Aerschot, Rossignol, Tamines, Charleroi oder noch andere. Illustrierte Postkarten werden versandt mit den Abbildungen jener zahlreichen Kriegserinnerungsdenkmäler, auf denen die Deutschen als tierische Verbrechertypen dargestellt sind. Klebemarken werden auf die Briefbogen und Umschläge geheftet mit den Bildern deutschen Wirkens, sprich lodernder Brände und hingeschlachteter Frauen und Kinder. Ständig geifern die belgischen Tageszeitungen, periodisch die Zeitschriften, im Tone wissenschaftlichen Ernstes — vor allem das vielbändige Werk von Schmitz-Nieuwland ist zu nennen — die Bücher. Wir schreiben 1931. Schlafen wir eigentlich, wenn wir glauben, es herrsche Friede zwischen Deutschland und Belgien? Wann und wo auf der Welt trug der Friede je solche Gewandung?

Der Höllenbreugel, den die belgische Hetzpropaganda gegenüber Deutschland darstellt, wobei, es sei noch einmal hervorgehoben, zu neunzig Prozent das Thema des Franktireurkriegs, beziehungsweise wie es auf belgisch heißt, das Thema der deutschen Kriegsgreuel den Inhalt bildet, ist der Ausdruck der eigentlichen Gesinnung, die man in Belgien uns gegenüber hegt. Längst wäre dieses Getriebe zur Ruhe gekommen, wenn es nicht ein latent seelisches Bedürfnis erfüllend befriedigen würde. Haß tut not. Deshalb stellt sich auch die belgische Regierung nicht zu einer sachlichen Erörterung.

Die deutsche Regierung hat oft und namentlich im Zusammenhang mit der erwähnten Deportationsresolution des Reichstags formell ihre Bereitschaft ausgedrückt, über die Angelegenheit des Franktireurkriegs eine internationale Untersuchungskommission befinden zu lassen. Die belgische Regierung ist ausgewichen. Sie scheut offenbar die Klärung, die das gegebene Mittel wäre, um die Geister der Vergangenheit zu bannen und zu einem friedlichen Einvernehmen zu gelangen. Die Vergangenheit soll walten. Und noch ein spezieller Grund dürfte vorliegen, warum der belgischen Regierung eine Klärung nicht erwünscht erscheint.

Denn für die internationale Untersuchung würde weniger die Serie der Einzelheiten zur Erörterung stehen, welche Orte also und Häuser verbrannt, wo und wieviele Zivilisten erschossen worden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0198

sind, ob sie unschuldig waren oder schuldig und was an sonstigen traurigen Tatsachen zu prüfen wäre, sondern im Kern würde die Frage zur Beantwortung stehen: Hat es in Belgien einen völkerrechtswidrigen Franktireurkrieg gegeben oder nicht?

Belgien antwortet auf diese Frage mit Nein bzw. zieht sich notfalls auf die Reservestellung zurück, daß höchstens der eine oder andere Zivilist auf die deutschen Truppen geschossen haben möge. Deutschland antwortet mit Ja und räumt ein, daß bei der berechtigten Abwehr einer solchen völkerrechtswidrigen Kampfesweise in der Aufregung die Grenzen des Zulässigen überschritten worden sein mögen. Wer hat recht?

Die Frage schwebt nicht in der Luft unklärbar, ungreifbar, durch die Finger entgleitend wie eine gespenstische Irrealität, sie ist vielmehr mit realen, zuverlässigen Mitteln einer Lösung entgegenzuführen. Soeben erst wieder ist ein ausgezeichneter Beitrag zu diesem Thema geliefert worden.*) Der Verfasser führt Früheres bestätigend aber auf neuem Wege, d. h. mit Hilfe von ärztlichen Diagnosen und Röntgenbildern den Nachweis, daß die belgischen Zivilisten geschossen haben zu Hunderten, vielleicht zu Tausenden. Sollte dies im Belgien unserer Tage wirklich nicht mehr bekannt sein? —

Dann, aber auch nur dann, wäre unsere Auffassung unrichtig, daß der Unterbau der deutsch-belgischen Beziehungen faulig ist. Dann aber erst recht müßte Klarheit über die Fragen, die hier besprochen worden sind, geschaffen werden.

Politik und Zollunion

Von Franz Klein.

Geht man den Dingen auf den Grund, so gelangt man zu der Feststellung, daß seit den Friedensschlüssen in beiden deutschen Staaten, im Reich wie in Oesterreich, die politische Auseinandersetzung durchaus im Zeichen je einer beherrschenden außenpolitischen Meinungsverschiedenheit gestanden hat. In Deutschland war und ist es der Kampf um die Art der Revisionspolitik: Revision ausschließlich durch friedliche Mittel oder Revision durch Machtbündnisse, die eine neuerliche Waffenentscheidung mindestens ins Auge fassen. Beide Möglichkeiten sind national begründbar. Also handelt es sich in Deutschland um eine natürliche Meinungsverschiedenheit. Anders in Deutschösterreich. Ihm wurde der die Oeffentlichkeit spaltende Gegensatz künstlich aufgepfropft. Für den deutschen Rest des alten österreichischen Kaiserreiches gab es nach dessen Zerfall nur eine einzige nationale Lösung, die Wiedervereinigung mit Deutschland. Dennoch war von einer zweiten Möglichkeit die Rede, von einem Zusammenschluß mit Ungarn als der Vorstufe zu einem katholischen Staatenblock im Donaubecken unter habsburgischer Führung. Der Streit zwischen diesen beiden Lösungen der österreichischen Frage, zwischen der nationalen und der antinationalen Lösung, war der nicht immer klar erkennbare Gegenstand des das ganze Land in zwei Heerlager teilenden Zweikampfes zwischen Schober und Seipel, der nun endlich mit der Niederlage Seipels entschieden zu sein scheint.

Das Deutsche Reich ist groß, und Oesterreich ist klein. Auch in die deutsche Meinungsverschiedenheit über die Art der richtigen

*) A. Fouck „Schrotschüsse in Belgien". Verlag G. Stilke, Berlin 1931.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0199

Revisionspolitik hat das Ausland wiederholt eingegriffen. Im schwachen Oesterreich aber sind diese Eingriffe häufig bis zu kaum verhüllten ausländischen Einmischungen gediehen. Hätte Schober nicht den Bürgerkrieg verhütet, so wäre das Land wohl zum Kriegsschauplatz fremder Heere geworden. Diplomatischer Kriegsschauplatz und sogar mehr als das ist es am Rande des Bürgerkrieges gewesen. Man kann das am besten an dem Los veranschaulichen, das den beiden Außenministern Oesterreichs im europäischen Kräftespiel widerfahren ist. Daß sie in der großen Politik der Mächte eine wichtige Rolle innehaben konnten, ist mit ihrer unzweifelhaften staatsmännischen Begabung allein gewiß nicht zu erklären. Es liegt daran, daß das Bewußtsein von der Ungelöstheit der österreichischen Frage wie ein Alpdruck auf der Nachkriegsdiplomatie gelastet hat.

Man hatte in den Friedenverträgen den politischen Anschluß an die einmütige Zustimmung des Völkerbundrates gebunden, und man hatte im Jahre 1922 das Anleihebedürfnis Deutschösterreichs dazu benützt, ihm die Zusicherung abzupressen, daß es auch wirtschaftspolitisch seine „Unabhängigkeit" wahren werde. Und dennoch wich jener Alpdruck nicht. Man wußte, daß jeder österreichische Außenminister den großen Trumpf in der Hand hielt. Dr. Seipels europäische Geltung beruhte darauf, daß man in ihm den Bürgen der Anschlußverhinderung sehen konnte. Gewiß war er das mit allen Fasern seines Herzens. Aber niemals ließ er den deutschen Weg endgültig verbauen, weil er dadurch um seine großen Wirkungsmöglichkeiten gekommen wäre. So war er jahrelang nicht nur der verwöhnte, sondern auch der gefürchtete Vertrauensmann aller Status-quo-Mächte, sogar Deutschlands, solange man in Berlin verfrühte Anschlußtatsachen als Erschwerung der Rheinlandpolitik empfunden htäte. Erst zu Ende 1929 ging dieses Vertrauensverhältnis in Brüche, als Europa erkannte, daß es Seipel nicht um die „Unabhängigkeit" Oesterreichs zu tun sei, sondern um die andere, um die ungarische Lösung, daß er die Diktatur anstrebe, um dem östereichischen Volk diese antinationale Lösung aufzuzwingen. Da fiel er in Ungnade in Berlin und London, bei Frankreich und der Kleinen Entente, ohne zugleich sein Verhältnis zu Mussolini zuverbessern, der durchschaut hatte, daß die österreichische Spielart des Faschismus allzu vatikanisch und habsburgisch gefärbt sei.

Jäh schnellte Seipels Waagschale in die Höhe, und um so gewichtiger fiel die Gunst Europas in die des Gegenspielers. Besonders die britische Labourregierung verhalf Schober von Erfolg zu Erfolg, um Oesterreichs Demokratie und Republik vor den Fangarmen des Klerikofaschismus zu schützen. Briand schmückte den Mann, der die Eingliederung seines Landes in den ungarisch-italienischen Religionsblock verhütet hatte, mit dem Großkreuz der Ehrenlegion. Die Kleine Entente, besonders Südslawien, wußte, daß, solange Schober an der Spitze stand, Deutschösterreich zum Aufmarschgebiet Roms und Budapests nicht werden würde.

In diese schöne Harmonie schlug wie ein Blitz der Wiener Vertrag ein. Und genau so, wie es bei Seipel sich abgespielt hatte, war plötzlich die Pariser Freundschaft für Schober in offene Feindschaft gewandelt. Vom Vorwurf der Heuchelei und des Betrugs widerhallt seither die französische Presse. Diesmal aber mit Unrecht. Seipel hatte so gut wie niemals in voller Oeffentlichkeit erklärt, daß er die ungarische Lösung anstrebe. Die öffentliche Meinung hätte ihn hinweggefegt. Erst nach Errichtung der Diktatur hätte er die Hüllen ganz abstreifen können. So konnten ihn ober-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0200

flächliche Beobachter, und sie waren auch in Berlin weitaus in der Mehrheit, wirklich für einen Politiker der österreichischen „Unabhängigkeit" halten. Anders Schober. Er hat auch in Paris nie ein Hehl daraus gemacht, daß er deutsche Politik treibe. Daß die Welt dennoch überrascht ist und ehrlich meint, hinter das Licht geführt worden zu sein, erklärt sich aus der Ueberheblichkeit, die da geglaubt hat, niemals könne der Anstoß zur Neuordnung Europas von einem so kleinen Besiegten ausgehen, niemals werde dieser freundlich lächelnde, rundliche Herr auf dem Ballhausplatz die entscheidende geschichtliche Tat wagen.

Man kann nicht besser als an dem internationalen Schicksal der beiden österreichischen Staatsmänner nachweisen, daß die österreichische Politik Frankreichs die der reinen Verneinung ist, die der Verweigerung jedes Auswegs. Seipel sagte: ungarische Lösung, Schober sagte: deutsche Lösung, Paris erwiderte: weder noch.

Das war lange Zeit haltbar. Solange nämlich das österreichische Entweder-Oder vorwiegend politisch war. Nun aber ist es vorwiegend wirtschaftlich geworden. Deutschösterreich ist dem Ende seiner Durchhaltekraft nahe. Bisher ist es noch gelungen, wenigstens die öffentlichen Haushalte aus der Flut der Zusamenbrüche zu retten. Nun aber zeigt sich an den wachsenden Fehlbeträgen, daß das Nebeneinander von kranker Privatwirtschaft und gesunder Staatswirtschaft nicht Bestand haben kann. Es gibt keine andere Rettung als die handelspolitische, den Eintritt in ein größeres Wirtschaftsgebiet und die damit verbundene Vermehrung des handelspolitischen Gewichts gegenüber den anderen Staaten.

Am meisten entrüstet ist der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch, der dem politischen Entweder-Oder: Anschluß oder Habsburg, stets am entschiedensten sein Weder-Noch entgegengesetzt hat. Die Zollunion also sei der Dank für seine diplomatische Unterstützung der österreichischen Linken und Mitte gegen den Faschismus. Dr. Benesch hat offenbar ernstlich gemeint, Deutschösterreich verteidige seine demokratische und nationale Freiheit, um sich der Diktatur Prags zu unterwerfen! Schon bisher hat Benesch nicht begriffen, daß er durch die Anschlußverweigerung die für sein Land weit gefährlichere andere Lösung der österreichischen Frage begünstige. Würde doch jener katholische Staatenblock vor allem und unmittelbar auf die ungarische Wiedereroberung der Slowakei abzielen. Nun begeht Benesch den gleichen Fehler in europäischem Ausmaß. Er selbst spricht von zwei Möglichkeiten der Erweiterung der Zollunion über die großdeutschen Grenzen hinaus. Entweder könnten Wien und Berlin ein die Südoststaaten einschließendes „Mitteleuropa" anstreben in Form einer großen Zollunion mit einem Netz von Zwischenzöllen, oder sie könnten ihre Zollunion lediglich um die Tschechoslowakei vergrößern und die Agrarstaaten mit dieser Zollunion durch Gewährung von Vorzugszöllen für deren Erzeugnisse verknüpfen. Die zweite Möglichkeit wäre die natürlichste, sie ist die ursprüngliche Form des von Schober schon im September in Genf entwickelten Regionalgedanken. Aber wieder sagt Benesch sein Weder-Noch. Wieder sieht er nicht ein, daß er dadurch die für sein Land wirklich bedrohliche andere Lösung fördert, ein „Mitteleuropa" nämlich mit Ausschluß der sich selbst ausschließenden Tschechoslowakei. Der Mann, der zur Aufrichtung der selbständigen Staatlichkeit seines Volkes beigetragen hat, ist im Begriff, zum nationalen Unglück seines Landes zu werden.

Es besteht nicht zufällig eine weitreichende geschichtliche Gleichläufigkeit in der Rolle, die Prag und Paris angesichts des Ringens

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0201

um eine Neuordnung Europas spielen. Immer wieder haben in den letzten Jahren die deutschen Staaten versucht, die Tschechoslowakei für eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zu gewinnen. Immer wieder hat Benesch das abgelehnt, um der Utopie einer wirtschaftlichen Kleinen Entente nachzujagen. Berlin und Wien waren bereit, Herrn Benesch alle Sicherungen dafür zu gewähren, daß diese Verständigung zum Nutzen und ohne jeden Prestigeverlust für sein Land erfolgen würde. Die ausgestreckten Hände wurden nicht ergriffen. Und ebenso ringt seit dem Friedensschluß Deutschland vergebens um eine echte Verständigung mit Paris. Seit der Rheinlandräumung, welche die große Verständigungsgeste, die sie hätte sein können, auch nicht gewesen ist, ist alles in Stocken geraten. Europa aber kann nicht mehr warten. Am wenigsten können es die deutschen Staaten. Da die stärkste Siegermacht ihren Beruf, den Erdteil in Ordnung zu bringen, nicht erfaßt hat, geschieht das eigentlich Selbstverständliche: Spricht ein Franzose von der Neuordnung Europas, so gerät er in Widerspruch zu dem im status quo scheinbar aufs beste gewahrten Interesse seines Landes. Spricht ein Deutscher davon, so ist er von vornherein in Uebereinstimmung mit dem Interesse seines Volkes. Es ist der Vorzug der Armut, die Tugend der Not, daß ihr gewisse Einsichten zugänglich sind, die dem Reichtum verschlossen bleiben. Das von der Weltwirtschaftskrise nahezu verschonte Frankreich spricht heute eine andere Sprache als das übrige Europa. Die deutsche Sprache ist verständlich. Sie ist immer noch, und nun, da die wirtschaftliche Not die Antriebskraft ist, erst recht die Sprache des Friedens, allerdings des Friedens, der auf der Gleichberechtigung souveräner Völker aufgebaut werden muß. Der Wiener Vertrag hat Europa erschreckt, weil er der erste sichtbare Ausdruck des Bewußtseins der Souveränität ist, der es zukommt, in dem durch Verträge nicht umhegten Bereich der Außenpolitik auf Grund eigener Entschließungen vorzugehen. Die große Bedeutung des Wiener Vertrages liegt darin, daß er der Anlaß sein soll, den Kampf um die Gleichberechtigung durchzukämpfen. So leistet er die beste Vorarbeit für die internationale Abrüstung, die, so widerspruchsvoll es klingen mag, nicht eine Frage technischer Entwaffnung, sondern eine Frage politischen Sinneswandels ist. Der Wiener Vertrag ist kein Abweichen von der Politik der Verständigung. Er ist der Beginn einer anderen Form dieser Politik. Zwölf lange Jahre hat man umsonst bittend und beschwörend die Hand zur Verständigung hingestreckt. Nun geht man daran, sie zu erzwingen.

Die öffentliche Hand in der deutschen Privatwirtschaft

Von Otto Weber.

In seinem Referat auf dem Mannheimer Parteitag hat Dr. Stolper die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, daß etwa die Hälfte des deutschen Volkseinkommens in seiner Verteilung heute politisch beeinflußt wird. Die öffentliche Hand hat sich weiter Gebiete, die früher in stärkstem Umfange eine Domäne der Privatwirtschaft waren, bemächtigt. Nach der Berufszählung von 1925 waren von den im Gewerbe beschäftigten Personen mehr als $^1/_{10}$ in öffentlichen oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen tätig. Es ist nun außerordentlich interessant festzustellen, daß — wenn hier einmal der Einfluß der öffentlichen Hand auf dem Gebiete der Energieversor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0202

gung ins Auge gefaßt wird — die Meinungen darüber, ob das Vordringen der öffentlichen Hand begrüßenswert sei oder nicht, im Laufe der Zeit sehr geschwankt haben.

Der Staat hat sich auf dem Gebiete der Energiewirtschaft lange zurückgehalten. Auch die Kommunen haben diesen Boden anfangs nur zögernd betreten. Der Bau der ersten deutschen Gaswerke ist privater — anfangs englischer — Initiative zuzuschreiben, und noch 1908 befanden sich noch rund ein Drittel aller Gaswerke in privater Hand. Auch Bau und Betrieb von Straßenbahnen und Elektrizitätswerken wurden ursprünglich fast ausschließlich von der Privatwirtschaft durchgeführt, bis mit der starken Entwicklung und dem Ausdehnungsdrang der deutschen Städte sich die öffentliche Hand dieser Aufgaben annehmen zu sollen glaubte. Dazu mag beigetragen haben, daß die sogenannten Konzessionsverträge auf dieses rasche Wachstum der deutschen Gemeinden um die Jahrhundertwende mangels entsprechender Erfahrungen bei ihrem Abschluß gar nicht genügend Rücksicht nehmen konnten, so daß ohne Schuld von beiden Seiten vielfach Schwierigkeiten entstanden, denen man durch eine Ablösung des privaten Unternehmers beizukommen versuchte. Schon damals sind also die Mängel des reinen Regiebetriebes, wie auch des Konzessions-Systems erkannt worden.

Bemerkenswerterweise hat sich aber der Deutsche Städtetag schon im Juli 1914 nach Berichten des Straßburger Stadtrats Leoni und des Königsberger Oberbürgermeisters Dr. Körte für einen Ersatz der früher üblichen Konzessionsverträge durch Bildung gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen ausgesprochen, also eine Verbindung von Städten und Privatkapital, eine Unternehmungs- und Verwaltungsform, auf die noch zurückzukommen sein wird.

Wenn man schon in der Vorkriegszeit, wie gerade die Beratungen des erwähnten Städtetages schon deutlich zeigen, sich keineswegs gegen die Mängel verschlossen hat, die dem reinen Regiebetrieb der öffentlichen Hand anhafteten, so sind diese Mängel und Schwierigkeiten unter dem Einfluß der Nachkriegsverhältnisse aufs allerstärkste in die Erscheinung getreten. Waren vor dem Kriege die Schwerfälligkeit der Verwaltung, der Instanzenweg, das Fehlen persönlicher und finanzieller Verantwortlichkeit der Leitung, Bürokratismus und Schema die Nachteile des Regiebetriebes, so erfuhren diese eine vielfache Verstärkung und Häufung durch die nach dem Kriege einsetzende Politisierung der öffentlichen Körperschaften. Kein Wunder, daß — nicht zum wenigsten aus Kreisen der Kommunalverwaltungen selbst heraus — eine Reform des Regiebetriebs verlangt wurde, die man — vgl. das sogenannte Königsberger und Leipziger System — zunächst darin suchte, die technischen Betriebe der Städte innerhalb der Kommunalverwaltung selbständiger zu machen, teils indem man sie in eine privatrechtliche Gesellschaftsform überführte, deren Besitzanteile voll in den Händen der Kommune blieben, teils indem man die Werksdeputation mit stärkeren Vollmachten ausstattete, um so den technischen Betrieben innerhalb der Kommunalverwaltung eine gewisse Selbständigkeit zu geben.

Niemand wird in Abrede stellen wollen, daß die deutschen Kommunen auch auf dem Gebiete der Entwicklung ihrer Energieversorgungsbetriebe vielfach hervorragendes geleistet haben. Jedenfalls können sich die deutschen Kommunalverwaltungen in dieser Hinsicht mit dem Auslande überall messen. Freilich darf dabei nicht verkannt werden, daß die öffentliche Hand durch das ihr eingeräumte Steuer-Privileg einen starken Vorsprung vor den privaten oder gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen gleicher Art

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0203

aufzuweisen hat. Etwa $^1/_{10}$ der Betriebseinnahmen müssen die nicht im Genuß dieses Steuer-Privilegs stehenden privaten oder gemischtwirtschaftlichen Betriebe an Steuerlasten aufbringen, bei im ganzen gleichen, teilweise auch niedrigeren Tarifen, als sie in den Betrieben der öffentlichen Hand gelten. Auch hierüber wird später noch ein Wort zu sagen sein.

Hatte man es früher als das erste Gebot einer Kommunalverwaltung angesehen, die Energieversorgungsbetriebe in die Hand zu bekommen, so haben sich in den Jahren der Inflation und der wirren Verhältnisse der Nachkriegszeit diese Betriebe häufig zu einer schweren Last für die öffentliche Hand entwickelt. Von allem anderen abgesehen — es sei nur an die Fragen der Personal- oder Lohnpolitik erinnert, von den Schwierigkeiten einer politisch beeinflußten Tarifgestaltung gar nicht zu sprechen — erfordert jeder Energieversorgungsbetrieb ständig neues Kapital, teils weil den den Fortschritten der Technik Rechnung getragen werden muß, teils weil das bis vor kurzem unaufhaltsam scheinende Wachstum der deutschen Kommunen die Versorgung neuer Stadtviertel mit Gas, Strom, Wasser und Verkehrsmitteln erforderlich machte. Die starke kurzfristige Verschuldung der deutschen Gemeinden, die zu ihrem Verhängnis zu werden drohte, ist zu einem großen Teile auf den außerordentlich hohen Kapitalbedarf für ihre werbenden Unternehmungen zurückzuführen, ein Bedarf, der früher ohne alle Schwierigkeiten gedeckt werden konnte, weil unter normalen Verhältnissen diese Betriebe eine ständige, wenn auch bescheidene Rente für die festgelegten Kapitalien mit Sicherheit erwarten ließen. In dem Augenblick aber, in dem die Kapitalbeschaffung schwierig wurde, zeigte sich ein neuer Nachteil der reinen Kommunalverwaltung, indem wegen des Mangels an langfristigen Anleihen zu dem gefährlichen Mittel der kurzfristigen Geldbeschaffung gegriffen werden mußte. Gerade auf diese kurzfristigen Kredite ist es zurückzuführen, wenn in allerjüngster Zeit sich ein Zug zur „Entkommunalisierung" der Energieversorgungsbetriebe deutlich bemerkbar macht. Man nimmt die werbenden Unternehmungen aus dem reinen Regiebetrieb heraus und bildet, wie beispielsweise in Dresden, eine zunächst rein kommunale Aktiengesellschaft, die aber doch wohl nur als Vorläufer eines Ueberganges zur Besitzbeteiligung von Privatkapital anzusehen ist. Oder man geht, wie im Augenblick in Berlin, sofort zur Bildung gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen über.

Vom Standpunkt des allgemeinen Interesses braucht man diese Umbildung nicht zu bedauern. Die gemischtwirtschaftliche Unternehmung ist in Deutschland in den letzten Jahrzehnten viel stärker als im Auslande entwickelt worden, und es liegen genug Erfahrungen vor, um die rechte Abgrenzung zwischen der Rücksichtnahme auf die Belange der öffentlichen Hand und die Belange des beteiligten Privatkapitals zu finden. Der früher geltend gemachte Einwand, daß die Beteiligung von Privatkapital zu einer Ueberspannung der Tarife führen werde, wird heute wohl nicht mehr aufrechterhalten werden können. Eher kann man nach den Erfahrungen der letzten Jahre vom Gegenteil sprechen; denn die Finanznot der Gemeinden hat diese gezwungen, nicht nur aus ihren werbenden Unternehmungen Barablieferungen an den öffentlichen Haushalt in einem Umfange zu verlangen, der in kurzer Zeit diese Betriebe aller notwendigen Reserven und aller Mittel berauben muß, um durch rechtzeitige Modernisierung der Betriebe dem Fortschritt der Technik zu folgen, sondern man hat durch Finanzzuschläge

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0204

zugunsten der Gemeinden auch die Entwicklung des Absatzes in der nachteiligsten Weise gehemmt. Diese Finanzzuschläge sind, weil als Sondersteuer nach dem Stand der deutschen Gesetzgebung unzulässig, in die Tarife eingebaut worden. Das trifft die Wirtschaft und die Abnehmer um so schwerer, als diese Erhöhung der Tarife in einer Zeit mit der Parole des Preisabbaues erfolgte und noch erfolgt. Hierauf in erster Linie ist es zurückzuführen, wenn vielfach festgestellt werden muß, daß bisher die öffentliche Hand in der Front des Preisabbaues gefehlt hat. Jedenfalls würde eine heute durchgeführte Untersuchung der durchschnittlichen Verkaufspreise für Gas, Strom, Wasser und für Verkehrsleistungen mit Bestimmtheit ergeben, daß unter Einrechnung dieser Zuschläge die Tarife der öffentlichen Hand höher liegen, wie die privater oder gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen gleicher Art.

Mag auch zugegeben werden, daß man bei der öffentlichen Hand heute vielfach gezwungen ist, aus der Not eine Tugend zu machen, so muß die Wirkung dieser Entblößung der Betriebe der öffentlichen Hand von den notwendigen Rücklagen und dieser Ueberspannung der Tarife eine Verstärkung der Tendenz zur Entkommunalisierung sein. Diese Zusammenhänge würden noch viel klarer in die Erscheinung treten, wenn das Steuervorrecht der öffentlichen Betriebe in Wegfall käme. Der Forderung nach gleichmäßiger steuerlicher Behandlung aller Betriebe gleicher Art ohne Rücksicht auf ihre Verwaltungsform kann sich der Gesetzgeber auf die Dauer unmöglich widersetzen, weil der jetzige Zustand den elementaren Grundsatz gleicher Behandlung aller Steuerpflichtigen verletzt. Das Unhaltbare des jetzigen Zustandes wird besonders deutlich, wenn berücksichtigt wird, daß heute an dem Steueraufkommen aus den privaten und gemischtwirtschaftlichen Betrieben der Energieversorgung, die sich vorwiegend in mittleren und kleineren Kommunen befinden, die größten Gemeinwesen Anteil haben, obwohl sie ohnehin steuerlich kräftiger sind, als jene kleinen oder mittleren Kommunen und umgekehrt aus ihren großstädtischen Regiebetrieben nichts zur Entlastung der minderkräftigen kleineren Kommunen leisten, eine Wirkung, die der Gesetzgeber sicherlich nicht gewollt hat.

Die Möglichkeit, Finanzzuschläge zu erheben, hat außerdem den besonderen Nachteil gehabt, daß die Gemeinden dadurch vielfach zu Ausgaben verleitet worden sind, die besser unterblieben wären.

Die angedeutete Entkommunalisierung wird sich um so rascher vollziehen, je mehr die Energieversorgung über die Grenzen der einzelnen Kommunen hinausgreift. In einzelnen deutschen Ländern wird bereits die Bildung von Energieversorgungs-Provinzen erkentlich. Damit ergibt sich von selbst die Notwendigkeit interkommunaler Energiewirtschaft, die heute schon beginnt, sich international zu entwickeln. Damit erwachsen aber Probleme, die in einer Zeit des Kapitalmangels bei der öffentlichen Hand heute ohne die Mitwirkung starker kapitalkräftiger Gruppen der Privatwirtschaft nicht zu lösen sind, abgesehen davon, daß heute schon das Ausland in stärkstem Maße gerade die größten deutschen staatlichen Energieversorgungs-Unternehmungen als Geldgeber finanziert.

In der Beteiligung zweier großer staatlicher Unternehmungen, der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft und der Elektra Aktiengesellschaft, eines nahezu ganz im Eigentum des Freistaates Sachsen stehenden Elektrizitäts-Konzerns, an der Thüringer Gasgesellschaft, Leipzig, ist ein besonders interessanter Vorgang solchen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0205

Zusammenwirkens der öffentlichen Hand mit privaten Fachgesellschaften zu erblicken. Handelt es sich bei der letztgenannten Gesellschaft doch um ein Unternehmen, das schon seit Jahrzehnten planmäßig die gemischt wirtschaftliche Unternehmung in Deutschland im Zusammenwirkung von Fachgesellschaften mit einzelnen Kommunen, Landkreisen und Provinzen entwickelt hat.

Abgesehen von der Zwangslage der Kapitalbeschaffung ist diesem Zusammenwirken von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft auch durch andere Umstände der Boden bereitet worden. Wenn früher von Befürwortern der Regiebetriebe eine wirtschaftliche und soziale Besserstellung der Arbeitnehmer im Vergleich zur Privatwirtschaft behauptet worden ist, so kann unter dem heute geltenden Tarifrecht hiervon nicht mehr gesprochen werden. Umgekehrt wird auch heute nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht mehr behauptet werden können, daß die in Energieversorgungsbetrieben besonders wichtige Streikgefahr im gemeinwirtschaftlichen Betrieb geringer se, als im privatwirtschaftlichen. Man kann heute eher das Gegenteil behaupten.

Allgemeingut der Ueberzeugung ist wohl nach den Erfahrungen der letzten Jahre geworden, daß die öffentliche Hand sich aus all denjenigen Regiebetrieben zurückziehen soll, in denen sie mit der Privatwirtschaft in Wettbewerb steht. Je mehr eine Gemeinde kommunalisiert, desto geringer werden selbstverständlich ihre Steuereinnahmen und desto mehr ist sie auf die Ueberschüsse ihrer werbenden Unternehmungen angewiesen. Wohin das führt, ist oben angedeutet worden. Aber auch in dem der öffentlichen Hand verbliebenen Gebiet wird sie der ihr obliegenden Aufgabe in einer zweckentsprechenden Verbindung mit der Privatwirtschaft am besten gerecht werden. Auch die öffentliche Hand kann, je umfangreicher und schwieriger die Probleme der Energieversorgung werden, des Wagemutes und der Initiative der Privatwirtschaft nicht entbehren, von der Kapitalkraft ganz abgesehen. Oeffentliche Hand und Privatwirtschaft sind daher in der Energiewirtschaft in starkem Maße aufeinander angewiesen. Ein gewisses Maß von Gemeinwirtschaft wird in Deutschland stets seine Berechtigung haben. Gerade Deutschland als Verbindungsglied zwischen den großen westeuropäischen Kapitalmächten und Rußland mit seinem bolschewistischen Wirtschaftssystem ist berufen, eine Form der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft auszubilden, die in beider Hinsicht richtunggebend werden kann. Bleibt dieses Ziel vor Augen, so wird auch die Grenze wirtschaftlicher Betätigung der öffentlichen Hand unschwer festzustellen sein.

Deutsches Volkstum und Auslandsdeutschtum

Von Wilhelm Külz.

Vor dem Kriege hörte für die meisten von uns das deutsche Volk an den Grenzen des Deutschen Reiches auf. Nur wenige hatten eine lebendige Vorstellung davon, daß auch jenseits der Grenzen noch 40 Millionen Menschen in geschlossenen Siedlungsgebieten, an fremden Handelsplätzen oder in der Zerstreuung lebten, die sich als Deutsche fühlten. Der Krieg schuf hier einen grundlegenden Wandel. Als im August 1914 die Sturmflut der Weltgeschichte über uns hereinbrach, da ergriff sie nicht nur das deutsche Volk im Deutschen Reich, sondern alle Deutschen in der Welt, und als 1918

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0206

eine verpestete Weltatmosphäre sich über das deutsche Volk breitete, da lagerte sich diese Stickluft mit ihrem ertötenden Hauch auch über die außerhalb der Reichsgrenzen wohnenden Deutschen. „Volk ist, wer eine gemeinsame Not empfindet", dieses Wort Richard Wagners bewahrheitet sich in dieser schwersten Prüfungs- und Leidenszeit des deutschen Volkes. Das Weltgeschehen von 1914 bis 1918 hat zwar nach glückverheißenden Anfängen uns Reichsdeutsche immer noch nicht vom Volk zur Nation werden lassen, aber es hat für alle Deutschen der Welt ein Wiedererwachen des deutschen Volkstumsgedankens gebracht. Wir wissen jetzt: was deutsch ist, wird nicht bestimmt durch irgendeine Farbe auf der Landkarte, auch nicht durch politische Akte, sondern es liegt im Menschen, und wir fühlen heute, was bereits vor Jahrzehnten Lagarde empfunden hat, daß „deutsches Volk" sich nicht in einen geographischen Raumbegriff oder durch eine politische Formulierung erschöpfend erfassen läßt;

deutsches Volk ist „die Gesamtheit aller deutsch empfindenden, deutsch denkenden, deutsch wollenden Menschen".

Weil aber das, was in der Welt als deutsch wirkt, im Menschen liegt, sind deutsches Wesen und deutsche Art auch außerhalb staatlicher deutscher Grenzen in vielen Gegenden der Welt stark geblieben. Fremde Staatszugehörigkeit hebt die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum nicht auf. Deswegen ist Auslandsdeutscher jeder in einem nichtdeutschen Staatsgebiet Lebender, der bewußt und gewollt sich zum Deutschtum bekennt, deutschen Kulturbesitz seinen eigenen Kulturbesitz sein läßt, an die Mission des Deutschtums in der Welt glaubt und ein lebendiger Zeuge von der Wahrheit des Wortes von Friedrich von Schlegel ist: „Die Deutschheit liegt nicht hinter uns, sondern vor uns."

Für die Weltgeltung Deutschlands ist es nicht gleichgültig, in welchem Maße sich alle Deutschen in der Welt innerlich verbunden fühlen. Wir wollen deshalb nicht in den alten Fehler der Gleichgültigkeit gegenüber dem Auslandsdeutschtum verfallen, sondern wollen äußerlich und innerlich die engste Verbindung mit ihm aufrecht erhalten — das ist ein Gebot der Dankbarkeit und ein Gebot der Selbstklugheit; denn zur Wiedererhaltung voller Weltgeltung in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Hinsicht ist es unerläßlich, die Kräfte der im Auslande lebenden Millionen Deutschen dem Deutschtum voll zu erhalten. Das ist ein ebenso selbstverständlicher wie notwendiger Ausfluß des deutschen Selbsterhaltungswillens in der Welt. Der Deutsche soll und will, sofern man sein Volkstum, seine Sprache und seine Kultur unangetastet läßt, loyaler Bürger auch des nichtdeutschen Staates sein, dessen Angehörigkeit er aus freiwilliger Entschließung oder durch Schicksalsfügung geworden ist. Ein Auslandsdeutscher selbst, der Vizepräsident des deutschen Vereins in Osorno in Südchile, hat das vor Jahren einmal in die schönen poetischen Worte gekleidet:

„Wir wollen nicht den Staat im Staate bilden,
Nein, treue Bürger sein dem neuen Lande.
Doch deutscher Art und Wesens heiliger Hauch umweht die Stirne uns!
Zucht und Sitt' der Väter und deutscher Sprache markig, kern'ger Klang
Mög nie verschwinden hier aus unseren Augen."

Aber in welchem Staate die Deutschen auch leben, sie sollen deutsche Menschen bleiben und sich als solche fühlen, und auch wir wollen sie als Glieder des deutschen Volkes betrachten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0207

Die Beziehungen zwischen Heimat und Auslandsdeutschtum umschließen eine gewaltige Problematik auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete, die wir in ihrer weittragenden Bedeutung voll erkennen müssen, um im einzelnen Falle die richtige Einstellung zu finden.

Die Fürsorge für das Auslandsdeutschtum muß von der Heimat her schon einsetzen, ehe sich der Inlandsdeutsche zum Auslandsdeutschen wandelt, und zwar in Gestalt einer richtigen Auswanderungspolitik. Die Auswanderung aus Deutschland quantitativ zu fördern, ist widersinnig, denn jede Abwanderung Deutscher bedeutet die Gefahr eines Verlustes an persönlichen und wirtschaftlichen Werten. Wohl aber müssen wir die aus eigenem Entschluß auswandernden Deutschen so beraten, daß sie nach Ländern und Gegenden auswandern, in denen sie wirtschaftlich und kulturell ein sicherer Wertfaktor für das Deutschtum bleiben. Dazu gehört natürlich, daß es in Deutschland Stellen gibt, die über die entsprechenden Bedingungen der außerdeutschen Länder in jeder Beziehung aufs genaueste unterrichtet sind.

Der Auslandsdeutsche war uns in der Vergangenheit ein wirtschaftlicher Wertfaktor. Unsere Gegner hatten das früher vielleicht noch stärker erkannt als wir. Die Vertreibung der Deutschen aus ehemals feindlichen Gebieten und die Liquidierung ihres Vermögens waren ein wesentlicher Bestandteil der Politik, die durch Vernichtung des deutschen Handelsapparates und der deutschen Handels- und Wirtschaftserfahrung im Auslande die weltwirtschaftliche Betätigung Deutschlands an der Wurzel treffen wollten.

Unsere deutsche Wirtschaft und ihre Führer werden gut tun, wenn sie sich mehr noch als bisher für die Zukunft darauf besinnen, daß es im eigensten Interesse der Exportförderung und der Wirtschaftsverbindung Deutschlands mit dem Auslande liegt, die Auslandsdeutschen zu starken Trägern der wirtschaftlichen Werbung zu machen.

Stärker noch als die wirtschaftspolitische ist die kulturpolitische Bedeutung des Auslandsdeutschen für das Gesamtdeutschtum. Die stärkste Wesensart des Deutschtums liegt in der deutschen Kultur, sie ist deswegen das stärkste Bindemittel zwischen allen Deutschen auf der Welt, sie gibt dem deutschen Volkstum das bestimmende Gepräge.

Die stärkste Kraftquelle des Deutschtums liegt in der Kultur, und deswegen bewegt sich die Erhaltung und Stärkung unseres Auslandsdeutschtums in erster Linie auf kulturellem Gebiete.

Freilich: was die innere Eigenart des Deutschseins und des Deutschtums ausmacht, wird man in Worten oder Begriffsbestimmungen nie voll erfassen können. Wohl aber werden wir zu erkennen vermögen, von welchen Grundpfeilern dieses Deutschtum getragen wird: es sind die deutschen Familien und die deutschen Schulen; das gilt für das Ausland in gleicher Weise wie für das Inland. Dort, wo die Familien und Schulen deutsch sind, da sind die Menschen deutsch, und wir wollen, daß die deutschen Menschen als solche sich selbst und uns erhalten bleiben, auch dort, wo sie in fremden Staatsverbänden und unter anderen Völkern leben müssen oder leben wollen.

Mit dieser Forderung liegt das

Problem der nationalen Minderheiten

vor uns aufgerollt; es ist seit Versailles im wesentlichen ein deutsches Problem. Wir wenden uns gegen die Versuche

der Unterdrückung des deutschen Volkstums und der deutschen Kultur mit nachdrücklicher Entschiedenheit. Zur Eigenart und zur Kultur seines Volkstums sich zu bekennen, ist genau so ein Menschenrecht wie das Recht auf persönliche Freiheit. Der Staatsmann wäre ein schlechter Kenner seiner eigenen Nation und der ihr innewohnenden Kulturkraft, der da glauben wollte, daß der Versuch der Unterdrückung etwas anderes erreichen könne als den unbeugsamen Willen zur kulturellen Selbstbehauptung und zur Erhaltung des deutschen Volkstums. Wir sind durchdrungen von der Erkenntnis, daß wir selbst im Deutschen Reiche keine berechtigte kulturelle Forderung der im Reichsgebiete wohnenden Minderheiten unberücksichtigt lassen dürfen, aber mit dem gleichen Willen fordern wir das gleiche für die deutschen Minderheiten im Auslande, fordern Deutsches Reich und Deutsches Volk für sich das Recht, allen Volksgenossen im Auslande die helfende Hand zur Wahrung ihres Volkstums und ihrer Kultur zu erreichen. Diese Hilfe für die deutschen Minderheiten ist eine vollberechtigte, mit keinen politischen Interessen widerstreitende, jedem fremden Staate gegenüber loyal vertretbare Arbeit, und das Ausland wird gut tun, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß das im Deutschen Reiche zusammengeschlossene deutsche Volk nicht mit fatalistischer Gleichgültigkeit zuschaut, wenn Auslandsdeutsche auf deutschem Siedlungs- und Kulturboden bedrängt, wenn Schulen, Kirchen und Anstalten unserer deutschen Volksgenossen bedrückt oder erdrückt werden sollen, und kein fremder Staat soll und darf es in seinem Staatsgebiet lebenden Deutschen verargen, wenn ihr Blick frei und stolz dem deutschen Vaterhause zugewandt bleibt; dort sind die Wurzeln ihrer Kraft. Selbstbewußtsein als Volk, auch über die staatliche Grenze hinweg, ist nicht gleichbedeutend mit Mißachtung anderer Völker oder Staaten. Aber es ist nowendige Voraussetzung der deutschen Selbsterhaltung und der deutschen Weltgeltung.

Von den Millionen Deutschen, die in nichtdeutschen Staaten wohnen, ringen und kämpfen viele schwer um die Erhaltung ihrer deutschen Muttersprache und ihrer deutschen Art. Den Auslandsdeutschen darin beizustehen, ist für das deutsche Volk in der Heimat ein Gebot der Selbsterhaltung und eine sittliche Pflicht.

Der wichtigste Kampf um Erhaltung des deutschen Volkstums ist der Kampf um die deutsche Schule.

Die deutsche Jugend darf nicht vom deutschen Geistesleben abgeschlossen, an der Erlernung und am Gebrauch ihrer Muttersprache nicht behindert werden. Es gilt die deutsche Jugend im Auslande vor der Entfremdung vom Deutschtum zu bewahren. Das ist nur möglich durch Errichtung und Erhaltung deutscher Schulen, in denen die deutsche Jugend mit deutschem Geistes- und Seelenleben vertraut gemacht wird. Das Auslandsdeutschtum ist aus eigenen Kräften dazu oft nicht imstande. Wenn aber die deutsche Jugend nicht von deutschen Lehrern betreut wird, wird sie der deutschen Muttersprache entfremdet. Dann ist das Deutschtum als Kulturfaktor in den gefährdeten Gebieten rettungslos dem Untergang geweiht. Erhaltung oder Vernichtung des Auslandsdeutschtums sind deutsche Schicksalsfragen.

Der volkstummäßige Selbsterhaltungswille der Auslandsdeutschen wird um so nachhaltiger sein, je mehr sie erkennen, daß wir uns ihnen im Innersten verbunden fühlen. Sie müssen sehen, daß wir ihre Bedeutung für das Volksganze richtig einschätzen, daß wir ein Herz für ihre Not haben, daß wir uns bemühen, ihre

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0209

besondere Stellung im fremden Volkstum und fremden Staat zu erfassen. Deswegen müssen „geistige und seelische Schienenstränge einen dauernden wechselseitigen Verkehr aufrechterhalten. Wir müssen Vertreter des Auslandsdeutschtums zu uns bitten, um uns von ihnen unmittelbar Belehrung und Aufklärung geben zu lassen, wir müssen auf unseren Reisen bei ihnen Einkehr halten, wir müssen ihre Jugend zu uns holen und unsere Jugend zu ihnen schicken, damit sich Herz zu Herz und deutscher Mensch zum deutschen Menschen findet.

Der deutsche Volkstumsgedanke ist großdeutsch;

nicht im Sinne einer imperialistischen Machtpolitik, aber im Sinne eines gesamtdeutschen Volkstumswillens, der alle Deutschen umschließt, wo sie auf der Welt auch wohnen mögen. Die Deutschen im Reich und die Deutschen im Ausland verkörpern zusammen und gemeinschaftlich das Deutsche Volk.

Die Erkenntnis dieser Volkstumsgemeinschaft und der Notwendigkeit ihrer Aufrechterhaltung ist in der Nachkriegszeit von führenden Persönlichkeiten aus allen politischen Lagern im deutschen Reiche betont worden. Schon am gleichen Tage, als das Diktat von Versailles deutsche Volksteile dem deutschen Reichsgebiete entriß, bekannte sich der damalige Reichspräsident Ebert in einer überaus wirkungsvollen Kundgebung zur Schicksalsverbundenheit aller Deutschen in der Welt. „Seien wir uns in dieser schweren Stunde des Köstlichen bewußt, was uns als gemeinsames Gut bleibt, was keine fremde Macht uns rauben kann. Gemeinsam bleibt uns die Sprache, die uns die Mutter lehrte; gemeinsam die Welt der Gedanken, der Töne, der Bilder, in denen die großen Geister unseres Volkes nach dem höchsten und edelsten Ausdruck deutscher Kultur gerungen haben. Mit allen Fasern unseres Denkens, unseres Liebens und ganzen Seins bleiben wir verbunden. Was von unserer Seite geschehen kann, um Euch die Muttersprache, die deutsche Eigenart, den innigen geistigen Zusammenhang mit dem Heimatlande zu erhalten, das wird geschehen. Treue um Treue! Für das Recht unseres Volkstums wollen wir miteinander einstehen alle Zeit und mit ganzer Kraft.“ In neuester Zeit hat sch mit schönen Worten der Reichsaußenminister Dr. Curtius am 30. Mai 1930 in Stuttgart zu dem gesamtdeutschen Volkstum bekannt: „Das deutsche Volk hat seit dem Zusammenbruch drei große geschichtliche Leistungen aufzuweisen: die Erhaltung der Reichseinheit, die politische Leistung; die Stabilisierung der Währung, die wirtschaftlche Leistung; und die Wiedergewinnung des Bewußtseins des gesamtdeutschen Volksbewußtseins, ja die Ausbreitung des Gedankens deutschen Volksbewußtseins wie ein großes Wunder.“ Dieses Wunder immer wieder von neuem zu innerem Erleben und zur nationalen Tat werden zu lassen, soll uns das Wort Hindenburgs gemahnen: „Die Pflege des Volkstums und der kulturellen Zusammengehörigkeit mit den Volksgenossen im Ausland ist ein unveräußerliches Recht und hohe Pflicht der Nation,

an der schönen Aufgabe des Schutzes der Deutschen im Auslande und der Pflege deutscher Kultur mitzuhelfen, ist Pflicht aller Deutschen.“

Die stärkste Zusammenfassung der kulturellen Deutschtumspflege sehen wir im Verein für das Deutschtum im Ausland vor uns. Seine Arbeit ist frei von allen parteipolitischen Tendenzen und und frei von aller Einmischung in innerstaatliche Verhältnisse anderer Völker, aber ganz ausgefüllt von dem großen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0210

Gedanken der Erhaltung des deutschen Volkstums und der deutschen Kultur in der ganzen Welt als Menschheitswert und Menschheitsidee. Der Verein für das Deutschtum im Ausland ist der deutsche Volkstumsverein schlechthin, und die Mitgliedschaft sollte für jeden Ehrenpflicht und Herzensbedürfnis sein, der es als nationales Gebot betrachtet, daß es in der Welt kein schwindendes und kein sinkendes Deutschtum gibt!

Politische Umschau

Der Kampf um Preußen.

In vierzehn Tagen hat der Stahlhelm die Zahl der für das Volksbegehren notwendigen Stimmen um rund 500 000 überschritten. Wenn man bedenkt, welcher Apparat mobil gemacht wurde, um die 5,2 Millionen preußischer Staatsbürger zum Eintragen zu bewegen, so kann man das Ergebnis nur als einen kläglichen Versager bezeichnen und gleichzeitig die Feststellung machen, daß die „neue Aktivität", von der man auf der Rechten seit einiger Zeit spricht, bereits wiederum in einer Sackgasse gelandet ist, aus der ein Entweichen kaum mehr möglich sein wird. Die Politik ungeschickter Führer der Rechten begann mit der Liebäugelei nach den Rechtsradikalen und wird in dem Betreiben des Volksbegehrens bis zum Volksentscheid in einem Ausmaße fortgesetzt, daß der „konservativen" Einstellung weiter Kreise der politischen Rechten Hohn spricht. Mit Schlagworten wie „Koalitionsdiktatur" und „Polizeiterror" hat man die Gemüter in Erregung versetzt; es gibt sogar noch Leute, die da glauben, „der propagandistische Aufwand des Stahlhelms und der ihn unterstützenden Parteien wäre nicht einmal nötig gewesen", um die Unterschriftenzahl für das Volksbegehren zusammenzubekommen. Wir sind anderer Ansicht, weil wir die Möglichkeit eines Terrors sehen, den die „Vertrauensleute", dieses Mal des Stahlhelms, auf die sich eintragenden, vielmehr sich nicht eintragenden Einwohner, besonders auf dem Lande und in den kleinen Städten, auszuüben imstande sind auf Grund des § 13 des Gesetzes über das Volksbegehren, nach dem die Eintragungslisten den Vertrauensleuten und nicht dem Landeswahlleiter zuzuleiten sind. Wir halten das für eine Gefährdung der freien Meinungsäußerung, die unerträglich ist und begrüßen den Antrag der Fraktion der Staatspartei im Landtag, der eine Umänderung des § 13 in dem Sinne fordert, daß die Eintragungslisten sofort dem Wahlleiter zugestellt werden.

Gewisse „konservative" Kreise hoffen auf eine Selbstauflösung des Landtags, besonders, nachdem eine absolute Minorität ihrem Mißfallen durch Eintragung Ausdruck verliehen hat. Es ist unvereinbar mit einem demokratischen und parlamentarischen System, daß eine verärgerte Minderheit erreichen sollte, daß das Landesparlament, das mit der Zustimmung der Mehrheit arbeitet, aufgelöst wird. Jedenfalls liegt keine Notwendigkeit der Auflösung vor dem Ablauf der Legislaturperiode vor, so daß die Neuwahlen mit größter Wahrscheinlichkeit im Mai nächsten Jahres vor sich gehen werden. Außerdem dürfte auf Grund einer Aeußerung aus dem Stahlhelm nahestehenden Kreisen die Uebergabe der Eintragungslisten an den Landeswahlleiter kaum vor dem gesetzlichen Termin im Juni erfolgen. In der Art der Uebergabe der Listen wird die Möglichkeit einer schnellen Erledigung oder die Absicht zur Verzögerung erkennbar sein. Die Haltung des Zentrums dürfte gerade nach der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0211

Koblenzer Tagung derartig gegen eine Zusammenarbeit mit der extremen Rechten festgelegt sein, daß sich für eine Selbstauflösung des Landtags bei der augenblicklichen Zusammensetzung kaum eine Mehrheit finden wird.

Die Solidität der preußischen Verhältnisse darf solchen agitatorischen Quertreibereien nicht ausgeliefert werden, zumal gar nicht abzusehen ist, in welchem Sinne sich eine an sich undenkbare Rechtsregierung, die nur mit dem Zentrum möglich wäre, betätigen würde. Wir haben alle Veranlassung, mit aller Energie uns für die Fortführung der preußischen Politik einzusetzen, zumal die Rechte im Reich bewiesen hat, daß sie nicht gewillt ist, verantwortungsbewußt an Maßnahmen mitzuarbeiten, die zwar notwendig, aber keineswegs auf agitatorische Machenschaften abgestimmt sind. Ob für die Reichspolitik eine frühere Preußenwahl gerade sehr günstig wäre, erscheint nach der Lage der Dinge zum mindesten zweifelhaft.

Aus den Parlamenten

Vertreter der Staatspartei beim Reichskanzler.

Kanzler Dr. Brüning empfing die beiden Vorsitzenden des Staatsparteilichen Fraktionsgemeinschaft im Reichstag, Dr. Weber und Oscar Meyer, zu einer Besprechung der politischen Lage.

Bei der Behandlung der Agrarfragen wiesen die Fraktionsvertreter mit allem Nachdruck auf die Untragbarkeit einer Brotpreiserhöhung und forderten, daß hiergegen sofort mit Maßnahmen vorgegangen werde, die eine Erhöhung unmöglich bzw. rückgängig machen. Der Reichskanzler betonte, daß die Reichsregierung alles versuchen werde, um der Brotpreiserhöhung wirksam entgegenzutreten. (Reichsfinanzminister Dietrich hatte in seiner Rede auf einer Kundgebung der Staatspartei in Dresden ebenfalls eine gedeihliche Weiterarbeit der Regierung von dem Erfolg der Bemühungen der Regierung abhängig gemacht.)

Zum Arbeitslosenproblem gab Dr. Weber die Ansicht der Staatsparteilichen Reichstagsfraktion zu erkennen, daß man zur Verhütung der Zerrüttung der Reichsfinanzen und einer unerträglichen Beitragserhöhung zu Lasten der Wirtschaft, Abeitnehmer und Arbeitgeber nicht mit kleinen Mitteln an die Lösung dieses Problems herangehen dürfe, sondern daß allein eine grundlegende Bearbeitung eine Aussicht auf Erfolg zeige. Die sachlichen Einzelheiten der Vorschläge Dr. Webers sollen unmittelbar dem Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald unterbreitet werden.

Bei der Besprechung der Außenpolitik ergab sich zwischen den Auffassungen des Reichskanzlers und den Vertretern der Staatspartei weitgehende Uebereinstimmung.

Staatspartei gegen Brotpreiserhöhung.

Die Fraktion der Deutschen Staatspartei brachte im Preußischen Landtag nachstehenden Antrag ein:

„Infolge der Erhöhung der Mehlpreise besteht die Gefahr einer allgemeinen Steigerung der Brotpreise. Dadurch würde nicht nur die Preissenkungsaktion in das Gegenteil verwandelt werden, sondern bei der geschwächten Kaufkraft weiter Schichten der Bevölkerung infolge Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lohn- und Gehaltskürzungen, Verdienstrückgang usw. ist eine Erhöhung der Brotpreise völlig untragbar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0212

Das Staatsministerium wird ersucht, sofort Schritte bei der Reichsregierung zu unternehmen, um eine Brotpreiserhöhung zu unterbinden."

Staatspartei und Verwaltungsreform.

Der Staatsparteiliche Abgeordnete Schreiber hat im hessischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: „Die Regierung wird ersucht:

1. unverzüglich die erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen zu treffen, die eine Verminderung der in Hessen bestehenden Ministerien uaf zwei, höchstens drei, spätestens bei der Neubildung der Regierung im nächsten Landtag, ermöglichen;

2. a) in allen Ministerien gemischte Kommissionen aus Beamten der Zentral- und Lokalbehörden und aus allen Beamtengruppen (den oberen, mittleren und unteren) zu bilden, deren Aufgabe es ist, geeignete Vorschläge zu machen, die eine Uebertragung von Arbeiten der Zentralbehörden auf Lokalbehörden, die Vermeidung von Doppelarbeit, eine Einschränkung des Schreibwerks und eine Vereinfachung des Dienstbetriebes, insbesondere auch die Uebertragung von Arbeiten höher besoldeter Beamtengruppen auf geringer besoldete zum Ziele haben sollen.

b) auf Grund des so gewonnenen Ergebnisses dem Landtag Vorlage über eine weitere Vereinfachung der Verwaltungsorganisation zu machen;

3. die in Aussicht genommene Verwaltungsreform durch Zusammenlegung und Neuabgrenzung von Lokalbehörden, sowie durch Abbau der Provinzialdirektionen als staatlicher Behörden durchzuführen;

4. a) beim Reich erneut die Weiterführung der Arbeiten zur Reichsreform zu betreiben, und

b) falls diese Arbeiten in absehbarer Zeit zu keinem Erfolg führen, Verhandlungen mit Nachbarländer zwecks Zusammenschluß auf der Grundlage des bereits bestehenden rhein-mainischen Wirt-Wirtschaftsgebiet aufzunehmen.

Gegen Mißbräuche beim Volksbegehren.

Die Fraktion der Deutschen Staatspartei im Preußischen Landtag hat folgenden Urantrag zur Aenderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheiden eingebracht, nach dem die Vorschrift des § 13 folgende Fassung erhalten soll:

„Nach Ablauf der Eintragungsfrist und, falls Eintragungslisten erst nach Beginn der Frist auf Einspruch entgegengenommen sind, nach Ablauf der Nachfrist schließen die Gemeindebehörden die Eintragungslisten ab und senden sie sofort gebührenfrei durch Posteinschreibsendungen, soweit es sich um kreisfreie Städte handelt, unmittelbar, soweit es sich um kreisangehörige Gemeinden und Gutsbezirke handelt, durch den Vorstand der Landkreises an den zuständigen Regierungspräsidenten ab.

Die Regierungspräsidenten haben die Listen geordnet innerhalb von acht Wochen nach Ablauf der Fristen dem Landeswahlleiter zur Weitergabe an das Staatsministerium einzureichen. Verspätet eingehende Listen bleiben unberücksichtigt."

Staatspartei und Agrarpolitik.

Der Vorsitzende der Staatsparteilichen Fraktionsgemeinschaft des Reichstags, Dr. August Weber, hat an den Reichskanzler

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0213

Dr. Brüning namens seiner Fraktion das nachstehende Schreiben gerichtet:

Die Staatsparteiliche Fraktionsgemeinschaft hat sich in ihrer letzten Sitzung eingehend mit der Entwicklung der agrarpolitischen Situation beschäftigt und mich beauftragt, Ihnen ihre Auffassung und einige bestimmte Wünsche kurz vorzutragen:

Nachdem für Weizen und Roggen angemessene Preise feststehen und der Zwang zu Verwertung des Roggens nicht mehr im früheren Ausmaße wirkt, erachten wir eine baldige und ausreichende Herabsetzung der Futtermittelzölle im Interesse der Viehwirtschaft für angezeigt.

Die Handhabung der Zuweisung von Maisbezugsscheinen an die Geflügelhalter hat, vor allem bei den kleinen Geflügelhaltern, wachsende Erbitterung herbeigeführt, weil sie nicht in den Besitz von billigem Futter kommen. Wir stellen an die Regierung das Ersuchen, eine ausreichende Menge von Weizen zollfrei hereinzulassen und diesen eosiniert dem freien Verkehr als Hühnerfutter zuzuführen.

Die Regierung wird in den kommenden Monaten die Vorbereitung des neuen Etats in Angriff nehmen. Wir bitten, bei dieser Gelegenheit von vornherein einen genauen Nachweis über die Gestaltung des Maismonopols, über seine Erträgnisse und über die Einzelverwendung der Einnahmen aus dieser Organisation aufstellen zu lassen.

Aus der Partei

Staatspartei an den Arbeitsausschuß deutscher Verbände.

Die Leitung der Deutschen Staatspartei hat an den Arbeitsausschuß deutscher Verbände nachstehendes Glückwunschtelegramm gesendet:

„Anläßlich Ihres zehnjährigen Bestehens beglückwünschen wir Sie zu Ihrer erfolgreichen Arbeit für Deutschlands Rechte und Freiheiten. Möge weitere Jahrzehnte hingebender Arbeit jene Ziele verwirklichen, die Sie und wir uns gesteckt haben."

Unsere Arbeit

Nach der Osterpause setzte eine rege Versammlungstätigkeit ein, die durch die bevorstehenden Landtagswahlen in Oldenburg-Birkenfeld und Schaumburg-Lippe eine besondere Note erhält.

Auf dem ostpreußischen Parteitag sprachen der Reichstagsabgeordnete Dr. Fischer und der Landtagsabg. Dr. Grzimek. Dr. Fischer sprach weiterhin in Schneidemühl, Dr. Grzimek in Niko laiken. Der Landtagsabgeordnete Nuschke sprach in Marienwerder, Rhein und Johannisburg. Regierungsrat Vogt hatte die Beamtenorganisation der Provinz zu einer Kundgebung und Aussprache versammelt. Der Landtagsabgeordnete Kniest sprach in Tannenwalde, in Villenberg und Johannisburg.

Gelegentlich einer eindrucksvollen Mittelstandskundgebung in Berlin sprach Reichsminister Dietrich; in der gleichen Versammlung ergriff Landtagsabgeordneter Kniest das Wort. In einer Mitgliederversammlung sprach unser Freund Rönneburg in Zehlendorf. Ebenso sprachen bei Berliner Veranstaltungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0214

der Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer, Dr. Grzimek, M. d. L., und der Landtagsabgeordnete Riedel. In Halensee und Frohnau sprach der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Dr. Weber.

Auf einer Veranstaltung der Wahlkreise Potsdam I und Frankfurt/Oder sprach der Landtagsabgeordneter Riedel. In Guben hielt Reichstagsabgeordneter Gustav Schneider eine Versammlung ab.

In Kösen sprach der preuß. Handelsminister Dr. Schreiber.

In Greifswald sprach Reichstagsabg. Ernst Lemmer.

Im Landtagswahlkampf in Oldenburg und Birkenfeld sprachen der Reichstagsabgeordnete Oscar Meyer in Oldenburg selbst, der Landtagsabgeordnete Nuschke in Bückeburg und Birkenfeld. Regierungsrat Vogt hatte auch in Oldenburg die Beamtenorganisation zu einer Kundgebung zusammengerufen. In Delmenhorst sprach der preußische Finanzminister Dr. Höpker Aschoff. In Bückeburg sprach Dr. Grzimek.

Der preußische Handelsminister Dr. Schreiber sprach in Falkenberg i. Sa.

Reichsfinanzminister Dietrich sprach in einer öffentlichen Kundgebung in Weißenfels. Auf dem Parteitag des Wahlkreisverbandes Halle-Merseburg sprach der preußische Handelsminister Dr. Schreiber ebenfalls in Weißenfels.

In Delitzsch sprach Landtagsabgeordneter Nuschke.

Der Landtagsabgeordnete Barteld sprach in Emden, Aurich, sowie in Wilhelmshaven, Bad Rehburg, in Uslar und Stolzenau. In Braunschweig sprachen Landrat Rönneburg wie auch Regierungsrat Vogt. In Wilhelmshaven sprach Landtagsabg. Hoff, während Landtagsabg. Barteld und Regierungsrat Vogt in einer Versammlung in Hannover sprachen; letzterer hielt auch in Hildesheim und Bremen Versammlungen ab. In Stadthagen in Schaumburg-Lippe sprach Landrat Rönneburg sowie der preuß. Handelsminister Dr. Schreiber. Landtagsabgeordneter Barteld sprach im lippischen Wahlkampf in Niederwöhren und Hespe; auch Landtagsabgeordneter Nuschke griff in den Wahlkampf ein. In Stadthagen sprach zur Schaumburgischen Landtagswahl der preußische Handelsminister Dr. Schreiber.

In Schaumburg-Lippe sprach Landtagsabgeordneter Barteld in Hagenburg und Steinhude.

In Ofen in Oldenburg sprach Landtagsabg. Barteld.

In Köln sprach gelegentlich einer Beamten- und einer Frauentagung der Reichstagsabgeordnete Dr. Winschuh, der auch in Brake und Gummersbach Versammlungen abhielt.

Auf dem Wahlkreisparteitag des Wahlkreises Koblenz-Trier-Birkenfeld in Koblenz sprach Reichtasgabgeordneter Dr. Winschuh.

In Würzburg sprach Reichstagsabg. Ernst Lemmer, in München Regierungsrat Vogt.

Dr. Weber hielt in Leipzig eine Versammlung ab; ebenso Dr. Grzimek.

Reichsfinanzminister Dietrich sprach in Karlsruhe; in einer Beamtenversammlung Regierungsrat Vogt in Stuttgart.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0215

Reichstagsabgeordneter Dr. Theodor Heuß sprach in Versammlungen in Friedrichshafen, Böblingen, Göppingen, Zuffenhausen und Horb.

Reichstagsabgeordneter Gustav Schneider sprach in Einbeck und Nordheim.

In Hamburg spach in überfüllten Versammlungen Reichsfinanzminister Dietrich.

Kommunalpolitischer Reichsausschuß.

Die Tagung des Reichsausschusses war aus allen Teilen des Reiches gut besucht. Auf dem Begrüßungsabend sprach Oberbürgermeister Dr. Luppe eindringlich von der Notwendigkeit einer besonnenen Kommunalpolitik, die bei Reich und Ländern einen unbedingten Rückhalt haben müsse. Nach ihm sprach Dr. Bohner-Berlin, M. d. L. Die Referate der Tagung, die von Oberbürgermeister Dr. Külz-Dresden, Justizrat Falk-Köln, M. d. L., und Stadtverordneten Schubert-Berlin gehalten wurden, legten die Richtung dar, in der der Kommunalpolitische Ausschuß seine Arbeit gerade unter besonderer Berücksichtigung der bevorstehenden Preußenwahlen zu leisten haben wird. Die anschließende Diskussion beachten den Willen unserer Freuede besonders auch in den Landgemeinden und Klein- und Mittelstädten zur Arbeit im Sinne wahrer Selbstverwaltung zum Ausdruck. Die Versammlung wählte folgenden Vorstand des Ausschusses: Oberbürgermeister Cuno-Berlin, Bürgermeister Dr. Elsas-Berlin, Justizrat Falk, M. d. L.-Köln (Vorsitzender), Frau Geisenhayner-Ronneburg/Thür., Dr. Joachim Hild (geschäftsführendes Mitglied), Berlin, Stadtrat Hiller-Halle a. d. S., Frau Charlotte Köhler-Leipzig, Oberbürgermeister Dr. Külz, M. d. R., Dresden, Oberbürgermeister Landmann-Frankfurt a. M., Oberbürgermeister Dr. Luppe-Nürnberg, Ministerialdirektor Merten, M. d. L., Berlin, Studiendirektorin Dr. Metz-Tilsit, Landrat Schmiljan, M. d. L., Loewenberg/Schl., Stadtv. Schubert-Berlin, Landrat Usinger-Luckenwalde, Professor Dr. Frieda Wunderlich, M. d. L., Berlin, Dr. Curt Zielenziger-Berlin und Oberbürgermeister Zimmermann-Gelsenkirchen-Buer. In den Kommunalpolitischen Ausschuß, den erweiterten Vorstand wurden gewählt: Landrat Rönneburg, Berlin, Bürgermeister Dr. Dähn, Barth/Pommern, Oberbürgermeister Dr. Frank, Ludwigsburg, Dr. Schmiljan, Berlin, Beigeordneter des Landkreistages, Frau Elisabeth Hoffmeier, Hannover, Stadtrat Jochem, Berlin, Landrat Wandersleb, Querfurt, Bürgermeister Pick, Stettin, Gemeindevorsteher Cornely, Leuna, Stadtverordneter Altenhain, Haßlingen, Krs. Schwelm, Emil Goll, M. d. L., Frankfurt a. Main, Professor Dr. Greßler, M. d. L., Barmen, Reichsminister a. D. Erich Koch-Weser, Berlin, Bürgermeister a. D. Prof. Dr. Landsberg, Magdeburg, Stadtverordneter Loesenbeck, Hagen i. W., Stadtverordneter Philipp, Nordhausen, Oberbürgermeister Scheef, M. d. L., Tübingen, Bürgermeister Kolzenburg, Zittau, Stadtkämmerer Dr. Friedrich Lehmann, Königsberg i. Pr., Landrat Rebehn, Marienburg, Bürgermeister Dr. Hagen, Rathenow, Gemeindevorsteher Hille, Neue Schleuse, Else Graef, Stadtinspektorin, Berlin, Otto Oelze, Gemeindevorsteher, Zobenitz b. Calvörde (Braunschweig). Stadtverordnete Frielingsdorf, Aachen, Stadtverordneter Wolff, Breslau, Stadtverordneter Dr. Goldschmidt, Frankfurt a. Main.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0216

Jugend

Landesverband Groß-Berlin. Auf einer Kundgebung des Landesverbandes sprach der Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer.

Reichsbund Republikanischer Studenten. Ueber das verabschiedete Gesetz der Osthilfe sprach Landrat Rönneburg.

Studentinnengemeinschaft. In dem von Frau Dr. M.-E. Lüders gegründeten Tagesheim sprachen anläßlich einer Veranstaltung der Studentinnengemeinschaft Frau Dr. von Zahn-Harnack, Frau Dr. Marie-Elisabeth Lüders und Frau Dr. Bäumer. Eine größere Anzahl von Studentinnen stellte sich zur Mitarbeit bei der Winterhilfe des Deutschen Akademikerinnenbundes zur Verfügung, der ebenfalls von Frau Dr. Lüders ins Leben gerufen wurde.

Frauen

In Neustadt a. d. Hardt trat der Landesfrauenausschuß der Staatspartei Pfalz zusammen. Der bisherige Vorstand verblieb durch Wiederwahl in der bisherigen Zusammensetzung mit Frau Anna Kuhn als erster Vorsitzenden. In einer der Tagung folgenden Kundgebung setzte sich Frau Dr. Dorothee v. Velsen, Heidelberg, mit der Stellung der Nationalsozialisten zur Frauenarbeit in der Politik auseinander.

Gelegentlich einer Frauenkundgebung sprach in Hamburg Frau Dr. Marie-Elisabeth Lüders.

Bücherschau

Georg H. J. Erler: Das Recht der nationalen Minderheiten. Deutschtum und Ausland, Studien zum Auslandsdeutschtum und zur Auslandskultur, hrsg. von Georg Schreiber. Heft 37/39 der Schriftenreihe der Forschungsstelle für Auslandsdeutschtum und Auslandskunde, E. V., Münster in Westf. Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung. 1931. geh. 17,50 RM.; geb. 19,50 RM.

Angeregt durch ein Preisausschreiben der Deutschen Akademie für eine umfassende Arbeit über das Recht der Minderheiten, hat der Verfasser ein Buch geschaffen, das für jeden, der mit Minderheitenfragen sich zu befassen hat, ein unentbehrliches Hilfsmittel werden wird. Die akademische Natur des Werkes verbürgt die Exaktheit seiner Bearbeitung, wenn wir auch bei den Literaturbenamsungen, z. B. bei dem Ueberblick über die innerstaatliche Minderheitengesetzgebung unter „Dänemark" die Schriften Karl Alnors nicht vermissen möchten. Aber das sind Dinge, die angesichts der ungeheuren Stoffmenge nicht allzu schwer ins Gewicht fallen. Wir begrüßen die Neuerscheinung und freuen uns, daß eine schon lange schmerzlich fühlbare Lücke so trefflich ausgefüllt wurde.

Erwin Holzer: Die Entstehung des jugoslawischen Staates. Presse- und Verlagsdienst Günther Thon, Berlin 1929. 107 S. 8°. br.

Die völkerrechtliche Studie Holzers vermittelt einen recht guten Einblick in das jugoslawische Problem. Von besonderem Interesse sind die Kapitel, in denen das Verhältnis der alliierten und assoziierten wie auch der Zentralmächte zu dem neuen Staat dargestellt wird.

Friedrich F. G. Keinwächter und Heinz von Paller: Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung. Verlag Wilhelm Braumüller, Wien — Leipzig. 1930. 684 S. br. 20,— RM., Glwd. 23,50 RM.

In einem Augenblick, in dem die Frage der Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich die Gemüter in Bewegung bringt, ist das Werk von besonderer Bedeutung. Mit Nüchternheit und Sachlichkeit werden von Fachleuten die kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Fragen behandelt. Aus den Beiträgen der 45 Mitarbeiter wird trotz mancher Differenziertheit der Auffassung ein einziger starker Wille vernehmbar. Erst ein so unterbauter Eifer und Kampfes-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0217

wille vermag der Bewegung zu dienen, die einmal zu dem Großdeutschland führen wird, von dem schon unsere Altvordern in Frankfurt sprachen. Das Werk vermittelt die Erkenntnis einer großen Zahl von Fragen, die bei der weiteren Gestaltung der deutsch-österreichischen Verhältnisse stets zu berücksichtigen sein werden. Nur eine Vielheit von Verfassern konnte die Aufgabe einer Darstellung der Verhältnisse, Notwendigkeiten und Möglichkeiten so erschöpfend erfüllen.

Heinrich Schmidt: Philosophisches Wörterbuch. Achte, neubearb. u. erw. Auflage. Alfred Kröner Verlag, Leipzig. 1931. 494 S. geb. 3,50 RM.

Die Vollständigkeit des Wörterbuches ist in seiner bedeutenden Erweiterung und neuen Durcharbeitung auf den Stand der jüngsten Forschung erweitert worden. Der besondere Wert dieses Wörterbuches liegt einmal in seiner Vollständigkeit, besonders aber in der klaren Darstellung und Erklärung der philosophischen Begriffe, der Zitierung philosophischer Werke, wie auch des Schaffens der einzelnen Geister.

Gerhard Schultze-Pfaelzer: Hindenburg, Drei Zeitalter deutscher Nation. Grethlein & Co., Leipzig und Zürich.

Keine akademische Biographie — frisches und lebendiges Erzählen; das Volksbuch von dem aufrechten Deutschen Paul von Hindenburg.

Frieda Wunderlich: Krisenursachen — Krisenüberwindung. Sonderdruck der „Sozialen Praxis", Berlin 29/30. 19 S. 0,40 RM.

Die Herausgeberin der „Sozialen Praxis" fordert von den Sozialpolitikern Besinnung auf die Ursachen der Krise, die erst erkannt werden müssen, wenn man über Augenblicksmittel hinaus die Krise wirklich beheben will. Sie ist ein revolutionärer Einschnitt und bedeutet im Rahmen der Liquidation des Weltkrieges ein Ereignis, das zunächst eine Proletarisierung weiter Schichten in Deutschland zur Folge haben wird. Voraussetzung für die Ueberwindung der deutschen Krise ist Anpassung der Landwirtschaft an die besseren Produktions- und Absatzmethoden anderer Länder, eine Aenderung in der Verteilung der Betriebe auf die einzelnen Größenklassen, Hebung der bäuerlichen Bildung und Abkehr von der Hochschutzzollpolitik, die die Gesundung nur verschleppe. Für die Industrie wird gefordert, daß Subventionswirtschaft und rücksichtslose Konzentrationspolitik verschwinden und größere Marktfreiheit wieder hergestellt wird. Dabei darf man nicht bei den Löhnen beginnen, sondern dort, wo Kartelle und Trusts durch Preisbindungen die Marktgesetze ausgeschaltet und durch planlose Planwirtschaft die politische Beunruhigung mitverschuldet haben.

Ein Jahrzehnt Völkerbund. Herausgegeben von **Richard Bölcsey.** Verlag Völkermagazin Marquardt & Co., Berlin. 1930. 175 S. 4°.

Eine interessante Zusammenstellung von Aufsätzen und Betrachtungen einzelner Persönlichkeiten gibt eine Vorstellung von dem Wesen, der Arbeit des Völkerbundes in seinen ersten zehn Jahren, „ein vorläufiges Urteil", wie der Herausgeber, Chefredakteur des Völkermagazins, einleitend ausführt. Ein reiches Bildmaterial erläutert diese einzelnen Darstellungen, die naturgemäß jede einzeln stark beinflußt sind von der Nationalität jeder einzelnen Verfasser und manches Moment in sich tragen, die für eine erfolgreiche Arbeit des Völkerbundes noch aus- oder anzugleichen wären. Neben einer Darstellung des Aufbaues und der Tätigkeit des Völkerbundes sowie seiner internationalen Arbeitorganisation nimmt die Beurteilung des Völkerbundes und seiner Tätigkeit durch hervorragende Führer der Politik und Weltwirtschaft den breitesten Raum des Heftes ein; von ihnen seien Eduard Hamm, Koch-Weser, Werner Freiherr von Rheinbaben, Ernst Jäckh, Robert Cecil, Eduard Dolléans, der Ungar Paul von Hevesz, der Spanier Dr. Elemír Balogh, der Däne Graf Carl Moltke sowie Tsian tso Ping genannt. Es ist als ein Verdienst Bölcseys zu verbuchen, nach zehnjähriger Existenz des internationalen Instituts bereits ein, wenn auch naturgemäß mit Problemen überladenes Werk herausgebracht zu haben, das einen vortrefflichen Einblick gewährt, aus dem Mängel und Vorzüge deutlich zu entnehmen sind.

Dr. Franz G. Haushalter: Deutschlands Handelsverträge und sein Anteil am Welthandel. Verlag C. L. Hirschfeld. Leipzig. 1930. 270 S. geb. 8,— RM.

In einer Zeit, in der den außenpolitischen Ereignissen als Lebensfragen der Völker erhöhtes Interesse entgegengebracht wird, ist es als eine große Annehmlichkeit zu begrüßen, daß der Verfasser klar erkannte Zusammenhänge zwischen den einzelnen Teilgebieten handelswissenschaftlicher Objekte durch präzise Angaben über bestehende Verhältnisse in aller Kürze als zuverlässiges Material dem Interessierten vermittelt. Der Verfasser hat mit seinem Werk eine schon oft empfundene Lücke auf dem Gebiet der Handelswissenschaft gut und zweckentsprechend ausgefüllt.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Joachim Hild, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Verlag: Demokratischer Zeitungsdienst G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633449193 1-18/fragment/page=0218

BLÄTTER DER STAATSPARTEI

ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI

1. Jahrgang | Berlin, 5. Juni 1931 | Nummer 10/11

Die Berufsarbeit der Frau

Von Maria Hellersberg.

Soziologische Umgestaltungen werden oft von der großen Masse des Volkes Jahre und Jahrzehnte lang beobachtet und hingenommen, ohne daß in der Oeffentlichkeit eine ernste Auseinandersetzung mit den neu geschaffenen Tatsachen erfolgt. Die Neubildungen, von den meisten in irgendeiner Form mitgelebt, erscheinen aus der Nähe gesehen ganz selbstverständlich. Die Allgemeinheit stellt sie darum auch nicht in Frage. Bis plötzlich in der Auseinandersetzung mit großen Lebensschwierigkeiten der Blick der Masse auf die Aenderung bestimmter überkommener Zustände fällt und nun die allgemeine Diskussion über die Berechtigung der Umgestaltung beginnt.

Dieses Schicksal hat auch die Berufsarbeit der Frau. Solange Arbeitsgelegenheit in großem Umfange vorhanden war und sich immer neue Tätigkeitsfelder erschlossen, war die Berufsarbeit der Frau nicht Gegenstand öffentlicher Diskussion. Die Frau wuchs in den Arbeitsapparat der modernen Wirtschaft hinein, und ihr Mitwirken stieß schon bald nicht mehr auf Bedenklichkeit und Widerstand. So stieg der Umfang weiblicher Berufstätigkeit ständig. Die Berufszählung von 1925 stellte fest, daß von 32,2 Millionen weiblicher Einwohner im Deutschen Reich 11,5 Mill. erwerbstätig waren. Das ist schon mehr als ein Drittel der Gesamtzahl. In Wirklichkeit ist der Umfang der Erwerbstätigkeit prozentual aber noch viel größer, weil in der Zahl von 32,2 Mill. auch die Zahlen der weiblichen Kinder stecken.

Die Zahlen über den Umfang der weiblichen Erwerbstätigkeit zeigen die Bedeutung der Frauenmitarbeit in unserer modernen Wirtschaft. Sie zeigen, wie durch die Verlegung der Produktion des wichtigen Lebensbedarfes aus der Hauswirtschaft hinaus in die Industrie eine Umleitung der Frauenarbeit in großem Umfange erfolgen mußte. Steigerung der Kosten des Lebensbedarfes und die damit verbundene Verteuerung der Lebensführung breiter Volksschichten, Verarmung des Mittelstandes, der nicht mehr in der Lage war, seine heranwachsenden Töchter selbst zu erhalten, haben der Aufnahmebereitschaft der modernen Wirtschaft für willige Arbeitskräfte in die Hand gearbeitet. Und so sehen wir jetzt das Heer der berufstätigen Frauen an den Maschinen, in den Werkstätten, in den Büros und Verkaufsläden, auf tausend Tätigkeitsgebieten.

Die wachsende Arbeitslosigkeit hat im Laufe der letzten Jahre vor allem im letzten Jahre Erörterungen heraufbeschworen, ob diese Erscheinung der verbreiteten Frauen-Berufsarbeit gesund ist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0219

oder ob durch Abbau von Frauen aus der Berufsarbeit eine Erleichterung für den Arbeitsmarkt geschaffen werden könne. Eine Amerikanerin, die zum Studium der deutschen Wirtschaftskrise nach Deutschland gekommen war, behauptet, daß ihr eine führende politische Persönlichkeit in Deutschland erklärt habe, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland aus der Welt geschaffen wird, wenn die Berufstätigkeit der Frauen wieder beseitigt würde. Wenn auch kaum anzunehmen ist, daß diese Auskunft ernsthaft gegeben wurde, so tauchen derartige Gedanken doch immer wieder auf und wir haben uns mit ihnen auseinanderzusetzen.

In öffentlichen Auseinandersetzungen über die Berechtigung weiblicher Berufstätigkeit ist mir in zahlreichen Fällen bestätigt worden, daß auch die Gegner der weiblichen Berufsarbeit ihre Gegnerschaft quittieren, wenn ihre Töchter herangewachsen sind und die Frage der Zukunftsversorgung der Töchter brennend wird. Dies einfache Beispiel zeigt, wie hier die Verhältnisse stärker geworden sind als alle theoretischen Widerstände. Die große Masse der Frauen braucht einfach die Erwerbsarbeit zur Fristung des eigenen, sonst in keiner Weise gesicherten Lebensunterhalts, sehr häufig auch noch zur Unterstützung von Angehörigen. Auch die Wirtschaft braucht die Frauenarbeit, und sie könnte ohne Mithilfe der Frauen nicht mehr das leisten, was sie zu leisten hat. In vielen Industrien sind Frauenhände nicht mehr zu entbehren, und auch die weibliche Angestellte, anpassungsfähig, geschickt, beweglich, ist aus dem Betrieb unserer Wirtschaft nicht mehr hinauszudenken. Sie kann einfach nicht durch männliche Kräfte ersetzt werden.

Wenn man sich daher die Verteidigung der weiblichen Berufsarbeit an sich, selbst angesichts des verengerten Arbeitsmarkts, leicht machen kann, weil die Argumente für ihre Notwendigkeit durchaus einleuchtend sind, so muß man größere Sorgfalt der Prüfung der Frage zuwenden, ob auch für die verheiratete Frau die Berechtigung zur Fortführung ihrer Berufsarbeit besteht. Der Kampf gegen die weiblichen Doppelverdiener hat überall eingesetzt und erregt die Gemüter hüben und drüben.

Von den 11,5 Millionen erwerbstätiger Frauen in Deutschland sind 7,8 ledig und 3,7 Millionen verheiratet. Die Größe der Zahl der verheirateten Erwerbstätigen überrascht im ersten Augenblick sehr. Wir müssen aber, um die Wirkung der Erwerbstätigkeit der Verheirateten auf dem Arbeitsmarkt zu prüfen, feststellen, auf welchem Posten diese Frauen stehen. Nach Klarstellung hierüber ergibt sich, daß die große Mehrzahl dieser Frauen lediglich als unmittelbare Hilfe ihres erwerbenden Ehemannes tätig sind und auf ihrem Posten gar nicht oder nur ganz selten durch eine andere auf dem Arbeitsmarkt vorhandene Kraft ersetzbar sind. Die 3,7 Millionen erwerbstätiger Ehefrauen gruppieren sich wie folgt:

2 500 000 mithelfende Familienangehörige,
708 000 Arbeiterinnen
309 000 Selbständige
75 000 Angestellte
44 000 Hausangestellte
7 000 Beamtinnen.

Die Frauen, die als sogenannte mithelfende Familienangehörige tätig sind, arbeiten überwiegend in der Landwirtschaft, in der die Mithilfe der Frau eine überragende wirtschaftliche Bedeutung hat. Eine kleinere Gruppe bilden die mithelfenden Ehefrauen im Handel und anderen Gewerben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0220

Die 309 000 als Selbständige tätigen Ehefrauen scheiden selbstverständlich bei arbeitsmarktpolitischen Erörterungen aus. Auch die 44 000 verheirateten Hausangestellten können höchstens in Einzelfällen durch weibliche Erwerbslose ersetzt werden. Ihre Posten für die Besetzung auf dem freien Arbeitsmarkt zu beanspruchen, wäre töricht und unwirksam.

Uebrig bleiben noch:

708 000	verheiratete Arbeiterinnen
75 000	verheiratete weibliche Angestellte
7 000	verheiratete Beamtinnen
790 000	

Von den Arbeiterinnen ist eine Zahl von 276 000 nach der Berufszählung von 1925 in der Textilindustrie, im Bekleidungsgewerbe und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie tätig gewesen. Hier handelt es sich um Arbeitsgebiete, für die männliche Kräfte nur selten in Frage kommen. Rechnet man diese Zahl meist ausgebildeter, mit Spezialkenntnissen ausgerüsteter Berufsfrauen wieder ab, so schmilzt die Zahl der verheirateten Berufsfrauen, über deren Erwerbsberechtigung eine Erörterung weitergeführt werden kann, immer mehr zusammen.

Uebrig bleibt eine Gruppe von etwa ½ Million Frauen, die in der überwiegenden Zahl von Fällen aus bitterster Not heraus und wahrlich nicht aus Uebermut die schwere Doppelbelastung von Beruf und Haushaltführung auf sich nimmt.

Vor dem Krieg bestand die Berechnung, daß bei einem durchschnittlichen Arbeiterlohn vom fünften Kind ab ein Mitverdienen der Ehefrau unvermeidlich wurde. Diese Verhältnisse haben sich jetzt wesentlich ungünstiger gestaltet. In unzähligen Fällen ist bei Arbeitern und Angestellten eine Ehe überhaupt nicht aufzubauen, wenn die Erwerbstätigkeit der Ehefrau fortfällt. Das Fehlen jeglicher Rücklagen, die gänzliche wirtschaftliche Unsicherheit, die auch Anschaffungen auf Kredit nicht mehr ermöglichen, der immer wiederkehrende Wechsel zwischen Zeiten der Arbeit und der Arbeitslosigkeit hat die große Masse des Volkes einer Armut ausgeliefert, die das Aufsuchen jeder erreichbaren Erwerbsmöglichkeit für beide Ehegatten unvermeidlich macht. Wollte man statistische Erhebungen anstellen, in welchem Ausmaß jetzt die Frau alleiniger oder überwiegender Ernährer der Familie geworden ist, so würde man zu überraschenden Zahlen kommen. Die Frau dringt in die Arbeiten hinein, die auf dem Arbeitsmarkt noch verfügbar und durch männliche Kräfte nicht besetzt sind.

In den Auseinandersetzungen über das Recht der verheirateten Frau auf Erwerbsarbeit ist es gar nicht notwendig, auf das ihr verfassungsmäßig verbriefte Recht auf Arbeit hinzuweisen. Die wirtschaftlichen Argumente sind stark genug. Aus diesen Argumenten heraus ist auch jede gesetzliche Maßnahme gegen das weibliche Doppelverdienertum sinnlos. Von 100 Fällen gibt es 99, in denen zwingende wirtschaftliche Gründe für die Erwerbsarbeit der Frau anzuführen sind. Die ganz vereinzelten Fälle, in denen ein Ausscheiden aus der Erwerbsarbeit wirtschaftlich tragbar wäre, wiegen nichts gegen die übrigen. Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit werden Bemühungen um die Beseitigung der verheirateten Frauen aus der Erwerbstätigkeit zu keinem Ergebnis führen. Es ist so, wie Miß Bondfield, der englische Arbeitsminister, zur gleichen Frage sagt: „Für alle, die sich mit diesen Dingen zu befassen haben und für alle, die an diesen speziellen Berufen interessiert sind, ist es sehr wichtig Sorge zu tragen, daß Maßnahmen nicht mehr Ungerechtigkeiten schaffen, als sie beseitigen wollen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0221

Deutsche Milchwirtschaft

Von Heinrich Rönneburg.

Auch bei der Milchwirtschaft zeigt sich, daß der Produktionsapparat gerade in tierischen Ereugnissen vielfach noch unzulänglich ausgenutzt wird.*) Die Milchleistung der etwa 9,4 Millionen deutscher Milchkühe liegt etwa auf 2200 kg pro Kuh und Jahr. Nur eine Mililon von diesen Kühen stehen bezüglich ihrer Leistung unter der Prüfung der Milchviehkontrollvereine. Diese aber haben eine Durchschnittsleistung von 3500 kg. Es gibt aber ganze Herden mit 4000—5000 kg. Demgegenüber finden wir in weiten Gegenden noch Leistungen von nur 1600—1700 kg und weniger! Die Milcherzeugungskosten sinken aber je Liter ganz erheblich, sobald die Leistung der Herde von 2200 auf 3000 kg pro Kuh ansteigt. Eine Produktionskostensenkung um 5 Pfg. pro kg würde der deutschen Landwirtschaft eine Milliarde Mark Mehreinnahmen bringen und damit den weitaus größten Teil der Zinslast der deutschen Landwirtschaft decken.

Wir haben 1929 eine Einfuhr von milchwirtschaftlichen Erzeugnissen im Werte von 575 Millionen gehabt. Hier liegen große unausgenutzte Möglichkeiten für den wichtigsten Produktionszweig unserer Landwirtschaft. Rein rechnerisch wären 4 Millionen Milchkühe notwendig, um die weitere Einfuhr von milchwirtschaftlichen Produkten überflüssig zu machen; 4 Millionen Kühe erfordern aber mindestens 4 Millionen ha für Futterpflanzen oder Futtergetreideanbauflächen. Damit wäre das Roggenproblem und der Roggenpreis nahezu gleichgültig geworden. Unter unserm Viehbestande sind erschreckend viel leistungsungenügende Kühe. Das trifft, wie offen ausgesrpochen werden muß, in erheblichem Maße gerade bei den Bauernwirtschaften zu. Eine planmäßige Ausmerzung der schlechten Futterverwerter unter den Kühen, eine Verbesserung der Fütterung würden Erträge bringen, die die Brotgetreideeinfuhr um ein Mehrfaches im Werte übersteigen würden.

Wir haben im letzten Jahre erlebt, daß die agrarpolitischen Hilfsmaßnahmen sich fast auschließlich um den Brotgetreide- und den Kartoffelpreis gedreht haben unter weitgehender Vernachlässigung der Veredlungsproktion, die sogar durch die hohen Futtermittelzölle noch beeinträchtigt worden ist. So liegt auf Futtergerste jetzt ein Zoll von 18,— RM. je Dztr. gegenüber 2,— RM. früher. Die Weizenkleie, die früher zollfrei war, trägt jetzt einen Zoll von 10,— RM. je Dtzr. Gerade durch diese Maßnahme wird die Milchwirtschaft um viele Millionen verteuert. Wir brauchen jährlich 1¼ bis 1½ Milliarden to Weizenkleie; davon erhalten wir die gute Hälfte aus dem Auslande. Das bedeutet eine Verteuerung der Milchproduktion um 70 Millionen RM. Da die Bauern die Hauptträger der Viehwirtschaft sind, werden sie davon besonders betroffen. Die Rentabilität der Milchwirtschaft bedeutet aber zugleich die Wiederherstellung der Rentabilität bei den meisten landwirtschaftlichen, besonders bei den bäuerlichen Betrieben. Milch bringt täglich Geld in den Betrieb. Verstärkte Milchviehhaltung bringt mehr Stallmist. Das bedeutet Verbeserung der Bodenkultur und eine Steigerung aller Ernten. Die Milchwirtschaft ist auch in höherem Maße unabhängig vom Wetter. Selbst nasse Jahre bedeuten für die Milchwirtschaft in der Regel keinen Schaden.

*) Ich folge hier im wesentlichen Darlegungen von Prof. Dr. K. Brandt, Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0222

Bei der Buttergewinnung im bäuerlichen Betriebe erfolgt vielfach ein schlechte Entrahmung der Milch mit unwirtschaftlichen Kleinzentrifugen. Die Sahne wird zu einem butterungsfähigen Quantum in 8 bis 10 Tagen gesammelt. Für ein kg Butter werden 30—32 kg Milch verbraucht, während gute Molkereien dafür nur 25—26 kg benötigen. Die in wilder Gärung entstandene wenig haltbare Butter ist minderwertig, wird ungleich gesalzen, schlecht geformt und gepackt, dann an einen Aufkäufer gegeben oder unter unwirtschaftlichem Aufwand an Zeit und Kraft in kleinsten Mengen von der Bauersfrau auf den Markt oder direkt zum Verbraucher gebracht. Dabei laufen 10 000 deutsche Molkereien zu 90% umsatzschwach. Das drückt natürlich den Erzeugerpreis für Milch ganz erheblich. Die einzige Molkerei der Gegend ist oft schlecht ausgerüstet, hat eine unwirtschaftliche Wärmeausnutzung, mangelhaft geschultes, schlecht bezahltes, nicht immer genügend sauberes Personal. Das systemlose Angebot der Viehzahl von Molkereien, die Konkurrenz kleinster Mengen, an Wert ganz verschiedener Waren, wirft die Preise, die in der Regel auf dem Wert der geringsten Ware basieren. Hier müßte Erziehungsarbeit geleistet werden durch gestaffelte Preise je nach Qualität (Fettgehalt!) und Sauberkeit für die Landwirte und Genossenschaften, die den Marktansprüchen mit ihren Lieferungen am besten genügen. Die Milchwirtschaft und die Regelung des Milchabsatzes muß planmäßig aufgebaut werden. Die in der Nähe großer Verbraucherzentren gelegenen Molkereien müssen sich einstellen auf den Frischmilchabsatz. Sie werden dabei unterstützt durch die ihnen nahegelegenen Zubringermolkereien. Abseits und verkehrsungünstig gelegene Molkereien haben sich, wiederum unterstützt durch ihre Zubringerinstitute, auf die Butter- und Käseerzeugung einzustellen.

Bei dem kürzlich geschaffenen Milchgesetz fehlt die Möglichkeit zu einer Regelung und Zusammenfassung und zu einem planmäßigen Aufbau der gesamten deutschen Milchwirtschaft. Eine Länderregelung allein genügt nicht. In der jetzigen Gestalt ist von dem Milchgesetz leicht eine Schädigung der Bauernwirtschaft zu befürchten. Lediglich die Produktionskosten werden erhöht werden. Sie kann nur durch planmäßige Zusammenfassung der Verarbeitungseinrichtungen und nach Neuorganisation des Absatzes und des Marktwesens erreicht werden.

„Wir suchen Deutschland"

Betrachtungen über einen neuen politisch-literarischen Versuch

Von Gerhard Schultze-Pfaelzer.

Die traditionellen Formen der politischen Auseinandersetzungen in Deutschland sind nach verschiedenen Seiten hin in den letzten Jahren gesprengt worden. Die alte Parteipropaganda als Begleiterscheinung der normalen parlamentarischen Kämpfe hat von ihrer öffentlichen Wirksamkeit viel eingebüßt. Wir erlebten immer gefährlichere Erfolge jener radikalen Agitation, die das ehrsame politische Leben verwüstete. Glücklicherweise blieb aber auch die Gegenbewegung nicht aus, die nach neuen Methoden der Versachlichung sucht. Dabei stoßen wir auf die erstaunliche Tatsache, daß auch in jenen extremen Gruppen, die durch revolutionäre Demagogie das soziale Mißvergnügen ausnutzen, die Neigung vorhanden ist, in ernsthaften Aussprachen mit politischen Gegnern der welt-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0223

anschaulichen Klärung zu dienen. Auf die Dauer kann sich nämlich kein Denkender und Handelnder dem Bedürfnis entziehen, aus dem Phrasendunst in die reine Luft echter Grundsätze hinüberzugehen.

Darum schlägt man neuerdings mehr und mehr im politischen Wettbewerb das kontradiktorische Verfahren ein. Auf diese Art lassen sich Meinungsgegensätze von allerunterschiedlichster Spannweite austragen. Man kann sowohl zwischen verwandten Ansichten Ausgleich schaffen als auch jene Differenzen, die ganz unüberbrückbar sind, in ihren Kernpunkten enthüllen und bestimmen. Gewiß haftet solchen Disputationen gewöhnlich sehr viel Theorie an, aber man bedenke, daß heutzutage auch der Bildungsgrad der Massen, insbesondere in den Großstädten, schon sehr hoch ist. Dazu kommt, daß bei der Unsicherheit der politischen Vorstellungen in dieser Krisenzeit allgemein der Trieb recht stark ist, hinter die Chaotik der Dinge zu gelangen. Der Deutsche bleibt sogar innerhalb seiner modernen „Interessentenhaufen" immer noch ein wenig Philosoph und will sich, wenn er ein sogenanntes „System" verneint, ein anderes aufbauen. Das Weimarer Staatswesen, von seinen Widersachern bekanntlich auch meist „System" genannt, beruht keineswegs auf starren und dürren Formeln, sondern ist seinen realpolitischen Möglichkeiten nach höchst elastisch. Das Reich hat sich innenpolitisch gegen zwei Fronten zu verteidigen, während die meisten übrigen Staaten der Welt nur gegen eine radikale Opposition in Abwehr stehen.

Es ist eine müßige Frage, ob nun der Nationalsozialismus oder der Kommunismus bedrohlicher sei; ein Zusammengehen der Extreme kommt aber nicht in Frage, weil die internationale und die nationale Katastrophenpolitik auf schärfster gedanklicher Feindseligkeit beruht, die auch dadurch nicht gemildert wird, daß die eine Flügelgruppe zuweilen Requisiten der anderen nachahmt. Was Kommunismus ist oder sein will, das wissen wir jedenfalls aus jener Fülle wissenschaftlicher Dogmatik, die der revolutionäre Marxismus geschaffen hat, ziemlich genau, wenn man natürlich auch die praktischen Ergebnisse dieser Gesellschaftslehre trotz der vierzehn Jahre Sowjetrußland noch gar nicht abschätzen kann. Aber über den Nationalsozialismus war man, als Hitler eine politische Großmacht in Deutschland wurde, noch sehr wenig unterrichtet.

In den Volksversammlungen der Hakenkreuzler oder in ihren Tageszeitungen gingen in Radau und Hetze alle programmatischen Informationsmöglichkeiten unter. Auch die theoretischen Bekenntnischriften der Nazis waren ideologisch derartig verschwommen, daß sie keine exakte Auskunft gaben. Daher blieb auch die bürgerliche Bemühung um die Erforschung der nationalsozialistischen Ziele zum Zwecke der Abwehr vielfach im Rätselraten stecken. Hier konnte also nur die politische Disputation mit geistig geschulten und charakterlich ausgeprägten Naziführern Abhilfe schaffen. Die ersten derartigen Versuche veranstaltete der Rundfunk, freilich mit keinem erheblichen Resultat, denn die Radioübertragung ist nun einmal ein zu gewaltiges Propagandamittel, als daß sie nicht die Gesprächspartner dazu verführte, das Bestreben nach Werbung über das nach Klärung zu stellen. Einen zweiten Weg beschritten einzelne intellektuelle Kreise rings um politische Zeitschriften, die den akademischen und feuilletonistischen Disput fördern. Da traten dann Kommunisten, Demokraten und Nationalsozialisten gegeneinander an, und es kamen nun wirklich die prinzipiellen Linien zutage. Aber die Resonanz blieb doch eben be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0224

schränkt auf die kleinen Gremien der Teilnehmer oder auf die Leser der kurzen Auszüge in der Presse; und aus den fünfzig Berichtzeilen in der Tageszeitung konnte man auch kein eindrucksvolles Bild gewinnen.

Darum bin ich auf einen neuen Plan verfallen, der inzwischen ausgeführt worden ist. Natürlich kann ich in dieser meiner Selbstanzeige nicht dazu Stellung nehmen, ob der Versuch gelungen oder gescheitert ist. Er fand jedenfalls ein recht intensives Echo, und darum glaube ich es verantworten zu können, über das Unternehmen ausführlich Bericht zu erstatten. Auf welchen politischen und propagandistischen Erwägungen meine Idee und ihre Durchführung beruhte, habe ich ja bereits eingehend dargelegt.

Es handelt sich um ein unter dem Titel „Wir suchen Deutschland" soeben erschienenes Buch (Verlag Grethlein & Co., Leipzig—Zürich. In Pappband 3,50 RM.) „Ein freier Disput über die Zeitkrisis zwischen G. Schultze-Pfaelzer und Otto Strasser, Major Buchrucker, Herbert Blank." Meine drei Gegner sind die Führer der Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten, also der ältesten und größten jener Gruppen, die sich nach und nach von der N.S.D.A.P. abgesondert haben, ohne deswegen vom Nationalsozialismus abgefallen zu sein. Im Gegenteil, gerade die Strasser-Bewegung will den ursprünglichen Nationalsozialismus von den Taktiken und Praktiken reinigen, die sein wahres Wesen opportunistisch und demagogisch verschattet haben. Die Gesinnungen dieser Strasserschen „revolutionären Führerschule" werden auch von den Unterführern im Hitler-Lager in fast allen Stücken geteilt, wenn sich auch die Trabanten des Braunen Hauses in München im Interesse der Winkelzüge des Führers mit ihren Aeußerungen Zurückhaltung auferlegen. Strasser sucht in direktester Form und ohne jede Einschränkungen, die der Hitlerpartei als Folge der Unterstützung durch das Großkapital auferlegt werden, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Tendenzen des Nationalsozialismus herauszuschälen. Und mit dieser Entwicklung des nationalen Radikalismus haben wir zu rechnen, wenn nicht in absehbarer Zeit eine Konsolidierung der deutschen Verhältnisse eintritt. Als Teilbeweis für diese Behauptung möge die Tatsache gelten, daß sich die politische und soziale Ideologie der jüngst von Hitler abgefallenen Stennes-Gruppe von den Anschauungen Strassers durch gar nichts unterscheidet, außerdem finden wir bereits bei den kleinen Bünden und Zirkeln des Nationalsozialismus, wie etwa dem Werwolf und der Widerstandsgruppe von Ernst Niekisch, die meisten Gedankengänge von Otto Strasser fast ohne Abweichungen wieder.

So erschien mir denn ein Disput mit Strasser und seinen Freunden für die Erkenntnis der nationalrevolutionären inneren Haltung besonders aufschlußreich. Wie ist dieses „gesprochene Buch" zustande gekommen? Die gedruckten Texte beruhen auf Gesprächsprotokollen, die während unserer persönlichen Unterhaltung aufgenommen wurden. Aus Gründen literarischer Zweckmäßigkeit sind dann diese Protokolle etwas überarbeitet, aber sie haben den ursprünglichen Redecharakter mit seinen Lockerungen in der Diktion durchaus bewahrt. Es kam nicht darauf an, daß der eine oder der andere rhetorischer Sieger bleibt. Hätten wir das erstrebt, so wäre der Zweck von vornherein verfehlt worden, denn wir wollten ja eine dauerhafte Unterlage dafür schaffen, mit welchen Argumenten die gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung verteidigt werden kann und mit welchen gedanklichen Waffen sie vom

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0225

Nationalsozialismus berannt wird. Um einen Einblick in die Art unseres Disputs zu geben, möchte ich ein paar kurze Stellen aus den Dialogen zitieren:

Strasser: Das tragende Grundgefühl der heutigen Zeit kommt am besten zum Ausdruck in dem geflügelten Wort des deutschen Menschen von 1931: „So geht es nicht mehr weiter..." Wenn Sie heute hundert deutsche Menschen nach dem Sinn ihres Lebens fragen, jener kurzen Spanne zwischen Wiege und Grab, dann wissen fünfundneunzig überhaupt keine Antwort mehr, und die restlichen fünf sagen Ihnen Dinge, die sie in der Schule oder im Religionsunterricht gelernt haben. Aber ihnen allen fehlt das Wissen um ihre Aufgabe, das Gefühl für die Notwendigkeit ihres Daseins. Und hierin, in dieser Sinnlosigkeit des heutigen Lebens, liegt die tiefste Ursache der heutigen Not und die stärkste Anklage gegen das heutige System.

Schultze-Pfaelzer: Aha, Sie beteiligen sich also auch an der Flucht aus der Gegenwart. Das ist eine deutsche Zeitkrankheit, der nicht nur unsere Jüngsten anheimfallen. Ein Großteil unserer unverbrauchten Menschen will mit ihrer jetzigen Umwelt gar nichts mehr zu tun haben. Sie träumen sich in eine phantastische und dabei ärmliche Zukunft hinein, sie klammern sich, wo sie doch Tatsächliches brauchen, an die Vergangenheit. Warum erfüllen sie nicht den zeitgeschichtlichen Augenblick, der ihnen gehört? Ich möchte mich wirklich nicht gleich auf Goethe berufen, aber warum wollen Sie durchaus „Sinnlosigkeiten" als solche hinnehmen? Geben Sie ihnen einen Sinn!...

Blank (an anderer Stelle): Mag unten auf einer blumigen Wiese der Wissenschaft Herr Einstein mit einigen Dutzend Kollegen getrost die Feldtheorie wälzen, — die deutsche Nation, die oben auf rauhem, gefährlichem Gebirgskamm ihren von Hagel und Wetter umtosten Weg in ein neues Jahrhundert sieht, kümmert sich einen Dreck darum. Sicher werden wir für diese Anschauung als Barbaren geschimpft werden, wobei nur zu bemerken ist, daß wir den Kampfruf „Zurück zur Barbarei!" für einen der besten halten, der in diesen Jahren geprägt worden ist...

Schultze-Pfaelzer: Die Wissenschaft verspottet zuletzt jede Revolution. Die Zeitgenossen haben nur dafür zu sorgen, daß nicht statt Wissenschaft Unsinn getrieben wird und daß man die geistige Fackel nicht denen in die Hände gibt, die sich daran zum Schaden ihrer selbst und der Gemeinschaft die Finger verbrennen...

Diese kleinen Stichproben geben selbstverständlich nur einen flüchtigen Schimmer von den Gebieten, die in den Disputen durch These und Antithese durchflogen sind. Die Gespräche beginnen mit einer allgemeinen Ueberprüfung unserer öffentlichen Situation unter dem Titel „Das deutsche Zeitgesicht" und gehen dann mit folgenden Themen ins spezielle über: „Liberalismus und Nationalismus" — „Der Kampf um die Wirtschaftsformen" — „Entwicklung oder Revolution" — „Verständigung oder Freiheitskampf" — „Wehrgeist und Pazifismus" — „Der jüdische Staatsbürger" — „Moskau, Mussolini und wir" — „Die Katastrophe des Geistes" — „Neugeburt der Seele". Die schärfsten Differenzen zwischen bürgerlichem und nationalsozialistischem Denken zeigen sich auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, was Hitler aus naheliegenden Gründen ja neuerdings zu vertuschen sucht, was dennoch aber die Hauptgefahr der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0226

radikalen Bewegung bleibt. Auch die Ansichten über die Funktionen des Staates und über die kulturellen Aufgaben können durch bürgerliche Kompromisse in keinem Falle ausgeglichen werden. Aus dem Gesprächsverlaufe ergibt sich zumindest das eine: der Nationalsozialismus kann nicht, wie seinerzeit die Sozialdemokratie, schrittweise legalisiert werden. Sondern entweder behauptet sich die bürgerliche Entwicklung durch neue Sammlung und Kraftentfaltung gegen ihn. Oder die deutsche Revolution erobert sich allmählich die Macht, ein Prozeß, der freilich auch bei fortschreitendem Niedergang des bürgerlichen Geistes ziemlich lange dauern würde, denn noch ist der Nationalsozialismus, auch das lehrt die Dialektik dieser Auseinandersetzung, vorläufig in keinem Falle ablösungsfähig .

Ende der Demokratie?

Aus einem bei Junker & Dünnhaupt erschienenen Vortrag Alfred Webers bringen wir nachfolgend die ausgezeichneten Schlußbetrachtungen eines Mannes, der gleich uns einen demokratischen, sozialen und nationalen Standpunkt innehat.

Alle Wirtschaftsmanipulierung kann nur supplementär sein. Gelingt es nicht, die heute durchorganisierte kapitalistische Wirtschaft, wenigstens ihren grundsätzlichen Tendenzen nach, zu einem kollektiven Eigenhandeln nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaftstechnik zu bringen, einem Eigenhandeln, das zugleich das Soziale, Nationale und Weltwirtschaftliche berücksichtigt, so ist alles, was ich andeutungsweise gefordert habe, vergeblich. Dann rennen wir früher oder später in die Katastrophe, von der wir nicht wissen, wie sie ausgeht. Die kapitalistische Wirtschaft muß erkennen, was sie eigentlich heute ist. Sie muß begreifen, daß sie ein Teil des öffentlichen Körpers ist. Jedes ihrer Organe, jeder ihrer Unternehmer, Angestellten und Arbeiter ist Funktionär der Volksgemeinschaft, nichts anderes. Lernt sie es, in allen ihren Teilen und Schichten diese Einstellung zu verbinden mit dem Arbeiten nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaftstechnik, so wird das Manipulieren überflüssig.

Zudem: lernt sie das, dann allein kann auf die Dauer vielleicht noch ein anderes ungeheures Problem seiner Lösung nahekommen: Das Problem der Einfügung und Anerkennung der kapitalistischen Wirtschaft als eines gradualistischen Organismus in unseren von egalitär kollektiven Tendenzen durchwogten Lebenskörper. Für diese Anerkennung genügt nicht, daß die Unternehmer bereit sind, mit den Organisationen der Arbeiter Tarifverträge abzuschließen. Dazu gehört mehr. „Geschäfte müssen monarchisch regiert werden", ist ein Wort von Rathenau; und ich muß mich als Realist diesem Worte anschließen. Alle wirtschaftsdemokratischen Programme — wenn sie auch jetzt die Unternehmerfunktionen anerkennen, — gehen an diesem entscheidenden Punkt vorbei. Die wirklichen Fürsten unseres heutigen Lebens sind die Wirtschaftsmagnaten. Aber hier muß gefragt werden: Wissen diese Fürsten, daß sie nicht die Wittelsbacher oder Habsburger sind? Wissen sie, daß sie sich als Führer legitimieren müssen? Ich glaube, daß weder die Sozialisten noch die Nationalsozialisten die Eisenfresser des Kapitalismus sind, als welche sie sich geben. Auf der anderen Seite: Was haben eigentlich diese großen Magnaten, diese Fürsten der Wirtschaft, welche die Presse und manches andere weitgehend beherrschen, im öffentlichen Leben hinter sich? Ein paar Abgeordnete, sonst nichts. Sie arbeiten ungeheuerlich. Es gibt kaum Leute,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0227

die so viel arbeiten, wie diese Wirtschaftsführer in Deutschland. Sie tragen eine riesige Verantwortung. Sie können, wenn sie große Konzerne leiten, mögen sie an vielen Stellen (z. B. in der Rationalisierung) Fehler gemacht haben, überwiegend auf starke Verdienste für die Allgemeinheit hinweisen. Sie sollten respektiert werden können. Es muß auch einmal ausgesprochen werden: Sie haben, ohne irgendwelches Aufsehen davon zu machen, viel gegeben, damit die Wissenschaft, das geistige Leben, in schweren Jahren in Deutschland weiter existieren konnte. Aber so hart es ist — das alles reicht nicht aus. Haben diese Leute gesehen, fühlen sie, in welchem seelischen und geistigen Raum sie gegenwärtig stehen? Fühlen sie, daß sie in einer Welt des Nichtbesitzes stehen, nicht in einer Besitzwelt, wie früher? Gleichgültig, welche Formeln dafür gefunden werden, jedènfalls wird Besitz heute nicht nur von den Massen, sondern zunehmend allgemein in Deutschland nicht mehr als etwas angesehen, was legitimiert, und Besitzunterschiede nicht mehr als etwas, was graduiert. Die kapitalistische Wirtschaft, die auf Entgeltdifferenzen, auf Machtdifferenzen, auf Besitzdifferenzen, auf tatsächlichen äußerlichen Klassenschichtungen notwendigerweise aufgebaut ist, kan nnur weiter bestehen, wenn sie den Willen und die Tendenz hat, geistig klassenlos zu werden. Wenn sie diesen Willen nicht hat, wird sie einmal nicht mehr sein. Klassen und Schichtn werden bleiben. Es fragt sich nur, ob sie Abdichtungen, seelische und geistige, darstellen müssen. Diese Schranken niederreißen ist eine nicht ganz hoffnungslose Aufgabe. Dafür gibt es das eine große Beispiel der angelsächsischen Welt, vor allem vieler Teile der Vereinigten Staaten. „Ihr habt die schönsten soizalen Gesetze", sagte mir ein hervorragender Engländer der Praxis, „hättet ihr nur unseren gesunden Geist, sie auszuführen". Nicht ein patriarchialisches Hinabneigen, sondern ein kameradschaftliches, selbstverständliches Auf-demselben-Boden-Stehen ist die erste Voraussetzung. Dieser Geist ist die neue Art der Einfügung des Unternehmentums ins Kollektivum. — Es bleibt die personalistische Seite des Aufstiegs. Ob die Leute oben wissen, wie man ihren Aufstieg heute ansieht, wie man ihr Sichselbstergänzen empfindet als eine Art unkontrollierter Parthenogenese, wie man das Gefühl hat, daß man nicht hinaufgelangen kann, nicht ins nächste Stockwerk, noch wenige rin die weiteren. Haben diese Leute gesehen, daß das nicht so bleiben kann, daß die Treppe nach oben geöffnet werden muß derart, daß Besitzunterschiede und zufällige persönliche Patronate nicht mehr das Alleinentscheidende bleiben? Ich bin kein Utopist. Ich glaube nicht an die Möglichkeit, die großen Gestaltungen zu entbürokratisieren. Ich glaube aber an ein System, wie es die Amerikaner tatsächlich an gewissen Stellen ausgebildet haben, ein System, bei dem sich der Chef mit den Arbeitern und Ansgetellten kameradschaftlich zusammensetzt und mit ihnen über neue Ideen für den Betrieb spricht und bei dem so unter kameradschaftlicher Kontrolle sich herausstellt, wer unter den Leuten etwas ist und würdigerweise aufwärtssteigt. Es handelt sich dabei nicht um technische Dinge, wie Eignungsprüfungen und ähnliches, sondern darum, daß wirksame Methoden gefunden werden zur Auffindung und zum Indiehöhebringen der Talente in den Betrieben. Methoden, die heute in Deutschland nicht da sind und die dahin führen sollen, daß man den Aufstieg als gerecht empfindet und daß das oberste Stockwerk weiß, was das dritte und vierte denkt und fühlt. Heute scheint keine Verbindung da zu sein; und darum wird bei technisch guter Arbeit sabotiert im geistigen Sinne.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0228

Der Umbau ist kompliziert und nur bei langem, gutem Willen möglich. Ich weiß keine Wunderlösung, aber ich sehe das Problem und die Notwendigkeit der Lösung. Der Kapitalismus kann nicht im luftleeren Raum leben, er kann nur existieren, wenn er sich in die heutige Welt einfügt in einer Form, in der Kollektivismus und Personalismus verbunden werden. Er kann das leichter als der Staat vollziehen; denn im Staat sind die Verfassungsbürokraten schwere Hindernisse.

Sie außerordentlich schwierig die angeregten Dinge sind, vor allem unter den heutigen psychologischen Verhältnissen; ich bin der Ansicht, daß wir in Deutschland mit ihnen in dieser konkreten Form im Brennpunkt der abendländischen innerpolitischen, innerwirtschaftlichen und innersozialen Problematik uns befinden. Kampf, Sieg und Niederlage konzentriert sich hier bei uns für ganz Europa. Was bei uns geschieht, ob es uns gelingt, diese Fragen zu lösen, wird weithin entscheidend für das europäische Schicksal sein. Und mag das, was von mir vorgebracht ist, an der Furchtbarkeit des deutschen Geschicks, des äußeren und inneren scheinbar vorbeigegangen sein, hier haben wir eine Mission und damit etwas Positives.

Politische Umschau

Genf / Haag / Chequers.

Die Front der anderen steht gegen uns, wir sind isoliert in einem Ausmaße, das wir gerade bei der letzten Ratstagung feststellen konnten, das uns mit aller Deutlichkeit auf unsere eigene Kraft und unser eigenes Wollen hingewiesen hat. Alle Erwartungen auf Unterstützung, ja auch nur auf Verständnis bei den anderen wurden enttäuscht. Daß die Zollunionfrage auf keine Gegenliebe stoßen würde, darauf konnte man nach der reichlich scharfen Behandlung der „Anschlußfrage" im französischen Parlament besonders durch den im Wahlkampf unterlegenen Briand mit einiger Sicherheit rechnen. Der südosteuropäische Staatenkomplex brachte mit dem jugoslawischen Außenminister Marinkowitsch einen Frankophilen als Sprecher auf die Tribüne — er hatte die Zusage einer französischen Stabilisierungs-Anleihe für Jugoslawien in der Tasche —, der sich eines sonst in Genf ungewohnten Tones gegen Dr. Curtius befleißigte. Dieser Ausfall ist typisch. Frankreich ist vorläufig noch kapitalreich genug, um seine goldenen Kugeln dorthin zu lenken, wo es eine Unterstützung seiner Politik, eine Verteidigung seiner Vorrangstellung braucht. Und seine Stellung in Europa wäre durch eine Organisation, wie sie das Wiener Abkommen vom 19. März d. J. für späterhin vorsieht, zu der alle interessierten Staaten hinzugezogen werden sollen, erschüttert, ebenso wie die Italiens, das durch Grandis Mund eine scharfe Ablehnung und damit seine Besorgnis vor einem organisierten Europa zu erkennen gab, an dem Deutschland und Oesterreich führend beteiligt sein würden. Dabei ist außerdem zu berücksichtigen, daß Italien ein Interesse an einer auskömmlichen Stellung mit Frankreich und England wegen des Flottenabkommens mit diesen Staaten hat. Aber alle diese politischen Bedenken werden eines Tages unter dem Druck wirtschaftlicher Not ein anderes Gesicht erhalten, wobei dahingestellt bleiben mag, ob dann Frankreichs Mittel noch zur Bundesgenossenwerbung und -unterstützung ausreichen werden. Denn die Zahl derer ist groß und ihr Schicksal wirtschaftlich ungewiß. Die Animosität gegen die Berlin—Wiener Aktion

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0229

hatte einen französischen Gegenplan zustande gebracht, der als „gesamteuropäischer Hilfsplan" gegenüber der regionalen deutsch-österreichischen Regelung gedacht war und von Mr. François Poncet dem Rat in Genf verkündet wurde. Sein Inhalt: den südosteuropäischen Agrarländern soll allgemeine Zollpräferenz eingeräumt werden, weiterhin soll unter Leitung des Völkerbundes eine internationale Kreditorganisation geschaffen werden, ebenso internationale Industriekartelle und als coup gegen die Zollunion sollen für die Erzeugnisse der österreichischen Industrie Präferenzen geschaffen werden. Dieser „Hilfsplan" bedarf zu der Erkenntnis seiner Undurchführbarkeit keiner weiteren Illustration. Gegen die Präferenzzölle für Südosteuropas Agrarstaaten sind England, Italien (Getreide aus Argentinien), die Schweiz und Holland. Die Notwendigkeit der Neugründung einer internationalen Kredithilfe ist unerfindlich, und ob man mit internationalen Industriekartellen besser fahren würde als mit handelspolitischen Regierungsentschlüssen, mag auch dahingestellt bleiben. Daß man aber mit der einseitigen Präferenz für Oesterreich an der Not Oesterreichs vorübergeht, scheinen Herr Poncet und seine Freunde nicht bemerkt zu haben. Frankreichs Plan wurde in Untersuchungsausschüssen begraben. Das Wiener Abkommen aber, von dem unsere Regierung sagt, daß es keine Prüfung zu scheuen hat, geht an den Haager Gerichtshof zur juristischen Ueberprüfung, ob der Vertrag von St. Germain die Zollunion zuläßt. Der Spruch wird für die weitere Behandlung in Genf von Bedeutung sein; sollte man trotz aller Abmachungen wieder versuchen wollen, die Zollunion in die politische Debatte zu ziehen, dann wird die Regierung auch vor den ernstesten Konsequenzen nicht zurückschrecken dürfen. Bis zu dem Haager Spruch aber müssen gemäß einer Dr. Schober abgelisteten Zusage alle weiteren Maßnahmen in Sachen der Zollunion ruhen. Daß der Rat die Entscheidung hinauszögern werde, war sicher; ob er es aber wagen wird, das Urteil von Haag zu ignorieren oder ihm entgegenzuhandeln, das wird in nicht geringem Maße auch von der Haltung der deutschen Oeffentlichkeit und des Außenministers abhängen.

Bei der Vorbereitung für die Abrüstungskonferenz, zu deren Präsident der englische Außenminister Henderson gewählt wurde, wurde der deutsche Vorschlag der Ausfüllung eines Fragebogens zur Feststellung des Rüstungszustandes abgelehnt, obwohl nach dem Völkerbundsstatut (Art. 8, Abs. 6) die Bundesmitglieder jede Auskunft über Rüstungszustand und dgl. zu geben verpflichtet sind. Wo bleibt das satzungsgemäß uns zustehende Recht? Ein völlig unzureichender englischer Vorschlag fand den Beifall der Ratsversammlung, wobei der deutsche Delegierte sich der Stimme enthielt.

Der von Polen zu ungewöhnlich spätem Termin eingereichte Bericht zu der Beschwerde der deutschen Minderheit in Oberschlesien sollte auf Wunsch der deutschen Delegation erst im September zur Beratung gestellt werden. Auch Japan unterstützte neben Frankreich und Jugoslawien die ablehnende Haltung gegenüber dem deutschen Antrag. Erst dem Dazwischentreten Hendersons ist es zu danken, daß der Antrag angenommen wurde.

Reichskanzler Dr. Brüning wird mit Außenminister Dr. Curtius den englischen Ministerpräsidenten in Chequers besuchen. Es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß man von dieser Zammenkunft nichts Außergewöhnliches erwarten darf, da sie lediglich einer allgemein orientierenden und vorbereitenden Aus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0230

sprache dienen soll. Es wäre zu wünschen, daß diese Reise wirklich vorbereitend wirken möchte; denn ob man in England großes Interesse an der deutschen Not, an der Unmöglichkeit der weiteren Tributsleistung bezeugen wird, erscheint fraglich. Die Oeffentlichkeit, auch die des Auslandes, erwartet von Chequers eine Unterredung über die Revision der Reparationslasten. Die neue Notverordnung, die zu dem gleichen Zeitpunkt der Oeffentlichkeit übergeben wird, stellt dem Ausland gegenüber eine gewisse Befreiung von dem inneren Finanzdruck dar und wird zu ihrem Teil zu einer festeren Position des Kanzlers und des Außenministers in Chequers beitragen. Wir müssen, bevor wir eine Revision verlangen können, innenpolitisch finanziell einige Bewegungsfreiheit haben, die sich das Kabinett von der Notverordnung verspricht. Damit ist die Situation für Deutschland in Chequers günstiger als sie bei der Revision des Dawesplans, bei den Pariser Sachverständigenverhandlungen und bei den beiden Haager Konferenzen war, die immer unter dem Druck der innerdeutschen Finanzlage standen. Wir haben angesichts dieser Tatsache den dringenden Wunsch, daß Chequers der Auftakt zu neuen Revisionsverhandlungen über die Reparationsverpflichtungen werden möge und haben den Glauben, daß der sozialdemokratische Parteitag, der zur Zeit in Leipzig stattfindet, die staatspolitischen Maßnahmen der Regierung zum Besten unseres Volkes auch vor seinen Wählern anerkennen und dem Kabinett weitere Gefolgschaft leisten wird.

Ein Rückblick auf Genf zeigt, daß Curtius für Deutschland herausgeholt hat, was unter solchen Umständen herauszuholen war. Das erkennen auch wir, trotz aller Vorbehalte, die wir dem Außenminister gegenüber stets gehabt haben, voll an und möchten nur wünschen, daß die Disziplin der deutschen Oeffentlichkeit die Arbeit unserer Vertreter in Zukunft stärker unterstützen möchte, als das gerade bei dieser Ratstagung der Fall war.

Die Krise in der Sozialversicherung.

Mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, die 1930 bei einer Gesamteinnahme von rd. 550 Mill. RM., von denen etwa 123 Mill. RM. Zinsen sind, 323 Mill. RM. zu ihrem Kapital hat legen können und dieses damit auf die beachtliche Summe von 1633 Mill. RM. bringen konnte, gehört die Unfallversicherung zu den Instituten der Sozialversicherung, die von der allgemeinen Krise noch verschont geblieben sind. Bei einem Jahresumsatz von 429 Mill. RM. hatte das Institut einen Einnahmeüberschuß von 19 Mill. RM. aufzuweisen. Schwierig aber ist die Lage der Invalidenversicherung, die mit einem Defizit von 18 Milliard. RM. eine nachträgliche Wirkung der Inflation darstellt, mit einem Mangel an aufgewertetem Kapitalvermögen. Eine auf lange Sicht betriebene Politik kann hier allein zu einer Restaurierung und zu einer Zinserhöhung, die von allergrößter Bedeutung ist, führen. Am 1. Januar 1914 hatte die Invalidenversicherung ein Vermögen von 2105 Mill. RM. aufzuweisen; bei Beginn der Stabilisierung betrug es nur noch 255 Mill. RM., dank alljährlicher Reichszuschüsse ist heute wieder ein Vermögen von 1600 Mill. RM. vorhanden. Nach den Mitteilungen des Allianz-Konzerns ist mit dieser Summe noch keineswegs ein versicherungsmäßiger Ausgleich erreicht. Da die Wirtschaftskrise sich naturgemäß auch auf die Beitragsleistungen auswirkt und 1930 bereits Minderungen der Beitragseinnahmen von 90 Mill. RM. zu verzeichnen waren und außerdem einige nicht ausreichende Reichszuschüsse ausfielen, muß für 1931 bereits mit einem Defizit von 70 Mill. RM. gerechnet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0231

Hier kann wohl nur eine Sanierung erfolgen, die von den Beitragszahlern, den Rentnern und der Reichskasse auf Jahrzehnte hinaus gemeinsam zu tragen sein wird und nach der Behebung der akuten Schwierigkeiten in Angriff genommen werden kann.

Der Rückgang der Bergarbeiterzahl und die Krise, die den Bergbau in Sonderheit schwer getroffen hat, haben die Knappschaftsversicherung in eine schwierige Lage gebracht. Bei einem Etat von etwa 200 Mill. RM. ist mit einem Defizit von 100 Mill. RM. zu rechnen, so daß ohne Reichshilfe kaum an eine Sanierung zu denken ist.

In der Krankenversicherung hat sich der Eingriff durch die erste Notverordnung vom Juli 1930 allgemein günstig ausgewirkt; durch Gebühren für Krankenschein und Arzneimittelbeschaffung war ein Rückgang für Krankengeld und Arzneikosten um rund 30% zu verzeichnen; infolgedessen konnten die Beiträge um 1¼% im Durchschnitt gesenkt werden.

Im Mittelpunkt des Sanierungsprogramms aber steht die Arbeitslosenversicherung. Trotz des hohen Beitrags von 6½% wollen die Schwierigkeiten dieses Instituts nicht aufhören. Ohne Lohnabbau wäre bei gleichbleibender Zahl der Beitragspflichtigen die Möglichkeit der Hilfe für 1 775 000 Hauptunterstützungsempfänger gegeben gewesen. Im Jahre 1929 betrugen die Lasten 1505 Mill. RM., von denen 870 Mill. RM. durch Versicherung, 635 Mill. RM. durch Reichszuschüsse gedeckt wurden. Im Jahre 1930 dagegen mußten insgesamt 2140 Mill. RM. aufgebracht werden, von denen 1068 Mill. RM. durch die Versicherung gedeckt waren, während unter Anrechnung von einer halben Milliarde gemeindlicher Wohlfahrtszuschüsse die öffentlichen Zuschüsse rund 1500 Mill. RM. ausmachten. Die Zahl der Beitragsplichtigen hat sich durch die Lohnsenkung um rund 7% von 14 Mill. auf 11,6 Mill. in den Märzmonaten 1930 und 1931 in größerem Ausmaße verringert, als die Zunahme an Unterstützungsempfänger in der gleichen Zeit zu verzeichnen ist. Zu dem Defizit, das aus dem Rückgang an Beitragspflichtigen entstehen wird, muß bei günstigstenfalls gleichbleibender Zahl von Unterstützungsempfängern bei weiterem Lohnabbau eine neue Summe treten, für deren Ausbalancierung die Anstalt wird Sorge treffen müssen. Wenn eine Besserung der Lage am Arbeitsmarkt ausbleibt, wird ein gewisser Prozentsatz der Hauptunterstützungsempfänger in die Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung übergehen. Für die Unterstützung dieser langfristig Erwerbslosen Sorge zu tragen, wird das Hauptproblem der Arbeit der Regierung in den nächsten Wochen bilden; die neue Notverordnung wird durch einen Arbeitslosenbeitrag alle in Beschäftigung stehenden Deutschen zur Tragung der Lasten zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Volksgenossen heranziehen. Die Dreiteilung der Arbeitslosenunterstützung, die von Anfang an Gegner besonders in der kommunalen Praxis hatte, bedarf einer dringenden Reform, wenn die Gefahr für Reich, Länder, Gemeinden und Wirtschaft beseitigt werden soll.

Zur Reform der österreichischen Arbeitslosenversicherung.

Wie ernst das Problem der Arbeitslosigkeit in Oesterreich ist, geht aus der statistischen Feststellung vom Januar 1931 hervor, nach der von 1,3 Mill. versicherten Arbeitern 331 000, also 25%, arbeitslos waren. Die Arbeitslosenversicherung entwickelt sich, ähnlich wie bei uns, zu einer Unterstützungseinrichtung aus, deren Kosten der Staat zu tragen hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0232

In Oesterreich ist die Situation durch ein Gesetz von 1927 erschwert, nach dem die sozialen Leistungen allgemein in dem Sinne erweitert wurden, daß die Alters- und Invalidenversicherung suspendiert wurde bis zu einer Zeit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Jetzt scheint aber die österreichische Bundesregierung doch die Absicht zu haben, diesen Versicherungszweig in Kraft zu setzen. Als man erkannt hatte, daß die Arbeitslosigkeit der Nachkriegszeit ein Dauerproblem werden würde, dem man durch gelegentliche Unterstützungen nicht begegnen kann, wurde im Jahre 1920 eine Zwangsversicherung geschaffen, die eine Drittelung der Beiträge auf Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Staat vorsah. Dieses System wurde im Laufe der Zeit oft umgeändert und besteht in der geschilderten Form noch heute. Nach dem Gesetz sollten die staatlichen Zuschüsse im Jahre 1925 aufhören; sie bestehen aber noch weiter in der Form, daß der Staat das Defizit für Versicherung durch Kredite deckt, die er nicht zurückbekommt. Das bedeutet eine Subventionierung der Versicherung oder eine Entwicklung der Versicherung auf eine allgemeine Erwerbslosenunterstützung hin. Die Krisenunterstützung geht zu Lasten der Provinzen und des Staates, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Ihre Zwangsbeiträge werden in der Weise erhoben, daß eine Art Steuerzuschlag von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entsprechend der lokalen Intensität der Arbeitslosigkeit erhoben wird. Hierdurch wird der eigentliche Versicherungscharakter aufgehoben; andererseits leidet die Versicherung unter dem Mißbrauch der Leistungen, unter dem jede Versicherung mehr oder weniger leidet. Die Leistungen der Versicherung entsprechen dem Wochenlohn des Versicherten; als Höchstgrenze sind 80% des Wochenlohns gesetzlich festgelegt. In der Krisenunterstützung, deren Höhe im Einzelfall durch eine Bewertungskommission festgesetzt wird, darf die Unterstützung bis zu 80% der normalen Unterstützung erreichen. Auf diese Weise ist zwar der Mißbrauch der Versicherung in der Richtung ausgeschaltet, daß jemand aus der Versicherung mehr Geld bekommt, als er durch Arbeit verdienen würde.

Der Aufwand der Arbeitslosenversicherung wird für das Jahr 1931 auf 235 Millionen Schilling geschätzt. Diese Summe wird sich wie folgt verteilen: die ordentliche Unterstützung an Arbeitnehmer, die 20 Wochenbeiträge im vorigen Jahre geleistet haben, wird alles in allem etwa 150 Millionen Schilling beanspruchen, von denen der Staat 50 Millionen trägt. Die Krisenunterstützung, deren Kosten man auf 54 Millionen schätzt, werden den Staat mit 9, die Provinzen mit 18, die Arbeitgeber und Versicherten mit je 14 Millionen belasten. Die Altersfürsorge, die in die Versicherung eingegliedert ist und an beschäftigungslose Arbeitnehmer gezahlt wird, die mehr als 65 Jahre alt sind, wird 30 Millionen beanspruchen, von denen je 15 von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Form örtlicher Zuschläge aufgebracht werden. Die Verwaltungskosten machen etwa eine halbe Million Schilling aus. Die Reform, die man jetzt anstrebt, will alle außerordentlichen Risiken beseitigen, d. h. die ordentlichen Unterstützungen aus den Beiträgen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanzieren. Deshalb wird die Zahl der für die Inanspruchnahme der Versicherung zu leistenden Wochenbeiträge von 20 auf 26 im vorhergehenden Jahre oder 52 in zwei Jahren erhöht. Bei der Krisenunterstützung wird der Anteil der Provinzen von einem Drittel auf die Hälfte erhöht, und die Bundesregierung zahlt ihrerseits eine Arbeitslosenunterstützung ohne Versicherungscharakter, deren Höhe und Bedingungen sie von Zeit zu Zeit fest-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0233

zusetzen ermächtigt wird, die aber niemals 75% der ordentlichen Unterstützung überschreiten darf. Außerdem soll die Landwirtschaft und die Saisonarbeit grundsätzlich aus der Versicherung herausgenommen werden, ebenso alle Arbeitnehmer unter 18 Jahren.

Wie in Oesterreich trägt man sich auch in England in Wirtschafts- und Verwaltungskreisen mit dem Gedanken einer

Reform der englischen Arbeitslosenversicherung.

Angesichts der Tatsache, daß uns in Deutschland einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung nicht erspart bleiben werden, ist die in England geplante Reformarbeit auch für uns von Interesse. Eine gewisse Parallelität in der Entwicklung der Versicherungen und die Gleichartigkeit der auftretenden Probleme geben den aktuellen Fragen grundsätzliche Bedeutung. Ueberall zeigt sich, daß es unmöglich ist, das Risiko der Arbeitslosigkeit versicherungstechnisch zu meistern; überall geht die Entwicklung über die Defizits der Arbeitslosenversicherung zu Staatszuschüssen, die schließlich zur Hauptsache werden, überall entwickelt sich das System in der Richtung auf die Arbeitslosenfürsorge, die offenbar die einzige wirtschaftlich und technisch durchführbare Form der Arbeitslosenhilfe ist.

In England beschäftigt sich eine Kommission mit der Frage, wie die Arbeitslosenversicherung zahlungsfähig und finanziell selbständig gemacht werden kann und was mit den Arbeitern zu geschehen hat, die nicht in eine Versicherung hineingehören. Dieser Kommission sind zwei Gutachten zugegangen, eines von der Spitzenvereinigung der englischen Arbeitgeber und eines von dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses. Die Kommission hatte, allerdings vergeblich, gehofft, daß die Melchett-Turner-Konferenzen zu weitgehender Verständigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern führen würden, aus der heraus realisierbare Vorschläge getätigt werden könnten.

Im Gegensatz zu diesen Hoffnungen verfolgen die beiden Gutachten schwer vereinbare Zielsetzungen. Die Gewerkschaftsseite stellte zunächst fest, daß die englische Arbeitslosenunterstützung schon längst nicht mehr nach dem Versicherungsprinzip gehandhabt werde. Die Gewerkschaften wünschen, daß aus dieser Entwicklung die gesetzgeberischen Folgerungen gezogen werden und daß keineswegs eine Revidierung im Sinne einer Wiederherstellung des Versicherungscharakters vorgenommen wird. Hierfür ist u. a. eine gleichmäßige Behandlung aller Arbeitnehmer maßgebend. Das System der Zwangsbeiträge soll aufgehoben werden, die Kosten der Unterstützung sollen in einem höheren Satz als heute aus Steuermitteln gedeckt werden (für einen verheirateten Mann mit drei Kindern 45 sh pro Woche statt der jetzt gezahlten 32 sh).

Die Arbeitgeberseite weist diesem Vorschlag des Gewerkschaftskongresses lediglich taktische Bedeutung zu mit der Begründung, daß die Gewerkschaften sich scheuten, die Verantwortung für Maßnahmen zu einer Reform des gegenwärtigen Systems mit zu übernehmen. Außerdem weist das Gutachten darauf hin, daß die Erhöhung der Unterstützungssätze vielfach über die von breiten Arbeiterschichten bezogenen Löhne hinausgehen würde. Das ganze System würde erheblich teurer sein und die kaum erträgliche Belastung der Wirtschaft mit direkten Steuern so sehr vergrößern, daß erneute Arbeitslosigkeit die Folge sein müsse.

Die Arbeitgebervereinigung verlangt eine Reform des gegenwärtig geltenden Systems. Die Arbeitgeber stimmen mit den Ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0234

werkschaften darin überein, daß die schwebenden Schulden des Versicherungsfonds auf irgendeine Weise dem Schatzamt zugeschoben werden müsesn, damit das revidierte System nicht von vornherein mit einer großen Schuldenlast rechnen muß. Für die Zukunft wird eine Kontrolle der Zahlungsfähigkeit der Versicherung durch eine Treuhänderkommission verlangt. Die Wochenbeiträge sollen normalerweise nicht mehr als 1 sh 3 d für den Arbeiter betragen, die zu gleichen Teilen vom Arbeiter, dem Arbeitgeber und dem Staat aufgebracht werden müssen. Die Höchstsumme der an den Einzelnen zu leistenden Unterstützung soll in einem exakten Verhältnis zu den geleisteten Beiträgen stehen. Der Treuhänderausschuß soll ermächtigt sein, die wöchtenlichen Unterstützungssätze sowie das Verhältnis zu den Beiträgen und die jährliche Höchstgrenze den Anforderungen entsprechend zu regeln, die sich aus der Aufrechterhaltung der Solvenz des Instituts ergeben. Das so revidierte System soll sich nur auf eine verhältnismäßig kleine Zahl von Arbeitnehmern erstrecken, während alle übrigen von der Fürsorge betreut werden sollen, für die die Bedürftigkeitsprüfung, die Annahme von Arbeit auch außerhalb der normalen Berufstätigkeit Voraussetzung sind.

Die letzten Wahlen.

Sowohl die Schaumburg-Lippeschen wie die Oldenburger Landtagswahlen brachten eine weitere Zunahme der Stimmenzahl der radikalpolitischen Parteien. Ausschlaggebend für diesen Erfolg ist zweifelsohne die technische Ueberlegenheit in der Wahlagitation, die die Landbevölkerung besonders in grellster und brutalster Form zu spüren bekam. Es ist immer leichter, in der Opposition zu stehen, den Geist des Angriffs auf eine Regierung in eine leidende Bevölkerung hineinzutragen, als an ihr Verständnis und ihr Verantwortungsgefühl zu appellieren. Der feste Apparat, der den radikalpolitischen Parteien zur Verfügung steht, ermöglicht ihnen agitatorische Arbeit in einem Ausmaße, die bei den Parteien der Mitte vorläufig noch undenkbar ist. Der Geist einer freiwilligen Hilfsarbeit aller Parteifreunde, der in den Wahlzeiten zu jedem persönlichen Opfer bereit ist, wird in der Zeit der „Ruhe“ durch Oppositionspolitik um jeden Preis und in jeder Form wachgehalten, kommt nie zum Stillstand. Unter diesem Gesichtspunkt ist u. a. auch die Führerschule zu verstehen, die Hitler jetzt in vierwöchentlichen Kursen in München ins Leben ruft, um eine sich persönlich verpflichtete, zuverlässige und, worauf er den größten Wert legt, bereits bewährte Truppe von Unterführern für seine Bewegung zu haben. Die kommunistischen Methoden sind nicht viel anders, bloß daß man auf dieser Seite konsequenter ist in der Verfolgung der politischen Ziele und auf die Betonung der Legalität keinen besonderen Wert legt. Der Kommunismus ist zielbewußt revolutionär; darin liegt seine Gefahr, auf deren Bekämpfung man sich mit allen Mitteln einzustellen haben wird. Die Mitte, die über keinen solchen Parteiapparat verfügt, hat in beiden Wahlen starke Einbuße erlitten, die bei der Volkspartei und den Interessentengruppen der Wirtschaftspartei und des Landvolks besonders kraß in Erscheinung traten. Auch die Staatspartei hatte schwer unter dem radikalen Auftrieb zu leiden. Stellten die Schaumburger Wahlen keine besondere Ueberraschung dar, so kam die gewaltige Zunahme der N.S.D.A.P. in Oldenburg doch wider Erwarten. Daß die Kommunisten von 1 auf 3 Mandaten anwachsen konnten, in einem „Staate“, der zum größten Teil agrarisch interessiert ist, muß auch zu denken

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0235

geben. Gut gehalten hat sich allein das Zentrum, während die S.P.D. ebenfalls erhebliche Verluste verzeichnen mußte. Die politische Mitte ist dazu berufen, den Gedanken der Staatsraison, der Vernunft in der Politik unter allen Umständen hochzuhalten, besonders in einem Augenblick, wo die Regierung im Begriff ist, auf dem Verhandlungswege weitere Erleichterungen für unser Volk zu schaffen. Man hat vielfach die Oldenburger Wahlen als ein Symptom für die innerpolitische Lage im Reich betrachtet. Aus dieser Betrachtung ergibt sich, daß beide Wahlen den Radikalismus im Verein mit Niedergeschlagenheit, Verzweiflung und Hoffnung weiter im Marsch sahen. Der Reichsregierung erwächst daraus die doppelte Verpflichtung der Beibehaltung des Kurses zur Erhellung der politischen und wirtschaftlichen Atmosphäre mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln. Unsere Aufgabe aber wird es sein, für die Arbeit der Regierung Verständnis und Unterstützung in weiteren Kreisen unserer Volksgenossen zu suchen, auch wenn wir im Einzelnen oft nicht einverstanden sein werden. Die Idee des Staates und Volkes stehen vor und über allem anderen.

Konferenzen, Konferenzen.

Zu Beginn des vorigen Monats fand in Washington eine Tagung der Internationalen Handelskammer statt, die vom Präsidenten Hoover eröffnet wurde. Man darf wohl sagen, daß mit dieser Rede der Standpunkt Amerikas gegenüber seinen europäischen Schuldnern mit einer Deutlichkeit kundgetan wurde, die nichts zu wünschen übrig läßt. Er verschlug den Engländern die Lust zu einer Diskussion über die interalliierten Schulden, den Deutschen zu einer Erörterung der Reparationsfragen. Der Präsident der Internationalen Handelskammer, Theunis, wünschte eine Vermeidung aller politisch empfindlichen Themata und mußte dieses sehr selbstbewußte und handfeste, derbe Referat des Präsidenten der Vereinigten Staaten erleben, der zur Gesundung der Weltwirtschaft die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen forderte, die sich jährlich auf etwa 5 Milliarden belaufen und damit ein Mehr gegenüber der Vorkriegszeit von rund 70% ausmachen. Erstaunlich sei die Tatsache, daß die Länder nach Unterzeichnung des Kellog-Paktes, damit des Kriegsverzichts, noch 5½ Mill. Soldaten unter Waffen hielten und über rund 20 Mill. in Reserven verfügten. Die Gedankengänge Hoovers hinterließen einen sehr nachhaltigen Eindruck, der einer Ernüchterung nicht unähnlich gewesen sein muß; besonders sein Appell an die Genfer Abrüstungskonferenz. Daß Amerika auch nur einen Cent seiner Forderungen nachlassen wird, dürfte nach diesen Ausführungen Hoovers mehr als kühne Hoffnung sein. Deutschland aber wird in Europa das Land sein, an dem man sich schadlos halten wird. Außer der Rede Hoovers und der Neuwahl des Präsidenten der Internationalen Handelskammer in Gestalt des Vorsitzenden des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Bankiers Dr. h. c. von Mendelssohn, ist ein Ergebnis der Tagung nicht bekannt geworden. Man steht auf dieser Seite des Ozeans der Krise genau so ratlos gegenüber wie auf dem alten Kontinent und weiß sich nur einig in dem Bestreben der Bekämpfung dieser Krise. Daß Amerika bei dieser Gelegenheit es abgelehnt hat, die Zolltarife zugunsten der europäischen Staaten zu senken, sei nur nebenbei erwähnt mit der Tatsache, daß auch Amerika erhebliche Sorge um seinen Absatzmarkt hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0236

In London trat gegen Ende vorigen Monats eine Weizenkonferenz aller Getreideexportländer zusammen, die ebenso erfolglos verlief wie die Agrarkonferenzen, die sich mit den Anbau- und Absatzmarktfragen beschäftigten, von denen wir bereits im letzten Heft berichtet haben. Der „Erfolg" der Konferenz ist einmal in der auch weiter fortbestehenden rückläufigen Bewegung der internationalen Weizenpreise zu sehen, dann aber in der Neugründung eines ständigen Ausschusses in London für Informationszwecke, dessen Notwendigkeit bei der Zahl der bereits bestehenden Forschungs- und Informationsstellen nicht ganz ersichtlich ist. Das Bestreben der Verhütung von „unangemessenen" Weizenpreisschwankungen hat den obenerwähnten Erfolg bereits gezeitigt. Als letzte Aufgabe aber hatte die Konferenz die Vorbereitungen für eine nächste Tagung zu treffen. Die Erfolglosigkeit dieser Tagung kann die Ostländer nicht abhalten, sich ihrerseits in Sofia zu treffen, wo neben Albanien, Griechenland, Südslawien und die Türkei vertreten sein werden. Es wäre zu wünschen, daß anstatt so erfolgloser und kostspieliger Konferenzen endlich einmal ernsthaft auch in diesem internationalen Rahmen mit dem Kampf gegen die Krise und ihre Erscheinungen begonnen würde.

Das zweite Braunsgutachten / Arbeitsbeschaffung.

Während im ersten Gutachten lediglich die sozialpolitische Seite der Krise behandelt worden war, bringt der zweite Teil eine ganz grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Problem der Wirtschaftskrise und eine Reihe wirtschaftspolitischer Vorschläge zu ihrer Ueberwindung. Wir versagen es uns, an dieser Stelle auf die dem Gutachten vorangehende Analyse der Arbeitslosigkeit und ihres Ursprunges einzugehen und kommen gleich zu dem ersten Programmpunkt, der Kapitalbeschaffung. Das Gutachten betont die Notwendigkeit einer erleichterten Kapitalbeschaffung und die Senkung des Zinsfußes, auch die Heranziehung von Auslandkapital; zur Erlangung von Auslandskapital ist es notwendig, daß wir stabile öffentliche Verhältnisse und Sparsamkeit überall in der Wirtschaft wie in der Lebenshaltung üben. Die Kapitalverwendung wird nur soweit berührt, als es sich um Gelder für die öffentliche Hand handelt, als deren Betätigungsfeld Aufgaben genannt werden, die eine Eignung für zentrale Planung und außerdem dauernden wirtschaftlichen Wert besitzen; vor allen Dingen muß der Ertrag in einem angemessenen Verhältnis zum Kapitalaufwand stehen. Subventionen der Privatwirtschaft werden im Gutachten abgelehnt. Eine starke Berücksichtigung der Bau- und Landwirtschaft hätte unter dieser Rubrik erwartet werden können; das Gutachten hält jedoch gerade im Wohnungsbau Zurückhaltung für am Platze. Auch warnt die Kommission vor der Anlage von Durchgangsstraßen größeren Stils wie Kanalbauten, durch die das in der Reichsbahn investierte Volksvermögen in Mitleidenschaft gezogen würde. Dagegen wird der Ausbau von Kraftwerken und Leitungsnetzen für Elektrizität, Restaurierung des Eisenbahnoberbaues und des alten Straßennetzes, Meliorationen und landwirtschaftliche Siedlung empfohlen; ganz abgesehen davon, daß für andere Arbeiten Auslandskapital kaum in Betracht kommen dürfte. Mit der Kapitalwerbung auf Grund öffentlichen Kredits stehen und fallen die Vorschläge der Kommission. Damit wird auch die Frage der internationalen Schuldenregelung und Goldverteilung ange-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0237

schnitten; der Gesellschaft für Oeffentliche Arbeiten A.G. stehen nur beschränkte Mittel zur Verfügung, während die BIZ, die ebenfalls in dem Gutachten erwähnt wird, bisher ein völliger Versager war. Wir haben kein restloses Vertrauen zu dem Gutachten besonders in der Frage der Kreditbeschaffung. Frankreich, das nach der Washingtoner Tagung wohl der einzige Großstaat geblieben ist, der für Anleihen in Frage käme, wird seine Gelder auch weiterhin politischen Zielen zufließen lassen.

Die Brotpreise des Herrn Schiele.

Die Konsumkraft der städtischen Bevölkerung ist auch weiterhin im Sinken begriffen; es ist deshalb mit allem Nachdruck zu fordern, daß die Brotpreissenkung, die zu einem wirtschaftspolitischen Streitobjekt wird oder schon geworden ist, in einem Ausmaße durchgeführt wird, die der Kaufkraft der Bevölkerung angepaßt ist. Man soll den Kampf um die Pfennige nicht bagatellisieren. Lohnsenkung und andauernde Arbeitslosigkeit zwingen Tausende und Abertausende von Volksgenossen, mit jedem einzelnen Pfennig zu rechnen. Die Erklärungen, die der Herr Reichsernährungsminister Ende Mai abgab, vermögen eine starke Beunruhigung über die Fortführung seiner Politik weder zu mindern, noch zu bannen. Wir sind durchaus nicht der Meinung der deutschen Bauernvereine, die in einer Entschließung gelegentlich ihrer Frühjahrstagung sagen: „Die Getreideschutzpolitik der letzten beiden Jahre hat für jeden objektiven Beurteiler erneut den Beweis erbracht, daß der sachgemäß angewandte Zoll nach wie vor ein wirksames Mittel zum Schutz der landwirtschaftlichen Interessen Deutschlands bildet.“ Im Gegenteil sehen wir in Schieles Zollmaßnahmen nichts als eine ungeheure Schädigung der deutschen Landwirtschaft; das Beispiel der Futtermittelzölle, durch die eine Erzeugung von Vieh- und Molkereiprodukten unrentabel wurde, mag nur ein Beweisstück dafür sein. Wenn die Zollschraube so weiter angezogen wird, für Hülsenfrüchte, Speck, Schmalz und Schweinefleisch, ohne eine Senkung der Getreidezölle vorzunehmen, so mag Herr Schiele die Verantwortung dafür übernehmen, daß er einer an sich schon in ihrer Kaufkraft außerordentlich geschwächten Bevölkerung Existenznotwendigkeiten unerschwinglich macht. Im Roggenstützungsuntersuchungsausschuß hat der Ernährungsminister seine Ausführungen mit einem Ausblick auf das kommende Jahr geschlossen: „Entscheidend für die Marktentwicklung in den kritischen Wochen im Herbst und damit entscheidend für die privatwirtschaftliche Roggenrechnung der Landwirtschaft wird es sein, ob Genossenschaften, Handel, Mühlen, Bäcker und Landwirtschaft sich zur Roggenlogik und damit zum Vertrauen in die Zukunft bekennen oder nicht.“ Diese von Herrn Schiele begründete „Roggenlogik“ erwies sich als ein Trugschluß, der dazu führte, daß man einmal mit der Eosinierung wie auch mit der Verfütterung so weit gegangen war, daß eine Knappheit am deutschen Markt an Roggen einsetzte, nachdem man vorher die Gefahr des Erstickens kundgetan hatte. Die natürliche Folge war ein Anziehen der Roggenpreise, das sich auch bei dem Brotpreis bemerkbar machte. Man hat doch stark den Eindruck, als wenn die Aktionen des Herrn Schiele nicht in das Regierungsprogramm hineinpaßten. Es ist doch ein unerträglicher Zustand, daß in einer Zeit der Lohn- und Gehaltssenkung in 36 von 51 zweimal im Monat berichtenden Städten seit März ihre Brotpreise erhöht haben, daß weiterhin von 22 an der Berichterstattung beteiligten Großstädten nur 2 (in Worten: zwei), nämlich Kiel und Harburg-Wilhelmsburg, den Brotpreis

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0238

nicht erhöht haben. Auch in den kleineren Gemeinden, von denen 84 monatlich berichten, haben 39 im März oder April Brotpreiserhöhungen vorgenommen. Von 135 Berichtsgemeinden haben 79 Gemeinden, 59%, mit Ausnahme von Kiel, den Halbjahrsdurchschnitt Oktober 1930/März 1931, der durch das Zolländerungsgesetz vom 28. März 1931 zur Beurteilungsgrundlage der Brotpreisgestaltung bestimmt worden ist, überschritten. Der Jahresdurchschnitt 1930 wurde überschritten in Königsberg i. Pr., Stettin, Breslau, Magdeburg, Halle, Altona, Dortmund, Kassel, Wiesbaden, Stralsund, Liegnitz, Waldenburg i. Schl., Potsdam und Neuß. Die Lage des Kabinetts wird dadurch nicht leichter, aber um seiner Arbeit willen ist es uns zu wertvoll, als daß wir sehen möchten, daß sich aus der Frage des Brotpreises ernste Komplikationen für das Kabinett ergeben. Wir haben das Vertrauen zu Dr. Brüning, daß er auch dieser Situation gemeinsam mit dem Finanzminister Dietrich Herr bleiben wird.

Ein päpstliches Rundschreiben.

Pius XI. hat 40 Jahre nach dem Erscheinen der Encyclica Rerum Novarum des Papstes Leo XIII. eine Ergänzung dieses Erlasses vorgenommen, die der inzwischen erfolgten Strukturänderung in der Wirtschaft Rechnung tragen soll. Unter starker Mitwirkung des damaligen Mainzer Bischofs, des Frhr. von Ketteler, hatte Leo XIII. das erste Rundschreiben des Vatikans erlassen, das sich mit der sozialen Frage befaßte, und zwar dem Koalitionsrecht und dem Schutz des Arbeiters vor Ausbeutung, wie auch dem besonderen Schutz von Frauen und Kindern. Originell waren diese Forderungen keineswegs; der Verein für Sozialpolitik hatte sie bereits Jahre vorher als das Ziel seiner Arbeit proklamiert und einiges erreicht (Arbeiterschutzkonferenz). Wenn man dem Rundschreiben dennoch größere Bedeutung beimaß, so geschah es, weil es das erste Mal war, daß der Vatikan amtlich über seine Stellung zur sozialen Frage etwas verlauten ließ, nachdem sie bis dahin eine Stellungnahme wegen der verschiedenen Auffassung der katholischen Sozialpolitiker über das Eingriffsrecht des Staates in das wirtschaftliche und soziale Leben eines Volkes vermieden hatte. Der vermittelnden Arbeit des Mainzer Bischofs entsprechend wurde das Rundschreiben am 15. Mai 1891 erlassen.

Die neue Enzyklika, die am Pfingstsonntag, den 24. Mai, der Oeffentlichkeit übergeben wurde, enthält naturgemäß keine straffen sozialpolitischen Formulierungen. Sie ist für alle katholischen Länder gedacht und muß dementsprechend genügenden Spielraum für verschiedengeartete Sozialpolitik und Lagerung des Wirtschaftslebens lassen.

In dem zweiten Teil des Rundschreibens ist die sozialwirtschaftliche Lehre der Kirche zu finden, die in der Auffassung der Einheit des wirtschaftenden und sittlichen Menschen einen Fortschritt gegenüber der Encyclica Novarum Rerum bedeutet, die sich letzten Endes nur mit der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses befaßt hatte. Die neue Auffassung hat mehr als die erste den Zug einer universalen Auffassung, die in der Betätigung des Menschen und seinem inneren Leben keine Differenzierung kennt. Endziel des Rundschreibens ist eine Steigerung des Lebensniveaus der Lohnarbeiter, eine Entproletarisierung; die gesicherte Lebensführung der Arbeiterfamilie ist als Grundmaß anzunehmen. Es ist verfehlt, zu erwarten, daß die Enzyklika zu irgendwelchen akuten Problemen gerade auf sozialpolitischem Gebiet Stellung nimmt. Es soll die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0239

Grundhaltung der Kirche klargelegt werden, ohne damit den katholischen Sozialpolitikern die Möglichkeit zu nehmen, zu diesen akuten Zuständen mitwirkend Stellung nehmen zu können. Von besonderem Interesse aber ist die Haltung gegenüber den katholischen Sozialisten, die sich in der Hoffnung, die Enzyklika werde eine Annäherung an sozialistische Gedankengänge bringen, getäuscht sahen. Da ist als erstes die Eigentumsfrage zu nennen, die in ihrer sozialistischen Auffassung mit der der katholischen Kirche schlechthin unvereinbar ist, die sich in striktem Gegensatz zu jeder prinzipiellen Vergesellschaftung der Produktionsmittel befindet. Auch der Gedanke des Klassenkampfes würde sich keineswegs mit dem Geist der katholischen Kirche in Einklang bringen lassen. Wenn das Rundschreiben auch die große Mäßigung der katholischen Sozialisten grundsätzlich anerkennt, sie haben z. B. von der Vergesellschaftung Bauern und Handwerker ausgenommen, so konstatiert es ausdrücklich, daß wahrhafter Katholizismus und wirklicher Sozialismus unvereinbar seien. Der Zusammenballung wirtschaftspolitischer Macht stellt der Papst die Forderung einer Neuordnung der Gesellschaft auf Grund der Gerechtigkeit gegenüber. Naturrecht ist die Grundlage, von der er ausgeht. Auch das ist eine Zielsetzung, deren Verwirklichung in weiter Zukunft liegt; was aber aus dem neuen Rundschreiben mit aller Deutlichkeit hervorgeht, ist die gleichbleibende Haltung der katholischen Kirche, wie es auch nicht anders zu erwarten war.

Fehlgeleitete Millionen.

Im Herbst vorigen Jahres war aus landwirtschaftlichen Kreisen die Forderung nach einer Senkung des Kalipreises erhoben worden. Das Syndikat ging auf diese Forderungen jedoch nicht ein, sondern schrieb unter dem 5. Dezember 1929 an die „Grüne Front", deren Anwürfe gegen die Reichsregierung bei der Kundgebung im Zirkus Busch noch erinnerlich sein werden, einen Brief, in dem es mitteilt, daß es sich entschlossen habe, „der deutschen Landwirtschaft bei ihren Maßnahmen zur Organisierung des Absatzes behilflich zu sein" und „für den gedachten Zweck 5 Millionen RM. in zweckmäßiger Verteilung" bereitgestellt habe. Die Grüne Front erklärte sich „gern bereit, . . . bei der Verwendung des zur Verfügung gestellten Betrages . . . beratend zur Seite zu stehen." Unterzeichnet ist dieses Schreiben von dem Viermännerkolleg Brandes, Schiele, Hermes und Fehr. Dieses Vorgehen des Kalisyndikats hat in bäuerlichen Kreisen einen Proteststurm hervorgerufen; um so begreiflicher, als bislang verschiedene Versuche, eine Aufklärung über die Angelegenheit zu erhalten, gescheitert sind und der Deutsche Landwirtschaftsrat den Antrag einer Landwirtschaftskammer zur Stellungnahme „mit Befremden" abgelehnt hat. Das zuständige Reichsministerium hat seine Zustimmung dazu gegeben, daß die fünf Millionen in die Verkaufspreise der Kaliindustrie einkalkuliert werden können. Die Verteilung der Gelder ist nunmehr zum größten Teil erfolgt. Und zwar hat der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, dem Dr. Hermes vorsteht, einen beträchtlichen Teil des Geldes erhalten, ebenso der unter dem Vorsitz von Dr. Brandes wirkende Deutsche Landwirtschaftsrat. Eine Nebeneinrichtung der deutschen Bauernvereine, der Verein „Bauernschulung", dem Herr Dr. Hermes vorsteht, hat ebenfalls einen beachtlichen Betrag von mehreren Hunderttausend Mark aus dem Gesamtfond erhalten. Dazu ist erläuternd zu bemerken, daß dieser Verein die Aufgabe einer „wirtschaftspolitischen Schu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0240

lung" im Interesse der Organisation der Grünen Front hat. Die Tatsache, daß ein Rechenschaftsbericht über diese Gelder noch immer nicht vorliegt, rechtfertigt den Vorwurf, daß die Gelder, die von der gesamten notleidenden Landwirtschaft aufgebracht wurden, für einseitige Interessen nutzlos für die deutsche Volkswirtschaft hinausgeworfen wurden.

Vor allem aber bleibt es unerfindlich, warum das Kalisyndikat diese Gelder in einer Zeit, wo es ein Lebensinteresse der Landwirtschaft ist, möglichst billige Düngemittel zu bekommen, nicht zur Senkung des Düngemittelpreises verwendet wurden. Auf der anderen Seite zeigt das Verhalten der „Grünen Front", die die Rentabilität der deutschen Landwirtschaft im Auge zu haben vorgibt und sich nicht scheute, diese Mittel anzunehmen, mit denen ein fühlbarer Einfluß auf die Preisgestaltung der Düngemittel hätte genommen werden können. Solche gegen alle volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten verstoßenden Maßnahmen können wir nur als eine verantwortungslose Politik gegenüber der großen Zahl notleidender Volksgenossen gerade in bäuerlichen Kreisen bezeichnen.

Britischer Petroleumvertrag mit dem Irak.

Das britische Weltreich hat an einer seiner entscheidendsten Stellen eine bemerkenswerte Fortbildung erfahren, die zeigt, wie England durch Elastizität und Nachgiebigkeit in einzelnen Punkten das große Gefüge seiner Herrschaft geschmeidig zu erhalten und vor Brüchen zu bewahren sucht. Es handelt sich um das Petroleum-Abkommen mit dem Irak, dem nach dem Weltkrieg von England in Mesopotamien neugeschaffenen Staate.

Dieses Abkommen, über das man bis zum März verhandelt hatte, ist nunmehr vom Parlament von Irak ratifiziert worden. Seine Partner sind auf der Seite des Irak die Landesregierung, auf englischer Seite die „Irak Petroleum Company", eine Tochtergesellschaft der großen „Anglo-Persian Oil Company". Dies Abkommen gibt der Gesellschaft in den Provinzen Mossul und Bagdad eine Konzession für 65 Jahre. Aber diese Konzession beschränkt sich — und das bedeutet ein Zurückweichen der Engländer gegen den bisherigen Zustand — auf das Gebiet östlich des Tigris. Die Regierung von Irak behält sich damit das Recht vor, nach Gefallen weitere Petroleumkonzessionen an andere Bewerber zu vergeben und dokumentiert damit, daß sie sich keineswegs in die völlige Abhängigkeit von der britischen Gruppe begeben will.

Das wesentlichste Stück des neuen Vertrages ist die Verpflichtung des Konzessionsnehmers, eine gewaltige Röhrenleitung von 1200 Meilen Länge von Kirkuk, dem Mittelpunkt der Konzession, nach dem Mittelmeer zu bauen. Bis 1935 muß sie den Bau, der schätzungsweise 12 Millionen Pfund (240 Millionen Mark) verschlingen wird, zu Ende geführt haben. Allein der Preis der Röhren wird rund 3 Millionen Pfund betragen; ihr Gesamtgewicht wird 500 000 Tonnen sein. 4 Millionen Tonnen Oel sollen im Jahre durch diesen ungeheuren Röhrenstrang nach den Mittelmeerhäfen gepumpt werden.

Das Land Irak, das bekanntlich den starken Ehrgeiz hat, ein unabhängiger Staat zu sein und das im Jahre 1932 in den Völkerbund aufgenommen werden soll, hat mit diesem Vertrage einen offenkundigen Erfolg errungen. Es sichert sich eine gewisse wirtschaftliche Handlungsfreiheit, sichert sich ferner eine jährliche Abgabe der Konzessionsgesellschaft von 8 Millionen Mark und hat es verstanden, der weltwirtschaftlich gar nicht zu vermeidenden Verflechtung mit den britischen Oelinteressen eine staatsrechtliche

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0241

Form zu geben, die von den brutalen Kolonialmethoden früherer Zeiten sehr verschieden ist. England hat sich auf der anderen Seite entschließen müssen, auch Franzosen und Amerikaner an dem Geschäft zu beteiligen, da Oelinteressenten dieser Länder Mitaktionäre der Irak Petroleum Company sind. Infolgedessen mußte es auch den Franzosen das langumstrittene Zugeständnis machen, die große Röhrenleitung nicht nur nach dem britischen Palästinahafen Haifa zu führen, sondern eine Gabel auch bei Tripolis im französischen Mandatsgebiet Syrien enden zu lassen.

In die große Länderbrücke, die von der britischen Machtposition am Suezkanal über das Zweistromland nach Indien führt, ist also ein neuer Bolzen eingeschlagen worden. Aber es stecken auch ein paar amerikanische und französische Nägel darin. Auf ein Oelmonopol in Vorderasien hat England verzichten müssen. Indes es hat sich vorläufig noch das Uebergewicht gesichert, und das ist besser als gar nichts.

Aus den Parlamenten

Staatspartei gegen Beamtenhetze.

Anläßlich der zweiten Lesung des Haushalts des preußischen Finanzministeriums führte Finanzminister Dr. Höpker Aschoff im Landtag auf die Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten Mursch hin u. a. folgendes aus:

„Ein weiterer Punkt aus der Rede des Herrn Abgeordneten Mursch ist die Behauptung, daß die Beamtenhetze, die wir ja alle beklagen, ihren Ausgang von einer Rede genommen habe, die ich im Staatsrat gehalten habe. Auch das ist vollkommen unzutreffend. Ich habe ja im Staatsrat nur darauf hingewiesen, wie sich die Personalkosten und die Sachkosten zueinander verhalten, und wie schwer es daher sei, weitere Ersparnisse durch Abstriche an den Sachkosten allein zu erzielen. Das ist alles gewesen. Im übrigen aber, meine Damen und Herren, möchte ich hier grundsätzlich das eine sagen: diese Stimmung, die durch eine vielfach wüste Agitation in weiten Kreisen der Bevölkerung gegen die Beamten ausgelöst wird, wird von niemandem mehr beklagt als gerade von mir selber. Es ist schmerzlich genug, daß wir auch in der Besoldung den Beamten Opfer zugemutet haben. Man sollte diese Opfer nicht dadurch noch schwerer machen, daß man die Beamten immer als ein unproduktives, unbrauchbares Glied der Gesellschaft hinstellt. Manchmal hat man das Gefühl, daß gewisse Wirtschaftskreise sich in den Gedankengängen der Physiokraten gefallen, die ja bekanntlich nur den Landarbeiter als eine produktive Kraft betrachteten und alles andere zu den unproduktiven Kräften rechneten. Meine Damen und Herren, auch die Wirtschaft kann ohne die treue Mitarbeit der Beamten nicht auskommen. Die Kosten einer geordneten Verwaltung gehören zu den Generalunkosten der Wirtschaft überhaupt und können einfach nicht entbehrt werden. Unter diesen Gesichtspunkten bitte ich Sie alle, gerade in der heutigen Zeit sich auch der Beamten draußen im Lande anzunehmen und sie gegen diese Beamtenhetze zu schützen, die vielfach in sogenannten Kreisen der Wirtschaft betrieben wird."

Für den gewerblichen Mittelstand.

Der Preußische Landtag nahm bei der Beratung des Haushalts der Staatsforstverwaltung folgenden von unserem Abgeordneten Bartelt (Hannover) im Hauptausschuß eingebrachten Antrag an:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0242

„Das Staatsministerium wird ersucht, die Stundungsbedingungen wieder denen der Vorkriegszeit anzupassen."

Durch diesen Antrag soll erreicht werden, daß wieder längere zinsfreie Stundungen gewährt werden, um dem gewerblichen Mittelstand die Möglichkeit zu größeren Holzeinkäufen zu geben. Er hat unter den verteuerten Krediten besonders schwer zu leiden.

Wozu Reichsbahnschlachtereien?

Die Landtagsfraktion der Deutschen Staatspartei hat folgende Große Anfrage im Preußischen Landtag eingebracht:

Der Staatseisenbahnverein in Kassel E.V. eröffnete am 28. Januar 1931 in den Räumen der Reichsbahnverwaltung zu Kassel eine Schlachterei. Weitere Schlachtereien sind in Vorbereitung in Hünfeld, Fulda, Frankfurt a. Main, Nordhausen usw. Der Vorstand der Staatseisenbahnvereine, der seinen Sitz in Kassel hat und dessen Vorsitzender der Präsident der Reichsbahndirektion Kassel, Herr Martin, ist, macht es seinen Vereinen zur Aufgabe, eigene Betriebe zu schaffen. Schon jetzt wird ständig am Ausbau der Schlachterei zu Kassel gearbeitet, durch Kühlanlagen, Herstellung geräucherter Dauerware, Verkauf von Frischfleisch usw.

Beschwerden des ortsansässigen Fleischergewerbes sind mit der Begründung abgewiesen, die Einrichtung diene dem Preisabbau und als Ausgleich für die Gehalts- und Lohnkürzung.

In einer gemeinsamen Besprechung, die vom Oberbürgermeister Dr. Stadler einberufen war, wurde zugegeben, daß Eisenbahnbeamte, Angestellte und Arbeiter für die Tätigkeit in der Schlachterei beurlaubt werden. Es steht hiernach fest, daß diese Einrichtungen von der Reichsbahnverwaltung auf jegliche Art gefördert werden.

Es kann nicht Aufgabe der Behörden sein, einseitig in das Wirtschaftsleben einzugreifen und bestimmte Wirtschaftsformen besonders zu fördern.

Das steht auch im Gegensatz zu Artikel 164 der Reichsverfassung.

Durch solche Einrichtungen entstehen auch allgemeine und unberechtigte Steuerausfälle.

Wir fragen daher,

ist das Staatsministerium bereit, auf die Reichsbahnverwaltung und die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß von der Einrichtung von eigenen Schlachtereien bei der Reichsbahn abgesehen, daß mindestens aber jede Bevorzugung und Förderung solcher Einrichtung durch Erteilung von Urlaub, Bereitstellung von Räumen und dergleichen unterbleibt?

Aus der Partei

Unsere Arbeit

Die Versammlungstätigkeit der letzten Wochen hat seinen Schwerpunkt in der Vorbereitung der oldenburgischen Landtagswahlen. Aber auch aus dem übrigen Reich können wir von einer regen Aufklärungsarbeit berichten.

So sprach Landrat Rönneburg in einer Mitgliederversammlung in Berlin-Tempelhof, Landtagsabg. Otto Nuschke in einer Versammlung in Lichtenrade.

Bei der in Berlin stattgehabten Förstertagung sprach Landtagsabgeordneter A. Barteld.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0243

Landtagsabgeordneter Kniest sprach in einer Versammlung der Staatspartei und des Ausschusses für Handel, Handwerk und Gewerbe in Berlin.

Der Wahlkreisparteitag von Potsdam I wählte seinen bisherigen Vorsitzenden, den Landtagsabgeordneten Riedel, einstimmig wieder. Dr. August Weber, der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises, sprach über die politische Lage. Justizrat Falk, Vorsitzender der Preußenfraktion, ergänzte diese Ausführungen unter besonderer Betonung der Tätigkeit der Landtagsfraktion.

Der Wahlkreisparteitag von Potsdam II wählte seinen bisherigen Vorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Oscar Meyer, einstimmig wieder. Der Vorsitzende sowie Landtagsabgeordneter Nuschke referierten über die politische Lage.

In Guben sprach in überfüllter Versammlung der Reichstagsabgeordnete Gustav Schneider.

Dr. Theodor Eschenburg sprach auf einem Aussprache-abend der Staatspartei in Eberswalde über Fragen der deutschen Außenpolitik.

In Stettin sprach Landtagsabgeordneter A. Barteld.

In Hirschberg sprach der Reichstagsabg. Dr. Jaenecke.

Gelegentlich einer Kundgebung des Reichsbanners sprach in Halle a. d. S. der preußische Handelsminister Dr. Schreiber.

Der preußische Finanzminister Dr. Höpker Aschoff sprach in Eutin, während der preußische Handelsminister Dr. Schreiber in einer Versammlung in Elsfleth sprach.

Dr. Josef Winschuh, M. d. R., sprach in einer Versammlung in Eutin und Bad Schwartau.

Landrat Rönneburg sprach in Neuenwege, in Adelheide und in Ganderkesee.

Nachdem Landtagsabgeordneter Wachhorst de Wente auf einer Kundgebung der Heuerleute und Deutschen Bauernschaft in Quakenbrück gesprochen hatte, hielt er im oldenburgischen Wahlkampf Versammlungen in Rodenkirchen, Waddens, in Stollhamm, Edewecht und in Esenham ab.

Regierungspräsident Berghaus sprach in Hohenkirchen, Jever und Varel.

Der Spitzenkandidat der staatsparteilichen Liste, Rechtsanwalt Ehlermann, sprach gemeinsam mit Gustav Schneider, M. d. R., in Nordehamm.

In Wildeshausen sprachen Gustav Schneider und der an zweiter Stelle kandidierende Reichsbahnoberinspektor Friedrich Albers.

Dr. Marie-Elisabeth Lüders sprach in Delmenhorst.

Dr. Hermann Schäfer, Köln, sprach in Versammlungen in Türkismühle, Idar und Tiefenstein in Birkenfeld.

Gemeinsam mit dem Mitglied der bremischen Bürgerschaft R. Taeger sprach Rechtsanwalt Ehlermann in Zwischenahn. Die beiden Spitzenkandidaten Ehlermann und Friedrich Albers sprachen in einer Versammlung in Apen.

Landtagsabgeordn. Nuschke sprach in Rastede, Berne und in Minsen.

In Oldenburg sprach Dr. Theodor Heuß und das Mitglied des thüringischen Landtags, Kallenbach. Dr. Heuß sprach weiterhin in Wangerooge.

Im oldenburgischen Wahlkampf ergriff Reichsfinanzminister Dietrich das Wort in Varel und in Oldenburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0244

Landtagsabgeordneter Hauff hielt in Burhave, Abbehausen und in Seefeld Versammlungen ab; Landtagsabgeordneter Barteld in Langwarden und in Fedderwarden.

Diplom-Landwirt Seher sprach mit Friedrich Albers in Rönnemoor und in Dötlingen. Weiterhin sprach Seher in Huntlose und Kirchhammelwarden.

Landtagsabgeordneter Dr. Bohner sprach in Oldenburg und in Brieg.

Ernst Lemmer, M.d.R., sprach in Versammlungen bei Eutin, in Brake und in Donnerschwee.

Frau Martha Dönhoff, M.d.L. und Dr. Zeitlin, M.d.L., nahmen je zwei Versammlungen, Landtagsabgeordneter Justizrat Falk drei, Landtagsabgeordneter Hoff und Mitglied des Staatsrates, Dr. Struve, je vier Versammlungen im Wahlkampf wahr.

Die Kandidaten der staatsparteilichen Liste, Friedrich Albers und Landwirt Wilhelm Wittje, hielten Versammlungen in Eckwarden, Grabstedt, in Ovelgönne und Delfshausen, in Blexen und Hooksiel ab.

Auf einer Tagung der Komba in Wilhelmshaven sprach A. Barteld, Hannover, M.d.L.

Landtagsabgeordneter Barteld sprach gelegentlich einer Tagung des Wirtschaftsbundes in Bad Oeynhausen.

Wir können noch über den Gründungsparteitag des Landesverbandes Braunschweig berichten, der unter Leitung des Museumsdirektors Otto Meyer stattfand, auf dem Dr. Wachler über die Politik der Staatspartei in Braunschweig sprach.

In Hannover sprach vor Vertretern des Baugewerbes sowie in einer Versammlung der Partei der Landtagsabg. A. Barteld.

In einer Beamtenversammlung in Münster i. W. sprach Reichsbahnoberinspektor Otto Schuldt.

In Siegen sprach der Reichstagsabg. Ernst Lemmer.

Im Wahlkreis Hessen-Nassau fand eine großzügige Aufklärungsaktion gegen den Nationalsozialismus statt; es sprachen im Rahmen dieser Veranstaltung Reichsminister a.D. Reinhold in Marburg und Wetzlar, der Landtagsabgeordnete Kniest in Oberursel und Königstein i. T., Dr. Zeitlin, M.d.L., in Bad Homburg, Oberlandesgerichtsrat Dr. Berndt in Cronberg, Dr. Semank in Diez. In Hanau sprachen in einer Zusammenkunft der Vertrauensmänner die Landtagsabgeordnete Martha Dönhoff und Rektor Beckers.

Dr. Josef Winschuh, M.d.R., sprach in Versammlungen in Bad Kreuznach, Neuwied und in Koblenz.

In Essen fand eine Tagung der Polizeibeamten statt; bei dieser Gelegenheit ergriff Landtagsabgeordneter Barteld das Wort zu beamtenpolitischen Ausführungen.

Dr. Hermann Schäfer, Köln, sprach in Versammlungen in Solingen, Hagen i.W., Düsseldorf und Köln.

Dr. Heuß sprach in einer Versammlung in Chemnitz.

Auch in Würzburg sprach Ernst Lemmer, M.d.R.

Otto Schuldt, Berlin, hielt das Hauptreferat einer Beamtenversammlung in Stuttgart.

Ernst Lemmer, M.d.R., sprach in Versammlungen in Offenburg und Lahr in Baden.

In Alsfeld (Oberhessen) sprach Landtagsabgeordn. Kniest gelegentlich einer Tagung der Fleischermeister.

In einer Beamtenversammlung in Bad Nauheim sprach Otto Schuldt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0245

Reichsbeamtenausschuß

Aus Anlaß der drohenden Gehaltskürzung war der Gesamtvorstand des Reichsbeamtenausschusses unter zahlreicher Beteiligung von Parteifreunden aus dem Reich und aus den Fraktionen des Reichstags wie der Landtage zusammengetreten. Reichsfinanzminister Dietrich konnte von dem Vorsitzenden des Ausschusses, Regierungsrat Vogt, besonders begrüßt werden. In einer Erklärung lehnte der Gesamtvorstand mit aller Entschiedenheit eine Kürzung oder Streichung der Kinderzulagen wie auch eine Beitragsleistung der Beamtenschaft zur Arbeitslosenversicherung ab. Beide Maßnahmen sind für die Beamtenschaft untragbar. Ihre Anwendung würde staatspolitische Folgen ernstester Art mit sich bringen. Die rege Aussprache, die den Berichten von Prepens, Königsberg und Wörsdörfer, Köln, folgte, in der Reichsfinanzminister Dietrich das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen ergriff, fand ihren Niederschlag in folgender Entschließung:

„Wir verkennen nicht die schwere Notlage von Reich, Ländern und Gemeinden. Wir sind um die Erhaltung des Ganzen willen, an die das Schicksal jedes Einzelnen gebunden ist, bereit, die wirklich unentbehrlichen Opfer zu bringen. Das kann aber nur unter folgenden Voraussetzungen gelten:

Gleiche Belastung aller Volksgenossen, entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit. Keine Sonderbelastung für einzelne Berufsschichten. Oberstes Gebot: Steuergerechtigkeit.

Für jedermann restlose Ausschöpfung auch der letzten Ersparnismöglichkeiten in allen öffentlichen Verwaltungen. Jede Reichsmark nicht erforderlicher Belastung ist jetzt mehr denn je unerträglich.

Darum auch Abbau der Uebergehälter, besonders auch bei der Reichsbahn und Reichsbank.

Darum auch sofortiger Beginn der Reichs- und Verwaltungsreform. Wir können den Luxus eines unorganischen Reichsaufbaues und einer unzweckmäßigen Gestaltung der Verwaltung nicht mehr ertragen.

Schärfste Maßnahmen gegen die Kapitalflucht.

Schluß mit einer Zoll- und Wirtschaftspolitik, die dem gesamten deutschen Volk die Lebenshaltung verteuert, ohne der Masse der Bauernschaft, die wir gesund erhalten wissen wollen, zu nutzen, die vielmehr auch ihnen wachsenden Schaden zufügt.

Keine Subventionen für einige Tausend Großbetriebe, die getragen werden von Industrie, Handel, Gewerbe, der Bauernschaft und der Arbeitnehmerschaft aller Art. Subvention führt zur Korruption.

Entschlossene und fühlbare Maßnahmen gegen die Preisbildungspolitik zusammengefaßter Wirtschaftsmächte.

Abkehr von der jetzigen Mietsüberhöhung, die nicht zuletzt auch zu Lasten breiter Mittelstandsschichten geht. Schaffung einer Möglichkeit, Mietsverträge, insbesondere auch bei den Läden und gewerblichen Räumen, die unter völlig anderen wirtschaftlichen Voraussetzungen abgeschlossen sind, zu ändern.

Alsbaldige Revision der Reparationslasten. Es muß der Welt mit allen Mitteln klargemacht werden, daß das deutsche Volk nicht mehr imstande ist, die jetzige Ueberbelastung der Kriegslasten zu ertragen.

Ein der Verzweiflung entgegentreibendes Deutschland bringt unabsehbare Gefahren für alle Völker.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0246

Wir sind bereit zum Kampfe für die Erhaltung des Staates. Wir erwarten dazu aber auch den gleichen Willen und die gleiche Opferbereitschaft von allen anderen Volksschichten."

Beamtenausschuß der Staatspartei in Potsdam I.

Auf einer Tagung, auf der das Vertrauen zu Dietrich zum Ausdruck gebracht wurde und die Worte Höpker Aschoffs für die Beamtenschaft anläßlich der zweiten Lesung des Etats begrüßt wurden, fand die Bildung des Wahlkreisbeamtenausschusses statt, zu dessen Vorsitzenden Landesoberinspektor Schoenemann, Berlin-Friedrichsfelde, gewählt wurde.

Reichsausschuß für Landwirtschaft

Gelegentlich der letzten regelmäßigen Zusammenkünfte, die der Initiative unseres Freundes Rönneburg zu verdanken sind, sprach Diplomlandwirt Dr. Seher über die deutsche Milchwirtschaft. Dr. Rothe sprach auf der letzten Zusammenkunft über das Reichsmilchgesetz.

Ausschuß der freien Berufe

Auf einer Veranstaltung des Ausschusses unter Leitung seines geschäftsführenden Vorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Beutner sprach Reichsfinanzminister Dietrich, weiterhin der Vorsitzende der Berliner Anwaltskammer Rechtsanwalt Dr. Ernst Wolff, der Vorsitzende der Berliner Aerztekammer Dr. med. Lennhoff, Dr. Bohner, M. d. L., als stellvertretender Vorsitzender des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller, sowie Dr. Zeitlin, M. d. L., der als Vertreter der freien Berufe dem Reichswirtschaftsrat angehört.

Reichsarbeitnehmerausschuß

für den Wahlkreis Oberschlesien

Auf einer von allen Ortsgruppen zahlreich beschickten Tagung erfolgte die Gründung des Reichs-Arbeitnehmer-Ausschusses der Deutschen Staatspartei. Die Versammlung wählte zu Vorsitzenden des Reichs-Arbeitnehmer-Ausschusses Wahlkreis 9 Herrn Betriebsleiter Theodor Giesler, Ratibor und Geschäftsführer Fritz Adler, Gleiwitz. Eine Reihe von Neuaufnahmen konnten getätigt werden.

Jugend

Hochschulgruppe der Deutschen Staatspartei in Königsberg. Landtagsabgeordneter Dr. Grzimek sprach gelegentlich einer Kundgebung der Hochschulgruppe über Akademikerschaft und Staat.

Hochschulgruppe der Deutschen Staatspartei in Leipzig. Landrat Rönneburg sprach über das verabschiedete Osthilfegesetz.

Frauen

Gelegentlich der Aufklärungsarbeit gegen den Nationalsozialismus fand eine Frauentagung in Wetzlar statt, auf der Landtagsabgeordnete Dönhoff sprach.

Dr. Marie-Elisabeth Lüders nimmt als deutsche Delegierte an einer Tagung der Vereinigung für europäische Verständigung vom 20. bis 28. Mai in Budapest teil. Dr. Lüders sprach auch gelegentlich der Generalversammlung der Sozialbeamtinnen in Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0247

Kampf und Werbung

Pastorale Politik.

Auf dem Kolonialkriegertag in Bautzen, an dem die „Vereinigten Vaterländischen Vereine", die Offiziersverbände und der Stahlhelm wie auch eine Vertretung der Reichswehr teilnahmen, führte der nationalsozialistische Garnisonpfarrer Berg in seiner „Predigt" aus:

„Bei uns wird nicht nach den Notwendigkeiten des Volkes regiert; mit einem Auge sieht man auf das Ausland, mit dem anderen Auge schielt man auf die Gasse, die Massen. So ist es gekommen, daß man Notverordnungen machte gegen diejenigen, die ihr Vaterland lieben und eventuell bereit sind, für es zu sterben, daß man sie verfolgte und in die Gefängnisse warf. Aber Deutschland erwacht und fühlt sich verbunden mit den zwei Millionen Kameraden, aus deren Vaterland ein solches geworden ist, in dem Korruption groß ist, Recht und Gerechtigkeit mit Füßen getreten werden und russische Zustände herrschen." („Bautzener Nachrichten" Nr. 102.)

Vielleicht läßt man dem Geistlichen der Bautzener Garnison „sein Recht" werden und macht ihn auf die Pflichten aufmerksam, die zu erfüllen seine unausweichliche Aufgabe ist. Daß dieser Herr aus Bautzen anders regieren würde als das Kabinett, ist weiter nicht verwunderlich; so viel Einsicht und Verantwortungsgefühl haben wir von dieser Seite auch nicht erwartet. Aber wir wehren uns gegen solche Repräsentanten in staatlichen Amtsstellen, die obendrein ihre berufliche Aufgabe verkennen und statt Erbauung Verhetzung und Unfrieden predigen.

Juden und Schulmeister machen Revolution.

Mit besonderer Liebe nehmen sich die Nationalsozialisten in der letzten Zeit der Lehrerschaft an. Von besonderem Interesse ist deswegen ein Artikel, der zwar bereits im August 1921, in Nr. 69 des „Völkischen Beobachters", erschien, aber immerhin eine autorative Aeußerung auf „führender" Feder darstellt, in dem es heißt:

„Die Revolution ist das Werk der Juden und Schulmeister. Was die Juden und Steißtrommler zuvörderst gemeinsam haben, ist die maßlose Eitelkeit. Denn das Halbwissen, der leere Schein, überhaupt der Mangel an Gründlichkeit, lauter Merkmale ihres Wirkens, sind so recht nach dem faulen Herzen des Hochmuts; Dummheit und Stolz sitzen auf einem Holz, heißt es. Wer noch dazu eine Spur Grütze mitbringt, der wird Schulmeister."

Daher also das Interesse an der Lehrerschaft und ihren Angelegenheiten.

Der legale Doktor.

In einer Versammlung in Mannheim sprach der Gauführer Berlins, Dr. Goebbels, über die Arbeit seiner Partei und legte, ebenso wie sein hoher Chef im Moabiter Prozeß, allergrößten Wert auf die Betonung seiner Legalität.

„Wir Nationalsozialisten werden die Wege gehen, die uns die Verfassung vorschreibt, um zur Macht zu gelangen. Was wir aber dann mit der Macht anfangen werden, das ist unsere Sache. In der Weimarer Verfassung heißt es: Alle Macht geht vom Volke aus! Wir Nationalsozialisten gehen ins Volk und verlangen, daß das Volk die ihm von der Verfassung gegebene Macht in unsere Hände legt und voll

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0248

Vertrauen zu uns steht. Wir erkämpfen zwar auf legalem Wege die Macht, aber wir verlangen die gesamte Macht!"

Das Volk soll Vertrauen haben, aber ihre eigenen Mannen laufen angesichts ihres „Machtkampfes" davon. Vertrauen ist nur da möglich, wo man Klarheit im Wollen und Fähigkeit zum Können sieht. Wer aber will heute „Feder-Geld", wer will die Errichtung einer Dynastie, in deren Gefolge sich preußische Prinzen bewegen, die ein „kärgliches Dasein" mit dem Gelde führen, das das deutsche Volk ihrem Papa zugestanden hat? Wer will, daß die Beunruhigung unseres politischen Lebens uns weiterhin solchen Schaden tue wie die Reichstagswahlen vom 14. September, die uns 2 Milliarden RM. gekostet haben, ganz abgesehen von der Erschütterung des deutschen Kredits. Die Maske der Legalität, die man jetzt auf dieser Seite zu tragen beliebt, ist zu durchsichtig, als daß man nicht das Tohu-wabohu dahinter erkennen könnte, aus dem man mit Schlagworten und Gehässigkeiten und Entstellungen auf die Notlage und Verzweiflung einer übergroßen Zahl deutscher Volksgenossen seine Hoffnungen baut.

Es gibt keinen Kampf um die Macht ohne klare Zielsetzung, den hat es nie gegeben; die persönliche Eitelkeit „führender Männer", Kämpfe um Funktionärstellung, Spaltungen in der Bewegung, nebelhafte Zielsetzung sind immer Prüfsteine für Bewegungen gewesen und haben sich meist härter als diese bewiesen.

Krach in der Volkspartei.

Die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler, deren Führer der Reichstagsabgeordnete Frank Glatzel und Dr. Alexander Meier sind, ist, wie der „Völkische Beobachter" (23. 5. 1931, Nr. 143) zu melden weiß, „fest entschlossen, für rechtzeitigen Anschluß ihrer Partei an den kommenden „faschistischen" Regierungen im Reich und in Preußen zu sorgen." Außer dieser Meldung weisen auch die „Blätter des R. j. V.-P." eine Tonart auf, die in schroffstem Widerspruch zu der Auffassung der Parteileitung steht. Ein Dr. Mattern aus Darmstadt will den „autorativen Volksstaat"; „dieser von uns ersehnte starke Staat kann aber nicht die Farben der Ohnmacht und Schwäche tragen. Der Glaube an den starken Staat bedeutet die unwandelbare Treue zu Schwarz-Weiß-Rot." In einem Aufsatz von Dr. A. Meier wird das Reparationsproblem in einer Manier behandelt, die den Arbeiten des Außenministers und Parteifreundes von Dr. Meier aber auch restlos das Vertrauen entzieht. „Eine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung besteht nicht mehr", auch ist der Young-Plan „für uns nicht mehr verbindlich", der nur „eine Ausführungsvereinbarung des Versailler Vertrages ist, der in mehrfacher Hinsicht gebrochen worden ist (s. nur Abrüstung). Abgesehen davon entbehrt er der rechtlichen Grundlage (s. Bruch des Vorfriedensvertrages und Kriegsschuldlüge)." Weiter fordert Dr. Meier die Einstellung der Zahlung der Reparationen „vom Herbst 1931 ab mit dreimonatiger Vorankündigung gemäß dem Young-Plan".

Innerhalb der Volkspartei hat man schon immer zwei Strömungen feststellen können, von denen die eine von jeher eine Rechtstendenz hatte. Daß man dort aber schon so übervorsichtig geworden ist, sich bei „kommenden ‚faschistischen' Regierungen" anzumelden, hat uns doch erstaunt. Wir sehen in dieser Tatsache eine Rechtfertigung unserer reservierten Haltung gegenüber diesen Kreisen, die sich damit von den Nationalsozialisten nur noch durch die formelle Zugehörigkeit zu verschiedenen Parteien unterschei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0249

den. Bei der „unwandelbaren Treue“ zur alten Flagge handelt es sich nicht allein um diese Feststellung; diese ist erst ein Symptom der Reaktion, die sich dahinter birgt, die nichts gemein hat mit unserer Auffassung vom deutschen Volksstaat, dessen Symbol jene „unwandelbare Treue“ als eines der Schwäche und Ohnmacht bezeichnet, das uns aber das des Kampfes um den deutschen Volksstaat ist, in dem deutsche Staatsbürger leben, die frei sind von jeder Lust zu irgendwelchem Untertanentum. Wir sehen in der Veröffentlichung der Ausführungen über die Reparationen eine Disziplinlosigkeit, besonders, da sie zu einem Zeitpunkt erfolgte, zu dem der Außenminister im schärfsten Kampf um Deutschlands Ansprüche in Genf stand; daß diese Veröffentlichung in einem bestimmten kleineren Kreis erfolgte, vermag ihr nichts von dem üblen Beigeschmack zu nehmen. Auch wir sind der Ansicht, daß eine Reform, daß eine Revision im Reparationsproblem eine Notwendigkeit, eine Lebensnotwendigkeit unseres Volkes ist, aber wir sind überzeugt, daß die Politik des Reichskabinetts ein sicherer Weg zur Sanierung ist als die von faschistischen Anschlußideen geplagten R. V. j. V.-P., zu einer Bewegung hin, von der der Führer der D.V.P. am 10. Mai in Düsseldorf sagte, daß sie „in die Hände von Persönlichkeiten gekommen sei, deren Wille und geistige Kraft nicht ausreichen, eine Aufgabe zu lösen, die sie sich selbst gestellt hat.“

Bücherschau

Ludwig Renn: Nachkrieg. Agis-Verlag G. m. b. H., Wien/Berlin, 1930. Orglwd. 5,— RM.

Nach seinem „Krieg“ nun den „Nachkrieg“, der so matt geschrieben ist, daß er in gar keinem Verhältnis mehr zu dem ersten Buch steht. Der Weg zum Kommunismus wird nicht klar und zwingend durch Renns Darstellung, wenn auch die Schilderung der Putsche und Unruhen und ihre Einwirkung auf den Menschen noch einiges Interesse zu wecken vermögen.

Selten paart sich spannende Darstellung so mit historischer Treue wie in diesem Buch, das durch eine bittere Zeit führt, von der Meuterei der Flotte bis zum Kapp-Putsch. Hell heben sich vom trüben Hintergrund Gestalten wie die eines Groener, Noske und Ebert in ihrer zielbewußten, nationalen Arbeit ab. Bei aller Sachlichkeit der Schilderung wird der Kampf um die Erhaltung des Reiches zu einem Erlebnis.

Herbert Brandt: Achtung: das neue Jahrtausend! Roman. Horen-Verlag, Leipzig/Berlin-Grunewald. 1930. 285 S. Br. 5,— RM.

Es ist eine Mahnung, die aus dem Buche aufklingt, eine Mahnung an die, die der Jugend Führer sein sollen:

„Sucht neue, praktische Symbole und gebt diese der Jugend in die Hände, die die Führung des Staates übernehmen wird. Gebt ihr gerechte Führer und sinngemäße Richtlinien und Symbole. Ohne die zerfällt ein Volk.

Wer aus dieser heutigen inneren Zusammenhanglosigkeit einen Weg zur Geschlossenheit findet, der für den größeren Teil der Menschheit gangbar ist, wird unser Christus vom neuen Jahrtausend sein.

Uns sind alle Möglichkeiten dazu geboten. Ich befürchte bei der heutigen Kleinlichkeitskrämerei, daß wir an den dargebotenen Möglichkeiten vorübergehen und einem Chaos ohne Ende zusteuern.“

Deutschland und Belgien.

In dem Aufsatz mit obigem Titel, der in Nr. 9 unserer Zeitschrift erschien, ist auf Seite 195 auf Zeile 16 von unten ein Druckfehler stehen geblieben. Es muß dort heißen, daß es ein „internationales Notstandsrecht“ gibt, auf Grund dessen der Einmarsch deutscher Truppen in Belgien unter den Schutz des Völkerrechts fällt, sobald unser „Kriegsverbrechertum à la mode de Versailles“ auf Grund unserer Aufklärungsarbeit über den Art. 231 des Versailler Vertrages in aller Oeffentlichkeit hinfällig geworden ist.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Joachim Hild, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Verlag: Demokratischer Zeitungsdienst G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0250

BLÄTTER DER STAATSPARTEI

ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI

1. Jahrgang | Berlin, 5. Juli 1931 | Nummer 12/13

Die mitteldeutsche Frage

Von Siegfried Berger.

Die bisherigen Bemühungen um die Reichs- und Verwaltungsreform sind im wesentlichen in zwei Hauptrichtungen verlaufen. Man hat Pläne von oben her entworfen, bei denen staatsrechtliche und verwaltungsrechtliche Gesichtspunkte im Vordergrund standen. Andere, starke Anregungen kamen von unten her, waren landschaftlich orientiert und gingen von praktischen Nöten aus, die in einzelnen Landesteilen bestehen. Noch ist die organische Verbindung dieser beiden Hauptrichtungen nicht erreicht. In den Zentren des staatlichen Lebens betrachtet man die provinziellen Bemühungen und Forderungen nach einer Reichs- und Verwaltungsreform an lokale Interessen gebunden, von Eigensucht getrübt und infolgedessen für die kommende Entscheidung unbrauchbar. In den Provinzen aber mußte das Gefühl entstehen, daß man von der bekannten „hohen Warte" aus die praktischen Nöte des Landes unterschätzt. Auch ist allmählich in der Provinz ein gewisses Mißtrauen gegen den so staatsmännisch klingenden Refrain in allen Reichsreformsachen entstanden, „die Dinge müßten erst reif werden". Vom Standpunkt der Finanzen und der wirtschaftlichen Erschwernisse aus, die man in der Provinz unmittelbar spürt, während sie an den Zentralstellen einen papierenen Ausdruck finden, sind die Dinge zur Reichsreform überreif.

Mit besonderer Deutlichkeit zeigen das die Verhältnisse in Mitteldeutschland, wo der Gegensatz zwischen der Einheitlichkeit der Landschaft und der politischen Zerissenheit besonders deutlich hervortritt. Der „Großgau im Herzen Deutschlands" hat im Süden eine feste Gebirgsumrahmung durch den Thüringer- und Frankenwald sowie das Erzgebirge, die im stumpfen Winkel zusammenstoßen. Die scharfe Markierung im Westen gibt der Westabfall des Harzgebirges. Die weitere westliche Begrenzung wird etwa durch die Linie Goslar—Neuhaldensleben, die östliche Begrenzung durch den Fläming und die schwarze Elster bezeichnet. Nach Norden zu verfließt die Grenze in die norddeutsche Tiefebene.

Diese durch Elbe und Saale beherrschte einheitliche Landschaft, in der die uralte Verkehrskreuzung von Süden nach Norden und von Westen nach Osten liegt, und der seit Wiedergewinnung des Ostens für das Deutschtum die Aufgabe des wirtschaftlichen und kulturellen Mittlers unter den deutschen Landschaften obliegt, ist politisch unter fünf Staaten aufgeteilt. Die Aufteilung ist keine gleichmäßige, sondern durch Verlauf der dynastischen Entwicklung zufällig und unorganisch. Im Osten des mitteldeutschen Landes hat der Freistaat Sachsen ein geschlossenes Gebiet von rund 15 000 qkm inne. Weniger geschlossen ist das Gebiet des westlich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0251

angrenzenden Freistaates Thüringen von rund 12 000 qkm. Es schließt die drei preußischen Kreise Schmalkalden, Suhl und Ziegenrück ein. Seine nördliche Grenze wird durch einen hervorspringenden preußischen Gebietswinkel unterbrochen, der die wirtschaftliche Hauptstadt der Teillandschaft Thüringen, Erfurt, enthält; nördlich vorgelagert sind die beiden getrennten Gebietsteile Sondershausen und Allstedt. So ist die Grenzführung des Freistaates Thüringen, der 1920 durch das Einigungswerk der thüringischen Einzelstaaten und in den nachfolgenden Jahren durch eine großzügige Neuordnung der inneren Verwaltungsgrenzen, wie durch einen vorbildlichen Exklavenaustausch mit Sachsen ein gutes Stück Reichsreform vollbrachte, noch recht unorganisch. Nur rund 1400 qkm geringer als der Anteil der Freistaaten Sachsen und Thüringen am mitteldeutschen Gebiet ist der Flächeninhalt der preußischen Provinz Sachsen. Auch sie hat durch die Gemengelage mit den mitteldeutschen Kleinstaaten eine ungünstige Grenzführung. Der Freistaat Anhalt, dessen Grundfläche einem Elftel der der Provinz Sachsen entspricht (etwa einem Sechstel des Freistaates Sachsen), ist dem provinzial-sächsischen Gebiet quer eingelagert, schnürt es bei Aschersleben eng zusammen und besitzt einen wichtigen Teil des Mittellaufes der Elbe, des Unterlaufes der Saale und die Mündungsstrecke der Mulde. Anteil an den Grenzwirrnissen hat auch Braunschweig, das die Grenzverhältnisse im Harz durch seinen dort gelegenen Besitz beeinflußt. Alle diese Gebiete sind so stark miteinander verzahnt, daß von 39 Landkreisen der Provinz Sachsen nur 7 nicht an außerpreußisches Hoheitsgebiet grenzen. Die Wirrnis wird noch verschlimmert durch 43 Exklaven, so daß die Provinz Sachsen bei einer Grundfläche von 25 000 qkm eine Grenzlänge von 3466 km besitzt, wovon allein 1038 km auf die Exklaven entfallen. Somit steht zur landschaftlichen Einheitlichkeit Mitteldeutschlands seine politische Gliederung in starkem Gegensatz.

Eine Kongruenz von landschaftlichen und politischen oder verwaltungsmäßigen inneren Grenzen wird sich allerdings niemals erreichen lassen. Sie ist auch nicht erstrebenswert. Die landschaftlich einheitliche norddeutsche Tiefebene kann z. B. schon wegen ihrer Größe niemals eine politische oder verwaltungsmäßige Einheit bilden. Stammes- und Wirtschaftsgeschichte sind zwar durch die Landschaft tief beeinflußt, haben aber doch, namentlich in der großstädtischen Entwicklung, Tatsachen geschaffen, die eine Kongruenz von Landschaft und Verwaltungseinheit ausschließen. Da diese Entwicklung auch stark fließt — es sei nur an die ständige Umschichtung in Mitteldeutschland durch den konjunkturempfindlichen Kalibergbau, durch die Aufschließung der Braunkohlenschätze seit der Jahrhundertwende, als deren Folge die Entfaltung der Energiewirtschaft und der chemischen Industrie, ferner an die Veränderung der Verkehrsverhältnisse durch den Mittellandkanal, durch den Magdeburger Hafenneubau u. a. m. erinnert — liegt zunächst der Gedanke nahe, einer weiteren Entwicklung nicht vorzugreifen und die Frage einer Gebietsumlegung in Mitteldeutschland zu vertagen. Die wirtschaftlichen Schädigungen aber, die durch die geschilderte unorganische Aufteilung der mitteldeutschen Landschaft unter fünf Staaten entstanden, sind so groß, daß auf die Initiative von „untenher“ zu einer Gebietsumlegung — und sei es nur wegen der Wachhaltung des Interesses für diese brennende Frage und der gründlichen Vorarbeit für ihre Lösung — keineswegs verzichtet werden kann.

Die Gründe der wirtschaftlichen Schädigungen sind hauptsächlich folgende. Noch immer haben die Länder das Gesetzgebungs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0252

recht auf großen Gebieten. Namentlich die gesetzlichen Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung sind landesrechtlicher Art. So gibt es kein Reichswasserrecht, keine reichsrechtlichen Grundlagen für die Energiewirtschaft, kein Reichsbergrecht. Auf allen diesen Gebieten gehen die Landesrechte weit auseinander.*) Nur ein Beispiel aus dem Gebiete der Wasserwirtschaft: Seit Jahren hört die mitteldeutsche Bevölkerung, daß der Staatsvertrag über die Abwässerregelung in der Weißen Elster kurz vor dem Abschluß stehe, aber ihr ist allmählich der Glaube an diese Botschaft verlorengegangen. Der von drei Staaten verwaltete, maßlos verschmutzte Wasserlauf der Weißen Elster bringt von Jahr zu Jahr größere Gefahr mit sich, ohne daß Abhilfe kommt, weil eben der Abschluß eines Staatsvertrages zwischen drei Ländern mit verschiedenem Wasserrecht, mit drei Parlamenten, drei öffentlichen Meinungen, drei verschiedenen Mehrheitsbildungen und vor allem drei gegeneinander stehenden Bureaukratien unter den heutigen Verhältnissen fast eine Unmöglichkeit ist. Damit ist schon auf die zweite Hauptschwierigkeit hingewiesen: zu den geschlossenen Landesrechtskreisen treten die geschlossenen Verwaltungkreise in ihrem stark voneinander abweichenden Aufbau. Neben den Landesparlamenten sind die Landesbureaukratien ein starkes divergierendes Moment in dem Verwaltungseinfluß auf die Wirtschaft. Dienen kann die Bureaukratie der Wirtschaft nur unter einheitlicher Führung. In Mitteldeutschland arbeiten neben dem preußischen Beamtenkörper, der durch den Ausgleich in einem großen, von Westen bis zum Osten des Reiches sich erstreckenden Staat beweglich gehalten und vor landschaftlicher Enge bewahrt wird, die Bureaukratien vier kleinerer Staaten, von denen nur Sachsen einigermaßen größere Verhältnisse hat. Die Arbeit in diesen engen, streng geschlossenen Verwaltungskreisen darf nicht herabgesetzt werden, sie bringt es aber mit sich, daß sie lokalgebundener, durch eng beieinanderstehende Grenzpfähle ungünstiger beeinflußt wird als die in einem weiträumigen Staat. Kein Wunder, daß in den geschlossenen Verwaltungskreisen der Kleinstaaten heute mit der gleichen Leidenschaft für die „staatliche Selbständigkeit" gekämpft wird, wie es früher für die Dynastien und ihre Gefolgschaft natürlich war. Aber es ist ein schweres Hindernis für die Klärung der inneren Grenzen. Bei allen Entscheidungen, die in den Kleinstaaten getroffen werden, wirkt die Frage, ob die staatliche Selbständigkeit gewahrt bleibt, mit. Diese Rücksicht ist aber namentlich bei wirtschaftlichen Entscheidungen fast immer ein unsachliches und hemmendes Moment.

Unzählige Schädigungen, die durch die Verschiedenheiten der Landesrechte und Verwaltungen entstehen, können in Mitteldeutschland nicht anders als durch Aufhebung der Länder, also die völlige Auslöschung der Landesgrenzen beseitigt werden. Ist aber einmal das Ziel erreicht, daß auf allen Gebieten des Rechts und der Verwaltung Einheitlichkeit herrscht, so haben die inneren Grenzen ihre alte Bedeutung und hemmende Wirkung zum größten Teil verloren.

Dieser Gesichtspunkt ist für die Frage der praktischen Raumabgrenzung Mitteldeutschlands entscheidend. Man muß sich von der jetzigen Einstellung auf geschlossene Hoheitsgebiete ganz befreien. Die Frage, bei der Raumabgrenzung etwa einen Gebietsteil

*) Vgl. „Mitteldeutschland auf dem Wege zur Einheit", Denkschrift über die Wirkung der innerstaatlichen Schranken, im Auftrage des Provinzialausschusses der Provinz Sachsen herausgegeben vom Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Merseburg 1927, Verlag Stollberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0253

zu „verlieren“ oder zu „gewinnen“ oder Werte auszutauschen, gehört den vergangenen Zeiten an. Für eine Abgrenzung nach bloßen Zweckmäßigkeitsgründen ist aber entscheidend die Frage der Größe der Verwaltungsbezirke. „Die Provinz,“ heißt es in einer Entschließung des Provinzial-sächsischen Landtages, „muß groß genug sein, um durch Ausgleich leistungsschwacher und -starker Gebiete eine gesunde Selbstverwaltung zu ermöglichen. Sie darf andererseits nicht zu groß sein, daß sie nicht mehr leicht von Verwaltungsbehörden und Selbstverwaltungskörperschaften überschaut werden kann. Als Größenordnung bewährt ist die durchschnittliche der preußischen Provinzen.“ Außerdem wird bei der Neugestaltung auch auf eine günstige Form der neuen Gebilde, das heißt auf ein gesundes Verhältnis der Grenzlänge zum Flächeninhalt, auf die Beseitigung des Exklavenunsinns usw. gesehen werden müssen. Dabei darf man sich jedoch m. E. die Schaffung neuer Verwaltungsgebilde nicht so vorstellen, daß etwa eine Kommission von Geographen und Volkswirten auf einer Karte, die nur die physikalischen Grundlagen und die Orte enthielte, auf Grund theoretischer Planungen ein Idealgebilde entwerfen sollten. Vielmehr ist ein enger Anschluß an das historisch Gewordene unbedingt zu fordern. Haben doch die alten Grenzen die Entwicklung, wie etwa an dem Verhältnis Halle—Leipzig zu erkennen ist, so tiefgehend beeinflußt, und — von der Landschaft aus gesehen — so neue Tatsachen geschaffen, daß man in vielen Fällen sich mit der Herabminderung der Grenzen zwischen zwei Ländern in eine solche zwischen zwei bloßen Provinzen wird begnügen müssen.

Der Landeshauptmann der Provinz Sachsen, Dr. Hübener, hat dargetan, daß die praktischste Lösung eine Dreigliederung Mitteldeutschland darstelle.*) Dabei solle das Gebiet des jetzigen Freistaates Sachsen unverändert bleiben. Einen bedeutenden Zuwachs müsse jedoch Thüringen erfahren, zunächst durch Aufnahme der Gebietseinschlüsse (preußische Kreise Ziegenrück, Suhl und Schmalkalden). Die wirtschaftliche Hauptstadt Thüringens, das leistungsfähige Erfurt, dürfe der neuen Reichsprovinz nicht vorenthalten bleiben, außerdem sei die Provinz Thüringen nördlich etwa bis zu der Linie auszudehnen, die durch die thüringische Pforte bei Schulpforta und Kösen, durch die zweite thüringische Pforte bei der Sachsenburg unweit Heldrungen und durch die Eichsfelder Pforte westlich Bleicherode bestimmt wird. Das übrige Mitteldeutschland, also im ganzen die Regierungsbezirke Magdeburg und Merseburg und der Freistaat Anhalt würden dann die dritte Reichsprovinz Sachsen-Anhalt bilden. Die beiden industriellen und kulturellen Brennpunkte Halle und Magdeburg auf der Elbe-Saale-Linie bezeichnen die Mittelachse dieser Reichsprovinz, für die im Harz die Wasserscheide zwischen Weser und Elbe als Westgrenze beansprucht und demgemäß der ganze Ostharz mit seinen Wasserschätzen als wesentlicher Bestandteil angesehen wird. Aus dieser Grenzziehung im Harz ergibt sich die Uebernahme etwa ein Sechstel jetzt braunschweigischen Gebietes nach „Sachsen-Anhalt.“ Im übrigen wird vorgeschlagen, an den Außengrenzen von Sachsen-Anhalt, wie sie jetzt verlaufen, größere Korrekturen nicht vorzunehmen, abgesehen natürlich von erwünschten Begradigungen und dergl. Das Ergebnis einer solchen Dreigliederung würden drei Reichsprovinzen sein, die für „Obersachsen“ genau den jetzigen Bestand des Freistaates Sachsen, für „Sachsen-Anhalt“ ungefähr

*) „Die Neugliederung Mitteldeutschlands“ in „Reich und Länder“, Jahrg. 3 1929/30, Seite 212 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015415 3-167633449193 1-18/fragment/page=0254

die Flächengröße und Seelenzahl der jetzigen Provinz Sachsen, für die „Provinz Thüringen" jedoch einen Zuwachs von rund 12 000 qkm und 170 000 Einwohnern bringen würde. Die Größenordnung dieser Provinzen wäre ungefähr die für deutsche Verhältnisse bewährte von preußischen Provinzen, ihre Form wäre erträglich, ein Lastenausgleich innerhalb ihrer Grenzen wäre möglich. Auch vom sozialökonomischen Standpunkt ist diese Dreigliederung sinnvoll. Die Provinz Sachsen-Anhalt würde die Provinz der auf Zucker, Kali und Braunkohle aufgebauten nationalgebundenen Industrien und der hochentwickelten Landwirtschaft, Obersachsen und Thüringen würden die Provinzen der arbeitsorientierten Fertigindustrien sein.

Von den entgegengesetzten Vorschlägen einer Neuordnung Mitteldeutschlands ist besonders der von Leipzig ausgehende zu erwähnen, der die Schaffung einer „großmitteldeutschen" Provinz von rund 56 000 qkm mit etwa 11 Millionen Einwohnern vorsieht.*) Es ist erklärlich, daß für Leipzig zentralistische Gesichtspunkte vorherrschen, der Gedanke einer zweckmäßigen Größeneinteilung der Provinzen dagegen zurücktritt, da für diese Großstadt die Mittelpunktslage in der vorgesehenen Großprovinz, die sich mit der einheitlichen Landschaft Mitteldeutschlands decken würde, gewinnbringend wäre. Die Neueinteilung kann jedoch nicht in der geopolitischen Zentrallage e i n e r Stadt, auch nicht in der Geschlossenheit e i n e r Teillandschaft ihre Grundlage finden, sondern muß in gesunder Beziehung zu dem Gesamtbild der territorialen Neugliederung Deutschlands stehen. Die deutschen Verhältnisse lassen Großprovinzen von dem Ausmaß der alten kaiserlich-russischen Gouvernements nicht zu, sondern drängen auf gesunde Dezentralisation nicht zuletzt im Interesse der Erhaltung unseres kulturellen Lebens.

Je länger an der mitteldeutschen Frage gearbeitet wird, desto klarer wird die Erkenntnis, daß es keine Ideallösung, vollends keine „Patentlösung" für die Einteilung dieses Mittelstückes unter den deutschen Landschaften gibt. Die niederdeutsche Sprachgrenze geht durch diese Landschaft hindurch. Fünf Stämme (Niedersachsen, Obersachsen, Thüringer, Hessen und Franken) bewohnen sie, vielgestaltig ist die wirtschaftliche Struktur dieser Teillandschaft, vielgestaltig auch die Wirtschafts- und Kulturform ihrer städtischen Sammelpunkte. Macht man sich jedoch klar, daß bei der vorgeschlagenen Dreigliederung es sich nur um die Bildung von Provinzen handelt, deren Wettbewerb in keinerlei Rechts- oder Verwaltungsverschiedenheiten mehr Rückhalt finden soll, so wird man der Bildung von drei Reichsprovinzen zustimmen, zumal noch auf eine starke Stütze für diesen Vorschlag hingewiesen werden kann: auf die Erfahrung, die Preußen, der einzige Großstaat im Verband des Reiches, mit seinen Provinzen von ähnlicher Größe und Leistungsfähigkeit, wie die drei vorgeschlagenen, gemacht hat.

Der Weltschnellnachrichtenverkehr

Von Dr. Max Roscher.

Der Verkehr stellt die Verbindung zwischen den Einzelwirtschaften eines Staates (Volkes) in der Volkswirtschaft und der Erde (der „Welt") in der Weltwirtschaft her. Dampfkraft und Elektrizität, in Verbindung mit dem gesamten Rüstzeug der neuzeitlichen Technik, wie es bei der Herstellung der Eisenbahneinrichtungen, der Ozeanriesenschiffe, der entfernungskürzenden Welt-

*) „Leipzig und Mitteldeutschland", Denkschrift, Leipzig, 1928.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0255

kanäle, der Luftfahrzeuge, erforderlich ist, ermöglichen durch Dampfschiffahrt und Eisenbahnen jenen außerordentlichen Güter- und Personenverkehr, der seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entstanden ist. Die Indienststellung der Elektrizität schuf durch Kabel, Ueberlandtelegraphen, Fernsprechverbindungen, Funkwesen den unseren Tagen ureigensten Weltnachrichtendienst, der so recht die Ueberwindung von Raum und Zeit durch den Menschen verkörpert und damit der kühnsten Phantasie Raum gibt.

Der Weltnachrichtenverkehr hat die Grundlage zur Herausbildung eines Weltverkehrsrechts durch Gründung des Weltpostvereins, des Welttelegraphenvereins, durch Zustandekommen des Weltfunkvertrages, des Kabelschutzvertrages gelegt. Diese Vereine und Verträge gehören zu den wichtigsten bestehenden Weltwirtschaftsgemeinschaften.

Die Bedeutung des vervollkommneten Schiffsverkehrs und Eisenbahnwesen ist auch in weiteste Kreise gedrungen. Dagegen fehlt es auch heute noch vielfach an Verständnis für den Einfluß des Schnellnachrichtenverkehrs auf Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Dabei ist seine Bedeutung gerade für das Ueberseegeschäft weitergehend und tiefergreifend als diejenigen der Schiffahrt und der Eisenbahn. Die ständige Möglichkeit telegraphischer und telephonischer Verbindung mit der ganzen Welt gestattet den Bezug dieser Güter von einer Stelle und zu einer Zeit, wo sie am wohlfeilsten sind. Der Schnellnachrichtendienst hat ferner die Tendenz der Preisausgleichung über die ganze Erde getragen, was für die gesamte Wirtschaft bedeutsam ist: an Stelle der lokalen ist die Weltmarkpreisbildung getreten. Der im Entstehen begriffene Weltrundfunk erreicht das hohe Ziel des Verkehrswesens: die Ueberwindung der dem Menschen gesetzten Hindernisse von Ort und Zeit in einer geradezu idealen Weise; er vernichtet buchstäblich die Entfernungen, wenn z. B. die Preise von Baumwolle, Metallen, Getreide, Kautschuk, die Devisenkurse usw. an der New Yorker Börse sofort nach Feststellung mit genügender Reichweite der Sendestation hinausgefunkt werden, so daß sie im gleichen Augenblick an den Handelsplätzen der ganzen Welt bekannt und funkentelephonisch in den Häusern der Teilnehmer aufgenommen werden können. Durch diese Einflüsse des Schnellnachrichtendienstes auf den Preis werden nicht nur örtliche, sondern auch zeitliche Schwankungen der Weltmarktpreise seltener, wird die Krisengefahr gemildert. Vermeidbar sind natürlich auch sie nicht, weil immer wirtschaftlich psychische, politische und sonstige das Wirtschaftsleben beeinflussende Momente auftreten können, die jähe Aenderungen der Marktverhältnisse hervorrufen, wie wir es in heutiger Zeit erleben.

Kabel- und Funkdienst in Verbindung mit Eisenbahnen und Linienschiffahrt haben dem heutigen Handelsbetriebe das Planlose und Willkürliche des früheren genommen. Dadurch ist die Leistungsfähigkeit des Handels außerordentlich erhöht worden. Die persönliche Anwesenheit konnte beim Abschluß von Tauschgeschäften allgemeiner und unbedenklicher als wie bisher wegfallen. — Die Umgestaltung des Handels durch den Schnellnachrichtendienst tritt auch in der Börsentechnik hervor. Die Lieferung- und Termingeschäfte, die Abschlüsse auf die Zukunft, sind in großem Ausmaß entstanden. An Stelle der früheren Kolonialwaren sind in unserer Zeit Getreide, Baumwolle, Wolle, Kohle, Erze, Zucker, Kaffee zur Grundlage des Welthandels geworden; sie besitzen ihre bestimmten Märkte an den Zentralpunkten des Handels. Neue Zweige hat dem Börsenhandel der Schnellnachrichtenverkehr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0256

durch die Arbitragegeschäfte ermöglicht, bei denen die von einem fremden Platze gemeldete Börsennotiz von allgemeinen marktgängigen Waren (und Wertpapieren) mit der Preisnotierung des eigenen oder eines dritten Platzes verglichen wird, um auf Basis dieser Vergleiche den für den Kauf oder Verkauf günstigsten Platz zu wählen.

Die — hier nur ganz kurz — geschilderten Wirkungen auf Handel und Preisbildung werden erst voll erreicht durch die Mitwirkung der Presse. Die Presse verbreitet die durch den Schnellnachrichtendienst ermittelten Grundlagen für die Preisbildung und die Preisnotizen in die entlegenste Hütte. Jeder Bauer kann sich inerhalb seines Erzeugungsbereichs danach richten. So ist eine Weltmarktpreisbildung überhaupt erst durch die Preisnotierungen der Börse usw. und ihre Veröffentlichungen durch die Presse, heute unterstützt durch den Rundfunk, völlig durchgeführt worden. Das Welt-Telegraphennetz hat aber erst mit der Möglichkeit, von allen Orten wichtige Ereignisse aller Art sofort überall hin bekannt zu geben, das Zeitungswesen auf die Höhe gebracht, die es heute einnimmt.

Einen immer wachsenden Teil des Nachrichtenverkehrs vermittelt heute auch das Flugzeug, das sich im Laufe weniger Jahre dank seiner überragenden Beförderungsgeschwindigkeit, obgleich die Betriebssicherheit noch erheblich hinter der der Landstrich- und Wasserverkehrsmittel zurücksteht, bereits als wichtigster Mittler zwischen den Handels- und Verkehrsmittelpunkten der Welt erwiesen hat. Ein Netz von Flugposten hat sich in allen Kulturländern entwickelt, und die Postbeförderung ist das Rückgrat des künftigen Weltluftverkehrs. Die wichtigsten Luftpostfragen sind auf der ersten Weltluftpostkonferenz im Haag im September 1927 in zwei zwischenstaatlichen Abkommen über Beförderung von Briefpost und Postpaketen auf dem Luftweg vereinbart worden. Seit dem 1. Juli 1930 sind an deren Stelle die im Weltpostvertrag von 1930 enthaltenen „Bestimmungen über die Beförderung von Briefsendungen auf dem Luftwege“ und die „Bestimmungen über die Beförderung von Postpaketen auf dem Luftwege“ getreten. Den Austausch von Luftpostzeitungen regeln Einzelvereinbarungen zwischen den Postverwaltungen. Außerdem bestehen Sondervereinbarungen über die Benutzung privater Luftverkehrseinrichtungen in fremden Ländern. Im Oktober 1930 beschäftigte sich ein von Vertretern zahlreicher europäischer Postverwaltungen beschickter Kongreß in Brüssel mit Luftpostfragen, namentlich darüber, ob und unter welchen Bedingungen zuschlagfreie Briefpostsendungen im zwischenstaatlichen Verkehr auf dem Luftwege befördert werden können. Vorläufig wird freilich der im Weltpostvertrag festgelegte Grundsatz der Erhebung von Luftpostzuschlägen aufrecht erhalten werden.

Im Jahre 1932 ist eine Welttelegraphenkonferenz und eine Weltfunkkonferenz in Madrid geplant, die vielleicht gleichzeitig abgehalten werden. Man wird zu dieser Konferenz Vorschläge für eine Fusion des Welttelegraphenvertrages und des Weltfunkvertrages ausarbeiten. Wenn eine solche einheitliche Regelung des gesamten Weltnachrichtendienstes durch einen einzigen Vertrag zustande käme, würde für die künftige Organisation des Weltschnellnachrichtendienstes die Madrider Tagung von grundlegender Bedeutung werden.

Im Welttelegrammverkehr macht sich überall ein Rückgang bemerkbar, der durch die Konkurrenz des Funkverkehrs, des Luftverkehrs und vor allem des Drahtfernsprechdienstes entstanden ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0257

Die Ueberlegenheit des Fernsprechers beruht darauf, daß der unmittelbare mündliche Gedankenaustausch in Rede und Gegenrede den Bedürfnissen des Verkehrs in vielen Fällen besser und auch mit schnellerem Erfolge gerecht wird, als der schriftliche Schnellverkehr. Die Fortschritte im Fernsprechen auf Leitungen sind außerordentlich. Die Entfernungen von Land zu Land und von Erdteil zu Erdteil sind dank der technischen Vervollkommnung sowie der Fortschritte des Funkwesens für den Fernsprechverkehr nahezu überwunden. Die Sprechverständigung wird ständig erhöht, die Fensprechnetze schließen sich zusammen, der Betrieb wird dank der eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit gewährleistenden Tätigkeit des Zwischenstaatlichen Beratenden Ausschusses für den Fernsprechweitverkehr (Comité consultativ International, CCI.) vereinheitlicht, die Linien und Netze immer mehr ausgenutzt. Das größere Sicherheit und einen besseren Verkehr gewährleistende unterirdische Fernkabelnetz wird ständig vemehrt ,ebenso das unterseeische Fernsprechnetz. Für das erste transatlantische Fernsprechkabel von Irland nach Neufundland sind die Vorarbeiten im Gange. Gegenüber den bestehenden Funkspruchverbindungen besitzt ein solches Ueberseefernkabel den Vorteil größerer Betriebssicherheit, einer vollkommneren Sprachübertragung und der Schaffung eines ununterbrochenen Fernsprechverkehrs. Die Kosten sind freilich erheblich; sie werden auf 10 bis 15 Mill. Dollar einschließlich Ausrüstung und Auslegung geschätzt. Eine bessere Ausnutzung des Anlagekapitals würde entstehen, wenn es gelingt, das Kabel gleichzeitig für den Sprech- und für den Telegraphenbetrieb nutzbar zu machen. Durch den Ausbau des „alleuropäischen Fernkabelnetzes" sind die europäischen Staaten fast restlos in das zwischenstaatliche Fernsprechnetz eingezogen. Deutschland, das durch seine geographische Lage einen wichtigen Vermittler im europäischen Fernsprechdienst darstellt, marschiert an der Spitze aller europäischen Länder mit einem Fernkabelnetz für den Weltverkehr von rd. 9000 km Ausdehnung.

Kaum je gibt es auf dem Gebiete der praktischen Verwertung technischer Erfindungen ein Beispiel für den erstaunlichen Fortschritt, den das Funkwesen erreicht hat. 1888 entdeckte der deutsche Physiker Heinrich Hertz die elektromagnetischen Wellen. Darauf fußend erreichte unter Benutzung bekannter Einzelteile der italienische Student Marconi 1897 in England eine drahtlose Verständigung auf wenige Kilometer. Im April 1910 war er in der Lage, einen regelmäßigen funktelegraphischen Verkehr mit Irland und Nordamerika zu eröffnen. 1912 konnten von der deutschen Funkversuchsstation Nauen dank der Ausarbeitung eines deutschen Systems durch die Prof. Slaby-Wien, Braun, Graf Arco Nachrichten nach der amerikanischen Gegenstation Sayville gefunkt werden. Dann entwickelte sich der Weltfunkdienst mit Riesenschritten, und heute überspannt das Netz die ganze Erde; ständig wird es durch zahlreiche Verbindungen mit neuen Maschen bereichert. Das Funkfernsprechwesen hat einen lebhaften Aufschwung genommen: da auf dem Drahtwege ein überseeischer Sprechverkehr noch nicht zu erzielen war, nahm man zu der Funksprechverbindung seine Zuflucht. Heute besteht ein Funkspruchnetz von London nach den Vereinigten Staaten, nach Aegypten, Indien und Australien, von Berlin nach Buenos-Aires, Rio de Janeiro, Niederländisch Indien, von Paris nach Buenos Aires und Rio de Janeiro, von den Niederlanden nach Niederländisch Indien, von Nordamerika nach Südamerika. An dem Verkehr mit Amerika über die Verbindung London—New York konnten alle Länder teilnehmen, deren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-1192015453-167633491931-18/fragment/page=0258

Einrichtungen den Bedingungen entsprachen und die geeignete Verbindungen mit London hatten. Ein regelmäßiger und sicherer Flugverkehr ist ohne die Unterstützung des Funkdienstes nicht möglich. Im Schiffsdienst, lange Zeit das alleinige Betätigungsfeld des Funk, hat er sich unentbehrlich gemacht und sogar eine Funksprechverbindung mit dem Lande ermöglicht. Immer mehr bürgert sich die Bildtelegraphie auf Drahtwege und drahtlosem Wege ein. Der Rundfunk, von vielen Millionen ständig benutzt, ist im Begriff, wie schon erwähnt, zum Weltrundfunk sich auszuwachsen. Wichtige zwischenstaatliche Probleme sind dadurch entstanden. Sie werden zu lösen versucht durch den „Weltrundfunkverein", der fast alle europäischen und eine große Anzahl außereuropäischer Länder umfaßt, durch den „Zwischenstaatlichen Beratenden technischen Ausschuß für den Funkverkehr" und auch durch gegenseitige Abkommen der Telegraphenverwaltungen. Ueber den internationalen Rundfunkprogrammaustausch hat bereits eine Reihe von Ländern Abkommen getroffen oder Verhandlungen eingeleitet. Die Zahl der Rundfunksender beträgt jetzt in Europa 220, in Amerika 788; ein Zeichen der gewaltigen, im Tempo alles Bisherige übertreffenden Entwicklung dieses universellen Schnellnachrichtendienstes.

Rußland und die kapitalistische Krise

Von M. J. Bonn.

(Nachdruck nicht gestattet.)

Die wirtschaftliche Krise der Gegenwart unterscheidet sich, abgesehen von ihrem Umfang, durch zwei Momente von den Krisen der Vergangenheit. Die Krisen der Vergangenheit sind schließlich dadurch endgültig überwunden worden, daß hinter ihrem Ablauf die Möglichkeit der Erschließung irgendeines großen Stückes weltwirtschaftlichen Neulandes sichtbar war. Wenn man es paradox ausdrücken will, so kann man insbesondere in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts den Ursprung der Krisen in den plötzlich eintretenden Produktionsüberschüssen sehen, welche die Neuländer nach erfolgter Erschließung auf den Markt warfen. Ihre Ueberwindung erfolgte dadurch, daß hinter ihnen wieder neue Neuländer standen, die einen so großen Teil des von der Krise verbilligten Kapitals benötigten und solche Anforderungen an Menschenkraft stellten, daß ein neuer Aufschwung erfolgte, der seinerseits wieder nach Vollendung der Erschließung eine Ueberproduktion hervorrief. Auf dem Gebiete der Weizenproduktion kann man diese letzte Phase in der heutigen Krise deutlich feststellen. Sie ist das Ergebnis der Inangriffnahme des letzten Westens, der Besiedlung und Erschließung des nordwestlichen Kanada.

Es scheint aber nicht, daß heute ein neuer allerletzter Westen hinter dem letzten Westen steht. Weltwirtschaftlich scheint man sich in der Tat mit der Formel „Im Westen nichts Neues" bescheiden zu müssen. Natürlich ist die Welt als Ganzes noch nicht voll erschlossen. Aber gerade die Produktion der Neuländer ist so gewaltig entwickelt worden, daß kaum ein Anlaß zur Intensivierung der noch nicht voll ausgenutzten Produktionsmöglichkeiten vorliegt. Es hat nicht viel Zweck, Kapital und Menschen in neue Länder hinzuleiten, wenn die Produktion, der sie dort obliegen können, sich nur auf Güter erstreckt, deren Nachfrage nicht elastisch ist. Wir brauchen kein neues Weizendorado, und wir sind mit Roh-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0259

stoffen und Nahrungsmitteln ausreichend versorgt. Die Wendung der Kapitalien und Menschen zu neuen ergiebigeren Produktionsfeldern hätte daher nur Sinn, wenn sie die Auflassung der alten Produktionseinrichtungen zur Folge haben sollte. Falls heute ein neuer fruchtbarer menschenleerer Erdteil aus dem Weltmeere aufsteigen sollte, würde seine Erschließung uns daher vor große Probleme stellen. Sie hätte nur Zweck, wenn man durch ihre Inanspruchnahme Menschen und Kapitalien für so lange binden könnte, daß sich anderswo die Umstellung von selbst vollzieht. Man müßte natürlich für seine industrielle Ausrüstung gewaltige Kapitalien aufbringen, die die alten Werkstätten zweifelsohne lange beschäftigen und die Arbeitslosigkeit damit abdämpfen würden. Das Ganze aber hätte nur Sinn, wenn die neuen Siedler ein halbes Menschenalter hindurch mit Eigenversorgung beschäftigt wären, so daß ihr Wettbewerb die Produktion der anderen Rohstoffländer nicht vermehren würde. Das müßte in letzter Linie eine Stundung der Zinsen gegenüber den Gläubigerländern für lange Frist bedeuten, falls es nicht möglich wäre, Produktionszweige einzurichten, die neue, bis jetzt unbefriedigte menschliche Bedürfnisse versorgen. Solcher Bedürfnisse gibt es in den alten Ländern viele, insbesondere zum Beispiel auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Die Fehlleitung der Kapitalien nach übersetzten Produktionszweigen ist zweifelsohne eine der Hauptursachen der Krise gewesen. Eine Ueberwindung kann aber nicht dadurch stattfinden, daß neue Zuwendungen in die gleichen Produktionszweige erfolgten, denn wenn die neuen Produktionsstätten in der Tat ergiebiger wären, so würde sich nur die Fehlleitung in der Zuwendung der Kapitalien zu den alten feststellen lassen. Das Raumproblem, über das so viel geredet wird, ist eigentilch nicht das Problem, an dem wir heute kranken. Als Ganzes gesehen, leidet die Welt nicht an Mangel. Die moderne Technik hat den Ueberfluß möglich gemacht — schließlich bedeuten technische Erfindungen, wie die Herstellung des Stickstoffes aus der Luft, genau dasselbe, was früher die Entdeckung neuer ergiebiger Fundstätten bedeutet hat. Diese Verschiebung des Kolonialproblems — wenn man es so nennen will — ist die Eigenart der Krise der Gegenwart.

Die andere liegt auf einem ganz anderen Gebiet. Jede Krise ist das Ergebnis tiefgehender Störungen im Verteilungsapparat der Weltwirtschaft. So lange der Produktionsapparat einen verhältnismäßig starren Charakter besitzt und das Sozialprodukt infolge mangelnder natürlicher Ergiebigkeit und unentwickelter Technik nur schwer gesteigert werden kann, tritt das Verteilungsproblem hinter dem Produktionsproblem zurück. Heute herrscht in der ganzen Welt die Empfindung, daß man die ausreichende Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen technisch leicht vollziehen könne und daß die Schwierigkeiten in dem mangelhaften sozialen Aufbau der modernen kapitalistischen Gesellschaft liegen. Das ist an und für sich nichts Neues. Es ist in jeder Krise, allerdings mit geringerer Berechtigung, betont worden. Das Neue ist, daß heute neben der privatkapitalistischen Welt ein sozialkapitalistischer Staat steht, Sowjetrußland, der mit souveräner Ungeniertheit behauptet, seine Bevölkerung sei von der Weltkrise in keiner Weise berührt, da diese ausschließlich die Folge des privatkapitalistischen Systems sei. Die Tatsache, daß es in Rußland keine Krise, das heißt keine Arbeitslosigkeit im westeuropäischen Sinne gibt, braucht man nicht zu bezweifeln. Auch in Afghanistan

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0260

und in Persien oder selbst in der Türkei dürfte eine solche nicht bestehen. Ein koloniales Land mit unerschöpften Hilfsquellen, das in seinen europäischen Teilen eine Bevölkerungsdichte von nur zwanzig Personen ,in seiner asiatischen Teilen sogar von nur zwei Personen — also kaum mehr als die Hälfte von Argentinien oder von Brasilien aufweist — und das seine Industrien gerade erst aufzubauen beginnt, hätte auch beim privatkapitalistischen System keine Arbeitslosigkeit und keine Absatzkrise für industrielle Produkte.

Man kann die technischen Errungenschaften der russischen Regierung beim Aufbau ihrer Industrien ohne weiteres anerkennen. Es gehört aber die ganze Wirklichkeitsscheu des modernen Europäers dazu, um sich darüber zu wundern, daß ein Land, das die Einfuhr sperrt, nicht genügend Kapital zur Entwicklung seiner Industrien zur Verfügung hat und dem Westen nachhinkt, die Probleme des Westens noch nicht besitzt. Rußland befindet sich etwa in dem Zustand wie die Vereinigten Staaten, als der Westen geöffnet wurde, nur mit dem Unterschied, daß man heute die technischen und organisatorischen Methoden mühelos nachahmen kann, die man damals erfinden mußte. Es ist, rein technisch betrachtet, sicher eine gewaltige Leistung, daß Rußland durch Steigerung des Ausbeutungssatzes der Arbeiterschaft über den Grad hinaus, der dem habgierigen Kapitalismus gestattet wäre, erhebliche Kapitalsmengen akkumuliert, mit denen es seine Industrie aufzieht. Ein Land, das für Zwecke der Rohstoffproduktion sich die nötigen Arbeitskräfte durch Arbeitszwang beschaffen muß, das die Arbeiter von einem Industriezweig in den anderen zwangsmäßig verschickt und trotz aller Anspannung des gesamten Industrieapparates eine Versorgungsquote hat, in bezug auf Kleidung, Wohnung usw. zum mindesten, die nicht nur weit unter der durchschnittlichen europäischen steht, sondern die niedrigste Quote kaum übertreffen dürfte, hat keine Arbeitslosigkeit. Das Gefühl der gleichmäßigen Unterversorgung aller kann zweifelsohne bei den Beteiligten das Gemeinschaftsgefühl kommunistischen Stolzes auslösen; zum statistischen Renommieren eignet es sich nicht. Daß die Armut von der Poverté kommt, ist eine bekannte Geschichte; nun sollen wir glauben, daß der Reichtum von ihr kommt.

Eine klare Vorstellung des Erreichten erhält man, wenn man einmal den russischen Außenhandel mit dem anderer Länder vergleicht. Einfuhr und Ausfuhr Rußlands, mit seinen 114 Millionen Einwohnern, sind etwa halb so groß wie Ausfuhr und Einfuhr des zehn Millionen Menschen umfassenden Kanada. Sie sind etwa doppelt so groß wie Ausfuhr und Einfuhr des wenig über drei Millionen Menschen zählenden irischen Freistaates. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, ergibt sich für 1930 eine Einfuhr von 20 Mark in Rußland gegen eine Einfuhr von 400 Mark in Irland, beziehungsweise von 500 Mark in Kanada, und eine Ausfuhr von 18 Mark aus Rußland gegen 300 Mark aus Irland und 420 Mark aus Kanada. Selbst wenn man alle Schwierigkeiten mit in Rechnung stellt, so heißt das doch nichts anderes, als daß das kapitalistische System in Ländern, die an natürlichen Hilfskräften sicher nicht reicher sind als Rußland, sehr viel größere Ergebnisse zu zeitigen vermag, als das sowjetrussische bis jetzt produziert hat. Und die Lebenshaltung in diesen beiden Ländern ist jedenfalls sehr viel höher. Dabei ist es ja nicht so, daß die industrielle Entwick-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0261

lung Rußlands mit Einführung des Sowjetsystems begonnen hat. Trotz aller Zerstörung, die Krieg und Kriegsfolgen in Rußland hervorgerufen haben — und der größte Teil der Kriegszerstörung hat sich überdies im heutigen Polen abgespielt —, so ist das Sowjetsystem der Erbe einer nicht unerheblichen kapitalistischen Ausstattung gewesen, die es sich kostenlos angeeignet hat. Man braucht also objektiv sich von der russischen Propaganda nicht einschüchtern zu lassen. Man kann die tüchtige technische Arbeit anerkennen; man hat aber gar keinen Anhaltspunkt, der russischen Propaganda zu glauben, daß sie in kürzerer Zeit mehr geleistet hat, als das kapitalistische System hätte leisten können, weder nach der Produktion, noch nach der Verteilungsseite. Denn wenn man auch nicht alle Räubergeschichten zu glauben braucht, die über die Zwangsarbeit in den russischen Holzfällerlagern verbreitet werden, so scheint doch das, was dort vor sich geht, sich an kapitalistische Vorbilder aus der Zeit der kapitalistischen Negersklaverei eng anzulehnen.

Auf der anderen Seite muß man sich aber klar sein, daß mit objektiven Schilderungen und kritischer Betrachtung sozialen Bewegungen gegenüber nichts erreicht wird. Die Nöte des kapitalistischen Systems werden von den benachteiligten Schichten der kapitalistischen Gesellschaft empfunden; selbst wenn sie die Nöte der russischen Bevölkerung glauben, so empfinden sie sie nicht. Derjenige, der Not und Elend als Benachteiligter ertragen muß, während andere Bevorzugte von ihnen nicht getroffen werden, sieht in der russischen Gleichheit der Leiden und Versorgung, oder eigentlich in der Ungleichheit der Leiden und Versorgung, von der die besonders Benachteiligten, die Klassenfeinde, in Rußland betroffen werden, ein weitaus besseres System. Mit dem Hinweis auf russische Leiden kann man die europäischen Arbeitslosen nicht unempfindlich gegen ihre Nöte machen. Wenn das kapitalistische System ihrer Ansicht nach versagt, so ist es ganz natürlich, daß sie auf das russische System hinweisen, das von ihnen begreiflicherweise frei zu sein scheint. Die Tatsache, daß es in der heutigen Krise ein Sowjetsystem gibt, mit dem man Vergleiche anstellen kann, verleiht dieser Krise die zweite besondere Note. Wenn der Kapitalismus nicht zeigen kann, daß er erheblich mehr zu leisten vermag als das russische System zu leisten vorgibt, ist seine Zukunft in Europa nicht gesichert.

Die Sowjetregierung zwingt mit anerkennenswerter Konsequenz die europäischen und amerikanischen Kapitalisten, die Handel mit ihr treiben wollen, unter die Regeln ihres sowjetistischen Systems. Die westlichen Kapitalisten und die Regierungen aber, auf die sie Einfluß haben, lassen sich diesen Zwang gefallen. Sie bestehen im Verkehr mit Rußland nicht darauf, die Regeln der kapitalistischen Wirtschaftsführung durchzusetzen. Es ist eine ganz gewaltige politische Leistung, daß die Russen mit ihren geringen wirtschaftlichen und politischen Machtmitteln den Führern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Bedingungen vorschreiben, unter denen sie mit ihnen Handel treiben dürfen. Es ist begreiflich, daß sie an ihre Zukunft glauben und ein System verachten, das sich selbst nicht respektiert.

Der Gesamtbetrag des russischen Handels fällt eigentlich für die Welt nicht ins Gewicht. Was Rußland an Rohstoffen und Nahrungsmitteln dank niedrigster Lebenshaltung aus seinen Agrar-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0262

bevölkerungen herauspreßt, ist zum Fortbestand der westlichen Welt nicht nötig. Im Gegenteil. Abgesehen von ganz wenigen Metallen würden sich die Rohstoffproduzenten der Welt wahrscheinlich wohler befinden, wenn man die russische Einfuhr nach Europa sperrte. Auf der andern Seite ist die Einfuhr nach Rußland für Rußland lebensnotwendig; denn sonst würde sie nicht stattfinden. Ihr Umfang ist, wenn man alle beteiligten Wettbewerber betrachtet, nicht erheblich. Insbesondere dann nicht, wenn man sich den komplizierten Kreditapparat vorstellt, der nötig ist, um sie in die Wege zu leiten.

Es ist gar kein Zweifel, daß Rußland, wenn es der kapitalistischen Erschließung geöffnet wäre und den Versuch machen würde, seine Bewohner mit Industrieprodukten menschenwürdig zu versehen, der Weltindustrie den zusätzlichen Absatz geben könnte, den sie zurzeit benötigt. Es ist allerdings zweifelhaft, ob die Waren, mit denen die Zahlungen seitens Rußlands bewerkstelligt werden müßten, die Krise vermindern würden: Weizen, Oel und Holz gibt es übergenug. Aber dieses Problem steht ja nicht zur Erörterung. Die russische Regierung denkt nicht daran, den kapitalistischen Ländern die russischen Erschließungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Sie läßt den Bedarf tropfenweise herein und spielt mit anerkennenswerter Geschicklichkeit eine kapitalistische Macht gegen die andere aus. Sie sucht die russische Industrie zum großen Teil aus der russischen Kapitalsakkumulation aufzubauen und die Verschuldung an das Ausland nur sehr kurzfristig zu gestalten. Dank der Tatsache, daß sie in rücksichtsloser Weise den Mehrwert am russischen Bauer und Arbeiter auspressen kann, gewinnt sie ausreichende Rohstoffe, um das benötigte Sachkapital vom Ausland einzuhandeln. Die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands wird dadurch verlangsamt. Sie würde viel schneller vor sich gehen, wenn Rußland große Auslandsanleihen bekommen könnte. Aber diese Auslandsanleihen wären einmal ohne Verstärkung der Agrarkrise in der Welt nicht zu verzinsen. Sie wären zum andern ein echtes Beispiel der „Totengräberpolitik", wie man die Industrialisierung agrarischer Staaten durch Kapitalsausfuhr genannt hat. Diese Totengräberpolitik ist in Ländern, in denen das kapitalistische System herrscht, im großen ganzen nicht gefährlich gewesen. Nicht die Kapitalsausfuhr, sondern der Krieg und der darauffolgende Nationalismus haben die überschnelle Industrialisierung der Neuländer zur Folge gehabt.

Die schnelle Industrialisierung Rußlands unter dem bolschewistischen System wäre in der Tat eine solche Totengräberpolitik. Denn der russische Staat, der Staatsindustrien großgezogen hat, kann und muß eine rücksichtslose Prohibitionspolitik für Industrieeinfuhr treiben. Er wird außerdem, sobald seine Industrien so groß geworden sind, daß ihnen der einheimische Markt nicht mehr genügt, eine Ausfuhrpolitik treiben, die den Absatz der kapitalistischen Industrieländer in ganz anderer Weise gefährden wird, als es heute schon der Absatz der Neuländer (Japan zum Beispiel) mit niedrigen Lohnkosten tut. Er würde das Dumping, das die kapitalistische Welt bis jetzt ja eigentlich nur schüchtern betrieben hat, einmal im großen Stil entwickeln. Denn bei einer Wirtschaft, die nicht die Produktionskosten der einzelnen Ware berechnen muß, sondern die gesamten Produktionskosten nach Bedarf auf die gesamte Warenerzeugung verteilen kann, besteht nie eine Schwierigkeit, überschüssige Waren in den gewünschten Mengen zu Preisen auf

den Weltmarkt zu werfen, mit denen die Wettbewerber nicht konkurrieren können. Daß Dumping schließlich nichts anderes bedeutet als Konsumeinschränkung der einheimischen Bevölkerung zu Zwecken der Ausfuhrerleichterung, macht es besonders leicht in einem Lande, wo die Lebenshaltung von der Regierung kontrolliert wird. Die Unmöglichkeit für die russische Regierung, die großen Kredite, die sie haben möchte, zu erhalten, hat sie gezwungen, die Agrarproduktion zu steigern und einen agrarischen Ueberschuß mit den technischen Methoden der amerikanischen Großgüter auf der einen Seite, mit Unterernährung auf der anderen Seite aus dem Lande, herauszupressen. Das stört die westliche Agrarproduktion, obwohl es mengenmäßig nicht so sehr ins Gewicht fällt; es verzögert aber auch die industrielle Entwicklung Rußlands verhältnismäßig, viel mehr als es durch reichliche Kapitalsgewährung an Rußland geschehen wäre. Das mag einen vorübergehenden Nachteil für die Industrien haben, die gern mit gepumptem Geld den Russen Riesenunternehmungen fix und fertig hinstellen möchten. Es verringert die Gefahr für die kapitalistische Welt, die in einem technisch voll ausgerüsteten Rußland keinen Absatz zu suchen hätte, während dessen Ueberproduktion — und wo man Unterkonsumtion befehlen kann, ist Ueberproduktion sehr leicht zu erreichen — eine Gefahr für die ganze westeuropäische Industrie zur Folge hätte.

Die russische Regierung ist heute in der Lage, modernsten technischen Fortschritt ohne Zinsbelastung für Anlagen, verbunden mit sehr niedrigen Löhnen, auf niedrigster Lebenshaltung beruhend, zu kombinieren, und so eine Konkurrenz langsam heranzuziehen, die sich einstweilen nur deswegen nicht auswirkt, weil der mengenmäßige Fortschritt verhältnismäßig gering ist und weil die Belastung mit fremden Experten und die psychologischer Rückständigkeit des russischen Arbeiters einstweilen die Kosten noch erhöhen. Die Ziele, denen sie zustrebt, sieht man aber bereits ganz deutlich.

Man hat nicht den Eindruck, daß der westliche Kapitalismus diese Gefahren klar erkennt. Seine Vertreter sind zwar immer bereit, zu Hause Gelder für die Bekämpfung des Kommunismus auszugeben; sie halten es aber für zweckmäßig, die Zentrale, von der der westliche Kommunismus lebt, durch Kredite und Lieferungen auszubauen. Seine Vertreter sind anscheinend nicht nur nicht imstande, die Wirtschaft in der kapitalistischen Welt so zu führen, daß ihre mögliche Ueberlegenheit klar zutage tritt; sie tuen auch ihr Bestes, um dem antikapitalistischen System Gelegenheit zu geben, zu zeigen, was es kann.

Um Volk und Reich und Wirtschaft vor hundert Jahren

Die Auflösung Deutschlands in viele kleine, ohnmächtige Staaten hat dem Charakter der Nation das Gefühl von Würde und Selbständigkeit genommen, das bei großen Nationen Macht und Unabhängigkeit erzeugt, und hierdurch das Eindringen fremder Sitten erleichtert; es hat ihre Tätigkeit abgeleitet von den größeren Nationalinteressen auf kleinere örtliche und staatsrechtliche Verhältnisse,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0264

es hat Titelsucht und das elende Treiben der Eitelkeit, Absichtlichkeit, Ränke durch die Vervielfältigung der kleinen Höfe vermehrt. Abgaben und Militärleistungen waren in den größeren deutschen Territorien höher als in den großen europäischen Monarchien.

*

Es liegt in der Natur eines Bundes kleiner Staaten, daß seine Mitglieder eine herrschende Neigung zur Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Vergrößerung haben. Die Natur des Menschen erklärt die Gründe dieser Erscheinung, und die Geschichte aller föderativen Staaten stellt sie dar. Man kann ihre Wiederholung nur vermeiden, wenn man die Leitung der äußeren Verhältnisse und des Kriegswesens dem Oberhaupt des Bundes anvertraut, mit Zuziehung des Bundestages.

*

Das Merkantilsystem, welches die Einfuhr leitet, läßt sich aber selbst nach den Smithschen Grundsätzen rechtfertigen, der eine Balance der Erzeugung zur Verzehrung annimmt, also den Staatsmann berechtigt, Anstalten zu treffen, die die Erzeugung vermehren und die Verzehrung ausländischer Gegenstände vermindern — entweder durch Verbot und Erschwerung des Ueberflüssigen oder durch Anstalten, welche die einländische Erzeugung befördern. Diese Anstalten können entweder die Unterstützung mit Kapitalien oder Leitung des Unterrichts der gewerblichen Klasse sein, um die produktiven Fertigkeiten und Kräfte zu vermehren. Der Haupteinwurf gegen das Schließen des einländischen Marktes gegen fremde Konkurrenz ist der, daß der Umfang der einländischen Industrie den Umfang des einländischen Kapitals nicht übersteigen könne, daß die Handelsgesetze das Kapital ableiten von einer produktiven auf eine weniger produktive Verwendung, und daß, indem man an die Stelle eines auswärtigen, wohlfeilen Verzehrungsgegenstandes einen einheimischen, teureren stellt, man die Rente der Nation vermindert oder die Totalsumme der genußgebenden Gegenstände, die sie kaufen kann. Man behauptet ferner, daß jeder einzelne am richtigsten unter verschiedenen Verwendungsarten seines Kapitals die zweckmäßigste wählt, da er besser imstande ist wie der Staat oder dessen Beamte, dieses zu beurteilen.

Besuchen die ausländischen Waren den einländischen Markt, so wird auf deren Ankauf ein Kapital verwandt, welches auch auf die Erzeugung der einländischen Waren verwandt werden könnte. Ist die einländische Produktion teurer, so wird dadurch zwar das Einkommen verringert, diese mehrere Ausgabe wird aber nur den Genüssen überflüssiger Gegenstände entzogen, und in diesem Fall wirkt die Beschränkung der Einfuhr als Prachtgesetz. Die Nation wird alsdann manches Entbehrliche sich entziehen müssen, sie wieder aber auch vieles produzieren, was sie sonst bei freier Konkurrenz nicht produziert haben würde. Das auf den Ankauf fremder Waren verwandte Kapital wird dem einheimischen Gewerbefleiß entzogen, und das Einfuhrverbot mißleitet nicht die Richtung der einländischen Gegenstände von einem einträglichen auf ein weniger einträgliches Gewerbe, sondern verhindert seine Verwendung auf Gegenstände des fremden Gewerbefleißes.

*

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0265

Eine Nation, deren einländische Produktion noch nicht die Gegenstände des gemeinen Verbrauchs darstellte, würde wohl einen Teil ihres Kapitals den anderen Gewerben entziehen müssen, weil sie diese Gegenstände nicht entbehren kann. Dieses ist aber nicht der Fall, wenn die einländische Industrie Gegenstände des gemeinen Verbrauchs gut und wohlfeil produziert.

Aus den Schriften des Reichsfreiherrn vom Stein

Politische Umschau

Hoover / Brüning / Frankreich.

Als wir vor vier Wochen von dem bevorstehenden Ereignis des deutschen Besuches in Chequers schrieben, war eine so plötzliche Wendung der gesamten Situation nicht zu erwarten, wie sie das überraschende Angebot des amerikanischen Präsidenten Hoover mit dem Vorschlag eines einjährigen Aufschubs aller zwischen den Staaten bestehenden Schuldverpflichtungen schuf. Das Angebot ist zweifelsohne auch als ein persönlicher Erfolg unseres Kanzlers zu verbuchen. Es waren schwere Tage, in denen eine heftige Erregung über die neue Notverordnung das deutsche Volk durchlief, in denen keine normale Schutzmaßnahme der Reichsbank, wie die Diskonterhöhung, der Flut des Mißtrauens Einhalt gebieten konnte, die ihren Ausgangspunkt in dem Zusammenbruch der Oesterreichischen Creditanstalt hatte. Dazu kam die verantwortungslose Krisenandrohung der Deutschen Volkspartei. Die Krisenstimmung aus dem Spätherbst 1923 schien wieder aufleben zu wollen, sie war schon so lebendig, daß der Zusammenbruch des deutschen Finanzmarktes bereits am 16. Juni unausweichlich erschien. Zwei Tage sollte die entspannte innerpolitische Lage Beruhigung bringen; am 19. Juni sah sich das Reichskabinett vor die Notwendigkeit gestellt, über die Erklärung des sofortigen Transferaufschubs zu beraten. Der Bericht, den der amerikanische Finanzminister Mellon an Hoover von London aus gab, veranlaßte diesen zu einem sofortigen Eingriff, um „den Schuldnern Zeit zur Wiedererlangung ihrer nationalen Prosperität zu geben". Deutschland nahm dankbar die ihm gebotene Chance an, ebenso England und Italien. Erwartungsgemäß wurden von Frankreich die ersten Bedenken geltend gemacht; der Gang der Verhandlungen, der nun schon vierzehn Tage währt, ist ein Beweis für die Resistenz, die Frankreich gegen jede Erleichterung in den deutschen Verhältnissen an den Tag legt, in der es wohl einen Angriff auf seine Stellung als europäische Vormacht sieht. Gewiß, zweimal mußte es erleben, daß Dinge geschahen, von denen es nichts wußte: Zollunion und Hooverplan. Eine gewisse Resignation wäre verständlich; aber die immer deutlicher werdende Verzögerungstaktik der Franzosen wird nachgerade unerträglich. „Das Gedeihen Europas und der Welt hängt davon ab, daß diejenigen, die ein tragisches Geschick im Weltkrieg zu Feinden werden ließ, nunmehr entschlossen und weitsichtig auf beiden Seiten sich zu den Entschlüssen aufraffen, welche die Not der Stunde von allen Regierungen und Völkern fordert"; der Reichskanzler hatte es in seiner mitternächtlichen Funkrede auch über die Grenzen im Westen hinaus ausgeführt und weiterhin der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß sich „bei beiderseitigem guten Willen Mittel und Wege finden lassen werden, um das Uebereinstimmende und Gemeinsame in den Interessen der beiden Länder in den Vordergrund zu bringen"; die „Aufgaben, vor denen Frankreich und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0266

Deutschland stehen, sind für beide Länder zu groß und zu dringend, als daß es nicht möglich sein sollte, in vertrauensvollem und rückhaltlosem Meinungsaustausch einen gemeinsamen Boden zu finden, von dem aus die Lösung dieser Aufgaben aussichtsvoll in Angriff genommen werden kann." Was soll noch mehr geschehen, um in der Gemeinsamkeit der Gefahr die Front finden zu lassen, die naturgemäß die gegebene wäre? Es geht hier nicht nur um deutsche Interessen, deutsche Wirtschaft und deutsche Finanzen allein, Europas Existenz ist in seinen Grundfesten erschüttert und nur gemeinsame Arbeit aller Beteiligten vermag der drohenden Gefahr zu begegnen.

Frankreich allein.

Der Plan Hoovers hat überall in den Staaten, die von ihm betroffen wurden, Zustimmung gefunden. Es kam wie ein Hoffnungsschimmer durch das schier unentwirrbare Dunkel der Weltwirtschaft und Weltfinanzen, und alle ergriffen freudig die dargebotene Möglichkeit, die eigene Wirtschaft, die eigenen Finanzen in Ordnung bringen zu können. Es ging so, wie es war, nicht weiter. Nur Frankreich, nach Amerika das kapitalstärkste Land und kraft seiner landwirtschaftlichen Ausgleichsbasis von der allgemeinen Weltkrise weniger berührt, machte Einwendungen über Einwendungen, die schon an einem Erfolg der Gesamtaktion Zweifel aufkommen lassen konnten. Nach fein ausgetüftelten Konstruktionen sollte der deutsche Haushalt weiterhin mit 600 Mill. belastet bleiben, um das Prinzip der Aufrechterhaltung des Young-Planes zu unterstreichen; eigentlich hatte die Erklärung Hoovers, daß die Schuldtilgungseinstellung prinzipiell nichts an der Zahlungspflicht für die interalliierten Schulden in Amerika ändere, jedes Zurückkommen auf dieses Problem vollkommen überflüssig gemacht, noch dazu, wo ausdrücklich klargestellt worden war, daß auch der Young-Plan nur für ein Jahr außer Kraft treten sollte. Frankreich will die Weiterzahlung der ungeschützten Annuität; sowohl in der Deputiertenkammer wie in der Interpellationsdebatte im Senat kam eine Stimmung zum Ausdruck, die an der Generallinie der französischen Politik, in Deutschland die schlimmsten Gefahren zu wittern, festhält. Ein übersteigertes Sicherheitsbedürfnis hat Platz gegriffen und bedient sich aller nur möglichen Mittel. Briand, den man in Deutschland so oft als einen mächtigen Exponenten der französischen Denkart gehalten hatte, muß aus dem Hintergrunde einer Politik seiner Landsleute zuschauen, die dem, was er vertrat, direkt entgegengesetzt ist. Es ist interessant, daß die mit Frankreich eng verbündeten Staaten Polen und Tschechoslowakei bedingungslos dem Hooverplan zugestimmt haben. Selbst Belgien, das auf größere Einnahmen als Frankreich verzichten muß, hat seine Zustimmung gegeben, und England und Italien haben bereits Ausführungsbestimmungen erlassen. Des deutschen Reichskanzlers Angebot zu einer Unterredung mit Laval war mehr als eine große Geste; es war getragen von dem aufrichtigen Willen einer Verständigung, die Laval in der Kammer mit Dingen verknüpfte, die er Brüning unterbreiten werde, die stark nach Bedingungen aussahen. Aber es ist verfehlt, die Angelegenheit politisch auswerten zu wollen, wie Laval es vorhatte; es handelt sich hier um Probleme, die aus sich heraus zu einer sachlichen Lösung drängen. Sollte wider alles Erwarten die Erkenntnis der Franzosen sich gegen das „Feierjahr" weiterhin sperren, so bleibt letzten Endes nur die Hoff-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0267

nung, daß Amerika unter Anwendung eines gewissen Druckes die Notwendigkeit dieser Erkenntnis unterstreichen und durchsetzen wird.

Französische Schuldenpolitik.

Es ist in diesem Zusammenhang von Interesse, sich an das Verhalten bei der Regelung des französisch-amerikanischen Schuldverhältnisses zu erinnern. Es wird noch erinnerlich sein, wie stark gerade aus den Kreisen der französischen Nationalisten gegen Amerika agitiert wurde, das unter allen Umständen auf den einmal eingegangenen Verträgen bestehe. Ebenso erinnerlich wird der Brief Clemenceaus sein, in dem er Amerika beschwor, auf die französische Schuldentilgung zu verzichten, da Frankreich für die „civilisation" schon große Opfer auf sich genommen habe. Caillaux, der nüchternere und weniger pathetische Finanzminister, schloß 1926 mit Mellon ein Abkommen, nach dem Verzinsung und Tilgung der Schuld in 60 Jahren beendet sein sollte. Vor der Annahme des Youngplans aber mit seiner Verquickung der Schuldzahlungen mit den Leistungen der deutschen Reparation, war die Kammer nicht zu bewegen, das Abkommen zu ratifizieren. Erst Poincaré gelang es. Es wirkt um so grotesker, wenn heute Frankreich darauf besteht, daß Verträge und Abkommen geachtet werden müssen. Solche lagen auch dem französisch-amerikanischen Verhältnis zugrunde und trotzdem hat das gleiche Institut sich ganze drei Jahre gesträubt, die einmal eingegangenen Verpflichtungen auch anzuerkennen. Außerdem ist doch wohl auch ein Unterschied darin, ob Deutschland Verträge kündigt als Schuldner oder ob von dritter Seite der allgemeinen Notlage entsprochen wird, den internationalen Schuldenverkehr auf ein Jahr zu unterbrechen. Das ist ein Gesichtspunkt, dem in Frankreich nicht die Bedeutung beigemessen wurde, die ihm zukommt.

Das Ergebnis.

Es war eine harte Probe, diese Zeit, in der Verhandlungen sich aneinanderreihten, Noten gewechselt wurden, Einwendungen, Zusagungen, Absagungen, Vertagungen, Neuanberaumungen in bunter Folge nervenzerrüttend für alle Beteiligten miteinander abwechselten. Aber nach allem Hin und Her, das uns schier endlos dünkte, wurde dem Plan des amerikanischen Präsidenten doch der Erfolg beschieden. Für uns war es allerhöchste Zeit geworden, zumal sich bei der Währungsbank neuerlich Schwierigkeiten zu zeigen begannen. Frankreich stimmt Hoover grundsätzlich darin zu, daß die Zahlung der zwischen den Regierungen bestehenden Schulden auf ein Jahr aufgehoben wird. Deutschland ist verpflichtet, den ungeschützten Teil der Annuität zu zahlen; die Bank für Internationale Zahlungen wird diese Zahlungen in Garantiebonds der Deutschen Reichsbahn anlegen. Der deutscherseits gehegte Plan, die Reichsbahn könne im nächsten Jahr ausländischen Kredit aufnehmen, ist dadurch erschwert worden, da die Reichsbahn als Trägerin des Kredits des Baseler Bankinstituts auftreten müßte: man hat, vergeblich, gehofft, daß es noch möglich sein würde, den Gegenwert der ungeschützten Annuität dem Reich unmittelbar zukommen lassen zu können. Die von der Reichsbahn emittierten Bonds unterstehen den gleichen Bedingungen, die die amerikanische Regierung für die Zinsentragung der aufgeschobenen Zahlungen vorgeschlagen wird; die Amortisationsfrist beträgt zehn Jahre nach dem 1. Juli 1933. Das ist die Uebereinkunft zwischen Frankreich und Amerika, auf die die Welt mit Spannung gewartet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0268

Es sind da aber noch drei Punkte, an denen Amerika nicht direkt interessiert ist, über die die französische Regierung Erklärungen abgab, die durch die Vermittlung der BIZ. eine gemeinsame Aktion der Notenbanken zugunsten der Länder vorschlagen, die besonders unter dem Zahlungsaufschub zu leiden haben. Die Tendenz ist ersichtlich, und die alte Linie der französischen Politik nach Sicherheitsfaktoren ist die gleiche geblieben.

Ueber den Garantiefond soll zwischen Frankreich und der BIZ. ein Uebereinkommen getroffen werden, nach dem Frankreich den für den Fall des Young-Moratoriums vorgesehenen Fond durch monatliche Zahlungen vervollständige, entsprechend dem Bedarf der BIZ. nach den durch Deutschland transferierten Zahlungen, was gegenüber dem früheren Modus eine bedeutsame Erleichterung darstellt.

In der Frage der Sachlieferungen soll ein Ausschuß ernannt werden, der außerdem die technischen Anpassungsbedingungen zu überprüfen haben wird. Weiterhin soll der Ausschuß eine Abstimmung „der tatsächlichen Notwendigkeiten mit dem Geist des Hoovervorschlages" vornehmen. Man darf gespannt sein auf die Richtlinien und Zielsetzungen, nach denen dieser Ausschuß seine Arbeit leisten wird.

Frankreich will sich, trotz der Versicherung des Kanzlers gelegentlich französischer Bedenken gegenüber Amerika, Sicherheit dafür geben lassen, daß die Summe, um die der Reichshaushalt erleichtert wird, „zu ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken gebraucht" wird. Dieses Verlangen steht zwar im Gegensatz zu Lavals Pressekommuniqué, wo es heißt, daß für Deutschland und Frankreich „eine neue Aera" beginnen müsse, „wenn man in Deutschland die Bedeutung und den Sinn der edelmütigen Haltung Frankreichs begreife." Auch wird „das geheiligte (sic!) Recht Frankreichs auf Reparationen" niemals fallen dürfen; der Abschluß des Abkommens werde aber die Wiederkehr des Vertrauens zur Folge haben. Wir Deutsche sind in den 12 Jahren der Nachkriegszeit allerlei Behandlungsmethoden durch Frankreich gewöhnt; wir haben aber nie „Edelmut" verlangt, noch ist er uns irgendwo entgegengebracht worden. Was wir wollen, ist das Recht auf menschenwürdige und vernunftbestimmte Behandlung in der Politik sowohl wie in der Wirtschaft. Wir stehen zu der Rede unseres Kanzlers an Frankreich und sehen allein in der aufrechten Haltung der Gegenseite die erste Voraussetzung zu gemeinsamer Arbeit im Kampf zur Ueberwindung der über der Welt lastenden Not.

Hoover-Plan und Notverordnung.

Nach den Feststellungen der Reichsregierung handelt es sich um einen Betrag von 1600 Mill. RM., der im Reichshaushalt für die Zeit vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1932 durch das „Feierjahr" eingespart wird. Völlig irrig und dazu gefährlich wäre es, diese Summe dazu benutzen zu wollen, die dem Volk durch die Notverordnung auferlegten Lasten erleichtern zu wollen; auch mag darauf hingewiesen sein, daß der Betrag von 1600 Mill. nicht dazu ausreichen würde, um eine Erleichterung dieser Art zu schaffen, zumal etwa 1200 Mill. für das laufende Haushaltsjahr benötigt werden. Gewiß hat die Notverordnung den größeren Teil der öffentlichen Fehlbeträge zur Deckung gebracht, aber es sind doch noch eine Reihe von Lücken vorhanden, deren Füllung die öffentlichen Mittel auch noch recht stark in Anspruch nehmen wird. Da sind

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0269

in allererster Linie die Gemeinden, bei denen man nach den gewiß vorsichtigen Schätzungen Dr. Haekels mit etwa 700 Millionen Defizit zu rechnen hat. Weiterhin ist für das nächste Jahr mit dem Defizit in der Invalidenversicherung zu rechnen, ebenso wie mit einem Ausfall bei der Hauszinssteuer. Wir unterlassen es, näher darauf einzugehen, aber die Feststellung muß hier gemacht werden: es gibt vorläufig gar keine Möglichkeit, an der Notverordnung mehr als die allerschlimmsten Härten zu mildern. Das muß festgehalten und begriffen werden. Es ist, gerade auch psychologisch, vollkommen undenkbar, daß jetzt an den direkten Ersparnismaßnahmen der Notverordnung irgend etwas nachgelassen würde, weder an den Beamtengehältern, noch in der Sozialversicherung, noch in den Ausgaben im Reichshaushalt. An dem finanziellen Endergebnis darf und wird die Reichsregierung nicht rütteln lassen. Die Gemeinsamkeit der Belastung in einer sinngemäßen Anpassung an die äußerste Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen wird auch psychologisch die Voraussetzung schaffen, die notwendig ist, um ein Volk durch Notzeiten hindurchzuführen. Eine Entlastung, die sich dem Produzenten und Konsumenten sofort fühlbar macht, kann nicht eintreten, dafür aber eine Sicherung vor neuen Auflagen und Lasten im nächsten Winter. Das bedeutet schon ungeheuer viel, wenn natürlich ein wirtschaftlicher Aufschwung oder eine Ankurbelung zunächst noch nicht zu erwarten ist. Aber schon die Beruhigung am Geldmarkt dürfte der weiteren Kapitalzurückziehung entgegenwirken, vielleicht sogar einen Anreiz zu Investierungen bieten. Für Deutschland gibt es kein Feierjahr. Es wird weiterhin schwerer und zielbewußter Arbeit und allerstrengster Sparsamkeit bedürfen, um die Chance, die uns der Hoover-Plan bietet, restlos ausnützen zu können. Mit der Rückzahlung der schwebenden Schuld des Reiches würde eine Festigung des deutschen Kredits erfolgen, würde den Banken sowohl wie der Wirtschaft die Möglichkeit der Verringerung der laufenden Schuld an das Ausland bieten und eine große Funktionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ermöglichen. Wir sehen zwar die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt nicht ganz ab, aber vor einem übersteigerten Optimismus möchten wir doch warnen. Wir halten es für richtiger, zunächst ohne solche Erwartungen zu dem zu stehen, was geschehen ist. Die psychologische Auswirkung ist gerade hier von allergrößter Bedeutung.

Zur österreichischen Finanzpolitik.

Der Nationalrat wird in die Sommerferien gehen, ohne die dringendsten Aufgaben erledigt zu haben. Der Bund hat die Haftung auch für die Inlandsverpflichtungen der Creditanstalt übernommen, aber die Bank hat noch immer keine Leitung. Jeder Tag, den dieser Zustand fortdauert, verursacht unwiederbringlichen Schaden. Man streitet, ob der Bund bei der Leitung der Bank, deren unfreiwilliger und einziger Gläubiger er geworden ist, nach sozialistischen, staatskapitalistischen oder privatkapitalistischen Grundsätzen vorgehen soll. Dabei will man nicht einsehen, daß der Bund nur die Aufgabe hat, die Bank so rasch wie möglich wieder loszuwerden. Die Verlustgefahren sind jetzt enorm, außerdem bildet die Bank einen Fremdkörper, der für alle möglichen Gefälligkeiten, für Protektion und Korruption weitesten Spielraum läßt. Um für die Bank wieder Interessenten zu finden, müssen als erstes die Verluste festgestellt und vom Bund gedeckt werden. Dazu aber ist dringend nötig, das Auslandsgeschäft so rasch wie möglich abzustoßen; dazu ist wiederum die Ernennung eines vertrauenswürdigen und ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0270

schulten Finanzmannes notwendig. Weiterhin muß das Inlandsgeschäft, das in der Pflege der Konzernindustrien und der mehr oder minder eingefrorenen Debitoren bestehen wird, von einer Reihe verläßlicher und erfahrener Routiniers überprüft und geführt werden, damit diejenigen Unternehmungen, die das nach Abschreibung der Fehlinvestitionen und älteren Verluste übrigbleibende Kapital nicht verzinsen können, stillgelegt und die übrigen noch gesunden Betriebe in Gang gehalten und gefördert werden können. Das Creditanstaltproblem wird von der Regierung mit ebensolcher Hilflosigkeit behandelt wie von dem früheren Vorstand. So wachsen die Verlustgefahren für den Staatshaushalt von Tag zu Tag. Der Nationalrat hat inzwischen den Gesetzentwurf über die Kürzung der Beamtengehälter auf den Herbst zurückgestellt, während über die Besoldungssteuer noch verhandelt wird, nur die Erhöhung des Tee- und Kaffeezolles ist bislang genehmigt. Die Tabakpreise wurden zwar ebenfalls erhöht, aber das deckt alles nur einen Bruchteil des Budgetdefizits. Ferner wurde die Erhöhung der Getreidezölle ab 1. Juli beschlossen, und zwar von 2 Goldkronen je Meterzentner auf 6 GK, neben einem variablen Zuschlag, den der Hauptausschuß jetzt mit 4 GK festgesetzt hat. Die Nachbesteuerung der Getreide- und Mehlvorräte bewirkt eine sofortige Verteuerung des Brotes um 7½%, die sich bis 15. Juli auf gegen 20% steigern wird. Am 15. Juli tritt der Handelsvertrag mit Ungarn in Kraft; da doppelseitige Präferenz unter allen Umständen als unzulässig erklärt ist, soll die Einschaltung eines Tarifrates, verschiedener Kreditinstitute und eines „Büros zur Förderung des Warenverkehrs zwischen Oesterreich und Ungarn", die die Aufgabe haben, den wechselseitig zugestandenen Kontingenten die Tarif- und Zinsnachlässe zu sichern, die ihnen den Vorsprung vor dem Auslandswettbewerb verschaffen sollen. Dieses System ist erzwungen durch die agrarischen Ansprüche zu Hause und durch das starre Festhalten der Westmächte an der Meistbegünstigung.

Die „Katholische Aktion" / ein päpstliches Rundschreiben.

Der „Bayerische Kurier" veröffentlichte vor wenigen Tagen ein Rundschreiben des Papstes Pius XI. über die „Katholische Aktion", das seine besondere Veranlassung in den gegen katholische Verbände und Organisationen stattfindenden Straßenkundgebungen und Pressefeldzügen in Italien hat. Der Papst hat sich mit der „Azione Catolica" und den ihr nahestehenden und angeschlossenen Jugendbünden identifiziert und sie symbolhaft den Bischöfen unterstellt, unmittelbar vor der Auflösung. Die Geschichte der katholischen Bewegung hat unter dem Faschismus schwere Nackenschläge erhalten: als erstes wurde die Partei der katholischen Populari zerschlagen, ihre Führer ausgewiesen oder ins Gefängnis gesetzt. Dann folgte die Unterdrückung der katholischen Presse. Das faschistische Schulmonopol wurde eingeführt. Schließlich führte der Papst selbst die schon drohende Auflösung der katholischen Pfadfinder durch. Die letzte der Einrichtungen, die Pius unter keinen Umständen fallen lassen will, ist die katholische Aktion. Mussolini, sein weltlicher Gegenspieler, spricht der Kirche im Staat jede Freiheit, jede Souveränität ab. „Sie ist mit ihren Einrichtungen und Menschen den allgemeinen Staatsgesetzen und den Klauseln des Konkordats unterworfen," führte Mussolini in seiner Aussöhnungsrede vom 13. Mai 1929 aus. Aus dieser Auffassung entsprang das Verbot der „Azione Catolica" durch die faschistische Regierung. Man sah in ihr eine verkappte Fortführung der Popu-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0271

lari-Partei und eine Zellenbildung der Opposition, die auf jeden Fall erledigt werden mußte.

Juristisch wird der Streit um Artikel 43 des Konkordats gehen, in dem der italienische Staat die katholische Aktion und die von ihr abhängigen Organisationen anerkennt, solange sie „außerhalb jeder politischen Partei" ihre Tätigkeit „für die Verbreitung und Durchführung der Grundsätze des Katholozismus" ausüben. Die Faschisten behaupten die politische Natur, die Katholiken widersprechen dem. Es geht hart auf hart. Ob es darüber hinaus zu einer Kündigung des Konkordats kommen wird, scheint fraglich. Der Papst hat es seinerzeit selbst als Preis für seine territorialen Verzichte bezeichnet, außerdem stellt es eine Ergänzung des Lateranvertrages dar. Sollte es zu einer Kündigung des Konkordats kommen, so würden gleichzeitig der Lateranpakt wie auch die ganze Aussöhnung hinfällig.

Die Anschauungen der beiden Parteien sind so weltenweit voneinander getrennt, daß alle Komplimente, die der Papst dem faschistischen Regime und seinen Einrichtungen machte, ohne jede Wirkung verbleiben. Lediglich um den Vatikan für seine imperialistischen Ziele zu gewinnen, hat Mussolini sich zu Zugeständnissen herbeigelassen und hat aber auch nie verabsäumt, im gegebenen Augenblick an das bewiesene Entgegenkommen zu erinnern.

In seinem neuerlichen Schreiben, das sich an alle geistlichen Würdenträger der Kirche wendet, legt der Papst Rechenschaft ab über sein Verhalten, das er als „Pflicht zur Verteidigung von Wahrheit und Gerechtigkeit" bezeichnet. „Eine Auffassung vom Staate, der die junge Generation ganz und ausnahmslos vom ersten Kindesalter bis zu den Jahren der vollen Reife in Anspruch nimmt, sei für einen Katholiken unvereinbar mit der katholischen Lehre und auch nicht vereinbar mit dem natürlichen Recht der Familie." Hier liegt die Scheidung; kein Kompromiß wird die Kluft, die Duce und Papst trennt, überbrücken. Es bleibt zweifelhaft, ob die Macht der katholischen Kirche in Italien siegreich bleiben wird im Kampf „um Wahrheit und Gerechtigkeit", im Kampf um „die christliche Erziehung und die christliche Bildung der Jugend." Gegenüber der „Menschenwillkür" müsse diese Erziehung mit „einer Unnachgiebigkeit, die unmöglich weichen und sich beugen werde" gefordert werden. Der Konflikt als solcher scheint uns typisch zu sein für zwei geistige Strömungen der Gegenwart. Mit um so größerem Interesse werden wir das Ergebnis der italienischen Auseinandersetzungen erwarten.

Der Berliner Vertrag.

Deutschlands Stellung zu Rußland, die seit dem Vertrage von Rapollo in ihrer Konsequenz zum Berliner Vertrag von 1926 geführt hatte, wurde durch die Verlängerung dieses hochpolitischen Vertrages aufs neue befestigt. Der Vertrag enthält ein Neutralitätsversprechen für den Fall eines unverschuldeten Angriffs auf eine der vertragschließenden Regierungen durch eine dritte Macht, sowie die Versicherung der Unterlassung der Beteiligung an einem wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott. Auch ist in dem Vertrag der Grundsatz der Verständigung über alle Fragen festgelegt worden, die beide Länder gemeinsam betreffen. Die Verlängerung des nunmehr unbefristeten, ohne besondere Kündigung weiterlaufenden Vertrages ist ein Beweis dafür, daß die Haltung Deutschlands gegenüber Rußland richtig gewesen ist, trotzdem sie oft als

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0272

falsch für Deutschland interpretiert wurde. Die Vereinigten Staaten erkannten Sowjetrußland zwar nicht an, leiteten jedoch mit seiner Regierung Geschäftsbeziehungen ein, die zu einer Reihe von rechtlichen Inkonsequenzen und Reibungen führten; Englands Haltung war wechselnd und entsprach den jeweiligen Chancen, die man dem Sowjetstaat gab, und hatte zur Folge, daß die Beziehungen der englischen Wirtschaft zu Rußland sehr schwach waren. Frankreichs Versuch der Bildung einer Kampffront gegen Sowjetrußland und seinen Handel war gescheitert und hatte zu neuen Konsequenzen geführt. Deutschland hingegen hatte ein Interesse an der Wahrung seines wirtschaftlichen und politischen Regimes und konnte das am ersten durch eine konsequente und streng neutrale Haltung, zu der sich nach den Verlautbarungen der letzten Tage auch Frankreich insofern entschlossen zu haben scheint, als es mit dem von Rußland geforderten Nicht-Angriffs-Pakt sich einverstanden erklären wird, um auch das bestehende Lizenzsystem zu beseitigen, unter dem die französische Einfuhr nach Rußland stärker gelitten hat als umgekehrt. Dabei ist zu beachten, daß es Rußland mehr auf das Zustandekommen von Lieferungsverträgen ankommt sowie auf die Beschaffung des dazu erforderlichen Kredits als auf die Aufnahme einer Anleihe. Wir haben alles Interesse daran, die russisch-französischen Verhandlungen zu beobachten und zu betonen, daß der Vertrag mit Rußland seinen Sinn für uns in dem Augenblick verliert, in dem Rußland in die französisch-polnische Politik im Osten einschwenkt und damit einer Politik Vorschub lestet, die dazu dient, Frankreichs Stellung auf dem Kontinent zu festigen, d. h. den Versailler Vertrag mit all seinen unmenschlichen Bestimmungen in internationalen Vereinbarungen wieder aufleben zu lassen und zu befestigen. Aber wir dürfen auf der anderen Seite darauf hinweisen, daß bisher eine Schwenkung der russischen Politik in dieser Richtung auch in Ansätzen nicht zu erkennen war und daß man wohl kaum fehlgeht in der Annahme, daß diese Schwenkung auch nicht zu erwarten ist.

Aus den Parlamenten

Staatspartei und Notverordnung.

Die Reichstagsfraktion der Staatspartei trat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Weber zu einer Besprechung der politischen Lage, insbesondere der Notverordnung zusammen, an der auch Reichsfinanzminister Dietrich teilnahm. Die Milderung der sozialen Härten, die die Fraktion bereits vorher festgestellt hatte, wurde übereinstimmend im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten als dringend und nachdrücklich erstrebenswert erkannt. Mit allem Nachdruck wird sich die Fraktion für die Durchführung dieser Wünsche bei den bevorstehenden Wahlen einsetzen.

Die erhöhte Handelsspanne.

Der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Maier führte gelegentlich der Beratung des Staatshaushaltes im Landtag u. a. folgendes aus:

„Es ist notwendig, sich im Interesse einer Hintanhaltung der Verhetzung in der Bevölkerung über die Gründe der Handelsspanne ein richtiges Bild zu machen. Man verkennt bei den wirtschaftlichen Betrachtungen den Grund der Erhöhung der Handelsspanne.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0273

Es ist kein Zweifel, daß auf allen Produkten und Waren viel größere Preisdifferenzen zwischen Verbrauchern und Erzeugern liegen. Aber damit ist keineswegs erwiesen, daß der Geschäftsgewinn des Einzelnen ein größerer wäre, es ist vielmehr so, daß sich zwischen Erzeuger und Verbraucher eine viel größere Anzahl von Personen eingeschoben hat. Alle diese Menschen suchen aus dem Geschäft, das sie betreiben, mindestens ihr Existenzminimum herauszuwirtschaften. Es leben viel mehr Menschen von der Handelsspanne als früher, und deshalb wird diese Handelsspanne nicht früher zurückgehen können, solange die Ueberzahl an Zwischengliedern besteht. Aufschlußreich für dieses Thema sind die Feststellungen, die Professor Dessauer getroffen hat. Auf der Produktionsseite der Wirtschaft (Landwirtschaft und Industrie), ist im Zusammenhang mit der Rationalisierung in den letzten Jahren eine Verringerung der in ihr tätigen Personen eingetreten. Im Gegensatz zu dieser Bewegung hat sich der Verteilungsapparat im Vergleich zur Vorkriegszeit ganz stark ausgedehnt. 55% mehr Firmen, 62% mehr darin beschäftigte Menschen verteilen im Einzelhandel die Gütermengen des deutschen Binnenmarktes. Diese Aufblähung des Verteilungsapparates bedeutet einmal eine starke Entrationalisierung, zweitens eine erhebliche volkswirtschaftlich unnütze Festlegung von Kapital, drittens eine Erhöhung der Spesen, und zwar der persönlichen und der sachlichen. Diese Dinge erhöhen die Handelsspanne, ohne daß der einzelne im Durchschnitt besser stehen muß als früher. Das Statistische Reichsamt hat zu dieser Frage folgende Feststellung gemacht: Von dem Geld, das in Deutschland ausgegeben wird, entfielen in der Vorkriegszeit 70% auf die Produktion, 30% auf die Verteilung, d. h. mit anderen Worten, wenn man für den Einkauf von Waren 100 RM. ausgab, so flossen 70 RM. in die Produktion und 30 RM. blieben dem Groß- und dem Kleinhandel. Das gegenwärtige Verhältnis ist nun aber 57% Anteil der Produktion, 43% Anteil des Verteilungsapparates, und wenn man die gesamten Kleinhandelsumsätze mit 33 Milliarden schätzt, so kommen im Vergleich zur Vorkriegszeit rund 4½ Milliarden weniger auf die Güterherstellung und mehr auf die Verteilung, wobei nicht außer Acht gelassen ist, daß die zu verteilende Menge im wesentlichen dieselbe ist. Eine unausweichliche Folge ist, daß die Produktion in ihrer Kapazität dadurch geschädigt wird, in ihren Gewinnmöglichkeiten geschädigt wird, und daß eine Unkostenabladung weit über das normale Maß hinaus auf den Konsumenten erfolgt. Das ist der Grund, warum die Handelsspanne größer sein muß. Dazu kommen noch die erhöhten Steuern, die erhöhten sozialen Abgaben usw."

Aus der Partei

Uebertritt zur Staatspartei.

Der frühere wirtschaftsparteiliche Reichstagsabgeordnete Otto Colosser hat seinen Beitritt zur Staatspartei erklärt und um Aufnahme in die Staatsparteiliche Reichstagsfraktion nachgesucht. Das gleiche gilt für den preußischen Landtagsabgeordneten Dannenberg, der in die Staatsparteiliche Fraktion des Landtags aufgenommen werden will. Dannenberg war der frühere Generalsekretär der Wirtschaftspartei und hat ihren organisatorischen Aufbau durchgeführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0274

Um das Opfer der Großpensionäre.

Auf einer Tagung der Arbeiter- und Angestelltenverbände in Mitteldeutschland forderte Reichstagsabg. Ernst Lemmer, daß die Reichsregierung eine offizielle Liste der Großpensionsempfänger aufstelle. Die Anregung des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald, die Großpensionsempfänger durch einen eingeschriebenen Brief der Reichsregierung aufzufordern, mit Rücksicht auf die Notlage des Vaterlands auf einen Teil ihrer hohen Pension zu verzichten oder auch sich ihr Nebeneinkommen auf die Höhe der Pension in Anrechnung bringen zu lassen, müsse unter allen Umständen zur Durchführung gebracht werden.

Da die eingeschriebenen Briefe zum guten Teil jedoch vermutlich wirkungslos bleiben würden, müsse die Aktion der Reichsregierung unter die Kontrolle und Mitwirkung der öffentlichen Meinung gestellt werden. Infolgedessen sei zu fordern, daß die Empfänger solcher Briefe öffentlich genannt werden, damit dann in der Folgezeit ebenso öffentlich dem deutschen Volk Mitteilung gemacht werden kann, wer von den Adressaten sich bereit erklärt habe, der Not des Vaterlandes Rechnung zu tragen, und wer sich an einer solchen Opferleistung vorbeidrücke. Eine solche Opferleistung stelle keinen ungerechtfertigten Angriff dar, wenn sie innerhalb der Begrenzung bleibe, die im Pensionskürzungsgesetzentwurf liege, den die Reichsregierung im letzten Winter im Reichstag eingebracht habe.

Unsere Arbeit

Bei der deutsch-liberalen Partei in Danzig sprach Reichstagsabg. Ernst Lemmer.

Der Vorstand des Berliner Wahlkreises befaßte sich mit der Notverordnung und gab seiner Ansicht in folgender Entschließung Ausdruck:

„Der Vorstand des Berliner Wahlkreises erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie mit aller Entschiedenheit bei der Reichsregierung dafür sorgt, daß die sozialen und steuerlichen Ungerechtigkeiten der Notverordnung beseitigt werden. In Notzeiten müssen alle tragfähigen Schultern gleichmäßig belastet werden, es ist nicht tragbar, daß nur einseitig die Arbeiter, Angestellten und Beamten belastet werden.

Nur wenn die Notverordnung in sozialem Geiste abgeändert wird, kann sie von der Partei toleriert werden."

In einer Mitgliederversammlung in Berlin-Friedrichshain sprach Landtagsabgeordneter Otto Nuschke.

Reichstagsabg. Dr. Winschuh sprach in Berlin-Reinickendorf.

Reichstagsabgeordneter Ernst Lemmer sprach in einer Reihe von Versammlungen in Pommern. So in Bütow, Neustettin, in Reddies b. Rummelsburg, sowie in Schivelbein, Bublitz und Kolberg.

In Stettin sprach der Landtagsabgeordnete Nuschke.

Unter dem Vorsitz von Stadtrat Niegisch-Ratibor fand der Wahlkreisparteitag in Ratibor statt, in dessen Mittelpunkt ein wirtschaftspolitisches Referat von Dr. Leon Zeitlin, M. d. L., stand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0275

Nach der Aussprache wurde eine Verfassung der Wahlkreisvereinigung, sowie ein Antrag zur Unterstützung des Reichsbanners angenommen.

In einer öffentlichen Versammlung in Dessau sprach der Landtagsabg. Otto Nuschke.

Reichstagsabgeordneter Dr. Theodor Heuß sprach in einer Versammlung in Magdeburg.

Auf einer Tagung der öffentlichen Arbeitgeber Mitteldeutschlands sprach Staatssekretär a. D. Oscar Meyer, M.d.R., in Salzwedel.

Ernst Lemmer, M.d.R., hielt in Quedlinburg und Hadmersleben eine Versammlung der Staatspartei ab.

Auf einer Kundgebung der Staatspartei in Eisleben sprach Landtagsabg. Otto Nuschke.

In Harburg-Wilhelmsburg sprach Landtagsabgeordneter Barteld-Hannover.

In Osterode und Harzberg im Harz sprach Landtagsabgeordneter Barteld-Hannover, der auch in Clausthal-Zellerfeld eine Versammlung abhielt.

In Hannover sprach anläßlich einer Mitgliederversammlung Staatssekretär a. D. Oscar Meyer, M.d.R.

In Hannöversch-Münden fand eine Wochenendtagung mit vorausgehender Wahlkreisvorstandssitzung statt, die der Leiter der Mündener Ortsgruppe, Lehrer Liese, vorbereitet hatte. Professor Dr. Obst sprach über die Industrialisierung Rußlands und Reichstagsabgeordneter Dr. Theodor Heuß über das Problem der deutsch-österreichischen Zollunion.

Der preußische Finanzminister Dr. Höpker Aschoff sprach auf einer Wahlkreisbezirkstagung in Hagen.

In Frankfurt a. Main sprach Dr. Höpker Aschoff in der Jahreshauptversammlung mitteldeutscher Industrieller.

In Frankfurt a. Main sprach der frühere Reichsfinanzminister Dr. P. Reinhold, M.d.R.

Die Staatspartei in Frankfurt a. Main sowie das Arbeitsgebiet Frankfurt des Wahlkreises Hessen-Nassau veranstalteten einen politischen Schulungskursus, auf dem am ersten Tage Dr. Busemann über außenpolitische Wirtschaftsfragen sowie Stadtverordneter Dr. Goldschmidt über Kommunalpolitik sprachen. Am zweiten Tag behandelte Oberstudiendirektor Dr. Weimar-Offenbach Fragen der Sozialpolitik, Syndikus H. Ehlers Wirtschafts- und agrarpolitische Fragen. Dr. Fochtmann von der Handwerkskammer referierte über Steuer- und Finanzpolitik, während Herr Mittelschullehrer Möller über Aufgaben der Kulturpolitik sprach.

In Usingen (Taunus) sprach Landtagsabg. Kniest-Kassel und Direktor Beckmann. Landtagsabg. Goll hielt in Frankfurt a. Main eine Versammlung ab. Auf der Kreistagung der Staatspartei für die Taunuskreise sprach Dr. Semank in Oberursel im Taunus. In einer öffentlichen Gewerbeversammlung in Hanau a. Main sprach Landtagsabg. Kniest.

Auf dem Wahlkreisparteitag Köln-Aachen in Bonn sprach unter dem Vorsitz von Dr. Hermann Schäfer der Reichstagsabgeordnete Dr. Gustav Stolper. Die vier rheinischen Wahlkreise bildeten eine Arbeitsgemeinschaft unter dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0276

Vorsitz von Regierungs- und Schulrat Tiemann-Köln, in einer Entschließung wurde die Einberufung des Reichsparteitages sowie die Wahl zur endgültigen Parteiführung und zur Festlegung des Parteiprogrammes als dringende Notwendigkeiten verlangt.

Der Vorsitzende der Preußenfraktion, Justizrat Falk-Köln, sprach in Versammlungen in Bonn und Köln sowie in einer Beamtenversammlung, die in Köln stattfand. Weiterhin sprach Justizrat Falk bei einer Tagung der Landmesser mit akad. Vorbildung in Köln, sowie bei einer Tagung des Kanal-Vereins Aachen-Rhein in Aachen. In Düsseldorf sprach Justizrat Falk anläßlich der Jahresversammlung der preuß. Justizamtmänner.

In Leichlingen b. Köln fand eine Wochenendtagung der vereinigten rheinischen Wahlkreise statt, die sich die Aussprache über Probleme der deutschen Außenpolitik als Aufgabe gestellt hatten. Paul Helbeck-Wuppertal sprach über das Verhältnis von Macht und Recht im Volksleben. Reichstagsabg. Lemmer, der Referent für Ostpolitik der Reichstagsfraktion, gab eine Darstellung des deutsch-polnischen Problems. Dr. Dechamps-Oberhausen sprach über Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft. H. W. Deinhardt referierte über den Gedanken Paneuropas, während Dr. Schäfer-Köln über die Aufgaben deutscher Außenpolitik sprach. Dr. Widdelhauve-Opladen forderte die gleichberechtigte Stellung Deutschlands im Völkerbund.

Gelegentlich des Wahlkreisparteitages in Düsseldorf sprach der Landtagsabgeordnete Otto Nuschke.

In Neustadt a. d. H. sprach in einer Landesausschußsitzung Frau Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R.

Dr. Theodor Heuß sprach in einer öffentlichen Versammlung in Chemnitz.

Dr. Theodor Heuß, M. d. R., sprach in Versammlungen in Ludwigsburg und Märkgröningen.

In Tailfingen und in Deißlingen, gelegentlich einer schwarzwälder Parteiveranstaltung, sprach Dr. Theodor Heuß, M. d. R.

Die Gruppe der Deutschen Staatspartei in Groß-Stuttgart veranstaltete eine Versammlung, in der Dr. Hans Reif über die dritte Notverordnung sprach. Anschließend faßte die Versammlung eine Entschließung, in der es u. a. heißt:

„Die Versammlung hält eine bessere soziale Ausgeglichenheit der Notverordnung im Verhandlungswege für dringend notwendig. Sie steht aber entschlossen und mit rückhaltlosem Vertrauen hinter ihrem Parteiführer, Reichsfinanzminister Dietrich, und dankt ihm für seinen unerschrockenen Kampf um die innere Gesundung und äußere Befreiung Deutschlands."

In Ueberlingen fand der Landesparteitag der Deutschen Staatspartei in Baden statt. Reichsfinanzminister Dietrich wurde ebenso wie die stellvertretenden Landesvorsitzenden Freudenberg, Frey und Zircher wiedergewählt. Der Vorsitzende der badischen Landtagsfraktion, Abg. Hofheinz, sprach über die Tätigkeit der Landtagsfraktion, die die Zustimmung des Parteitags fand; in einer Entschließung wurde die Fraktion aufgefordert, sich nicht an einer Regierungserweiterung zu betei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0277

ligen. Am Nachmittag sprach Richard Freudenberg-Weinheim, dem Reichsfinanzminister Dietrich in weiteren Ausführungen zur Notverordnung antwortete. Nach der Aussprache nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Die badische Landesversammlung der Deutschen Staatspartei erkennt bei aller berechtigten Einzelkritik an der neuen Notverordnung den Willen der Reichsregierung an, Staat und Wirtschaft vor schlimmster Erschütterung zu bewahren. Die Partei erwartet, daß Reichsfinanzminister Dietrich weiterhin im Reichskabinett seine Tatkraft und Entschlossenheit einsetzt. Die Staatspartei gibt weiter ihre Ueberzeugung kund, daß eine Aufhebung der Notverordnung durch Reichstagsbeschluß Reich und Volk in unabsehbare Wirren stürzen, und die angebahnte und unaufschiebbar gewordene Aufrollung der Reparationsfrage unmöglich machen müßte. (Notwendige Aenderungen sollen berücksichtigt werden).

Die Landesversammlung bedauert, daß es der Regierung nicht zu gleicher Zeit möglich war, die von dem deutschen Volk erwartete Reichs- und Verwaltungsreform, die endlich einmal dem überspannten Länderparlamentarismus und dem aufgeblähten Verwaltungsapparat ein Ende macht, vorwärts zu treiben."

Reichsbeamtenausschuß

Staatsparteiliche Beamte in der Grenzmark.

Für den Wahlkreis Frankfurt/Oder wurde ein Wahlkreis-Beamtenausschuß von den Beamten der Deutschen Staatspartei gebildet und zum Vorsitzenden Regierungsrat Hirschel-Frankfurt/Oder gewählt. Bei dieser Gelegenheit machte der Geschäftsführer des Reichsbeamtenausschusses, Schoenemann, über dessen Stellungnahme zur Notverordnung längere Ausführungen. Trotzdem sich die staatsparteiliche Beamtenschaft der großen sozialen Aufgabe bewußt sei, mit ihren Opfern dazu beizutragen, die Weiterzahlung der Unterstützung an die erwerbs- und brotlosen Volksgenossen zu ermöglichen, so müsse sie doch fordern, daß gewisse, in der Notverordnung enthaltene Bestimmungen beseitigt oder geändert werden. Dazu gehören vornehmlich der Abzug des halben Kinderzuschlages für das erste Kind, der unterschiedliche Abzug nach Ortsklassen und die doppelte Belastung der Behördenangestellten. Wesentliche Einsparungen und Erleichterungen seien noch auf verschiedenen Gebieten möglich, insbesondere sei zu fordern die Reichs- und Verwaltungsreform, der Abbau der überhöhten Gehälter und die Revision der Reparationsverpflichtungen.

Jugend

Republikanischer Studentenbund Cöthen. In einer Versammlung des Studentenbundes sprach Oberschulrat Dr. Bohner.

Demokratischer Studentenbund Berlin. Vor den Studenten der Berliner Gruppe sprach der frühere Staatskommissar in Ostpreußen, Landrat Rönneburg, über Fragen der Osthilfe.

Freie nationale Schülerschaft. In einer Versammlung der Berliner Gruppe sprach unser Parteifreund Landrat Rönneburg über Siedlungsfragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0278

Demokratischer Studentenbund Würzburg. In einer mit der Partei und Jugend gemeinsam veranstalteten Versammlung sprach Dr. Theodor Heuß über den Kampf der Regierung um den Staat.

Demokratischer Studentenbund Freiburg. In einer Studentenversammlung in Freiburg sprach Reichstagsabgeordneter Ernst Lemmer.

Jugend und Notverordnung.

Der Vertretertag der Staatsbürgerlichen Jugend Groß-Berlins nahm zur Notverordnung Stellung und faßte folgende Entschließung:

Der Fluch der Arbeitslosigkeit lastet auf der jungen Generation mit besonderer Schwere, weil er sie in ihren entscheidenden Aufbau- und Entwicklungsjahren hemmend, ja vernichtend trifft. Die Arbeitslosigkeit entfremdet die Jugend dem Staat, der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Kultur und treibt sie zur Verneinung, zum Anarchismus.

Die Braunskommission brachte der jungen Generation eine tiefe Enttäuschung. Mit keinem Wort gedachte sie in ihrem Gutachten der besonderen Not der arbeitslosen Jugend. Um so mehr danken wir es der Reichsregierung, daß sie mit dem freiwilligen Arbeitsdienst einen vorsichtigen, aber schöpferischen Versuch unternimmt, die Jugend von der Straße und vom unfreiwilligen Müßiggang wegzuholen. Die Staatsbürgerliche Jugend stellt sich dem freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung.

Die schweren Lasten der Verordnung als Folgen der Schuldknechtschaft und der Weltwirtschaftskrise dürfen dem Volke auf keinen Fall durch weitere Lohnsenkungen noch untragbarer gemacht werden. Die Staatsbürgerliche Jugend vermißt in der Verordnung Maßnahmen zur stärkeren Durchführung des Preisabbaues. Während die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 durch die Steuervereinheitlichung einen Fortschritt zum Einheitsstaat bedeutet, sieht die Staatsbürgerliche Jugend in der vorliegenden Form der neuen Notverordnung einen Rückschritt zur Vielstaaterei.

Die ungeheure Schwere unserer Wirtschaftskrise beruht zum größten Teil auf den untragbaren Tributlasten. Die Staatsbürgerliche Jugend begrüßt daher die Schritte der Reichsregierung zur Revision der Kriegslasten."

Frauen

Frau Dr. M.-E. Lüders sprach auf dem internationalen Kongreß für Wohnungswesen über das Thema „Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege" in Berlin.

Ebenso sprach Frau Dr. Lüders auf einer Frauentagung der Groß-Berliner Frauenorganisationen gemeinsam mit Professor Mebes im Rahmen der Bauausstellung zur Wohnfrage. Einen weiteren Vortrag hielt Frau Dr. M.-E. Lüders in der Bauausstellung über die Bewirtschaftung der Wohnung.

Werben auch Sie
für die „Blätter der Staatspartei"!

Presseschau

Die öffentliche Meinung in Deutschland.

Reichstagsabgeordneter Joos sprach in Paris auf Einladung im Institut der Carnegiestiftung über die Wandlungen und Entwicklungen der öffentlichen Meinung in Deutschland. Aus dem Inhalt des Vortrages, den die „Germania" brachte, geben wir nachstehend einen kurzen Auszug wieder:

Im deutschen Volke haben sich in den letzten Jahren der Wirtschaftskrise in Millionen von Menschen, die keineswegs dem sogenanten „alten Deutschland" zuzurechnen sind, persönliche Not und Aussichtslosigkeit innerlich verknüpft mit dem Schicksal der Nation. Das heißt, der einzelne identifiziert heute sein persönliches Schicksal durchaus mit dem des deutschen Volkes, das man eingeengt, in seiner Entfaltung behindert und ganz einfach unter unmögliche Lebensbedingungen gestellt sieht. So läßt sich in etwa die Willensrichtung umschreiben, die ganz abseits von dem verkrampften Nationalismus extremer Bewegungen sich deutlich herausarbeitet. Es handelt sich hier um eine nationale Bewegung im Volke, die sich auf breitester Grundlage entwickelt und nichts Imperialistisches an sich hat, sondern lediglich ein aus äußerster Bedrängnis geborener Ausdruck nationaler Selbstbehauptung ist.

Noch steckt im deutschen Volke genug rechtlicher Sinn und moralische Kraft, um den Verlockungen revolutionärer Experimenteure zu widerstehen und einem wahren Staatsmann zu folgen, auch wenn er mit liebgewordenen Gewohnheiten bricht und harte, unpopuläre Maßnahmen zur Rettung von Staat und Volk durch Parlament oder Verordnung verfügt. Der letzte Winter hat es bewiesen. Allerdings, es gibt eine psychologische Grenze der Tragkraft in einem Volk, die nicht überschritten werden darf. Diese Grenze kann überschritten werden, indem der Staatsmann dem Volke im ganzen zuviel zumutet, oder durch eine schlechte Verteilung der Opfer und Lasten. Diese psychologische Grenze kann aber auch überschritten werden durch Lasten von außen her.

Erlauben Sie mir hierin ein ganz kurzes, aber offenes Wort: Das deutsche Volk kann sehr wohl dazu gebracht werden, zu verstehen, daß es den Krieg verloren hat und daß es das Seinige dazu tun muß, um aus eigener Kraft wieder hochzukommen und in einer Solidarität der Völker seine Zukunft zu begründen. Zur Stunde ist ein Staatsmann in der Führung, der den Mut hat, so zu denken und von seinem Volke das Erforderliche zu verlangen. Seine Aktion nähert sich indes dem psychologischen Grenzpunkt, den ich angedeutet habe.

Ist es im Zeitalter der bewußt gelebten Volkseinheiten an sich schon schwer, ein Volk auf Generationen hinaus zu Leistungen zu verpflichten, so ist es schon schwerer, ja unmöglich, für einen Staatsmann vor seinem Volke Zahlungsverpflichtungen nach außen zu verantworten, wenn er ihm das Brot verkürzen, es ihm sozusagen vom Munde wegnehmen muß. Soweit sind wir. Unser Land hallt wider von Kundgebungen, die auf diesen Widerspruch hinweisen.

Gleichwohl: Die Tendenz aller Willensrichtungen im deutschen Volk ist — wenn wir sie von ihrem parteipolitischen Hintergrund ablösen und auf ein Letztes zurückführen — die Schaffung und Sicherung eines Deutschen Reiches, das in Wirklichkeit Herr seines Schicksals ist, frei von sichtbarer oder unsichtbarer Kontrolle gleichen Rechts mit den Kulturvölkern der Erde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0280

Landwirtschaft, Handel und Standardisierung.

Gelegentlich einer Tagung der Generalversammlung des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser führte der Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung, Professor Dr. Karl Brandt, zu diesem Thema unter Bezug auf seine in den Vereinigten Staaten gemachten Erfahrungen folgendes aus:

Die Situation der deutschen Landwirtschaft ist denkbar zugespitzt. Eine aus der Zahl derjenigen Ursachen, die diesen Zustand hervorgerufen haben, ist die Tatsache, daß sie schwach auf dem eigenen Markt ihrer Produkte geworden ist.

Betrachtet man die deutsche Landwirtschaft im Rahmen ihrer Konkurrenten von hoher Warte aus, so fällt sofort ins Auge, daß eine starke zeitliche Differenz in der Art der Gesamtaktivität vorliegt. Während vor dem Kriege die deutsche Landwirtschaft in technischer und organisatorischer Hinsicht vorbildlich war und auch in ihrem genossenschaftlichen Absatzapparat voranging, hat sie heute den Vorsprung an das Ausland abgeben müssen. Sie hat an einer raschen Entwicklung, die gänzlich neue Dimensionen eröffnet, vom ersten Tage an nicht mehr teilnehmen können. Der Fortschritt des Auslandes beruht im wesentlichen in einer bahnbrechenden Reform des gesamten Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse, während es gleichzeitig gelungen ist, die Produktionskosten Schritt für Schritt herabzusetzen. Die deutsche Landwirtschaft hat durch Krieg und Inflation von 1914 bis 1924 ein volles Jahrzehnt verloren. Sie hat aber danach von 1924 bis 1926 noch zwei weitere Jahre in der Rückkehr zu einer gesunden Entwicklung eingebüßt, weil innerhalb dieser Zeitspanne, in der sie ihre Kraft fast ausschließlich auf die Ankurbelung der stark heruntergewirtschafteten Produktion und den Wiederaufbau des mehr als dezimierten Produktionsapparates (Viehwirtschaft) konzentrierte, die Möglichkeit einer gesunden Kalkulation noch nicht wieder gegeben war. Die Preisrelation hatte sich noch nicht wieder eingespielt.

Die übrigen Länder haben sich in der Zeit der deutschen Blockade mit allen Versuchen, die Agrarwirtschaft höher zu entwickeln, fast ausschließlich auf den Absatz eingestellt, unter ihnen voran die Vereinigten Staaten. Die dabei neu geschaffenen Methoden kommen heute nicht nur in U.S.A. und dem benachbarten Kanada und in sämtlichen britischen Dominions, sondern bereits in den meisten europäischen Ländern, ja selbst in Sowjet-Rußland in Anwendung. Es ist interessant, zu erwähnen, daß bei der Schaffung dieser wahrhaft revolutionierend wirkenden neuen Methoden der Handel als Pionier vorangegangen ist. Er hat in den U.S.A. auch finanzielle Aufwendungen zur Bereitung der neuen Wege, die in der Absatzfrage zu beschreiten sind, nicht gescheut. Das Ergebnis der großen Aktion, die vom Handel, von der Wissenschaft, vom Reich und von den 48 Ländern in U.S.A. in engster Zusammenarbeit mit der praktischen Landwirtschaft eingeleitet wurde, ist heute darin zu erblicken, daß allgemein der Satz gilt: „Marketing the other half agriculture" („Absatz ist die andere Hälfte der Landwirtschaft"). Man hat in Amerika im Jahre 1917 als neue Dimension der Agrarwirtschaft den Absatz entdeckt und jene Erkenntnis von der Wichtigkeit des Absatzes als neue Maxime der Landwirtschaft stabilisiert, jenen Satz von Marketing. Dieser Begriff ist uns in Deutschland noch lange nicht in Fleisch und Blut übergegangen. Der Begriff „Landwirtschaft" erschöpft sich bei uns auch heute noch fast ausschließlich in der Behandlung produktionstechnischer Probleme. In U.S.A. verfügt jede größere Landwirtschaftliche Hochschule mindestens über

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0281

einen Lehrstuhl für landwirtschaftlichen Absatz. Der Handel hat drüben den Hochschulinstituten vorzügliche Hilfestellung bei der Erforschung des Absatzes gegeben. Er hat insbesondere bei der Vorbereitung der Reform als erste Grundlage für eine wissenschaftliche Erforschung der Märkte seine Geschäftsbücher zur Verfügung gestellt, zwar nicht die des laufenden Rechnungsjahres, aber ältere. Es gehört drüben, wo man die Steuerfurcht nicht so kennt wie bei uns und auch die Geheimniskrämerei in der Wirtschaft nicht so kultuviert wie bei uns, zum selbstverständlichen Zubehör jedes Institutes für Absatzforschung, daß man eine Bibliothek alter Geschäftsbücher der verschiedenen Lebensmittelbranchen besitzt. Der Handel übereignet den Instituten diese Fundquellen für exakte Forschung zu getreuen Händen in nie getäuschtem Vertrauen darauf, daß mißbräuchliche Benutzung durch die Wissenschaft sich von selbst verbieten. Auf den Piers von New York, der 10-Millionenstadt, sah ich in eindruckvollster Weise die praktischen Ergebnisse jener mehr als zehnjährigen Reformarbeit. Es rollten dort aus den Waggons Zehntausende von Kisten der verschiedenartigsten Lebensmitteln heran, eine wie die andere, genau als ob die Ware aus einer Maschine herausgekommen wäre. Alle Merkmale der primitiven Ware sind dort verschwunden. Die Waren werden nicht mehr einzeln angesehen. Die Arbeiter bauen vielmehr riesige Kolonnen standardisierter Kisten oder Körbe auf. Für den Handel werden hier und da Proben geöffnet. Die Versteigerung geht ohne Besichtigung der Ware auf großen Auktionen vor sich. Dieses Bild zeigt das Endergebnis eines sehr vollkommenen und in sich geschlossenen Absatzsystems, das in höchstem Maße verblüfft.

Des Rätsels Lösung liegt darin, daß diese Ware, die wir auch auf den Berliner Märkten von Kalifornien, Neuseeland, Nordafrika und allen übrigen Teilen der Welt heute schon in genau der gleichen Einheitlichkeit geliefert erhalten, nicht nur so aussieht, als ob sie aus einer Maschine käme, sondern tatsächlich aus Maschinen hervorgeht. Ich werde an einem Beispiel, nämlich für Obst, den Prozeß schildern, der etwa wie folgt gegliedert ist:

Die Ware wird vom Erzeuger an das einem Großhändler oder einer Genossenschaft gehörende Packing House (Packhof) angeliefert, und zwar in kleinen offenen, standardisierten Anfuhrkisten. Sie wird dann im Packing House sortiert, teils am laufenden Band von Menschenhand oder schon direkt durch Maschinen. Sie wird meist gleichzeitig gewaschen, von allem Schmutz gesäubert, desinfiziert (Aepfel, Orangen), um sie vor Verderbnis durch Bakterien zu schützen, getrocknet, gewachst, mitunter zur Verschönerung noch mit Gasen nachgereift, dann in Standardgröße nach Gruppen geordnet, einzeln in Papier gewickelt, in eine Kiste gepackt und schließlich in Kühlräume oder in Kühlwaggons eingeladen. Alles ist dichtgedrängt als „Fließarbeit“ hintereinandergeschaltet. Die so standardisierte Ware läuft dann den üblichen Weg in die Städte, um vom Handel an den Verbraucher abgegeben zu werden.

Das Packing House, das meist so billig wie möglich aus Holz gebaut ist, befindet sich stets in der Hand des Aufkauf-Großhandels oder in der Hand von Erzeugergenossenschaften. Man findet die technische Ausrüstung des Packing Houses in allen Teilen der Vereinigten Staaten und bei fast allen Waren, für die eine Standardisierung schon erreicht ist, bei Milch ebenso wie bei Butter, bei Käse, bei sämtlichen Gemüsesorten, bei Obst, bei Fleisch, bei Eiern und Geflügel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0282

Zur Vervollständigung des Verfahrens und zur Schaffung einer Gewähr für die Güte der Standardwaren hat man meist eine staatliche Besichtigung oder Inspektion beim Packing House eingeschaltet. Mit Hilfe dieser Begutachtung der Ware durch unabhängige staatliche Beamte hat man es erreicht, daß eine Sabotage der Standardisierung durch falsche Deklarierung minderwertiger und eine Täuschung des Kunden durch gute Aufmachung verhindert wird. Die zentrale Leitung dieser staatlichen Wareninspektion liegt beim Reichslandwirtschaftsministerium in Washington. Wenn man das ganze System und seine Ergebnisse zusammenfassend wägt, kann man sagen, daß seit 1917 bis heute in den Vereinigten Staaten eine vollständige Revolution des Lebensmittelhandels vor sich gegangen ist. Dabei ist es zur Vermeidung von Irrtümern notwendig zu bemerken, daß neben der Standardware naturgemäß an den Märkten immer noch primitive Ware in erheblichem Umfange vorhanden ist. Soweit Standards eingeführt sind, muß die Ware aber auch nach der ihr zukommenden Standardklasse bezeichnet werden.

Die deutsche Landwirtschaft hat eine lange wertvolle Zeitspanne verloren und befindet sich heute in einem Zustand der Konkurrenzunfähigkeit. Der Handel sollte aber nicht vergessen, daß er selbst ebenfalls eine ähnliche Spanne verloren hatte, und daß es ihm nun bereits gelungen ist, seine alte Leistungsfähigkeit wieder aufzuholen. Deshalb glaube ich, daß dem Handel gewisse Aufgaben einer Hilfestellung erwachsen. Die deutsche Landwirtschaft ist heute bemüht, den Vorsprung des Auslandes zu verringern. Aber das Ausland hat bedauerlicherweise unserer Landwirtschaft gegenüber soviel voraus, daß die Standardisierung seiner Ware bereits in unseren eigenen Markthallen der deutschen Ware den Markt streitig macht.

Theorie und Praxis.

Bei einer Betrachtung des Ergebnisses der Werbewoche für den Absatz deutscher Butter bringen die „Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung“ folgende Feststellung:

> „Es ist absatzpsychologisch interessant, daß die Arbeiter- und Mittelstandskundschaft gerne von der Möglichkeit, gute deutsche Butter zu kaufen, Gebrauch machte, die intellektuelle Bevölkerung dagegen sich gegen den Zwang sträubte und oft lieber den Laden verließ, um anderen Orts dänische Butter einzukaufen.“

Diese Feststellung ist besonders interessant, da es vorzüglich intellektuelle Kreise sind, die Nationalbewußtsein in Wort und Schrift so laut und klingend wie möglich verkünden, die in dem Augenblick versagen, in dem es gilt, die Konsequenz aus der bisher eingenommenen Haltung zu ziehen und auch ihrerseits zu der Aufgabe der Stützung und Förderung der deutschen Landwirtschaft, des deutschen Marktes beizutragen, ohne daß ihnen dabei irgendein auch noch so geringes Opfer zugemutet würde.

Alle gesetzlichen Maßnahmen werden keine genügende Wirkung ausüben können, wenn nicht das Denken und moralische Empfinden jedes einzelnen im Volke, in allererster Linie aber der Jugend, von Grund aus umgeändert und in neue, wahre und reine Bahnen gelenkt wird. Adolf Fraenkel, „Hilfe“ 1919.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0283

Bücherschau

Stein und sein Werk in Darstellungen.

Die 100. Wiederkehr des Todestages des Reichsfreiherrn vom Stein hat eine Reihe von Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt veranlaßt. Mario Krammer besorgte eine Ausgabe der „Lebenserinnerungen und Denkschriften des Freiherrn vom Stein“[1]), die ein anschauliches Bild vom Leben, Wollen und Wirken des Mannes zu vermitteln vermag. Die sachkundige und sorgfältige Auswahl der Textteile sowie das Nachwort des Herausgebers eignen das Buch insbesondere zur Einführung in das Werk des deutschen Reformators. Da ist noch ein Buch, das sich die gleiche Aufgabe stellt, dem man aber nur bedingt zustimmen kann: „Der Staatsgedanke des Freiherrn vom Stein, ein Weg zum deutschen Einheitsstaat“, das Dr. Carl Dieckmann herausgab.[2]) Es ist aus einem guten und ehrlichen Wollen geworden, aber es verfällt in den Fehler, den es im Vorwort bei anderen verpönt, die sich zur Begründung der Richtigkeit ihrer Anschauung auf Stein berufen. Bei der Darstellung von Steins Leben und Wirken darf man sich freuen über den Sinn für Volkstum und Staatsgedanken, über den Sinn für natürliche und aufrichtige Heldenehrung, über die Vaterlandsliebe, die gerade in diesen Tagen, in dieser Zeit alles Trennende niederreißen sollte von erstarrten Formen vergangener Zeit. So sehr auch in Dieckmanns Buch die Aufrichtigkeit des Wollens zu begrüßen ist, so sehr empfindet man die Verengung, die dem Jungdeutschen Orden allein die Aufgabe der Verwirklichung des Staatsgedankens zuerkennen will. Alle deutschen Volksgenossen sind berufen, mitzuarbeiten an dem Neubau des Reiches, und nur wenige werden berufen, Führer zu sein, die werden es aus sich heraus; aber den Sinn für Gefolgschaft, den Sinn für Führertum haben wir alle wachzuhalten, haben den Geist der Schicksalsverbundenheit aller deutschen Volksgenossen zu wecken und zu pflegen, und die Verbundenheit dieser deutschen Gemeinschaft mit ihrer Umwelt klarzustellen. Von dem Gelingen dieses Wirkens wird unsere deutsche Zukunft entscheidend bestimmt werden. Das fassen wir, kurz zusammengefaßt, als Steins Vermächtnis auf und lehnen jede verengte Berufung auf ihn als zweckbestimmt, als nicht seinem Geist entsprechend ab.

Ricarda Huch's Buch über Stein ist nunmehr auch in einer wohlfeilen Ausgabe erschienen[3]), was um so mehr zu begrüßen ist, als es mit großer Liebe zu den Dingen und mit einem klugen, fraulichen Blick geschrieben wurde. „Stein und das Mittelalter“ ist ein Kapitel überschrieben, das mit seiner Auffassung besonderes Interesse zu wecken vermag und Stein in seiner Stellung und Verbindung zur Vergangenheit lebendig werden läßt; das Heilige Römische Reich Deutscher Nation brach zusammen, weil die Vorherrschaft der Deutschen und ihre Jugendkraft das alternde Reich nicht mehr stützten. Der Idealismus, der bis zum Einsatz des Letzten und Aeußersten ging, hatte dem Reich Lebenskraft verliehen, und erst dem Ansturm des Korsen im Verein mit den deutschen Fürsten gelang der Sturz. Daraus ersteht der Gedanke eines Deutschland

---

[1]) Weltgeist-Bücher Verlags-Gesellschaft m.b.H., Berlin, Nr. 228/29. In Ganzleinen, 163 S., 1,25 RM.

[2]) Jungdeutscher Verlag, Berlin SW 68. 191 S.

[3]) Volksverband der Bücherfreunde. Wegweiser-Verlag G.m.b.H., Berlin. 137 S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0284

unter Preußens Führung. — In dem Anwachsen des besitz- und heimatlosen Proletariats sah Stein eine Gefahr heraufsteigen, die ihn zum Kampf gegen die Auflösung der Zünfte und eine übermäßige Entfaltung der Industrie sowie die unbegrenzte Teilbarkeit der Bauerngüter veranlaßte. Sein Glaube an das Gesamtgefühl und dessen Kraft war unerschütterlich. Gegenwart und Vergangenheit müssen zu einem Einklang kommen, wenn aus ihnen eine starke Zukunft erstehen soll. Ricarda Huch's Schilderung läßt den Gedanken des Preußentums, das im Reich seine letzte Erfüllung sieht, läßt den Sinn für Vergangenheit wach und lebendig werden für jeden Deutschen, der seine Heimat liebt. Und das ist viel.

„Dem Wegbereiter deutscher Freiheit und Einheit" ist eine Schrift von Dr. Wilhelm Ziegler gewidmet[4]). Schon die sehr schematische Dreiteilung der Darstellung mutet eigenartig an: Leben und Schicksal, Wollen und Wirken, Schriften und Briefe. Eine komprimierte und doch umständliche Biographie, deren Notwendigkeit nicht ersichtlich ist, da sie selbst keinerlei neue Gedanken entwickelt und als Informationsquelle von schon vorhandenen Schriften übertroffen wird.

Hermann Haß übergab der Oeffentlichkeit eine Darstellung[5]), die dazu geschaffen ist, die Gestalt des Reichsfreiherrn volkstümlich zu machen. Die beigegebenen Bildnisse vermögen diese Aufgabe nur zu unterstützen. Ansprechende Erzählungen und Schilderungen wechseln mit geschickten historischen Darstellungen in lebenswahrer Bewegtheit miteinander ab. Ein Volksbuch, wie es sein muß: Klare, knappe Umrisse ohne den Fehler ermüdender Detaildarstellungen und ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Die Hauptlinien sind treffend herausgearbeitet und deutlich gemacht, das genügt.

Dr. Franz Schnabel nahm auch den 100. Todestag Steins als Anlaß zu einer neuen Schrift[6]) und hat einen guten Wurf mit ihr getan. Die stete Verbindung der Darstellung mit dem Geschehen unserer Tage gibt dem Buche einen besonderen Wert und Reiz. Es wendet sich, wie das Vorwort betont, in Sonderheit an die Jugend und ist lebendig, überzeugend geschrieben. Die Darstellung gipfelt in dem Satz, der uns überkommt als Erbe, Vermächtnis; daß es keinen Staat oder Gemeinwesen gibt ohne die sittliche Hingabe ihrer Bürger zu freiwilliger Mitarbeit an den Aufgaben der Gesamtheit, von der Landgemeinde, vom Flecken bis zur Schicksalsgemeinde im Reich. Der Geist gesunder und fruchtbarer Tradition wird lebendig; er ist notwendig zu jeder Arbeit im Volk und am Staat. Auf die Verarbeitung von Dokumenten gestützt, stellt das Buch Schnabels eine auch in ihrer Art neue Biographie dar, aus der gerade der wahrhaft suchenden Jugend manche überlieferte Weisheit zuteil werden kann.

Auch das von Adolf Hedler herausgegebene Buch von dem „großen, freiheitlichen, deutschen Staatsmann"[7]) setzt sich eine Beeinflussung der Jugend im Sinne einer staatsbürgerlichen Erziehung

[4]) Zentralverlag G.m.b.H., Berlin W 35. 62 S.

[5]) Freiherr vom Stein. Eugen Diederichs Verlag, Jena. Sammlung „Deutsche Volkheit". Pappbd. 2,—, Lwd. 2,80 RM.

[6]) Freiherr vom Stein. Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Berlin. 162 S., Lwd. 5,— RM.

[7]) Freiherr vom Stein. M. e. Vorwort von Fritz Wuerring und Gertrud Bäumer. 2. Aufl. Verlag Julius Beltz, Langensalza. 68 S. br. 2,— RM.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0285

zum Ziel, die an die Stelle der „Verworrenheit der politischen Begriffe und Instinkte der Gegenwart" treten müsse. Die große Sachlichkeit und Kürze, die das Buch auszeichnen, sprechen an und für sich für es; aber ob es auf jugendliche Menschen den gewünschten Einfluß haben wird, mag dahingestellt bleiben. Sachlichkeit vereint mit lebendiger Darstellung und Geistigkeit, das wäre eine Voraussetzung, die die Jugend überhaupt zur Lektüre bewegen kann.

„Von Staat, Volk und Bildung" ist der Untertitel eines Buches von Georg Koch[8]), das ein Wesensbild des Reformators entwirft und es in Verbindung bringt mit der Gegenwart. Der Verfasser sucht in der historischen Persönlichkeit sowie im Leben des Staates die Kräfte herauszukristallisieren, die ihnen ewig immanent sind. Der „Geistesmensch der Einfalt", der Geistesmensch in seiner Beziehung zum Volk, als ein Interpret der hinter ihm stehenden unsichtbaren Welt, als ein Führer, dafür scheint Stein ihm Vorbild; der Weg aber geht durch Vollendung, Erneuerung und Befreiung. Der Staat ist bestimmt durch seine sittliche Aufgabe der Erziehung zur Nation, zum Volk. Es ist ein ganz eigen bestimmtes Gemälde, das Koch von Stein entwirft, das aber einen starken Eindruck hinterläßt, nicht durch Wucht und Kraft der Darstellung und Schilderung, als vielmehr durch die überaus feine Zusammenstellung des erarbeiteten Materials.

Auf eine ganz kleine Schrift von Hermann Kamper[9]) sei noch hingewiesen-, die in Form von Erzählungen von Stein berichtet und als Ergänzung zu dem Geschichtsunterricht gedacht ist.

Wilhelm Mensching: Farbig und Weiß. Rassen-, Kolonial- und Kulturfragen. Hans Harder Verlag, Wernigerode a. H. 1930. 224 S. Geb. 5,50 RM.

Aus der Erfahrung des Europäers heraus, der in den Kolonien aller Erdteile Beobachtungen und Material gesammelt hat, weist der Verfasser die weiße Rasse auf die Notwendigkeit einer Umgestaltung des Verhältnisses zu den farbigen Rassen hin. Der Kolonismus habe die Selbstsicherheit der weißen Rasse auf allen Gebieten nur bestärkt, habe das Abendland durch die Art der Berührung mit fremden Kulturen in krisenhafte Erscheinungen der Wirtschaft, Staaten und Kirchen, des Geistes, der Ehe und des Rechts getrieben. Mag diese Schlußfolgerung auch übertrieben erscheinen, das eine bleibt zu Recht bestehen, daß ein glückliches Verhältnis der Rassen untereinander bedingt ist in einer wechselseitigen Achtung. Uns liegen heute diese Probleme ferner, aber sie sollen uns dessen eingedenk sein lassen, daß wir in eine Welt hineingestellt sind, der wir verpflichtet sind, daß wir ein Volk sind, das schicksalhaft bestimmt ist, Führer der Schwachen, der Unterdrückten zu sein.

E. O. Volkmann: Revolution über Deutschland. Gerhard Stalling. Oldenburg. 1930. Orglwd. 292 S. 6,50 RM.

Selten paart sich spannende Darstellung so mit historischer Treue wie in diesem Buch, das durch eine bittere Zeit führt, von der Meuterei der Flotte bis zum Kapp-Putsch. Hell heben sich vom trüben Hintergrund Gestalten wie die eines Groener, Noske und Ebert in ihrer zielbewußten, nationalen Arbeit ab. Bei aller Sachlichkeit der Schilderung wird der Kampf um die Erhaltung des Reiches zu einem Erlebnis.

Ludwig Renn: Nachkrieg. Agis-Verlag G. m. b. H., Wien/Berlin, 1930. Orglwd. 5,— RM.

Nach seinem „Krieg" nun den „Nachkrieg", der so matt geschrieben ist, daß er in gar keinem Verhältnis mehr zu dem ersten Buch steht. Der Weg zum Kommunismus wird nicht klar und zwingend durch Renns Darstellung, wenn auch die Schilderung der Putsche und Unruhen und ihre Einwirkung auf den Menschen noch einiges Interesse zu wecken vermögen.

[8]) Freiherr vom Stein. Neuwerk-Verlag, Kassel. 201 S. kart. 3,60 RM.

[9]) Der Freiherr vom Stein. Verlag von Julius Beltz, Langensalza. Gesch. in Erzählg. Bd. 55. 44 S. br. 0,30 RM.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Joachim Hild, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Verlag: Demokratischer Zeitungsdienst G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0286

BLÄTTER DER STAATSPARTEI

ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI

1. Jahrgang Berlin, 10. August 1931 Nummer 14/15

Nationale Selbsthilfe

Von Hermann Höpker Aschoff.

Der Ernst der gegenwärtigen Stunde erinnert an die Zeiten, die Deutschland im Kriege und während der Jahre 1923/24 durchmachte. Heute kommt es wie damals darauf an, alle Kräfte im deutschen Volke zusammenzufassen, um die über das deutsche Volk hereingebrochene Krise zu überwinden. Die Hauptursache dieser Krisis ist neben der untragbaren Reparationslast die ungeheure Auslandsverschuldung. Das Einströmen zahlreicher ausländischer Kredite in den Jahren 1924 bis 1928 hat zu einer Scheinblüte der deutschen Wirtschaft, zu einer Investitutionskonjunktur geführt, die, als sie im Jahre 1929 zu Ende war, auch mit einem Schlage die vielen Fehlinvestitionen sichtbar werden ließ, die eine der betrüblichen Folgen dieser allzu vielen ausländischen Kredite sind. Hinzu kam, daß das Ende dieser Investitutionskonjunktur zeitlich zusammenstieß mit dem offenen Ausbruch einer Weltwirtschaftskrise von bisher ungekanntem Ausmaß. Trotzdem braucht die Lage in Deutschland nicht als hoffnungslos angesehen werden. Die Herabsetzung der Reparationslasten auf ein erträgliches Maß hätte den Weg freigemacht zur Gesundung. Der Hoover-Plan sollte der Anfang hierzu sein. Da kam, als neues Unheil, die gegenwärtige Zahlungskrise. Hervorgerufen wurde sie dadurch, daß das Ausland seine kurzfristigen Anleihen in immer stärker werdendem Maße zurückzuziehen begann.

Die kurzfristige Verschuldung Deutschlands an das Ausland betrug Ende 1930 elf Milliarden Mark bei einer Gesamtverschuldung von etwa 26 Milliarden Mark. Hieran waren die Banken mit etwa 8,3 Milliarden, die große Industrie mit gut zwei Milliarden und die öffentliche Hand mit etwa 500 Millionen Mark beteiligt. Der Anstoß zur Abberufung der kurzfristigen Anleihen kam zunächst von der Politik. Seit dem Reichstagswahlergebnis vom 14. September begann das Ausland seine kurzfristigen Kredite abzuziehen, von da ab setzte auch eine erhöhte Kapitalflucht ein und war weiterhin der Ausbruch einer allgemeinen Vertrauenskrisis im Innern festzustellen. Das wirtschaftliche Mißtrauen des Auslandes, hervorgerufen durch Vorkommnisse in der deutschen Wirtschaft, verschärfte dann die Lage um ein Erhebliches. Die Kündigungen ausländischer Kredite mehrten sich, es kam zu schweren wirtschaftlichen Zusammenbrüchen und in Verbindung damit zu einer ungeheuren Erschütterung des deutschen Bankwesens. Ueberblickt man rückschauend die Ereignisse der letzten Wochen, so sind schwere Fehler, die begangen worden sind, nicht zu leugnen. Es war ein Fehler, daß man die Danatbank überhaupt erst zusammenbrechen ließ.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0287

An dem verhängnisvollen 12. Juli hätten die Banken zusammengeschweißt, ein Auslandsmoratorium erklärt, drei Bankfeiertage eingelegt und dann sofort wieder die Bankschalter geöffnet werden müssen, dann wäre zweifellos eine Ueberwindung der Vertrauenskrise im Geldwesen schnell gelungen. Dieser Plan ist gescheitert, weil die Banken nicht bereit waren, die notwendige Solidarität zu üben, und weil die Reichsbank aus einer unbegründeten Sorge vor einer Inflation glaubte, einen solchen Weg nicht gehen zu können. Wir dürfen jetzt annehmen, daß die völlige Wiederherstellung des Zahlungsverkehrs nur noch eine Frage kürzester Zeit ist, nachdem die wesentlichsten Voraussetzungen dafür als gegeben angesehen werden können. Ein Trugschluß wäre es jedoch, anzunehmen, daß wir bei allen weiteren Maßnahmen, die zur völligen Ueberwindung der Zahlungskrisis notwendig sind, in absehbarer Zeit die Hilfe des Auslandes bekommen würden. Es ist eine Torheit und Irreführung der öffentlichen Meinung, wenn hier und da gesagt wird, wir brauchten uns nur mit Frankreich zu verständigen, um sofort eine große Auslandsanleihe zu erhalten. Gewiß haben wir als ehrliche Nachbarn größtes Interesse an einer Verständigung mit Frankreich; sie aber etwa mit politischen Bedingungen zu erkaufen, die womöglich die deutsche Freiheit über Versailles einschränken, kann sich keine deutsche Regierung unterfangen. Das deutsche Volk muß sich auf die eigenen Kräfte besinnen und sie geschlossen einsetzen im Kampfe zur Ueberwindung der Krise. Eine Zusammenfassung aller Kräfte, wie wir es gegenwärtig in England sehen, wo die Parteien sich einig sind in dem Gedanken, die schweren wirtschaftlichen Erschütterungen ihres Landes abzuwehren, tut not.

Planwirtschaftlicher Arbeitsmarkt

Von Marie-Elisabeth Lüders.

Umfang und Dauer der Arbeitslosigkeit lasten immer drückender auf der deutschen Wirtschaft. Sie zerstört neben den unberechenbaren materiellen Werten die sittlichen und geistig-seelischen Kräfte in einem Maße, das unsere kulturelle Lage ebenso gefährdet, wie es den inneren Zusammenhalt von Volk und Staat bedroht und die Möglichkeiten für die Durchfechtung des Kampfes um die Wiedergewinnung unserer politischen Freiheit und unseres wirtschaftlichen Lebensraums in bedenklichster Weise schmälert.

Diese Situation rechtfertigt nicht nur, sondern erfordert gebieterisch, daß Gesetzgebung, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft jede nur auftauchende Möglichkeit, die geeignet erscheinen könnte, den Arbeitsmarkt zu entlasten, auf das gewissenhafteste prüfen.

Im Laufe der theoretischen Untersuchungen und der praktischen Versuche im Kampfe gegen die Massen- und Dauerarbeitslosigkeit hat sich das Problem — entsprechend dem wirtschaftlichen Druck, der ständig wachsend auch auf den anderen mit uns in den weltwirtschaftlichen Prozeß verflochtenen Nationen lastet, und die Aussichten auf normalen wirtschaftlichen Ausgleich untereinander verringert — immer mehr von der eigentlichen Arbeitsbeschaffung auf die Verteilung der Arbeit verschoben, und zwar in zeitlicher und personeller Beziehung. Die dahin gehenden Vorschläge sind bekannt als „Arbeitszeitverkürzung“ und als „Personalabbau“.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0288

Der erste Vorschlag will unter Vermeidung von Entlassungen die vorhandene Arbeitsmenge unter eine größere Anzahl von Personen verteilen, und zwar ohne dadurch die Produktionskosten zu erhöhen. Man hat hierbei allerdings auf den Vorschlag generellen gesetzlichen Durchführungszwanges einer solchen Maßnahme verzichtet. Aber es ist dazu ein ergänzender Vorschlag gemacht worden, der — wenn auch wohl nicht in seinem grundsätzlichen Ausgangspunkt — so doch in seiner Konsequenz ein überaus beachtenswerter Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und Eigenverantwortung des Einzelnen ist und, im Interesse der Gesamtheit (der Kollektive), dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Freiheit in der Verwertung der menschlichen Arbeitskraft von einer ganz anderen Seite als bisher nimmt. Diese Beschränkung der Arbeitsfreiheit liegt in den Vorschlägen der Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage, die Leistung von Mehrarbeit dadurch zu bekämpfen, daß der hier für seit 1927 geltende 25%-Grundlohnzuschlag nicht mehr dem Arbeitnehmer zugute kommen, sondern an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung abgeführt werden soll. In ehrlicher, an sich erlaubter und vielleicht vorzüglich ausgeführter Arbeit rechtmäßig verdienter Lohn soll also dem arbeitenden Individuum durch gesetzliche Anordnung entzogen und der öffentlichen Hand überwiesen werden. — Eine solche Maßnahme ist ein recht beachtlicher Eingriff in die bei uns angeblich herrschenden privatwirtschaftlichen Grundsätze; ein Einbruch, der nicht — wie z. B. die die Freiheit des Arbeitsverhältnisses ebenfalls einschränkenden Bestimmungen des Arbeitsschutzes — den Schutz des Arbeitenden selber im Auge hat, sondern ihn als wirtschaftliches Subjekt im Interesse einer Mehrheit von Dritten wirtschaftlich schädigt. Diese Mehrheit, die Gemeinschaft, soll auf gesetzlicher Grundlage die verdienten Lohnanteile restlos beschlagnahmen und durch die öffentliche Hand verwenden dürfen. Diese Beschlagnahme ist auch nicht vergleichbar mit den anteiligen Beiträgen aus dem Arbeitslohn zu den verschiedenen Versicherungszweigen, sondern sie ist — Ironie des Schicksals, in einem Zeitpunkt, in dem alle Kräfte zum Wiederaufbau herbeigerufen werden — eine Strafe für Arbeitswillen und Fleiß. Und sie ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung des Arbeitsmarktes, indem der Staat die Verteilung des Arbeitsertrages für sich in Anspruch nimmt, um die Verteilung der Arbeit im Interesse der Gesamtheit zu regeln. — Das ist arbeitsmarktpolitische Planwirtschaft in recht vorgeschrittenem Stadium. Das tut man auch in Moskau.

Den gleichen Charakter haben die Vorschläge, die sich mit dem Personenkreis befassen, dem es gestattet oder verboten sein soll, gegen Entgelt zu arbeiten. Auch diese fallen — nicht ganz logisch — zeitlich mit Erwägungen über den sogenannten „freiwilligen Arbeitsdienst" zusammen, der natürlich auch indirekt anderen den Verdienst fortnimmt. Aber davon soll hier abgesehen und nur auf das planwirtschaftliche Verbot der entgeltlichen Arbeitsleistung für bestimmte Personenkreise hingewiesen werden unter der Begründung, daß diese „wirtschaftlich versorgt" seien.

Für die grundsätzliche Betrachtung eines solchen Verbotes ist es einerlei, gegen wen es sich richtet und wie groß oder wie klein die Zahl der davon Betroffenen ist. Ausgangspunkt und Konsequenz sind das grundsätzlich Bedeutsame solcher Vorschläge, weil sie entgegen dem bisher geltenden privatwirtschaftlichen Grund-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0289

satz — ja sogar entgegen der Arbeitsverpflichtung durch die Reichsverfassung —, die individuelle Freiheit jedes einzelnen, sich diejenige Arbeit suchen und im Rahmen der vorhandenen Gesetze ausführen zu dürfen, dem Staate das Recht einräumen, Arbeitsbereite und Arbeitsfähige selbst dann von der Arbeitsübernahme auszuschließen, wenn sie Arbeit bekommen können oder solche bereits haben. Auch dieses Recht des planwirtschaftlichen Eingriffs in den grundsätzlich freien Arbeitsmarkt wird mit der gebotenen Rücksicht auf das Gemeinwohl begründet und gleichzeitig als Ausschließungsmaßstab die angeblich ausreichend erscheinende „wirtschaftliche Versorgung" des Arbeitsbereiten festgelegt. Konsequent fortgedacht muß dieser Maßstab umrissen, also ein Existenzminimum festgelegt und entsprechend ein Verdienstmaximum bestimmt werden. Dabei taucht sogleich die Frage auf, die man in Rußland sehr einfach beantwortet hat, nach einem generellen Existenzminimum oder nach standes-, klassen- und berufsmäßig abgestuften Maßstäben. Damit ist man bereits genötigt, zu sowjetistischen Grundsätzen auch von staatlich zugebilligten Lohn- und Lebenshaltungsstufen Stellung zu nehmen. Bei der Auswahl des zum Verdienst zugelassenen Personenkreises wird und muß man — wenn man nicht rein willkürlich verfahren will — bald auch prüfen müssen, welche sonstigen rententragenden Vermögensteile, die sich im Eigentum, oder wie z. B. nach deutschem Ehegüterrecht in der Nutznießung und Verwaltung, des Arbeitswilligen befinden, auf den Arbeitsverdienst anzurechnen sind, und ob nicht der hohe Verdienst z. B. eines als Großbankier tätigen Vaters — weil für alle Familienmitglieder zum Lebensunterhalt ausreichend — die letzteren von selbständigem Verdienst ausschließen soll. Wie kann Kindern eines solchen Vaters die Verdienstmöglichkeit gestattet werden, wenn die Ehefrau etwa eines Amtsrichters ihren Posten als Lehrerin räumen soll?

Ganz einerlei, wie solche Vorschläge sachlich oder personell umschrieben, ganz einerlei womit sie motiviert werden, sie sind der bisher wohl stärkste Eingriff in das freie wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht, an dessen Stelle sie — genau wie in Rußland — die staatliche Vorschrift setzen, und zwar nicht mehr unter Zugrundelegung objektiver Arbeitsneigung, sondern nach rein subjektiven materiellen Lebensmöglichkeiten und Bedürfnissen. — Das alles geschieht — genau wie im bolschewistischen Rußland — im Interesse und nach Maßstäben der Gemeinschaft.

Idee und Methode haben mit den Grundsätzen individueller Wirtschaft nichts mehr zu tun, sondern müssen in ihren Konsequenzen zu einem bolschewisierten Arbeitsmarkt führen. Staat und Gemeinschaft (Kollektive), die für sich das Recht in Anspruch nehmen, bestimmen zu dürfen, wer im Interesse dieser Gemeinschaft überhaupt noch arbeiten und verdienen darf, obschon alle persönlichen und beruflichen Voraussetzungen sonst erfüllt sind, wird bald unter der gleichen Motivierung auch sagen müssen, wo und was er arbeiten darf.

Etwas anderes tut der bolschewistische Arbeitsmarkt mit seiner Verteilung der arbeitenden Kräfte hier — oder dorthin je nach dem öffentlichen Bedürfnis, mit seiner schematisierten Entlohnung je nach der staatlichen Anerkennung des Lebensbedürfnisses der Arbeitenden, mit seinen Bestimmungen über die Art der Entlohnung auch nicht. — Auch die Motivierung — das „Interesse der Kollektive" — ist dort die gleiche wie hier. Der Unterschied liegt darin,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0290

daß man sich dort nicht scheut, die Vorgänge beim rechten Namen zu nennen, daß man bei uns die vorhandene Identität noch nicht in ihren Konsequenzen bemerkt zu haben scheint.

11. August

Von Theodor Heuß.

Der Zufall will es, daß hart an die zwölfte Wiederkehr des Deutschen Verfassungstages die Kraftprobe über die nächste Zukunft der preußischen Politik gerichtet ist. Es handelt sich bei der Mobilisierung der Kräfte auf der Rechten und der äußersten Linken um mehr, als um den taktischen Versuch, die Vorverlegung der preußischen Wahlen zu erzwingen. An den paar Monaten früher oder später ist den beiden Gruppen, die getrennt marschieren, aber jetzt vereint schlagen wollen (und zwar diesmal nicht aufeinanderschlagen), im Ernste nichts mehr gelegen, kann ihnen nichts gelegen sein. Aber in einer einheitlichen Parole, die bei den Wahlen selber mit ihrem selbstverständlichen Bedürfnis nach Unterscheidung und Sondergewinnen fehlen muß, hoffen sie eine eindrucksvolle Aeußerung der diesen Staat bekämpfenden und verneinenden Volkskreise zustandezubringen, eine Aeußerung, die nach ihrem Willen eine gewonnene Schlacht sein soll.

Diese Nachbarschaft der Termine ist Zufall, aber deutsches Schicksal bedeutet es, daß die Wiederkehr des Tages erneut in dem Schatten von Versailles liegt, stärker als in den beiden vergangenen Jahren. Wir wissen, daß die Krise, die auf Deutschland liegt, nicht ihre einzigen Ursachen besitzt in den Lasten, die vor zwölf Jahren der Haß der Kriegszeit und sinnloses Verkennen der Wirtschaftsgesetze dem geschlagenen und ermatteten Volk aufzuzwingen suchten; sie wandert um die ganze Welt und hat nur wenige Völker wirtschaftlich geschont. Aber sie mußte Deutschland, das ausgeblutete, mit besonderer Wucht treffen und die Ansätze zu gesichertem Aufbau des wirtschaftlichen und sozialen Lebens erschüttern, ja gefährden.

Die Erinnerung an das Halbjahr, da die Führung des deutschen Geschicks sich in Weimar angesiedelt hatte, ist heute notwendiger als früher. Nicht um dem Werk, das dort geschaffen, hohe Lieder des Lobes zu singen. Der Zeitraum, der seitdem verflossen, hat deutlich genug gezeigt, wieviel an der Verfassung geschichtlich bedingtes Kompromiß ist, und wie falsch es ist, mit der Heilig-Sprechung der einzelnen Ordnung und Regelungen sich die unbefangene Durchsicht, Ueberprüfung und Aenderung seelisch wie sachlich zu erschweren. Aber das liegt auf der Hand: es ist eine Generation in den Vorhof der aktiven Politik getreten, deren unmittelbarem Bewußtsein und Erleben die historischen Voraussetzungen, unter denen die Weimarer Verfassung geschaffen werden mußte und geschaffen wurde, fremd blieben. Sie waren damals Kinder. Sie haben dann auf der Schule einiges von dem Paragraphenwerk erfahren, mit Lust, mit Unlust, einmal mit Freude, das andermal mit Verdruß und Ressentiment dargestellt — sie haben die Verfassung gelernt, aber nicht den Drang und die Not des Geburtsjahres erfahren.

Damals standen, in der Formung der Grundgesetze, Weltanschauungen, Wirtschaftsbekenntnisse, historische Traditionen sehr unvermittelt nebeneinander, gegeneinander; die Scheidung ging nicht einfach zwischen den „republikanischen" Parteien und den anderen, sie traute in sehr wichtigen Ausgangspunkten auch die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0291

Teilnehmer an der sog. „Weimarer Koalition". Die Frage war: ob die Gegensätze durch den festen Willen zur Ordnung überwunden werden könnten. Die außenpolitische Drohung wurde zum innenpolitischen Bindemittel — es soll unvergessen bleiben, wie Männer der Opposition, Kahl, Clemens von Delbrück, stärksten sachlich fördernden Anteil an der Verfassungsarbeit nahmen. Und als auf die Nationalversammlung die zweite schwere Aufgabe und Verantwortung zuschritt, eine Entscheidung zu treffen über Annahme oder Ablehnung des Versaillers Friedens, da wurde von den Führern aller Parteien die feierliche Erklärung abgegeben, daß das Ja oder Nein in Zukunft dem parteipolitischen Streit entrückt sein solle. Man billigte jeder Entscheidung das vaterländische Grundmotiv zu. Kaum ein Abkommen, in bewegter Stunde geschlossen, ist später so schlecht gehalten worden wie dieses. Der Kampf gegen das Versailler System, gemeinsame Aufgabe aller Deutschen, kannte und kennt selbstverständlich verschiedene Methoden, die nebeneinander möglich, ja notwendig sind. Das Böse, was wir erfahren haben, ist nicht dies, daß man über die Methoden stritt — dagegen ist nichts zu sagen — sondern, daß man, gegenseitig, die Motive der Methoden herabsetzte, verdächtigte, verleumdete. Darüber mußten ein paar führende Männer ihr Leben verlieren.

Die Hoffnung, daß dies anders werde, kann gegenwärtig nur gering sein. Aber es kommt Entscheidendes darauf an, daß der Weg zu ihrer möglichen Verwirklichung nicht durch den Haß zwischen Volksgenossen völlig verschüttet werde. Wir waren eben Zeugen des rednerischen Duells, das zwischen Philipp Snowden und Neville Chamberlin im englischen Unterhause stattgefunden, zwischen dem absichtslos scharfen Schatzkanzler der Arbeiterpartei und dem neuen Etatsprecher der Konservativen, und wir können nicht verschweigen, daß wir diese Debatte mit einem Neidgefühl gelesen haben. Auch dem englischen Budget geht es schlecht; es stimmt wenig überein mit den Ansagen, die vor etwa über zwei Jahren die Labourleute im Wahlkampf an die Spitze der Parteien getragen hatte. Aber der Redner der Opposition lehnt es ausdrücklich ab, diese Notlage der Regierung, die eine Notlage des Landes ist, parteipolitisch auszuwerten. Gehört ein solcher Blick über den Kanal in eine Betrachtung zum deutschen elften August? Vielleicht doch. Denn sie trifft den wunden Punkt unseres öffentlichen Lebens. Wir besitzen nicht die gemeinsame geistige Sprache, die im System des Parlamentarismus eine eingeschriebene Voraussetzung für das Funktionieren des Apparates ist, besitzen sie noch nicht. Das war eine der Täuschungen der Männer von Weimar, daß sie glaubten, solche Selbstverständlichkeiten des lebendigen Gemeinsinns werden sich aus der Bewährung in der Demokratie entwickeln. Sie haben die seelischen Widerstände unterschätzt, die Verhärtung der wirtschaftlichen Interessengruppen übersehen, die durch das Verhältniswahlsystem eine Chance zugereicht erhielten; sie haben wohl auch zum Teil mit einer früheren Entspannung der außenpolitischen Bedrängnis gerechnet.

Man mag darüber klagen. Aber das nutzt der Stunde nicht sehr viel. Da die Deutschen aus ihrer Vergangenheit lernen, müssen sie den schweren Unterricht durchmachen, mit den Drohungen einer schlimmen Gegenwart in allen Konsequenzen sich auseinanderzusetzen.

Die Reichsregierung hat vor geraumer Zeit den Vorschlag gemacht, die Verfassungsfeiern dieses Jahres unter das Gedächtnis des Freiherrn vom Stein zu rücken. In der Tat, in dieser großen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0292

Erscheinung wäre, so sah es aus, eine geistige Sammlung der deutschen Kräfte möglich gewesen, wollte man den Mann nicht in Doktrinen aufspalten, für bestimmte Parteihaltungen monopolisieren, sondern die Einheit seines Wesens begreifen, die Widersprüche und Gegensätze in einer leidenschaftlichen vaterländischen Hingabe aufzehrte. Der Erinnerungstag vor einigen Wochen hat wohl nicht alle Erwartungen erfüllt. Man konnte, je nach dem Blatt, was man in die Hand nahm, höchst verschiedenartige Bildnisse kennenlernen.

Aber indem die Regierung selber die Erinnerung an den großen Staatsmann beschwor, hat sie eine Verpflichtung übernommen, die schwerer und schwieriger ist als patriotische Philologie. Aus Stein, seinen Denkschriften, Briefen, Anweisungen und Notizen eine Fibel für die deutsche Politik zu machen, wäre sehr unsteinisch gedacht. Denn der Mann, wenn auch in seinen Entscheidungen weltanschaulich bestimmt, hatte nicht die „Patent-Lösung" der deutschen Dinge zur Verfügung, sondern suchte, beriet, änderte, paßte sich an — aber er wagte auch. Für ihn wäre die äußere Not keine Erschwerung, in den Verfassungs- und Verwaltungsapparat einzugreifen, sondern gerade das Gegenteil. Er verschob die als notwendig erkannten Dinge nicht, bis bessere Zeiten kamen, sondern er nützte die schlechte Zeit, um die bessere zu ermöglichen. Er rang den Weg zum besseren Staat einem zögernden und mißtrauischen König ab. Heute muß er Parlamenten mit Mißtrauen und Aengsten abgerungen werden. Aber er kann es, und gerade jetzt, wo die kleinen Sorgen von der großen Not übertönt werden.

Steuerentlastete Landwirtschaft

Von Otmar Schultheiß.

Um einen Ueberblick darüber zu gewinnen, in welchem Umfange durch die Maßnahmen der Reichsregierung Steuererleichterungen für die deutsche Landwirtschaft erreicht worden sind, ist es notwendig, eine gesamte Aufstellung der von der Landwirtschaft vor dem Inkrafttreten der Maßnahmen der Reichsregierung vom 26. Juli 1930 und 5. Dezember 1930 gezahlten Steuerlasten vorzunehmen. Es liegen hierzu verschiedene, sehr genaue Zahlenangaben vor, die zum Teil von der Reichsfinanzverwaltung, zum Teil aus Angaben der Länderregierungen stammen. Die gesamte Steuerbelastung der deutschen Landwirtschaft betrug Ende 1930:

88 Mill. RM. Rentenbankzinsen (seit 1930 nicht mehr erhoben);
65 Mill. RM. Vermögensteuer;
55 Mill. RM. Einkommensteuer;
55 Mill. RM. Umsatzsteuer;
410 Mill. RM. Grundvermögensteuer (einschl. Gemeindezuschläge[1]);
75 Mill. RM. sonstige Realsteuern und Naturallasten[2]);
23 Mill. RM. Kirchensteuern.

Insgesamt ergibt sich also eine Steuerlast von etwa 770 Mill. RM., wobei zu bemerken ist, daß die Rentenbankzinsen im Rechnungsjahr 1930 in Höhe von 88 Mill. RM. nicht zur Erhebung gekommen sind, so daß sich die Steuerlast zu Ende 1930 auf rund 700 Mill. RM. ermäßigt. Durch die inzwischen erfolgten Notverordnungen und deren Auswirkungen ergeben sich für die deutsche Landwirtschaft folgende wesentliche Aenderungen:

[1]) Unterlage vom Statistischen Reichsamt.
[2]) n. Staatssekr. Pegitz (Heft 23 der Veröff. des DLR.).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0293

Durch die Erhöhung der Freigrenze der Vermögensteuer von 5000 RM. auf 20 000 RM. (die, wie bekannt, für alle Steuerpflichtigen gilt) wird eine Steuerersparnis für die Landwirtschaft von 5 Mill. RM. erwartet. Die wesentlichste Verminderung an Steuerleistung ist durch die von landwirtschaftlicher Seite stark umkämpfte „Einheitssteuer" eingetreten, die bekanntlich mit Wirkung vom 8. Mai 1931 in Kraft gesetzt wurde. Durch diese „Einheitssteuer" sind die ersten 6000 RM. Einkommen aus landwirtschaftlichen, gärtnerischen und forstwirtschaftlichen Vermögen ohne Besteuerung gelassen. Die Steuerersparnis beträgt etwa 40 Millionen RM. Bedenkt man, daß alle übrigen Einkommensteuerpflichtigen, ohne Rücksicht auf Höhe des Einkommens, durch die dritte Notverordnung vom 5. Juni noch zur Krisensteuer herangezogen worden sind, so erhellt sich die Bedeutung der Freistellung von der Einkommensteuer für die Betriebe bis zu 6000 RM. noch ganz besonders. Durch die Erhöhung der steuerfreien Grenze bei der Umsatzsteuer auf 5000 RM., ebenfalls bewirkt durch die Notverordnung vom 5. Dezember 1930, erspart die Landwirtschaft an Steuerleistung 8 bis 10 Mill. RM.

Für die sich aus der Verordnung vom 1. Dezember 1930 ergebenden Realsteuersenkungen um 10% bei der Grundvermögensteuer und um 20% bei der Gewerbesteuer lassen sich zahlenmäßige Schlüsse deshalb nicht ziehen, weil die Notwendigkeit zur Erhebung der Bürgersteuer als Ausgleich der Realsteuersenkung nur zu häufig auch der Landwirtschaft eine gleichbleibende Steuerlast auferlegen wird. Nach dem Willen des Gesetzgebers soll jedoch durch die vorgesehene Realsteuersenkung eine Minderbelastung von etwa 16 Mill. RM. für die Landwirtschaft eintreten. Die Erreichung dieses Zieles wird im wesentlichen von dem Zustand der Gemeindefinanzen abhängen.

Die übrigen hauptsächlichen Steuerarten, Realsteuer- und Naturallasten in Höhe von etwa 75 Mill. RM. und die Kirchensteuern in Höhe von etwa 25 Mill. RM., insgesamt also etwa 100 Mill. RM., sind bisher durch rechtsgesetzliche Regelung nicht in ihrer Höhe beeinflußt worden, zudem handelt es sich häufig bei den Naturallasten nicht um Steuern im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern um mehr auf privatrechtlicher Grundlage beruhende Verpflichtungen-, wie etwa alle Lehensabgaben aus der Zeit der Bauernbefreiung und dergleichen mehr.

Insgesamt hat das Reich durch die Gesamtheit seiner Maßnahmen im Jahre 1930 die Steuerlast der Landwirtschaft um folgende Beträge ermäßigt:

Rentenbankzinsen	ca. 88 Mill. RM.
Vermögensteuer	ca. 5 Mill. RM.
Umsatzsteuer	ca. 8—10 Mill. RM.
Einkommensteuer	ca. 40 Mill. RM.
Grundvermögensteuer	ca. 16 Mill. RM.
Insgesamt	ca. 157 bis 159 Mill. RM.

von einer Steuerlast von 673 Mill. RM. der oben angeführten Steuern. Die Regierung hat demnach eine Steuersenkung von fast 25% für die deutsche Landwirtschaft durchgeführt. In hohem Maße ist die Regierung bemüht, der Notlage der Landwirtschaft, trotz stärkster neuer Belastung aller übrigen Berufsstände, gerecht zu werden.

Das Reformwerk in der Steuergesetzgebung hat sich aber nicht allein auf die Senkung der Reichssteuer beschränkt, sondern weiterhin wesentliche Schritte zur Senkung der Gemeindesteuern über die oben angeführte Realsteuersenkung hinaus unternommen. Drei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0294

Maßnahmen sind es in erster Linie, die für die ländlichen Gemeinden und deren Steuerzahler für die Zukunft bedeutungsvoll werden. Die Realsteuer, die bestimmt, daß höhere Zuschläge zu den Realsteuern seitens der Gemeinden als am 1. Dezember 1930 für die Zukunft nicht mehr erhoben werden dürfen. In den beiden ersten Notverordnungen finden wir den Grundgedanken der Heranziehung aller Wahlberechtigten zu den Gemeindesteuern. Die Verkoppelung der Höhe der Bürgersteuer mit der Höhe der Realsteuern bedeutet einen wesentlichen Fortschritt. Es gilt vor allem, diesen Grundgedanken für die Zukunft weiter auszubauen, um die drückendste Steuerlast der Landwirtschaft, die Realsteuern, in Einklang mit der Leistungsfähigkeit zubringen. Die Notverordnung vom 1. Dezember gibt in den „Grundsätzen über den endgültigen Finanzausgleich" eine Bestimmung, wonach die Gemeinden die Befugnis erhalten sollen, Zuschläge zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zu erheben. Bis zum 1. April 1932 soll durch ein Gesetz über den „endgültigen" Finanzausgleich dieses Zuschlagsrecht den Gemeinden, wahrscheinlich als Hauptsteuerquelle, erteilt werden. Für die Landwirtschaft ist die Gestaltung dieses „endgültigen" Finanzausgleiches von allergrößter Bedeutung, ebenso die Frage der Verteilung der öffentlichen Aufgaben für die Zukunft. Das Reformwerk ist eingeleitet, die Gestaltung wird nicht ohne schwere Auseinandersetzungen innerhalb der einzelnen Körperschaften geschaffen werden können, aber die Landwirtschaft vermag auf Grund der bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung hinsichtlich der Steuerentlastung mit vollem Vertrauen den weiteren Reformen auf diesem Gebiet entgegensehen.

Die Abrüstungskonferenz

Von F. W. von Oertzen.

Dem bei G. Stalling, Oldenburg, erschienenen Buch v. Oertzens „Das ist die Abrüstung" entnehmen wir folgenden Abschnitt:

Am Abend des 23. Januar beschließt der Völkerbundsrat in geheimer Sitzung, die große Abrüstungskonferenz auf Dienstag, den 2. Februar 1932, nach Feng einzuberufen.

Von diesem Beschluß bis zur Eröffnung der Konferenz, die über das Schicksal der Abrüstung endgültig entscheiden soll, ist ein Jahr Zeit. Aber auf was wird man sich vorbereiten? Kaum sind die Außenminister nach Beendigung der Genfer Ratstagung wieder in ihren Hauptstädten angelangt, als sofort eine geradezu fieberhafte diplomatische Tätigkeit beginnt. Mit der Festlegung des Termins beginnen auch programmäßig die ersten Intrigen. Wer wird der Präsident dieser großen Konferenz werden? Das ist eine Frage, die wesentlich mehr als nur eine formale Bedeutung hat. Schon während der Ratstagung im Januar ist darüber heftig gestritten worden. Eine Reihe von Mächten, in erster Linie natürlich Frankreich, würden sehr gern den tschechischen Außenminister Dr. Benesch auf dem Präsidentenstuhl der großen Konferenz sehen. Benesch ist ein kluger und gewandter Mann, und die Tschechoslowakei gehört zu den intimsten Verbündeten Frankreichs. Das ist eine klare Rechnung, und es wird sicherlich auch in Deutschland nicht wenige Menschen geben, denen diese Lösung gar nicht einmal absolut unsympathisch wäre. Denn Benesch als Präsident würde die ganze Abrüstungskonferenz von vornherein als eine Konferenz gegen die Abrüstung kennzeichnen. Das würde viele Schachzüge und Intrigen auf der Konferenz selber überflüssig machen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0295

Aber die Entscheidung über diesen Punkt wird vorläufig noch hinausgeschoben.

Es gibt wichtigeres zu tun. Der Quai d'Orsay und das Foreign Office beginnen Verhandlungen, die angeblich der Vorbereitung für die große Konferenz dienen sollen. Wie diese Vorbereitungen tatsächlich aussehen, das plaudert mit erfreulicher Voreiligkeit die Pariser Presse aus, die bereits in der letzten Februarhälfte des Jahres 1931 davon zu berichten weiß, daß zwischen London und Paris volle Einigkeit herrsche. Und zwar sei diese Einigkeit ungefähr auf der Basis des englisch-französischen Abkommens von 1928 erzielt worden. Das heißt also, Frankreich wird England gewisse Konzessionen bezüglich der Flottenrüstung machen, damit eine übergroße Verstärkung der italienischen Flotte vermieden wird, und dafür soll England die Verpflichtung übernehmen, auf der großen Abrüstungskonferenz alle französischen Machenschaften zur Abwürgung der tatsächlichen Abrüstung zu unterstützen.

In London will man das nicht wahr haben. Die Erfahrungen des Jahres 1928 sind noch nicht vergessen. Und außerdem birgt die Voreiligkeit der Pariser Presse eine andere große Gefahr. England braucht für seine Konvention mit Frankreich die Zustimmung Italiens. Es braucht sie dringend, und zu diesem Zweck machen sich Ende Februar Außenminister Henderson und Marineminister Alexander zu einem Besuch in Rom auf die Reise, nachdem sie vorher noch einmal in Paris eingehend konferiert haben.

Das sind die ersten Vorbereitungen für 1932. Der Rest dieses Jahres wird ohne Zweifel noch manche interessante und aufschlußreiche Einzelheit aus dem Rahmen dieser Vorarbeiten zutage fördern.

Ueberraschungen sind kaum noch zu erwarten. Ueberrascht werden kann höchstens der, der noch immer an den Abrüstungswillen der großen Militärmächte glaubt. Und die Zahl der Gläubigen wird von Tag zu Tag geringer.

Ist das ein Schaden? Ist das ein Verbrechen, auf Grund der Erfahrungen von zehn Jahren skeptisch zu sein? Wohl kaum. Optimismus auf dem Gebiete der Abrüstung ist heute gleichbedeutend mit gewollter Kurzsichtigkeit. Wer den Versuch macht, sich mit der Materie zu beschäftigen, wer die Mühe nicht scheut, sich wenigstens in großen Zügen einen Ueberblick über die Verhandlungen der letzten zehn Jahre zu verschaffen, der weiß, wohin die Reise geht.

Das Ziel ist klar. Die Waffen sollen bleiben. Die Drohung der Kanonen, der Tanks, der Flugzeuge und der Panzerschiffe soll den Gewaltfrieden von 1919 unter allen Umständen sichern.

Hat es unter diesen Umständen einen Sinn, daß Deutschland überhaupt zur Abrüstungskonferenz des Jahres 1932 geht? Wäre es nicht besser, schon vorher zu erklären, daß der Schlußakt dieser ganzen Tragikomödie auch ohne Deutschlands Mitwirkung stattfinden könne?

Nein. Deutschland muß auch diesen letzten Schritt noch gehen. Es ist notwendig, daß auf dieser Konferenz die Stimme des deutschen Volkes gehört wird. Deutschlands Stellung ist so klar und eindeutig, seine Rechtsansprüche so unwiderleglich, daß es die Abrüstungsgegner nur freuen würde, wenn das deutsche Volk auf die Geltendmachung dieser Ansprüche vor dem Forum der Abrüstungskonferenz verzichten würde.

Die alliierten Hauptmächte des Jahres 1919 haben durch den Mund Clemenceaus erklären lassen, daß sie, nachdem Deutschland

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0296

den Weg der Abrüstung gezeigt haben wird, in voller Sicherheit den gleichen Weg gehen wollen.

Deutschland hat den Weg gezeigt. Deutschland hat abgerüstet. Die anderen Mächte sind ihm nicht gefolgt. Sie sind bis an die Zähne gerüstet geblieben.

Am 1. Januar 1921 war die Umstellung der deutschen Armee auf das kleine Hunderttausend-Mann-Heer des Versailler Vertrages vollendet. Deutschland hatte in der Zeit von knapp zwei Jahren vollständig und restlos abgerüstet. Die Verpflichtungen der ehemaligen Gegner Deutschlands zur Abrüstung datieren vom 28. Juni 1919. Seit diesem Tage bis zum Beginn der Abrüstungskonferenz im Jahre 1932 werden zwölf und ein halbes Jahr vergangen sein. Das ist mehr als sechsmal so viel Zeit, als man Deutschland zur Abrüstung gelassen hat. Das ist ein Zeitraum, der größer ist als der, den der Völkerbundpakt in seinem Artikel 8 nennt. Denn dort heißt es im Absatz 3: „von zehn zu zehn Jahren sind diese (Abrüstungs-) Pläne einer Nachprüfung und gegebenenfalls einer Berichtigung zu unterziehen." In zwölf und einem halben Jahr ist nichts für die Abrüstung geschehen. Deutschland hat ohne Widerspruch diese ganz offenkundige Verletzung des Völkerbundspaktes bisher geduldet. Aber es wird nicht mehr in der Lage sein, weiter zu schweigen, wenn die Abrüstungskonferenz des Jahres 1932 wiederum mit einem Fiasko endet.

Der Weg durch die letzten Wochen

Notverordnung über Notverordnung hat das deutsche Volk über sich ergehen lassen. Unsere Zusammenstellung soll die einzelnen Etappen dieses Weges noch einmal ins Gedächtnis rufen und einen Ueberblick über die Entwicklung unserer Verhältnisse in den letzten Wochen vermitteln.

Die Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen kam am 28. März (RGBl. I. S. 79) heraus; ihre zwei Durchführungsverordnungen vom 30. März (RGBl. I. S. 129 ff.) regeln Zuständigkeitsfragen und Besetzungsfragen für den zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen bestimmten Senat des Reichsgerichts. Die Notverordnung setzt einmal die Anmeldepflicht für alle öffentlichen politischen Versammlungen, sowie Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel und für Personenfahrten auf Lastwagen, die von politischen Vereinen oder zu politischen Zwecken unternommen werden, fest. Das Verbot einer angemeldeten Versammlung ergibt sich aus der Befürchtung einer Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Auf Teilnahme, Veranstaltung und Raumvermietung für eine verbotene Versammlung stehen Gefängnis- und Geldstrafen; ebenso auf das Führen von Schußwaffen. Das Tragen von einheitlicher Kleidung und Abzeichen kann ebenfalls verboten werden mit Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat. Bedeutsam ist § 10 des Abschnittes II der Notverordnung, nach dem alle Plakate oder Flugblätter politischen Inhalts mindestens 24 Stunden, ehe sie der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden, der zuständigen Polizeibehörde zur Kenntnisnahme vorzulegen sind. Nichtbefolgung zieht eine Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten nach sich. Die Ankündigung einer Versammlung darf nur die zu diesem Zweck nötigen Angaben enthalten.

Am 5. Juni wurde die zweite Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen erlassen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0297

(RGBl. I. S. 279 ff.), die in ihren Einzelheiten durch die teilweise recht erbitterten Kämpfe zur Genüge bekannt sein dürfte.*)

Eine Neufassung des Brotgesetzes wurde auf Grund der zweiten Notverordnung vom 5. Juni bekannt gemacht (RGBl. I. S. 335 ff.). Nach dem neuen Gesetz darf dem Weizengebäck bis zu 10 v. H. des Mehlgehaltes Kartoffelstärkemehl beigegeben werden. Das Gewicht des ganz oder doch zum überwiegenden Teil aus Roggenmehl hergestellten Brotes muß mindestens 250 g betragen und durch 250 teilbar sein, abgesehen von Brot unter 250 g Gewicht. Eine Verordnung über die Angabe des Brotgewichtes vom 16. Juli 1931 (RGBl. I. S. 383) bestimmt, daß die vorgeschriebene Gewichtsangabe in g oder kg leicht erkennbar auf der Brotrinde zu erfolgen hat, wobei besonders auf die Unzulässigkeit der Anbringung einer Papiermarke oder Banderole durch ein Klebemittel hingewiesen wird; das Gewicht des umhüllten Brotes wird auf dieser kenntlich gemacht, jedoch darf bis zum 1. 10. auch hier das Gewicht noch auf der Rinde angegeben werden. Ab 15. August treten diese Bestimmungen in Kraft.

Am 8. Juli erließ der Reichspräsident eine Verordnung über die Schaffung einer Wirtschaftsgarantie (RGBl. I. S. 351), zu der bereits am 9. Juli die Ausführungsbestimmungen erschienen (RGBl. I. S. 353). Diese Notverordnung ist die gesetzliche Grundlage des Zusammenschlusses der deutschen Wirtschaft zu einem Haftungsverband für deutsche Notkredite, für den sich die Golddiskontbank gleichsam als Treuhänder der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt hat, begünstigt durch die Tatsache, daß sie keine Gläubiger hat, die ihr die Kredite etwa entziehen könnten. Der Sinn der ganzen Aktion bestand nach dem Ausland hin darin, die Kreditkündigungen zum Stillstand zu bringen dadurch, daß diese Kredite über die Golddiskontbank geleitet und Garantien im weitest möglichen Maße übernommen würden. Im Rahmen der deutschen Wirtschaft sollte dieser Kredit der Wirtschaft beim Versagen des Kredits einzelner Bank- und Industrieunternehmungen eingesetzt werden.

Am 9. Juli trat eine Durchführungsverordnung für die Schaffung einer Wirtschaftsgarantie in Kraft (RGBl. I. S. 353 ff).

Die Notverordnung über die Darmstädter und Nationalbank wird am 13. Juli veröffentlicht (RGBl. I. S. 359); durch sie wird die Reichsregierung ermächtigt, Garantien für das Institut zu übernehmen. Ebenso wird die Regierung ermächtigt, Maßnahmen der Verwaltung und Betriebsregelung für die Bank zu treffen.

Die am gleichen Tage erschienene Durchführungsverordnung bringt zunächst eine Feststellung der Ausfallbürgschaft des Reichs für Verbindlichkeiten der Danatbank aus Spareinlagen, aus laufender Rechnung, auch für solche, die sonst in den Büchern der Bank als Kreditoren geführt werden und für Verbindlichkeiten aus den eigenen Akzepten der Bank. Als Treuhänder wurde Dr. Bergmann bestellt. Eine Konkurserklärung über das Vermögen der Bank kann nicht vor dem 31. Juli 1931 erfolgen.

Ebenfalls am 13. Juli erscheint die Verordnung des Reichspräsidenten über Bankfeiertage sowie die Durchführungsbestimmungen (RGBl. I. S. 361), durch die die Regierung ermächtigt wird, Bankfeiertage, sowie die Institute zu bestimmen, für die sie gelten, und ebenso die Rechtswirkungen festzusetzen, die mit ihnen verbunden sind. Länderbanken, öffentlichrechtliche Kreditanstalten, Sparkassen, Kommunalbanken, Ge-

*) Vgl. S. 271 in Heft 12/13 der „Blätter der Staatspartei".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0298

nossenschaftsbanken, Banken und Bankgeschäfte, Hypothekenbanken, Land- und Stadtschaften, sowie andere öffentliche und private Realkreditinstitute fallen unter die Institute, für die der 14. und 15. Juli als staatlich anerkannte allgemeine Feiertage festgesetzt werden.

Eine zweite Durchführungsverordnung über Bankfeiertage tritt am 14. Juli mit der Maßgabe in Kraft, daß die allgemeinen und staatlich anerkannten Feiertage auch als solche im Sinne der Wechselordnung und des Scheckgesetzes zu gelten haben (RGBl. I. S. 363). Für den Fall, daß der letzte Tag einer Frist auf einem dieser Tage liegt und sich aus dieser Tatsache Rechtsnachteile ergeben, soll diese Frist nicht vor Ablauf einer Woche nach dem letzten Bankfeiertag enden.

Die Notverordnung vom 15. Juli ermächtigt die Reichsregierung zur Regelung der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach Bankfeiertagen, des Verkehrs mit Devisen und Kursveröffentlichungen (RGBl. I. S. 365). Für die Tage vom 16. bis 18. Juli werden Barauszahlungen nur zum Zwecke von Lohn-, Gehalts-, Unterstützungs-, Versicherungs- und Steuerauszahlungen für alle von den Bankfeiertagen betroffenen Institute mit Ausnahme der Privatnotenbanken und der Deutschen Golddiskontbank erlaubt, wenn der Zweck der Abhebung der Zahlungsmittel nachgewiesen worden ist. Für den Ueberweisungsverkehr gelten die gleichen Bestimmungen; jedoch sieht die Verordnung unbeschränkten Ueberweisungsverkehr für einige Fälle vor: einmal, um die oben kurz skizzierten Barauszahlungen zu ermöglichen, dann, wenn er sich innerhalb eines Institutes vollzieht, weiterhin für Zahlungen zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und endlich zur Erfüllung der Beitragspflicht für einen Versicherungsträger. Dagegen dürfen Einzahlungen unbeschränkt vorgenommen werden; über Guthaben, die nach dem 15. Juli eingezahlt wurden, kann frei verfügt werden. Rechtsfolgen, die sich für Schuldner aus den Bankfeiertagen und der Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs in der Unmöglichkeit der Erfüllung seiner Verpflichtungen ergeben, gelten als nicht eingetreten.

Die Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln (RGBl. I. S. 366), vom gleichen Datum setzt die Reichsbank als alleinige Vermittlerin des Erwerbs ausländischer Zahlungsmittel und Forderungen gegen inländische Zahlungsmittel ein und spricht ein Verbot für Termingeschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln gegen inländische aus. Als Kurs gilt der letzte amtlich in Berlin notierte Briefkurs. Der Reichswirtschaftsminister oder eine von ihm beauftragte Stelle kann von jedem Auskunft über Geschäfte mit ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung fordern, insbesondere aber kann er die Vorlage der Bücher und sonstiger Belege verlangen. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zum zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel (Forderungen oder auch Edelmetalle) bestraft, wobei die Zahlungsmittel zugunsten des Reiches eingezogen werden, auch wenn sie dem Täter nicht ge-

Wie lange noch 17 deutsche Länderregierungen?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0299

hören; letzterer wird zur Sicherung der Geldstrafe mit seinem Vermögen haftbar gemacht.

In der Verordnung über die Veröffentlichung von Kursen, ebenfalls vom 15. Juli, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und einer Geldstrafe belegt jeder, der öffentlich Angaben über Preise macht, zu denen ausländische Zahlungsmittel, die Reichsmark und Wertpapiere gehandelt, angeboten und gesucht worden sind oder sein sollen; ausgenommen sind die amtlich festgestellten Kurse einer Börse.

Am 16. Juli tritt die zweite Durchführungsverordnung über die Danatbank in Kraft (RGBl. I. S. 365). Sie besagt, daß die Fristen für das Wechselrecht gegenüber der Bank entsprechend gelten für das Regreßrecht aus einem Scheck.

Die zweite Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach Bankfeiertagen erschien am 16. Juli (RGBl. I. S. 369) und befreit die Reichsbank, die Privatnotenbanken, sowie die Deutsche Golddiskontbank hinsichtlich des Zahlungs- und Ueberweisungsverkehrs von allen Beschränkungen. Weiterhin werden außer den für unbeschränkt zulässig erklärten Ueberweisungen solche zwischen den von den Feiertagen betroffenen Instituten bis zur Hälfte des Guthabens des Auftraggebers, bis insgesamt 10 000 RM., und zwar nur auf ein bereits bestehendes Konto eines Dritten bei einem von den Feiertagen betroffenen Institut zugelassen.

Eine zweite Verordnung über die Veröffentlichung von Kursen vom gleichen Datum (RGBl. I. S. 369) läßt Angaben anerkannter ausländischer Börsen und Märkte zu.

Am 17. Juli tritt die zweite Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen in Kraft, nach der der verantwortliche Schriftleiter einer periodischen Druckschrift verpflichtet ist, auf Verlangen der leitenden Reichs- und Landesbehörden Kundgebungen und Entgegnungen auf in der Druckschrift mitgeteilten Tatsachen „ohne Einschaltung oder Weglassung unentgeltlich aufzunehmen". Der Einsender bestimmt Stelle, Ueberschrift, Schrift des Abdrucks, der unverzüglich zu erfolgen hat. Eine Stellungnahme in der gleichen Nummer ist unzulässig. Eine Beschlagnahme erfolgt bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei Druckschriften; bei periodischen Druckschriften außerdem bei Zuwiderhandlungen gegen die oben genannten Bestimmungen.

Die Durchführungsbestimmung zu dieser Verordnung vom 18. Juli (RGBl. I. S. 373) stellt fest, daß die sich auf das Verbot periodischer Druckschriften beziehenden Verordnungen der Durchführungsbestimmungen der ersten Verordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen auch für die Durchführung der zweiten Verordnung Gültigkeit haben.

Am 18. Juli erscheint die Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht (RGBl. I. S. 373). Der erste Abschnitt der Verordnung behandelt die Anzeigepflicht von ausländischen Zahlungsmitteln oder von Forderungen in ausländischer Währung zum Verkauf oder zur Uebertragung an die Reichsbank zu den üblichen Bedingungen, mit der Maßgabe, den Verkauf oder die Uebertragung auf Verlangen der Reichsbank zu tätigen, gegenüber der Reichsbank, deren Versäumnis bei Fahrlässigkeit mit Freiheits- und unbegrenzt hoher Geldstrafe geahndet werden kann, während Vorsätzlichkeit in besonders schweren Fällen Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren nach sich zieht. Wei-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0300

terhin wird die Anzeigepflicht von steuerpflichtigem Vermögen und von Beteiligungen natürlicher, im Deutschen Reich wohnhafter Personen, von Reichs- und Länderbeamten sowie Angehörigen der Wehrmacht, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, sowie von Beamten der Reichsbahn und Reichsbank an den unter § 2 Abs. 3 des Vermögensteuergesetzes bezeichneten Instituten (A.-G., G.m.b.H., Genossenschaften usw.) gegenüber Steuerbehörden angeordnet. Die Verlängerung der Abgabefrist der Vermögenserklärung bis zum 31. Juli soll jedem Gelegenheit geben, nicht angegebene Werte nachträglich dem Finanzamt anzuzeigen. Vorsätzliche Zuwiderhandlung zieht auch hier eine Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren nach sich. Der zweite Abschnitt behandelt eine Steueramnestie, die diejenigen betrifft, die steuerpflichtiges Vermögen, Einkommen, ebensolchen Gewerbeertrag der bestehenden Rechtspflicht zuwider nicht angegeben haben, diese Angabe aber bis zum 31. Juli nachholen. Damit tritt eine Befreiung von der Nachzahlungspflicht ein, sowohl für Vermögensteuernachzahlungen für die Zeit vor dem 1. Januar, wie für Nachzahlungen auf die Jahresleistungen nach dem Aufbringungsgesetz und auf Zahlungen der vor dem 15. 8. 1931 fälligen Aufbringungsumlage; ebenso für Einkommen- und Körperschaftssteuernachzahlungen für vor dem 1. Januar 1930 beendete Steuerabschnitte und vor den 1. April 1931 fallenden Gewerbesteuernachzahlungen. Ueber Steueraufsicht setzt ein dritter Abschnitt eine erweiterte Befugnis der Aufsicht der Steuerbehörde bei Personen und Unternehmen, die zur Rechnungslegung verpflichtet sind. Die Schlußvorschriften des vierten Abschnittes verpflichten jeden, der glaubhafte Kenntnis von einer der obigen strafbaren Handlungen erhält, zur Anzeige.

Weiterhin wird am 18. Juli auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung eine Verordnung über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen erlassen, die am 22. Juli in Kraft tritt und jedem im Reiche wohnenden Reichsdeutschen bei einer Reise ins Ausland eine Gebühr von 100,— RM. auferlegt, die der Landeskasse zufließen soll. Der kleine Grenzverkehr ist von diesen Bestimmungen ausgenommen; Reichsangehörige, die ohne diesen Paßvermerk das Reichsgebiet verlassen, werden mit einer Geldstrafe von 1000,— RM. oder Gefängnis bestraft. Die Erhebung kann auch anderen als den zuständigen Paßbehörden übertragen und in solchen Fällen Zuschläge zu der Gebühr bis zu 100 v. H. erhoben werden. Die Verordnung tritt am 1. Oktober 1931 außer Kraft, wenn sie von der Regierung nicht früher aufgehoben wird.

Die dritte Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach Bankfeiertagen vom 18. Juli (RGBl. I. S. 376) bestimmt für die von den Feiertagen betroffenen Institute, daß Kreditinstitute an Konteninhaber nicht über 5 v. H. des am 19. Juli vorhandenen Guthabens Barauszahlungen ohne besondere Zweckbestimmung, höchstens aber 200,— RM., leisten dürfen, bei Sparkassen und Sparbüchern beschränkt sich die Summe auf 20,— RM. und kann die Auszahlung von einem Bedürftigkeitsnachweis abhängig gemacht wer-

Wie lange noch
17 deutsche Parlamente?

den. Vor dem 14. Juli ausgestellte Kreditbriefe dürfen bis zu 100,— Reichsmark ausgezahlt werden, wenn der Berechtigte außerhalb seines Wohnorts sich aufhält. Unbeschränkte Auszahlungen sind vorgesehen für Lohn, Gehalts-, Renten-, Unterstützungs-, Wohlfahrts-, Versicherungs-, Steuer-, Fracht- und Beitragszahlungen an die Reichsmonopolverwaltung; bei alledem nur, soweit bargeldlose Entrichtung nicht möglich ist. Einzahlungen unterliegen auch weiterhin keinen Beschränkungen. Ueberweisungen sind unbeschränkt, um die zugelassenen Barauszahlungen zu ermöglichen, dann innerhalb desselben Institutes, weiter zur Durchführung der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, zur Erfüllung von Versicherungsverpflichtungen, aus vor dem 15. Juli eingezahlten Guthaben, durch den Verkauf ausländischer Währung und Forderungen oder aus keiner Beschränkung unterliegenden Konten; Ueberweisungen zwischen den von den Feiertagen betroffenen Instituten können bis zur Hälfte des Guthabens des Auftraggebers bis zu 2000,— RM. nur auf ein bereits bestehendes Konto vorgenommen werden. Diese dritte Verordnung regelt auch die Fälligkeitstermine von Wechseln. Nachteilige Rechtsfolgen für Schuldner durch die Bankfeiertage gelten als nicht eingetreten. Als Bankfeiertage gelten auch die zwischen dem 16. und 23. Juli liegenden Werktage. Reichspost, Reichsbank und Deutsche Golddiskontbank unterliegen im Zahlungs- und Ueberweisungsverkehr keinen Beschränkungen. Der Artikel 5 der Verordnung setzt die Gültigkeit eines vor dem 1. August ausgestellten Verrechnungsschecks, der mit einem Bestätigungsvermerk versehen ist, voraus. Nur nach vorheriger Deckung ist der Bezogene befugt, Schecks mit einem Bestätigungsvermerk zu versehen.

Nach einer Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. Juli (RGBl. I. S. 379) wird § 8 des Münzgesetzes vom 30. August 1924 (RGBl. II. vom 30. 8. 1924, S. 254 ff.) mit der Fortsetzung umgeändert, daß der Gesamtbetrag der Münzen zu 5,— RM. und darunter für den Kopf der Bevölkerung 30,— RM. statt vordem 20,— RM. nicht übersteigen darf.

Eine weitere Notverordnung vom 18. Juli erteilt der Regierung die Ermächtigung zur Regelung der Auszahlung von Dientsbezügen (RGBl. I. S. 381), sowie der Anteile der Länder an Ueberweisungssteuern, wie auch der Leistungen der Länder an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften. Ebenso wird die Regierung zum Schutz von Schuldnern gegen die Folgen dieser veränderten Zahlungsweise ermächtigt.

Die Durchführungsverordnung umreißt die Bezüge aus gegenwärtiger oder früherer Tätigkeit im öffentlichen oder privaten Dienst, die der Verordnung unterliegen; es folgt eine Definition der Körperschaften des öffentlichen Rechts, denen die Reichsbank und die Golddiskontbank nicht zuzuzählen sind.

In der neunzehnten Bekanntmachung über Wechsel- und Scheckzinsen vom 16. Juli (RGBl. I. S. 384) wird die Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes mit sofortiger Wirkung auf 10 v. H. festgesetzt.

Am 20. Juli wird eine Notverordnung über Zuschläge für Steuerrückstände verfaßt (RGBl. I. S. 385), die Reich, Land, Gemeinde und Gemeindeverband geschuldet werden. Der Verzugszuschlag beträgt 5 v. H. des Rückstandes für jeden nach dem Termin der Fälligkeit angefangenen halben Monat. Die Verzugszinsen werden dann auferlegt, wenn kein Verzugszuschlag erhoben wird, die Zahlung nicht rechtzeitig erfolgt; sie betragen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0302

2 v. H. monatlich. Wo bei Zahlungsaufschub überhaupt Zinsen zu bezahlen sind, werden diese Aufschubzinsen auf 10 v. H. festgesetzt. Wenn nicht zinslose Stundung vorliegt, hat die zuständige Behörde die Stundungszinsen mit einem Zinsfuß zwischen 5 und 12 v. H. jährlich bei der Bewilligung der Stundung festzusetzen. Für verzugsverzinsliche Rückstandsbeträge vor dem 1. April sind 2 v. H. monatliche Zinsen zu entrichten, für vor dem 1. August stundungsverzinsliche Beträge kann der Zinsfuß nach dem 31. Juli auf 5 bis 12 v. H. Stundungszinsen erhöht werden.

Am 22. Juli wird die erste Durchführungsverordnung für die Kapital- und Steuerfluchtnotverordnung vom 18. Juli veröffentlicht (RGBl. I. S. 387). Nach einer Aufzählung der Personen, die durch die Verordnung betroffen werden, wird die Anzeigepflicht ausländischer Zahlungsmittel u. dgl. erläutert.

Eine dritte Durchführungsverordnung über die Darmstädter und Nationalbank vom 21. Juli (RGBl. I. S. 388) bestimmt, daß die Vorschriften über die Fristen für das Wechselrecht und Regreßrecht aus Schecks gegenüber der Bank ohne Rücksicht darauf gelten, ob die Bank selbst aus dem Wechsel oder Scheck verpflichtet ist.

Am 22. Juli wird weiterhin eine vierte Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen herausgegeben, in der einmal festgesetzt wird, daß ein Kontoinhaber die Auslösung eines von ihm akzeptierten Wechsels mit Barauszahlungen und Ueberweisungen bei einer Kontenbelastung von nicht mehr als 1000,— Reichsmark am Tage in Auftrag geben kann, daß weiterhin alle falschen Angaben zur Erlangung einer Barauszahlung oder Ueberweisung mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe bestraft werden.

Die Durchführungsbestimmungen über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen, die am 15. Juli verordnet wurde, erscheinen ebenfalls am 22. Juli (RGBl. I. S. 389). Jede Paßbehörde im Reich nimmt die Gebühr gegen Paßvermerk vor; für einen Zuschlag von 50 v. H. kann die Gebühr auch an der Grenzübergangsstelle erhoben werden. Ausnahmen: im kleinen Grenzverkehr, bei Auswanderung (mit Ver-

Zur Selbsthilfe

Müssen wir wie 1929 auch weiterhin Tag für Tag aus dem Ausland beziehen für

378 000 RM. Gemüse
184 000 RM. Aepfel und Birnen
230 000 RM. Apfelsinen
132 000 RM. Bananen
1 550 000 RM. Milch, Butter, Käse
1 220 000 RM. Weizen
770 000 RM. Eier
180 000 RM. Südwein
324 000 RM. Französische Parfüms
265 000 RM. Kunstseide
160 000 RM. Amerikanische Kraftfahrzeuge?

Selbsthilfe ist Selbstbeschränkung und Sparsamkeit!
Selbsthilfe ist Unterstützung der heimischen Produktion!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0303

merk einer größeren Auswandererberatungsstelle), bei Abeitsvertragserfüllung im Ausland, Personal von Transportunternehmen, Erholungsfahrten für Kinder unter 15 Jahren und Begleitpersonal, Geschäftsreisen (Handelskammerbeglaubigung), Reichs- und Staatsbedienstete in Dienstausübung, Reisen nach den abgetretenen Gebieten zum Besuch von Angehörigen in dringenden Fällen, Patienten und Zöglinge deutscher Institute in der Schweiz. Teils sind die Paßbehörden im Reich, teils die Paßnachschaubehörden für die Entscheidung über vorhandene Voraussetzungen für die gebührenfreie Ausreise zuständig. Ueber Beschwerden gegen eine Entscheidung entscheidet endgültig der Präsident des zuständigen Landesfinanzamts.

In einer Notverordnung über die Golddeckung der Noten der Privatnotenbanken vom 22. Juli 1931 werden die Privatnotenbanken auf ihre Berechtigung der Herabsetzung der Golddeckung für ihre Noten in dem gleichen Verhältnis wie die Reichsbank hingewiesen. Die Erhöhung der Golddeckung der Reichsbank verpflichtet die Privatnotenbanken zu einer Anpassung innerhalb von drei Monaten.

Die fünfte Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen erscheint am 23. Juli (RGBl. I. S. 393). An Kontoinhaber dürfen von Kreditinstituten Barauszahlungen ohne Zweckbestimmung nicht über 10 v. H. des Guthabens bis zu 200,— RM. geleistet werden; bei Sparkonten und -büchern höchstens 30,— RM., wobei Bedürfnisnachweis gefordert werden kann. Barauszahlungen sind gegenüber der 3. Verordnung zur Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs auch für Beiträge zur Sozialversicherung zulässig, Ueberweisungen auch für Zahlung der Reichsversicherung, Angestelltenversicherung und Reichsknappschaft, sowie zwischen Kreditinstituten bis zur Hälfte des Kontos des Auftraggebers, nicht über 4000,— RM., und nur auf ein bereits bestehendes Konto bei einem von den Feiertagen betroffenen Institut. Ein von einem Kontoinhaber akzeptierter Wechsel, der vor dem 22. Juli ausgestellt ist, kann in Ueberweisung oder Barauszahlung bei einer Belastung des Auftraggeberkontos mit nicht mehr als 5000,— RM. für den Tag in Auftrag gegeben werden. Als Bankfeiertage gelten die zwischen dem 16. und 28. Juli liegenden Werktage; dementsprechend regelt sich auch die Fälligkeit der Wechsel.

Am 25. Juli wird eine Notverordnung über die Abwicklung von Börsengeschäften mit den dazugehörigen Durchführungsbestimmungen veröffentlicht (RGBl. I. S. 395). Nach dieser Verordnung wird die Reichsregierung ermächtigt, Geschäftsabwicklungen zu regeln, für die die Bedingungen einer deutschen Börse gelten, die durch Börsenschließung und Aussetzung amtlicher Kursnotierungen unmöglich gemacht oder doch erschwert werden, so bei Wertpapieren und Geschäften mit Darlehen, Verzinsung von Goldforderungen. Nichterfüllung einer Verbindlichkeit durch einen Schuldner auf Grund der staatlichen Regelung und die daraus entstehenden Rechtsfolgen gelten als nicht eingetreten.

Eine zweite Durchführungsverordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht erscheint ebenfalls am 25. Juli (RGBl. I. S .396) und bestimmt, daß nicht dauernd getrennt lebende Ehegatten sowie Eltern und minderjährige Kinder als ein Pflichtiger im Sinne der Verordnung aufzufassen sind. Weiterhin werden zwei Ergänzungen zur Befreiung von der Verordnung vorgenommen, nach völkerrechtlichen Grundsätzen auf dem Prinzip

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0304

der Gegenseitigkeit, sowie für konsularische Berufsbeamte, die Angehörige ihres Entsendestaates sind und keinen sonstigen Beruf betreiben. Erklärungen im Sinne der Verordnung sind in doppelter Ausfertigung auszufertigen, von denen eins die zuständige Reichsbankanstalt erhält. Als Forderung in ausländischer Währung gelten nicht Forderungen in ausländischer Währung gegen Personen, die im Inland ihren Sitz haben; wobei Ansprüche aus Währungskonten bei inländischen Kreditinstituten ausgenommen sind.

Eine Notverordnung vom 27. Juli ermächtigt die Regierung zu Vorschriften über die Anmeldung von Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland (RGBl. I. S. 403). Die Durchführungsverordnung bestimmt, daß alle Verpflichtungen gegenüber Personen, die ihren Sitz im Ausland oder im Saargebiet haben, anzeigepflichtig sind, und zwar von allen natürlichen Personen und Körperschaften und Gesellschaften des öffentlichen und bürgerlichen Rechts, wenn der Sitz im Inland liegt. Ebenso unterliegen die Länder dieser Verordnung. Befreiungen sind die gleichen wie in der 2. Durchführungsverordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht. Innerhalb von 10 Tagen hat diese Anmeldung zu erfolgen, nach dem Inkrafttreten am 28. Juli.

Eine zweite Notverordnung an dem gleichen Tage ermächtigt die Regierung zur Beteiligung des Reichs an Gesellschaften (RGBl. I. S. 404) im Interesse der Wiederherstellung des geordneten Zahlungsverkehrs.

Die Sechste Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs wurde am 28. Juli bekannt gegeben (RGBl. I. S. 405). Barauszahlungen dürfen nicht über 10 v. H. des Guthabens und nicht mehr als 300,— RM. betragen; bei Sparkonten oder Sparbüchern bleibt der Betrag auf 30,— Reichsmark beschränkt; doch kann die Auszahlung von dem Bedürfnisnachweis abhängig gemacht werden. Unbeschränkte Barauszahlungen dürfen geleistet werden bei Leistungen an Versicherte der Sozialversicherung und aus anderen öffentlichen oder privaten Versicherungen, ebenso für Mietzinsen von Wohnungen und gewerblichen Räumen, wenn kein regelmäßiges Einkommen besteht; weiterhin zur Einlösung von Zins-, Renten- und Gewinnanteilscheinen. Zwischen Kreditinstituten ist der Ueberweisungsverkehr bis zur Hälfte des Guthabens des Auftraggebers, jedoch nicht über 16 000,— RM. zulässig. Als Bankfeiertage werden die zwischen dem 16. Juli und 1. August liegenden Werktage festgesetzt.

Am 24. Juli tritt eine Verordnung in Kraft, die Steuererleichterungen für Kapitalverwaltungsgesellschaften vorsieht (RGBl. I. S. 411).

Die dritte Durchführungsverordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht verlängert die Anzeigefrist für Inhaber von Währungskonten bei inländischen Kreditinstituten um acht Tage (RGBl. I. S. 412).

Nach einer vierten Durchführungsverordnung über die Darmstädter und Nationalbank vom 31. Juli (RGBl. I. S. 415) übernimmt das Reich die Ausfallbürgschaft für die Erfüllung der Wechselverbindlichkeiten der Danatbank, auch wenn es sich nicht um eigene Akzepte der Bank handelt; ebenso für Bürgschaftsverpflichtungen der Bank und Wechselbürgschaften.

Eine fünfte Durchführungsverordnung über die Darmstädter und Nationalbank vom 31. Juli

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0305

(RGBl. I. S. 417) setzt fest, daß Verbindlichkeiten (von vor dem 13. Juli, mit Reichsausfallbürgschaft) bis zum 4. August (bisher 31. Juli) Auszahlungen nur auf Anweisung des Treuhänders vornehmen; außerdem werden die Wechselfristen bis zum 10. August verlängert. Auch finden vor dem 4. August (bisher 31. Juli) keine Arreste, Zwangsvollstreckungen und einstweilige Verfügungen gegen das Vermögen der Bank statt.

Am 2. August tritt die siebente Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen in Kraft (RGBl. I. S. 419) . Als Bankfeiertage gelten die zwischen dem 16. Juli und 8. August liegenden Werktage. Ab 5. August unterliegt der Zahlungsverkehr der von den Feiertagen betroffenen Institute keinen Beschränkungen mehr; doch gelten für Sparkonten und -bücher für die Zeit vom 3.—8. Juli folgende Bestimmungen: Barauszahlungen ohne Zweckbestimmung können bis zu 10 v. H. des Guthabens erfolgen, dürfen jedoch 50,— Reichsmark nicht übersteigen; außerdem kann ein Bedürfnisnachweis verlangt werden. Für unbeschränkte Barauszahlungen und Ueberweisungen bleibt es bei den Bestimmungen der sechsten Verordnung. Ein von einem Kontoinhaber akzeptierter und vor dem 22. Juli ausgestellter Wechsel kann zur Auszahlung oder Ueberweisung bis zu 8000,— RM. in Auftrag gegeben werden.

Am 4. August tritt die Notverordnung über die Devisenbewirtschaftung in Kraft (RGBl. I. S. 421), von der die Reichsbank und Deutsche Golddiskontbank ausgenommen sind. Die Reichsbank überwacht die Verbindlichkeiten zwischen ausländischen Gläubigern und inländischen Schuldnern. Die Stillhaltevereinbarungen werden sich nach dieser Verordnung für alle Gläubiger gleich auswirken, da die Nichtzustimmenden restlos der Devisenordnung unterworfen werden. Die Divesenbewirtschaftung wird von den Landesfinanzämtern vorgenommen nach Richtlinien des Reichswirtschafts-, -ernährungs- und -finanzministers. Neu hinzu kommt die Kontrolle aller nicht börsenfähigen ausländischen Wertpapiere. Allein die Reichsbank (oder die von ihr beauftragten Stellen) vermittelt einen Eintausch inländischer Zahlungsmittel gegen fremde Währung. Dazu ist die Genehmigung des zuständigen Landesfinanzamts erforderlich. Zu Zins- und Amortisationszahlungen für langfristige Anleihen muß die Genehmigung erteilt werden. Ueber Auslandswerte darf nur mit schriftlicher Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle verfügt werden, außer bei Veräußerung an die Reichsbank oder ein Kreditinstitut mit Reichsbankgirokonto; das gleiche gilt für nicht am Börsenmarkt zugelassene Wertpapiere. Für den Börsenhandel gilt weiter das Termingeschäftsverbot für ausländische Währung oder Edelmetalle gegen inländische Währung; inländische Kurse ausländischer Währungen sind nur die amtlichen Notierungen und sind maßgebend für Erwerb oder Abgabe; für andere nicht notierte Werte gilt der letztbekannte Kurs. Die schriftliche Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle (Landesfinanzamt) ist erforderlich für Kredite in RM. oder GM. ins Ausland, für ebensolche Forderungsübertragungen ins Ausland, für die Verfügung über vor dem 4. August entstandenen RM.- oder GM.-Forderungen, wie auch für die Versendung und Ueberbringung von Zahlungsmitteln ins Ausland oder ins Saargebiet. Wenn die Zahlungsmittel, Wertpapiere oder Kredite einer Person in einem Monat 3000,— RM. nicht übersteigen, ist eine Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle nicht erforderlich beim Erwerb von Auslandskrediten und ihrer Verfügung wie auch über nicht an deutschen Börsen zugelassener ausländ-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0306

discher Wertpapiere. Die Vermittlung der Banknoten verbleibt auch hier der Reichsbank. Bis zu 3000,— RM. können in Reichsbanknoten mit ins Ausland genommen werden. Eine Pflicht zu weitgehendster Auskunft soll die Regierung unter Androhung scharfer Strafen zu einer Ueberwachung des Geschäftsganges in dieser Richtung instand setzen; sie kann alle obengenannten Zahlungsmittel zu einem bestimmten Termin zur Anmeldung kommen und der Reichsbank zum Angebot machen lassen.

(Abgeschlossen am 4. August.)

Karl Larsen †

Am 11. Juli ist in Kopenhagen ein Mann bei einem Unglücksfall zu Tode gekommen, dessen Wirksamkeit in Deutschland und auch in unseren Reihen bei weitem nicht die Würdigung gefunden hat, die er verdient. Karl Halfdan Larsen war ein Däne, dessen unermüdliches Eintreten für Deutschland ihm zwar Gegner genug geschaffen, aber auch viele Freunde im ganzen Norden für Deutschland geworben hat. Während des Krieges war Karl Larsen als dänischer Kriegsberichterstatter an der Ost- und Westfront; er hat immer wieder seiner Bewunderung für die gewaltige Leistung unseres Heeres wie auch des einzelnen Mannes Ausdruck verliehen. Die Nachrichten der Entente nahm er sich vor, kritisierte sie und stellte sie, sooft es nottat, richtig, beantwortete sie in aller Oeffentlichkeit. Und als der Vertrag von Versailles der deutschen Freiheit ein Ende machte und das deutsche Volk unter das Protektorat seiner bisherigen Feinde stellte, da war es Larsen, der hoch im europäischen Norden die Feder ergriff und mit der ihm eigenen lebendigen und nachdrücklichen Art für Deutschlands Rechte und für die deutschen Lebensnotwendigkeiten eintrat. Man darf sagen, daß seine Stimme, gerade da er Däne war, besonderes Gewicht erhielt. Wir wollen's ihm nicht vergessen, daß er es tat, auch wenn seinem Eintreten kein sichtbarer politischer Erfolg beschieden sein sollte.

Karl Larsen wurde in Rendsburg geboren, seine Jugend aber verbrachte er in Kopenhagen; damit waren schon früh starke Bindungen vorhanden, die ihn mit Deutschland verknüpften. Sein Vater war bei der Verteidigung der Düppeler Schanzen gefallen. Aber seine Verbundenheit mit Deutschland ließ ihn das Leben des deutschen Nordens verstehen und empfinden, wie es kaum ein anderer Däne vermochte. Ein deutlicher Ausdruck dieser innerlichen Verbundenheit mit Deutschland ist die auf ihn zurückzuführende Gründung der Deutschen Gesellschaft, die 1916 während des Krieges in Kopenhagen erfolgte. In ihr war eine Plattform geschaffen, die eine deutsch-dänische Aussprache ermöglichte, die die kulturelle Bindung zwischen beiden Ländern zu festigen imstande war. Denn die Zeiten, in denen Männer deutscher Geburt, wie die Bernstorff und Schimmelmann, auch der rauhe und zielbewußte Caspar von Saldern entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der nordischen durch die dänischen Verhältnisse ausgeübt hatten, sind auch heute noch nicht aus der dänischen Geschichte wegzudenken. Durch deutschen Geist und deutsche Arbeit war Dänemark zu einem entscheidenden Faktor der europäischen Politik und Geschichte, wenn auch nur für kurze Zeit, geworden. Das gilt festzuhalten, um die Möglichkeit einer Verständigung mit unseren nördlichen Nachbarn zu unterstreichen, bei der guter Wille alleinige und nur zu oft vermißte Voraussetzung ist.

Karl Larsen wünschte diese Verständigung, und ihr galt sein reiches Lebenswerk. Aber diese Arbeit machte ihn auch zu dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0307

„populärsten der unpopulären Dänen", wie er verschiedentlich von seinen Landsleuten genannt worden war. Die große Goetheausstellung im Jahrer 1924 im Schloß Charlottenburg mit Albert Kösters Faustvortrag ist im wesentlichen sein Werk. Auch die von der Preußischen Staatsbibliothek im Jahre 1925 veranstaltete Andersen-Ausstellung ist auf seine Inititative zurückzuführen. Das Freie Deutsche Hochstift und der Deutsche Kulturbund in Frankfurt am Main hatten Karl Larsen als einen Vermittler Andersens zu dessen 125. Todestag gewonnen. Mit großem Erfolg hat Karl Larsen Zuckmayers Meisterwerk, den „Schinderhannes", in Kopenhagen zum Vortrag gebracht; aus dem dritten Akt, den er neben anderen Dichtungen Zuckmayers gelesen hatte, wurde auf das stürmische Verlangen der Zuhörer eine Vorlesung des ganzen Dramas. Mit vorbildlicher Unvoreingenommenheit bildete Karl Larsen sein Urteil und vertrat seine einmal gefaßte Meinung mit der ganzen Energie seiner kampfesfreudigen Natur. Die zahlreichen Fehden, literarischer, weltanschaulicher oder auch aktueller Natur, die er geschickt und überzeugend austrug, vermögen uns auch einen Einblick in das reiche und interessierte Arbeiten Karl Larsens zu vermitteln.

Seine überragende Andersen-Biographie ist ebenso wie seine „Dokumente der Namenlosen" eine Schöpfung von besonderem Wert. Er führte diese Sammlung mit den dänischen Lebensläufen in Amerika „Die in die Fremde zogen" in die Literatur ein. Tagebücher von 1864 hatten ihn zuerst stark gefesselt; dann waren es die Schicksale der Auswanderer. Ein überaus reichhaltiges Material hat er so zusammengetragen, das sich nun im Besitz der Königlichen Bibliothek zu Kopenhagen befindet. Vielleicht ist es gerade diese Seite seines Schaffens gewesen, die ihn veranlaßte, unsere Heere im Osten und im Westen zu besuchen und sie so darzustellen und zu beurteilen wie er es tat. Als ein Schicksal der Namenlosen, der großen willigen und wollenden Masse Mensch.

Karl Larsen ist nicht mehr. Trauer um den Mann und sein lebendiges Tun erfüllt alle die, die ihn kannten, besonders schwer. Ein Mittler zwischen zwei Nationen sank dahin; wir wissen, daß wir seiner in seinem Sinne gedenken, wenn wir hoffen, daß aus seiner Geisteswelt der Mann erstehen möge, der die Mittlerrolle zwischen Deutschland und Dänemark, die er so meisterlich geführt, in kräftige, weitergestaltende Hände nimmt.

Politische Umschau

Schwierigkeiten.

Mit der Annahme des Hooverplans kehrte nicht die Ruhe ein, die man nach den wochenlangen, zermürbenden Verhandlungen erhofft hatte. Ein neuer Unruheherd lenkte mit immer zunehmender Stärke die Aufmerksamkeit auf sich; der deutsche Geld- und Finanzmarkt war durch dauernde Devisenabzüge schwer erschüttert worden, die Lage spitzte sich immer katastrophaler zu und führte zu Luthers Europaflug, der ihm lediglich die Zusage der Verlängerung des 100 Mill. Rediskontkredits der Notenbanken an die Reichsbank auf drei Monate einbrachte, die endgültig erst durch die Londoner Konferenz erfolgte, und die Erklärung, daß man zur Hilfe bereit sei. Es ist hier nicht der Ort, über die Abzüge bei der Reichsbank ausführlicher zu berichten, aber wir glauben sagen zu dürfen, daß eine Publikation darüber ebensolches Erstaunen erregen würde, wie anläßlich des Zusammenbruchs der Creditanstalt die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0308

Feststellung der Haltung des Hauses Rothschild in Wien sowohl wie in allen anderen Niederlassungen. Aber das mag jetzt noch zurückstehen. Auch die Tatsache, daß sich am 7. Juli tausend führende Wirtschaftsfirmen zu einer Ausfallbürgschaft von 500 Mill. RM. für die Golddiskontbank zur Umlage auf das Garantiesyndikat bereit erklärten, vermag dem weiteren Verlauf der Dinge keinen wirksamen Damm entgegenzusetzen. Weder der Zeitpunkt, noch die Höhe der Summe haben der Aktion die Bedeutung verleihen können, die man ihr beilegen wollte. Die Danat-Bank mußte trotz alledem ihre Schalter schließen, die Banken hatten es abgelehnt, sich solidarisch zu erklären, das Reich mußte die Garantie übernehmen und konnte das nur in dem Bewußtsein, daß mit dem Zusammenbruch dieses einen Instituts der wirtschaftliche Ruin von Abertausenden von mittleren und kleineren Betrieben aller Art verbunden war. Was bei dieser Gelegenheit der Reichsbank immer wieder zum Vorwurf gemacht werden muß und auch von der Reichstagsfraktion der Staatspartei zum Vorwurf gemacht worden ist, ist die Tatsache, daß man es überhaupt soweit hatte kommen lassen mit dem Institut, daß man diese Aktion zu einer Lebensfrage des deutschen Volkes hatte werden lassen. Auf der anderen Seite hat der Staat in eine Bresche springen müssen, die das Finanzsystem selbst offen gelassen hatte und dürfte wohl kaum dazu zu bewegen sein, die einmal gewonnene Möglichkeit der Beeinflussung wieder aufzugeben; es ist sogar seine Pflicht, einer Gebarung entgegenzutreten, wie sie sich die Banken in jenen Tagen an den Tag zu legen erlaubt haben. Notverordnung über Notverordnung wurde notwendig, um den Betriebsunfall zu überwinden, um den völlig durch die Bankfeiertage ins Stocken geratenen Zahlungsverkehr wieder in seine normale Bahnen zurückzuführen. Die diesem Hefte beigefügte Zusammenstellung der Notverordnungen mag noch einmal die einzelnen Phasen der Entwicklung verdeutlichen. Nordwolle, Schröder-Bremen und Dresdner Bank sollen nur erwähnt sein in diesem Zusammenhang. „Wirtschaftsreform" war eines jener vom Kanzler gebrauchten Worte, die verheißungsvoll hinter all seinen Maßnahmen stehen, von deren Durchführung unser weiteres Geschick bestimmt sein wird.

Paris / London / Berlin.

Die in jener denkwürdigen ersten Rundfunkrede Brünings gegebene Anregung einer deutsch-französischen Aussprache war auf fruchtbaren Boden gefallen. Brüning konte sich am 17. Juli in Begleitung des Außenminister nach Paris begeben, wo die Engländer und Amerikaner (diese erstmalig als Bevollmächtigte) mit den Franzosen bereits verhandelt hatten. „Der Herr Reichsaußenminister und ich fahren nach Paris mit dem festen Willen, in einen offenen gegenseitigen Meinungsaustausch einzutreten, dessen Ergebnis, wie ich hoffe, den Weg für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit freimachen wird. ... Ich hoffe, daß diese persönliche Fühlungnahme . . . einen sichtbaren Beweis internationaler Solidarität geben wird." Das waren Brünings Worte bei seiner Abfahrt nach Paris. Paris war denn auch ein Vorstadium zu den in London folgenden Verhandlungen, zu denen die englische Regierung für den 20. Juli eingeladen hatte. Der Besuch Macdonalds und Hendersons in Berlin mußte verschoben werden. Die Möglichkeit der Bildung internationaler Stillhaltekonsortien zwischen den an Deutschland meist interessierten Banken war eines der hauptsächlich in Paris erörterten Probleme. Schon in Paris wurde klar, daß man mit einer Anleihe für Deutschland in keinem Fall rechnen konnte,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0309

aber die Tatsache, daß man offen und unabhängig die Notstände miteinander durchsprach, ist immerhin als ein Plus der Reichskanzlerpolitik zu verbuchen. Das Ergebnis der Sieben-Mächte-Konferenz hat viele deutsche Erwartungen enttäuscht; der für drei Monate verlängerte 100 Mill. Rediskontkredit war schon drei Wochen vorher in Basel versprochen worden, die Empfehlung der Regierungen, weitere Kreditabzüge aus Deutschland nicht zu unternehmen, ist gewiß eine bedeutsame Erleichterung für Deutschland zur Wiedergewinnung seines Kredits, aber blieb letzten Endes nur passive Hilfe. Als letztes Ergebnis ist die Schaffung eines Ausschusses zu nennen, der im Anschluß an die BIZ mit der Aufgabe geschaffen werden soll, die deutschen Verhältnisse auf ihre Kreditwürdigkeit zu überprüfen. Den Gedanken des politischen Moratoriums hatte man schon in Paris fallen lassen, er hätte für Deutschland nichts anderes als ein weiteres Anwachsen des Radikalismus bedeutet. Hier hätte Frankreichs Geste erfolgen müssen, wenn sie aus dem ehrlichen Willen zur Verständigung aufgenommen werden sollte. Aber sie unterblieb.

Der Berliner Besuch der beiden englischen Minister brachte ebensowenig wie die vorherigen Ministerbesprechungen irgendein sensationelles Ergebnis. Der Geist internationaler Solidarität fand auch hier seine Unterstreichung. Wir aber werden den Weg gewiesen, den wir seit 1924 hätten gehen müssen, wo wir bei bescheidenster Lebensführung die Kapitalien hätten wirtschaftlicher anlegen können, als es geschehen ist. Wir haben an den Aufstieg unserer Industrie und Wirtschaft geglaubt und nur zu oft übersehen, daß fremdes Kapital dem allen zugrunde lag und die geringste Trübung des Vertrauens genügen konnte, um alles in sich zusammenstürzen zu lassen. Jetzt werden wir zu dem Weg gezwungen, den wir allein nicht finden konnten. Und es bleibt nur zu hoffen, daß die Kraft unseres Volkes und die Liebe zur Heimat stark genug sein wird, um die Zeiten, denen wir entgegengehen, überstehen zu können. Diese Kraft lebendig zu halten, sie zu wecken, soll unsere erste Aufgabe, unsere höchste Pflicht sein.

Preußen.

In diesen Zeiten, die eher alle Deutschen zu einer Notgemeinschaft zusammenschweißen sollte, haben sich eigenartige Bundesgenossen zu gemeinsamem Tun gefunden unter der Parole: Kampf der preußischen Regierung. Wir sind nicht ernstlich besorgt über das Wühlen dieser Gruppen, wir wissen, daß Einsicht über Verhetzung und Skrupellosigkeit siegen wird, daß der Erfolg der Regierung in der Wiedereröffnung des Zahlungsverkehrs nur möglich gewesen ist durch das willige Mitgehen und das Vertrauen der Bevölkerung zu den getroffenen Maßnahmen. Es wird uns aber keine Maßnahme erspart bleiben, die notwendig ist, um wirkliche Selbsthilfe mit allerstrengster Genügsamkeit und Sparsamkeit durchzuführen; denn von dem Ausland haben wir bei den erschütterten Kreditverhältnissen nicht mehr zu erwarten, als daß die bei uns noch befindlichen Anleihegelder stehen gelassen werden, daß man gegebene Anleihen verlängert — aber im übrigen müssen wir uns selbst zurechtfinden. Wir können es, wenn wir als einiges Volk an die eine große und schicksalhafte Aufgabe herangehen, die uns gestellt ist. Die Zusammengehörigkeit in einer deutschen Schicksalsgemeinschaft muß alles kleinere Trennende verschwinden lassen. Am 9. August ist jedem preußischen Deutschen Gelegenheit gegeben, den vaterländischen Geist unter Beweis zu stellen, der ihn beseelt. Die Erschütterung einer Regierung, mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0310

deren Maßnahmen wir im übrigen insbesondere in der Personalpolitik nicht einverstanden waren, darf in einem Augenblick wie diesem nicht erfolgen; denn Preußens Schicksal ist Reichsschicksal.

Und nun: von 26,5 Millionen Stimmberechtigten hatten 9,79 bei der Abstimmung mit Ja gestimmt; 37 statt der notwendigen 50 v. H. Die klare Frontstellung und die Deutlichkeit der Konsequenz einer Stellungnahme bis zum einzelnen Wähler hin hat wohl zu einer Erleichterung der Entscheidung beigetragen. Die Voraussetzung für eine ruhigere innere Weiterentwicklung ist in dem Bestehen Preußens gegeben.

Die Stalin-Rede.

Vierzehn Tage hat es gedauert, bis die immerhin bedeutsamen Ausführungen des Oberhauptes der USSR im Wortlaut bei uns vorlagen. Aber weder die „Rote Fahne" noch die Blätter bürgerlicher Observanz haben es über sich gebracht, die Rede in aller Ruhe zu beurteilen. Das Ergebnis ist ein völlig anders geartetes. Da braucht weder der Rotstift der „Roten Fahne" in Tätigkeit zu treten, noch die naive Freude „bürgerlicher" Art über die Rückkehr zu kapitalistischer Wirtschaft Triumpfe feiern.

Bei planwirtschaftlichen Ewägungen steht der Plan im Vordergrund, das genau festgesetzte Ausmaß dessen, was gearbeitet, verarbeitet, produziert werden darf. Von der Innehaltung dieses Plans hängt das Gedeihen eines Landes ab, wenn seine Wirtschaft restlos auf ihn abgestellt ist. Stalin hat ausgeführt, daß manche Industriezweige in Jahresfrist bis zu 50% zugenommen haben, andere bis zu 30%, wieder andere, unter ihnen Kohlen und Schwarzmetallindustrie, nur bis zu 10%. Nach solchen Angaben mußte also eine direkte Gefahr für den Fünfjahresplan bestehen, dessen drittes Jahr doch gerade erst seine Mitte überschritten hat. Sechs Fehlerquellen stellt der Russenführer zusammen. Die erste ist Mangel an Arbeitskraft in der Industrie; Stalin will ihr begegnen durch Arbeiterwerbung auf dem Land und durch schnellere Mechanisierung der Arbeit. Auch die Entlohnung, der Lebens- und Wohnstandard der Arbeiterschaft macht Stalin zu schaffen. Gesenkte Reallöhne sollen mit einem Mehr an Entgelt in Naturleistungen in Zusammenhang gebracht werden. Die Auswirkungen, insbesondere nach den unteren Arbeiterklassen hin, bleiben abzuwarten. Eine gesteigerte Produktivität der Arbeit erstrebt Stalin und fordert, daß in den Betrieben mit größerem Ordnungssinn und größerer Uebereinstimmung gearbeitet, daß auch mehr Verantwortungsbewußtsein in der Arbeit an den Tag gelegt werde; die Sechstagewoche wird bald wieder ihren Einzug halten. Zu dieser Steigerung aber werden Menschen notwendig sein, die leiten. Und darum will Stalin gelernte Arbeiter und Techniker pfleglich behandelt und an leitenden Posten wissen, auch wenn sie nicht Mitglied der Partei sind. Ausländische Kräfte sind in der Regel zu teuer; so sollen alle russischen Kräfte aufgeboten werden, um den Ansprüchen an leitende Leute gerecht zu werden und sie befriedigen zu können. Zuletzt aber kommt Stalin auf die Wirtschaftlichkeit der gesamten Sowjetwirtschaft zu sprechen; die bisherigen Quellen, die ihm die Mittel zum Aufbau seiner Industrie ermöglichten, wie verteuerte industrielle Gebrauchswaren, verbilligte und unterbotene Agrarprodukte, wie Massensteuern und -anleihen, die der Konsumkraft verloren gehen, sind auch nicht unerschöpflich. Um so dringender wird die Beachtung des Rentabilitätsfaktors, die durch verkleinerte Kollektiva (etwa 30 Betriebe in einer Produktionsvereinigung unter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0311

individueller Verantwortung des Leiters) garantiert werden soll Der Sinn der Rede? Beruhigung unzufriedener Sowjetleute? Anleihepolitik im Westen? Wer weiß? Aber eine Schwenkung irgendeiner Art ist in der gesamten Rede nicht festzustellen. Das bolschewistische Prinzip bleibt letzten Endes erhalten. Die wahre Absicht wird wohl bald ersichtlich werden.

Die Krise in Ungarn.

Gelegentlich der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Ungarns führte Ministerpräsident Graf Bethlen im Abgeordnetenhaus u. a. folgendes aus:

In Oesterreich haben der Zusammenbruch der Creditanstalt und die danach folgende Wirtschaftsanierung selbstverständlich das Mißtrauen des Kapitals erregt. Das führte zur Kapitalentziehung nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Ungarn. Den Devisenstand der Nationalbank hat dieses Geschehen empfindlich berührt, weshalb sich die Regierung an jene Faktoren um Hilfe wandte, die bei solchen Gelegenheiten zu Verfügung zu stehen pflegen: in erster Linie an die Englische Bank und an die Französische Nationalbank. Die BIZ entstandte einen Bevollmächtigten zur Prüfung der Lage nach Budapest. Bei diesen Besprechungen bildete einen Aktivposten jene 5-Mill.-Pfund-Anleihe, die Ungarn damals schon in bestimmter Form in Aussicht gestellt worden war. Der Zusammenbruch der Danatbank und die Furcht, daß dieser Sturz keine Einzelerscheinung bleiben wird, und der Hilferuf Deutschlands haben die Ungarn in Aussicht gestellte Hilfe verhindert. Die Meinung ging dahin, daß man Ungarn vergebens helfe, wenn man Deutschland nicht helfen kann, denn unter solchen Umständen könne auch den andern kleinen mitteleuropäischen Staaten sowieso nicht geholfen werden. Aus diesem Grunde ist bis heute die in bestimmter Form in Aussicht gestellt gewesene Auslandshilfe nicht verwirktlicht worden; deshalb ist die Regierung gezwungen, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, einerseits die Festigkeit der ungarischen Währung zu sichern, anderseits die Lage der Banken zu erleichtern. Diese Verfügungen (über die Einschränkung des Zahlungsverkehrs) waren aber auch notwendig, um die Struktur der Wirtschaft zu erhalten. Man hatte zu wählen: Entweder greift die Regierung ohne gesetzliche Vollmacht ein oder sie unternimmt nichts, trägt aber dann die Verantwortung. Wir befinden uns in einer Notlage und mußten zwischen zwei Uebeln wählen. Wie lange die Verordnung in Geltung bleibt, kann ich heute noch nicht sagen. Indessen müssen wir alles tun, damit die Wirtschaft des Landes ungefährdet bleibt.

Konvention von Oslo.

Die im Dezember 1930 zwischen Norwegen, Schweden, Dänemark, Belgien und Holland abgeschlossene Osloer Konvention ist nunmehr auch vom belgischen Parlament fast einstimmig ratifiziert worden. Die Inititative zu dieser Konvention, die alle kleinen Länder mit liberaler Zollpolitik vereint, war von Norwegen ausgegangen und von Belgien aufgenommen worden. Hymans, auf den der Gedanke der Zollruhepause zurückzuführen ist, meinte, daß Oslo die Genfer Handelskonvention ersetzen müsse, die nicht genügend ratifiziert und darum auch nicht in Kraft getreten sei. Der Sinn dieser Osloer Konvention besteht darin, ein weiteres Anwachsen der Zollschranken zu verhindern und einen Abbau der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0312

bestehenden Schranken herbeizuführen. Es ist immer wieder interessant zu beobachten, daß die größere Aktivität in solchen Fragen nur zu oft bei den „Kleinen" liegt; das diplomatisch-verbindliche Wort der „Großen" wird bei ihnen zum Ziel ihrer gesamten politischen Arbeit, weil es ihr Lebensinteresse trifft.

Aus der Partei

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes.

Der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei trat am 21. Juli gemeinsam mit der Reichstagsfraktion und der Fraktion des Preußischen Landtages zu einer Sitzung zusammen. Reichstagsabgeordneter Dr. Weber, Vorsitzender der staatsparteilichen Reichstagsfraktion, teilte mit, daß angesichts der außerordentlichen Arbeitslast des Parteivorsitzenden dieser ihn gebeten habe, die Geschäfte der Partei in seiner Stellvertretung zu führen. Einem Ueberblick über die letzten Ereignisse folgte eine lebhafte Aussprache, an der sich auch die preußischen Minister Dr. Höpker Aschoff und Dr. Schreiber beteiligten. Dabei anerkannte man die ungeheure Arbeit, die Reichsfinanzminister Dietrich leistet und geleistet hat.

In der weiteren Aussprache wurde lebhafte Klage über die mangelnde Aufklärungsarbeit der Reichsregierung geführt. Gerade diese Regierung, die mit harten Maßnahmen vorgehen müsse, um die Krise zu beseitigen, habe die besondere Pflicht, dem Volke auch eindringlich und immer wieder zu sagen, warum die einzelnen Maßnahmen zur Anwendung gelangten. Leider hätten die Stellen für eine solche Aufklärungsarbeit versagt. Es fehle sowohl an Initiative wie an Sachkenntnis als auch an der Fähigkeit, in volkstümlicher Form die Notwendigkeit der Notverordnungen zu erklären. Mit den Rundfunkreden einzelner Minister sei zwar ein guter Anfang gemacht worden, aber diese Maßnahme allein genüge nicht. Wenn die Regierung sich gezwungen gesehen habe, eine Presse-Notverordnung zu erlassen, so müsse man wenigstens erwarten, daß diese Verordnung auch angewandt werde, um der Regierung die Publizität zu geben, die sie jetzt nicht habe.

Der Geschäftsführende Vorstand beschloß, den Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei, in dem alle Wahlkreise des Reiches vertreten sind, für August einzuberufen. Grundsätzlich wurde auch die Abhaltung eines Parteitages gutgeheißen. Ueber den Termin wird der Gesamtvorstand Beschluß fassen.

Am 30. Juli tagte der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei wiederum gemeinsam mit der Reichstagsfraktion und der Preußischen Landtagsfraktion der Partei. Nach einem einleitenden Referat des Fraktionsvorsitzenden Dr. Weber, M.d.R., über die Entwicklung der politischen und witrschaftlichen Lage wurde in der Aussprache energische Kritik an dem Verhalten der Reichsbankleitung beim Ausbruch der Krise geübt. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Hinweis auf die Aeußerung einzelner Wirtschaftsführer die Reichsbankleitung nicht von der Verantwortung für den wirtschaftlichen und moralischen Schaden entlasten könne, der mit der Schließung der Danatbank angerichtet worden ist. Eine möglichst rasche Wiedereröffnung des unbeschränkten Zahlungsverkehrs sei im Interesse der Wiederherstellung des Vertrauens geboten. Ueber Wege und Möglichkeiten, auch für die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0313

Sparkassen den Zahlungsverkehr weitgehend aufzulockern, machte Oberbürgermeister Dr. Külz, M.d.R., nähere Mitteilungen.

Zur deutschen Außenpolitik und den sich aus ihr ergebenden Notwendigkeiten für die innere Politik wurde gefordert, daß die Reichsregierung mit allem Nachdruck von den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln gegenüber den politischen Kreisen Gebrauch macht, die die Widerstandsfähigkeit der Nation in den außenpolitischen Auseinandersetzungen durch parteipolitische Hetzarbeit zermürben.

Der Vorsitzende der Deutschen Staatspartei, Reichsfinanzminister Dietrich, erklärte, daß das Reichskabinett gewillt sei, unter allen Umständen den Weg zu Ende zu gehen, der im Interesse der Nation begangen werden müsse. Es sei wohl gelungen, ernste Gefahren zu bannen, und es sei kein Zweifel darüber, daß das deutsche Volk die wirtschaftlichen Rückwirkungen einer Reparationspolitik, die man im Volke immer gefordert habe, überwinden könne, wenn die notwendige Disziplin im Publikum gewahrt werde.

Es wurde beschlossen, die Gesamtvorstandssitzung der Deutschen Staatspartei mit den Wahlkreisvorsitzenden und den Fraktionen des Reichstages und der Länder am 15. August in Berlin abzuhalten.

Jugend

Die Freie Nationale Schülerschaft, ein überparteilicher Schülerbund, veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt: Wollt Ihr tatenlos zusehen, wie der faschistische Terror die deutschen Schulen erobert? Wollt Ihr die Schule kampflos dem Radikalismus überlassen? Bedenkt, daß heute jeder, der abseits steht, den Extremen in die Hände arbeitet! Helft uns einen Wall zu schaffen gegen die Politik des Schlagrings und der Trillerpfeife! Ueberall müssen Gruppen geschaffen werden, die die deutsche Schülerschaft für den nationalen und wahrhaft sozialen deutschen Volksstaat gewinnen. Anmeldungen bei der Reichsgeschäftsstelle Berlin W 15, Lietzenburgerstr. 32, ebenso Bestellungen auf den „Vorposten", die deutsche republikanische Schülerzeitung.

Presseschau

Polnische Außenpolitik.

Der Bromberger „Deutschen Rundschau" entnehmen wir folgenden, für die Beurteilung der europäischen Lage bedeutsamen Bericht:

Aus Anlaß der Debatte über das Budget des Außenministeriums entwickelte sich im Polnischen Senat eine beachtenswerte Aussprache über außenpolitische Probleme. Das fundamentale Problem Polens besteht, solange eine endgültige Befriedigung zumindest des europäischen Kontinents nicht sichergestellt ist, darin, ob die Gesamtheit der geographischen und sonstigen Gegebenheiten es erforderlich macht, daß sich Polen zur militärischen Aktivität nach zwei Richtungen hin, gegen Westen und gegen Osten — bereit halte, oder nur nach einer Richtung; im letzten Falle, d. h. wenn man sich nur für eine Front entscheidet: welche soll es sein — die West- oder die Ostfront — die Front gegen Deutschland oder gegen Rußland? Von allen polnischen politischen Parteien hat die Nationale Partei auf Grund einer langjährigen gefestigten ideologischen Tradition diese Frage für sich endgültig ent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0314

schieden. Die Konzeption, welche Dmowski immer wieder zu begründen sucht, stützt sich darauf, daß die Expansion Rußlands in der Richtung auf Europa vollends abgeschlossen sei, daß Rußland seine maßgebende Rolle in der europäischen Politik ausgespielt habe und daß das Gebiet von Rußlands Hauptsorgen und somit auch seiner Hauptaufgaben der ferne Osten sei. In der Folge dieses Gedankenganges gelangt Dmowski zu der Behauptung, daß Rußland für seine Zwecke in Asien eine Rückendeckung an der europäischen Grenze brauche. Hier sei der Punkt, an dem die polnische Außenpolitik einzusetzen habe, um zu einem Einvernehmen mit Rußland zu gelangen und zugleich alle Kräfte frei zu bekommen, die nötig sind, um die durch den Versailler Vertrag erlangten Westgrenzen gegen Deutschland, den „ewigen" Erbfeind, gegebenenfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. Das Problem der bolschewistischen Gefahr verursacht den Anhängern dieses Standpunktes eigentümlicherweise gar kein Kopfzerbrechen.

Die Anhänger der Dmowskischen Konzeption sind sich darüber klar, daß ein polnisch-russisches Einvernehmen erst dann zustande kommen kann, wenn die Bindungen, welche zwischen Deutschland und Sowjetrußland bestehen, gelöst werden. Der Glaube daran, daß Bedingungen eintreten können oder gar müssen, unter denen ein Interessengegensatz zwischen Deutschland und Rußland in genügender Schärfe hervortreten und zu einem Bruch zwischen diesen beiden Staaten führen werde, ist der Angelpunkt der außenpolitischen Konzeption Dmowskis. Sie kam auf polnischem parlamentarischen Boden zum ersten Male in der letzten außenpolitischen Debatte des Senats zu Worte. In einer längeren Rede behandelte Senator Stanislaw Kozicki die Grundlagen der polnischen Außenpolitik. Wir lassen hier die Darlegungen Koziciks, die sich auf Rußland beziehen, folgen:

„Das heutige Rußland" — führte Sen. Kozicki aus — „ist mit seiner Front dem asiatischen Osten zugewandt. Auf dem Gebiet der Mandschurei entwickelt sich ein chinesisch-russischer Konflikt. Wer es weiß, welche mächtigen Interessen im Spiele stehen, der muß zu dem Schluß gelangen, daß sich dort der weitere Lauf der Geschichte Rußlands als eines großen europäisch-asiatischen Staates entwickeln wird. Die Wendung Rußlands nach der asiatischen Richtung hin ändert prinzipiell sein Verhältnis zu den europäischen Problemen. Nach zweihundert Jahren der von Peter dem Großen eingeleiteten europäischen Politik, die in der letzten Revolution zusammengebrochen ist, wird Rußland zu seiner alten Rolle in der europäischen Politik nicht mehr zurückkehren." Nach Ausführungen über den Fünfjahresplan und die aus ihm erwachsenden Gefahren für die heutigen Industrieländer fuhr der Redner fort:

„Diese Angelegenheit beschäftigt sehr stark die industriellen und Finanzkreise der hochentwickelten Industrieländer, welche mit Schrecken an die Schließung der russischen Märkte für immer und auch daran denken, daß ihre Waren nicht nach China, Indien usw. gehen werden. Das ist eine neue Situation, der die polnische Politik Rechnung tragen muß... Es ist also zu befürchten, daß im Geiste der Menschen, welche im Westen einen großen Einfluß nicht nur auf die wirtschaftlich industriellen, sondern auch auf die politischen Angelegenheiten ausüben, die Idee aufkommen kann, dem neuen Konkurrenten (d. h. Rußland) seine Pläne durch eine politische, sagen wir deutlicher, durch eine kriegerische Intervention zu

vereiteln. Da aber bei den Nationen des westlichen Europa keine Lust zu einem neuen Kriege besteht, daher kann sehr leicht der Gedanke aufkommen, zur Ausführung dieser Sache die junge, kraftvolle polnische Nation zu verwenden. Ich halte es für eine reale Gefahr... daß Bestrebungen in Erscheinung treten, die dahin abzielen, unsere Nation zu unberechenbaren, in ihren Resultaten katastrophalen Taten zu drängen; und dies um so mehr, als wir in der Politik Deutschlands einen ausdrücklichen Plan beobachten, seine politischen Ziele durch das Ausspielen eben dieser Gefahr zu erreichen.

„Das Schlagwort von der sog. „gemeinsamen Front" des ganzen westlichen Europas wird von Deutschland benutzt, um das Problem der Revision der territorialen Bestimmungen der Verträge in den Vordergrund zu stellen. Wir haben in der Sejmkommission gehört, daß man dies eine Erpressung nannte. Diese Erpressung wird wirklich geübt und beruht darauf, daß man es den Weststaaten klar machen will, daß Deutschland für die gemeinsame Front gegen den Bolschewismus durch Befriedigung der Bestrebungen Deutschlands an der Weichsel gewonnen werden könne... Da ich glaube, daß alle sich vortrefflich davon Rechenschaft geben, daß Deutschland für die gemeinsame Front nur auf Kosten der Teilung Polens gewonnen werden kann, behaupte ich, daß davon nicht zu träumen sei, daß Deutschland gegen Rußland marschieren würde, wenn es keine Teilung Polens geben würde. Diese ganze „Front" ist also eine Illusion. Die polnische Politik, die vorausschauend sein muß, muß heute klar und deutlich sagen: Nein. Es ist nötig, daß beim Plänemachen bezüglich der politischen Zukunft ganz Europa zwei Dinge wisse: es gibt keine Möglichkeit, Deutschland für „gemeinsame Fronten" durch die Teilung Polens zu gewinnen und es gibt keine Möglichkeit, bewaffnete polnische Kräfte nach dem Osten zu werfen!"

Der sozialdemokratische Redner Senator Debski tat dem Versöhnungs- und Friedensprogramm seiner Partei durch folgende Worte Genüge:

„Wir haben im Westen einen Feind, der Demagogie und Erpressung anwendet und alles und alle gegen uns zu kehren sucht. Wir wissen, daß der Verlust der russischen Märkte sich der deutschen Industrie fühlbar macht. Die Deutschen suchen zu beweisen, daß das eine Folge des Verlustes von Schlesien und Pommerellen ist. Das ist ein einfacher Betrug, eine einfache Erpressung." Nach diesen Schmähworten warnte Debski namentlich vor der Geringschätzung der Genfer Entscheidung. „Bis zur letzten Zeit hatten wir in Genf kleine Angelegenheiten erledigt: sei es mit Danzig, sei es mit Litauen, seien es schlesische Fragen, aber zum ersten Male haben wir es erlebt, daß wir als Mitglied des Völkerbundes angeklagt waren und das Urteil gegen uns auf eine Verletzung des Vertrages lautete."

Im Anschluß daran machte Herr Debski die Feststellung: „Nicht die deutschen Senatoren, nicht die deutschen Einzelpersonen, die sich unter uns befinden, liefern Berlin die Möglichkeit und die Waffe, sondern wir liefern sie. Diese Waffe für Genf hat der Wojewode Grazynski gegeben, indem er die Mißbräuche bei den Wahlen zuließ."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0316

Senator Motz (Bauernpartei), der seinen ständigen Wohnsitz in Paris hat, wo er als Arzt tätig ist, berief sich auf seine Pariser Beobachtungen. „Die Spannung in Europa" — sagte er — „ist heute größer als vor dem Kriegsausbruch im Jahre 1914. Diese Spannung muß sich früher oder später entladen. Das ist nicht eine Ansicht von Kaffeehauspolitikern, auf diese Gefahr macht Paul Boncour aufmerksam, welcher betont, daß der Krieg eine Frage der nächsten Jahre sein könne . . . In diesen künftigen Krieg wird Polen nicht nur hineingezogen werden, sondern der Trumpf dieses Krieges wird die Frage der Ganzheit Polens sein . . ." Im weiteren führte der Redner aus: „Wir wissen, daß wir uns unseren zwei mächtigen Nachbarn entgegenstellen müssen. Deutschland hat sich jetzt vom Kuratel befreit. Nach etwa sechs bis zehn Jahren wird es wiederum eine Macht sein, wie vor dem Kriege.

In den Sowjets findet jetzt ein kolossaler Prozeß statt. Dieser „Fünf-Jahre-Plan" wird sicher, vielleicht sogar noch früher durchgeführt werden. Wenn die Bolschewisten diesen Plan verwirklichen, werden sie eine Macht darstellen, von der wir keine Vorstellung haben. Täuschen wir uns nicht, daß sie nach China gehen werden, sie werden sich nach Europa wenden, denn ihnen geht es um die Idee, und sie wollen ganz Europa in der Richtung umgestalten, die für sie teuer ist. Deutschland kann jetzt 8 Millionen Soldaten aufstellen, und Rußland vermag mühelos 10 Millionen zu bewaffnen. Die Kraft, die unser 30-Millionen-Volk den 240 Millionen unserer Feinde entgegenzustellen vermag, kann nicht ausreichend sein, sofern es sich nur um die physische Seite handelt."

Die außenpolitische Senatsdebatte war also eine Aussprache über den künftigen Krieg und über die Frage: Nach zwei Fronten oder nur nach einer hin?

Bücherschau

Richard Wolff: Ideenkrisis, Parteienwirrwarr. Eine historisch-politische Betrachtung. Verlag Reimar Hobbing, Berlin.

Das Buch von Richard Wolff ist der Versuch eines historisch gestimmten Politikers, den gegenwärtigen politischen Zustand des deutschen Volkes, wie er sich aus den Septemberwahlen ergeben hat, mit der Objektivität eines Geschichtsforschers zu zergliedern und seine ursächlichen Zusammenhänge bloßzulegen. In ausgezeichneter Art hat der Verfasser die bei uns sonst so vernachlässigte Kunstform des politischen Essais erneuert, ein großes Material geistig durchdrungen und in knapper Form dargeboten. Ihm kommt hier seine doppelte Eigenschaft als geschulter Historiker und als Journalist von Beruf zustatten. Auf nur hundert Seiten entwirft er ein Bild der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und seelischen Wandlungen des deutschen Menschen seit 50 Jahren, in dem kein wesentlicher Zug fortgelassen ist.

An die geschichtliche Analyse schließt sich dann das mehr persönlich gefärbte, „Kritik unserer Zeit" überschriebene Schlußkapitel. Es ist ein mit Wärme und Ueberzeugungskraft vorgetragenes Bekenntnis zu einer nationalen und liberalen Demokratie. Wolff zeigt, daß das liberal-demokratische Zeitalter seine Mission noch nicht erfüllt hat, die Massen in den Genuß all der Kulturerrungenschaften zu setzen, die dieses liberale Zeitalter in so reicher Fülle und in so schnellem Tempo zutage gefördert hat und noch täglich neu hervorbringt. Kollektivismus wäre ein Rückfall in mittelalterliche Bindungen der Persönlichkeit. Er hat nur einen Sinn, wenn er getragen wird von einer zentralen metaphysischen Idee. Ohne diese führt er zum Chaos. Deshalb stellt Wolff dem Kollektivismus die Forderung nach stärkster Freilegung der schöpferischen Wirksamkeit der Persönlichkeit entgegen. Er ruft auf zum Zusammenschluß aller Kräfte, die in individualistischem und nationalem Sinne fähig und guten Willens sind. Und er schließt mit einem fast trotzigen Bekenntnis zum deutschen Bür-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0317

gertum in dem Sinne, wie es etwa Liliencron in seiner Figur des Cincinnatus verewigt hat.

Man sieht, ein mutiges Buch in unserer heutigen, von kollektivistischen Strömungen scheinbar beherrschten Zeit. Wenn Wolff eine mehr kämpferische und weniger historisch betrachtende Natur wäre, würde er es etwa „Wider den Strom" überschrieben haben. So ist es mehr Rechenschaftsbericht als Kampfschrift. Aber gerade deswegen wird es allen denen, die nicht an der Oberfläche der Tagespolitik haften bleiben wollen, sondern sich über die historische und weltanschauliche Bedingtheit ihres politischen Standortes vergewissern wollen, hochwillkommen sein. Max Lehmann.

Junius Alter: Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit. K. F. Koehler, Leipzig. 214 S. br.

Von Führertum ist hier die Rede, dazu von nationalem, aber was man trifft, sind bis auf ganz wenige Ausnahmen Typen des befehlsempfangenden Unterführers. Es ist eine Tragik der sogenannten nationalen Bewegung, daß sie keinen Führer in den langen Jahren der Nachkriegszeit fand, der der Aufgabe gewachsen wäre, die ihm gestellt war. Es ist hochinteressant, durch den Pseudonymus durch das Lager der Rechtsopposition mit sachkundiger, wenn auch nicht immer schonungsloser Weisung geführt zu werden. Wieviel Kraftaufwand und Aufwand an Mitteln; und das Ergebnis? Man wird und Hitler als den Führer entgegenhalten wollen; aber er ist es nicht, schon technisch nicht, weil er mit seiner Wählerschar und seinen 107 Mandaten die Machtposition des Staates nicht erobern kann, ohne eine Sal'darität mit sämtlichen anderen „Rechts"organisationen erreicht zu haben, für die der Stahlhelm als Mittler zu gelten hätte; selbst dann wird die Möglichkeit der Gestaltung des politischen Willens zu entscheidender Tat noch mehr als zweifelhaft bleiben. Diese „nationalen" Gruppen umfassen zum großen Teil Menschen, denen die Art, das Milieu der Organisationen durch Beruf oder Elternhaus gegeben erscheinen, die geworden sind in einem unlebendigen und verunstalteten Konservatismus. Welche maßlose Arroganz, sich in einem oft konstruierten Gegensatz von ehrlich wollenden und arbeitenden Volksgenossen national zu nennen, als ob wahres nationales Gefühl darin bestünde, sich in möglichst lauter Opposition zu dem Staat zu befinden, der aus dem Zusammenbruch von 1918 erstand. Wir haben es für unsere Pflicht und unsere vaterländische Aufgabe gehalten, unsere Kräfte der Ausgestaltung des Staates von Weimar zu leihen und sie jetzt in dem Kampf um das Reich und seine Stellung und Geltung unter den Völkern doppelt einzusetzen. Wir müssen zu einer Volksgemeinschaft kommen; auch wird die Not uns enger zusammenbringen, als der beste Führerwille es konnte. Denn nur durch eine ehrliche und innerlich begründete Gemeinschaft aller Volksgenossen wird uns das Ertragen aller Schwere möglich machen.

Das Buch enthält auch diese Erkenntnis in konkreter Umreißung und vermittelt einen schwachen Hoffnungsschimmer für die Zeit, wo Deutschland ein Reich und alle Deutschen Volksgenossen sein werden.

Weigand von Miltenberg: Adolf Hitler, Wilhelm III. Verlag Ernst Rowohlt. 1931. 93 S. Kart. 3,— Reichsmark.

Der Herkunft nach wohl aus dem Strasserlager, berichtet der Verfasser vom Herrn „Legalität", von seiner Sendung, seinem Tod, der dokumentiert ist in dem in der Landsberger Festungshaft entstandenen „Werk" „Mein Kampf". Der Revolutionär, der „Trommler" ist nicht mehr — nicht mehr der Führer. Was bleibt, ist ein politischer Parvenue, dem seine „Rolle" zu Kopf steigt, der cäsarenhafte Verordnungen erläßt und Anordnungen trifft. Die Einheit und ursprüngliche Stärke, die Möglichkeit ideenmäßiger Führung ist zerbrochen und gescheitert an der Gestalt eines selbstgefälligen Bourgeois. Die flotte Darstellung, unterstrichen durch typische Aufnahmen des ungekrönten „Hauptes", ist nicht nur informatorisch von Wert.

Carsten Curator: Putsche, Staat und wir! Verlag Badenia, Karlsruhe. 1931. 180 S. und 66 Abbildungen. Kart. 3,80 RM.

Ein knapp achtzehnjähriger Primaner wird im April 1918 zum Heeresdienst berufen, erlebt die Revolution in der Hauptstadt, seine vaterländische Begeisterung läßt ihn das wirre Geschehen der Nachkriegszeit in allernächster Nähe erleben: Nordschleswig, Oberschlesien, Orgesch, Ehrhandt und Hitler. Jedem Kapitel geht eine Zusammenstellung der Zeitereignisse der Erlebnisdarstellung voraus, bei der man sich des Eindruckes einer gewissen Oberflächlichkeit nicht erwehren kann, wie auch die Darstellung selbst blutleer ist. Vor allen Dingen erscheint uns die „Bilanz" verfehlt, die der Verfasser „Credo" überschreiben möchte. Man kann Ereignisse, besonders nach so kurzer Zeit, nicht einfach auf Aktiv- und Passiv-Seiten verbuchen und gleichzeitig den Anspruch auf Allgemeingültigkeit dieser Auffassung erheben. Geschichtliche Betrachtung muß, wenn sie so wahr als möglich sein soll, organisch sein; sie muß sich fernhalten von konstruktiven Begriffen wie aktiver oder passiver Verbuchung. Wir versagen es uns, auf das sozial-aristokratische Prinzip einzugehen, das dem Verfasser Letztes und Höchstes ist, für das wir nur eine andere, schlichtere Bezeichnung haben: demokratisch.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Joachim Hild, Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Verlag: Demokratischer Zeitungsdienst G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Straße 18
Druck: Ernst Gerdes Verlag, Berlin SW 68, Charlottenstraße 95

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0318

Pon Yb 2723

Zeitung

ULB Halle 3
004 355 075

Wilh. Pulger
Buchbindermeister
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 8

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-167633449193l-18/fragment/page=0319

BLÄTTER DER STAATSPARTEI

ORGAN DER DEUTSCHEN STAATSPARTEI

1. Jahrgang * Berlin, 5. Januar 1931 * Nummer 1

UNIVERSITÄTS-BIBLIOTHEK HALLE (SAALE)

Neujahr 1931

Zu Neujahr 1814 schr
„Die Dinge sind alle erst
ist vollendet... Das Au
macht mich oft besorgt u
ist mir so wichtig, daß ich
größesten Opfer brächte.

Wir gehen unter glei
Das Werk der Zerstörung
begann, im Zusammenbru
seine Fortsetzung fand, is
macht die Schwierigkeit
besorgt, daß es vielen s
einer helleren Zukunft zu

Auch uns, der seelisch
seit 300 Jahren zerspalte
boldts von 1813 gestellt: .
Ganzes schaffen?"

Seien wir uns klar da
Erarbeitung und Eroberu
„die Sache, um die es gilt"
listische Zweckeinrichtung
lichst mühelosen Erfüllun
Uns ist der deutsche St
Reichs, der einzigen ü
Macht im Schicksalswande
Sehnsucht aller derer, die

Der Staat als Form
inhalt und Lebensgesetz
gemeinsamer Wille ihrer
Leidenschaften entzweiten
mit dem neuen Jahr einer
jeder von uns sagen mög
jedem Augenblick mit Fr

Der Ernst der Zeit ist
Tage. Aber wir wollen u
daß der Weg zu ihnen
„Was wir bringen, ist Lie
über der deutschen Repub
keit in schweren Tagen,
Aschoff). Wenn wir ein
Aneinanderreihung von ei
heit einer Gemeinschaft v



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-11920154153-1676334491931-18/fragment/page=0321